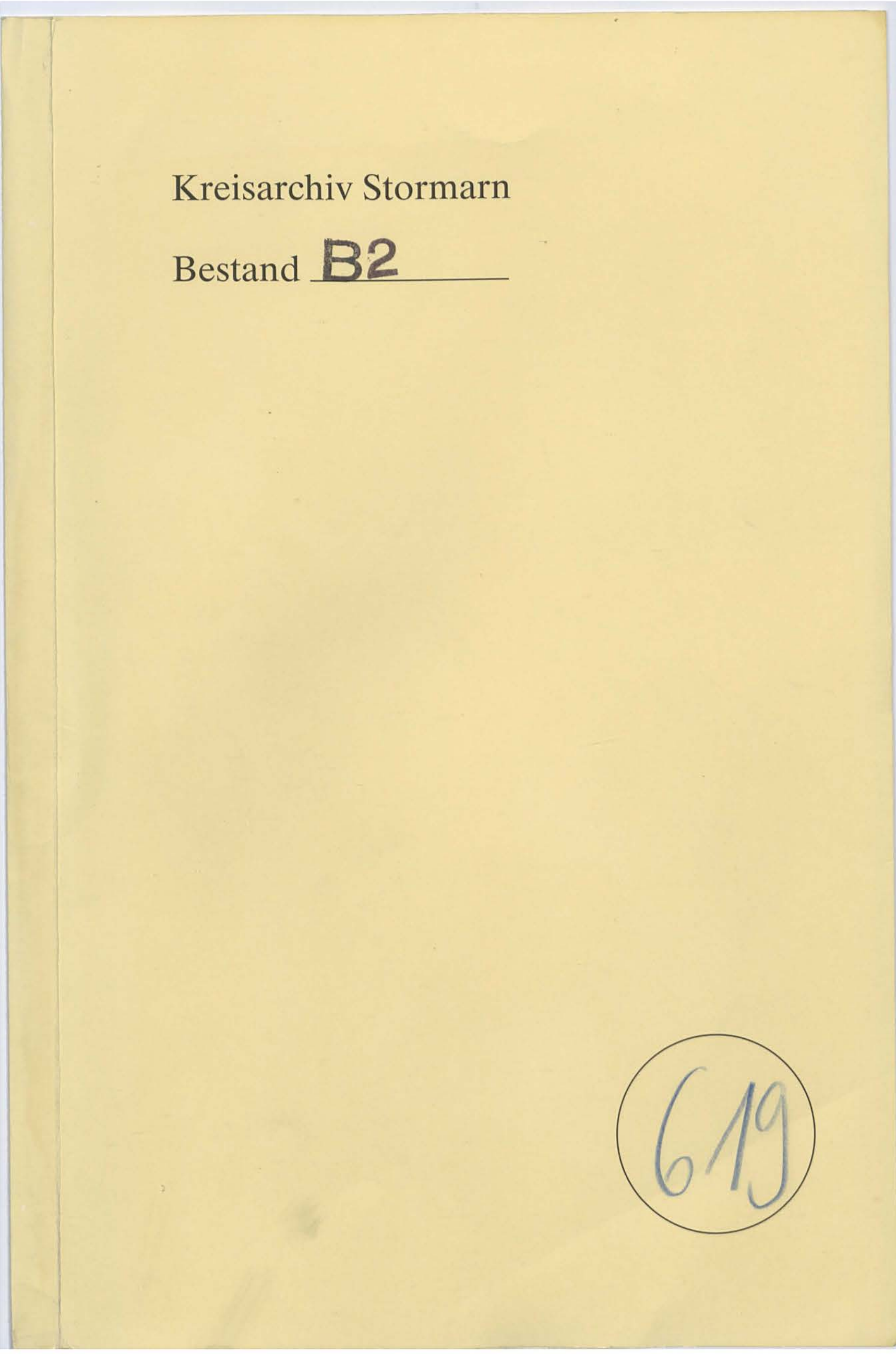


Kreisarchiv Stormarn B2

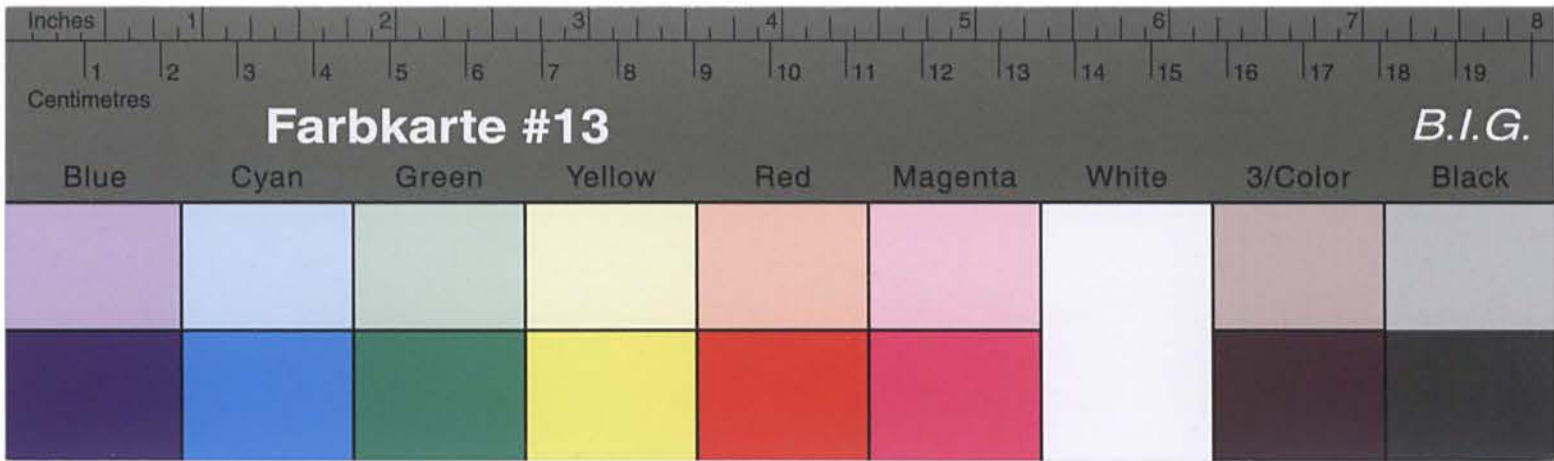


Kreisarchiv Stormarn

Bestand **B2**

619

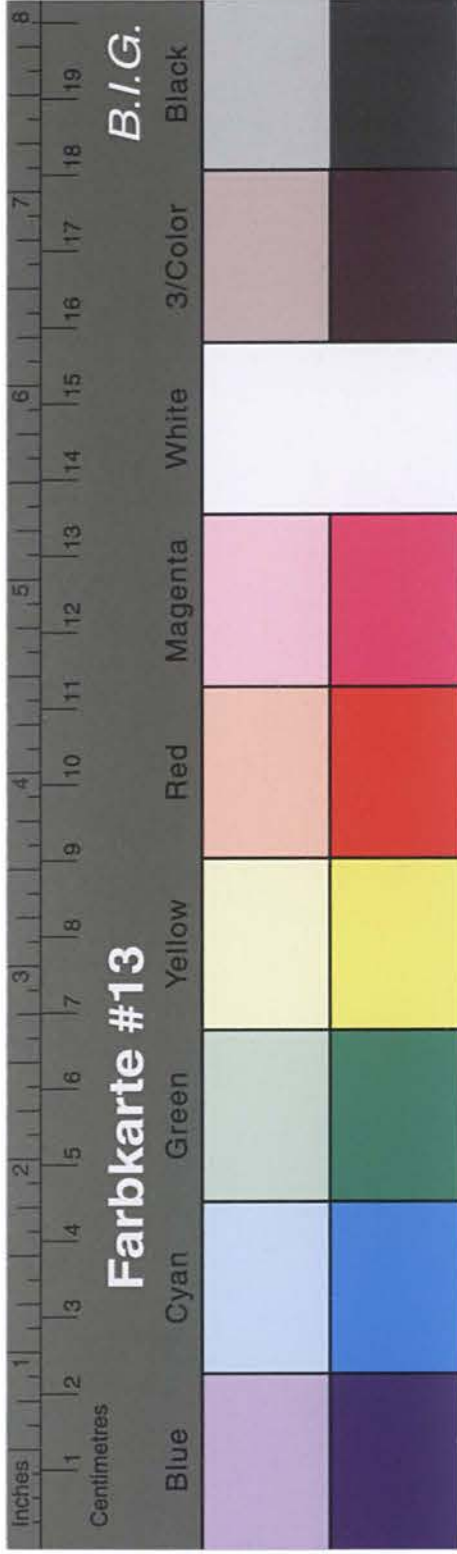
[illegible]



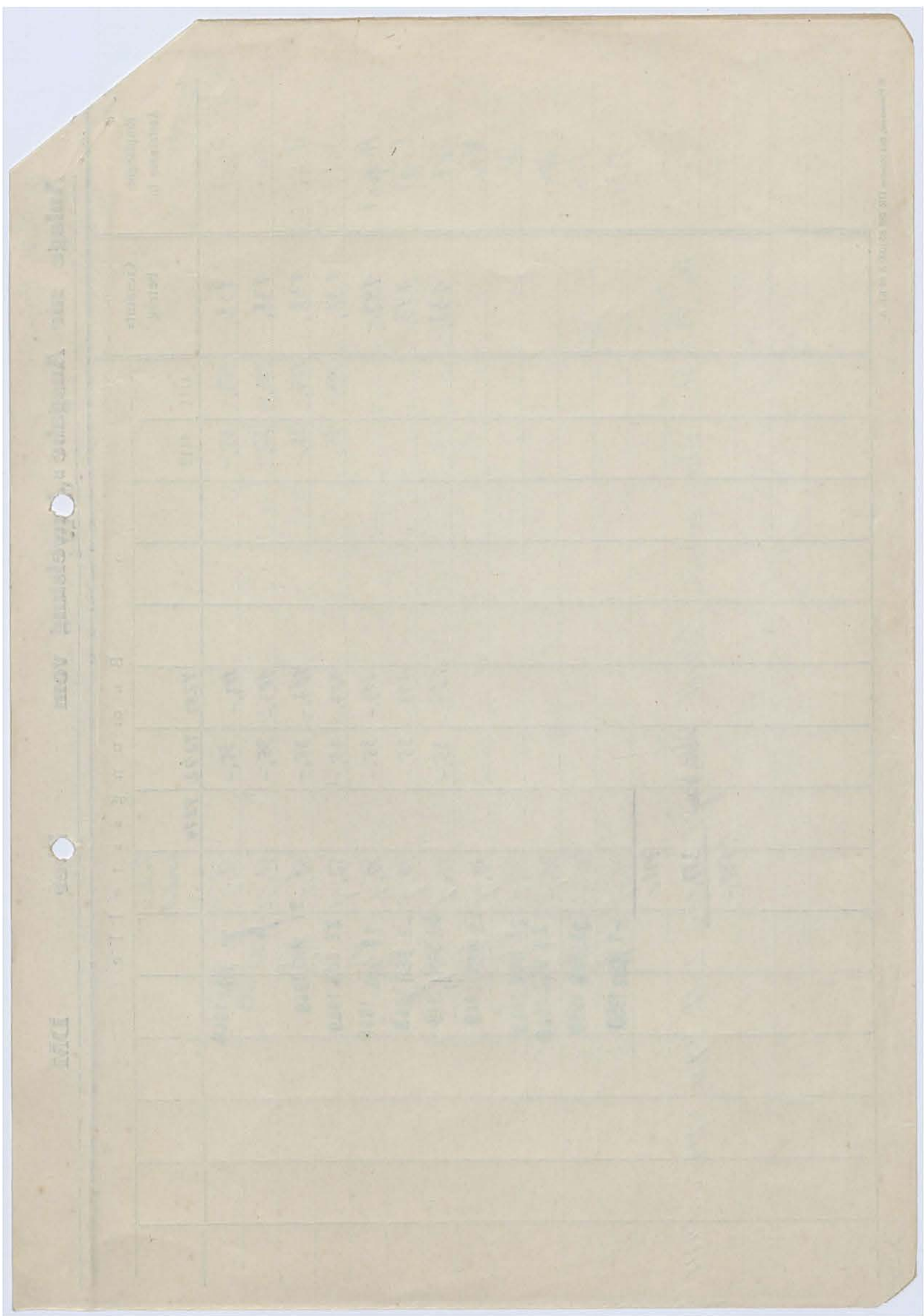
Kreisarchiv Stormarn B2

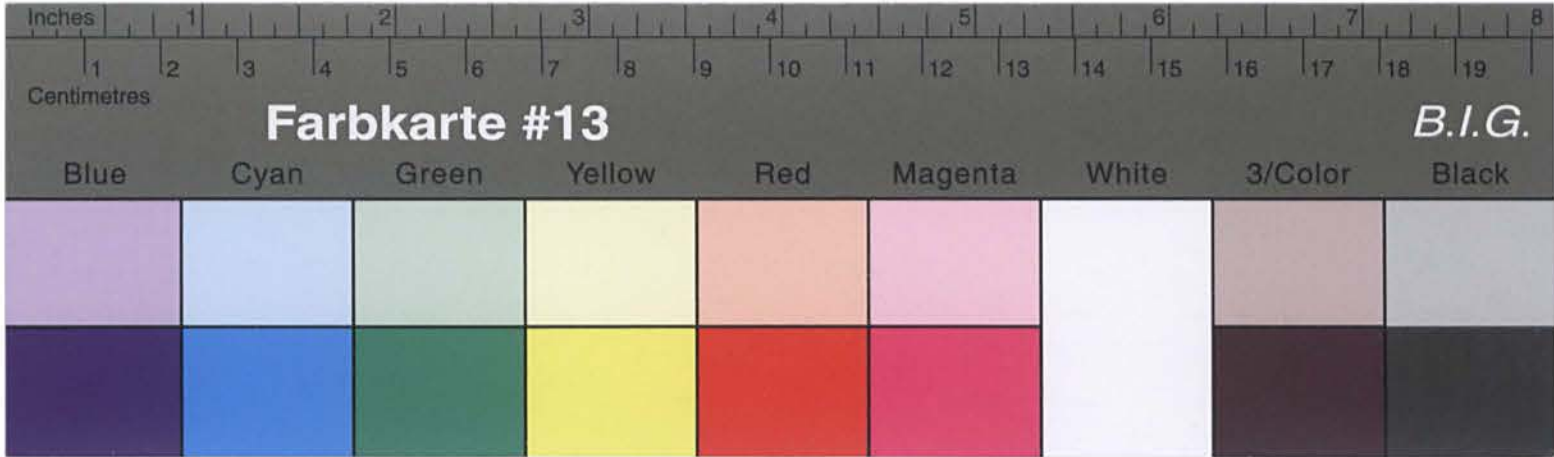
Runde											
April	Abgang, da Auspruch abgelehnt								70,-	28. März 1950	
	Übertrag								70,-	1. April 1950	
									- -		
									1.040,-		
									1.040,-		

v. Mücke, Hellmuth,											
Anlage zur Ausgabe - Zuweisung vom über DM											
Empfänger: Amtskasse in:	Gesamt- betrag	B u c h u n g s s t e l l e :									
		4111	4112				4211	4212	4214	Runde Vorschlag	
April	138,-	103,-	35,-				103,-	35,-		50,-	21. Mai 1949
Mai	138,-	103,-	35,-				103,-	35,-		50,-	4. April 1949
Juni	138,-	103,-	35,-				103,-	35,-		50,-	31. Mai 1949
Juli	138,-	103,-	35,-				103,-	35,-		50,-	28. JUN 1949
August	148,-						113,-	35,-		50,-	28. JUL 1949
Sept.	148,-						113,-	35,-		70,-	3. SEP 1949
Ok.	138,-						103,-	35,-		70,-	30. Sep 1949
Nov.										70,-	3. NOV 1949
Dez.										70,-	21. NOV 1949
Jan.										70,-	28. DEZ 1949
Febr.										70,-	31. JAN 1950
März										70,-	1. März 1950
										740,-	
	An 13.4.50	übertragen an Stadt Übertrag								300,-	2.11. 4211, 4212 und 4214
										1040,-	



Kreisarchiv Stormarn B2



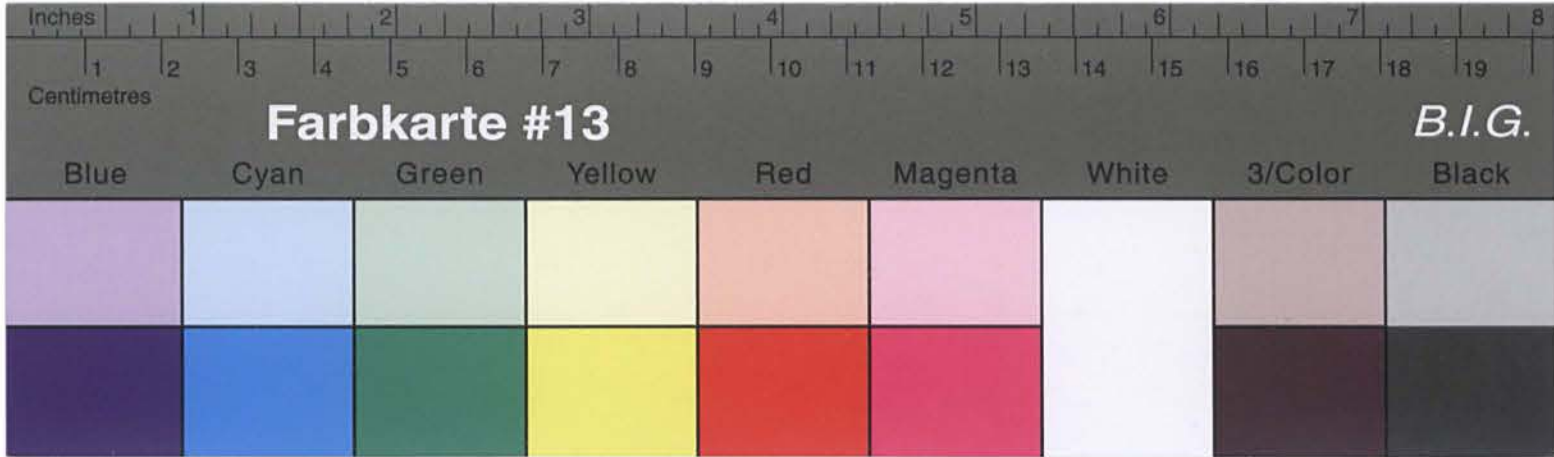


Kreisarchiv Stormarn B2

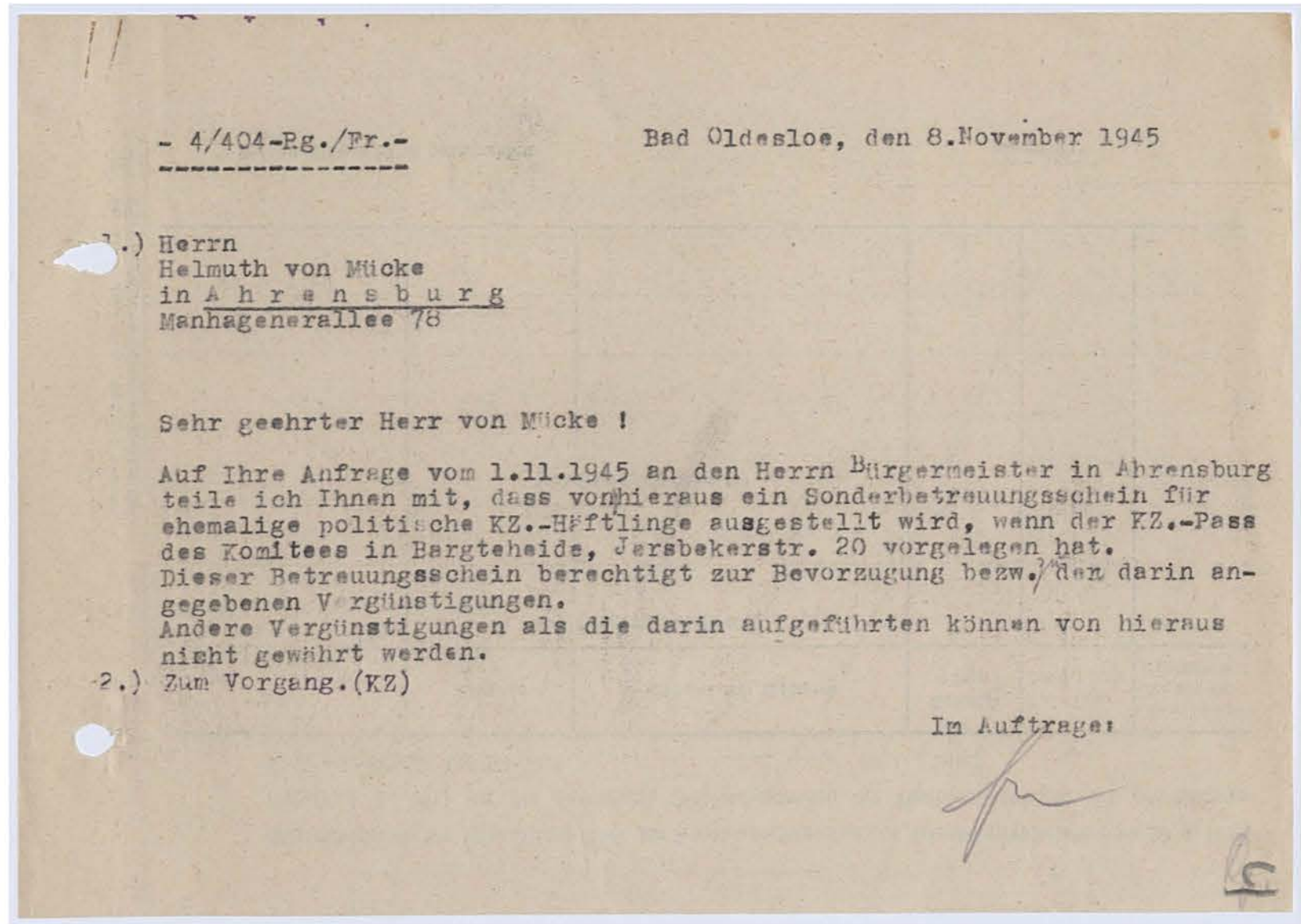
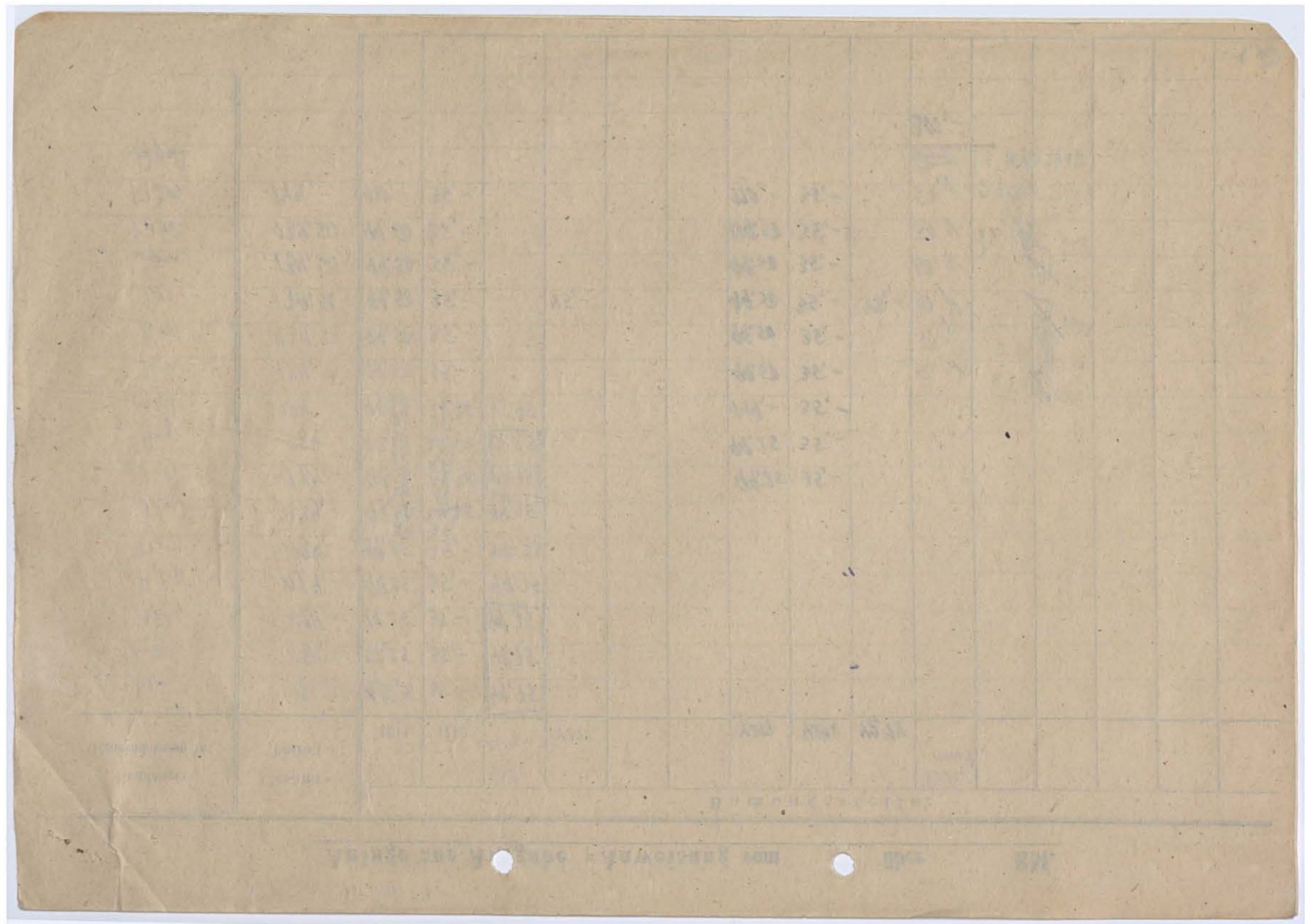
v. Nöcke, Hellmuth

Anlage zur Abgabe = Anweisung vom über RM.													
Empfänger: Gemeindekasse in:	Gesamt- betrag	Buchungsstelle:											
		4111	4112	50 % Zulage	4274			4271	4272	4274	Handk. Vorrichtung		
Jan.	185,10	100,35	35,-	49,75									
Febr.	184,-	99,25	35,-	49,75									
März	184,-	99,25	35,-	49,75									
April	184,-	99,25	35,-	49,75									
Mai	184,-	99,25	35,-	49,75									
Juni	184,-	99,25	35,-	49,75									
Juli	184,-	99,25	35,-	49,75				99,25	35,-				
Aug.	184,-	99,25	35,-	49,75				99,25	35,-				
Sept.	184,-	99,25	35,-	49,75				149,-	35,-				
Ok.	134,50	99,50	35,-					99,50	35,-	50,-			
Nov.	134,50	99,50	35,-					99,50	35,-	50,-			
Dez.	179,50	99,50	35,-		45,-			99,50	35,-	45,-			
Jan.	134,50	99,50	35,-					99,50	35,-	50,-			
Febr.	134,50	99,50	35,-					99,50	35,-	50,-			
März	145,-	110,-	35,-					110,-	35,-	50,-			
April										30,-			

3



Kreisarchiv Stormarn B2






5

DER BÜRGERMEISTER

IN AHRENSBURG

KREIS STORMARN



Briefumschrift: Der Bürgermeister in Ahrensburg

An den
Herrn Landrat des Kreises
Stormarn

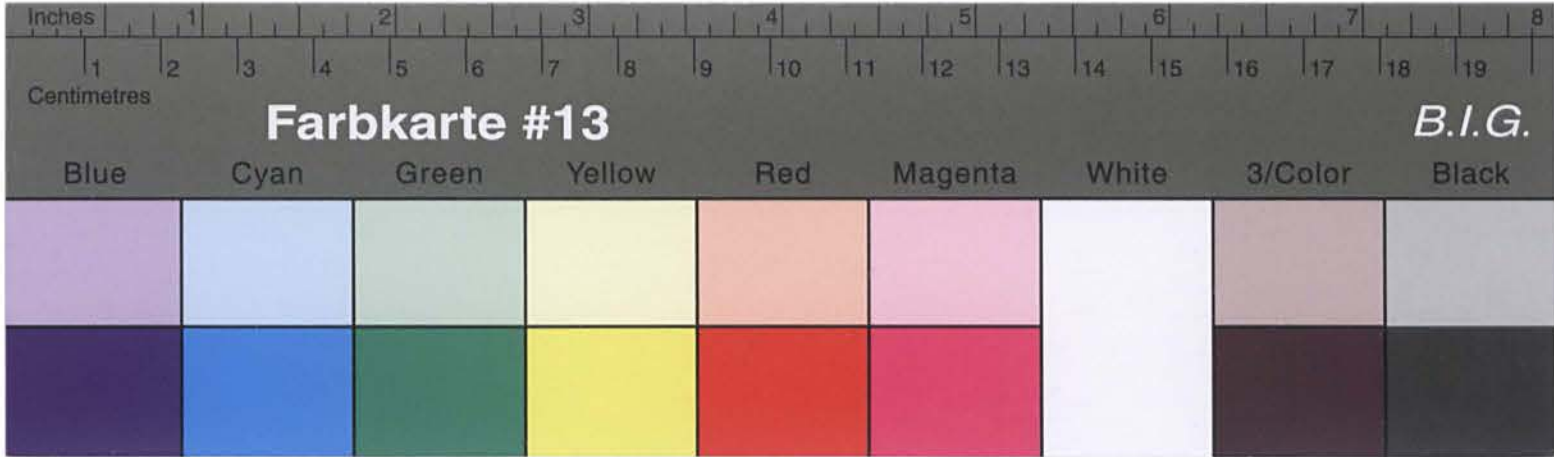
in Bad Oldesloe

Ihre Zeichen: --- Ihre Nachricht: --- Mein Zeichen: --- Tag: 1.12.1945

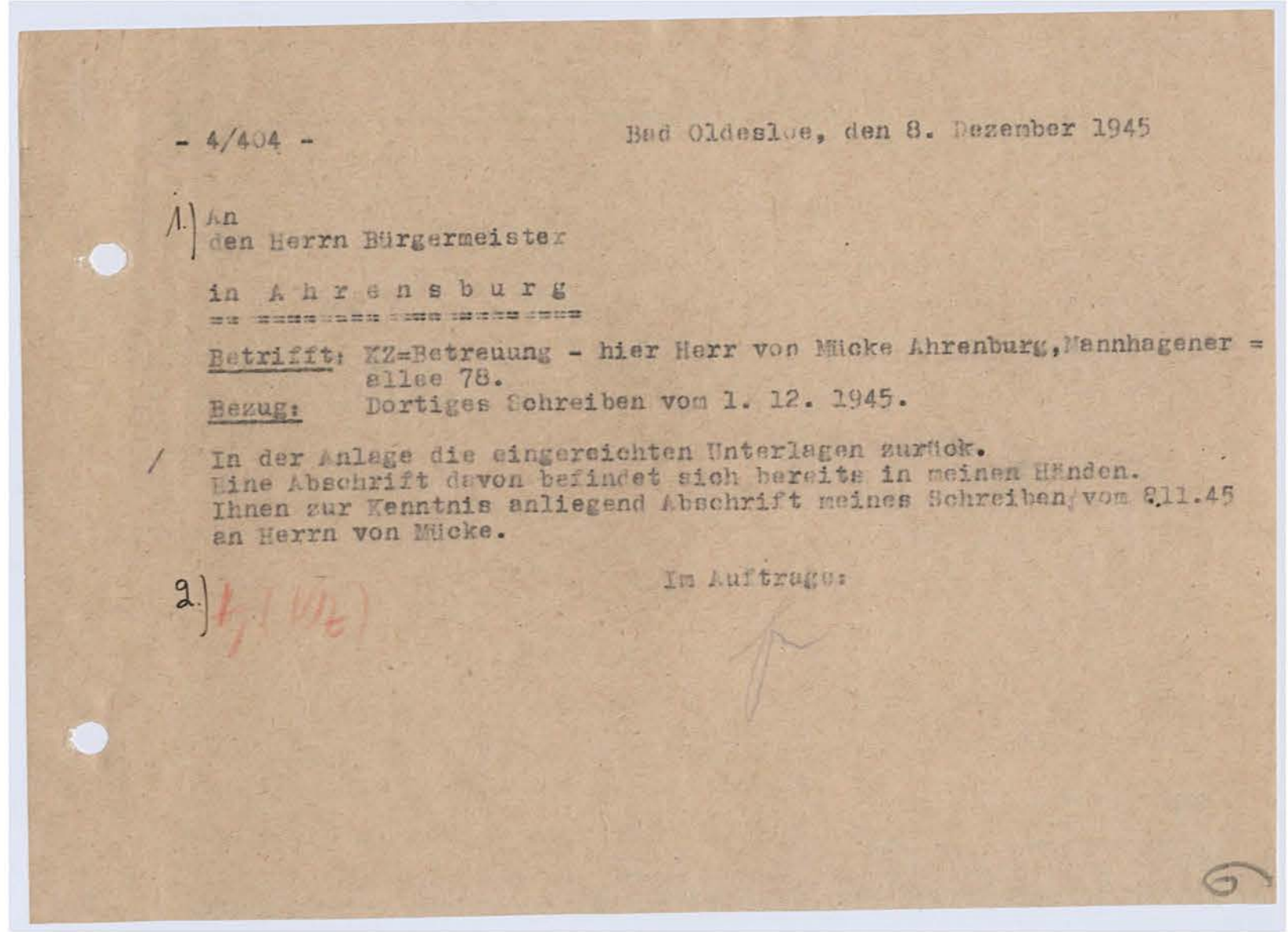
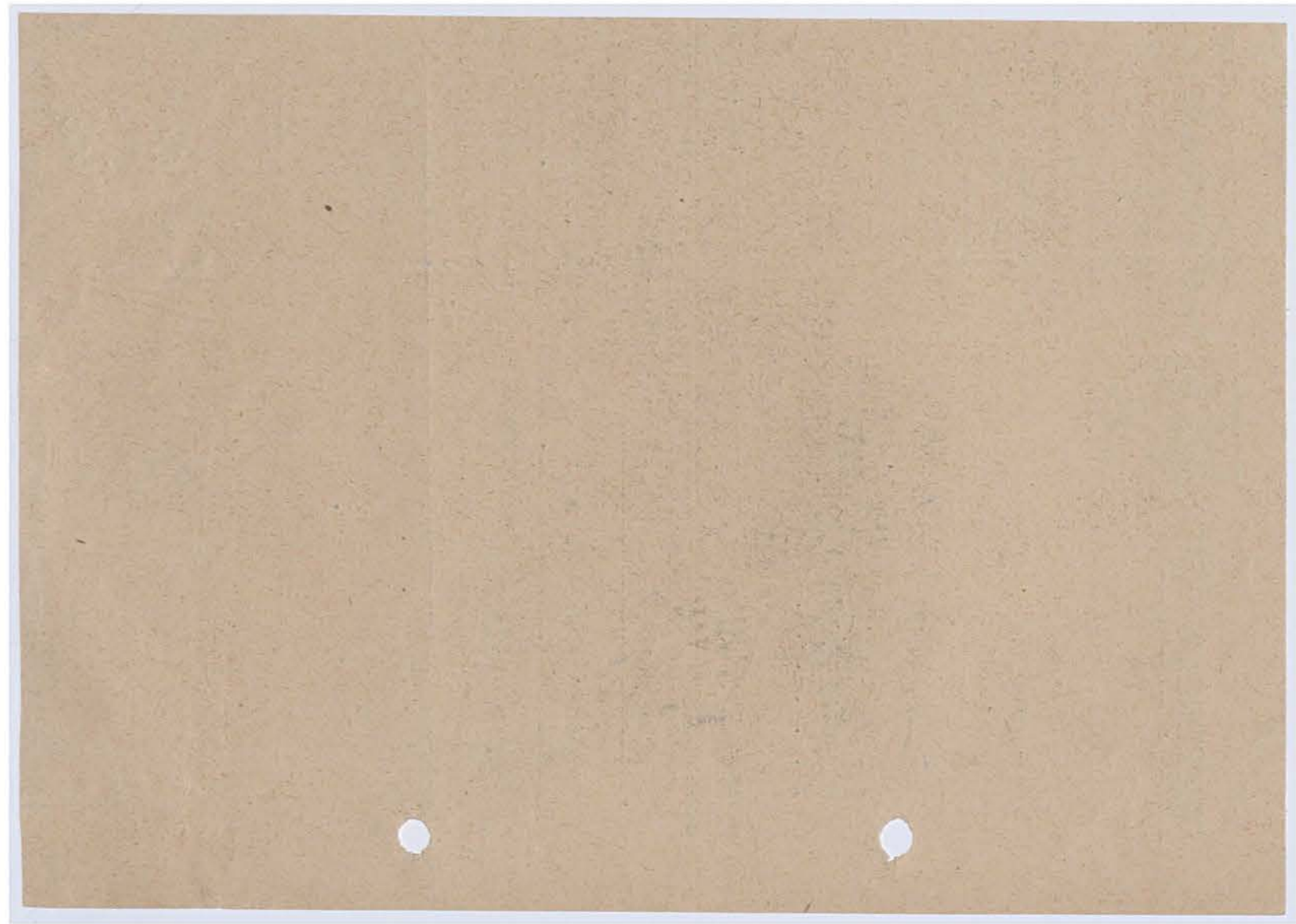
Betreff: Sehr geehrter Herr Landrat!

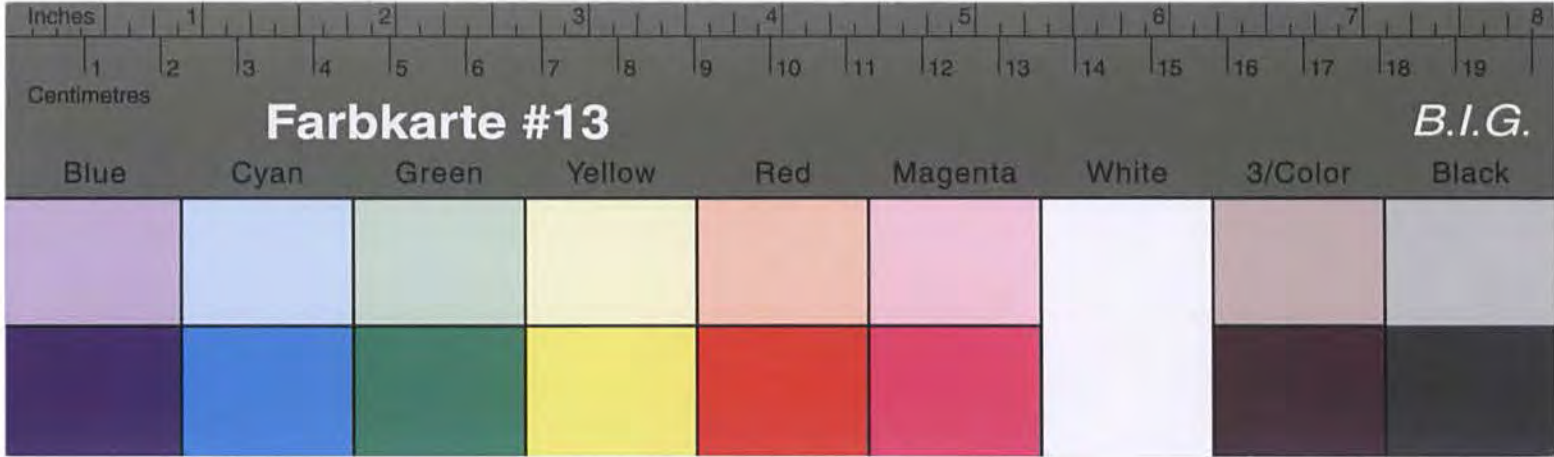
Absprache des Herrn überreiche ich Ihnen in der
Anlage Schriftsatz betr. Helmut von Mücke.
Wie ich höre ist Herr von Mücke vom Komitee
der ehemaligen politischen Häftlinge her-
angezogen worden oder dort tätig.
Ein weiterer Schriftsatz befindet sich nicht
in meiner Hand. Ich habe jedoch die Erinnerung,
dass Herr von Mücke direkt an den Herrn Land-
rat geschrieben hat.

Handwritten: für Rump & Rump
für 11/12



Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2

Schaden Heilfürsorge — gegebenenfalls auch Kranken- oder Hausgeld — nach den Vorschriften des Wehrmachtfürsorge- und -versorgungsgesetzes (WVG.), zunächst befristet bis zum ...*), zu gewähren und eine etwa notwendig werdende Verlängerung der Behandlungsfreit unter Beifügung einer kurzen ärztlichen Begründung bei dem Versorgungsamt ... in ..., das auch für die Erteilung von Auskünften und die Kostenersatzung zuständig ist, zu beantragen.

Der Kostenanforderung ist neben diesem Ausweis und etwaigen Verlängerungsgenehmigungen eine Erklärung beizufügen, weshalb ein Anspruch auf Kasseeleistungen nicht oder nicht mehr besteht. Die Ausstellung dieses Ausweises bedeutet gegenüber dem Beschädigten keine endgültige Anerkennung des Personenschadens.

(Unterchrift)

(Dienstgrad)

(Dienststellung)

Anmerkung:

1. Zuständig ist nach WVG. § 71 Abs. 2:
 - a) für Mitglieder einer Krankenkasse der Reichsversicherung (Orts-, Land-, Betriebs-, Innungskrankenkasse, Seetrantenkasse, Reichsinvaliden-, Ersatzkasse), auch wenn sie als „Ausgeheuerter“ geführt werden, ihre Krankenkasse;
 - b) für Versorgungsberechtigte, die keiner Krankenkasse angehören oder bei der Krankenkasse „ausgeheuert“ und nicht Mitglied der Kasse geblieben sind, die Allgemeine Ortskrankenkasse oder, wo keine besteht, die Landtrantenkasse des Wohnortes;
 - c) bei Erkrankung außerhalb des Wohnortes für alle Versorgungsberechtigten (Versicherte und Nichtversicherte) die Allgemeine Ortskrankenkasse (Landtrantenkasse) des Erkrankungsortes.
2. Die für den Erkrankungsort zuständige Krankenkasse ist nur anerkennende Kasse. Kostenforderung hat durch die für den Wohnort des Kranken zuständige Krankenkasse zu erfolgen.
3. Abchrift bzw. Durchschlag des Ausweises erhält zur Kenntnis
 - a) das Krankenhaus oder — bei ambulanter Behandlung — der behandelnde Arzt.
 - b) das für den Wohnort zuständige Versorgungsamt.

*) Höchstdauer 4 Wochen.

Bestell-Nr. 0858: Personenschaden — Heilfürsorgeausweis der Gemeindebeh. für Krankenkasse — Amtl. Muster —
do C/0558 2716 Deutscher Gemeindeverlag GmbH, Berlin NW 7

Kreisverwaltung Stormarn
Amtl. Fürsorgestelle für
ehem. pol. Gefangene
Az. 4/406 - Rg./Hl. -

Bad Oldesloe, den 10. 4. 1946
Königstr. 32

1.) Herrn
Hellmuth v. Mücke
Ahrensburg
Manhagener Allee 78

Sehr geehrter Herr v. Mücke!

Auf Ihre Anfrage vom 4. 4. 1946 teile ich Ihnen mit, dass Ihr Antrag genehmigt wurde und übersende Ihnen gleichzeitig in der Anlage den Berechtigungsschein.

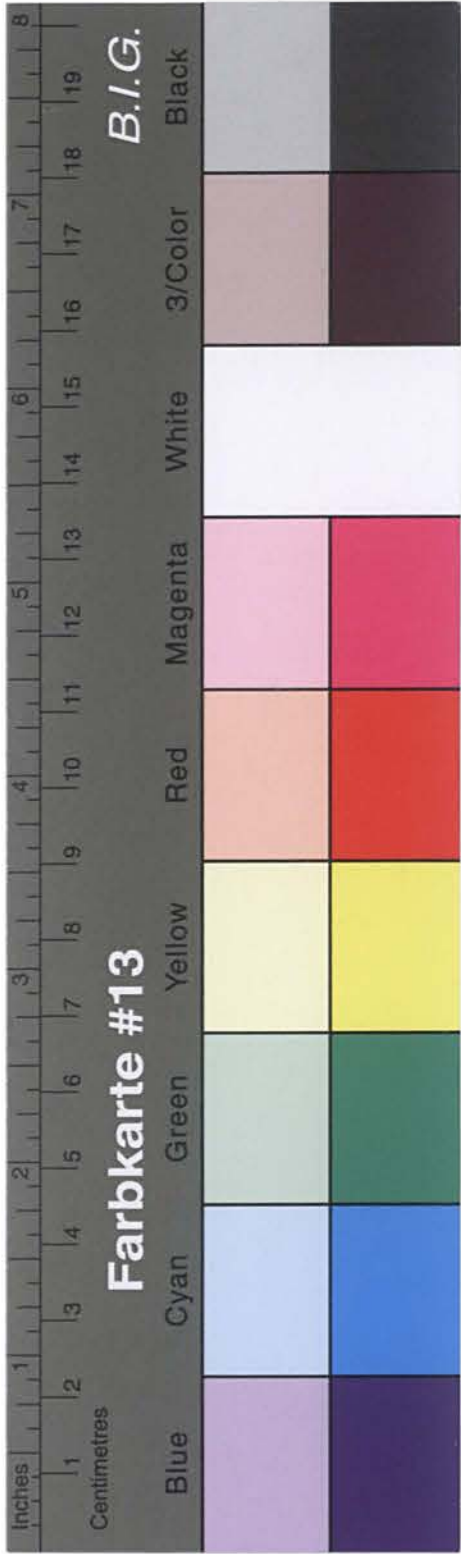
Ich habe bereits die Gemeindeverwaltung, Ernährungsamt, Ahrensburg, telefonisch davon in Kenntnis gesetzt.

Über die Tätigkeit des Kreis-Sonderhilfsausschusses ist auf Anordnung der Militärregierung bereits im Februar 1946 im amtlichen Verordnungsblatt des Kreises Stormarn eine öffentliche Bekanntmachung erfolgt.

Die eingesandten Unterlagen sende ich Ihnen gleichfalls zurück. Sollten Sie über die von hieraus genehmigte Ernährungszulage hinaus, noch ärztlich bedürftig sein, so bitte ich Sie, für diese ärztliche Angelegenheit (über die von hier genehmigte Ernährungszulage hinaus) sich an das staatliche Gesundheitsamt in Bad Oldesloe zu wenden.

In Auftrag:

2.) Z.Vg.



Kreisarchiv Stormarn B2

Formular Nr.

Sonderhilfs-Ausschuß

für den Kreis

Antrags-Formular für frühere Häftlinge der Konzentrationslager.

Familienname: Rufname:
(bei Frauen auch Geburtsname)
led., verh., verw., gesch. *)
männlich weiblich *)

Geburtsort:
Geburtsort:
Geburtsort:

Gegenwärtige Anschrift:
Gegenwärtige Anschrift:

Beruf und Beschäftigung:
Beruf und Beschäftigung:

Art des Personalausweises und dessen Nummer:
Art des Personalausweises und dessen Nummer:

Anzahl der Kinder (mit Altersangaben) und sonstiger abhängiger Angehöriger:
Anzahl der Kinder (mit Altersangaben) und sonstiger abhängiger Angehöriger:

Grund der Gefangensetzung:
Grund der Gefangensetzung:

In Haft in vom bis
In Haft in vom bis

Name der Person, die Sie angezeigt hat:
Name der Person, die Sie angezeigt hat:

Kreisverwaltung Stormarn
Amtl. Stelle für politische
Wiedergutmachung -
4/406 - Kg./Hi. -

1.) Herr
Helmuth v. Mücke
(24) Ahrensburg
Manhagener Allee 78

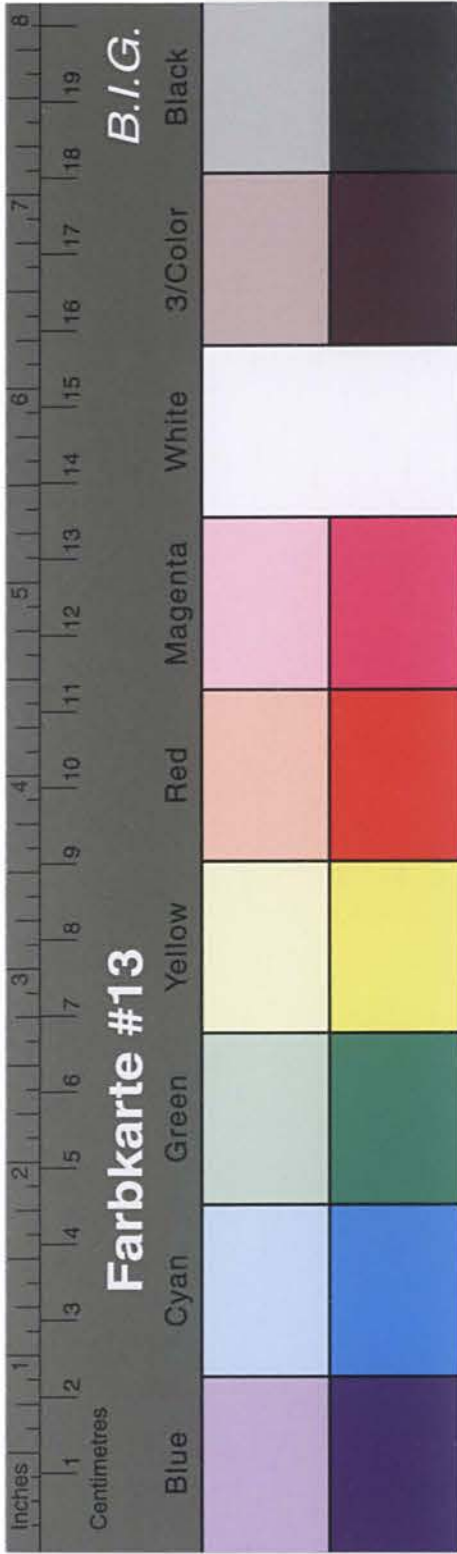
Sehr geehrter Herr v. Mücke!

Zwecks Berichtigung des Ihnen übersandten Betreuungsscheines
bitte ich nochmal um Rücksendung desselben unter Beifügung
beiliegender Erklärung.

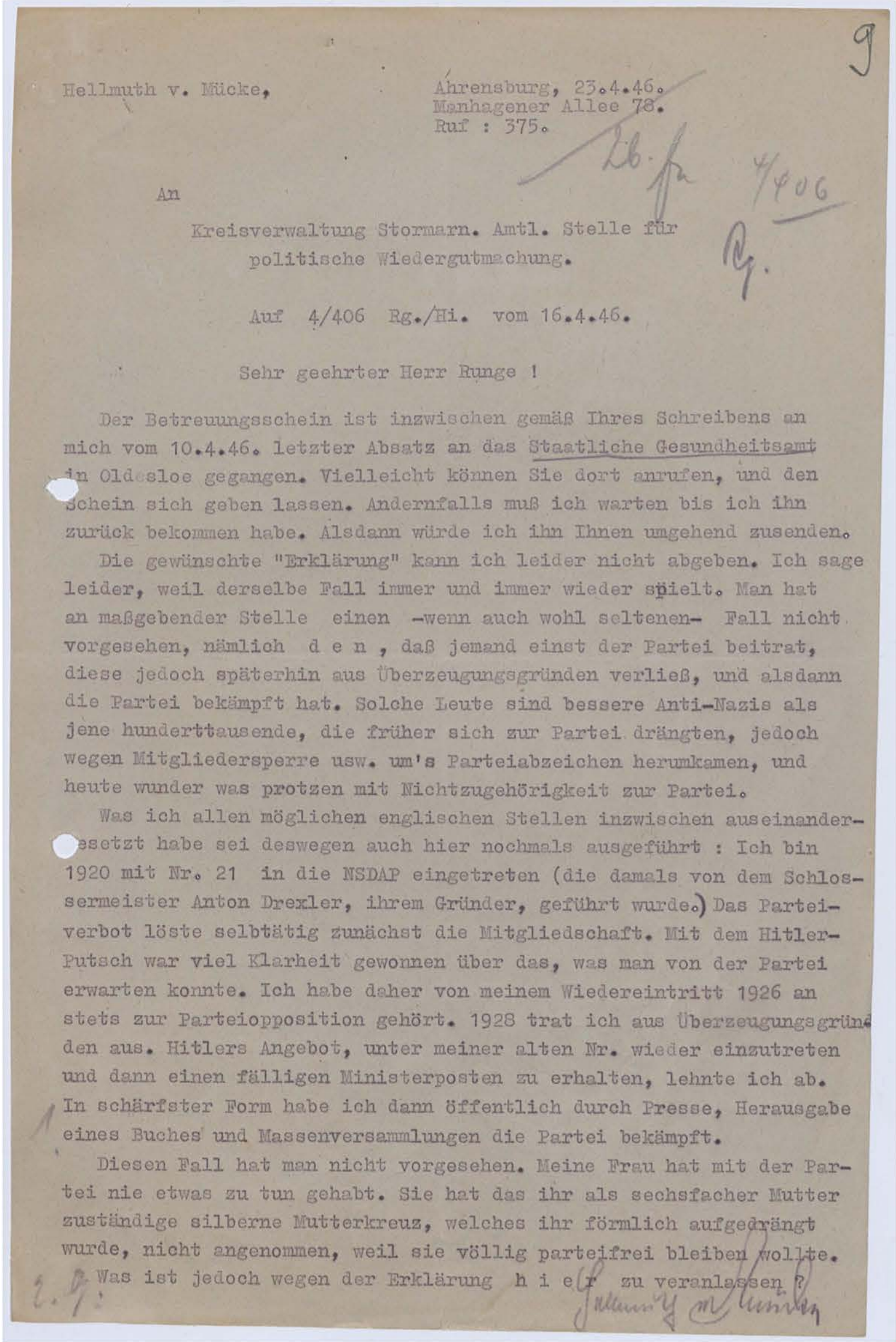
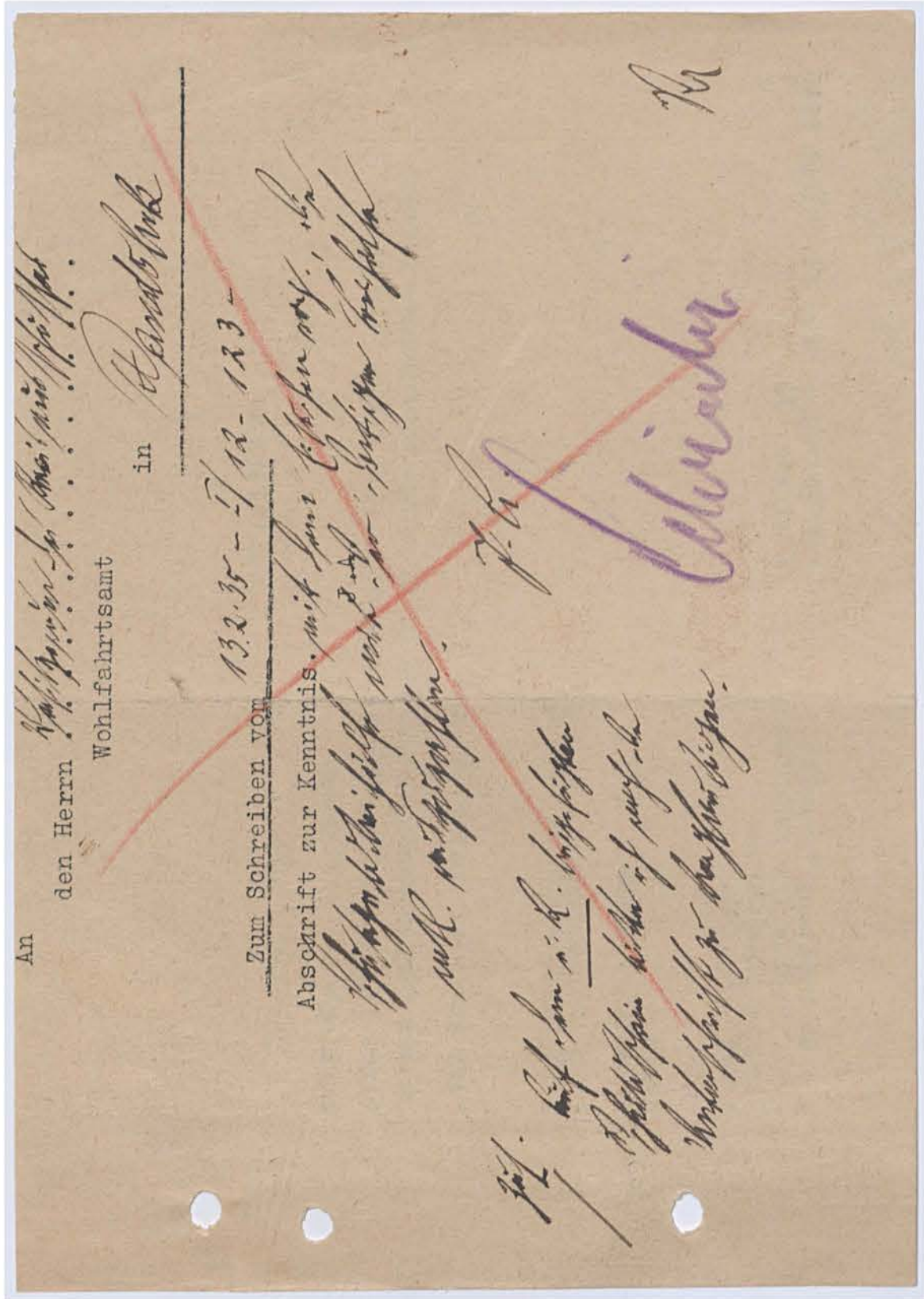
2.) w. nach 14 Tagen

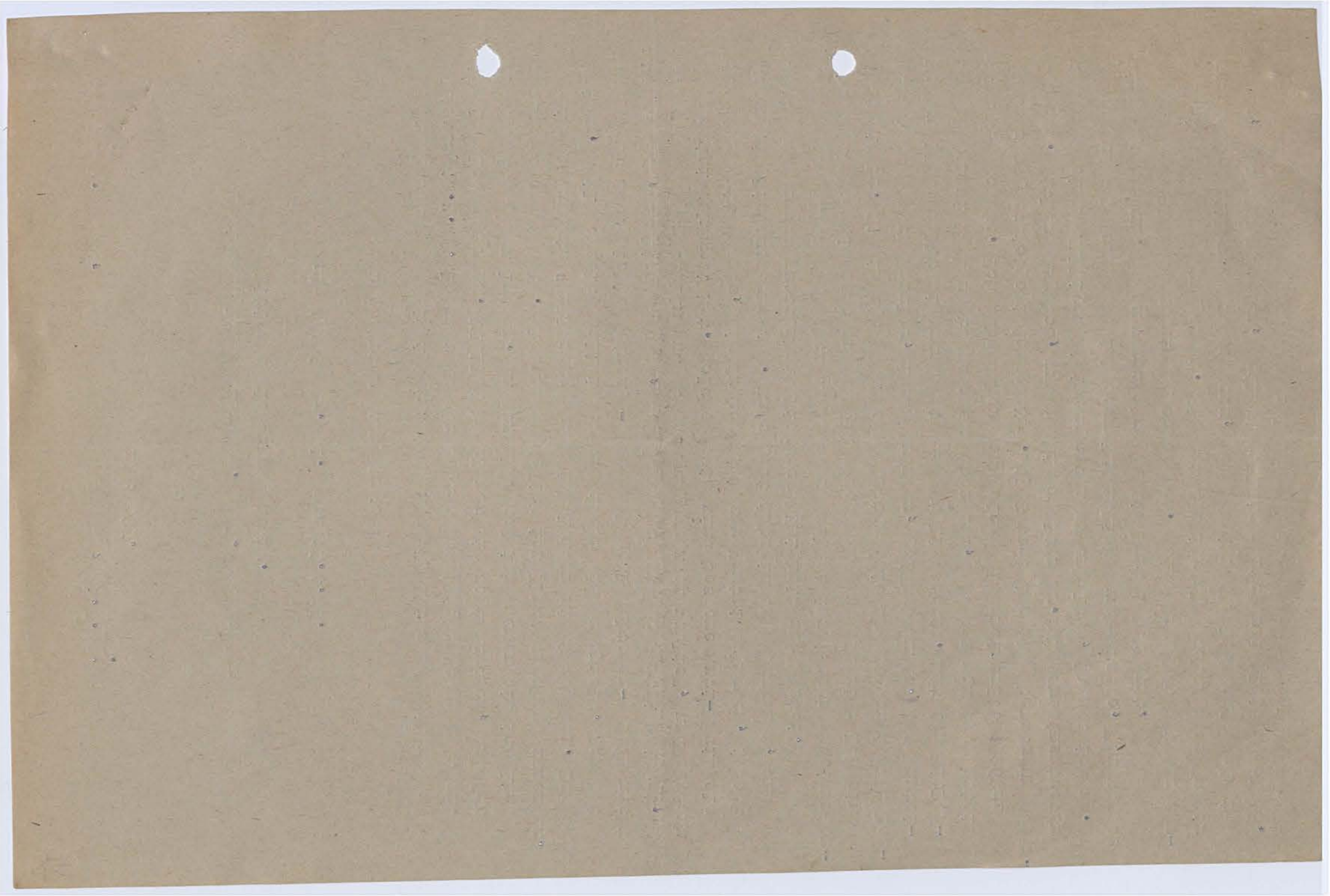
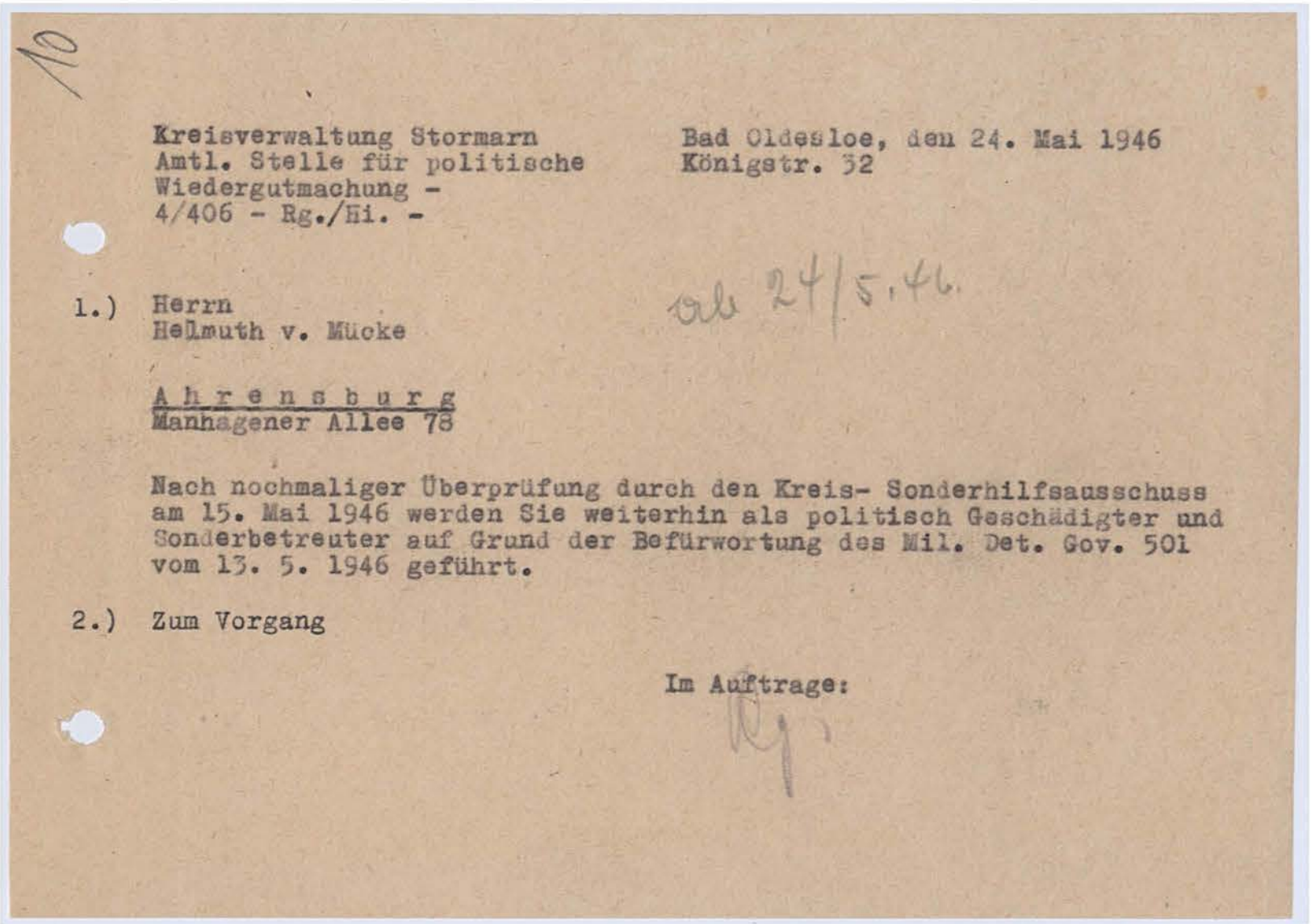
Im Auftrag: *[Signature]*

8



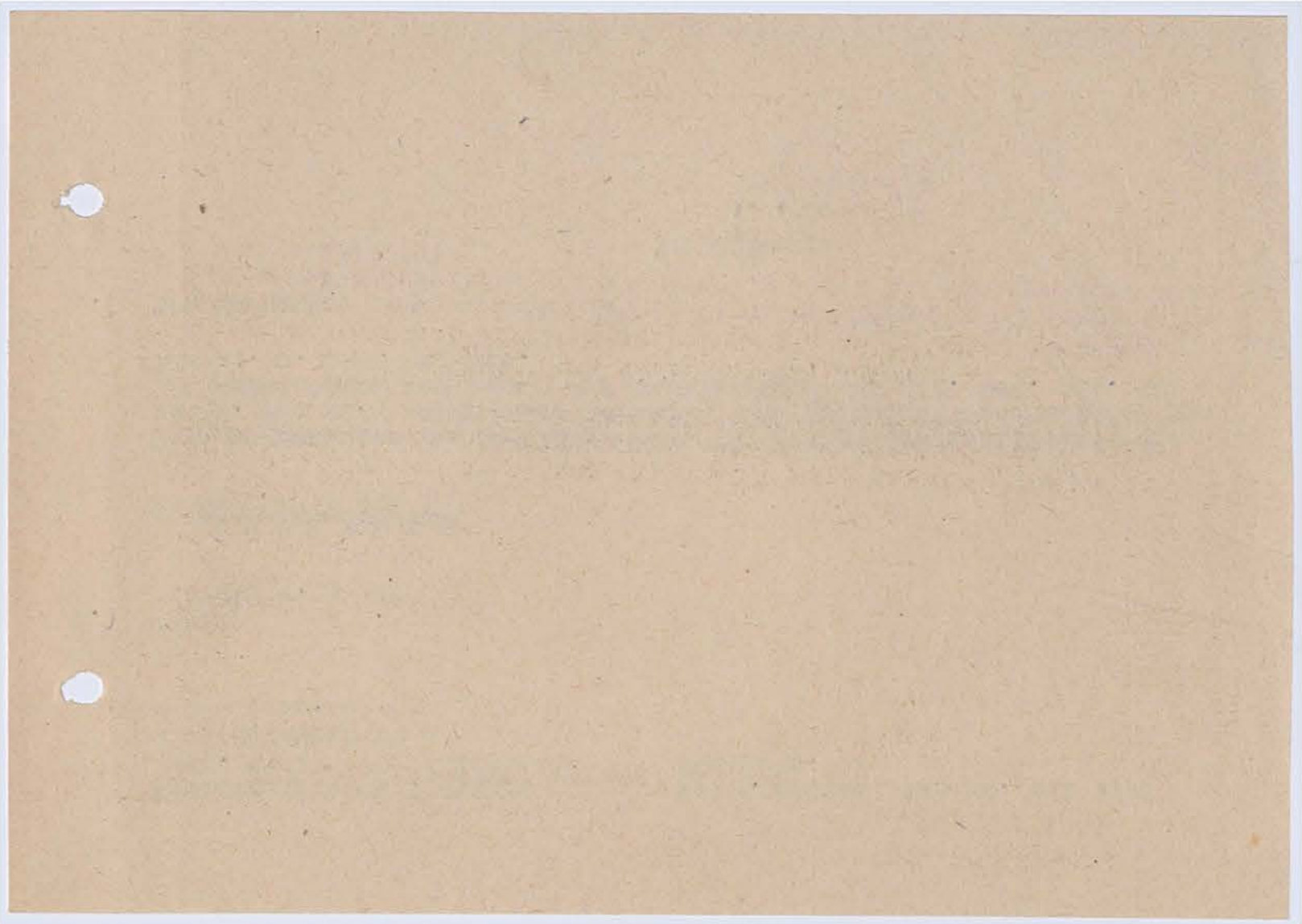
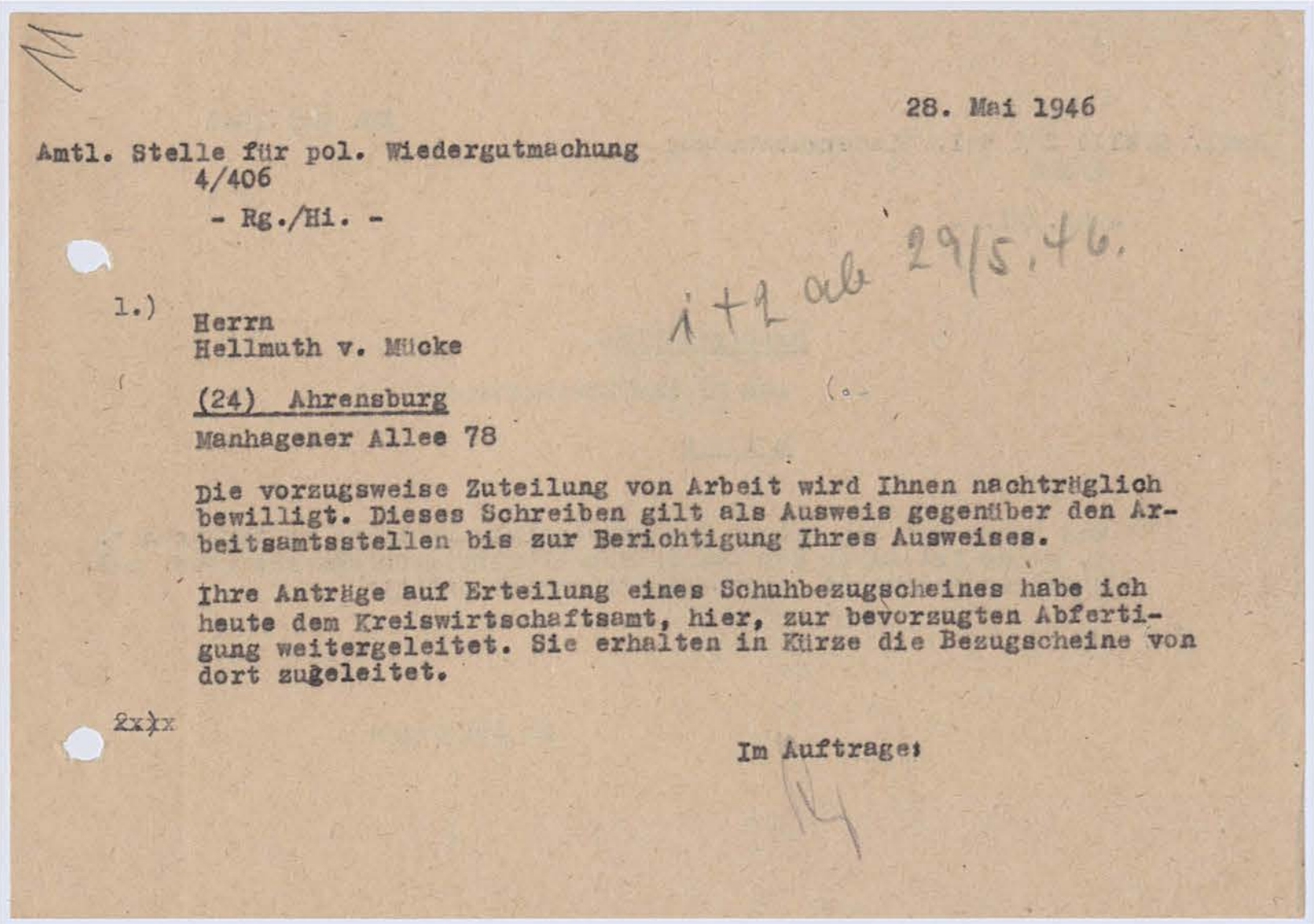
Kreisarchiv Stormarn B2





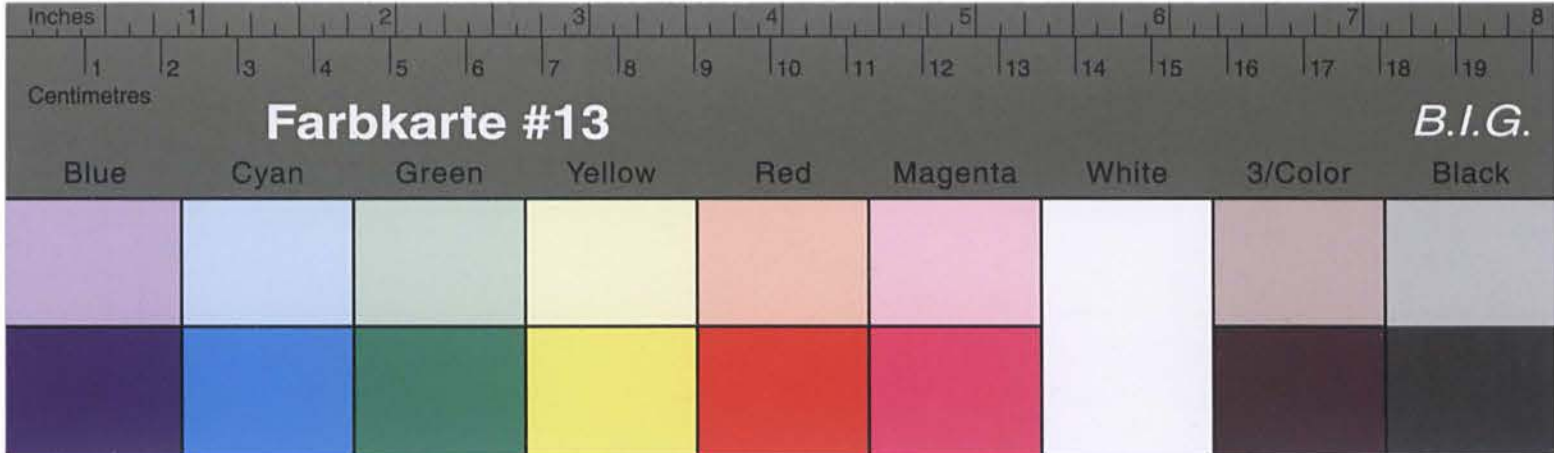
Kreisarchiv Stormarn B2



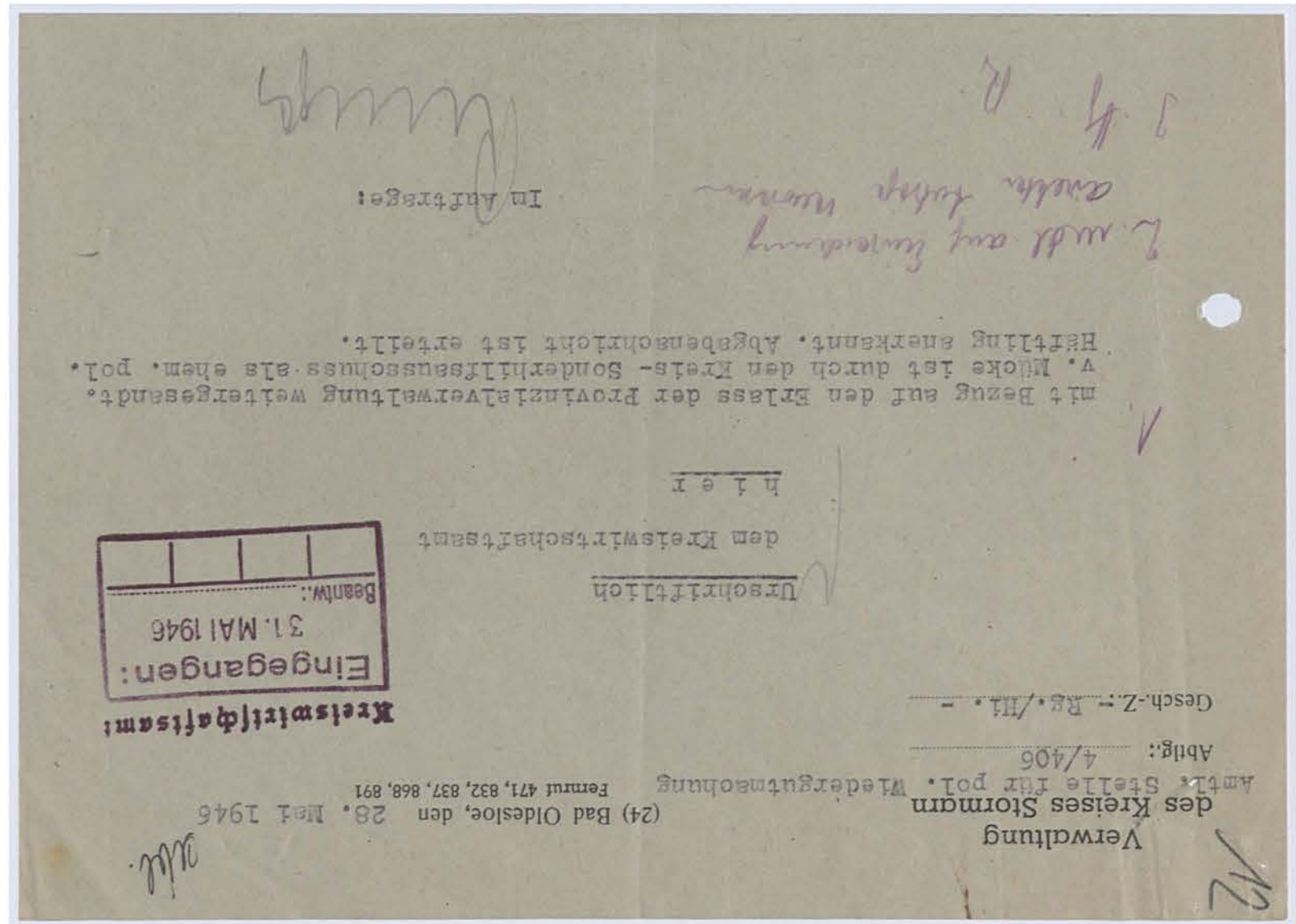
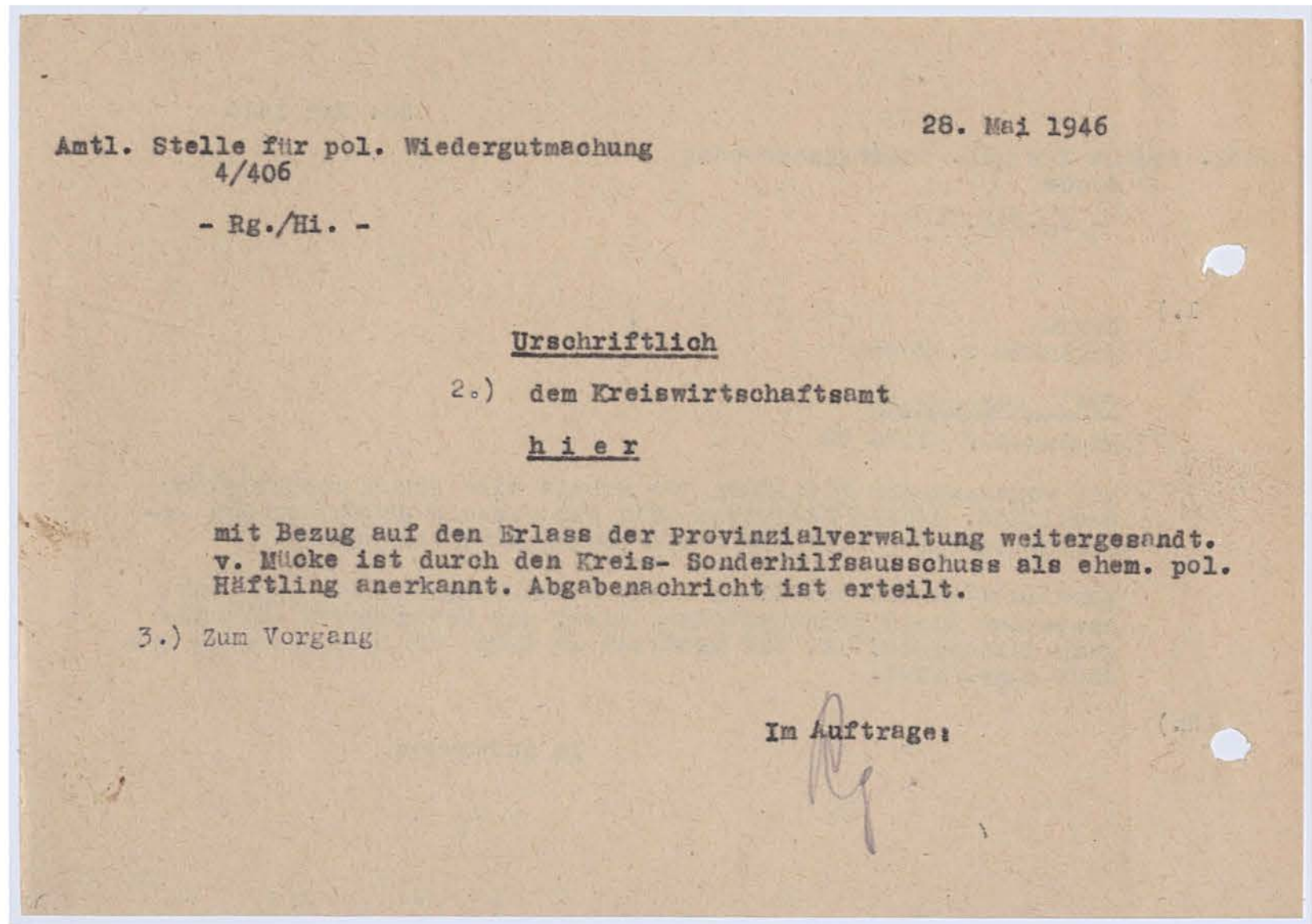


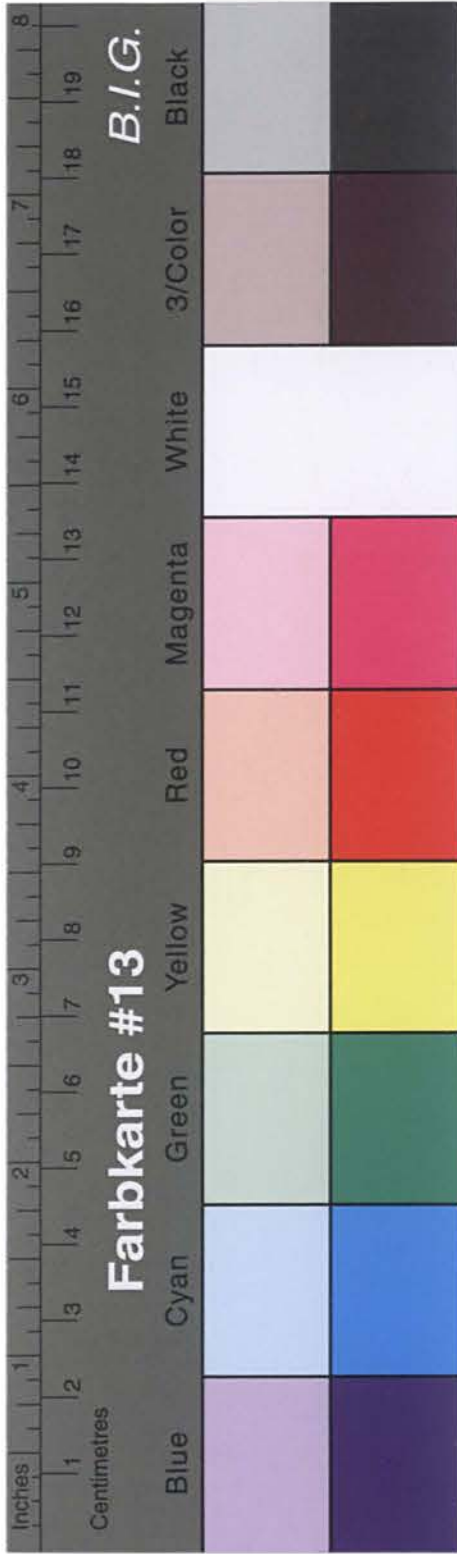
Kreisarchiv Stormarn B2



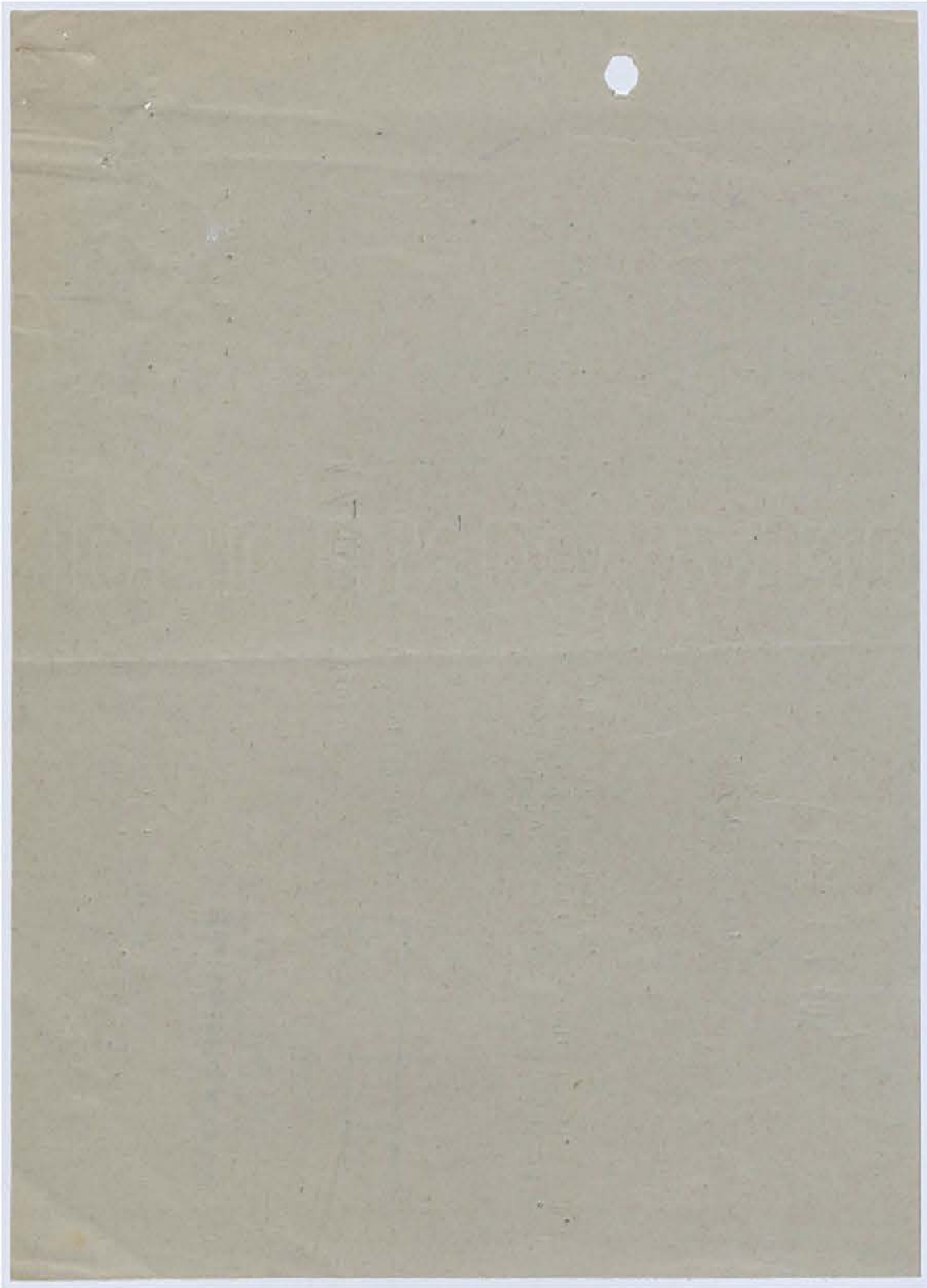


Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2



13

Hellmuth v. Mücke. Ahrensburg, 16.4.46.
Manhagener Allee 78.
Ruf : 375.

Lo f *404*
24.4.46.

An
Kreissonderhilfsausschuß
Bad Oldesloe.

Betr : Ausgabe Nr. 110 vom 3.4.46.

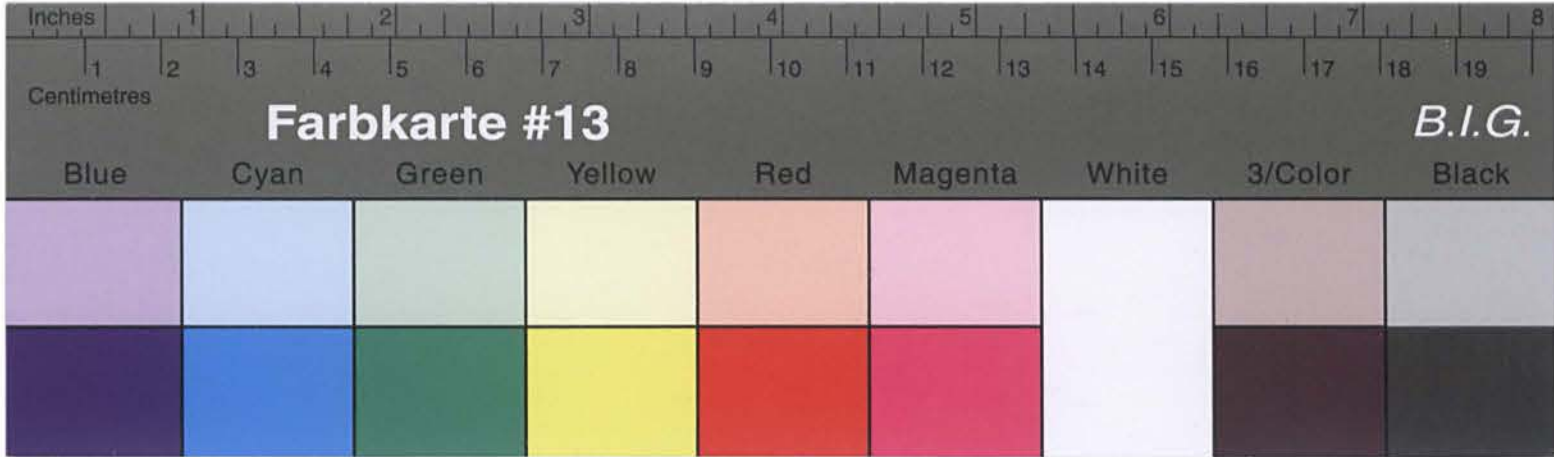
Sehr geehrter Herr Runge !

Mit Ihrem frdl. Schreiben 4/406 v. 10.4.46. erhielt ich den Ausweis des Kreissonderhilfsausschusses für Lebensmittelkarte für Schwerarbeiter, vorzugsweise Wohnungszuteilung und öffentl. Sonderunterstützung. Punkt 3 des Formblattes, betreffend vorzugsweise Zuteilung von Arbeit war gestrichen. Kann ich das nicht noch bewilligt bekommen ? Meine wirtschaftliche Lage zwingt mich dazu irgendwie Einkommen zu haben, und es bietet sich jetzt für mich unter Umständen eine Möglichkeit, in der Fischerei einen Posten zu bekommen. Da könnte Bewilligung des genannten Punktes für mich von Wichtigkeit sein.

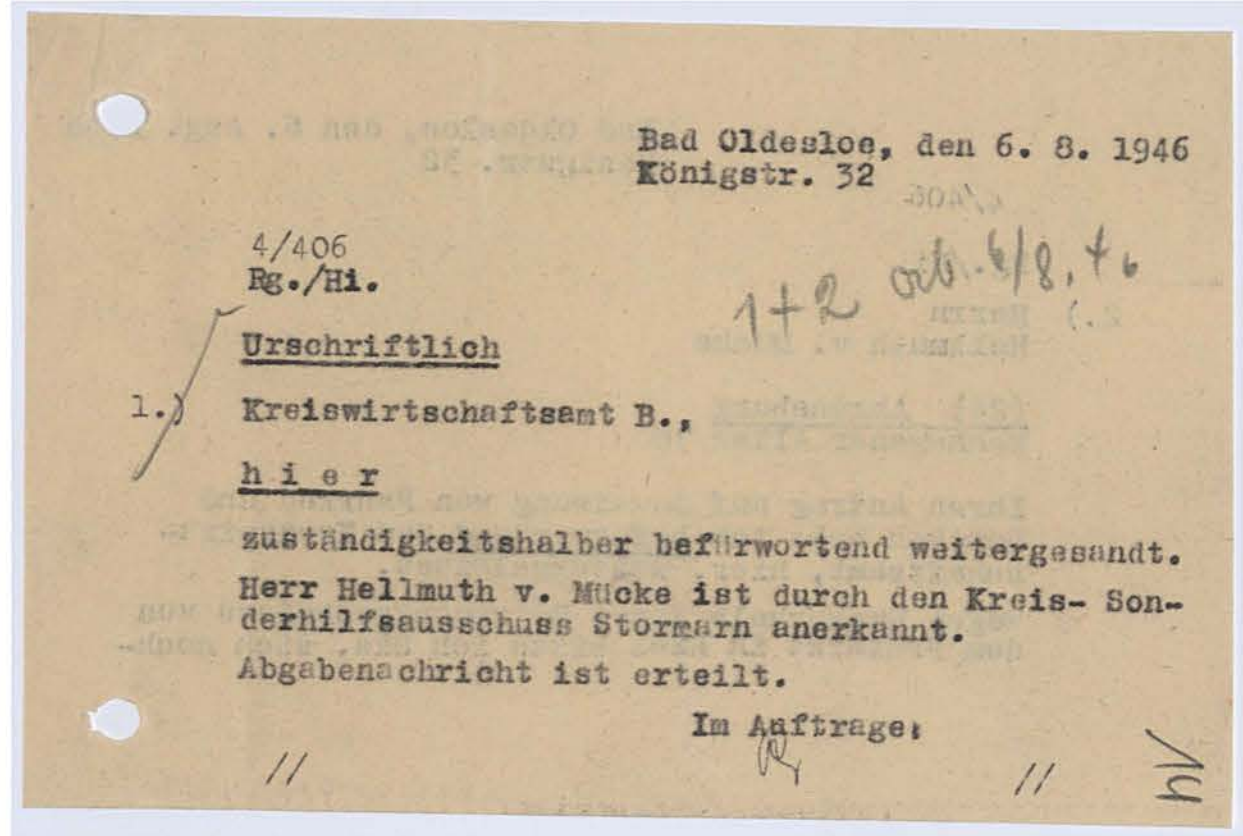
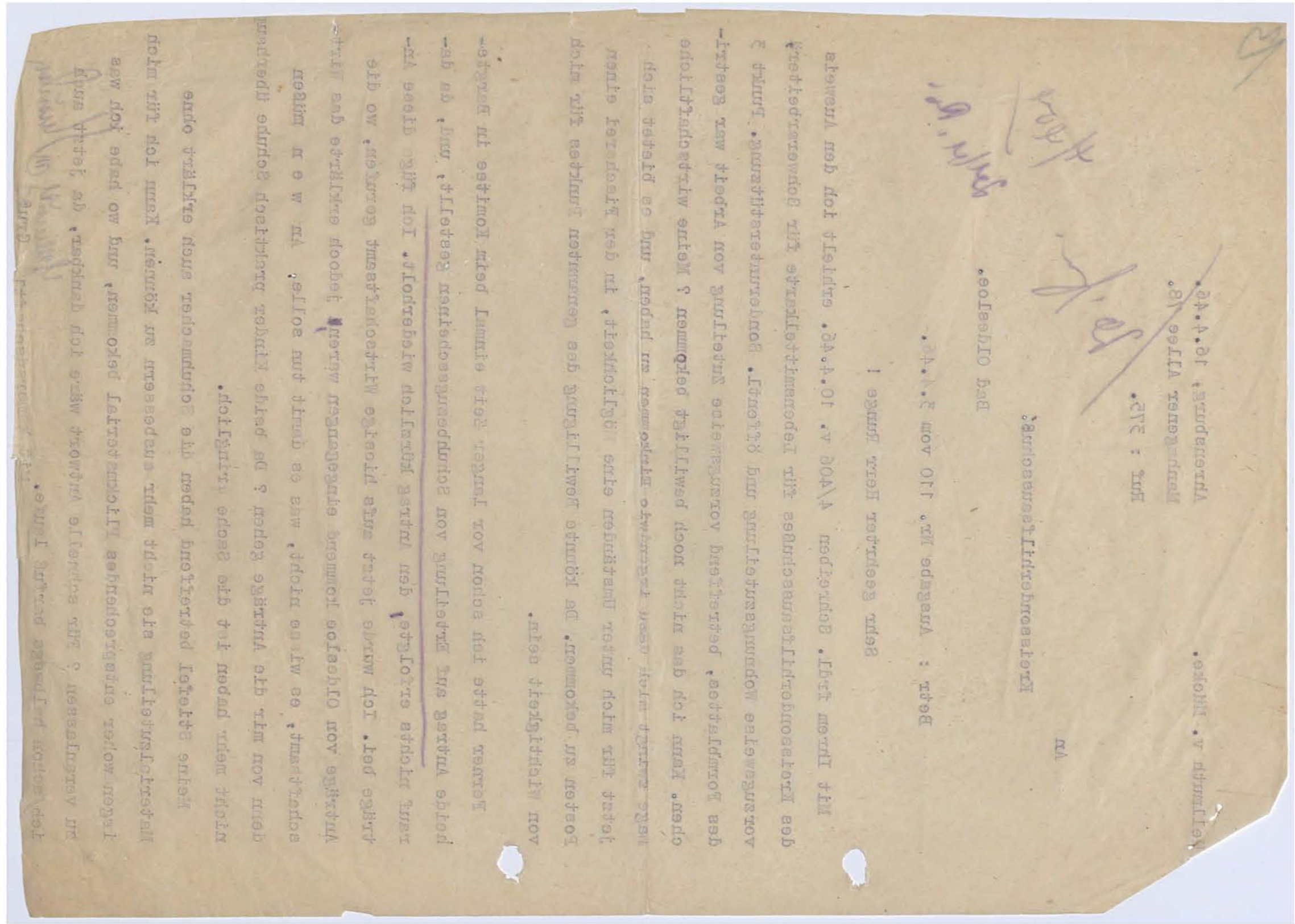
Ferner hatte ich schon vor langer Zeit einmal beim Komitee in Bargtheide Antrag auf Erteilung von Schuhbezugsscheinen gestellt, und, da darauf nichts erfolgte, den Antrag kürzlich wiederholt. Ich füge diese Anträge bei. Ich wurde jetzt aufs hiesige Wirtschaftsamt gerufen, wo die Anträge von Oldesloe kommend eingegangen waren, jedoch erklärte das Wirtschaftsamt, es wisse nicht, was es damit tun solle. An wen müssen denn von mir die Anträge gehen ? Da beide Kinder praktisch Schuhe überhaupt nicht mehr haben ist die Sache dringlich.

Meine Stiefel betreffend haben die Schuhmacher auch erklärt ohne Materialzuteilung sie nicht mehr ausbessern zu können. Kann ich für mich irgendwoher entsprechendes Flickmaterial bekommen, und wo habe ich was zu veranlassen ? Für schnelle Antwort wäre ich dankbar, da jetzt auch ich schon halbwegs barfuß laufe.

Hellmuth v. Mücke
Mit kameradschaftl. Gruß



Kreisarchiv Stormarn B2



Kreisarchiv Stormarn B2



15

Bad Oldesloe, den 9. 9. 1946
Königstr. 32

4/406
Rg./Hi.

1.) Urschriftlich
Kreiswirtschaftsamt
hier
betr.: bevorzugte Ausstellung für Bezugscheine
für Herrn v. Mücke bzw. Angehörige,
Ahrensburg, Manhagener Allee 78
zuständigkeitshalber übersandt. v. Mücke ist
durch den Kreis- Sonderhilfsausschuss Stormarn
anerkannt. - Abgabennachricht ist erteilt.
Im Auftrage:

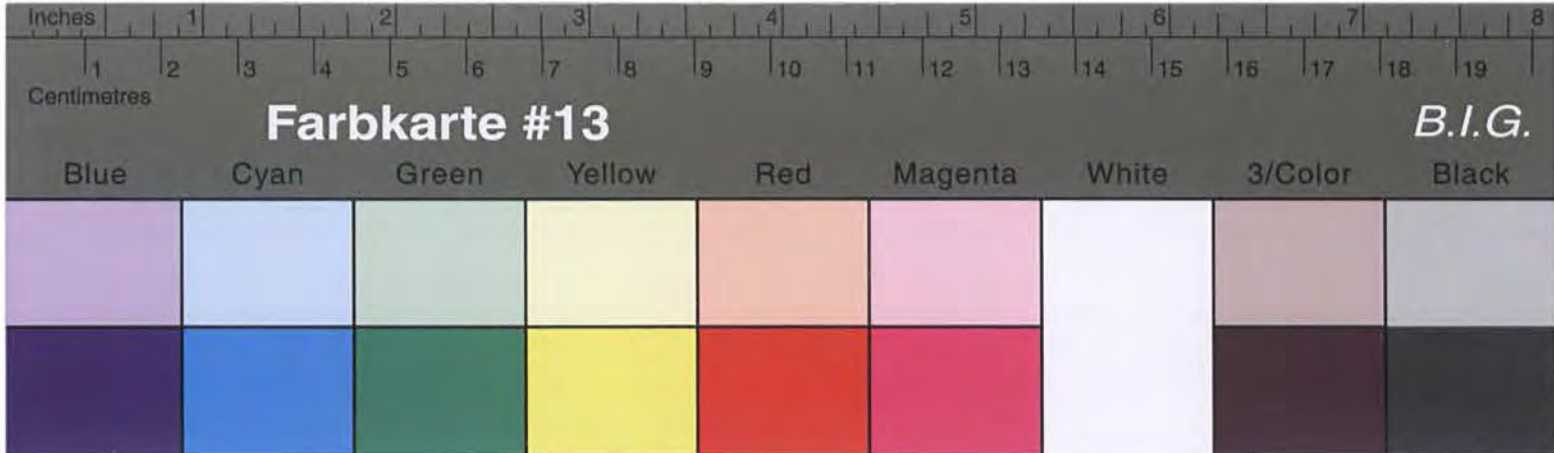
✓ *fruchtlich*

Bad Oldesloe, den 6. Aug. 1946
Königstr. 32

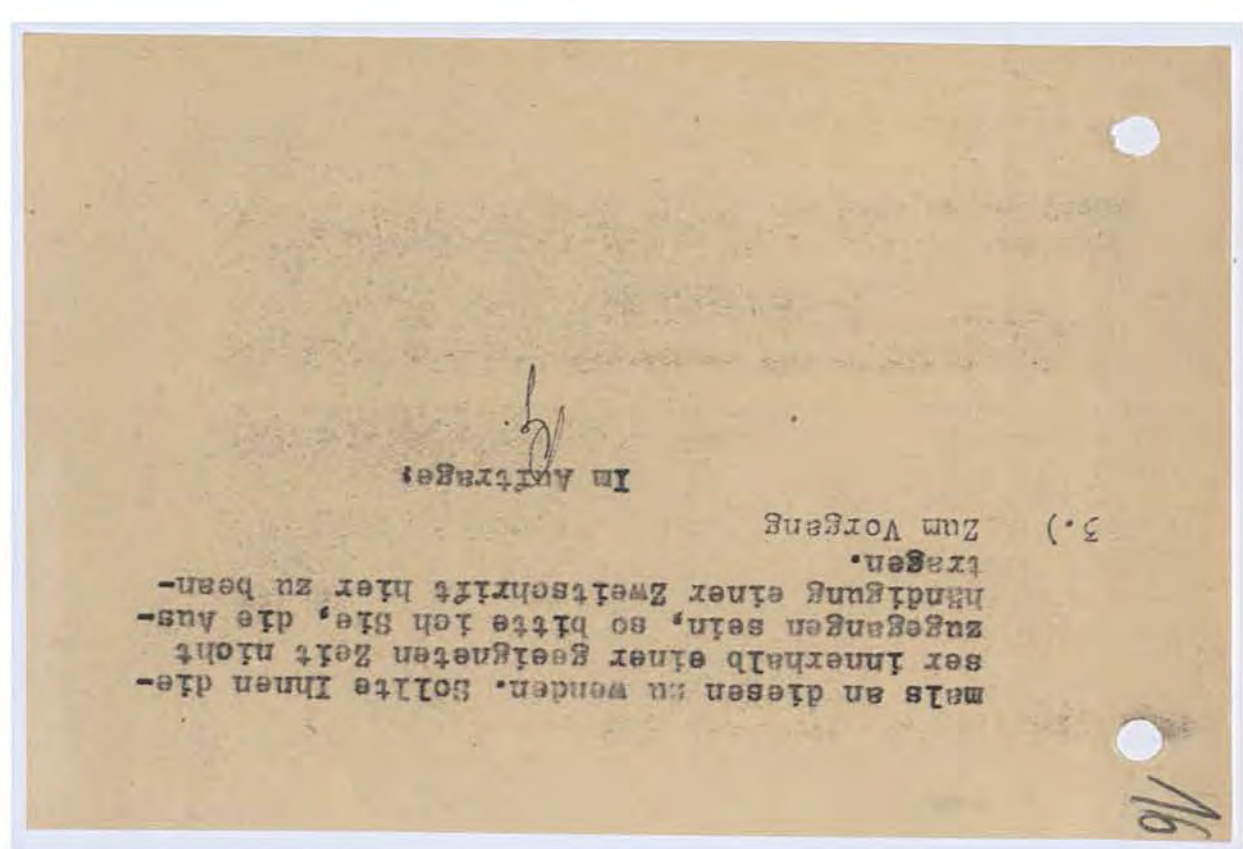
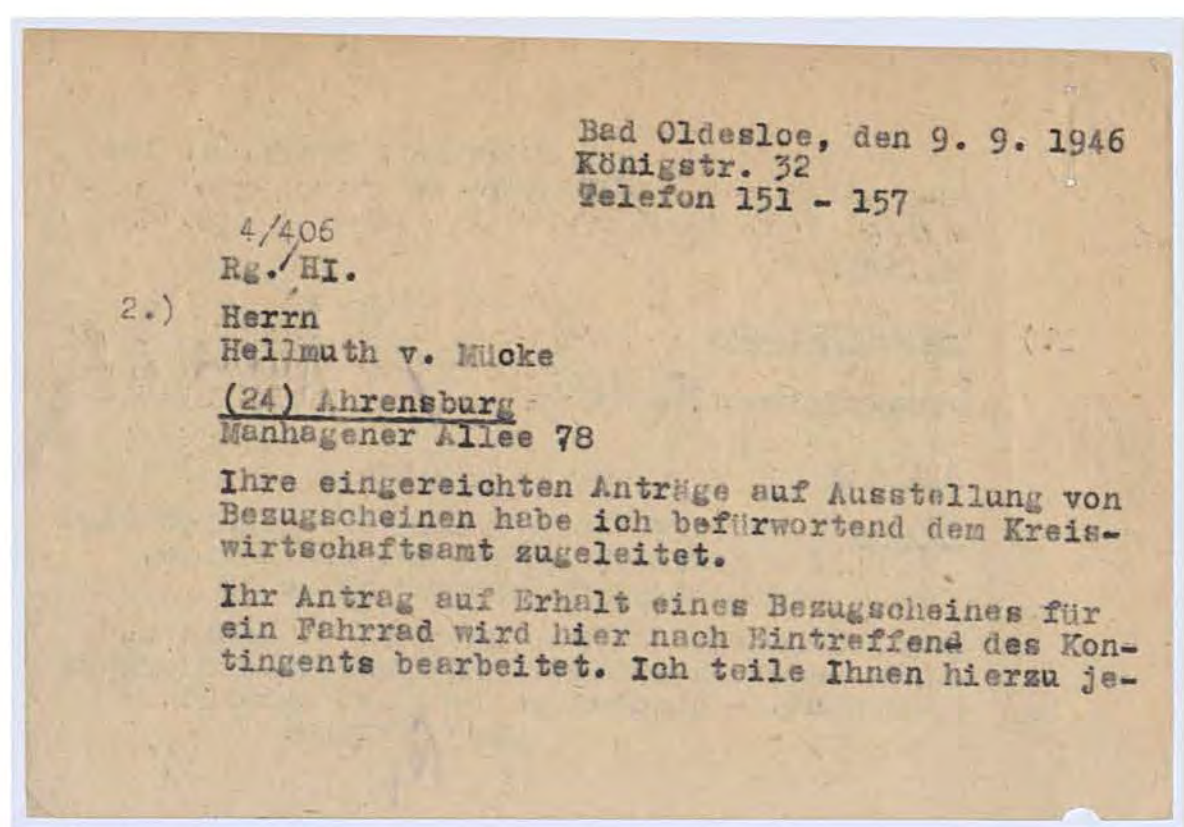
4/406
Rg./Hi.

2.) Herrn
Hellmuth v. Mücke
(24) Ahrensburg
Manhagener Allee 78

Ihren Antrag auf Zuweisung von Fahrrad und
Schuhen habe ich befürwortend dem Kreiswirt-
schaftsamt, hier, weitergeleitet.
Wegen Rückerhalt Ihres Betreuungsscheines von
dem Prüfamt in Kiel bitte ich Sie, sich noch-



Kreisarchiv Stormarn B2



doch jetzt schon mit, dass es günstigstenfalls
möglich sein wird, einen Bezugschein für Sie
zuzuweisen.

Bei weiteren Anträgen auf Bezugscheine von Waren, die der Rationierung unterliegen, bitte ich, diese über die Bezugscheinstelle der Gemeindeverwaltung Ahrensburg an mich zu leiten.

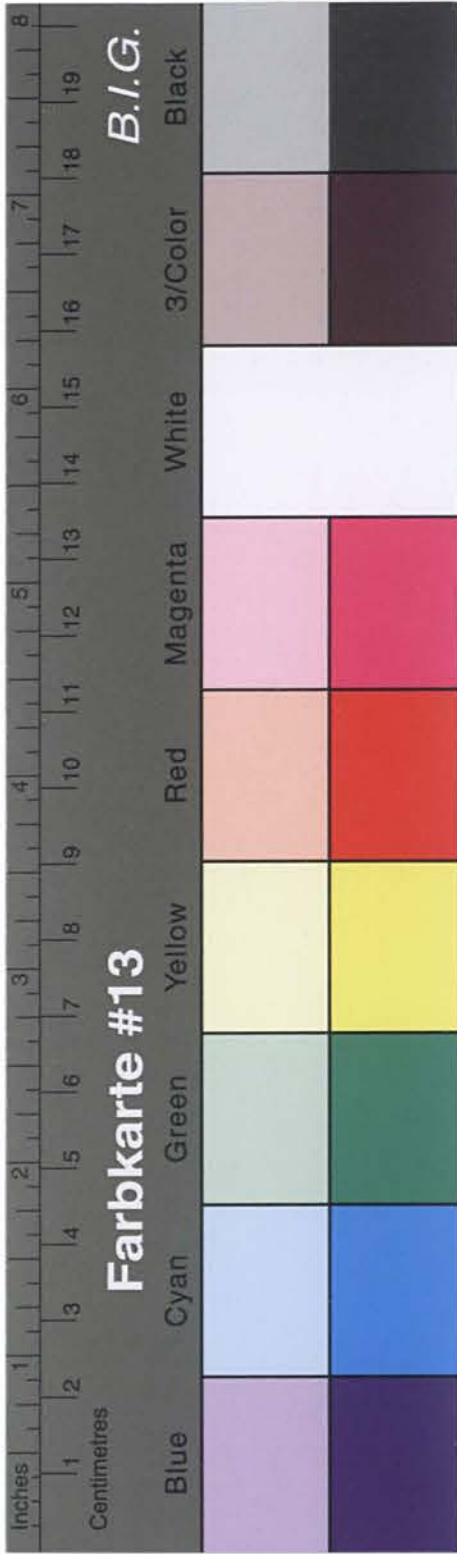
2.) Wv. Fahrradakte

Im Auftrag:

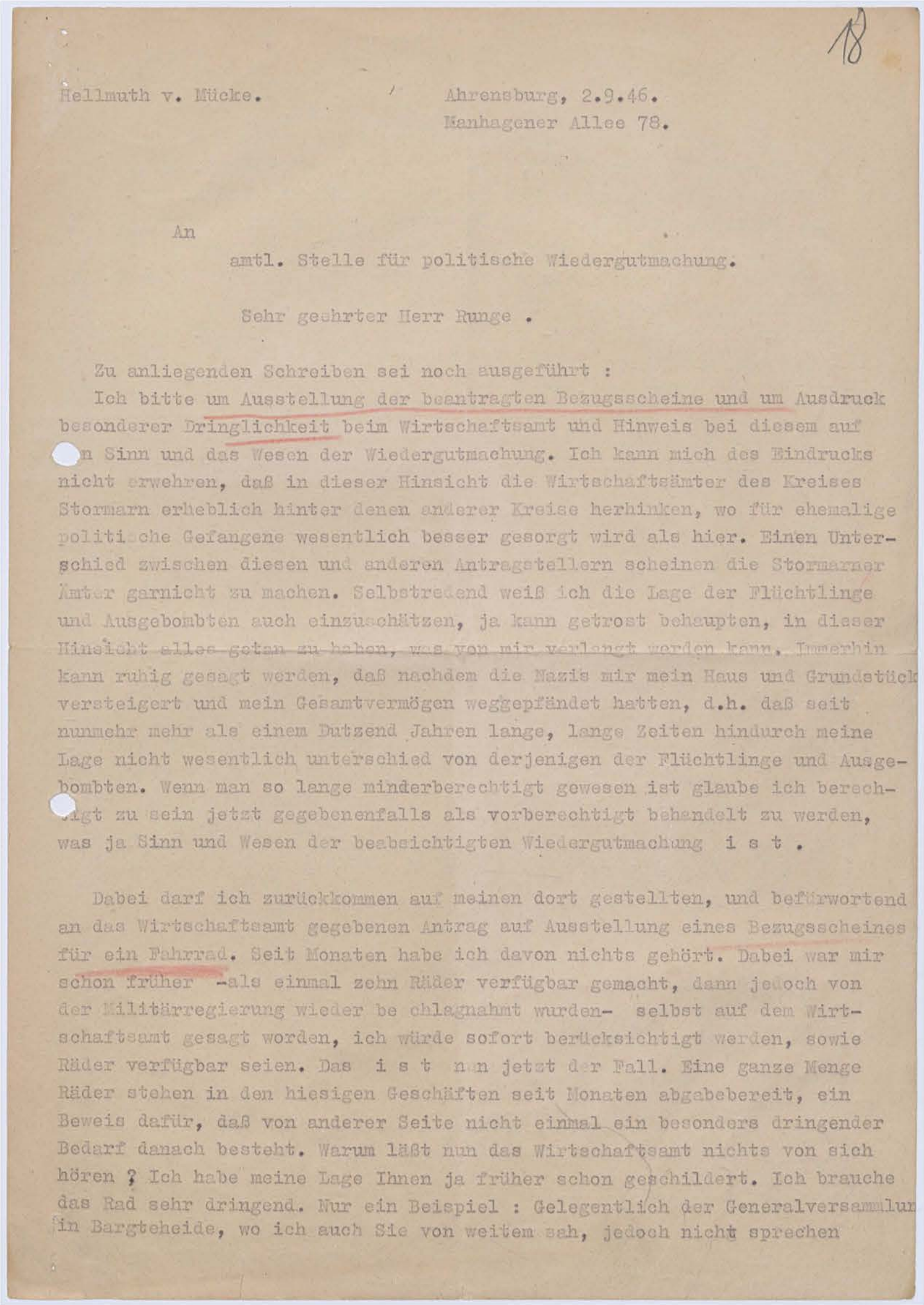
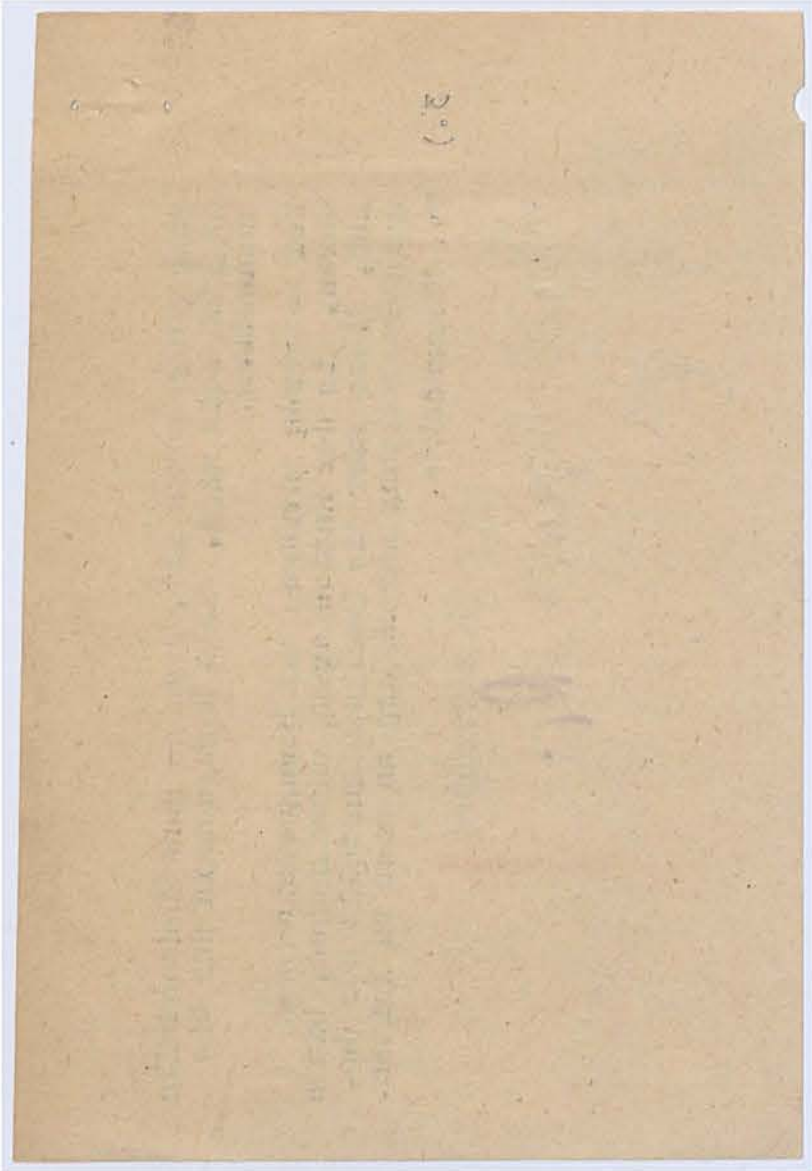
bande impure R.

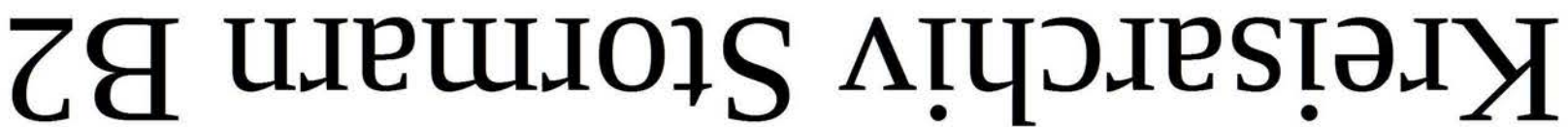
Kreisarchiv Stormarn B2





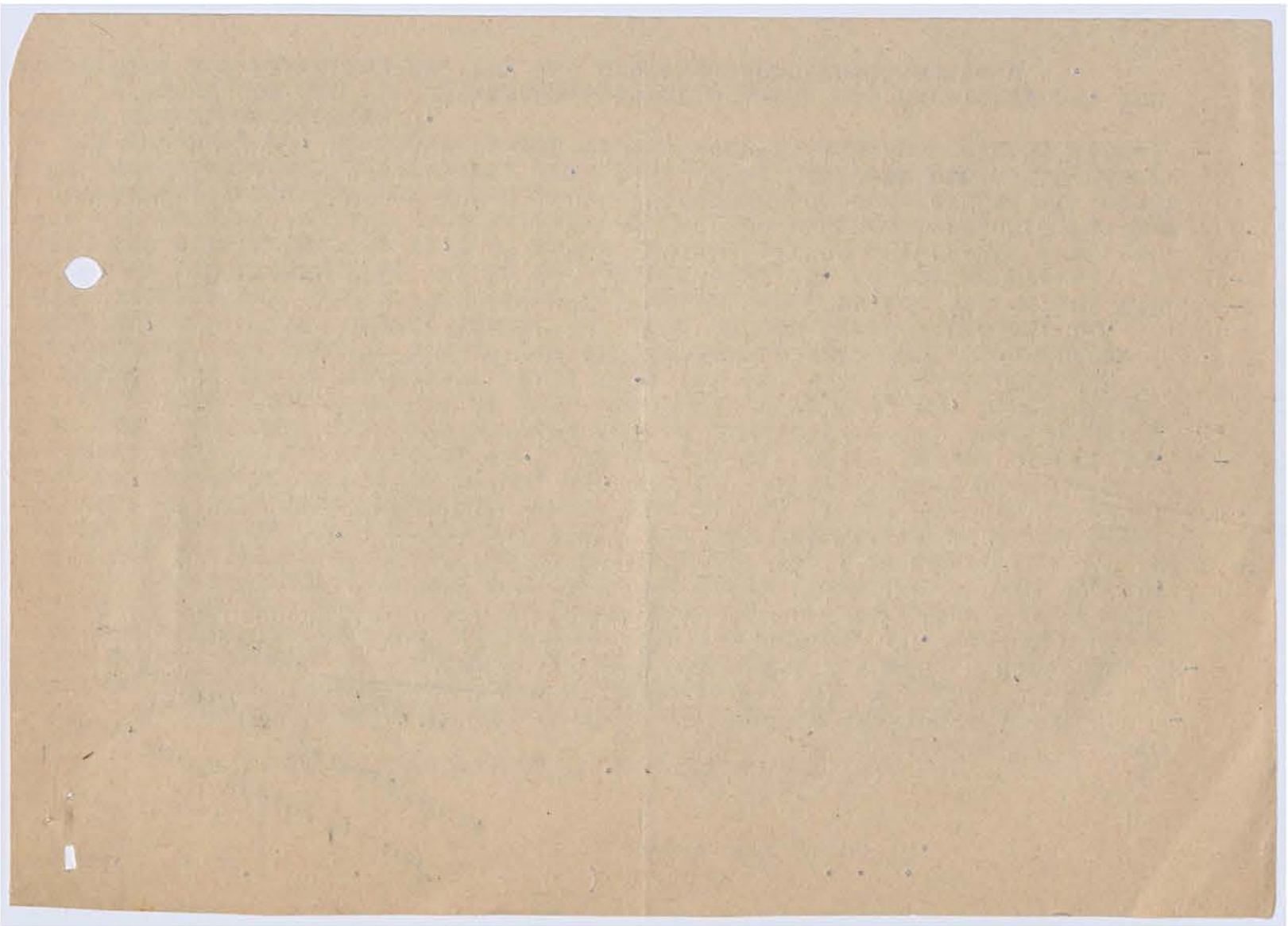
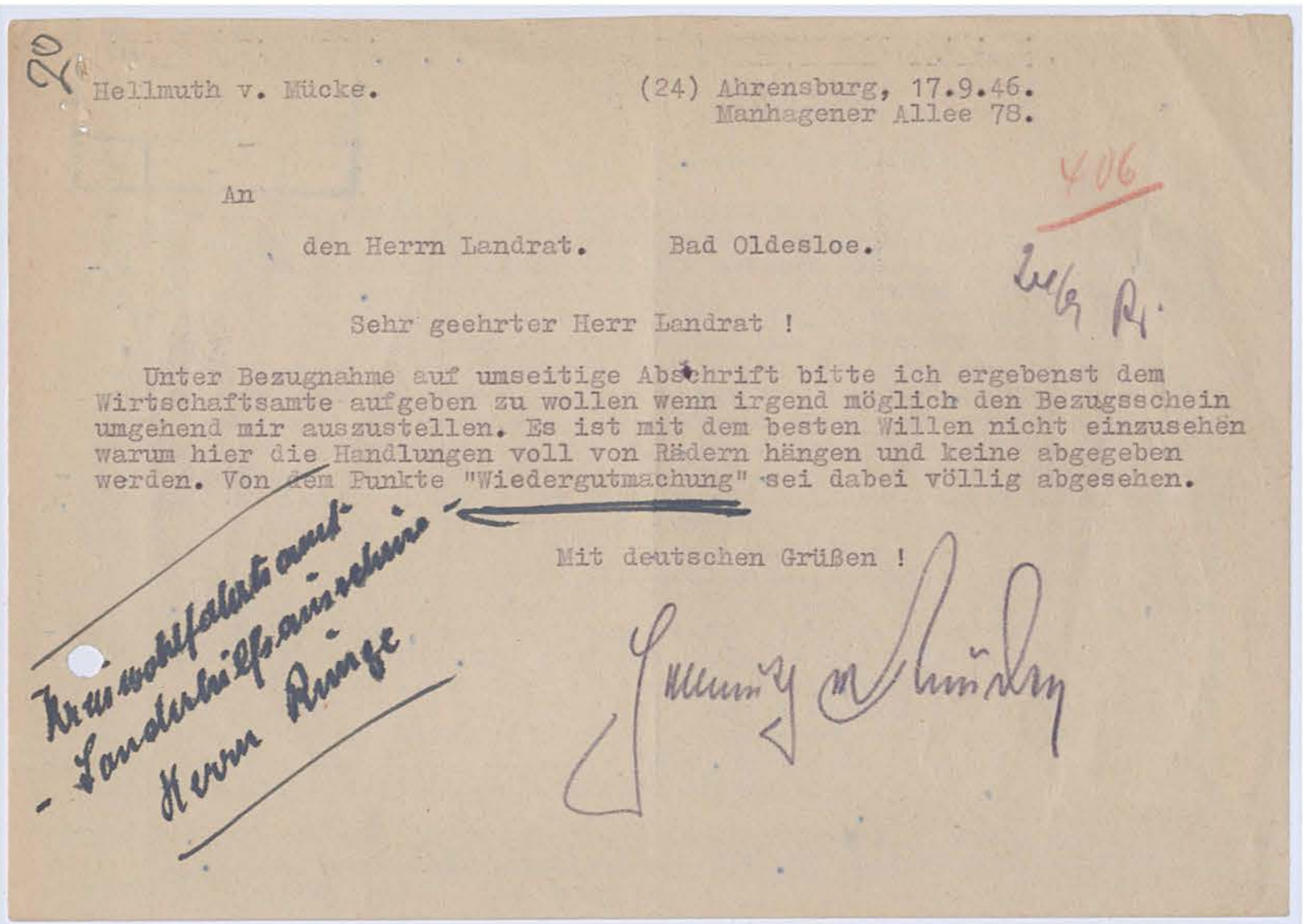
Kreisarchiv Stormarn B2





Mit kameradschaftlichen Grüßen !

Herr Runge von der Wiedergutmachungsstelle kennt die Vorgänge. Ich bin im Besitze des Ausweises Nr. 110 des Kreissonderhilfeausschusses.



Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2

Heilmuth v. Mücke. (24) Ahrensburg 17.9.46. Eingegangen: 20 SEP 1946
Mehagener Allee 78. Beantw.:
An Kreiswirtschaftsamt. Bad Oldesloe!

Vor Monaten bereits wurde mein Antrag auf Anstellung eines Besag-
scheinnes für ein Fahrrad von der amtlichen Stelle für Wiedergutmachung
befürwortend zurück gegeben und mir mitgeteilt es seien dort eine An-
zahl Räder verfügbar und ich solle eins davon erhalten. Als dann die Räder
unvorhergesehenweise von der Militärregierung beschlagnahmt wurden war
mir bei einem Vorgesprechen auf dem Wirtschaftsamte zugesichert worden, ich
würde bei der nächsten eintretenden Möglichkeit einen Besagschein auf ein
Fahrrad bekommen. Jetzt haben nun sämtliche Fahrradhandlungen Ahrensburgs
vor einiger Zeit ohne Zutun ihrerseits aus Hamburg Räder zugestellt bekom-
men, weil so viele vorhanden seien, daß sie in Hamburg selbst nicht mehr
untergebracht werden könnten. Verkauft werden die Räder jedoch nicht. De-
raus geht doch ohne weiteres hervor, daß es garnicht soviel Stellen gibt,
bei denen ein dringender Bedarf nach einem Rad vorliegt, wie tatsächlich
an vorrätigen Rädern vorhanden sind. Mein bei der amtlichen Stelle für
Wiedergutmachung nunmehr erneut gestellter Antrag wird dort eingegangen
sein, und mein alter Antrag unerledigt sich in den Akten befinden. Ich
bitte dringend um Übersendung eines Besagscheinnes, da ich bei meinem Kön-
perlichen Leiden ohne Rad völlig lahmgelagt bin. Wie früher bereits mit-
teilt ist mein früheres, fast 20 Jahre in Gebrauch gewesenes Rad schon vor
etwa Jahresfrist endgültig zusammengebrochen und nach erfolgtem Picken und
Ausbesserungsversuchen von allen dazu herangezogenen Werkstätten als nicht
mehr herstellbar erklärt worden. Seit rund einem Jahr bin ich somit nahezu
an Ort gebannt, was sich naturgemäß wirtschaftlich außerordentlich nach-
teilig bemerkbar macht.
Herr Runge von der Wiedergutmachungsstelle kennt die Vorgänge. Ich bin
im Besitze des Ausweises Nr. 110 des Kreissonderhilfsaufschusses.

gez. Heilmuth v. Mücke

2. 4. 47. 21
An
Herrn. Bitte für gedruckte Wiedergutmachung.
Danke bleiben.
Der Untergutachten ist, wie dem bekannt, heute der
60. Jahre und es ist im besten nicht gelungen zu
irgend einem Markte zu kommen. Wiedergutmachung.
Königswasser ist noch zu geben.
Zunächst möchte ich darauf aufmerksam machen, daß
ich als solcher 12 Jahre lang anfangs 1930er Jahre,
dementsprechend glatte ich aufzufassen zu lassen, daß einen
bedürftigen Wiedergutmachung in einem Lande nicht
zukommen. Heute ist die Lage ganz zu meinen Un-
gunsten anfangs der 1930er, so daß ich immer
helfen darauf, jetzt endlich beginnend zu werden.
Ich brauche dafür ein ganz gutes Grundstück
als Gartenstück, das einen Garten anfangs
— Größe des Gartens mind. 200 m — in Lage auf Garten-
stück, Wiedergutmachung ist von jedem Markte
bekannt, daher ich mich anzuwenden möchte.
Gruß
Heilmuth v. Mücke
Anfangs.
Mausgasse Allen 10.

22

25. April 47

- Kreiswohlfahrtsamt -
Königstr. 52
Amtl. Stelle für politische
Wiedergutmachung.
4/406 - Pg./Hi. -

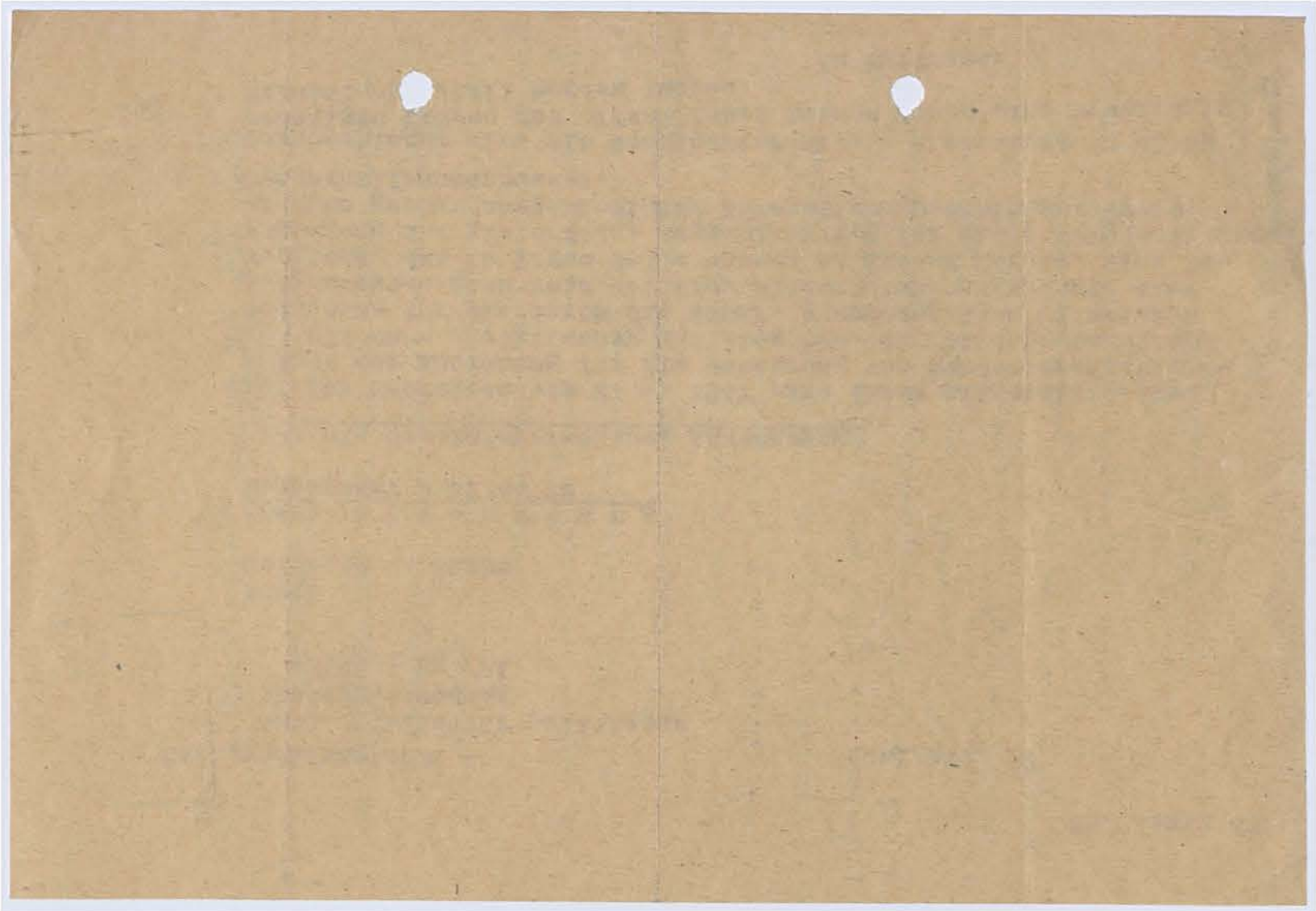
1.) Herrn
Hellmuth v. Mücke
(24a) Ahrensburg
Manhagener - Allee 78
über die Gemeindeverwaltung Ahrensburg.

Auf Ihr Schreiben vom 2. 4. 1947 wird Ihnen mitgeteilt, dass
ausser der Anordnung für die Gewährung von Sondervergünstigun-
gen als ehem. politischer Häftling bzw. der Wiedergutmachungs-
anordnung für die durch die NSDAP. gemassregelten öffentlich
Bediensteten noch kein weiteres Wiedergutmachungsgesetz hier
vorliegt, das in Ihrem Falle Anwendung finden könnte. Eine Be-
vorzugung für sie erfolgt augenblicklich für die 4 Vergünstigungs-
gruppen gemäss ausgehändigtem Berechtigungsschein des Kreis-
Sonderhilfsausschusses.

Darüberhinaus wird die Gemeindeverwaltung Ahrensburg in allen
sonstigen Fragen des öffentlichen Lebens Ihnen eine bevorzugte
Behandlung zuteil werden lassen.

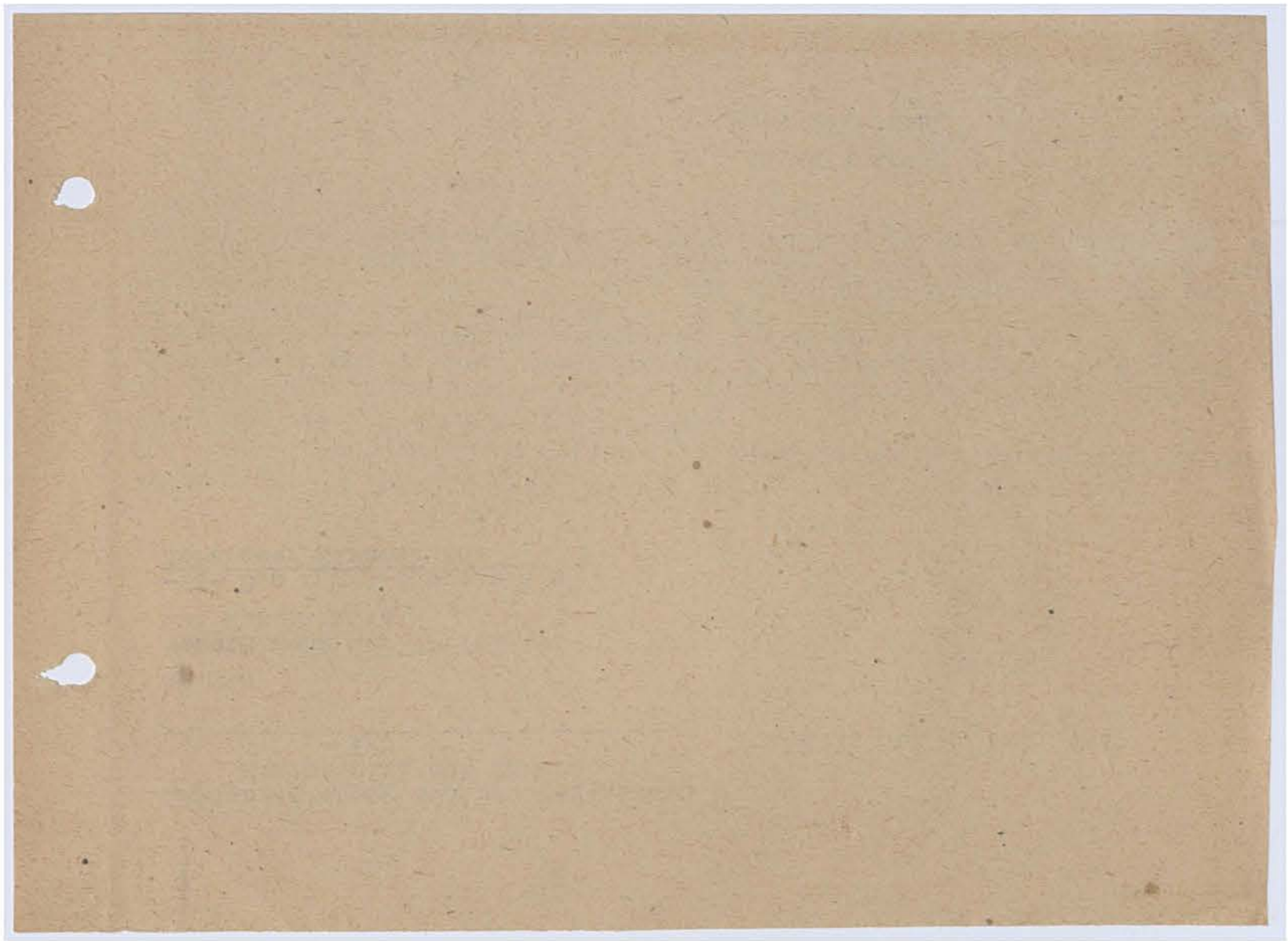
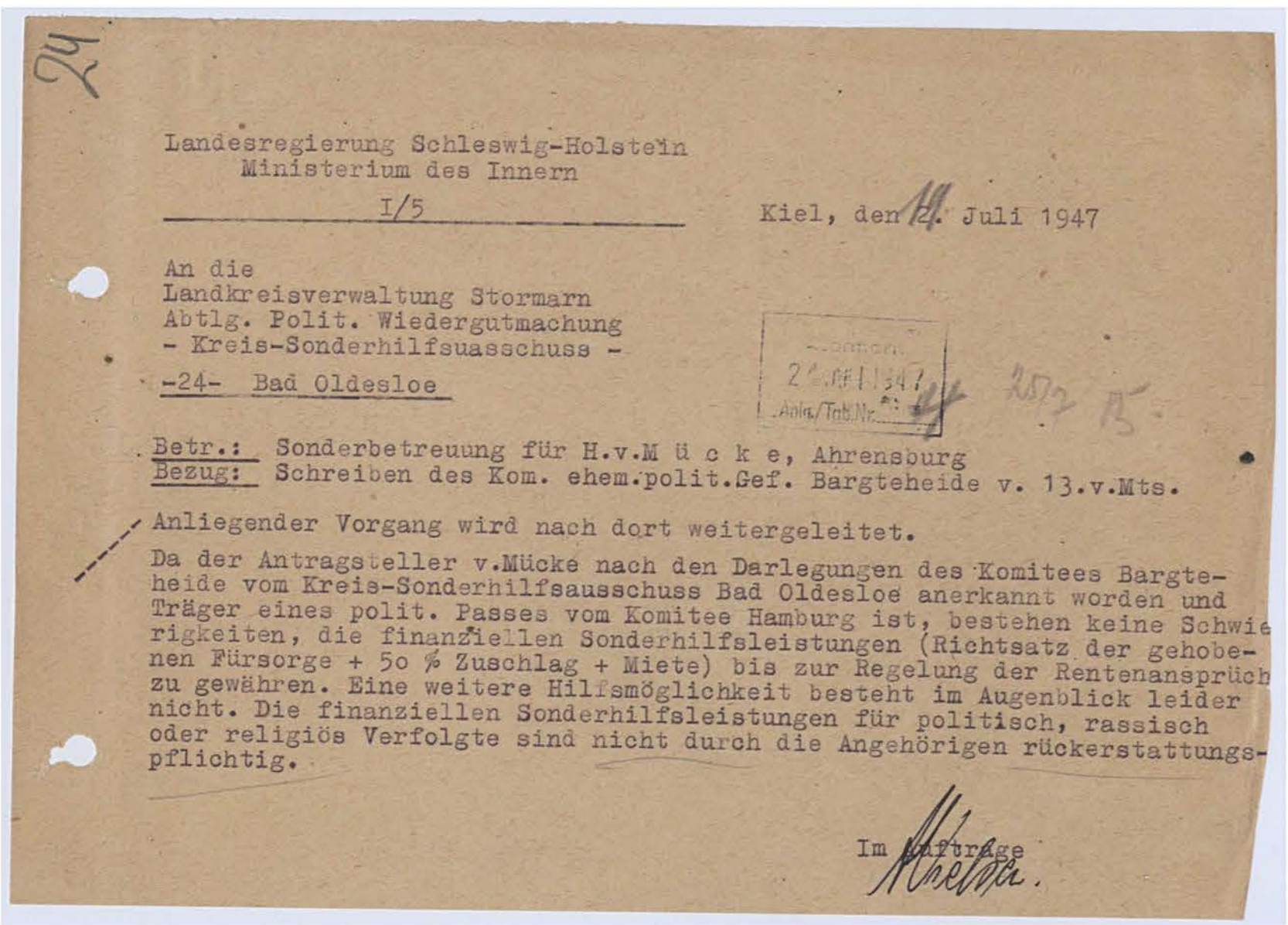
2.) Zu den Akten.

Im Auftrag: *K*



Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2



25

- 4/413 - Rg./Re. Bad Oldesloe, den 28.7.1947

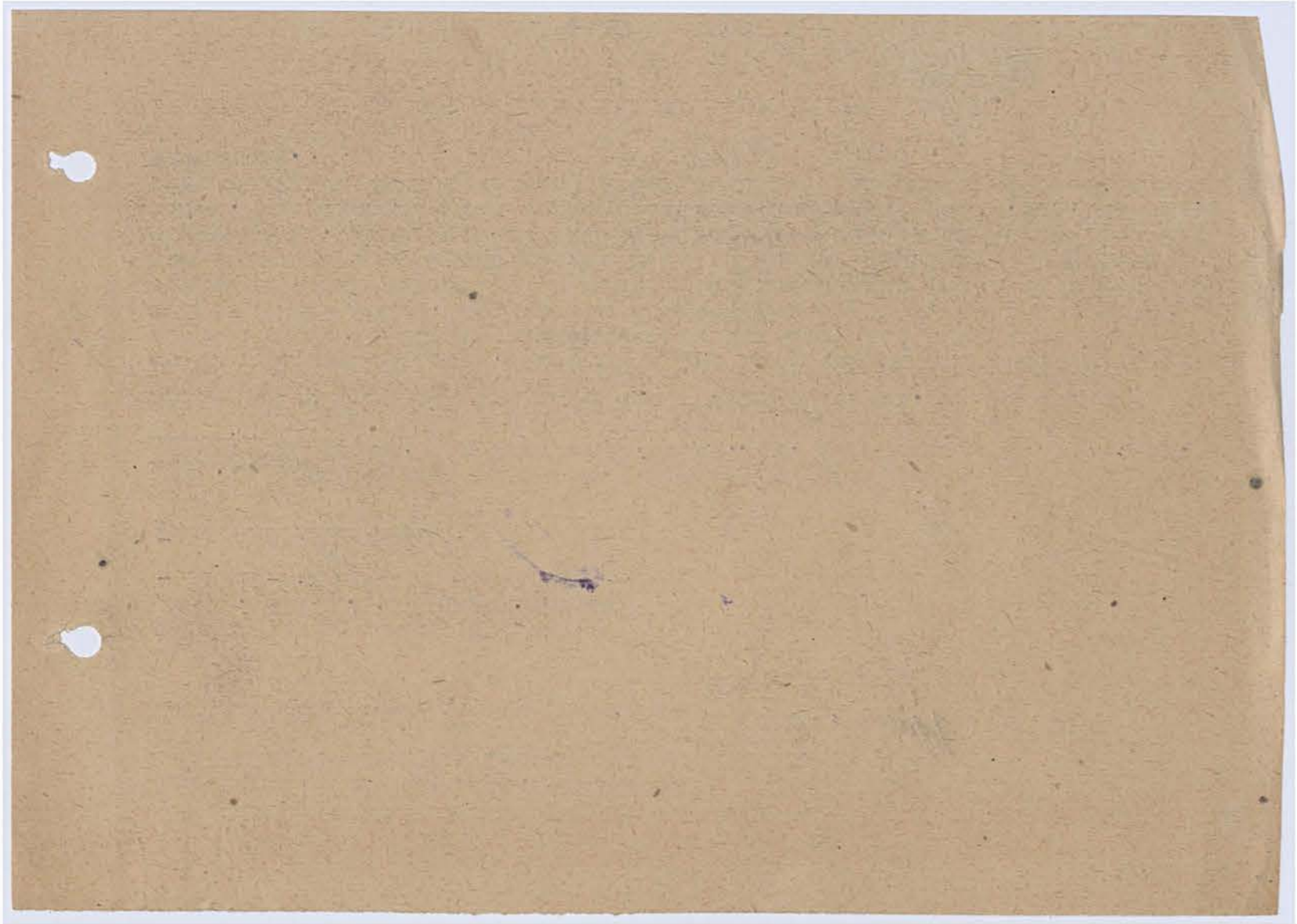
An die
Vereinigung der Verfolgten
des Nazi-Regimes

B a r g t e h e i d e
Jersbekerstr. 20

Betr.: Sonderbetreuung für Herrn v. Mücke, Ahrensburg.
Bezug: Dortiges Schreiben vom 13.6.47 an die Landesregierung
Schleswig-Holstein.

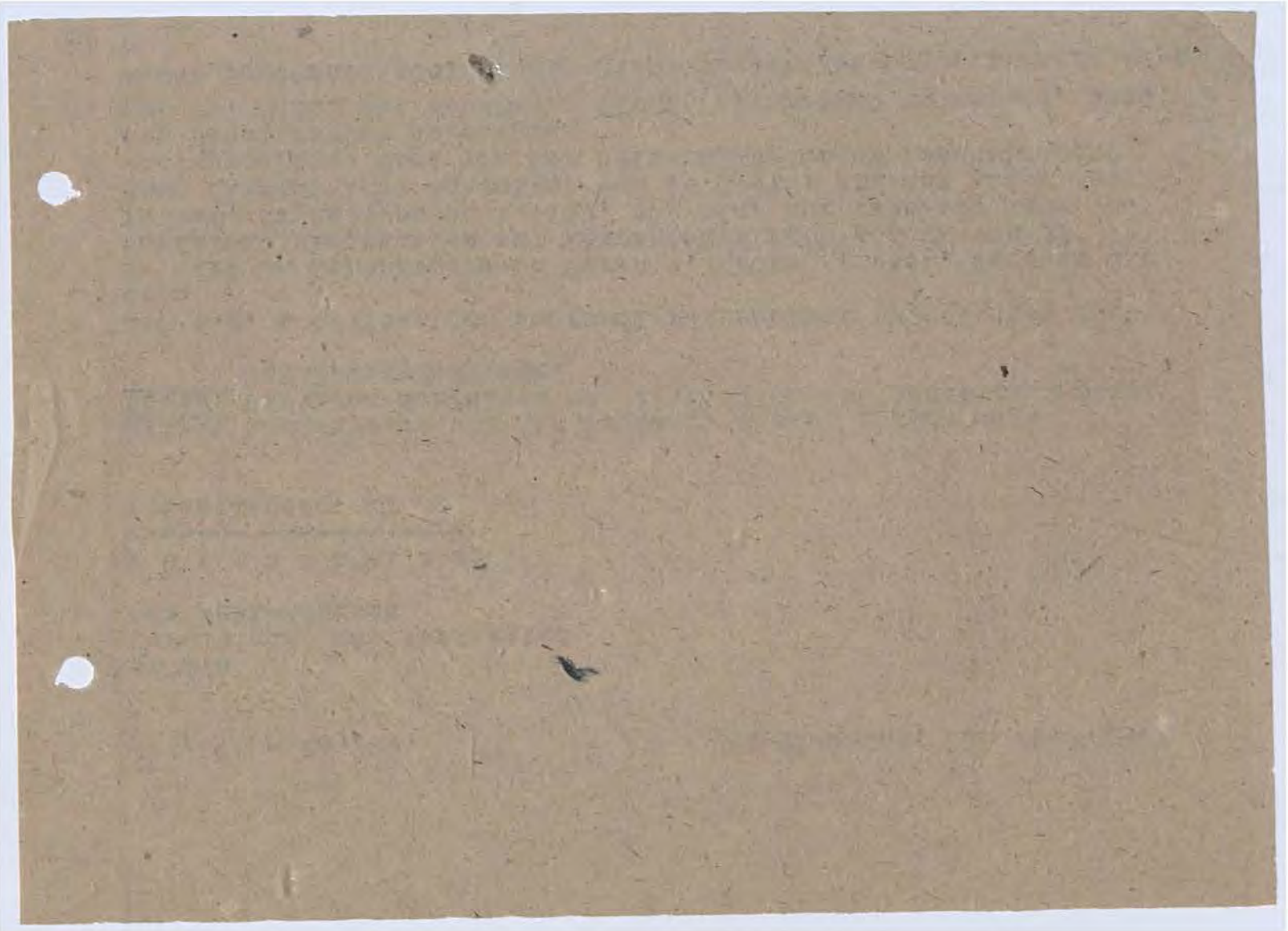
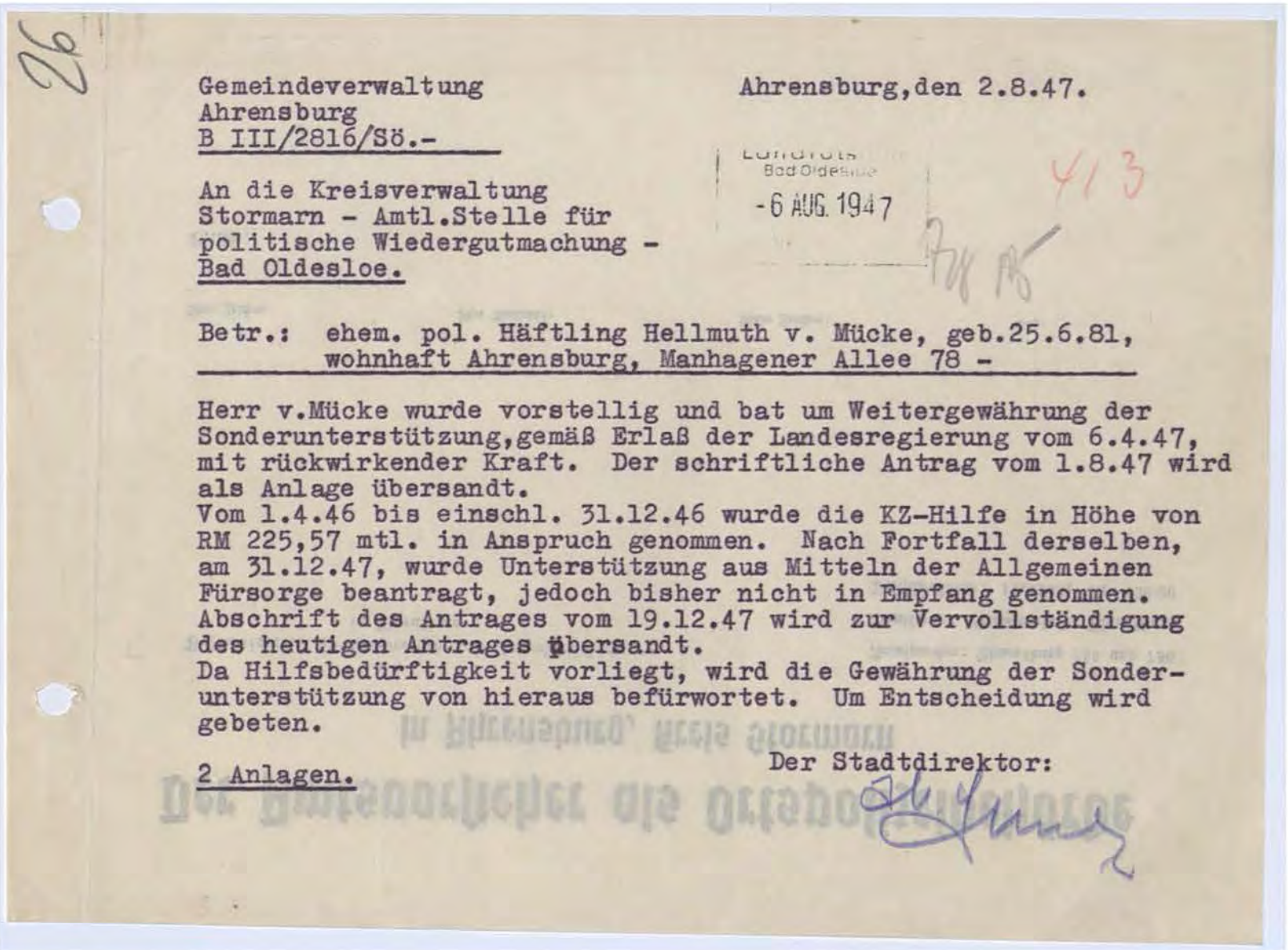
Das o.a. Schreiben ist zuständigkeitshalber hergeleitet worden.
Es wird um Bekanntgabe an Herrn v. Mücke gebeten, dass er die
Sonderhilfsleistungen auf Antrag auch nach Ablauf von 39
Wochen, frühestens ab 1.4.47, von hier aus erhalten kann (s.
auch diesseitiges Schreiben vom 14.7.47). Bei dem Alter des
Antragstellers wird von der Beibringung einer Bescheinigung
des Arbeitsamtes abgesehen.
Herr v. Mücke ist besonders darauf aufmerksam zu machen, dass
diese Sonderhilfsleistungen nicht rückerstattungspflichtig sind.

2/ W.V. I.4.



Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2



24
Hellmuth v. Mücke.
Ahrensburg, Manhagener Allee 78.
1. August 47.

An
Gemeindeverwaltung. Fürsorgeamt.

Unter Bezugnahme auf die mündliche Unterredung, wobei Fehlen gedruckter Antragsformulare festgestellt wurde, beantrage ich hiermit die Fortführung der Sonderunterstützung des Kreis-Sonderhilfeausschusses an mich mit rückwirkender Kraft. Erlaß der Landesregierung vom 6.4.47, Rundschreiben E 42/47 vom 18.7.47 der Kreisverwaltung an die Gemeindeverwaltungen.

Beibringung eines Bescheinigungsvermerkes des Arbeitsamtes, daß ohne eigenes Verschulden mir Arbeit nicht vermittelt werden konnte ist gemäß Schreibens der VVN an mich meines Alters wegen nicht erforderlich.

Ich bitte meinen Antrag schnellstens an den Kreis-Sonderhilfeausschuß in Bad Oldesloe weiter zu leiten.

Heinrich Mücke

Der Amtsvorsteher als Ortspolizeibehörde
in Ahrensburg, Kreis Stormarn

Postanschrift: Der Amtsvorsteher als Ortspolizeibehörde in Ahrensburg
Fernsprecher: Ahrensburg 755 und 756
Bankkonto: Kreissparkasse Ahrensburg
Postfachkonto: Hamburg Nr. 430 20

Ihre Zeichen: _____ Ihre Nachricht: _____ Mein Zeichen: _____ Tag: _____

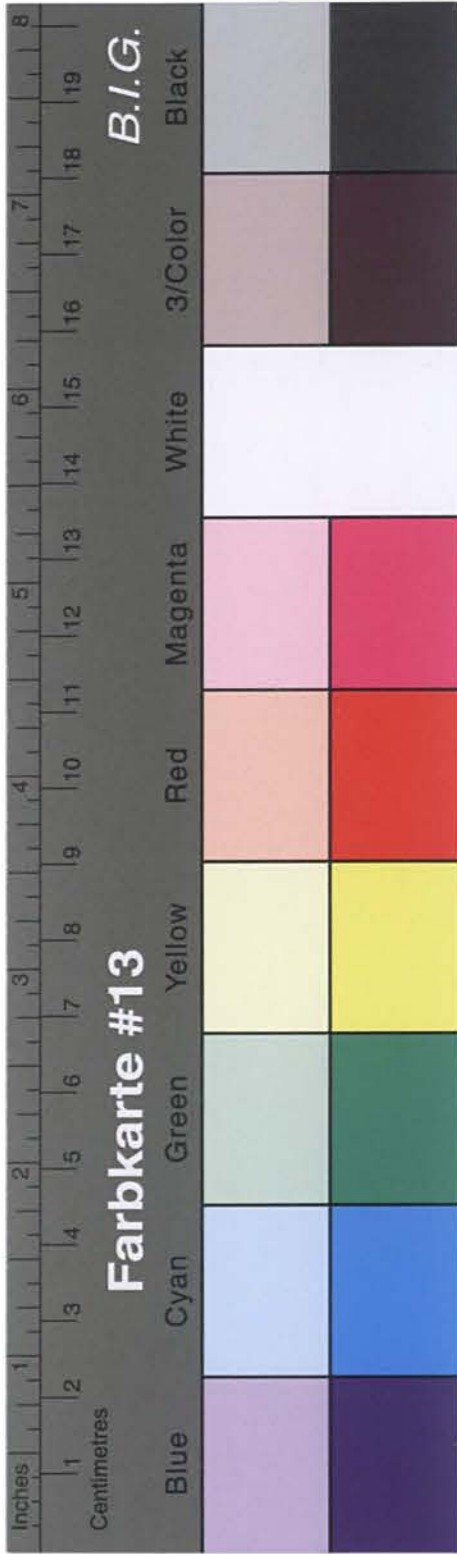
Betreff: _____

B III/3876/22 -
vorgelegt

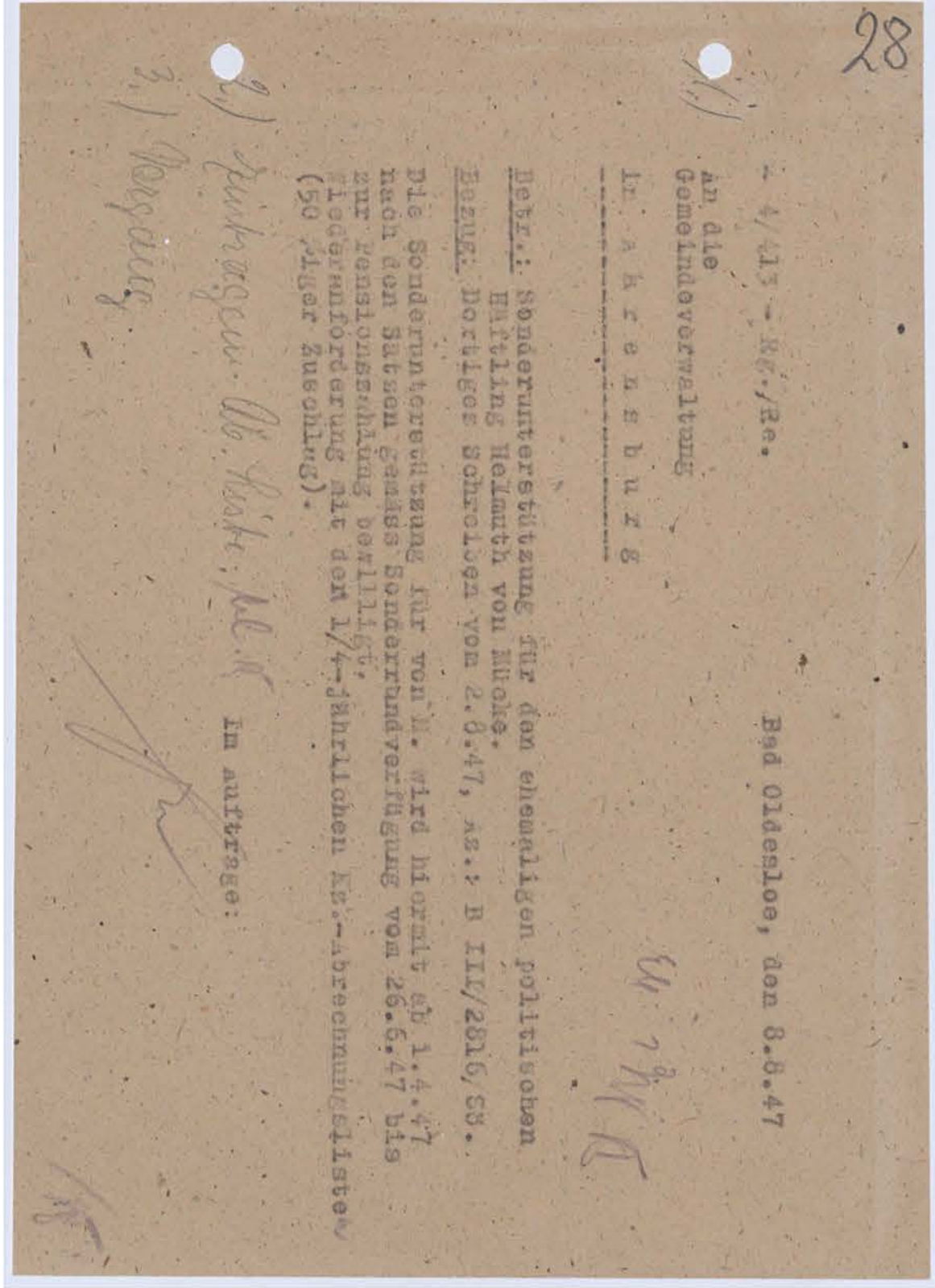
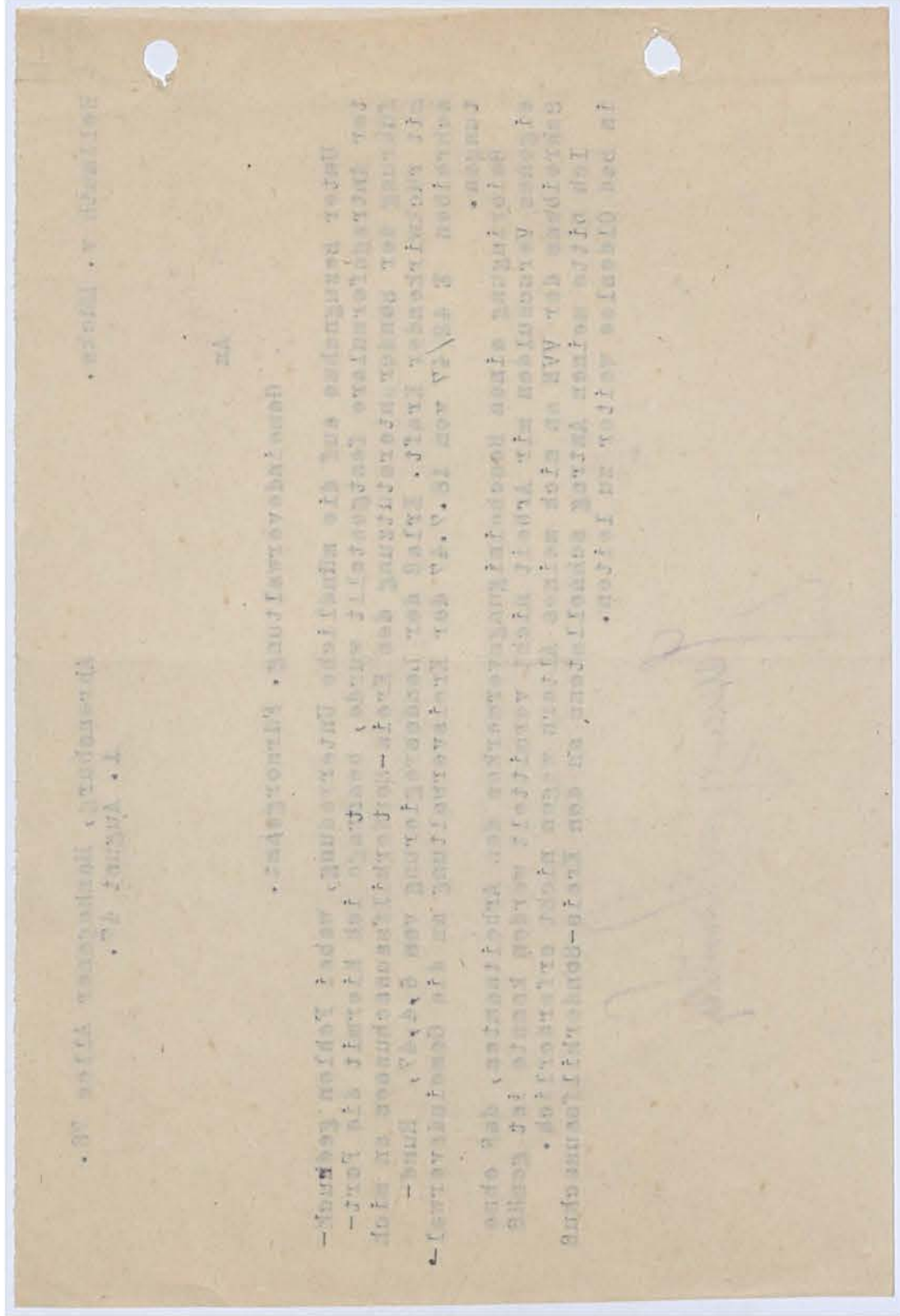
Beauftragter: _____

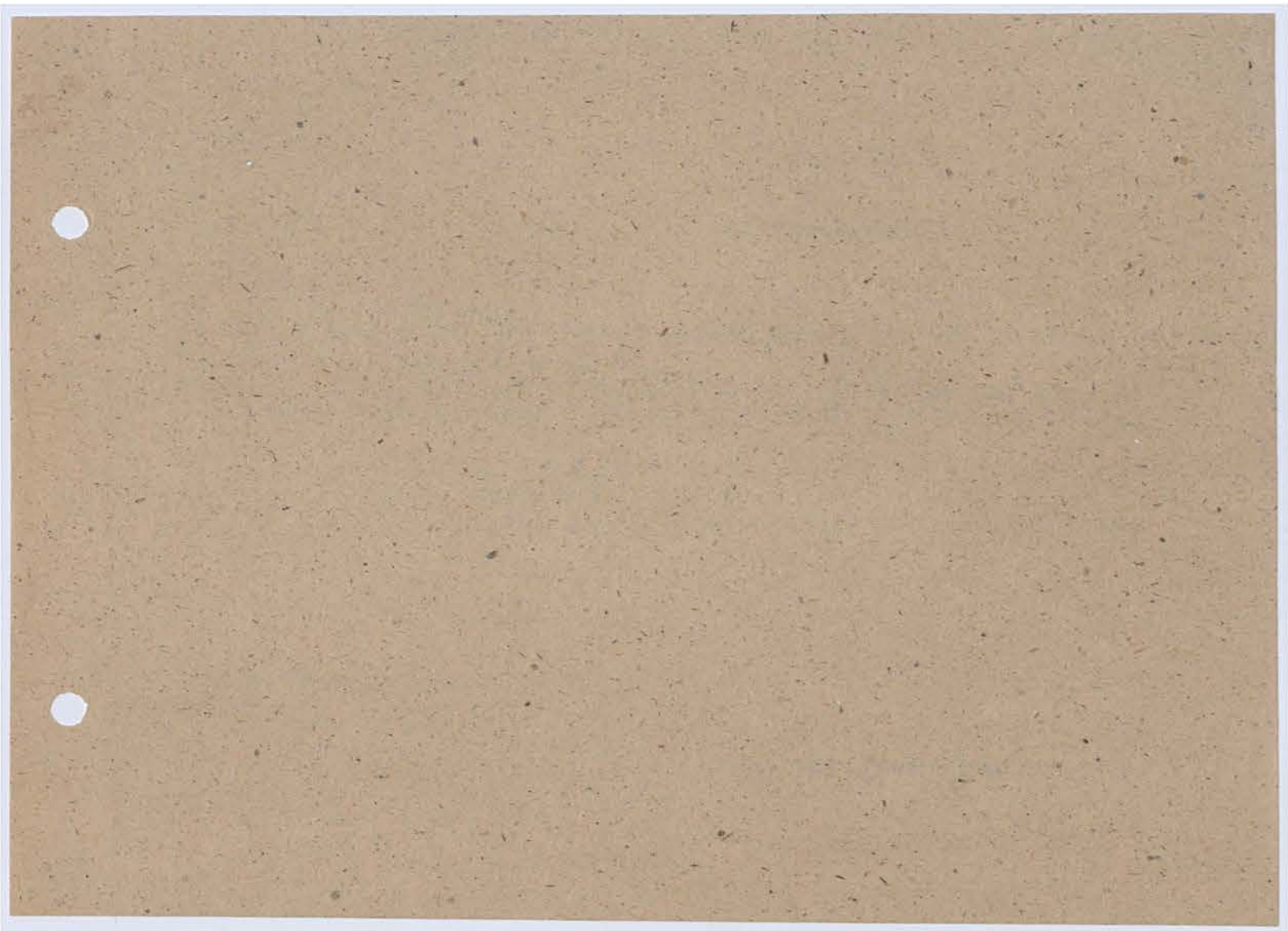
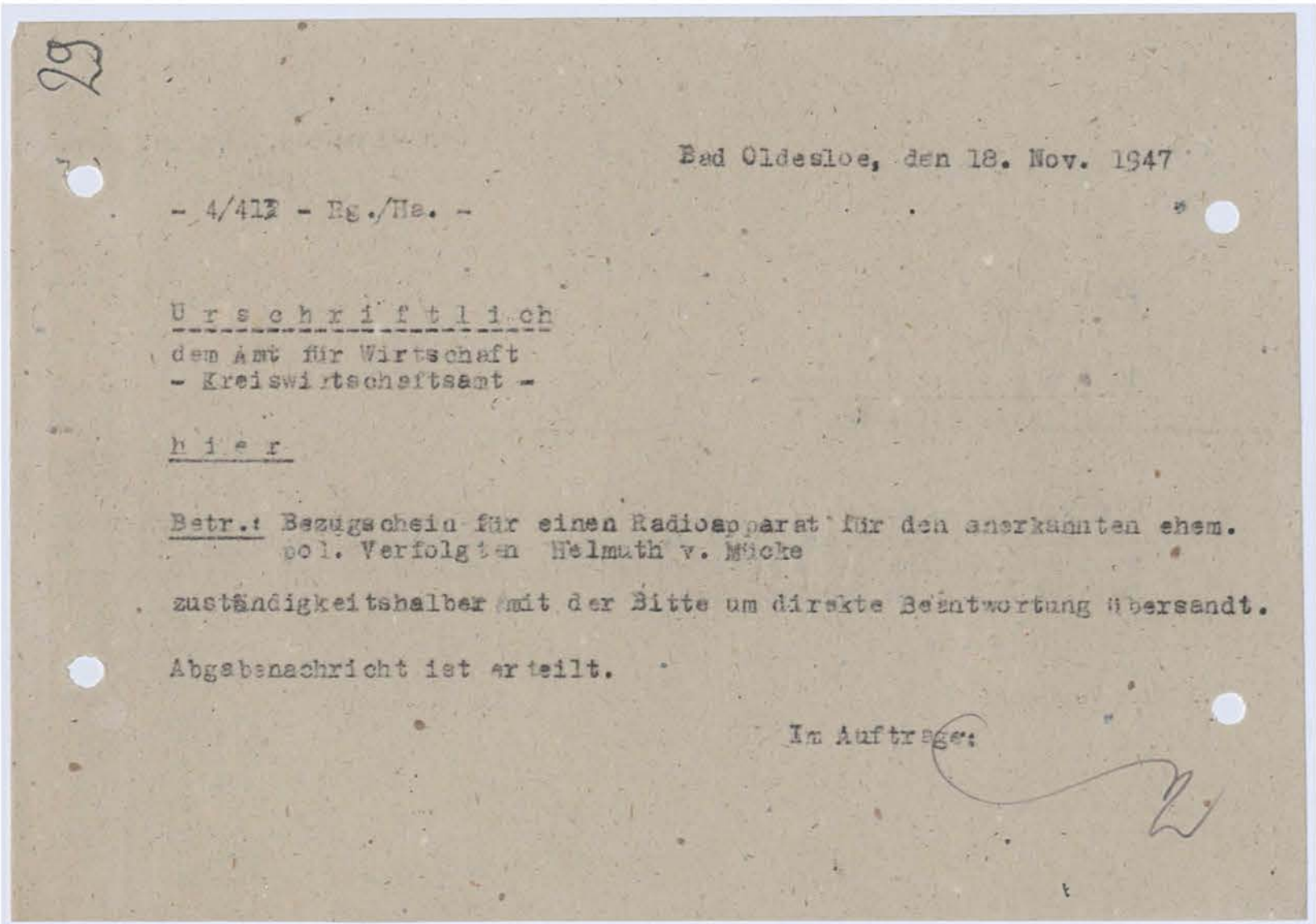
Kreisarchiv Stormarn B2





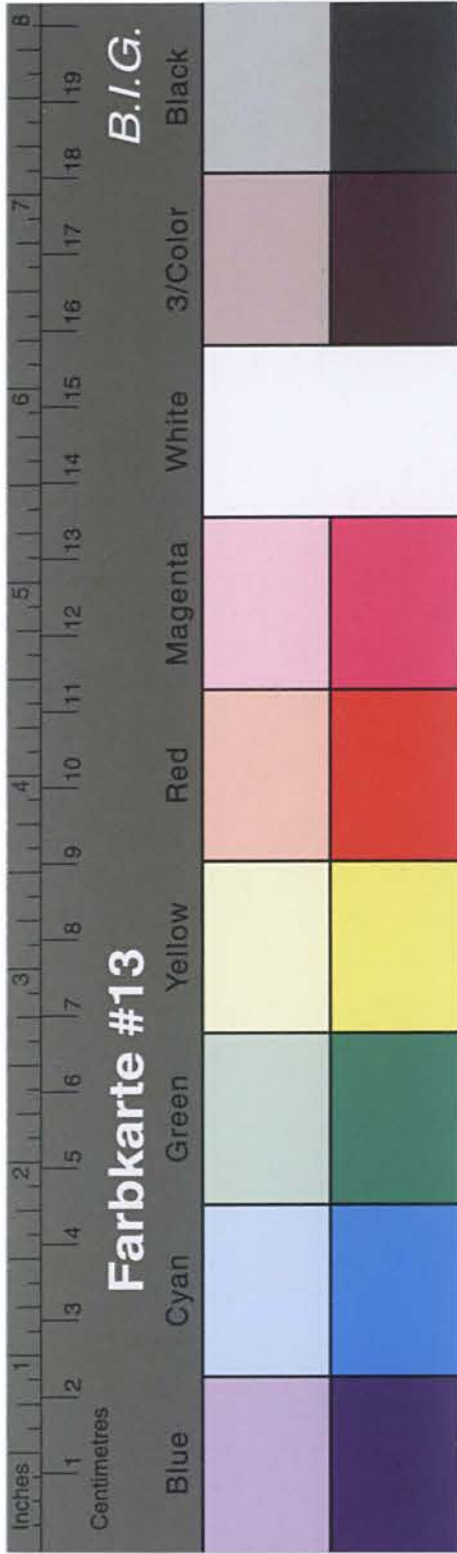
Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2

2.) - 4/413 - Bg./Hs. -

Bad Oldesloe, den 18. Nov. 1947

Herrn
Hellmuth v. Mücke
in A h r e n s b u r g
Manhagener Allee 78

Ihr Schreiben vom 7. 11. 1947 betreffs Zuweisung eines Bezugscheines für einen Radiosprenger ist wegen der angeführten Wirtschaftsfragen zuständigkeitshalber an das Kreiswirtschaftsamt weitergeleitet worden, mit der Bitte um Beantwortung.

Im Auftrage:

Abschrift

Unterstützungs-Antrag

Ahrensburg, den 19.12.47

Es erscheint: Herr Hellmuth von Mücke Beruf: ohne

wohnhaft in: Ahrensburg, Manhagener Allee 78 Strasse Nr.

und bittet um: Gewährung einer Unterstützung aus der Allgemeinen Fürsorge

für: sich

Zu- und Vorname: von Mücke, Hellmuth geb. am: 25.6.81

geborene: geb. in: Zwickau /Sa.

Im eigenen Haushalt: ja Familienstand: verh. (ledig, verheiratet, verwitwet usw.)

Im fremden Haushalt:

Ist der Antragsteller erwerbsfähig? Aus welchen Gründen nicht?

nein über 65 Jahre alt

Seit wann hier wohnhaft: 1940 Wohnort am 1. 7. 44: Ahrensburg

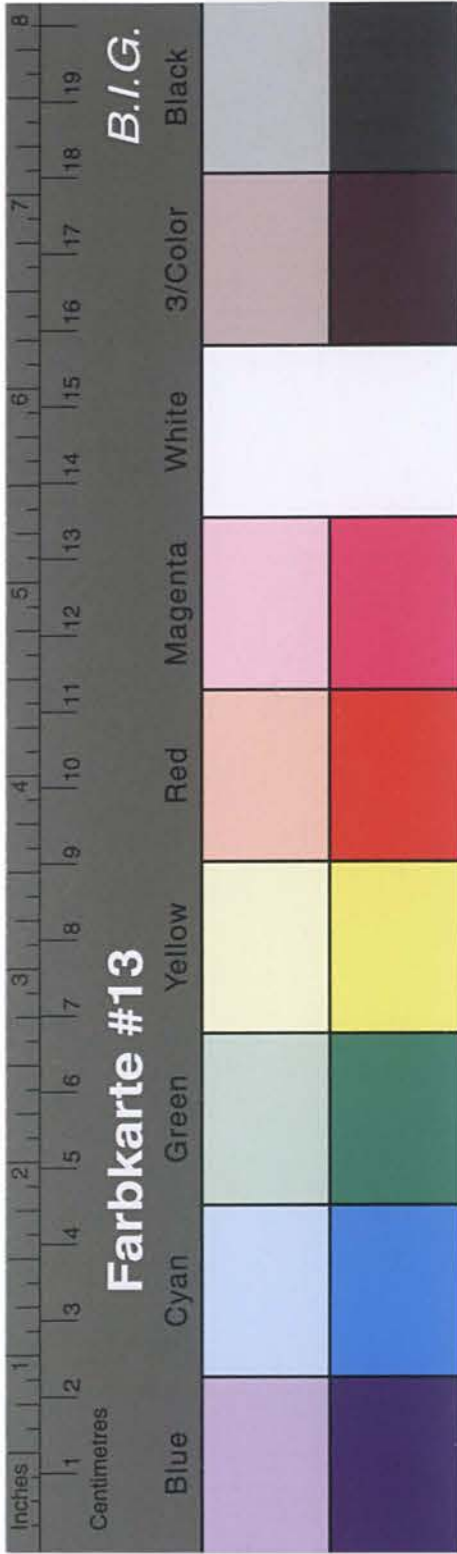
Falls vor dem 1. 7. 44 bereits Unterstützung bezogen, ist anzugeben in welcher Höhe und von welcher Stelle (Bürgermeister, Landrat usw.)

entfällt

Heftrand

Wohnungsmiete:	RM mtl.	Grösse der Wohnung	Zimmer
Grundbesitz:	qm mit Gebäude	Pachteinnahme:	RM mtl.
Zahl der Wohnungen:	vermietet	gepachtetes Land	qm
Einheitswert:	Belastung:	Zu zahlende Pacht:	RM mtl.
Zinsen:	RM mtl.	Einnahmen aus Pachtland:	RM jährl.
Grundvermögenssteuer:	RM mtl.	Schweine:	Kühe:
Sonstige Ausgaben:	RM mtl.	Pferde:	Ziegen:
zusammen:	RM mtl.	Schafe:	Federvieh:
Mieteeinnahme:	RM mtl.	Sparguthaben: keines	RM Zinsen: %
Überschuss-Zuschuss:	RM mtl.	Hypotheken:	RM Zinsen: %
Krankenkasse:		Sterbekasse:	
Beitrag freiw. Versicherung:	RM mtl.	Beitrag:	RM mtl.
Quittungskarten-Nr.:		Quittungskarten-Nr. der Ehefrau:	
Versicherungsanstalt:		Versicherungsanstalt:	
EINNAHMEN:		KZ-Sonderhilfe, vorher Pension als Offizier, die in Fortfall gekommen ist.	
Arbeitsverdienst:	RM mtl.	Bisherige Unterstützung	RM mtl.
Krankengeld	RM mtl.	Sonstige Einnahmen	
Erwerbslosenunterstützung:	RM mtl.		RM mtl.

5. Landrat
Herrn v. Mücke
Bürgermeister
Landrat



Kreisarchiv Stormarn B2

Familienangehörige:

Lfd. Nr.	Zu- und Vorname	Verw. Verhält- nis	Geburtsdatum	ledig verh. verw.	Wohnung	Arbeitgeber	Vermög. oder Eink.
1.	v.Mücke, Karla	Ehefr.	13.7.94	verh.	b.d.Ehemann		
2.	Dirk v.Mücke	Sohn	5.4.30	led.	Schüler		
3.	Thorbjörn "	"	8.3.38	"	"		

Begründung:

Ich versichere hierdurch, dass die vorstehenden von mir gemachten Angaben der Wahrheit entsprechen. Es ist mir bekannt, dass ich jede Veränderung in meinem Einkommen und Vermögen, sowie jede sonstige Veränderung meiner Verhältnisse der Gemeindebehörde mitteilen muss. Ich verpflichte mich, auch im Sinne meines Mannes, die entstehenden Kosten in angemessenen Raten zurückzuerstatten, sobald ich dazu in der Lage bin.

Die mir gegen Arbeitsamt — Krankenkasse — Versicherungsanstalt — Versorgungsamt für die Dauer der Hilfsbedürftigkeit zustehenden Unterstützungs- — Renten- — Ansprüche trete ich hiermit in voller Höhe dem Bezirksfürsorgeverband des Kreises Stormarn zur Einziehung ab.

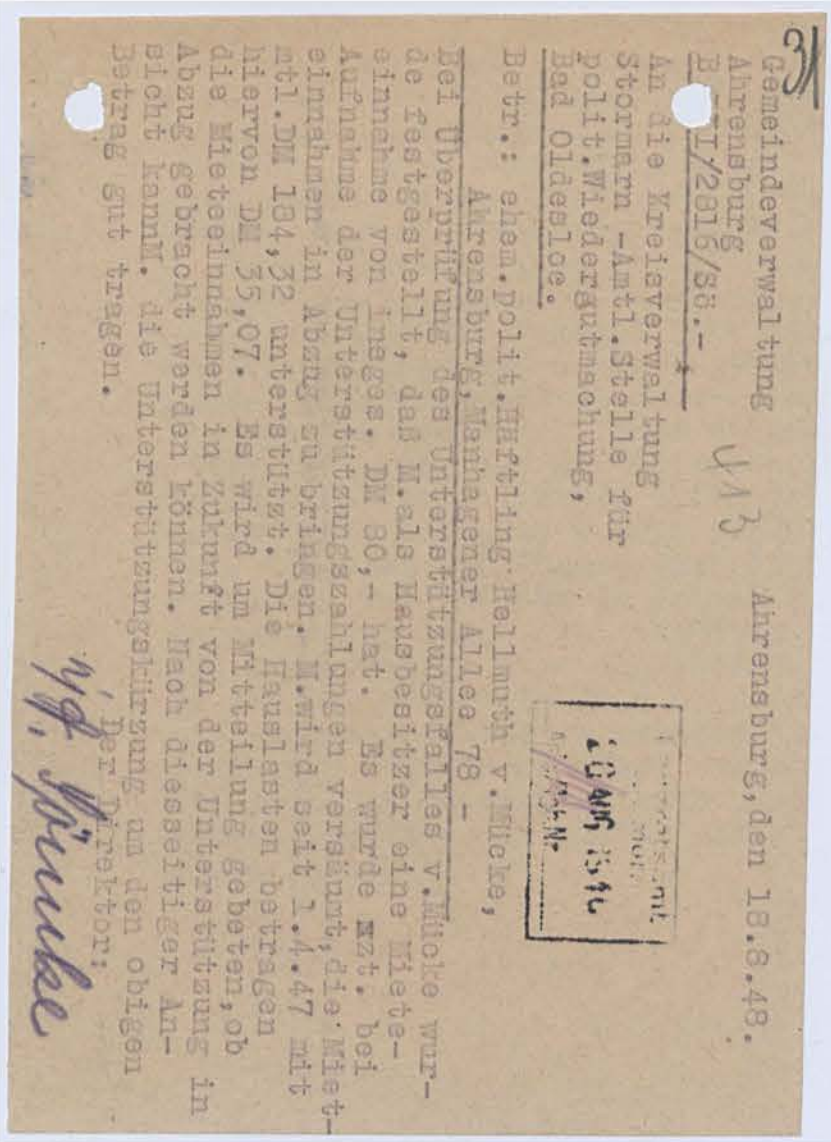
Beglaubigt gez. Martens v. g. u. gez. Hellmuth v.Mücke

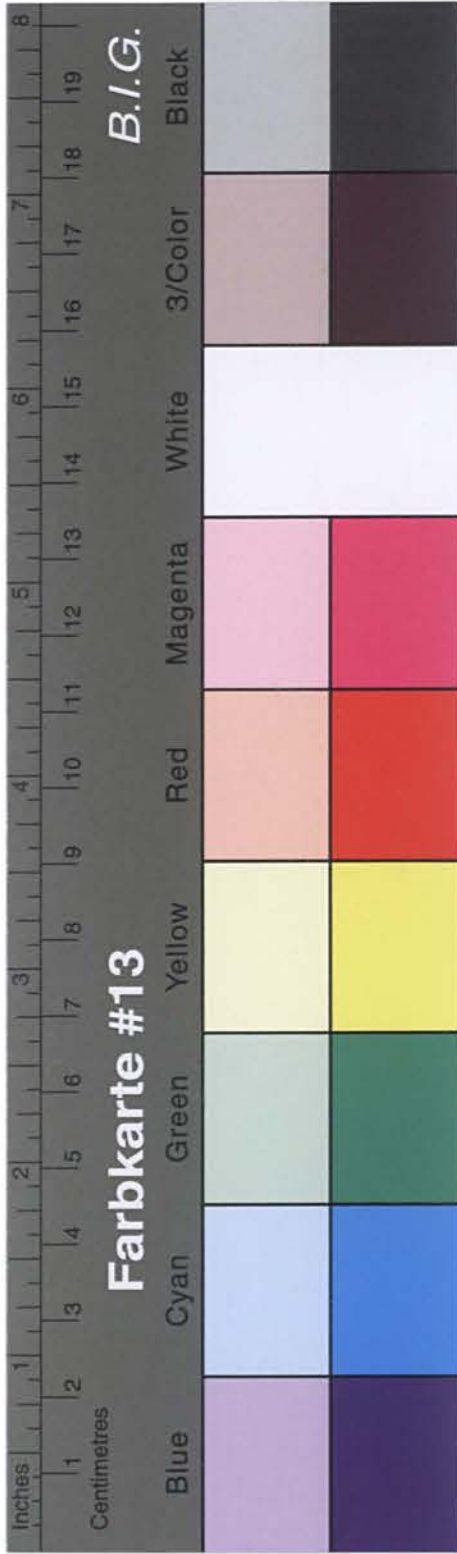
Der Gemeindedirektor

1. Nach der Unterstützungsrichtsatz-Tabelle wird ab 1. 1. 47 eine monatliche Unterstützung nach folgender Berechnung bewilligt:

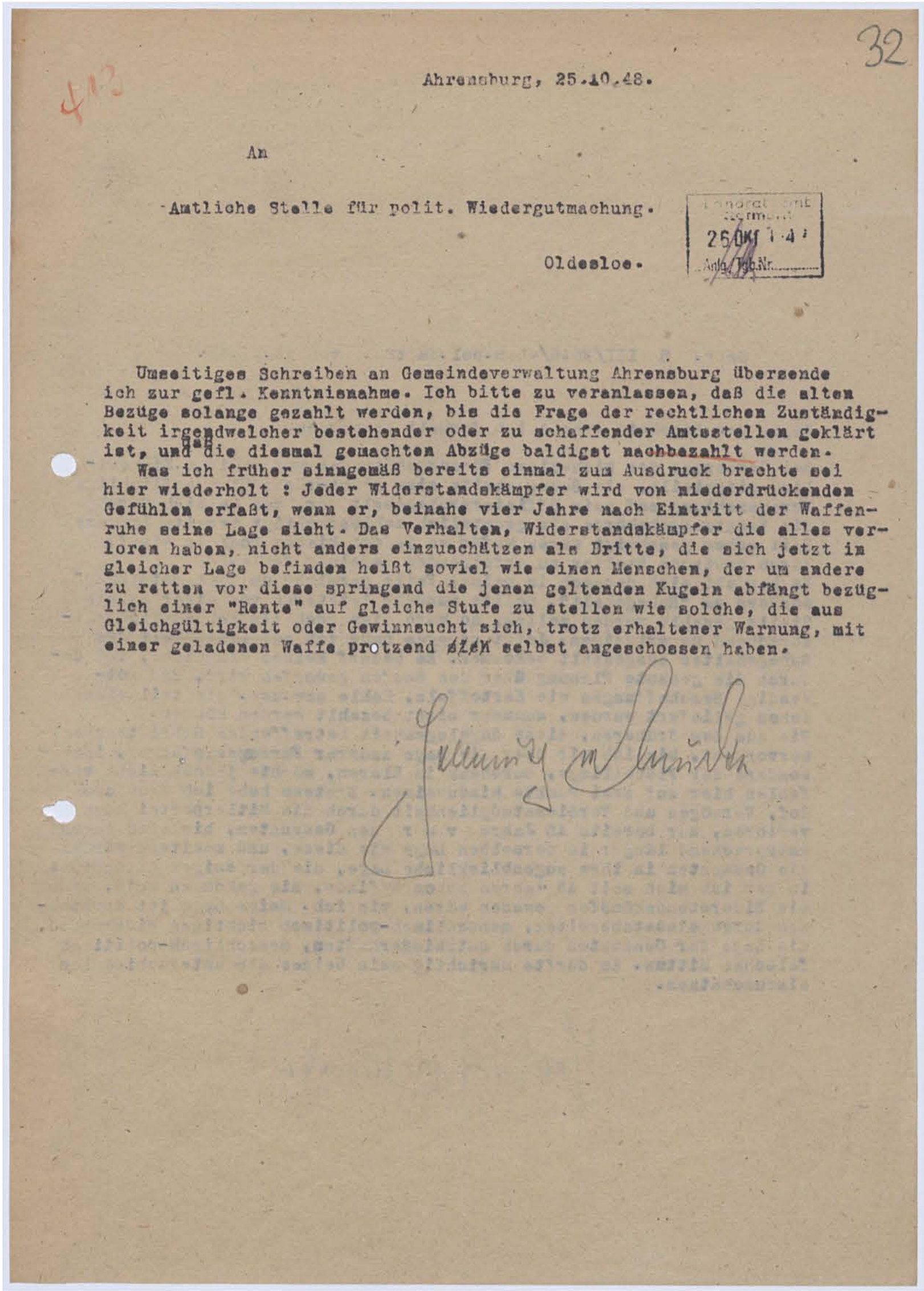
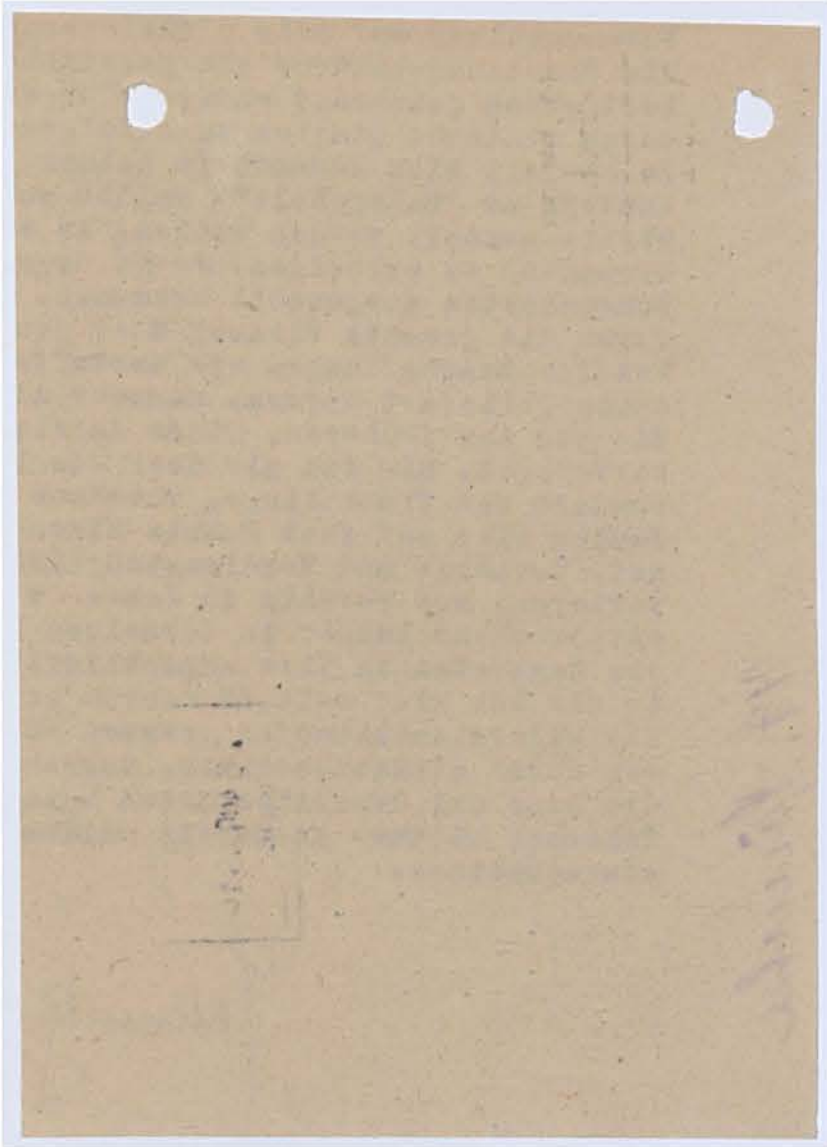
Richtsatz für den Haushaltsvorstand.	29,—	RM
Zuschlag für die Ehefrau und erwachs. Angehörigen über 16 Jahre im Haushalt seiner Angeh.	22,—	RM
Zuschlag je Kind unter 16 Jahren im Haushalt seiner Angehörigen	29,—	RM
Richtsatz für alleinstehende mit eigenem Haushalt bei fremden Leuten oder eigener Wohnung		RM
Zuschlag für Wohnungsbedarf (Miete) <u>Hauslasten</u>	35,07	RM
		RM
(Zuschlag für Kranken-, Sterbegeld-Beitrag, Pflegezulage usw.)		RM
	zusammen	115,07
Abzüge: (Renten, Krankengeld, Mieten, Zinsen und dergl.)		RM
	Mithin monatlicher Unterstützungssatz	115,07

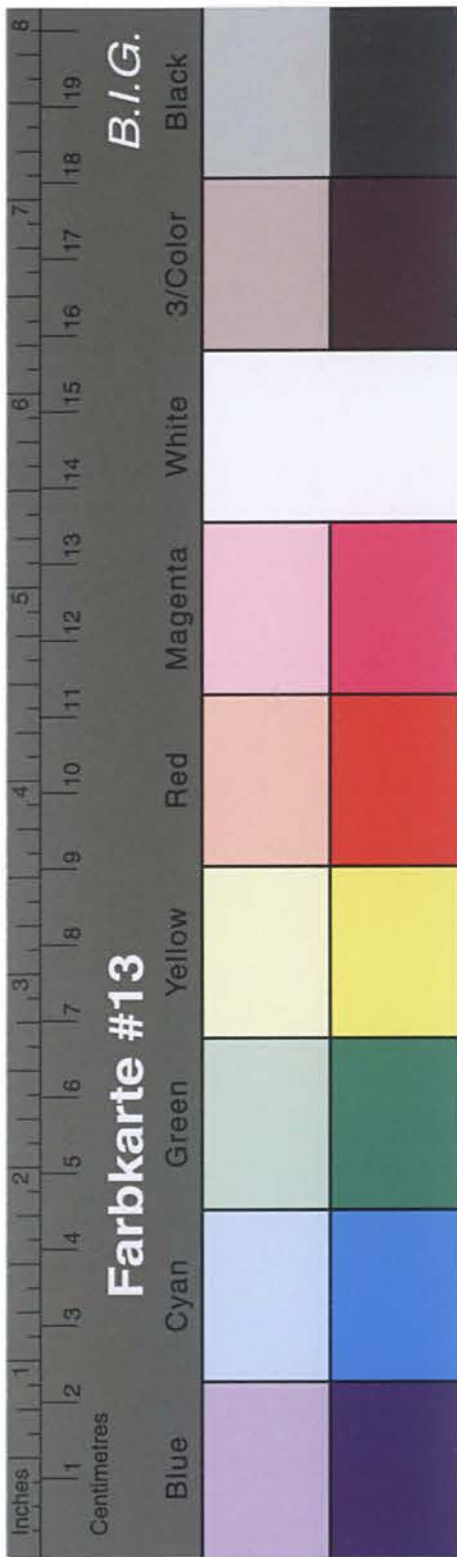
- Bescheid an den Antragsteller
- Zahlungs-Anweisung an die Kasse
- Aufforderung an die Angehörigen
 - von Mücke, Helga, z.Zt. Schloß Tralau (Eink.mtl. RM 50,--)
 - Jakobus, Ortrud, Ahrensburg, Manh.Allee 78 (kein eigenes Einkommen)
 - von Mücke, Hellmuth z.Zt.noch in Rußland vermißt.
 -
- wegen Unterhaltsleistung bzw. Erstattung gemäß § 21 a der Fürsorgepflichtverordnung vom 13. 2. 1924.
 - Landesversicherungsanstalt in
 - Reichsversicherungsanstalt für Angestellte in Berlin
 - Krankenkasse in
 - Versorgungsamt in anmelden.
- Wieder vorzulegen am (Nachprüfung der Verhältnisse).



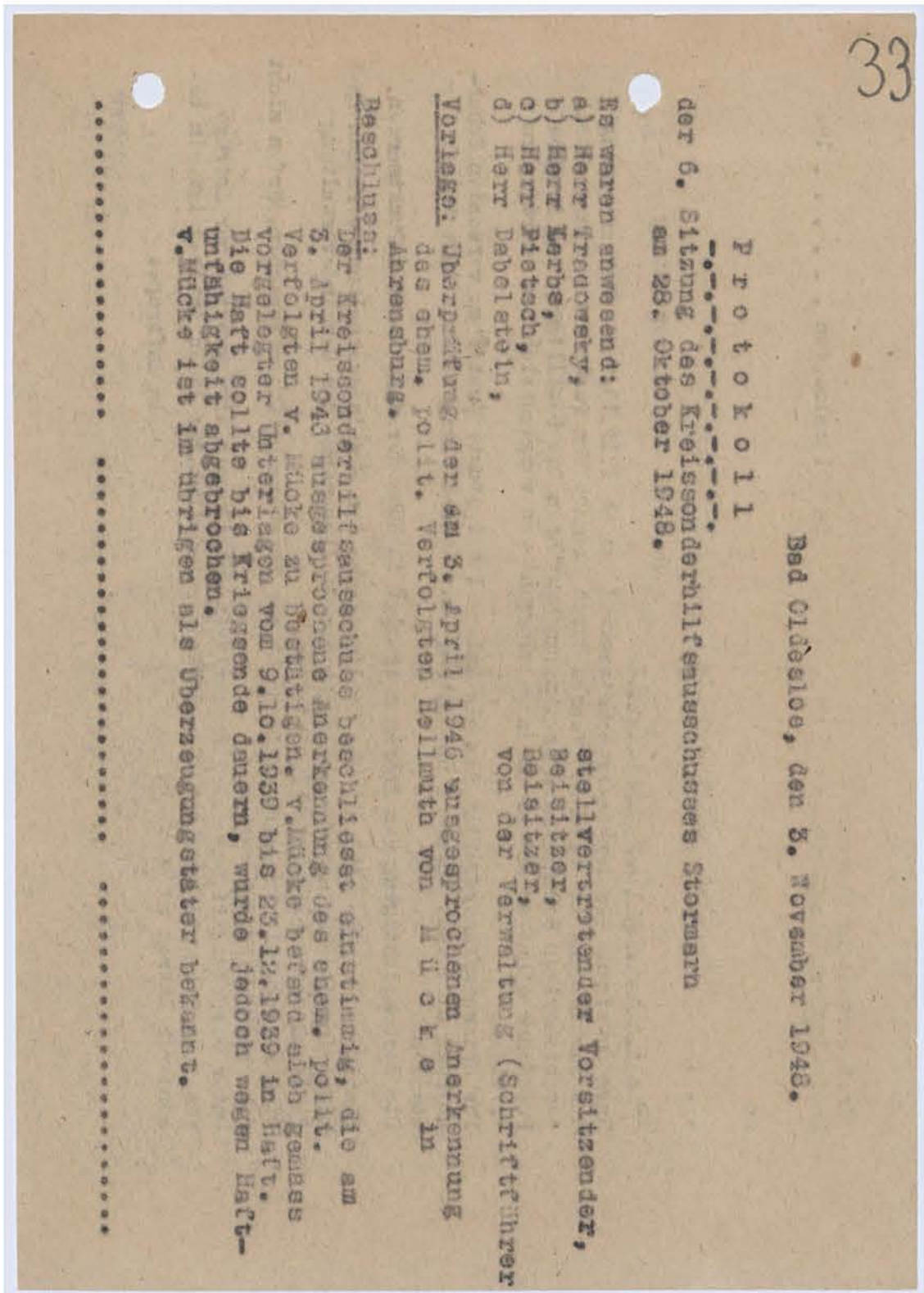
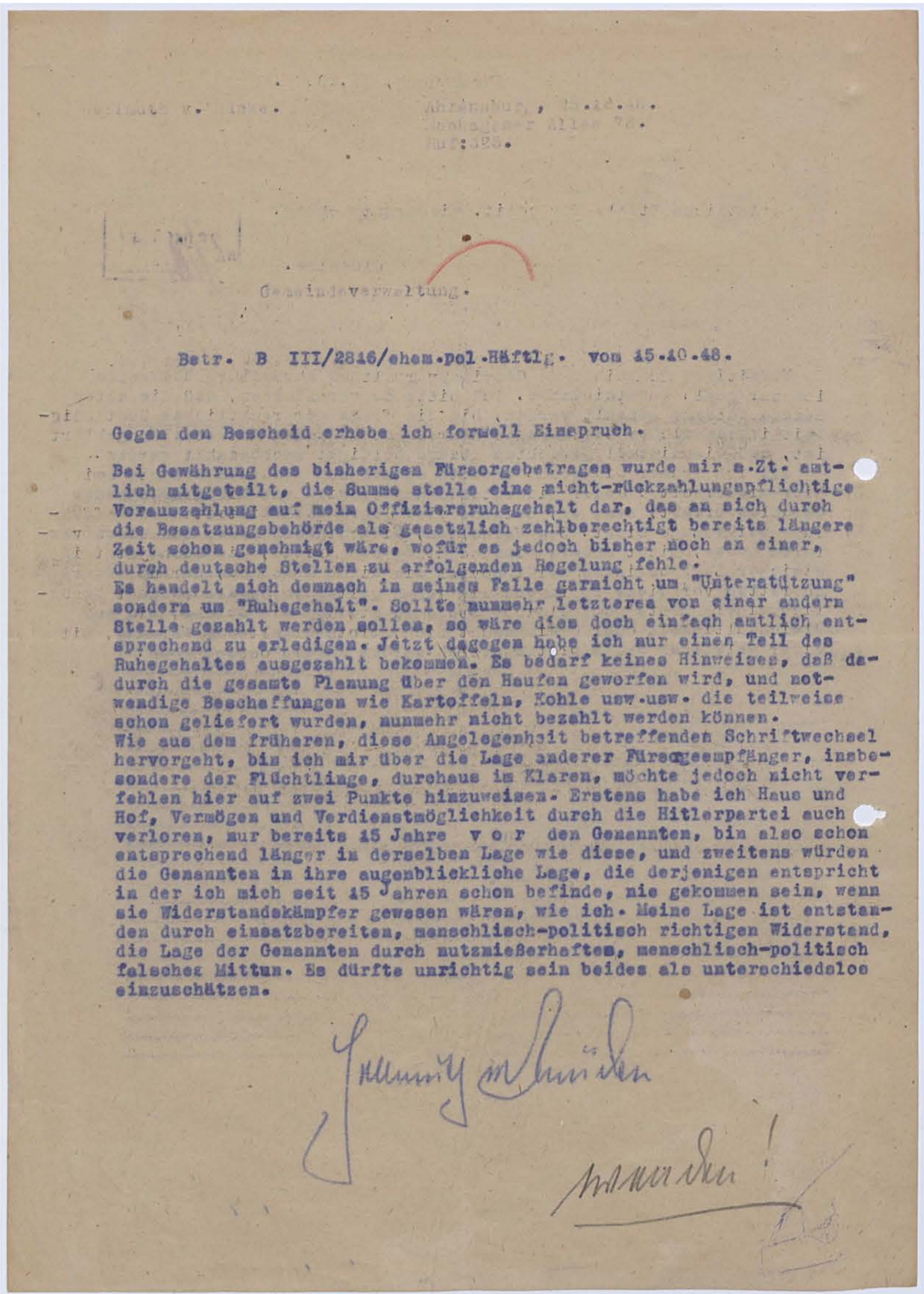


Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2





34

Bad Oldesloe, den 29. Oktober 1948

1. Dem ehem. polit. Verfolgten *Wilmuth v. Nische, Ahrensburg, 67* - IM
sind als Rentenvorschuß für den Monat November 1948
ausgezahlt.

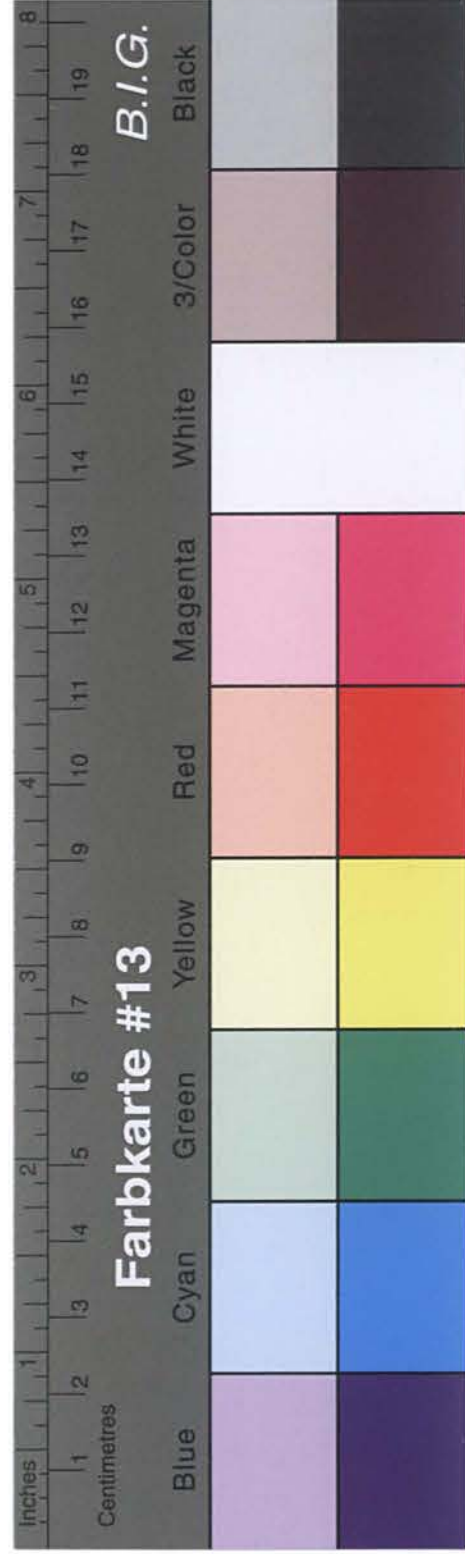
2. D.-Ausgabeweisung über 50,- IM für VG 40 fertigen.

3. Vermerk zur Zuhilfenahme.

4. Zum Vortrag.

Im Auftrag: *[Signature]*

[Signature]



Kreisarchiv Stormarn B2

5. Sonstige Bemerkungen ?

Vorstehend eingaben sind nach bestem Wissen gemacht worden.

Ort, den 1946

(Unterschrift)
des Antragstellers bzw. seines ge-
setzlichen Vertreters.)

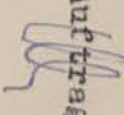
35

V. Mücke-D. I.-

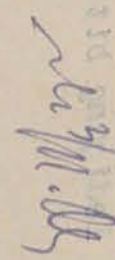
An die
Gemeindeverwaltung,

A h r e n s b u r g

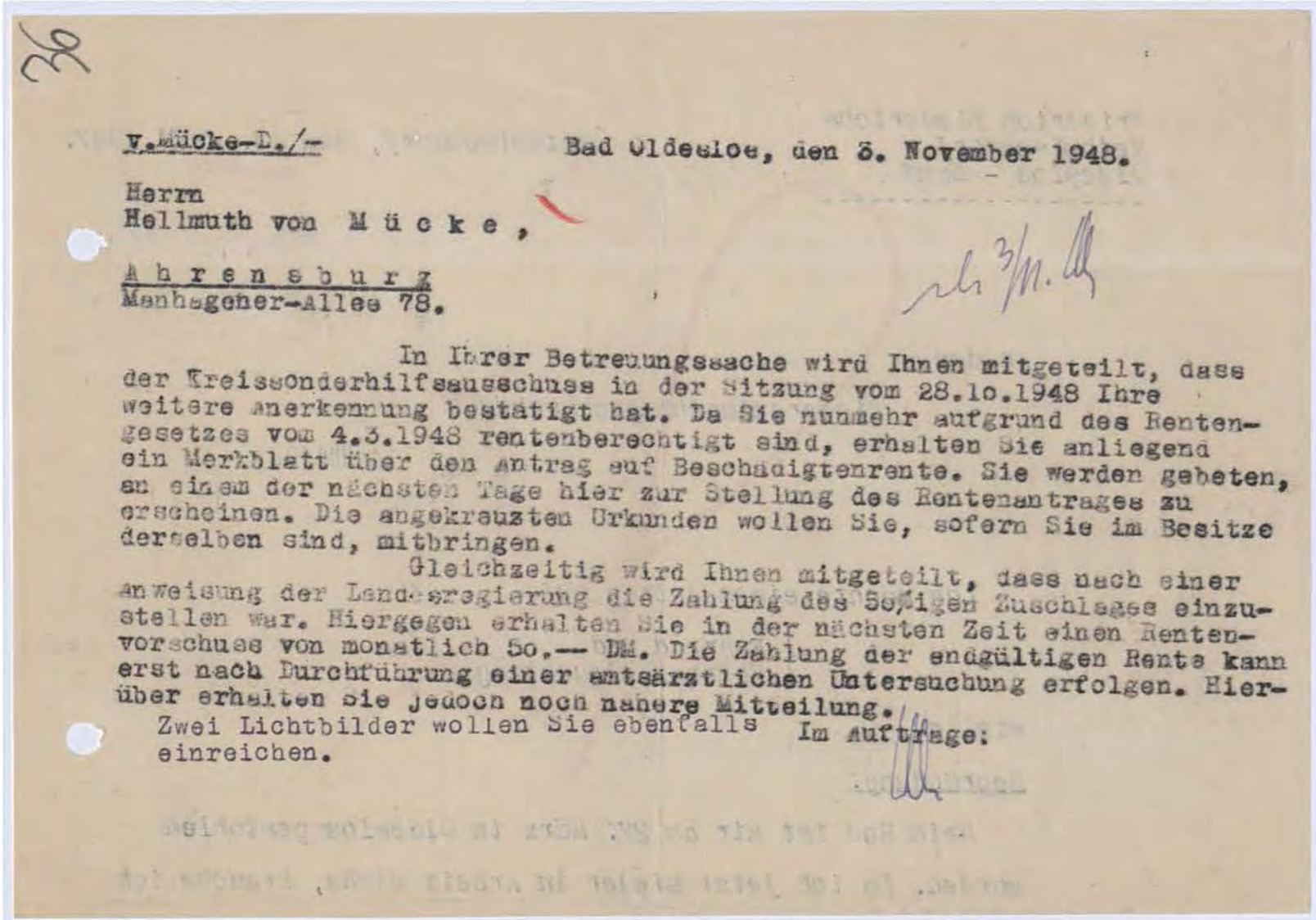
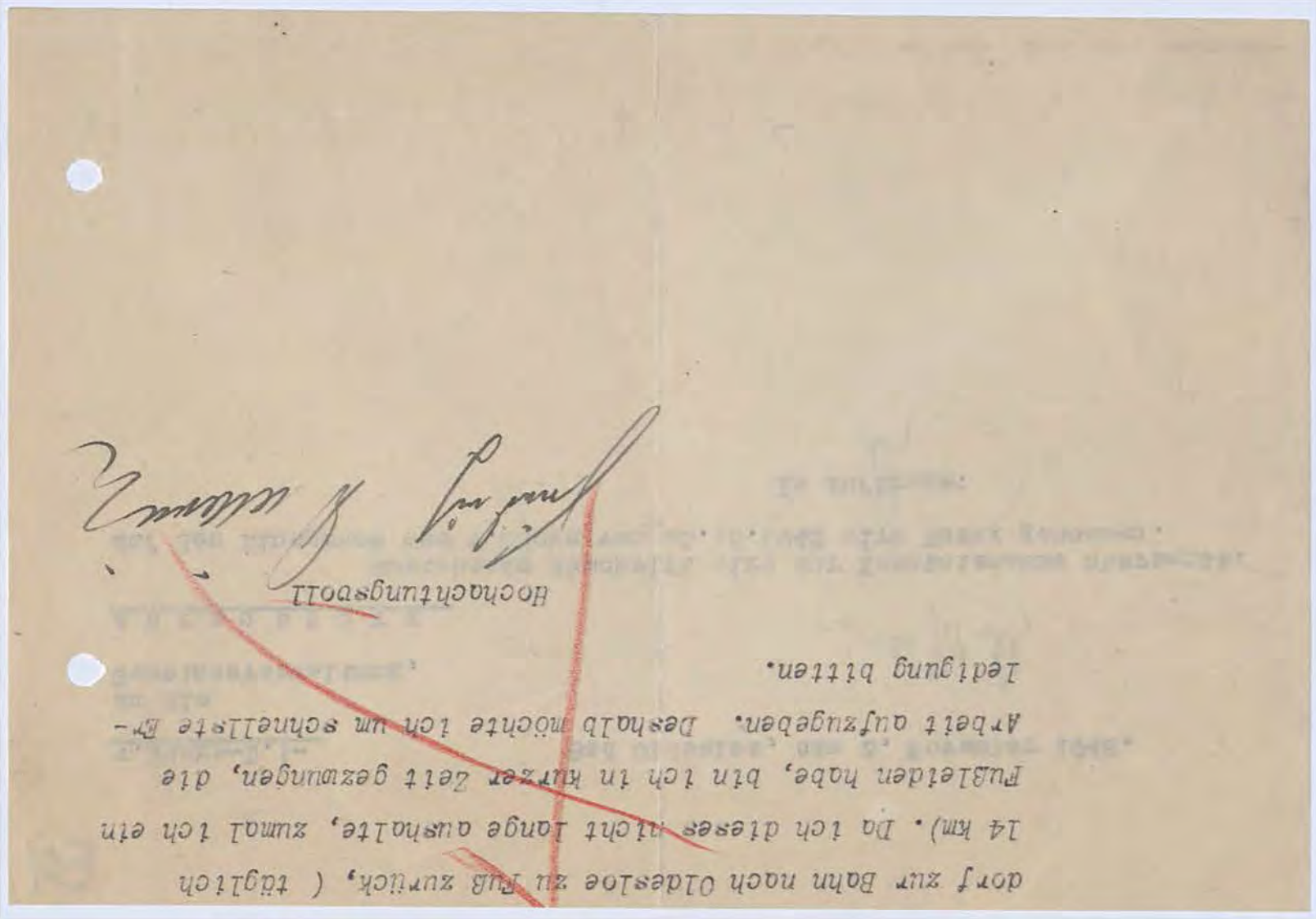
Umstehende Abschrift wird zur Kenntnisnahme übersandt.
Mit den Einspruch des V. Mücke vom 25.10.1948 wird Bezug genommen.

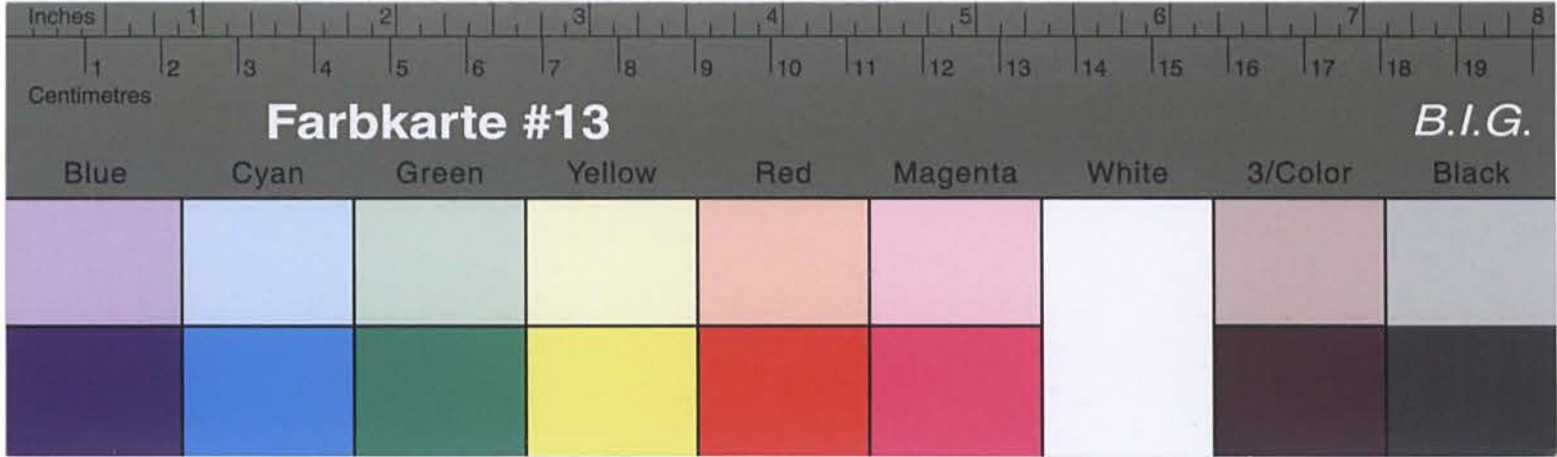
Im Auftrage: 

Bad Oldesloe, den 3. November 1948.



Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2

Friedrich Diederichs
Rethwischdorf
Oldesloe - Land

Rethwischdorf, den 18. Juni. 1947.

An den
Wiedergutmachungsausschuß.

25. JUNI 1947

Ich möchte einen Antrag auf
1 Fahrrad und
1 Fahrradbeleuchtung
stellen.

Begründung:
Mein Rad ist mir am 27. März in Oldesloe gestohlen
worden. Da ich jetzt wieder in Arbeit stehe, brauche ich

Bad Oldesloe, den 4. November 1948

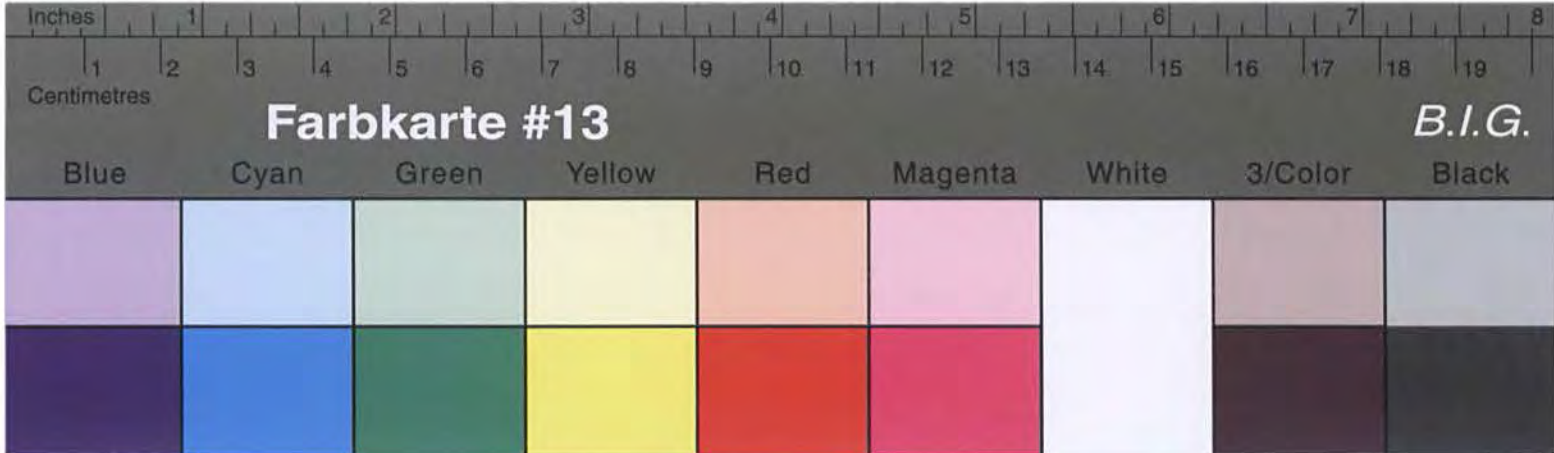
1. Dem ehem. polit. Verfolgten Hellmuth v. Nöcke, Ahrensburg
sind als Rentenvorschuss für den Monat November 1948 50,- DM
auszuzahlen.

2. D.-Ausgabeanweisung über 50,- DM für VG 40 fertigen.

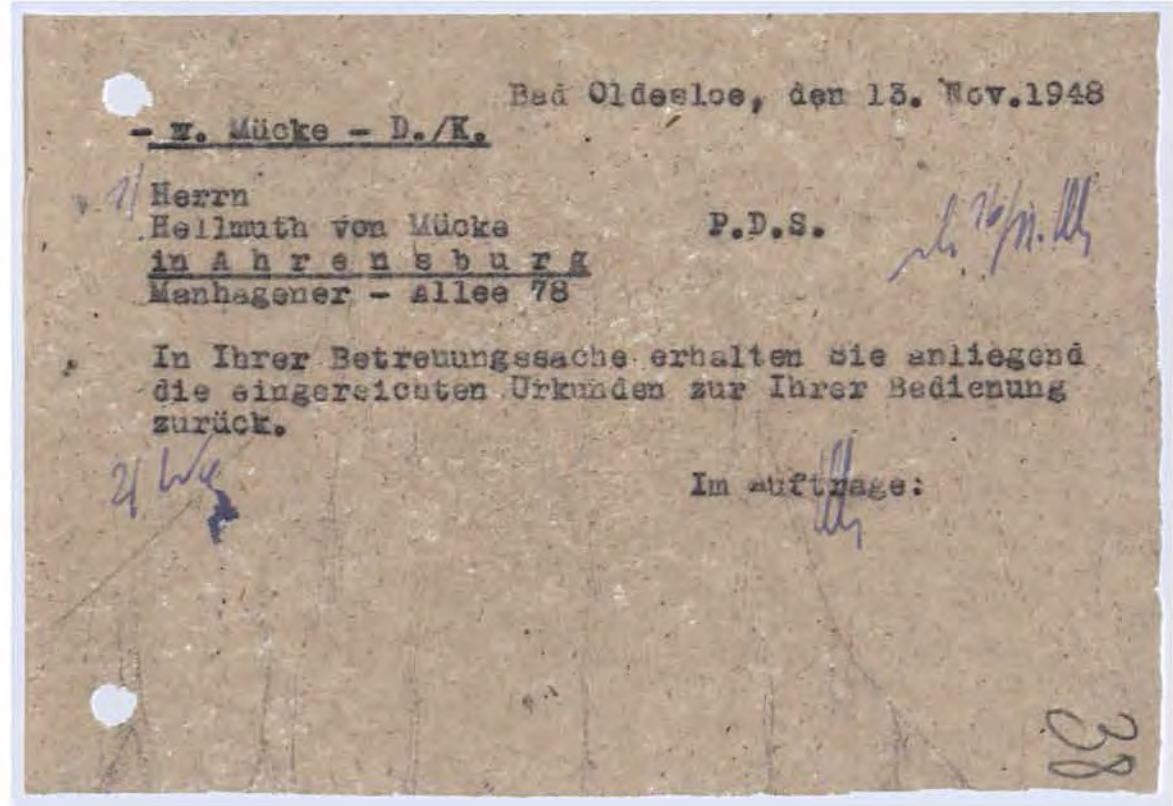
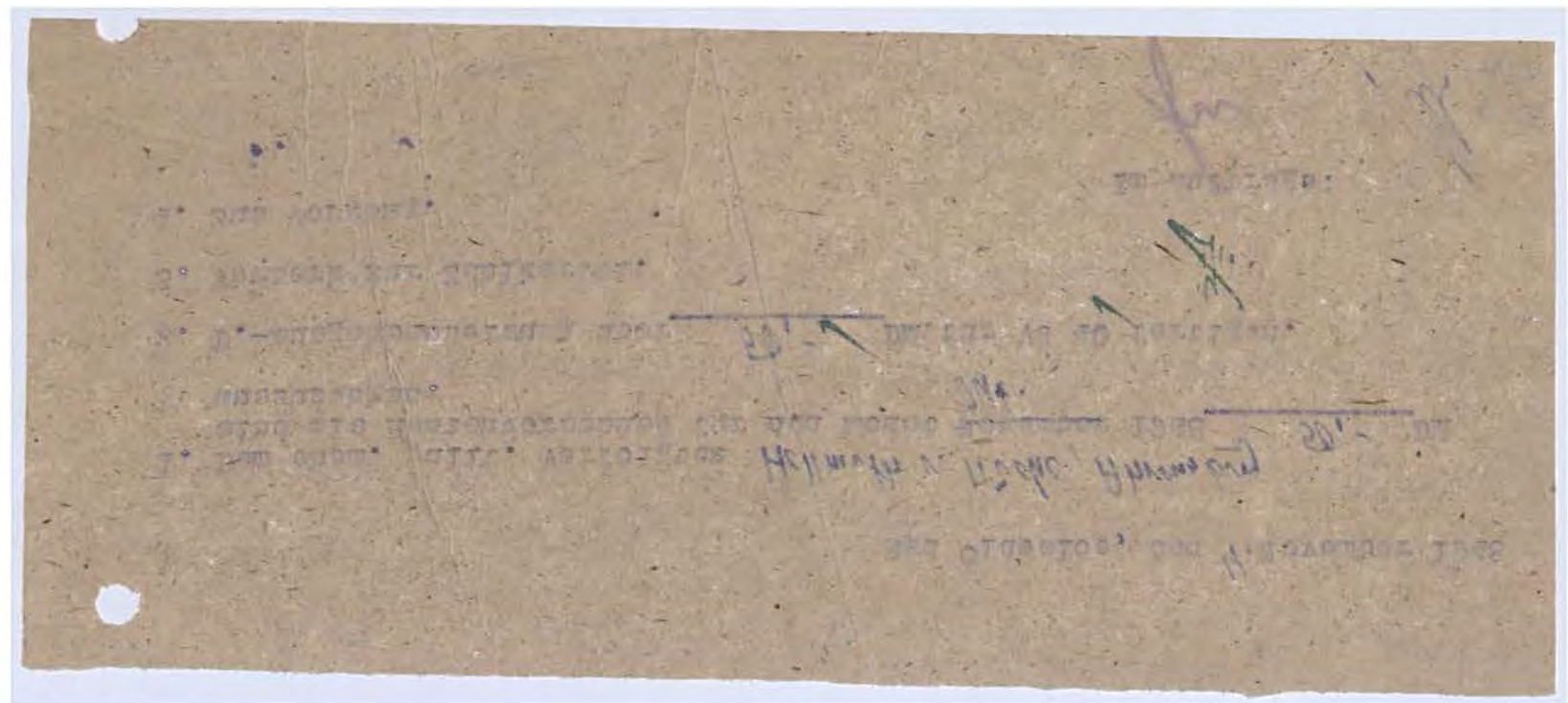
3. Vermerk zur Zahlkartei.

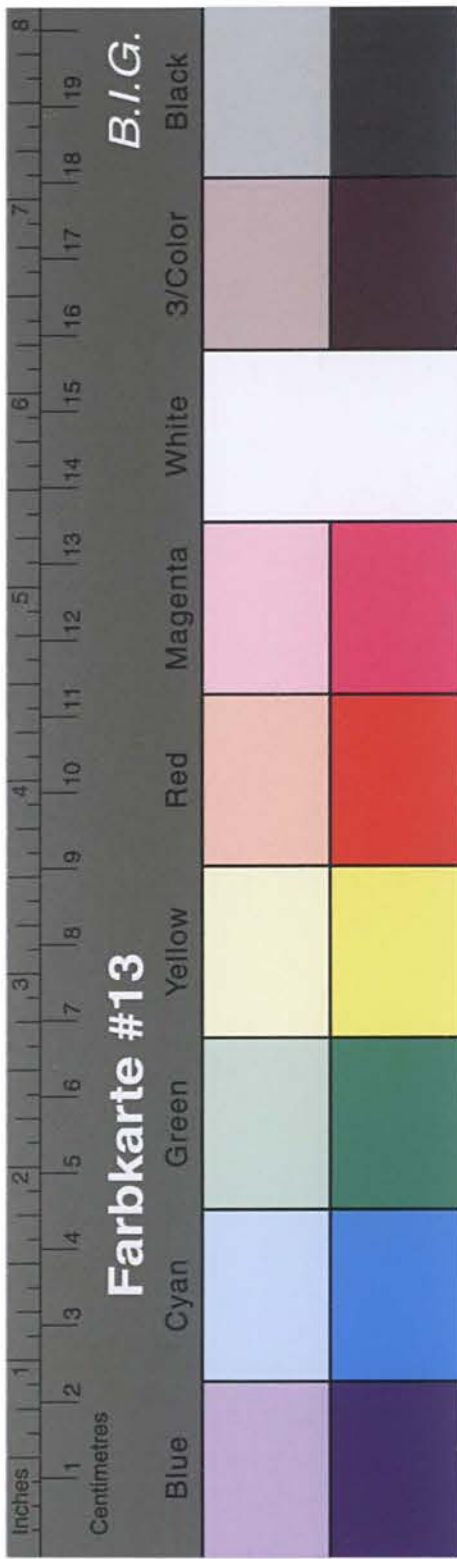
4. Zum Vorgang.

Im Auftrage:
fu

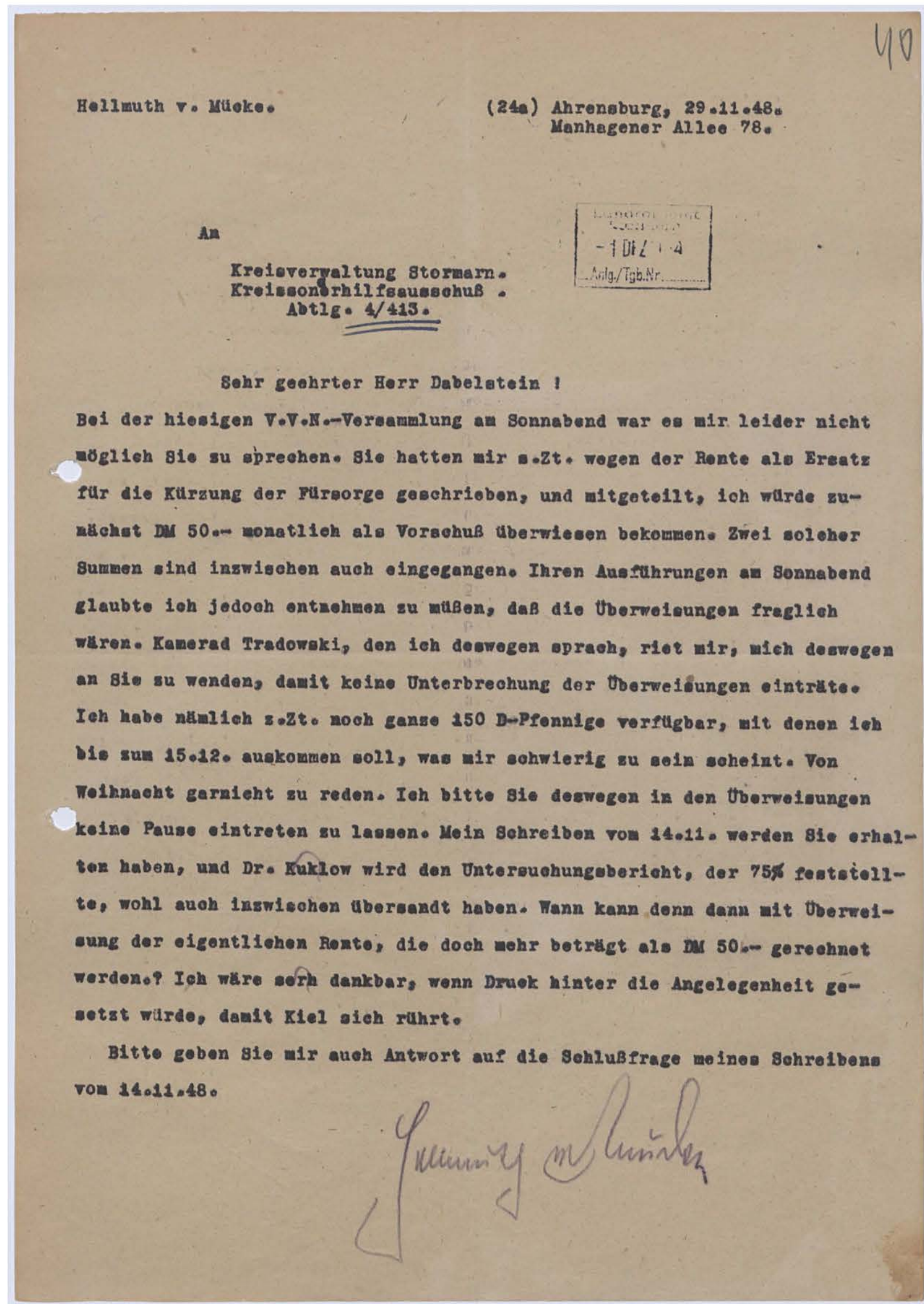
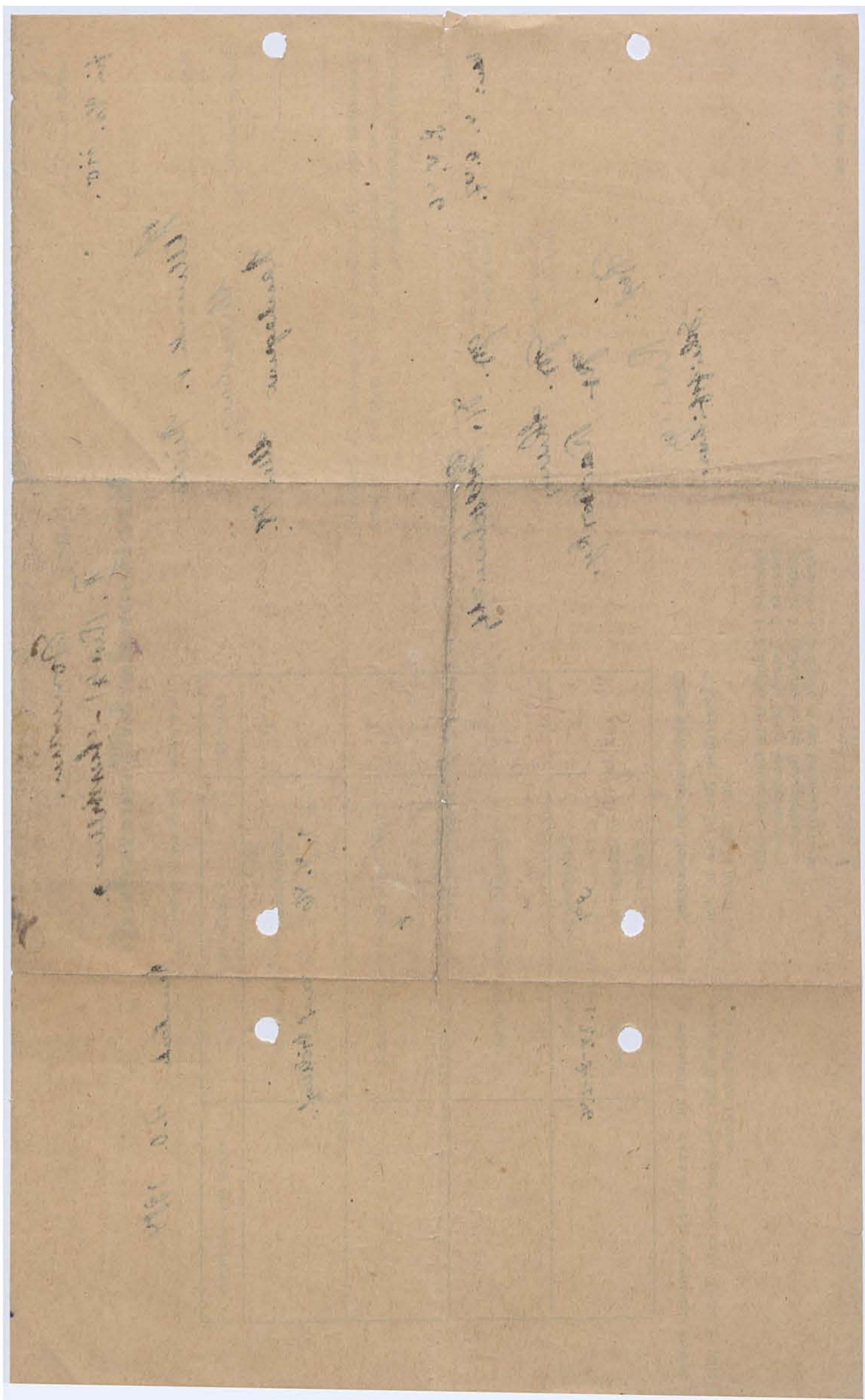


Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2

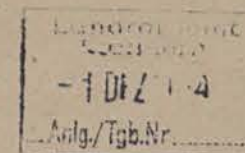


Hellmuth v. Mücke.

(24a) Ahrensburg, 29.11.48.
Manhagener Allee 78.

An

Kreisverwaltung Stormarn.
Kreisruhilfsausschuß .
Abtlg. 4/413.

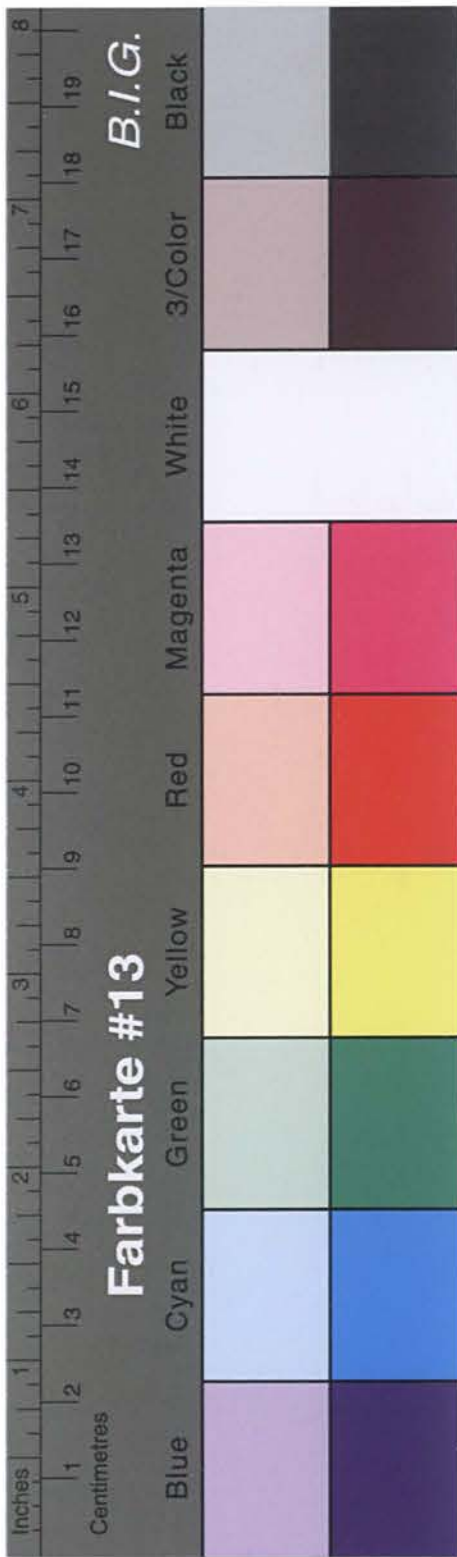


Sehr geehrter Herr Dabelstein !

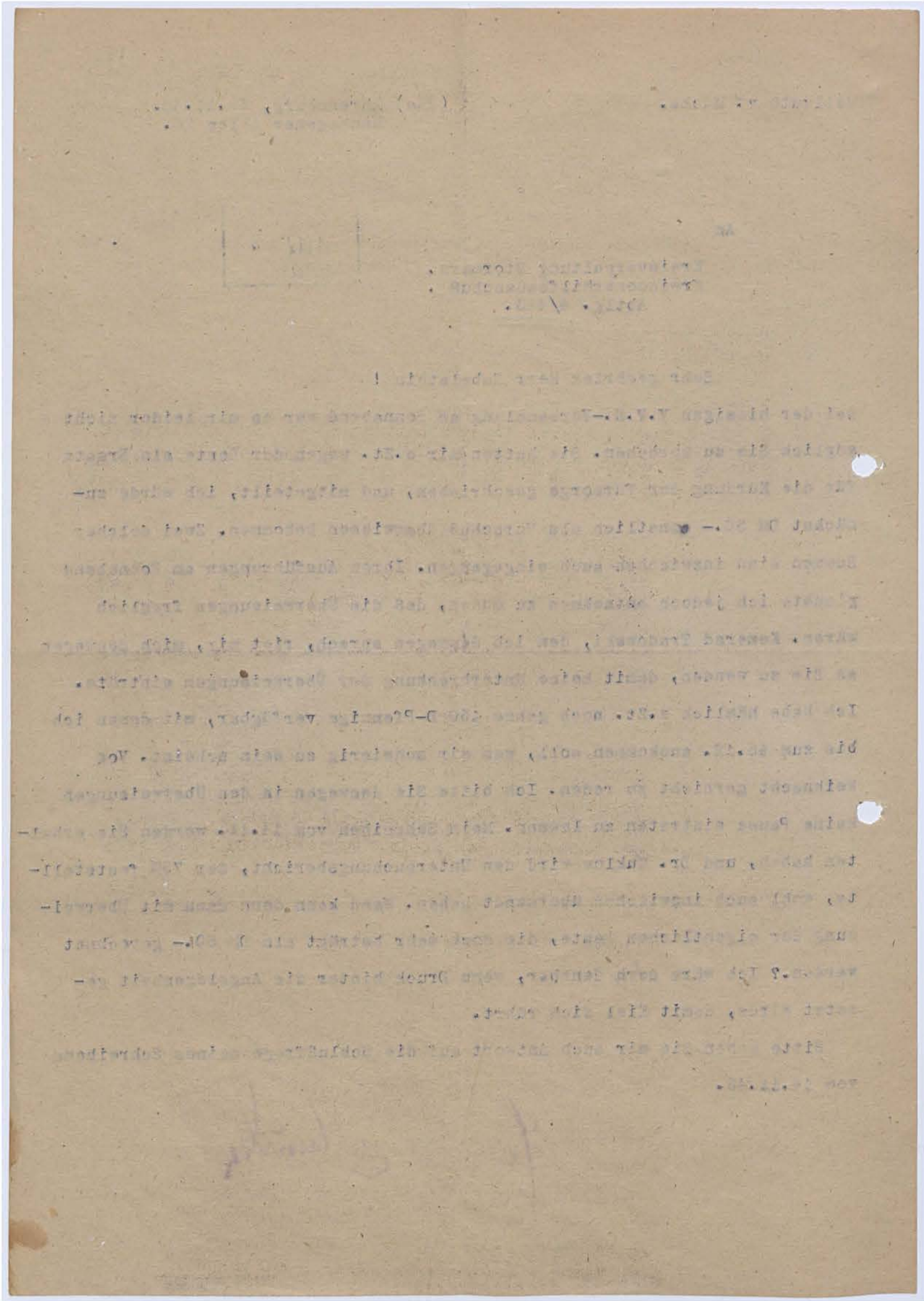
Bei der hiesigen V.V.N.-Versammlung am Sonnabend war es mir leider nicht möglich Sie zu sprechen. Sie hatten mir s.Zt. wegen der Rente als Ersatz für die Kürzung der Fürsorge geschrieben, und mitgeteilt, ich würde zunächst DM 50.- monatlich als Vorschuß überwiesen bekommen. Zwei solcher Summen sind inzwischen auch eingegangen. Ihren Ausführungen am Sonnabend glaubte ich jedoch entnehmen zu müssen, daß die Überweisungen fraglich wären. Kamerad Tradowski, den ich deswegen sprach, riet mir, mich deswegen an Sie zu wenden, damit keine Unterbrechung der Überweisungen eintrete. Ich habe nämlich s.Zt. noch ganze 150 D-Pfennige verfügbar, mit denen ich bis zum 15.12. auskommen soll, was mir schwierig zu sein scheint. Von Weihnacht garnicht zu reden. Ich bitte Sie deswegen in den Überweisungen keine Pause eintreten zu lassen. Mein Schreiben vom 14.11. werden Sie erhalten haben, und Dr. Kuklow wird den Untersuchungsbericht, der 75% feststellte, wohl auch inzwischen übersandt haben. Wann kann denn dann mit Überweisung der eigentlichen Rente, die doch mehr beträgt als DM 50.- gerechnet werden.? Ich wäre sehr dankbar, wenn Druck hinter die Angelegenheit gesetzt würde, damit Kiel sich rührt.

Bitte geben Sie mir auch Antwort auf die Schlußfrage meines Schreibens vom 14.11.48.

Jenny Mücke



Kreisarchiv Stormarn B2



41

Bad Oldesloe, den 10. Dezember 1948
Mühlenstr. 22
Telefon 151 - 157.

4/413
Da./Hi.

1.) An die
Landesregierung Schleswig- Holstein,
Ministerium für Wohlfahrt und Gesundheitswesen,
Ref. VI. D. 6

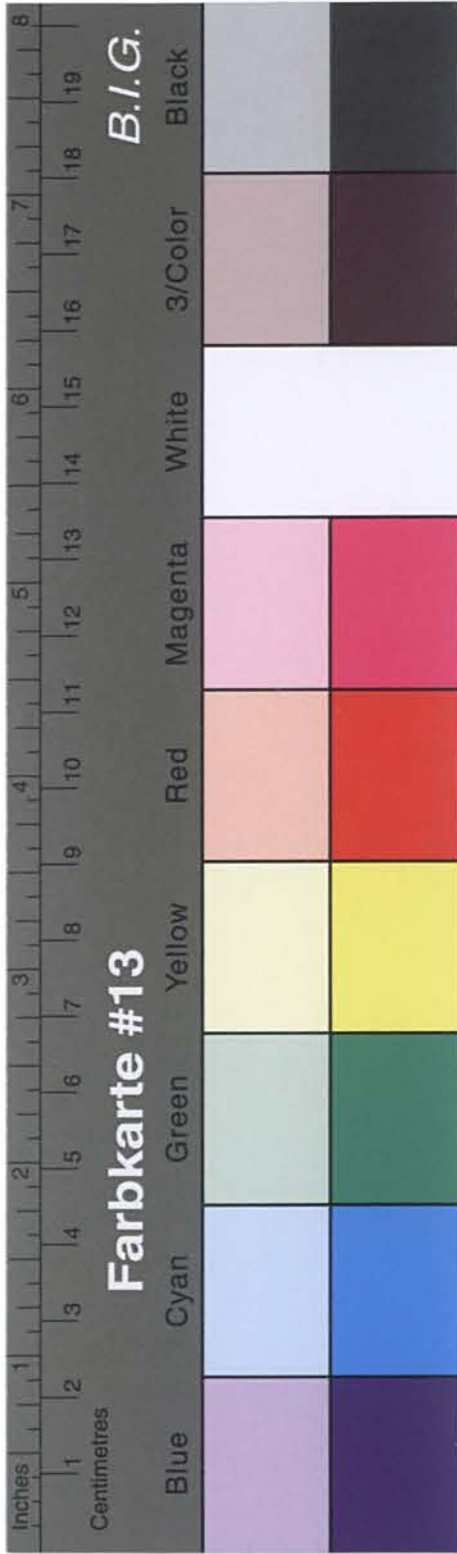
(24^b) K i e l
Gartenstr. 7

Betr.: Rentenabteilung = Antrag Hellmuth v. Mücke in Ahrensburg =
In der Betreuungssache des anerkannten ehem. pol. Verfolgten
Hellmuth v. Mücke werden anliegend mit der Bitte um Festsetzung
der Rente überreicht:

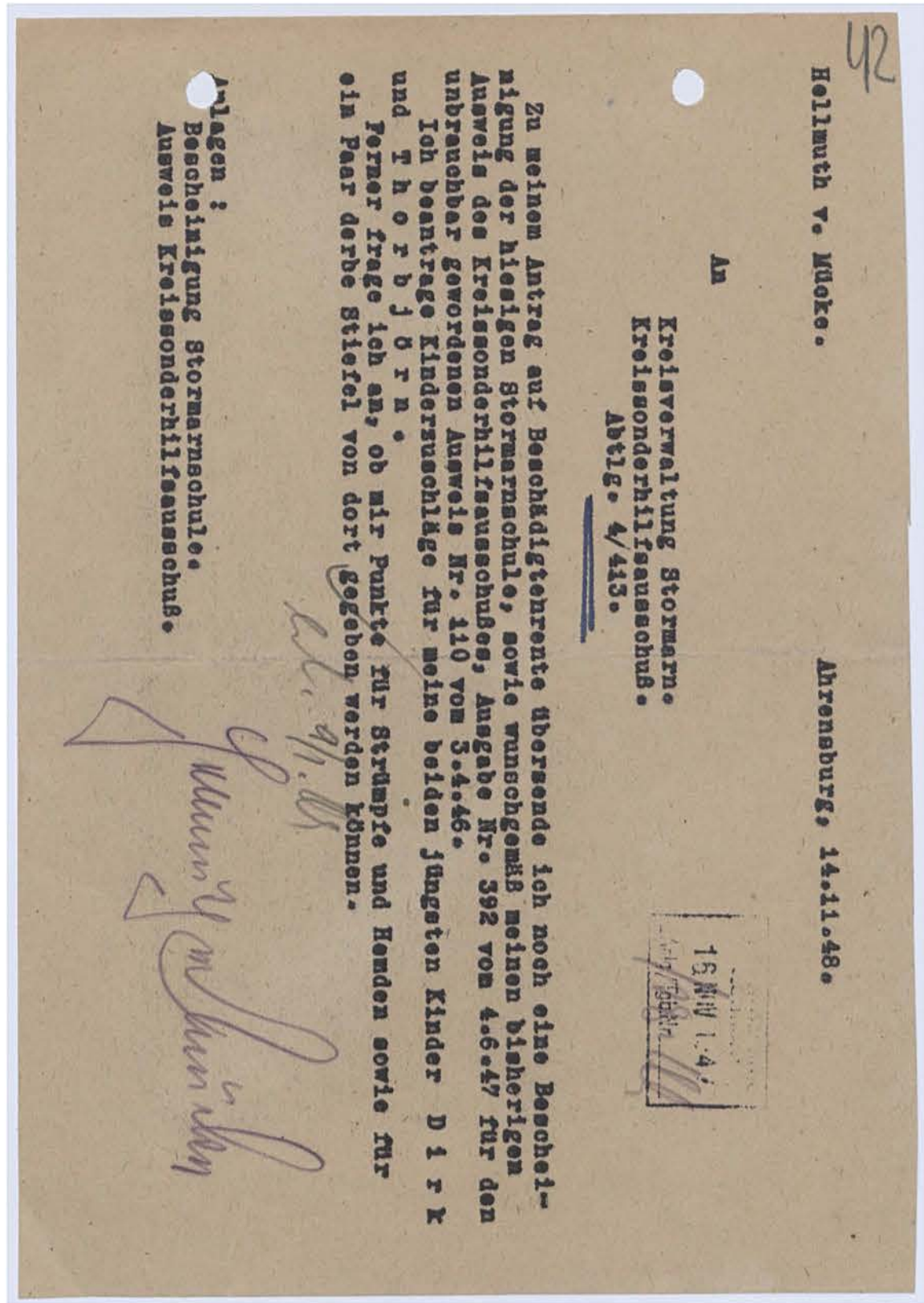
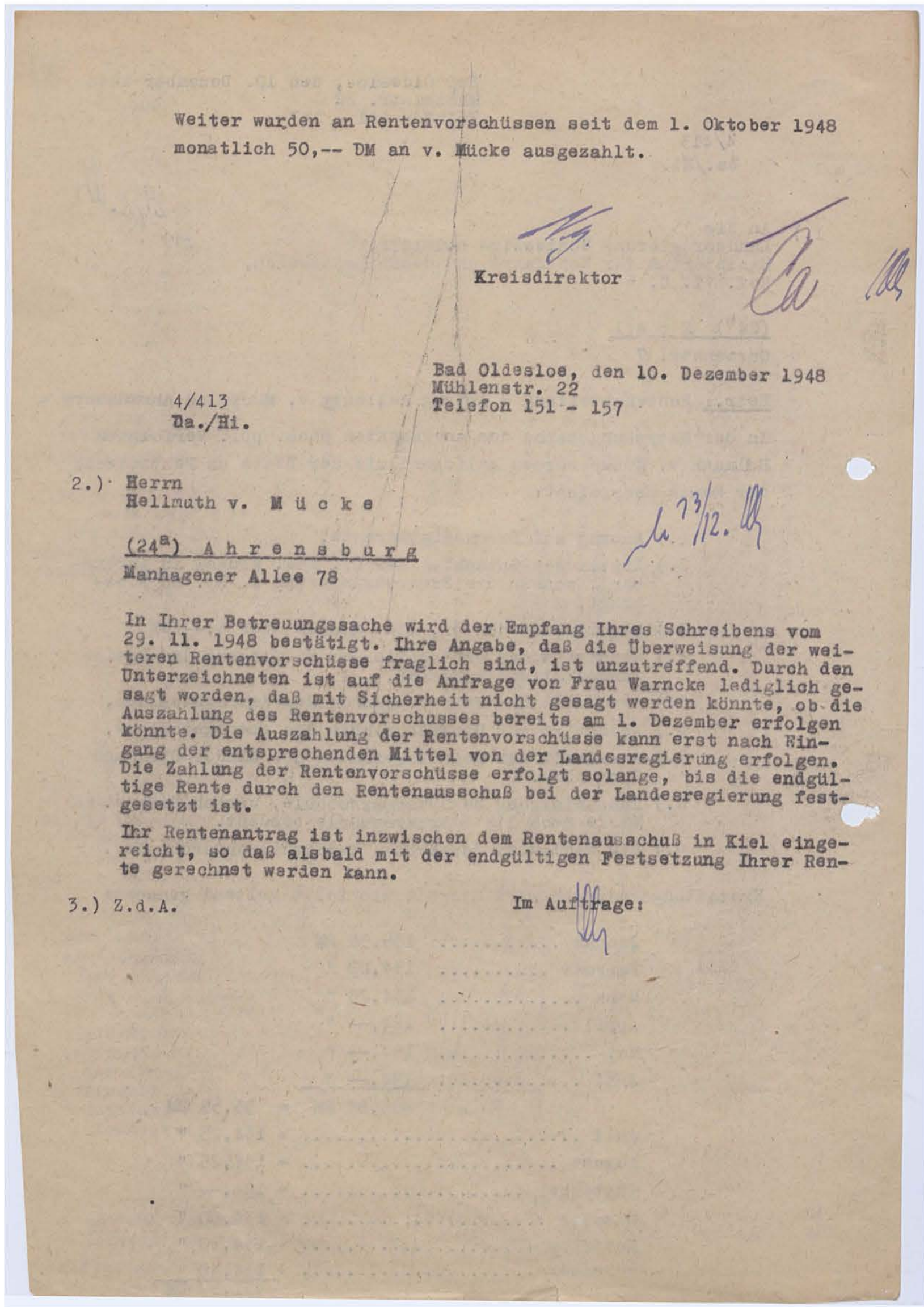
- 1.) Antrag auf Beschädigtenrente,
- 2.) Ärztliches Gutachten des Dr. med. Klukow in Ahrens-
burg, wonach die Erwerbsminderung z. Zt. 80 % be-
trägt,
- 3.) Liquidation des Dr. med. Klukow über 6,-- DM,
- 4.) Abschrift des Protokolls der 6. Sitzung des Kreis-
Sonderhilfsausschusses,
- 5.) Abschrift der Heiratsurkunde des Antragstellers,
- 6.) Abschrift der Geburtsurkunde des Antragstellers,
- 7.) Abschrift der Geburtsurkunden der Kinder Dirk und
Thorbjörn.
- 8.) Bescheinigung der Stormarnschule, wonach Dirk v.
Mücke noch die Stormarnschule besucht.
- 9.) Die Handakten des Kreis- Sonderhilfsausschusses.

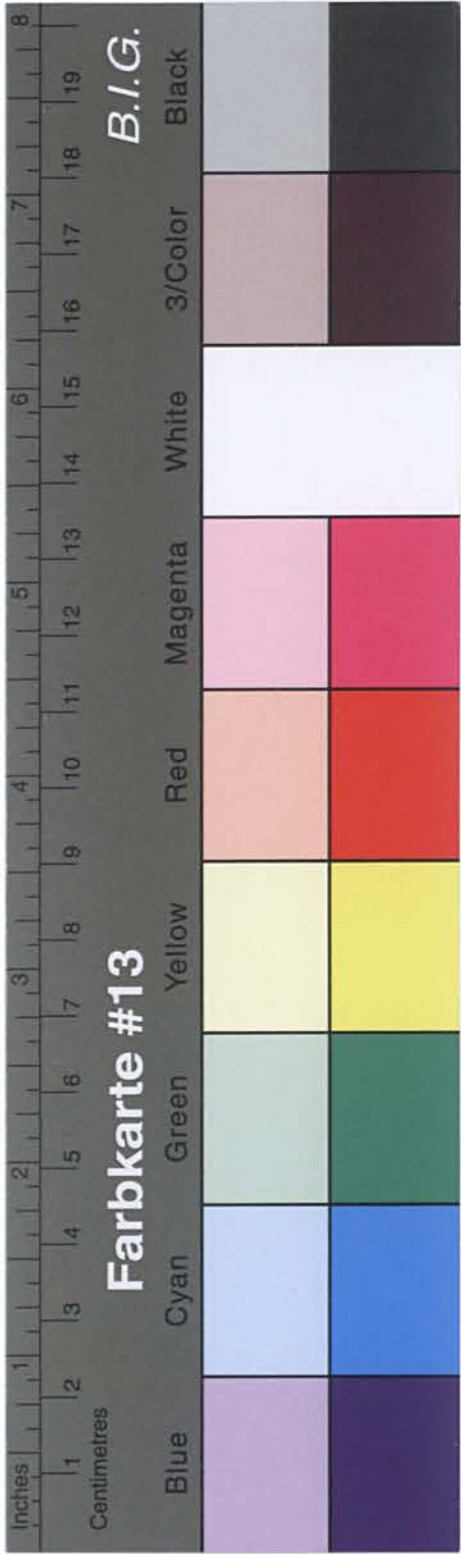
Erstattungsanspruch wird hiermit, wie folgt, geltend gemacht:

Januar	135,35 RM	
Februar	134,25 "	
März	134,25 "	
April	184,-- "	
Mai	184,-- "	
Juni	184,-- "	
	955,85 RM	= 95,59 DM
Juli		= 134,25 "
August		= 134,25 "
September		= 184,-- "
Oktober		= 134,50 "
November		= 134,50 "
Dezember		= 134,50 "
		951,59 DM

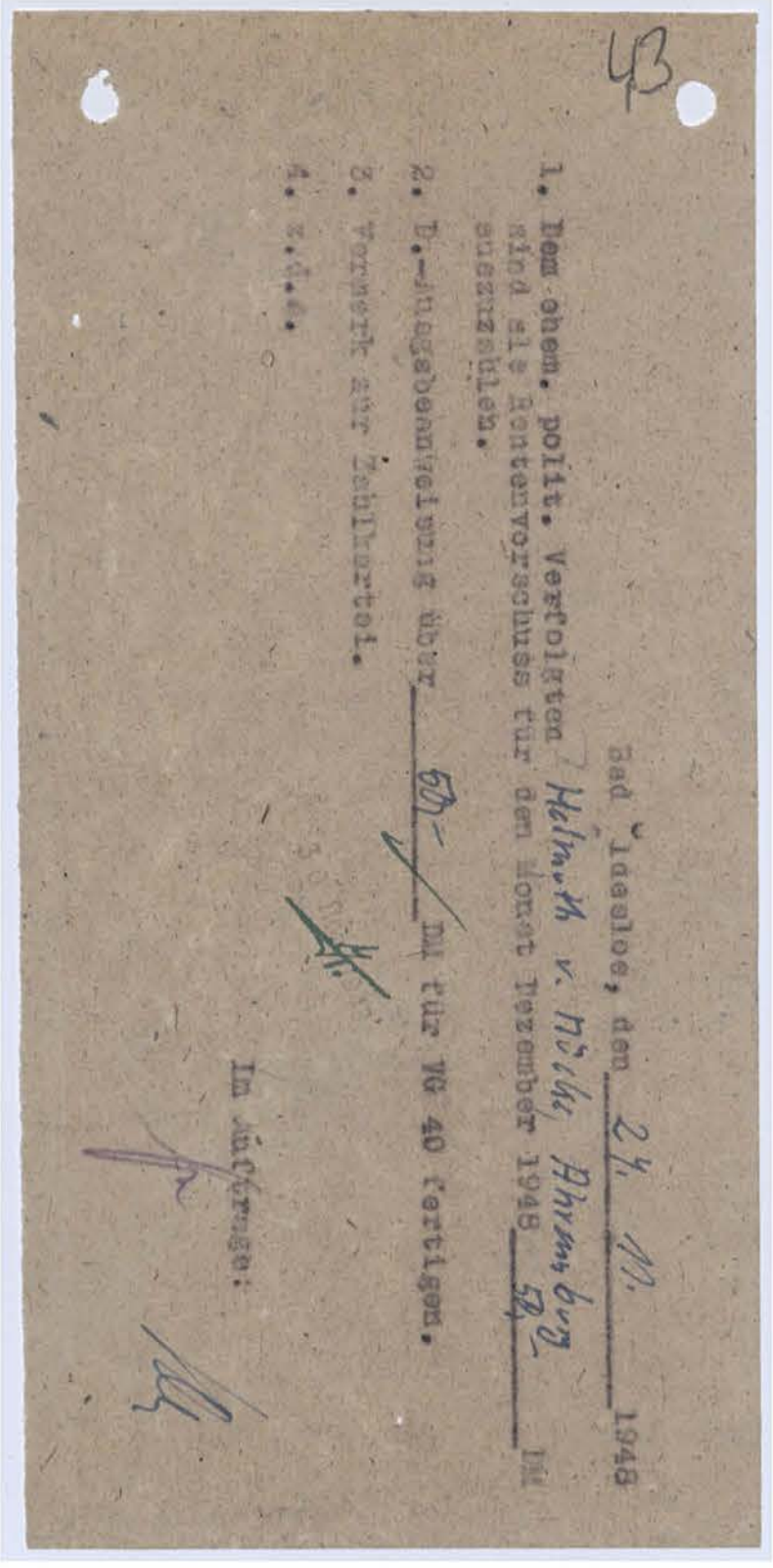
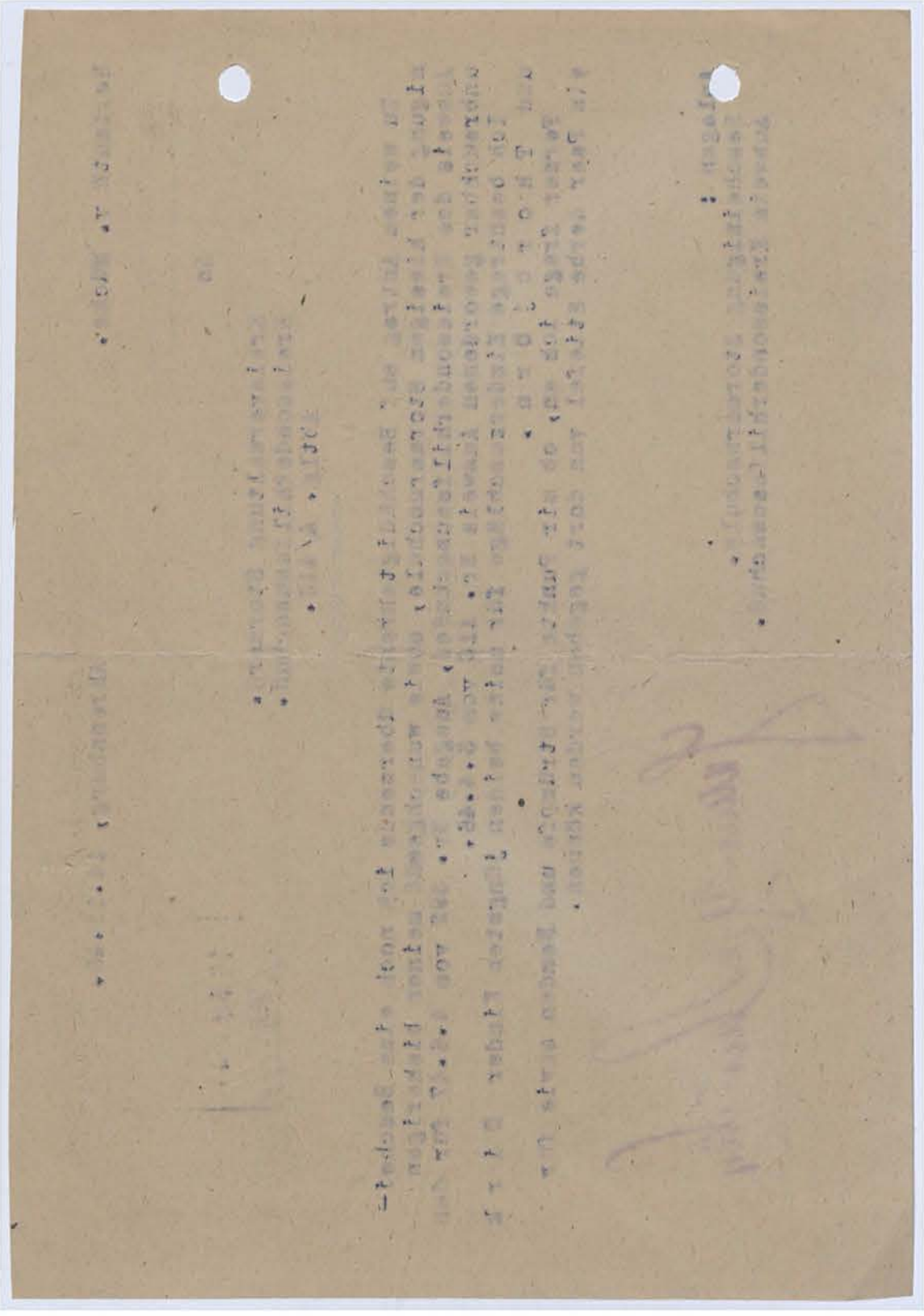


Kreisarchiv Stormarn B2

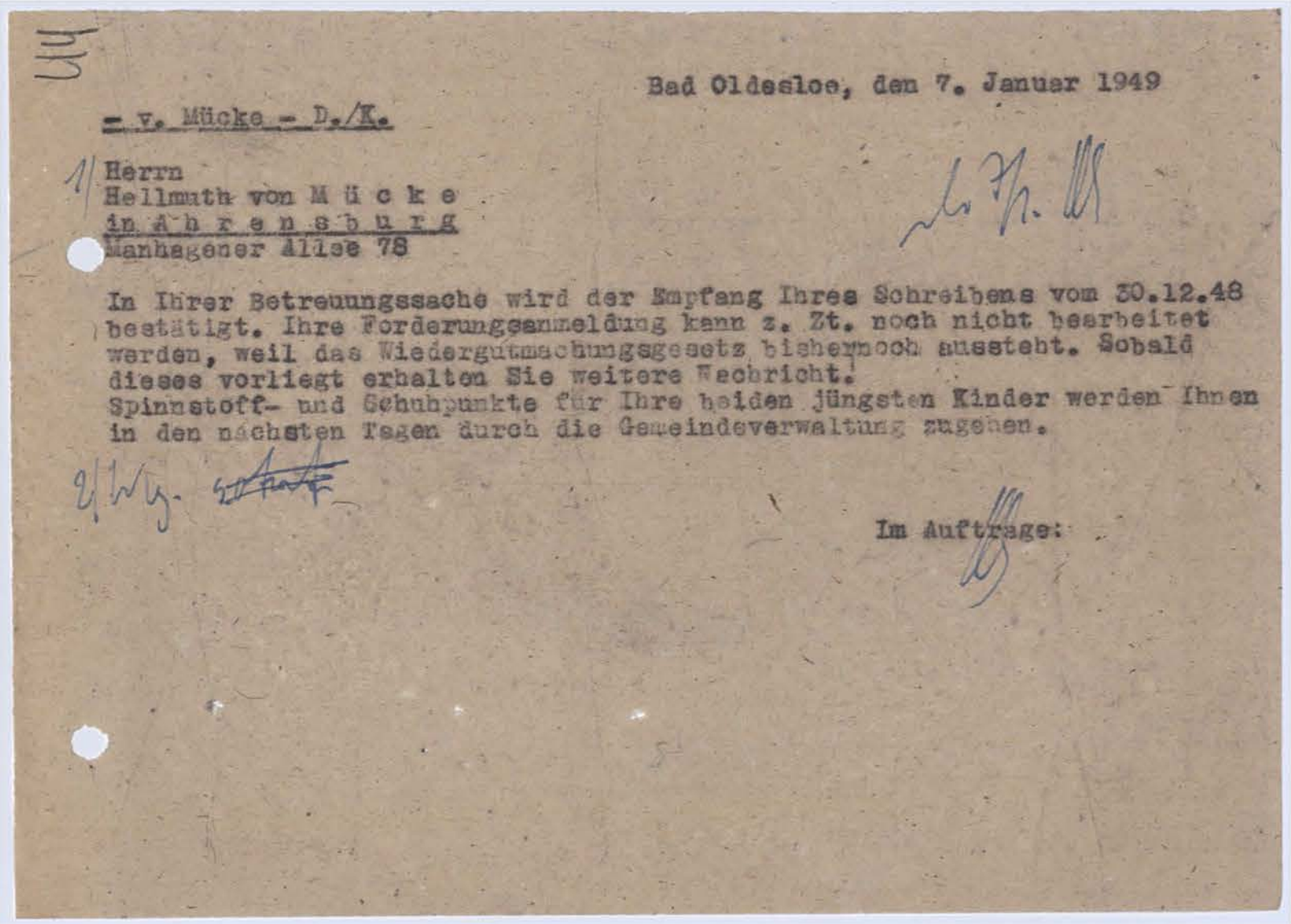
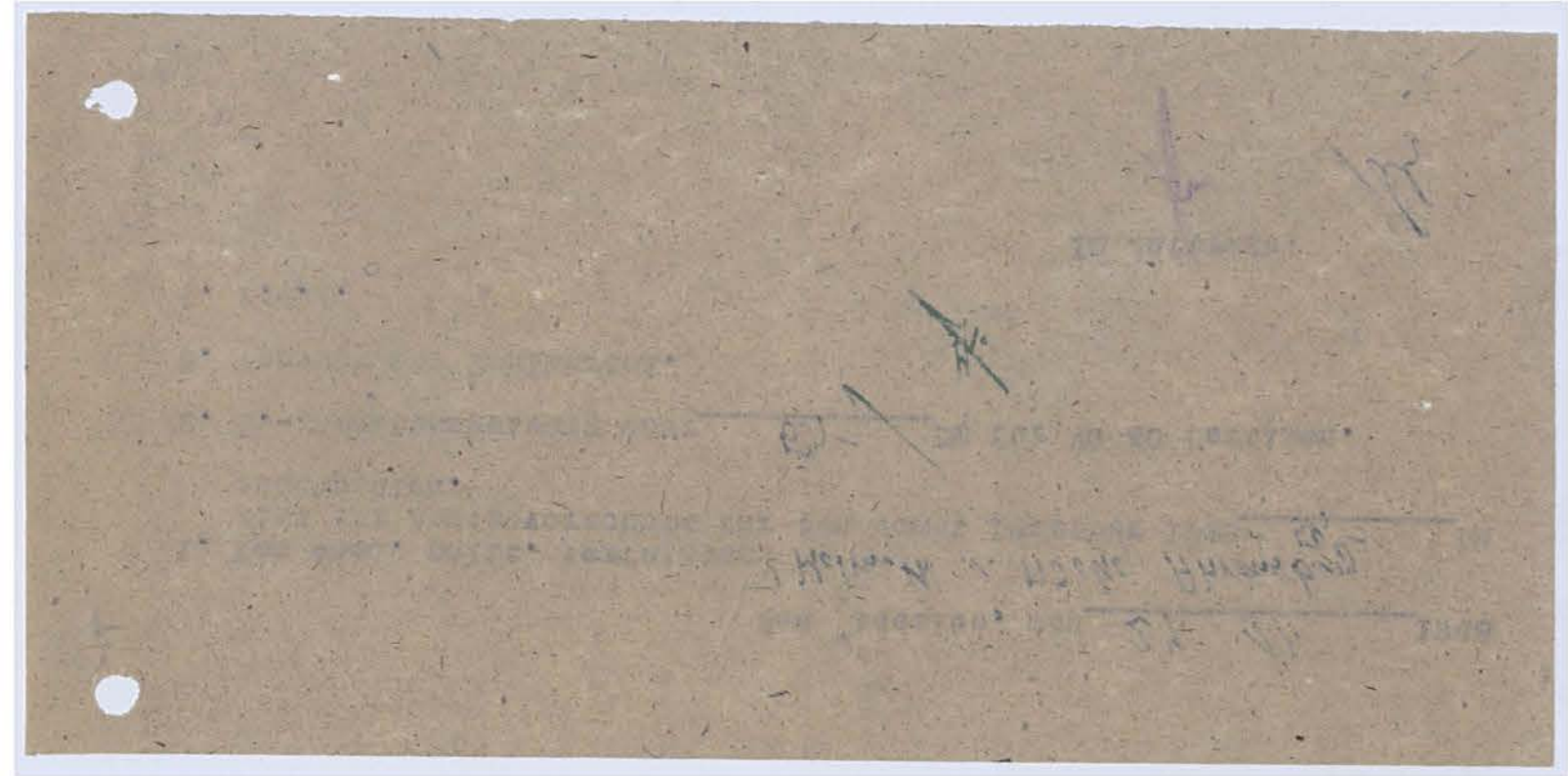


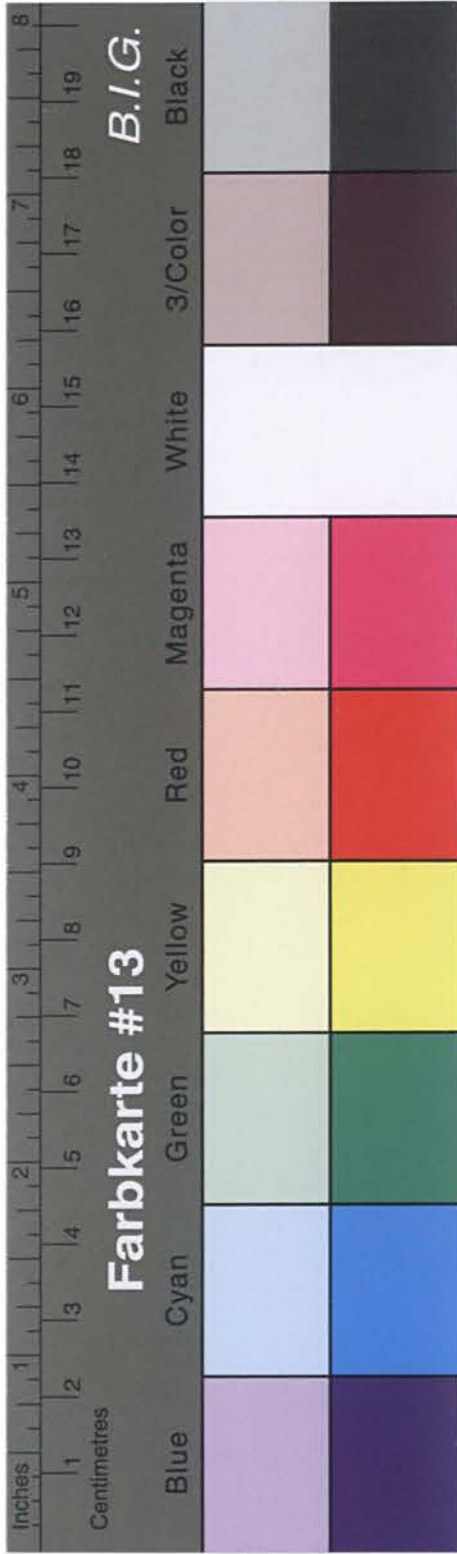


Kreisarchiv Stormarn B2

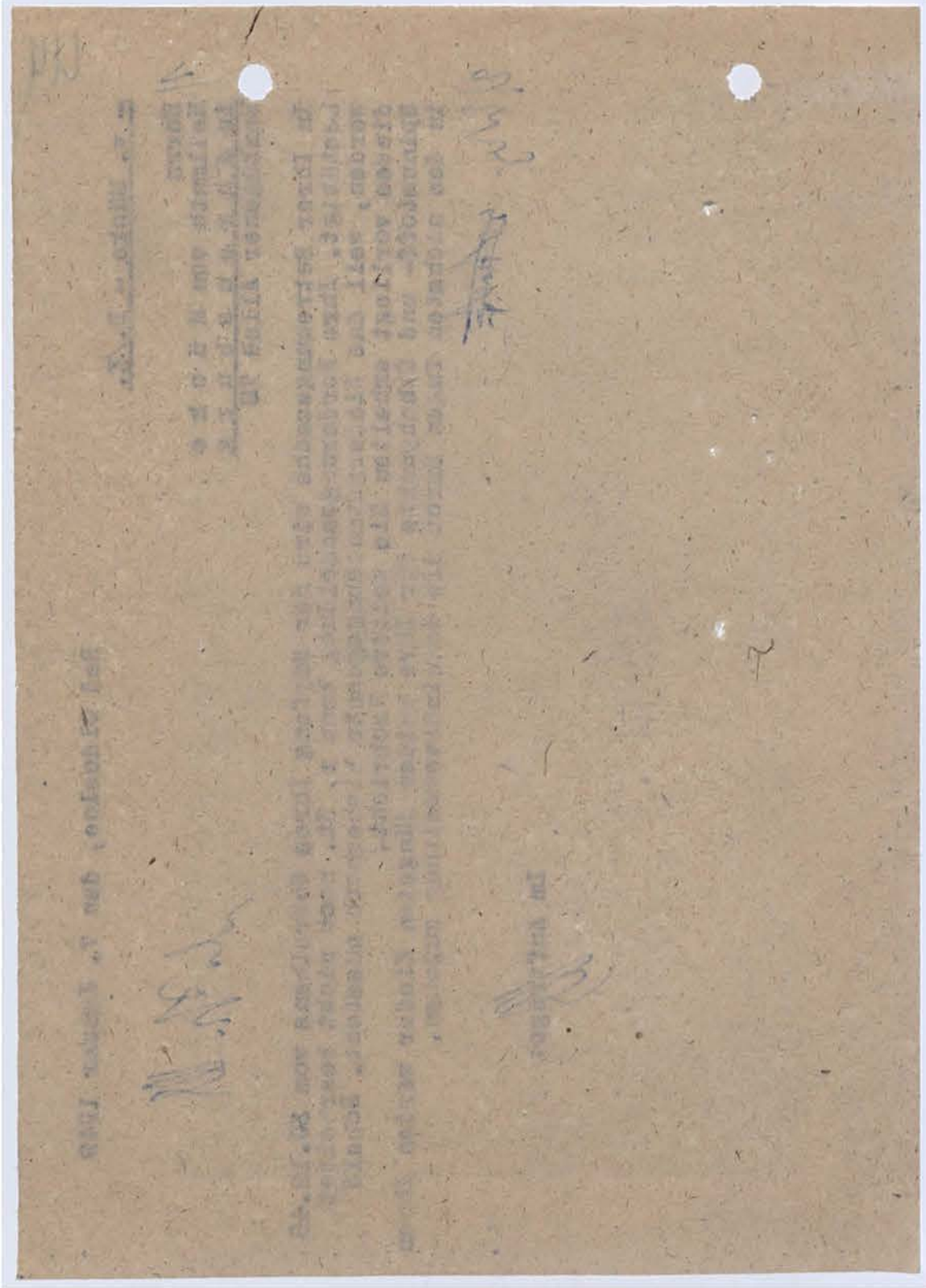


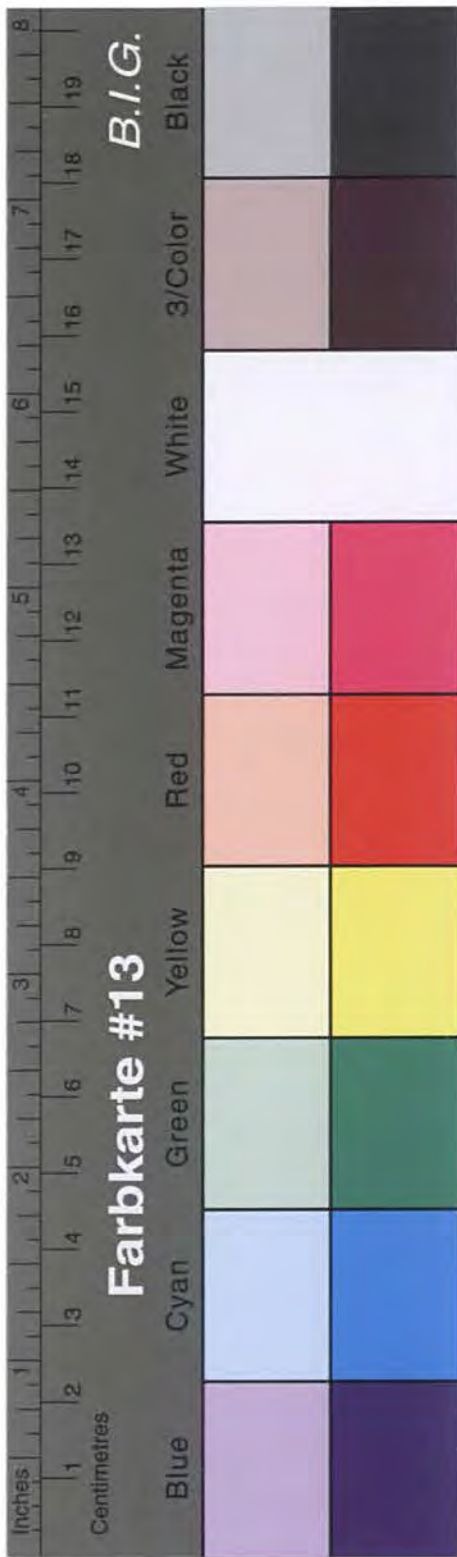
Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2



46

Handwritten: Handwritten

Betr.: Forderungen der Opfer des Nazismus.

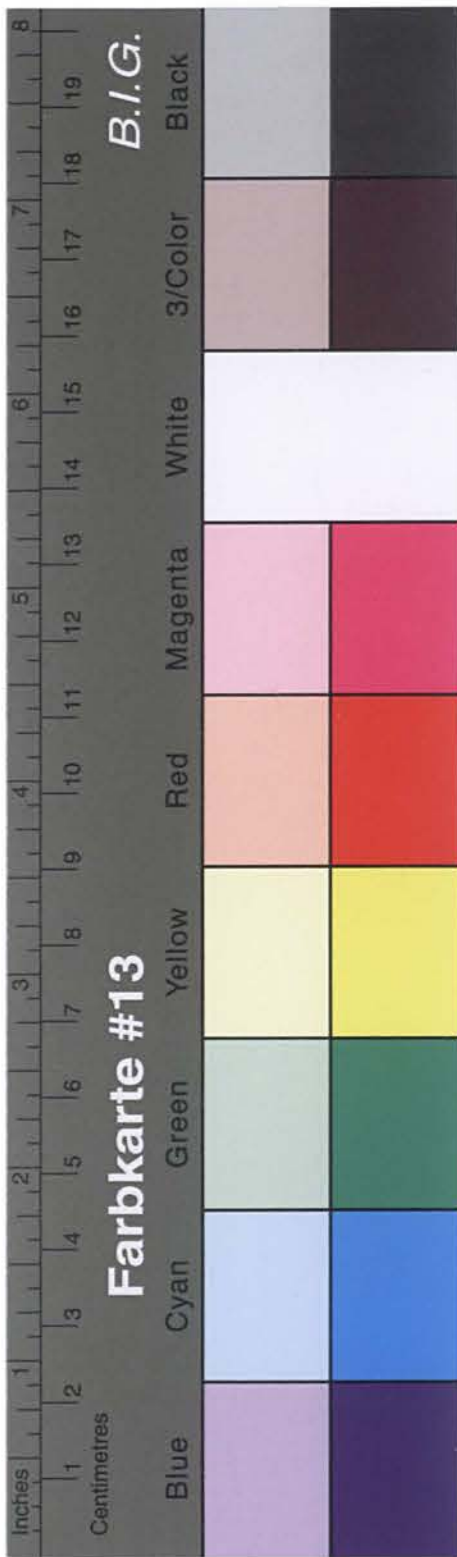
Name: v. Mücke. Vorname: Hellmuth.
Anschrift: (24) Ahrensburg, Manhagener Allee 78.
geb. 25.6.81. zu Zwickau i.S. Ohne Beruf.
Familienstand: verheiratet. Kinder: Ältester Sohn in Rußland verschollen.
Älteste Tochter verstorben. Zwei Töchter verheiratet. Zwei Söhne noch im Hause.

V.V.N. Mitgliedsausweis Nr. 136377, Stormarn.
Sonderausweis für politisch, rassisch und religiös Verfolgte Nr. 132 der Kreisverwaltung Stormarn, Kreisanderhilfsausschuß Abtlg. 4/413.

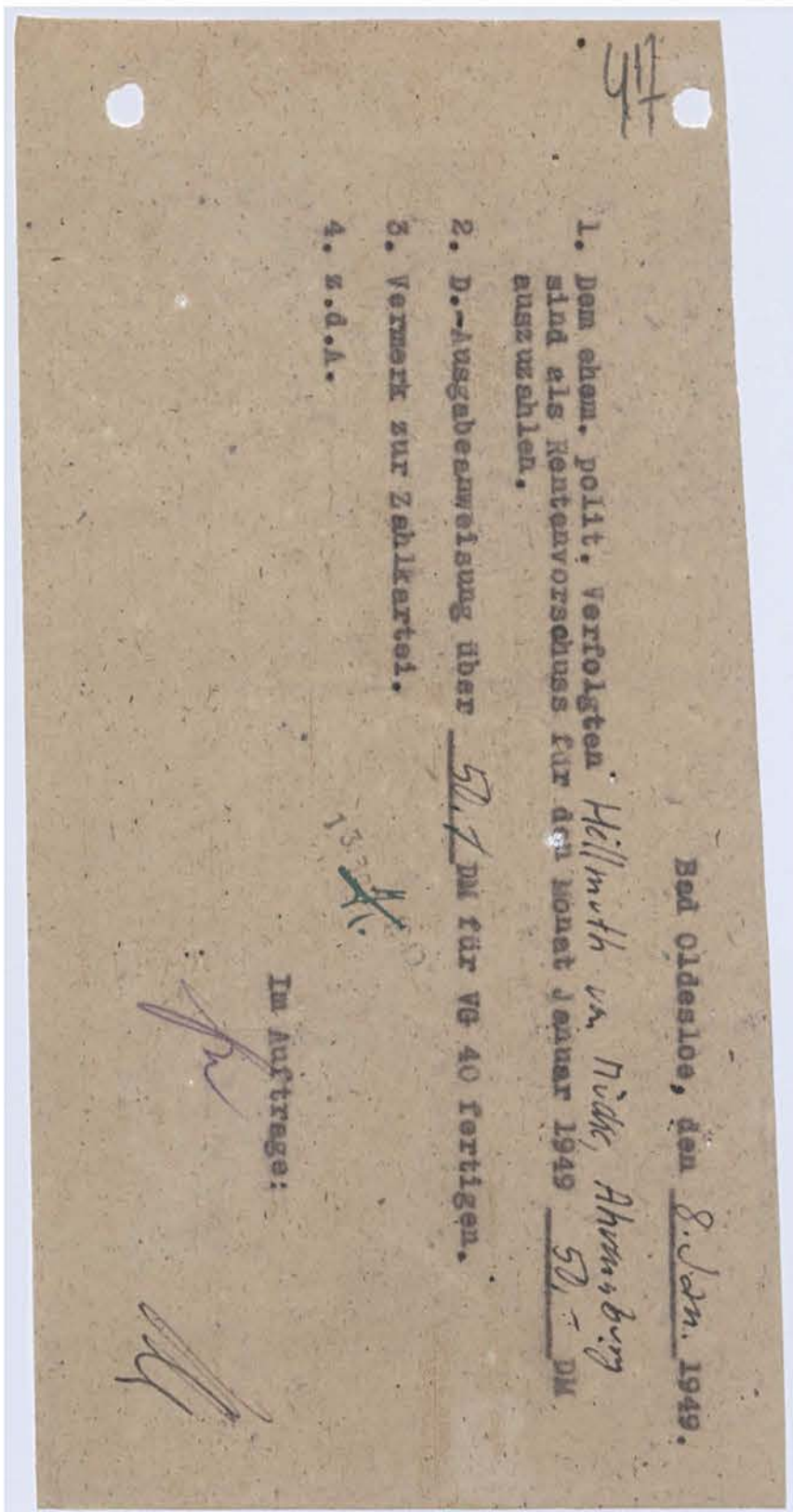
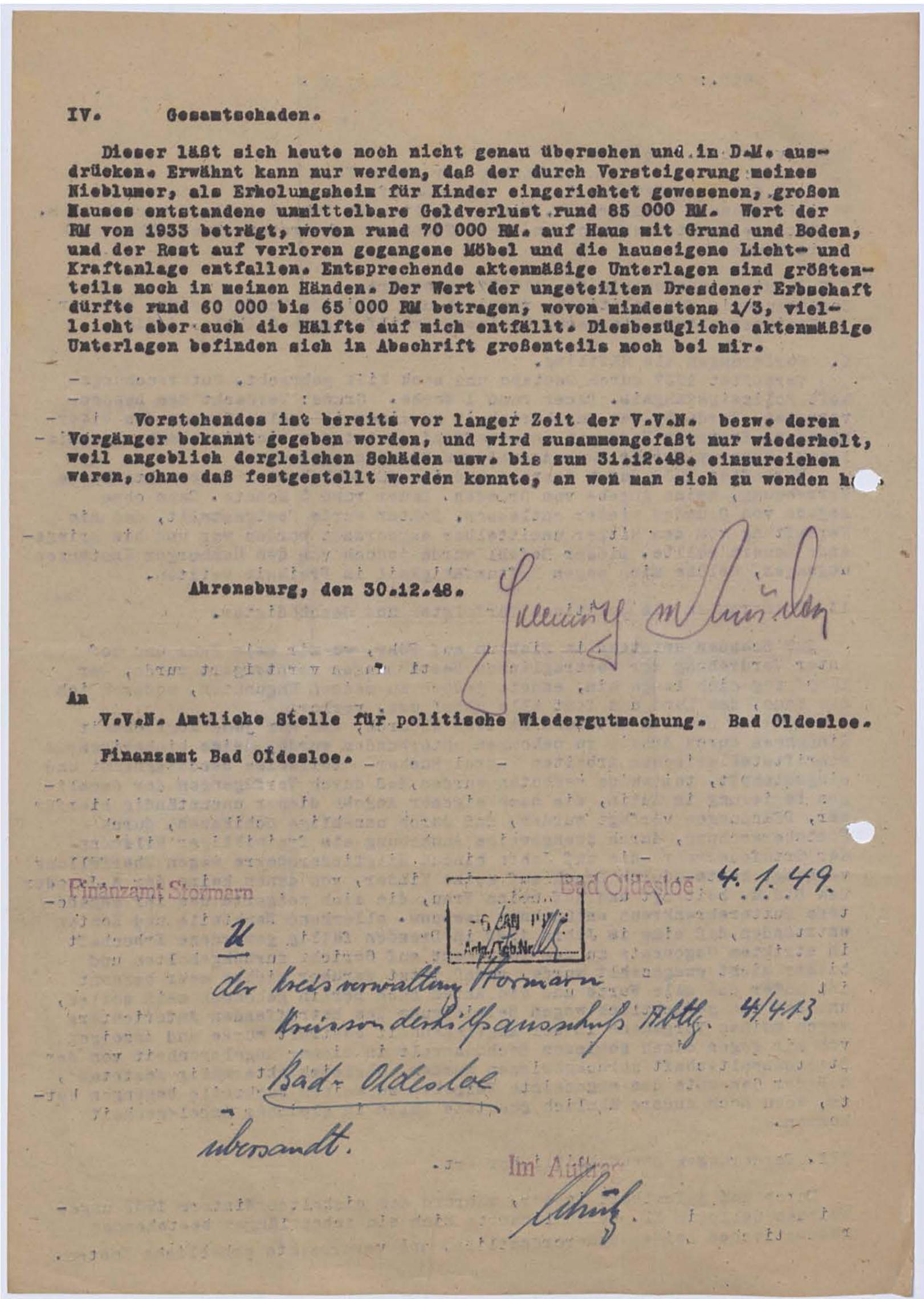
I. Forderungen als Häftling.
Verhaftet 1937 durch Gestapo und nach Kiel gebracht. Untersuchungs- haft Polizeigefängnis. Dauer rund 1 Woche. Grund: Verdacht des Landes- verrates, Verdacht der Zugehörigkeit zu einer illegalen Gruppe des Wider- standes. Ersterer Verdacht unzutreffend, letzterer richtige. Nach ergebnis- losen längeren Verhör ohne Angabe von Gründen entlassen.
Verhaftet 1939 durch Gestapo und ins KZ Fuhlsbüttel verbracht. Keine Vernehmung, keine Angabe von Gründen. Dauer rund 3 Monate. Dann ohne Angabe von Gründen wieder entlassen. Später wurde festgestellt, daß die Verhaftung von dem Hitler unmittelbar angeordnet worden war und bis Kriegs- ende dauern sollte. Dieser Befehl wurde jedoch von den Hamburger Instanzen umgangen, welche mich wegen Haftunfähigkeit in Freiheit setzten.

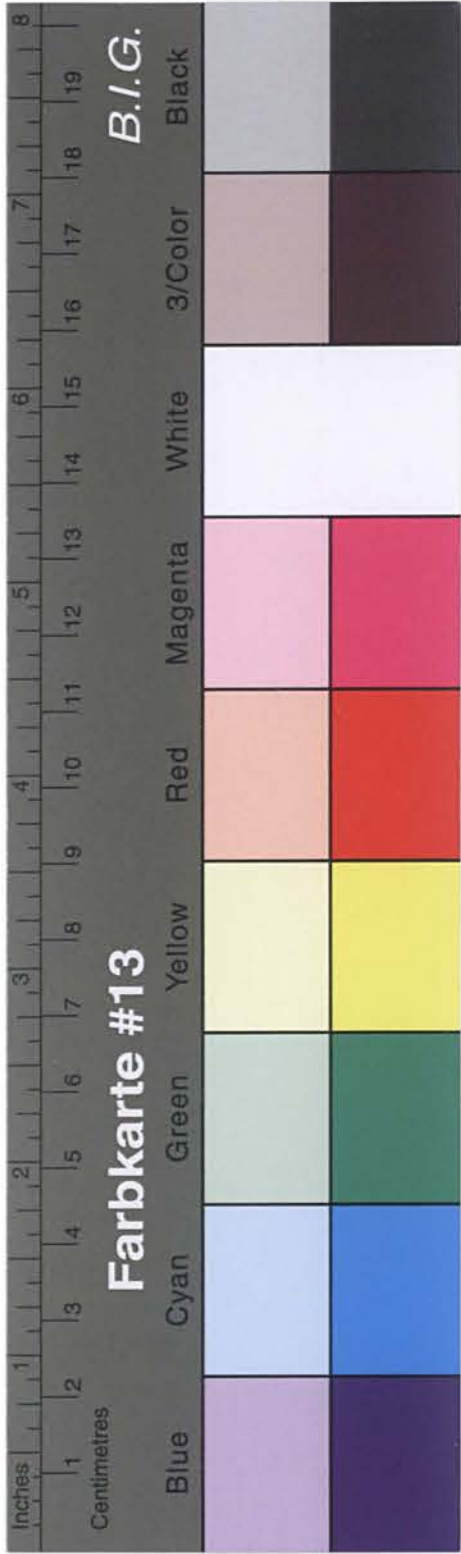
II. Forderungen als politisch Verfolgter und Geschädigter.
Der Schaden entstand in Nieblum auf Föhr, wo mir mein Haus und Hof unter Verdrehung der vertraglichen Bestimmungen versteigert wurde. Der Kampf zog sich lange hin, endete jedoch zu meinen Ungunsten, wodurch ich das Haus, das Land und fast alle Möbel usw. verlor.
Weiterer Schaden entstand ab 1933 dadurch, daß mir jede Möglichkeit Einnahmen durch Arbeit zu bekommen unterbunden wurde, meine bisherigen schriftstellerischen Arbeiten -drei Bücher- teilweise beschlagnahmt und eingestampft, teilweise verboten wurden, daß durch Verfügungen der damali- gen Regierung in Butin, die nach eigener Angabe dieser unsuständig hierfür war, Pfändungen verfügt wurden, daß durch unsählige Schikanen, durch Postüberwachung, durch zwangsweise Aushebung als freiwilliger Hilfsmann der Ortsfeuerwehr -die auf Jahre hinaus Mitgliedsperre wegen Überfüllung verhängt hatte-, durch Druck auf meine Kinder, von denen keins der H.J. oder dem B.d.M. beiträgt und auf meine Frau, die sich weigerte das ihr angebo- tene Mutterehrenkreuz anzunehmen usw. usw. allerhand Nachteile und Kosten entstanden, daß eine im Jahre 1940 in Dresden fällig gewordene Erbschaft in striktem Gegensatz zu dem Testament auf Gericht zurückgehalten und bisher nicht ausbezahlt wurde, sodaß jetzt darüber nichts mehr bekannt ist außer daß alle Werte und die Akten nach Berlin gekommen sein sollen, und daß ich gerichtlich wegen Beleidigung des betreffenden Amtsrichters wegen meines Vorgehens in der Angelegenheit bestraft wurde und Anzeigen von mir gegen einen gewissen Rechtsanwalt in dieser Angelegenheit von der Staatsanwaltschaft zurückgewiesen wurden, obgleich aktenmäßig feststand, daß der Genannte das angezeigte Vergehen zu meinem Nachteil begangen hat- te, wozu noch andere ähnlich geartete Fälle in gleicher Angelegenheit kommen.

III. Forderungen gesundheitlicher Art.
Durch den Aufenthalt in der, während des eiskalten Winters 1939 unge- heisten Zelle im KZ. verschlimmerte sich ein schon länger bestehendes rheumatisches Leiden außerordentlich, und verursachte erhebliche Kosten.

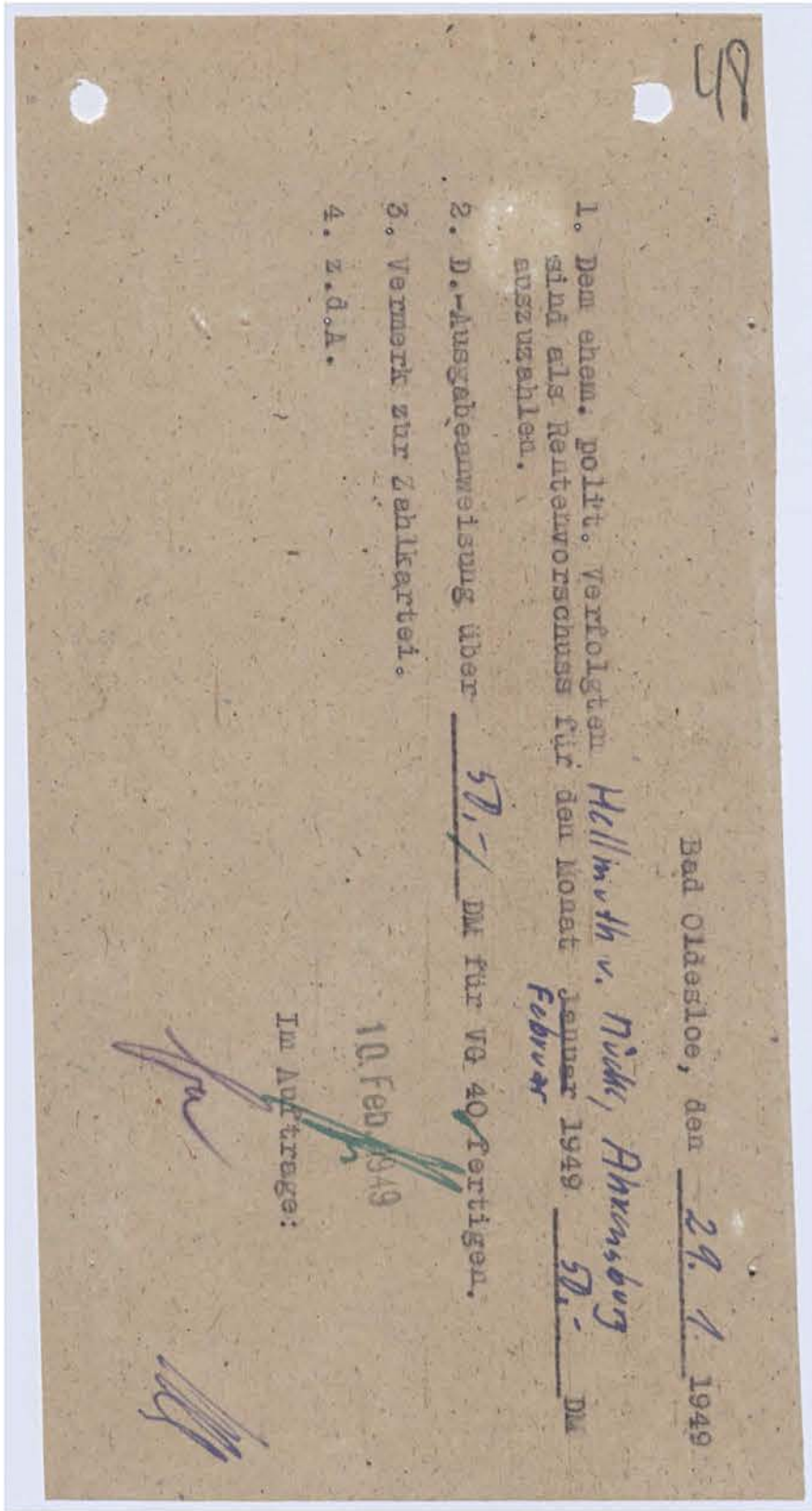
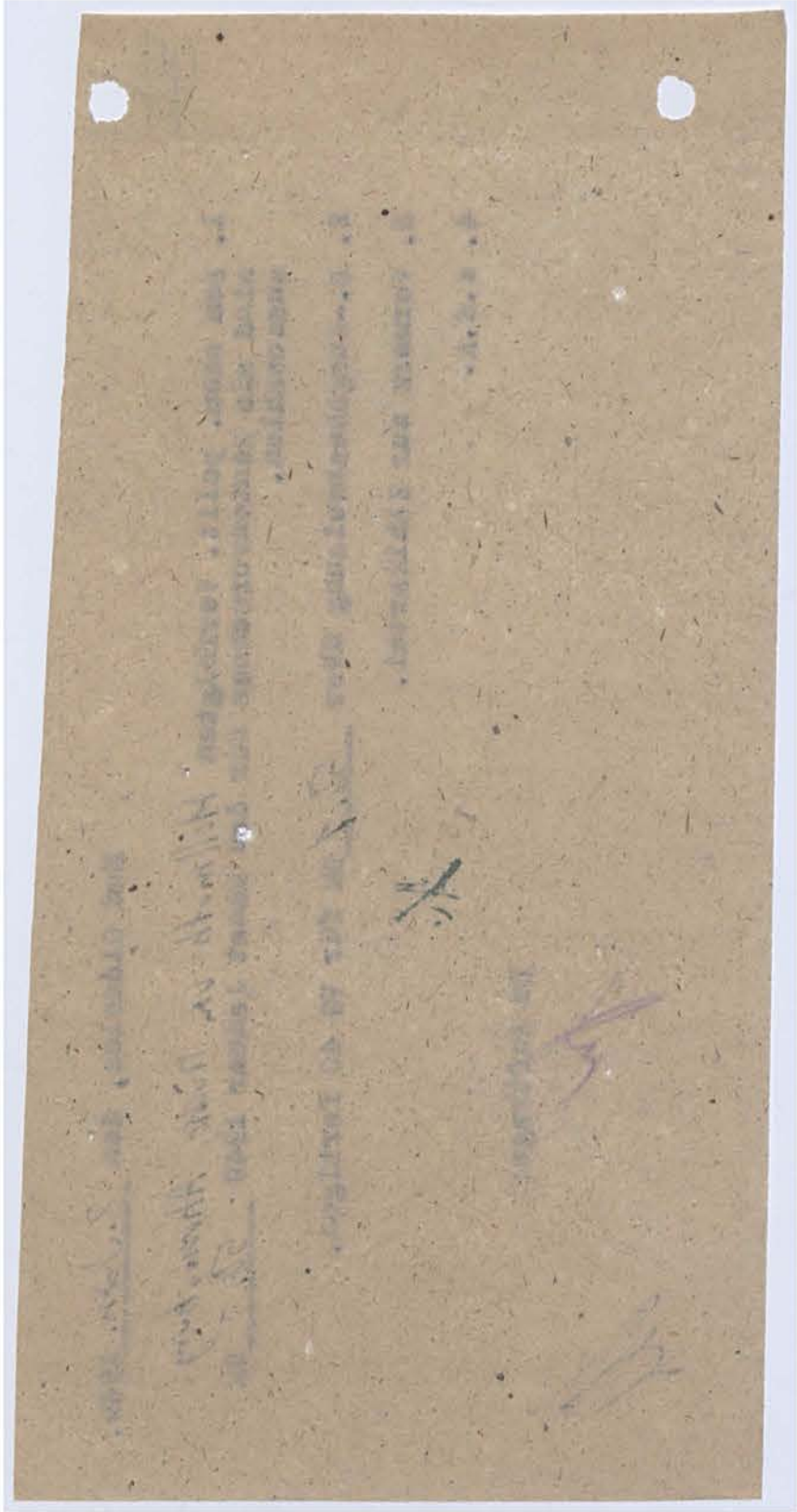


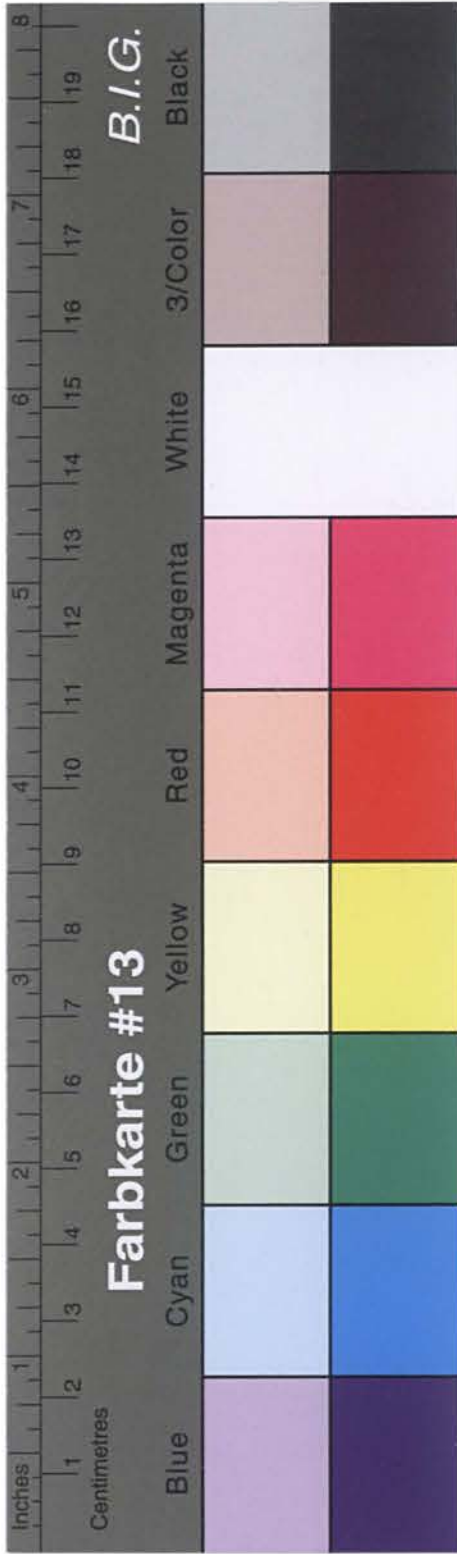
Kreisarchiv Stormarn B2



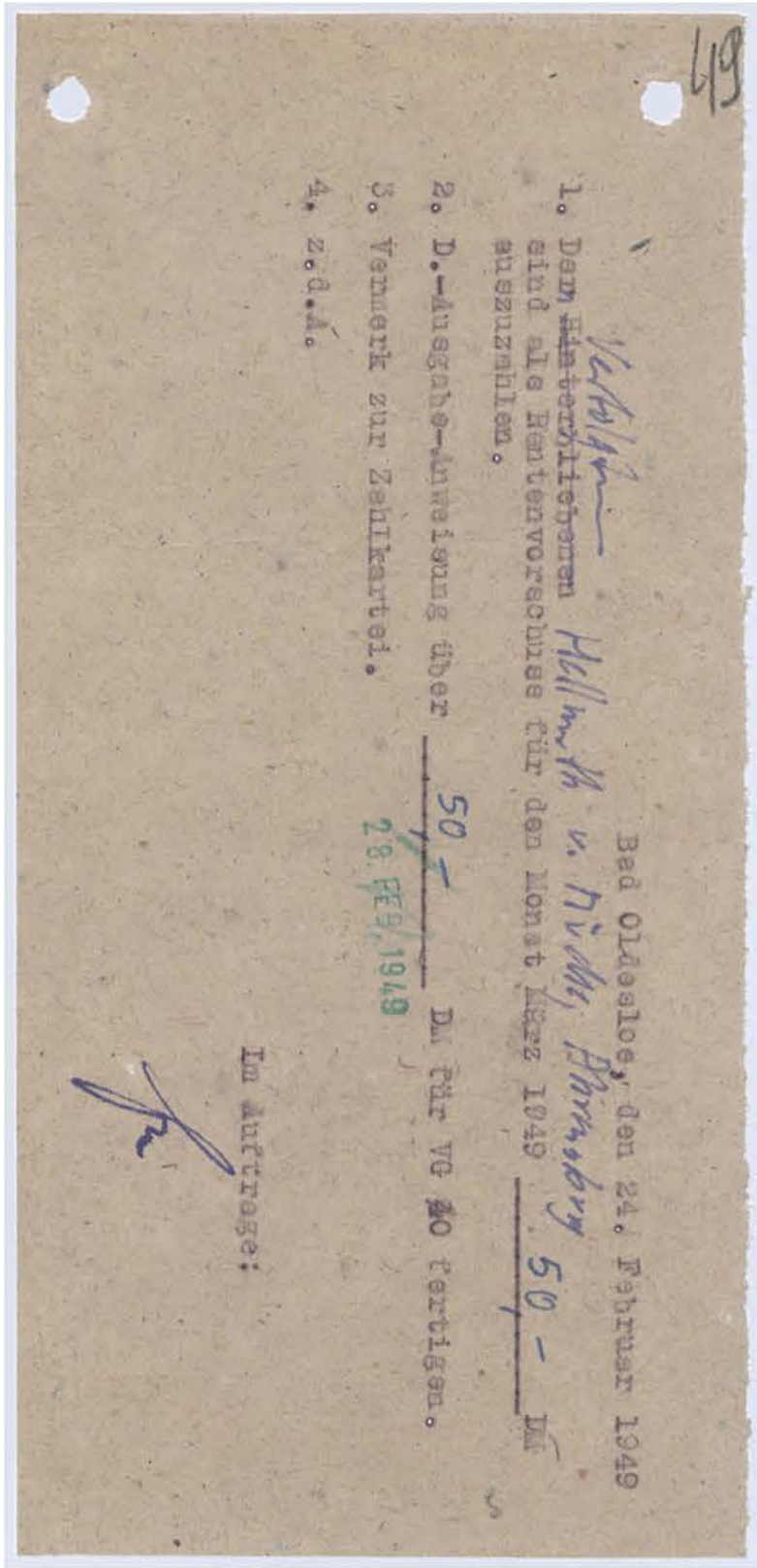
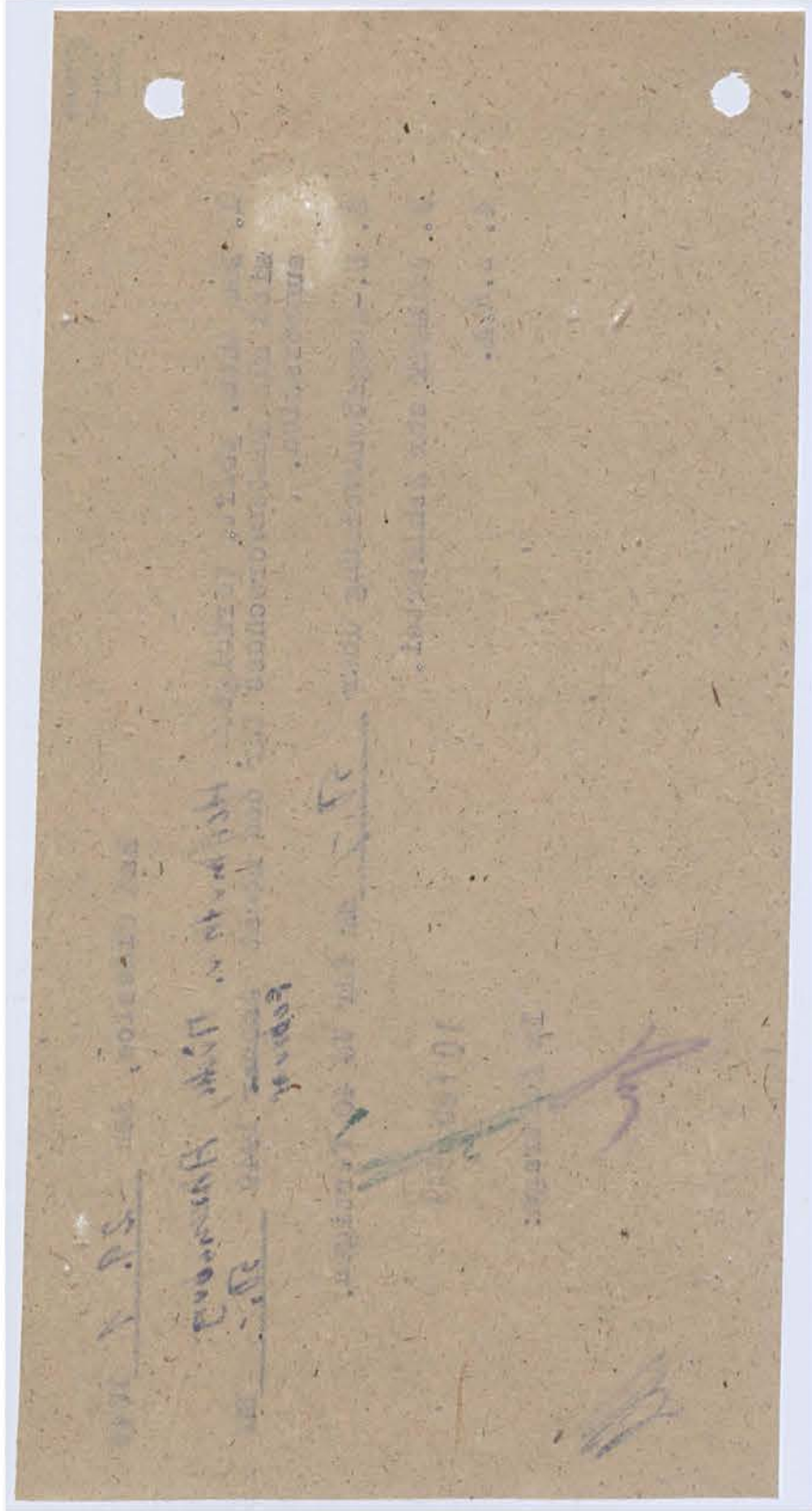


Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2



5

Bad Oldesloe, den 24. 3. 1949

1. Dem ehem. polit. Verfolgten Hellmuth v. Rüch, Ahrenburg
sind als Rentenvorschuss für den Monat April 1949 50,-
auszuzahlen,

2. D.-Ausgabe-Anweisung über 50,- DM für VG 40 fertigen.

3. Vermerk zur Zahlkertei.

4. z.d.A.

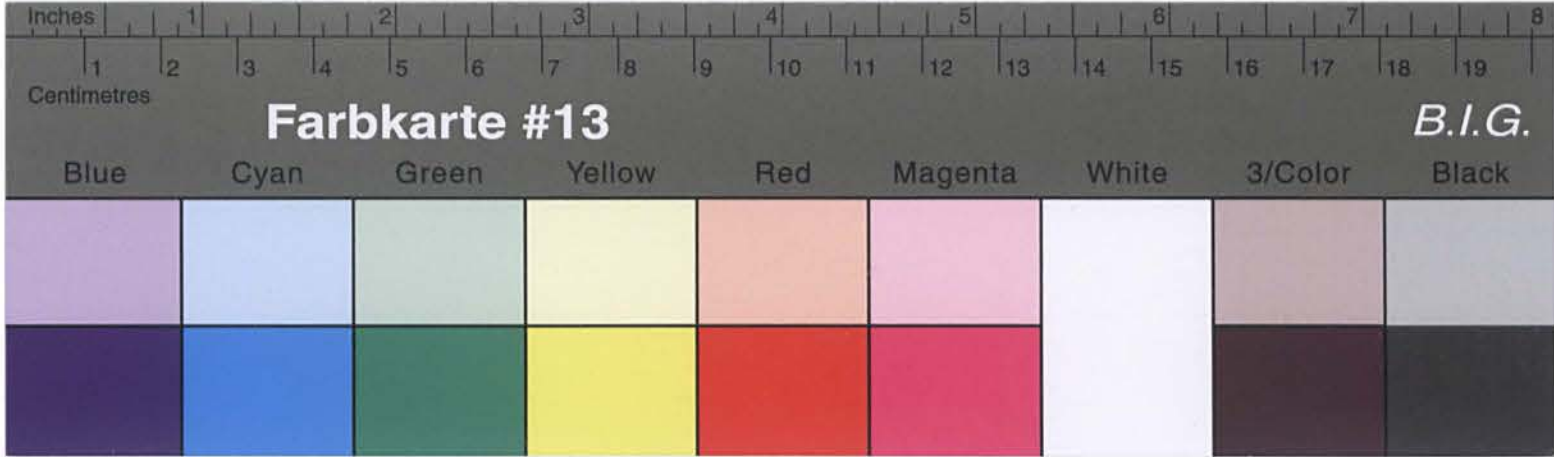
26 MRZ 1949

Im Auftrage: *[Signature]*

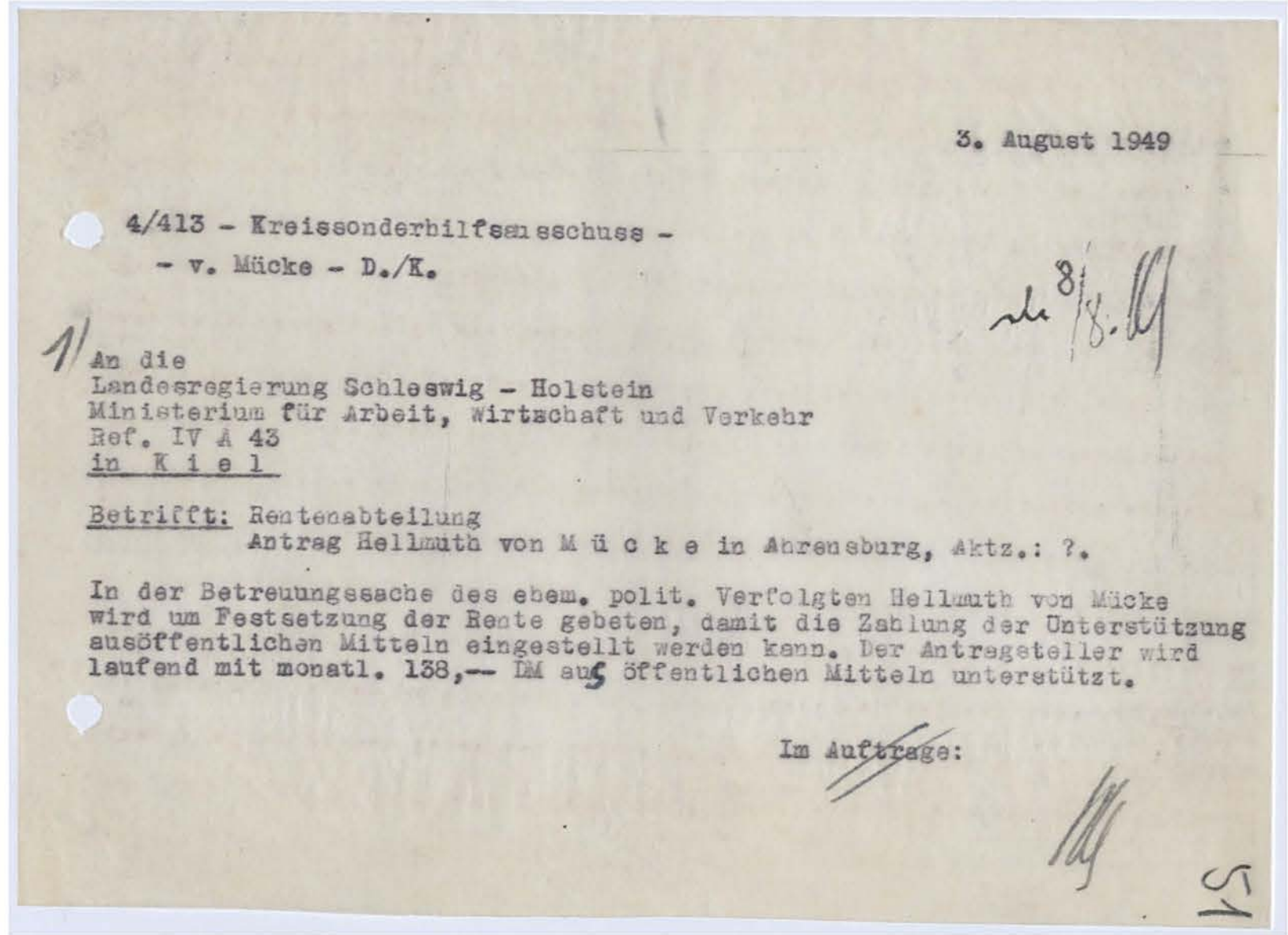
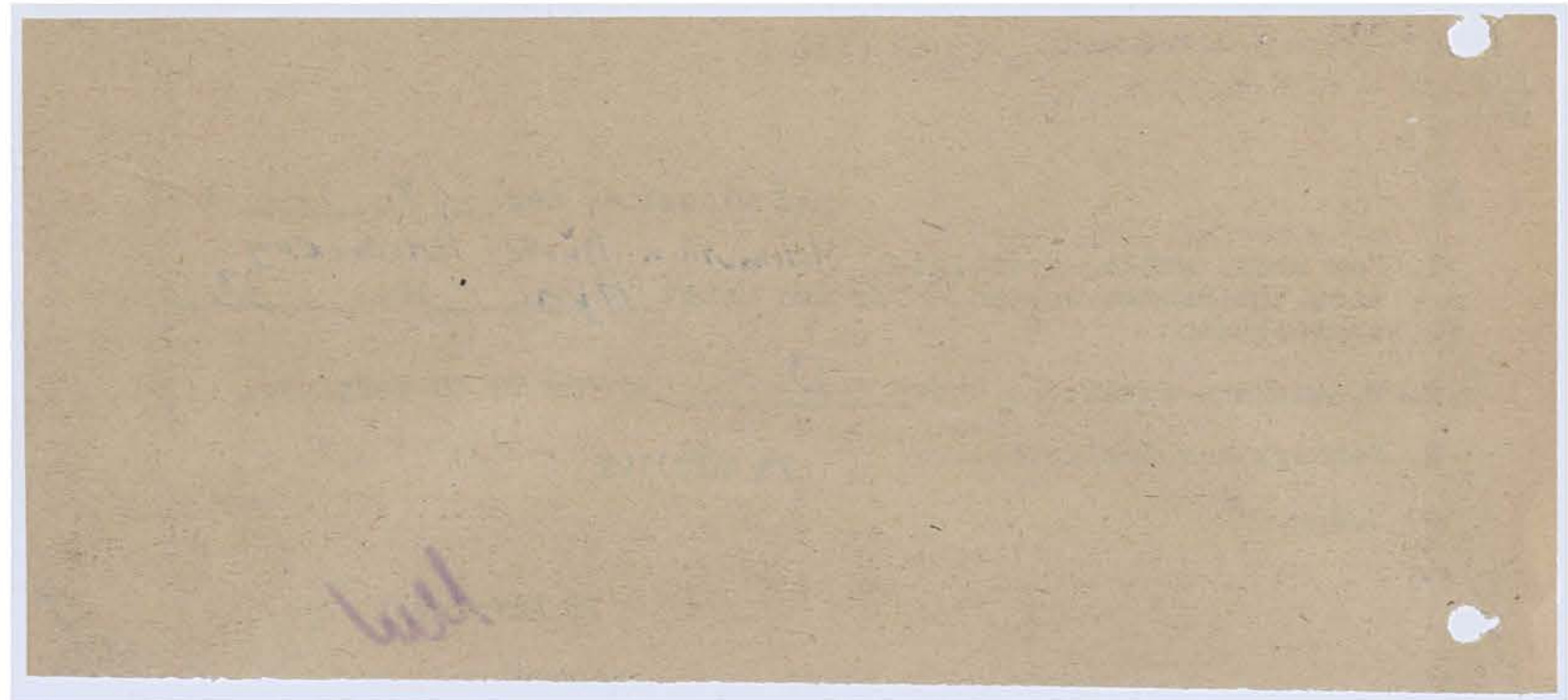
[Faint, mostly illegible text and markings on the reverse side of the document, including a signature and some numbers.]

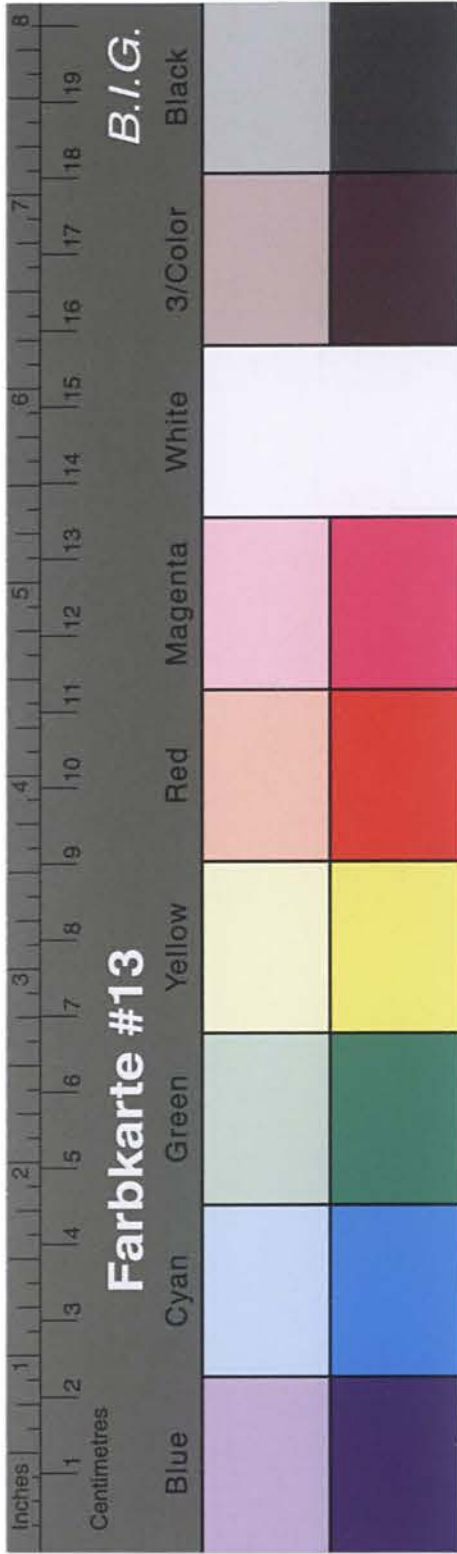
Kreisarchiv Stormarn B2



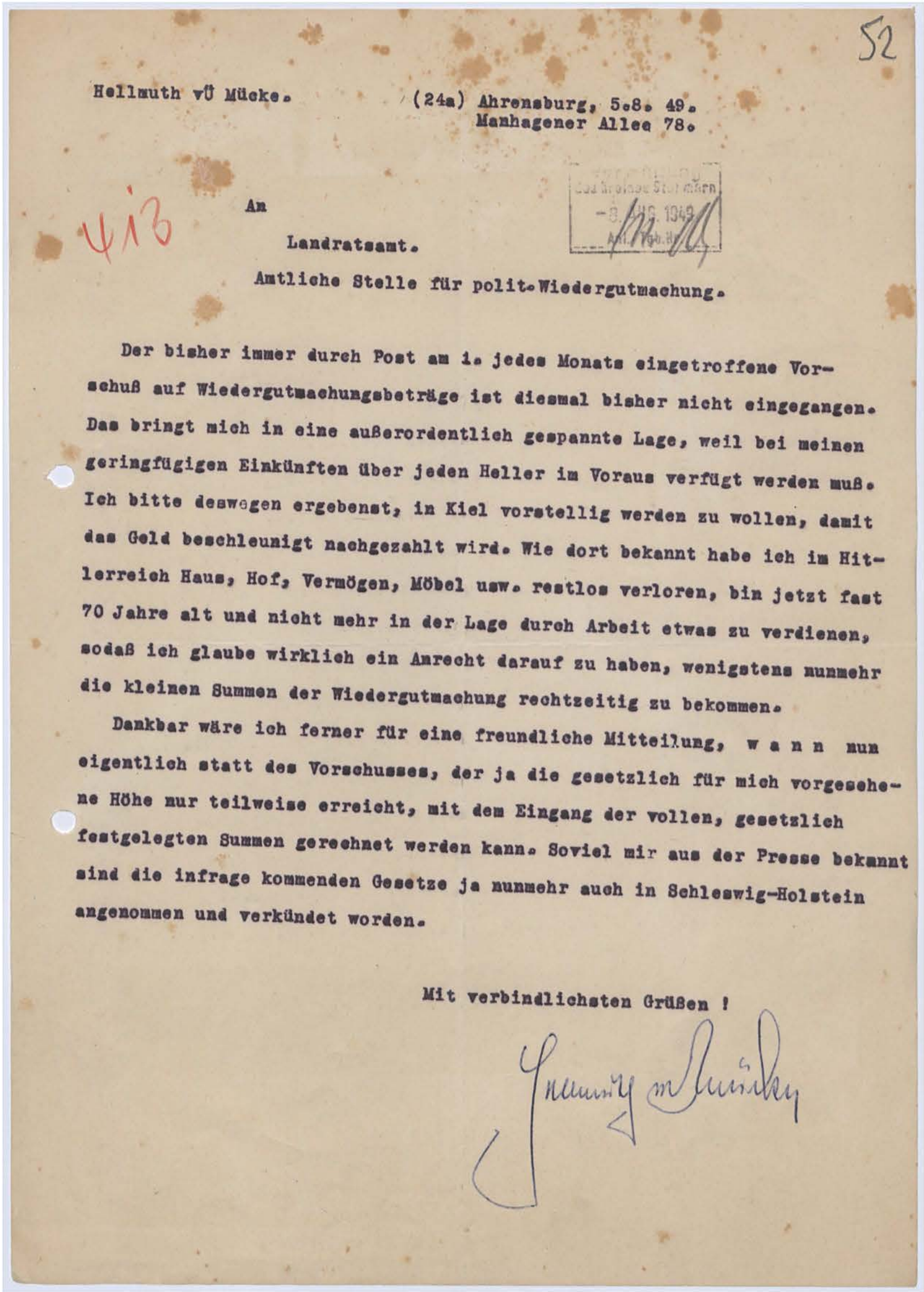
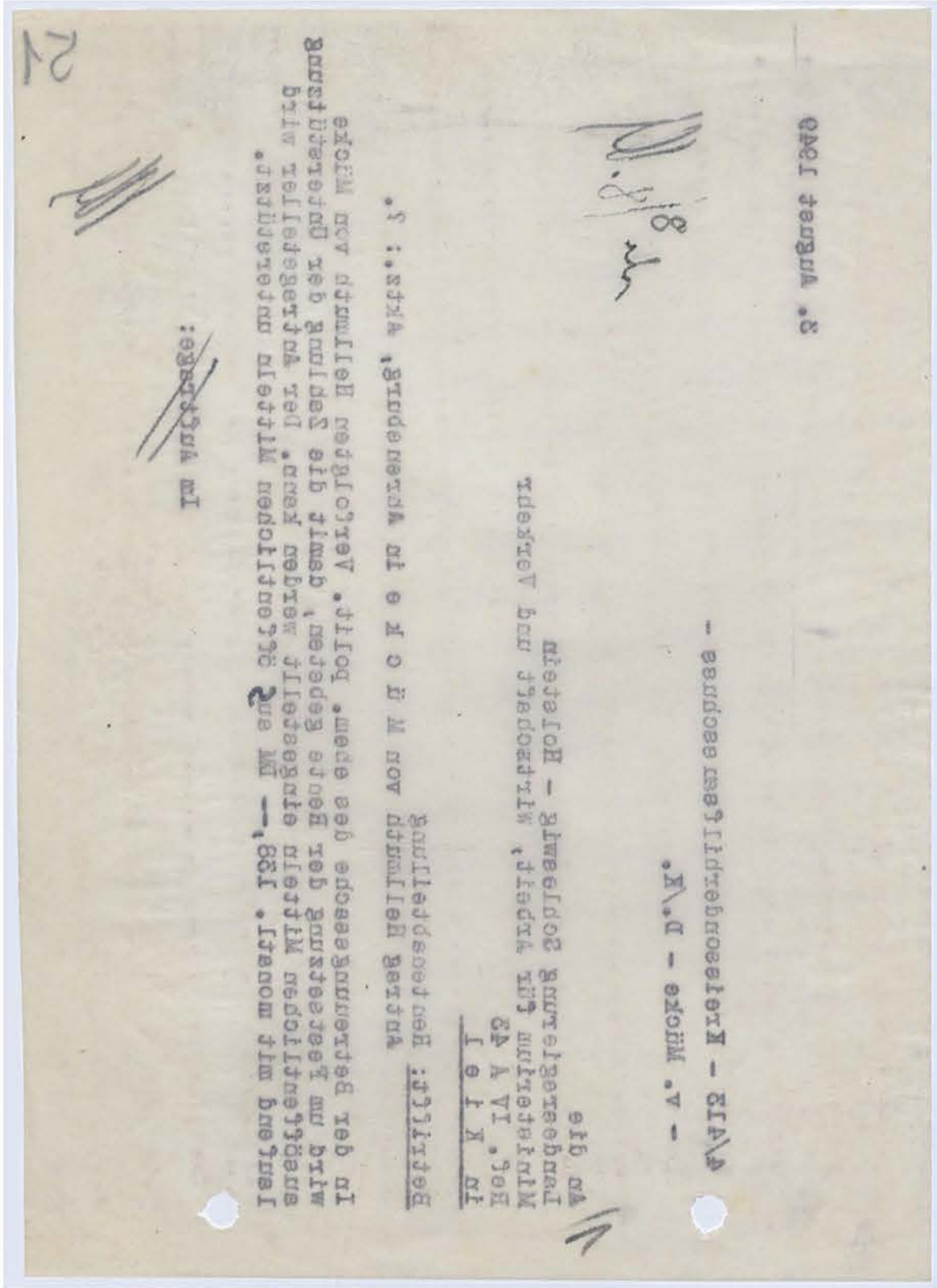


Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2





Mit verbindlichen Grüßen!

entnommen und verkündet worden.

sind die infolge kommenden Gewinne je nunmehr noch in Schleswig-Holstein
festgesetzten Summen berechnet werden kann. Soweit mir aus der Presse bekannt
ist, habe nur teilweise erreicht, mit dem Einkommen der waffen, besonders
eigentlich statt des Vorwunders, der je die Gesellschaft für mich vorläufige-
denker wäre ich ferner für eine finanzielle Mittelform, was nun
die kleinen Summen der Wiedergutmachung rechtzeitig zu bekommen.
noch ich glaube wirklich ein Anrecht darauf zu haben, wenigstens nunmehr
10 Jahre ist und nicht mehr in der Lage durch Arbeit etwas zu verdienen.
Jedezeit habe, Hof, Vermögen, Möbel usw. alles verloren, bin jetzt fast
das Geld beschlagnahmt nachgeholt wird. Wie dort bekannt habe ich im Mit-
tel bitte gewarnt erlassen, in Kiel vorzeitig werden zu wollen, damit
keinstufigen Einkommen über jeden Helfer im Voraus verfügt werden mag.
Das bringt mich in eine außerordentlich besorgte Lage, weil bei meinen
schon auf Wiedergutmachungsbedürfnisse ist diesem bisher nicht eingeleiteten.
Der bisher immer durch Post am 1. jedes Monats eingeflossene Vor-

An die Kreisverwaltung Stormarn
Sonderhelfsausschuss für OdM
Geschäftsstelle
Bad Oldesloe

Betr.: Be./708 Hellmuth von Mücke, Ahrensburg

In der Rentenangelegenheit M. hat der Obergutachter ebenfalls die M.d.E.
durch Verfolgung seitens des Vertrauensarztes mit 80% nicht bestätigen
können, sondern nur 30% festgestellt. Der Obergutachter schreibt:
"M.d.E. insgesamt 80%, davon
a) durch Verfolgung 30% (die vom Vertrauensarzt angenommene M.d.E. durch
Verfolgung im vollen Ausmasse der M.d.E. insgesamt, nämlich in Höhe von
80% kann m. E. nicht bestätigt werden, da die ohne Misshandlungen erfolgte
2 1/2 monatige Haft die bestehenden rheumatischen Beschwerden nur erhöht
haben kann. Auch kann die bei dem 67-jährigen Manne vorhandene Sklerose
nicht als durch Verfolgung bedingt eingruppiert werden.
b) durch sonstige Körperschäden: (50% (Alterserscheinungen, Sklerose,
Gelenkrheumatismus, weit zurückreichend, Zahnlosigkeit).

An M. kann daher ab 1. August 1948 ein Rentenvorschuss von DM 70,- (30%)
gezahlt werden. Bezüglich eines evtl. Einspruches wird auf das vorgeschla-
genen Verfahren wie in Sachen Be./864 verwiesen.

Im Auftrage:
gez. Nielsen

Hellmuth v. Mücke
(Sohn) Ahrensburg, 2.8.48
Hauptgeneral Alfred v. M.
Hauptgeneral Alfred v. M.

An die Kreisverwaltung Stormarn
Sonderhelfsausschuss für OdM
Geschäftsstelle
Bad Oldesloe

Betr.: Be./708 Hellmuth von Mücke, Ahrensburg

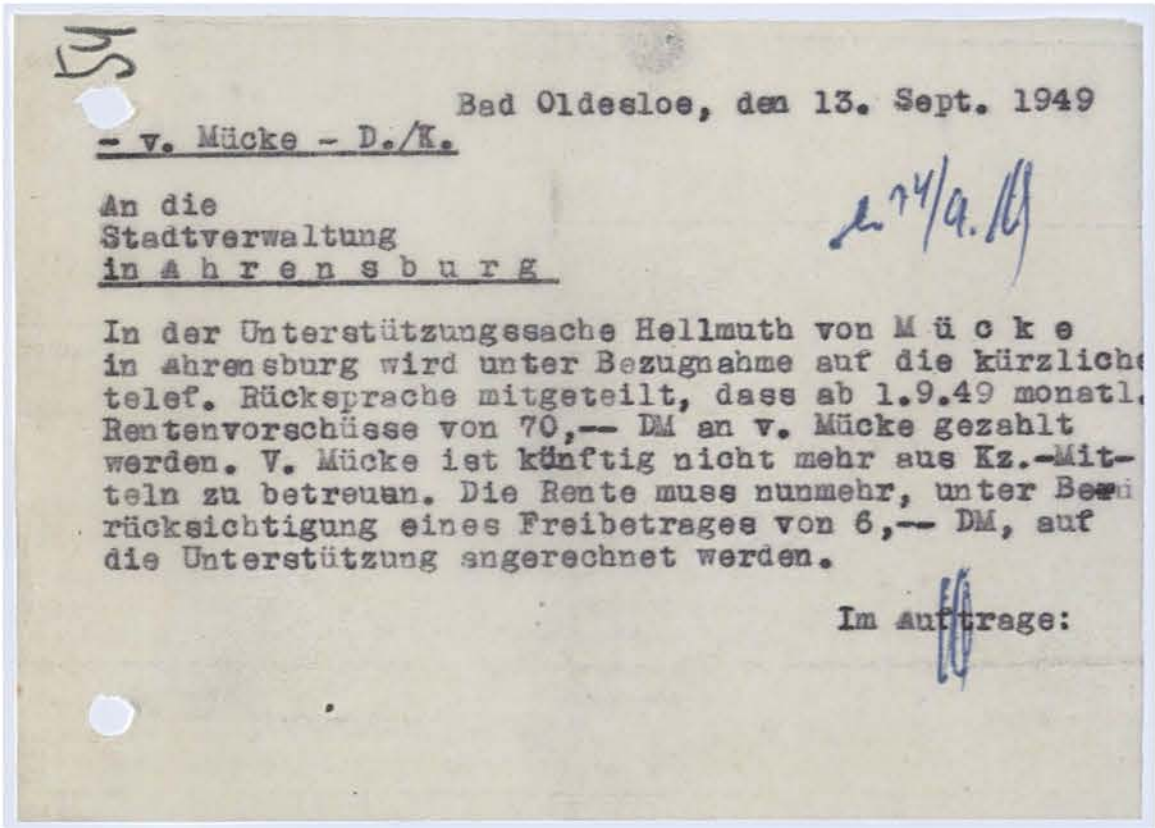
In der Rentenangelegenheit M. hat der Obergutachter ebenfalls die M.d.E.
durch Verfolgung seitens des Vertrauensarztes mit 80% nicht bestätigen
können, sondern nur 30% festgestellt. Der Obergutachter schreibt:
"M.d.E. insgesamt 80%, davon
a) durch Verfolgung 30% (die vom Vertrauensarzt angenommene M.d.E. durch
Verfolgung im vollen Ausmasse der M.d.E. insgesamt, nämlich in Höhe von
80% kann m. E. nicht bestätigt werden, da die ohne Misshandlungen erfolgte
2 1/2 monatige Haft die bestehenden rheumatischen Beschwerden nur erhöht
haben kann. Auch kann die bei dem 67-jährigen Manne vorhandene Sklerose
nicht als durch Verfolgung bedingt eingruppiert werden.
b) durch sonstige Körperschäden: (50% (Alterserscheinungen, Sklerose,
Gelenkrheumatismus, weit zurückreichend, Zahnlosigkeit).

An M. kann daher ab 1. August 1948 ein Rentenvorschuss von DM 70,- (30%)
gezahlt werden. Bezüglich eines evtl. Einspruches wird auf das vorgeschla-
genen Verfahren wie in Sachen Be./864 verwiesen.

Im Auftrage:
gez. Nielsen

Hellmuth v. Mücke
(Sohn) Ahrensburg, 2.8.48
Hauptgeneral Alfred v. M.
Hauptgeneral Alfred v. M.

Kreisarchiv Stormarn B2



13. September 1949

4-1/9-Kreissenderhilfsausschuss -
- v. Mücke - D./K.

Herrn
Hellmuth von Mücke
in Ayrénsturg
Machtagenor alias 78

In Ihrer Rentenangelegenheit hat der Obergutachter ebenfalls die Minderung der Erwerbsfähigkeit mit insgesamt 60 % angegeben. Er hat jedoch nur 30 % Ihrer Erwerbsminderung auf Verfolgungsleiden zurückführen können. Der Obergutachter schreibt, daß die ohne Mißhandlungen erfolgte 2½ monatige Haft die bestehenden rheumatischen Beschwerden nur erhöht haben kann. Ein ursächlicher Zusammenhang und die damit zusammenhängende Gesamterwerbsminderung, entstanden durch die Verfolgung, kann nicht anerkannt werden. Auch kann die bei Ihnen vorhandene Sklerose nicht als durch Verfolgung bedingt eingruppiert werden. Der Obergutachter führt Ihre Erwerbsminderung von 50 %, die nicht als Verfolgungsleiden anerkannt werden können, auf folgende Leiden zurück: Alterserscheinung, Sklerose, Gelenkrheumatismus, weit zurückreichend, Zahnlosigkeit.

Nach der Erwerbsminderung von 30 % durch die Verfolgung können Ihnen monatl. Rentenvorschüsse von 70,- DM gezahlt werden. Die Rentenzahlungen müssen auf die Unterstützung angerechnet werden. Die Stadtverwaltung hat daher Ihre Unterstützung neu zu berechnen.

Gegen

Im Anhang:

die unterzeichneten Angelegenheiten werden
nachstehend eines Beschlusses von 6,- DM ent-
scheiden. Die Rente muss innerhalb 14 Tagen
bezogen werden. A. Mücke ist verpflichtet, nach der
Beurteilung von 10,- DM an A. Mücke bezogen
zu werden. Mücke ist verpflichtet, dass er 1.8.49 monatl.
in der Rente 14 Tage bezogen und die Rente
in der Rente 14 Tage bezogen und die Rente
in der Rente 14 Tage bezogen und die Rente

Im Anhang:
Beschlüsse
an die

- A. Mücke - D./K.

Bei der Rente, der 12. Sept. 1949

Kreisarchiv Stormarn B2



25

29/9/11



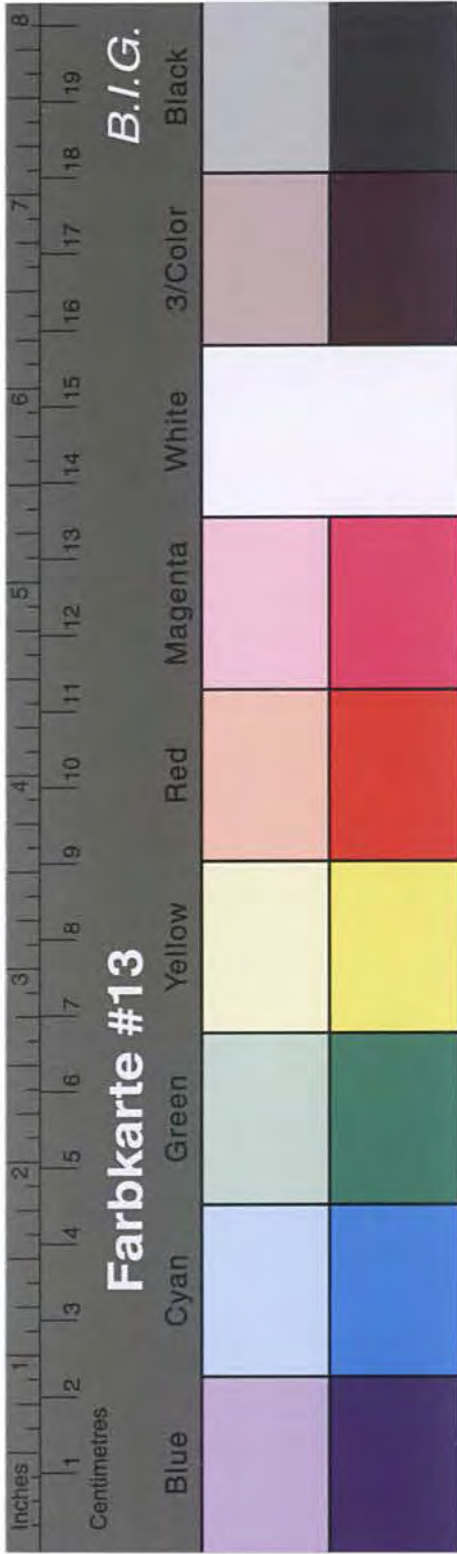
L. M. D.

Greensburg

stüttzung erforderlich
Es wird um sofortige

Anhang zur Wahlbekanntmachung

A color calibration chart (Munsell Color Services Lab) with 24 color patches arranged in a 4x6 grid. The patches include primary and secondary colors, skin tones, and a grayscale. Below the patches is a ruler in inches and centimeters, and the text "B.I.G. Farbkarte #13".



Kreisarchiv Stormarn B2

Wer das Wählerverzeichnis für unrichtig oder unvollständig hält, kann bis zum 24. Juli 1949, 18 Uhr, beim Gemeindevorstand oder dem hierfür von ihm Beauftragten einen Einspruch gegen das Wählerverzeichnis erheben.

Der Einspruch kann darauf gerichtet sein, daß der Antragsteller

a) eine Eintragung in das Wählerverzeichnis bezweckt (Anspruch),

b) behauptet, daß ein anderer zu Unrecht im Wählerverzeichnis aufgeführt ist (Einwendung).

Die Einsprüche sind dem Gemeindevorstand schriftlich anzugeben oder bei ihm zur Niederschrift zu geben.

Die Einsichtnahme in das Wählerverzeichnis liegt in jedermanns Interesse, da das Wählerverzeichnis die maßgebende Grundlage für die Wahl bildet.

Ort, den 1949.

(Dienststempel)

(Unterschrift des Wahlleiters oder seines Beauftragten)

(Dienststellung)

BW 3 — Bekanntmachung über Auslegung des Wählerzeichens — 1. Bundeswahl (§ 16 BVO.)
S. N. DO 243. 1303/10 200. 6. 48. Kl. A.

Im Auftrag

57

8

Bad Oldesloe, den 30. September 1949

- v. Mücke - D./K.

An die Stadtverwaltung
in Ahrensburg

In der Unterstützungssache Hellmuth von Mücke in Ahrensburg wird mitgeteilt, dass für die Monate September und Oktober vorläufig Unterstützung in der bisherigen Höhe zu zahlen ist. V. Mücke ist darauf aufmerksam zu machen, dass eine grundsätzliche Regelung dieser Frage bei der Landesregierung angestrebt wurde. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird die Rente auf die Unterstützung angerechnet werden müssen.

Im Auftrage:

Bekanntmachung

**über die Auslegung des Wählerverzeichnisses für die Wahl
zum ersten Bundestag am 14. August 1949
in der Gemeinde**

Das Wählerverzeichnis für die am 14. August 1949 stattfindende Wahl zum ersten Bundestag liegt in der Zeit

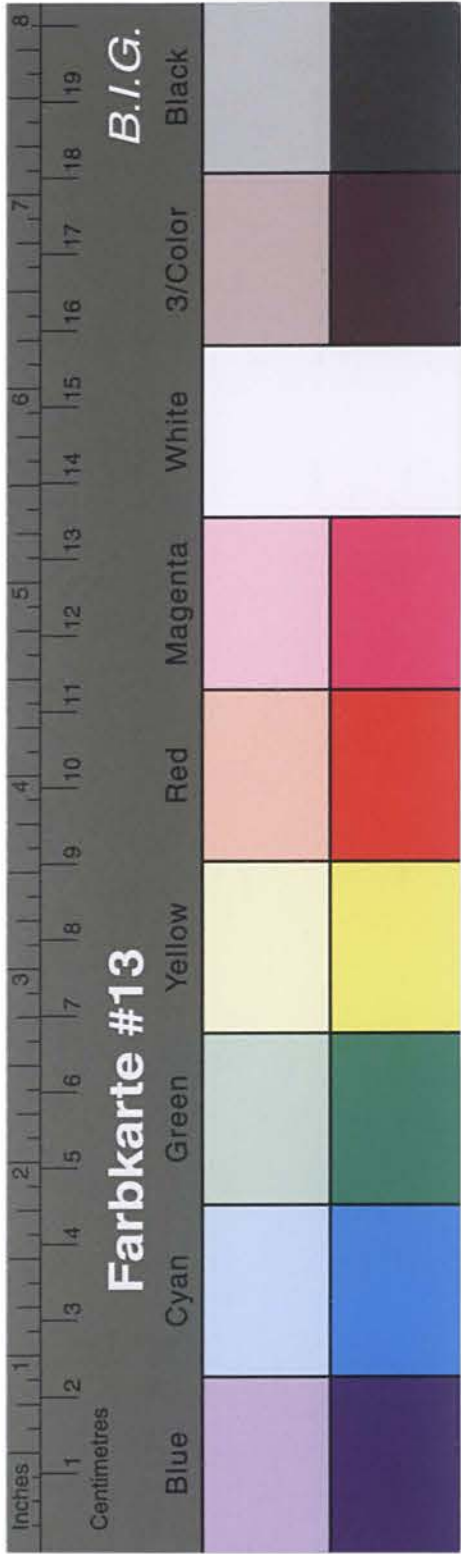
vom 18. Juli bis 24. Juli 1949
an nachstehender Stelle
zu folgenden Tageszeiten

zur öffentlichen Einsichtnahme aus.

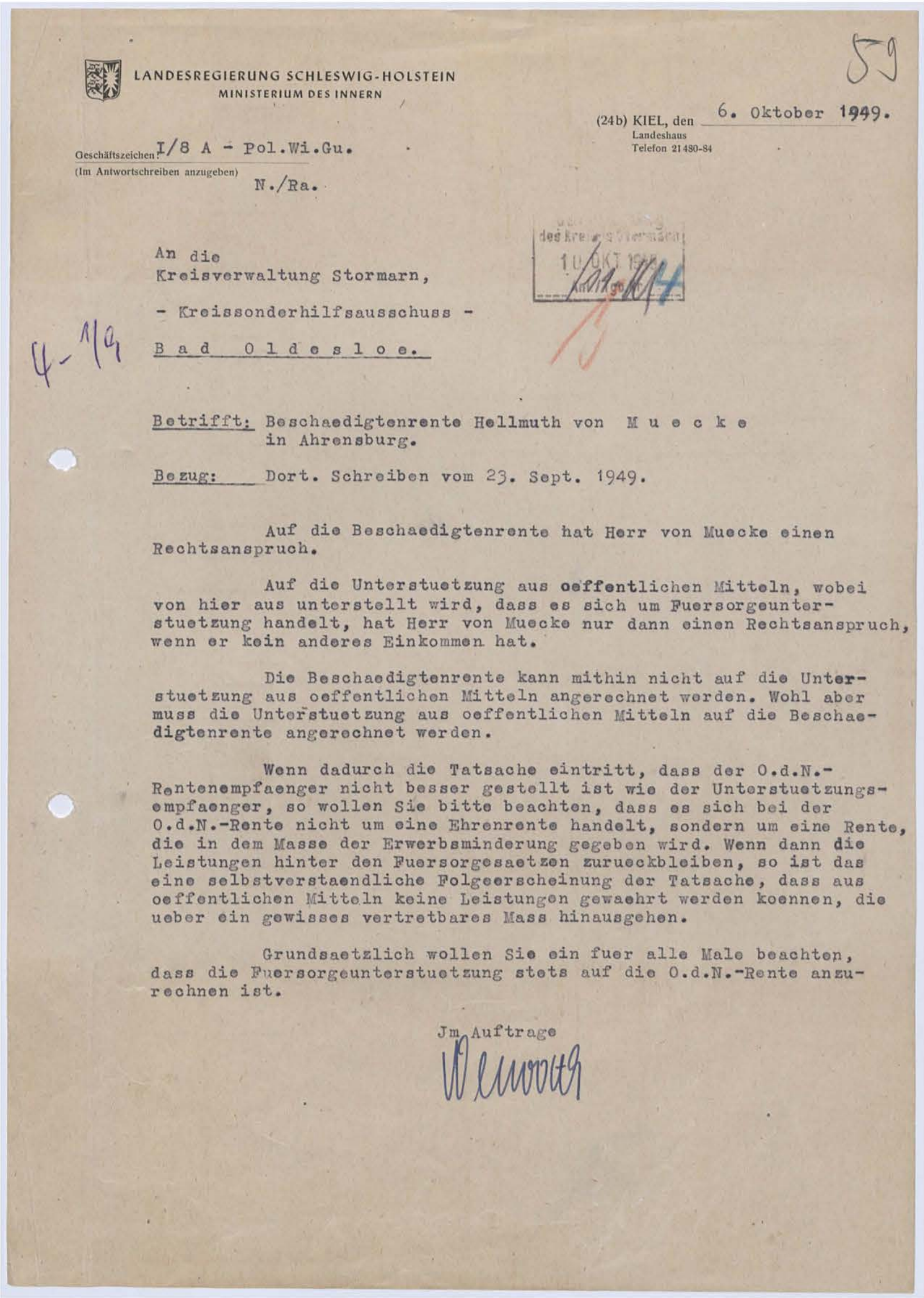
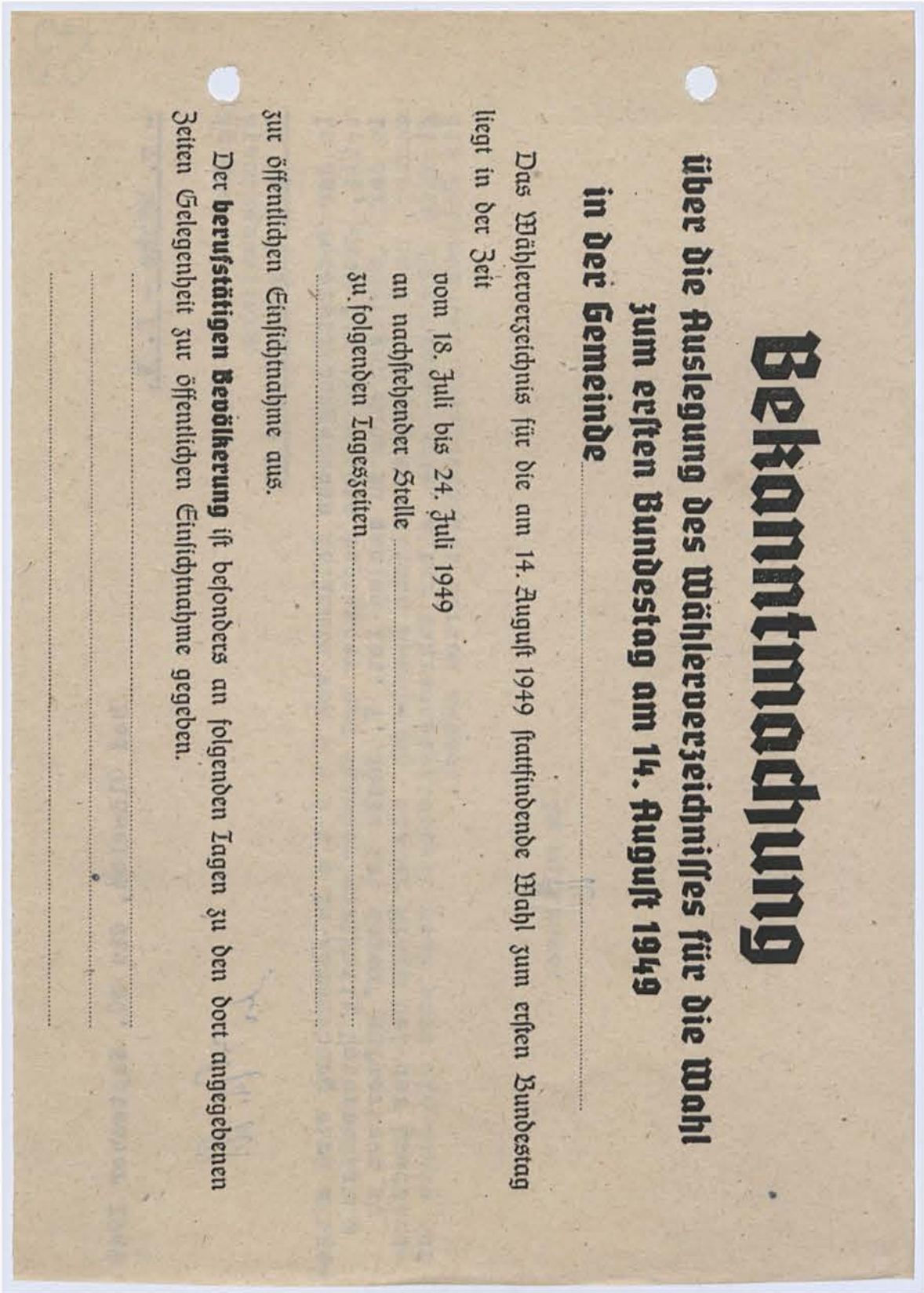
Der **berufstätigen Bevölkerung** ist besonders an folgenden Tagen zu den dort angegebenen Zeiten Gelegenheit zur öffentlichen Einsichtnahme gegeben.

Kreisarchiv Stormarn B2





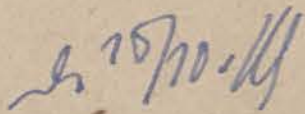
Kreisarchiv Stormarn B2



60

Bad Oldesloe, den 14. Oktober 1949

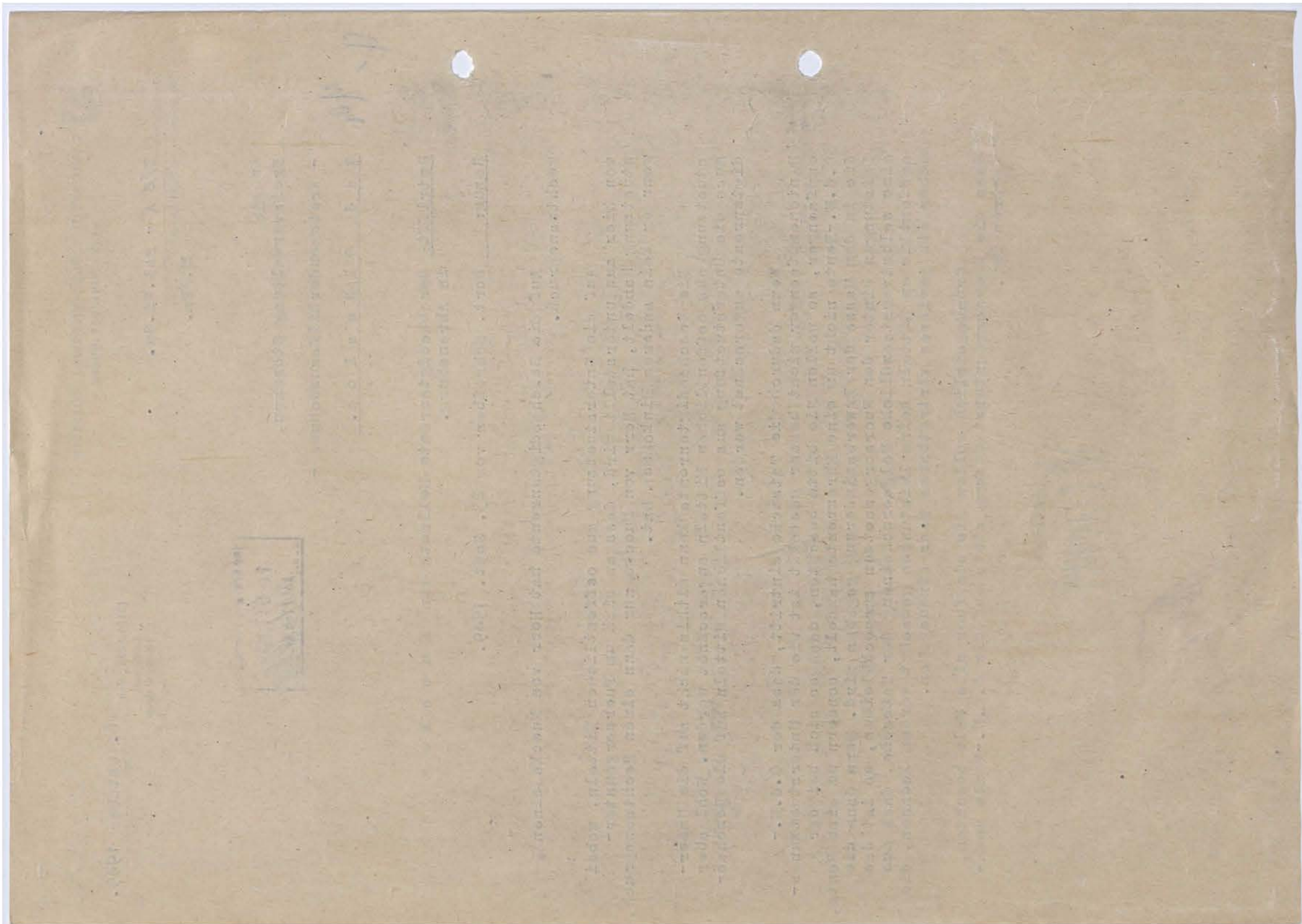
An die
Stadtverwaltung
in Ahrensburg



In der Unterstützungssache Hellmuth von Mücke und Erna Stab in Ahrensburg hat die Landesregierung - Ministerium des Innern - hierher mitgeteilt, dass ein Rechtsanspruch auf die Beschädigtenrente besteht. Auf die Unterstützung aus öffentlichen Mitteln haben v. Mücke und Frau Stab nur einen Rechtsanspruch, wenn kein anderes Einkommen vorhanden ist.

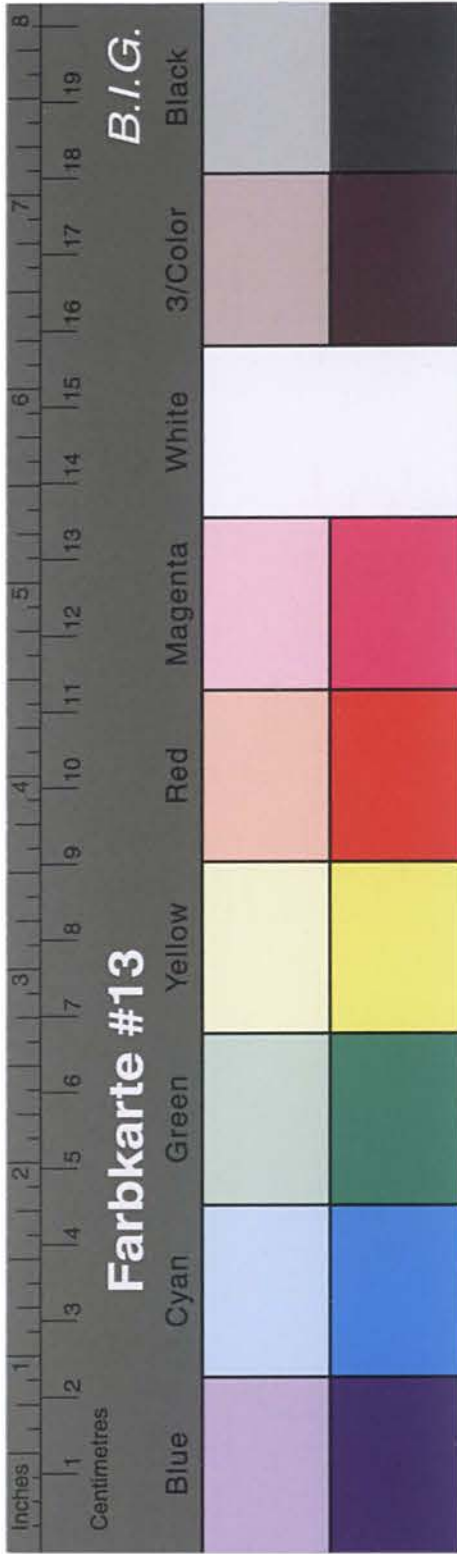
Die Beschädigtenrente kann mithin nicht auf die Unterstützung aus öffentlichen Mitteln angerechnet werden, wohl aber muss die Unterstützung aus öffentlichen Mitteln auf die Beschädigtenrente angerechnet werden. Dieses kann jedoch nur für die rückliegende Zeit infrage kommen. Wenn dadurch die Tatsache eintritt, dass der OdN.-Rentenempfänger nicht besser gestellt ist, wie der Unterstützungsempfänger, so muss beachtet werden, dass es sich bei der OdN.-Rente nicht um eine Ehrenrente handelt, sondern um eine Rente, die in der Masse der Erwerbsminderung gegeben wird. Wenn die Leistungen der OdN.-Rente hinter den Fürsorgeeätzen zurück bleiben wie dieses in den Fällen v. Mücke und Frau Stab ist, so ist dass eine selbstverständliche Folgeerscheinung der Tatsache, dass aus öffentlichen Mitteln keine Leistungen gewährt werden können, über ein gewisses, nicht vertretbares Mass hinausgehen.

Ab sofort hat eine Neuberechnung der Unterstützung stattzufinden dergestalt, dass bei der Berechnung der Unterstützung die Rente als Einkommen anzusehen ist. Eine Unterstützung aus Kz.-Mitteln kann, nachdem die Rente festgesetzt ist, nicht mehr erfolgen. V. Mücke, wie auch Frau Stab sind

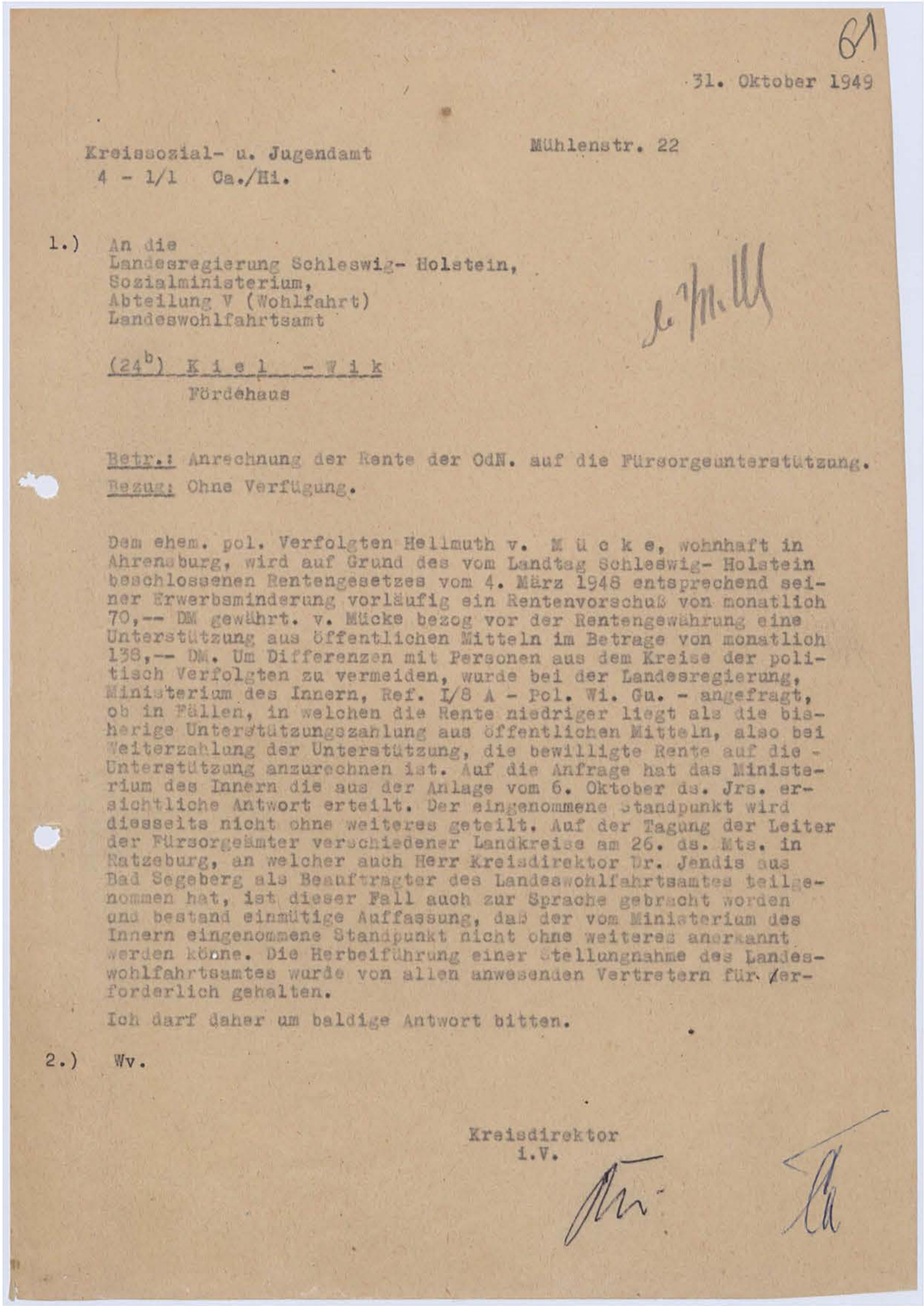
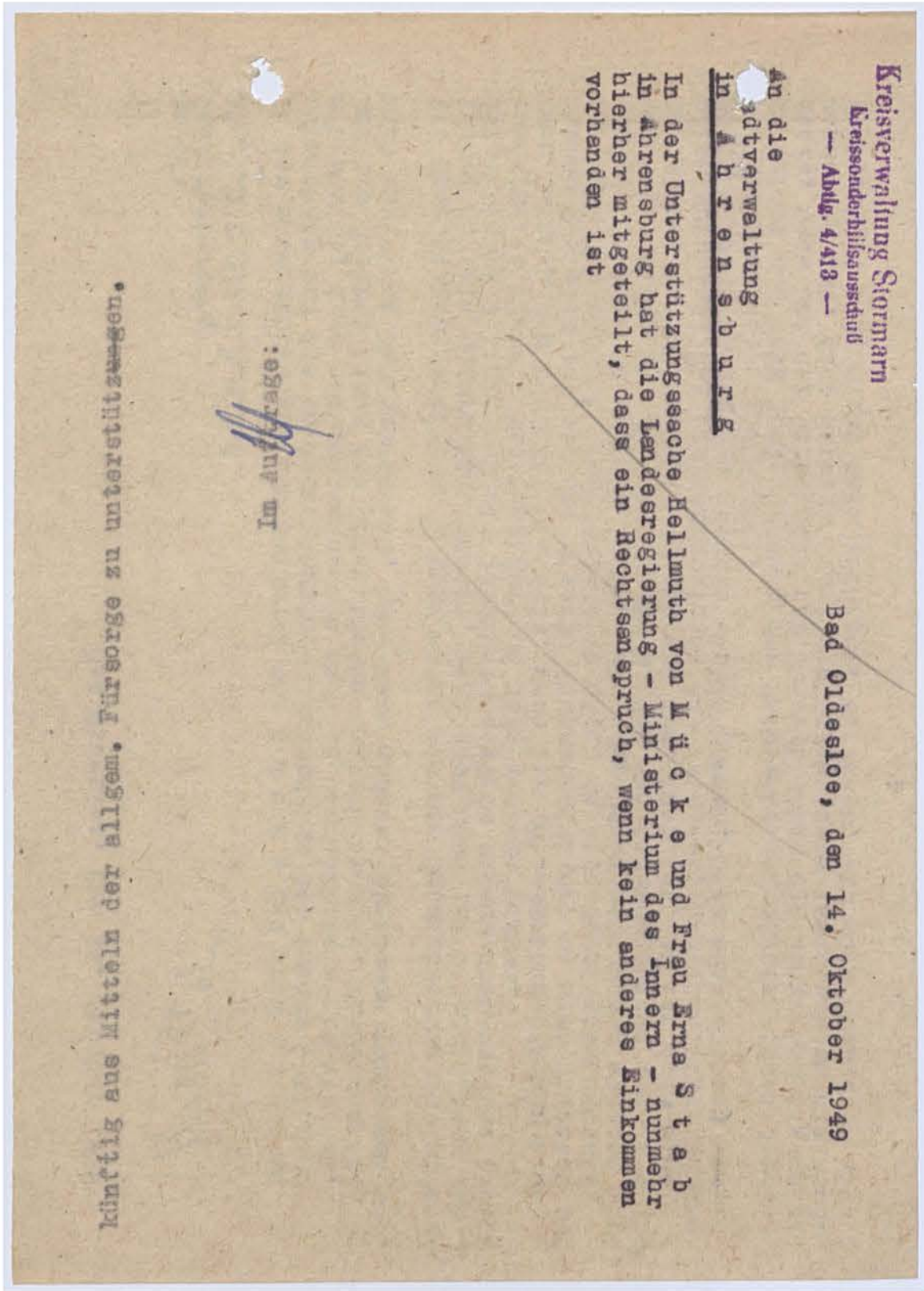


Kreisarchiv Stormarn B2

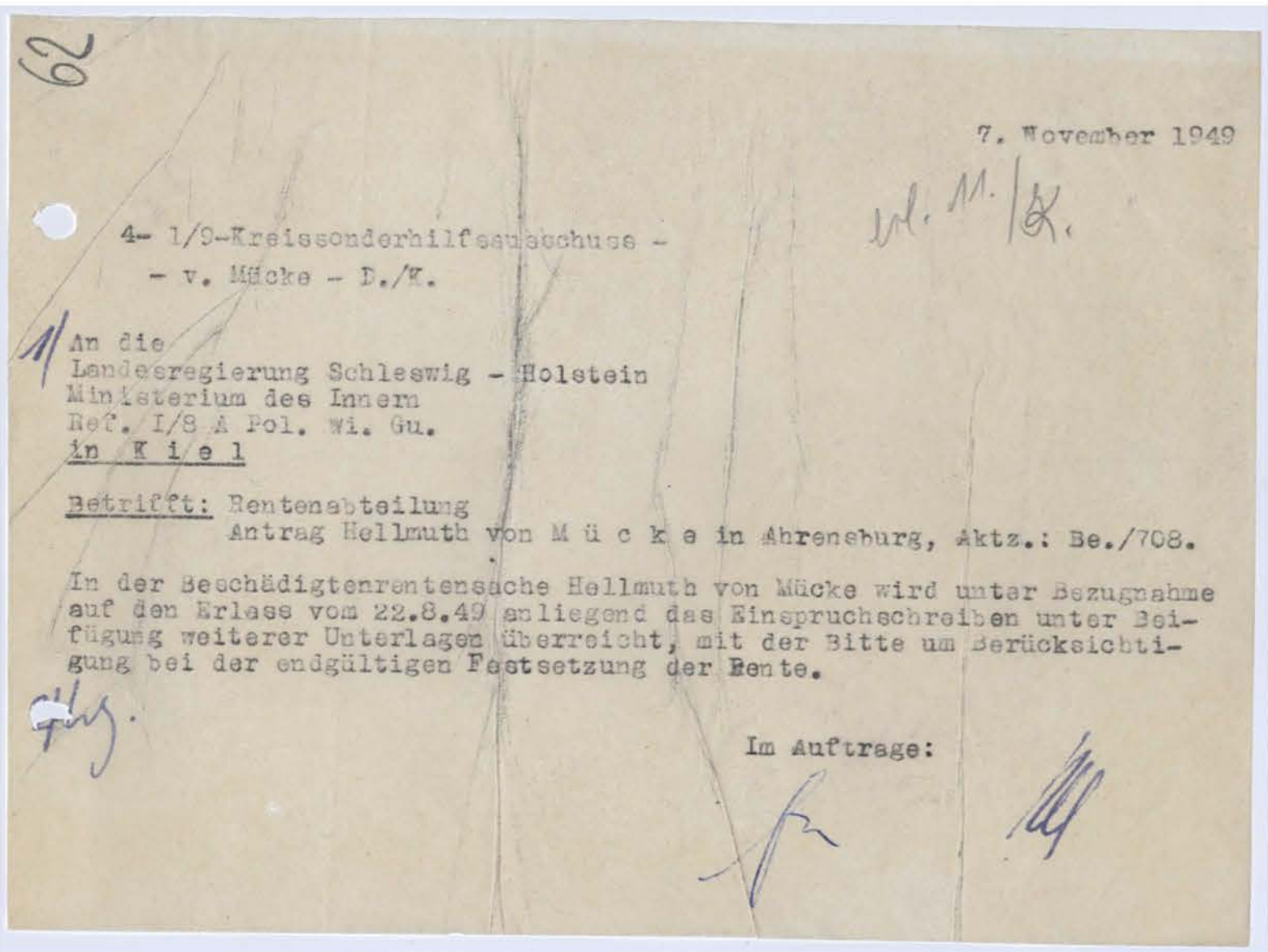
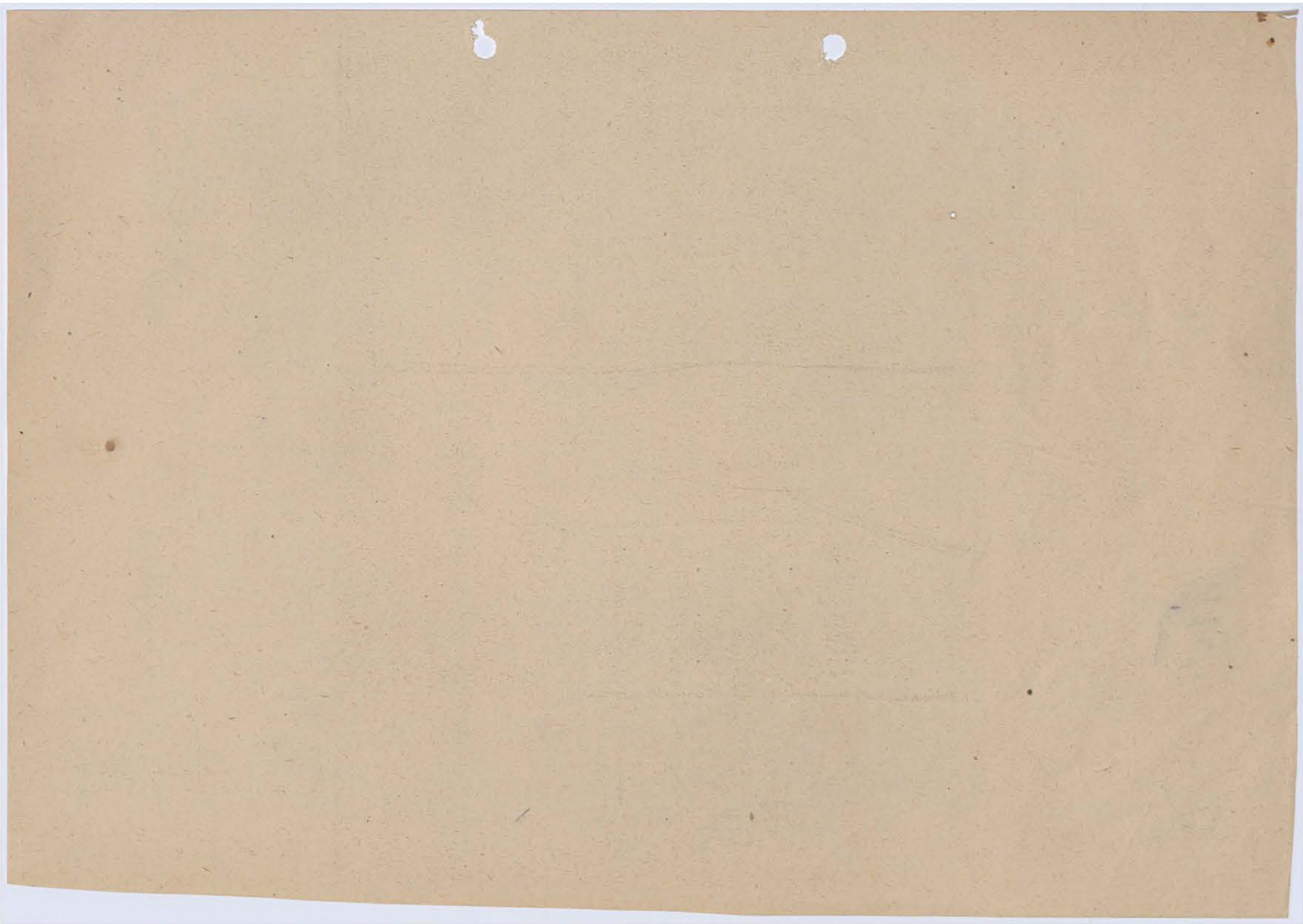




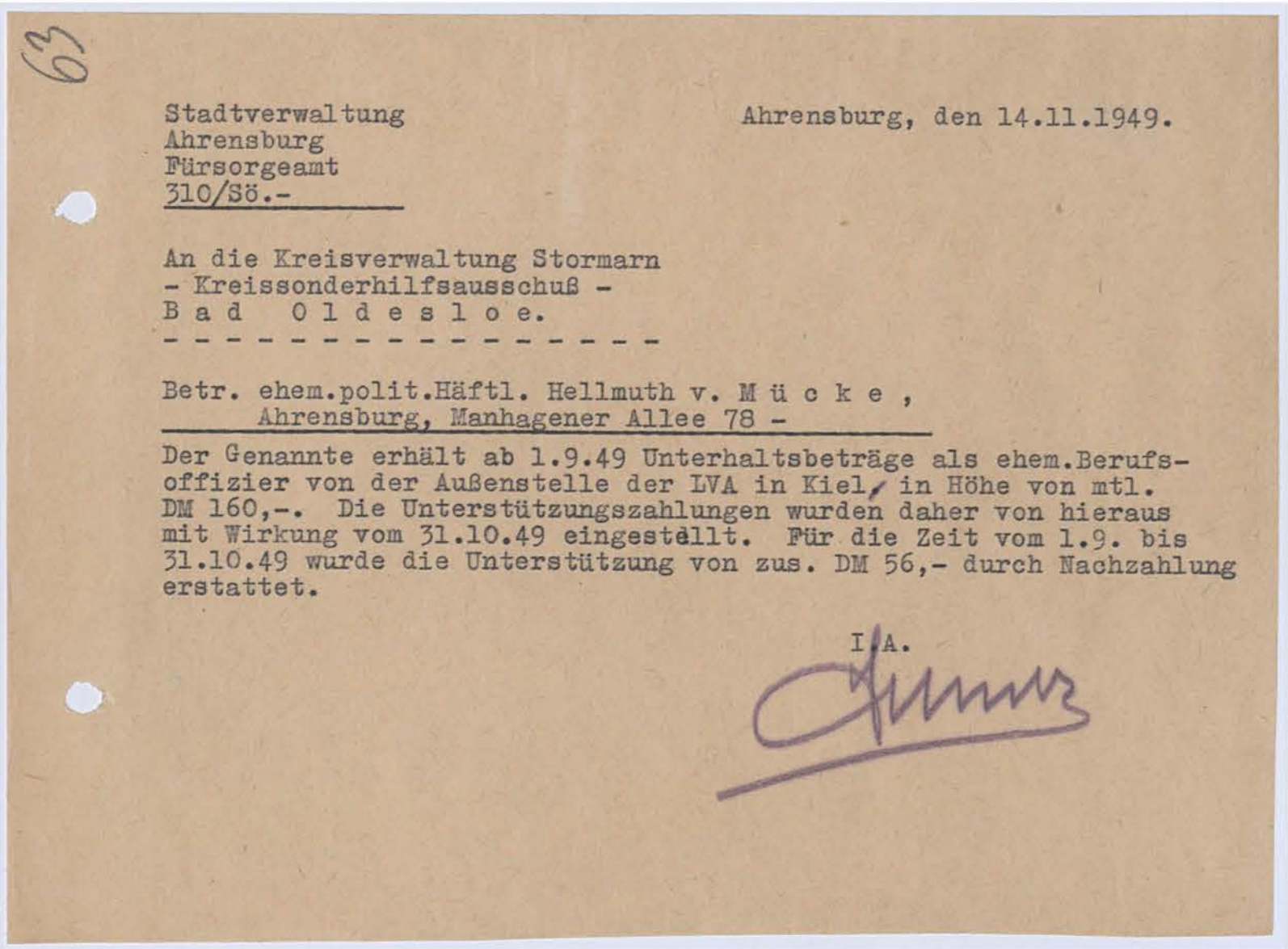
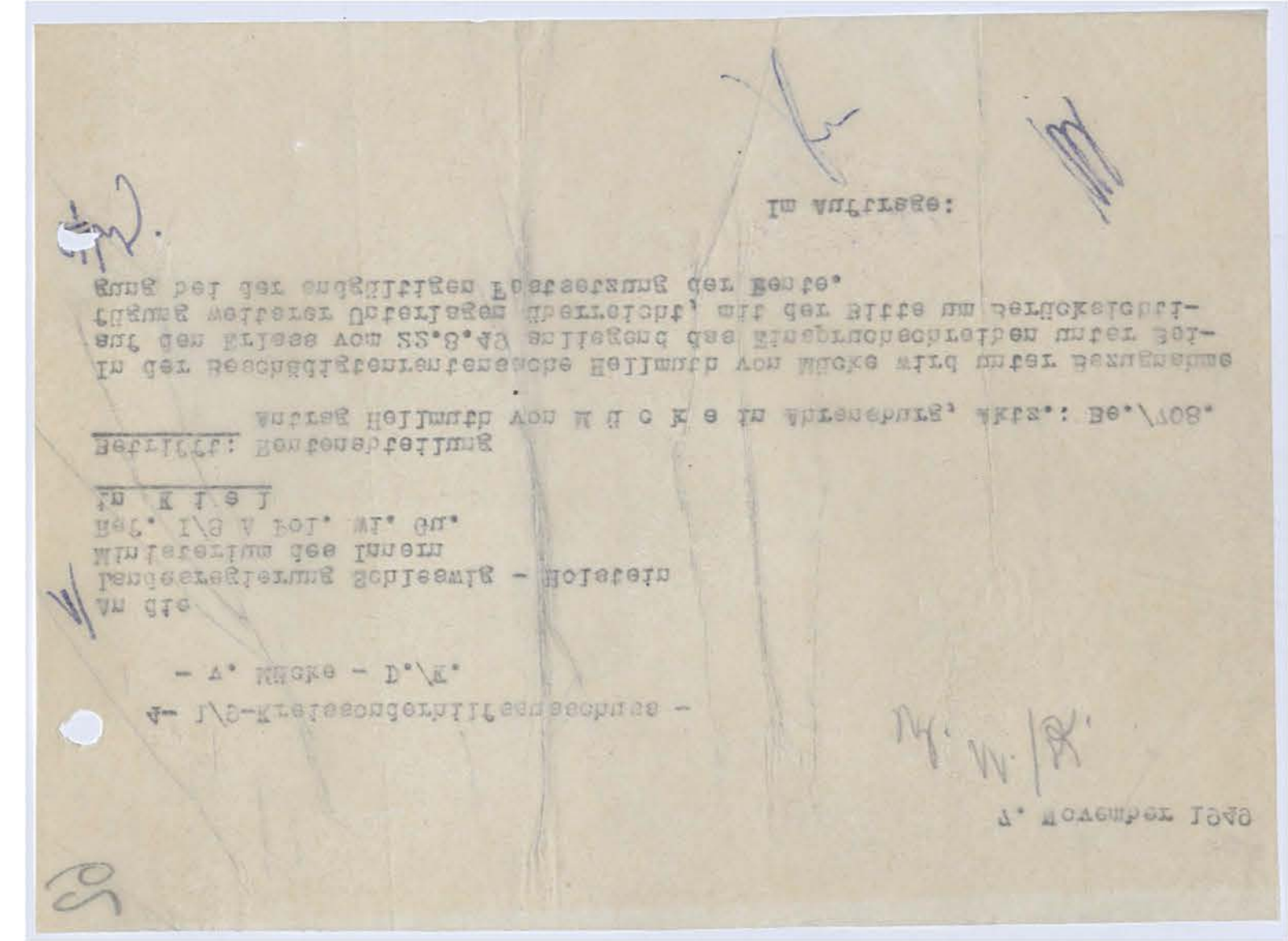
Kreisarchiv Stormarn B2

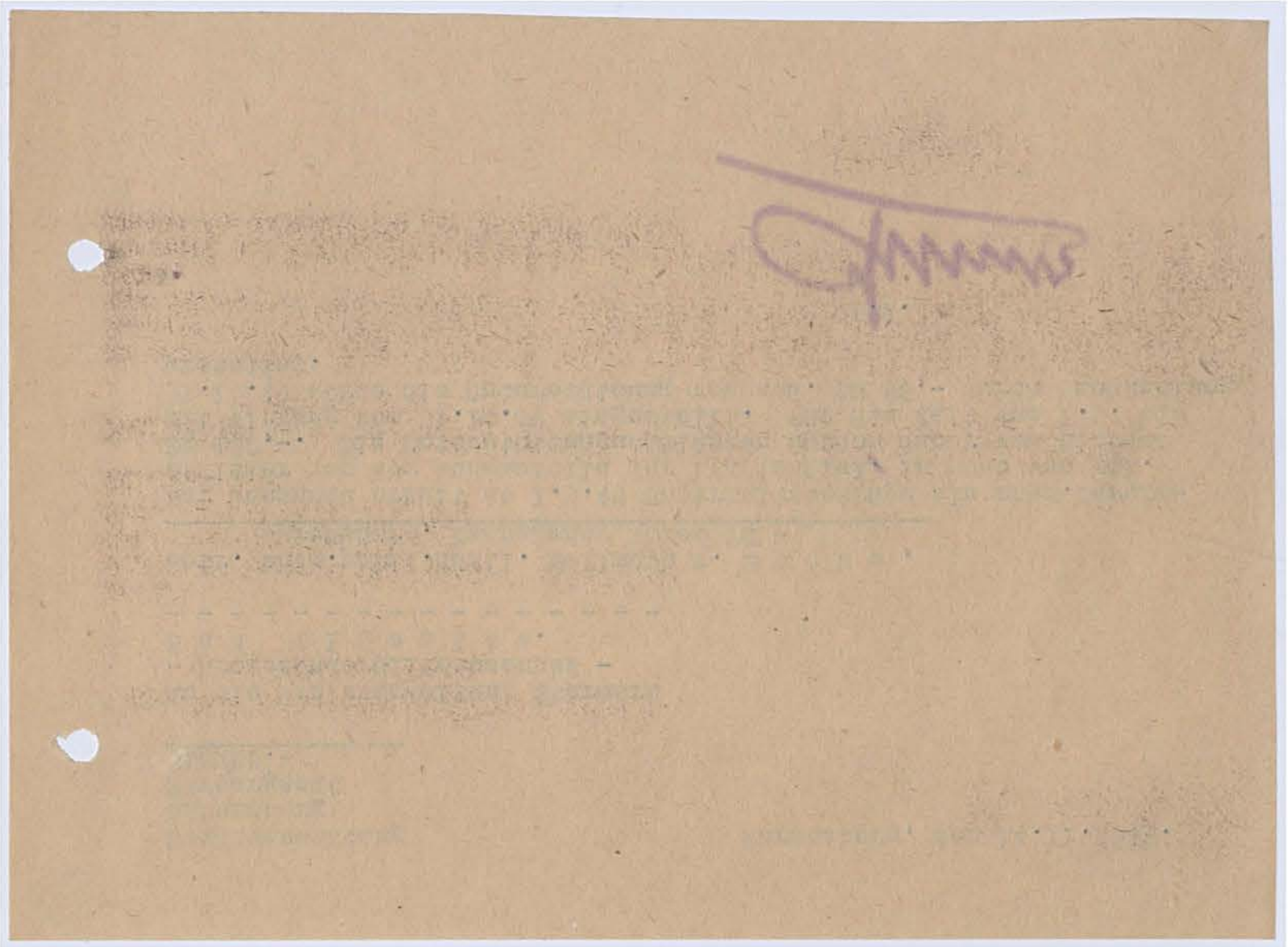
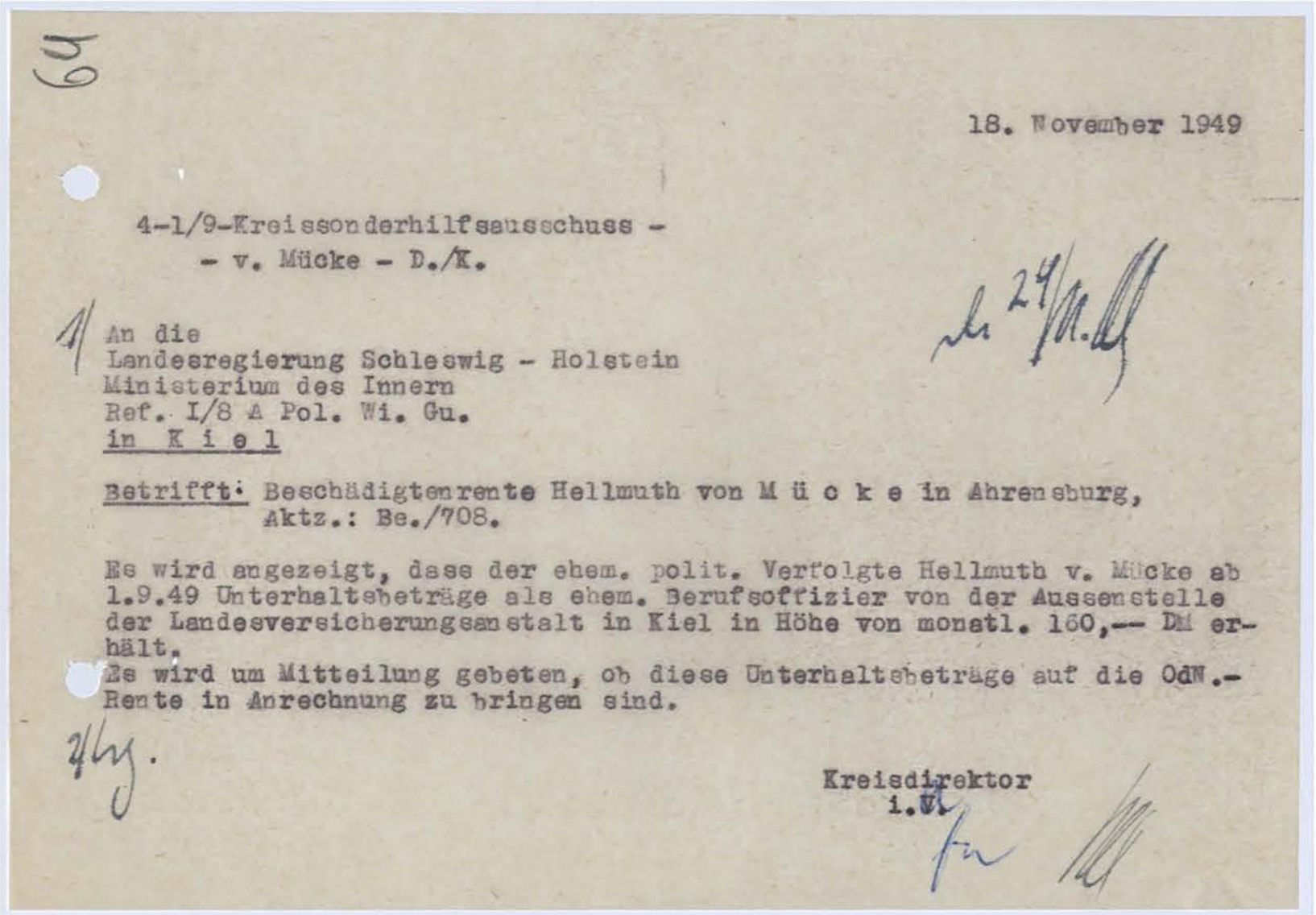


Kreisarchiv Stormarn B2



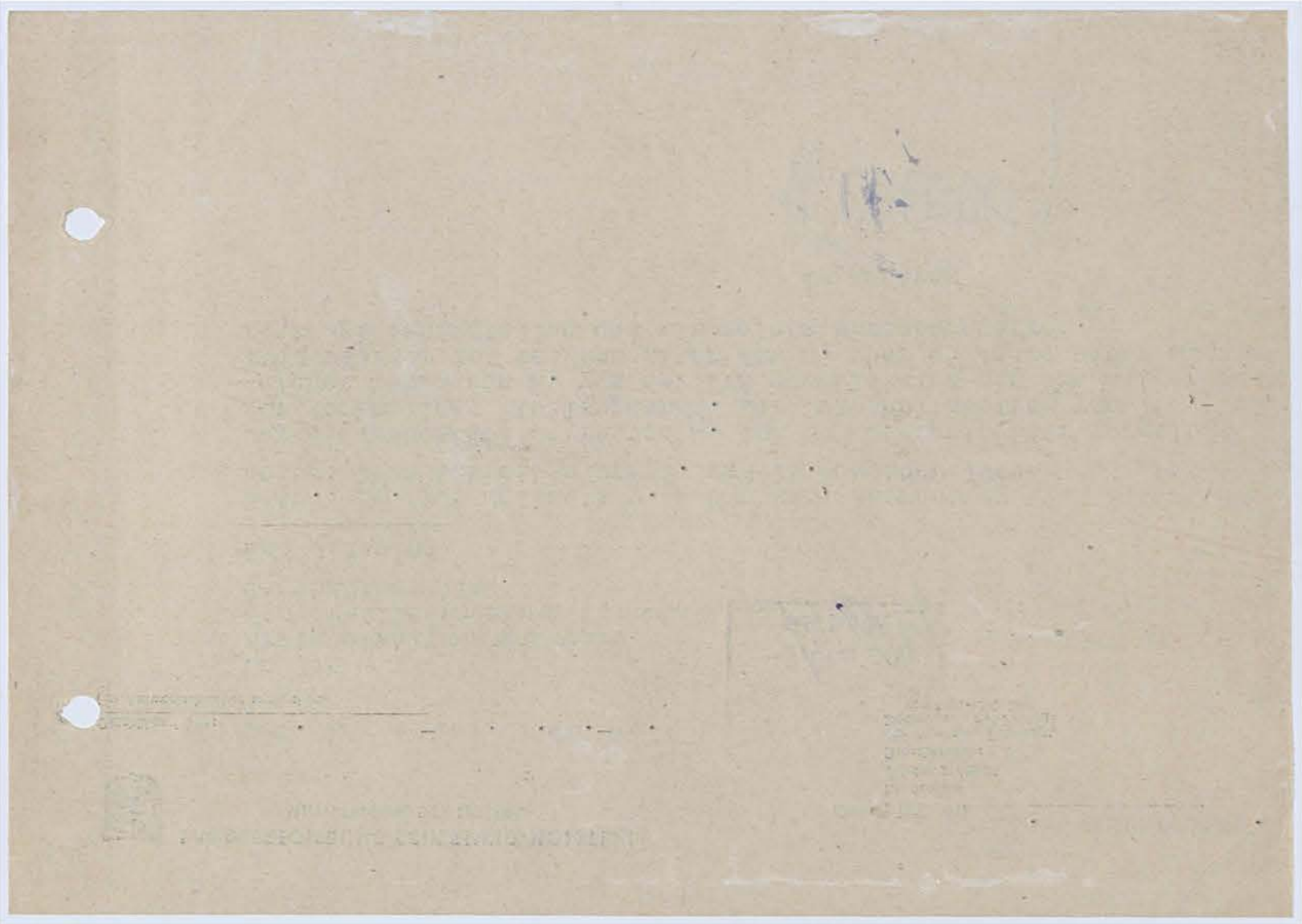
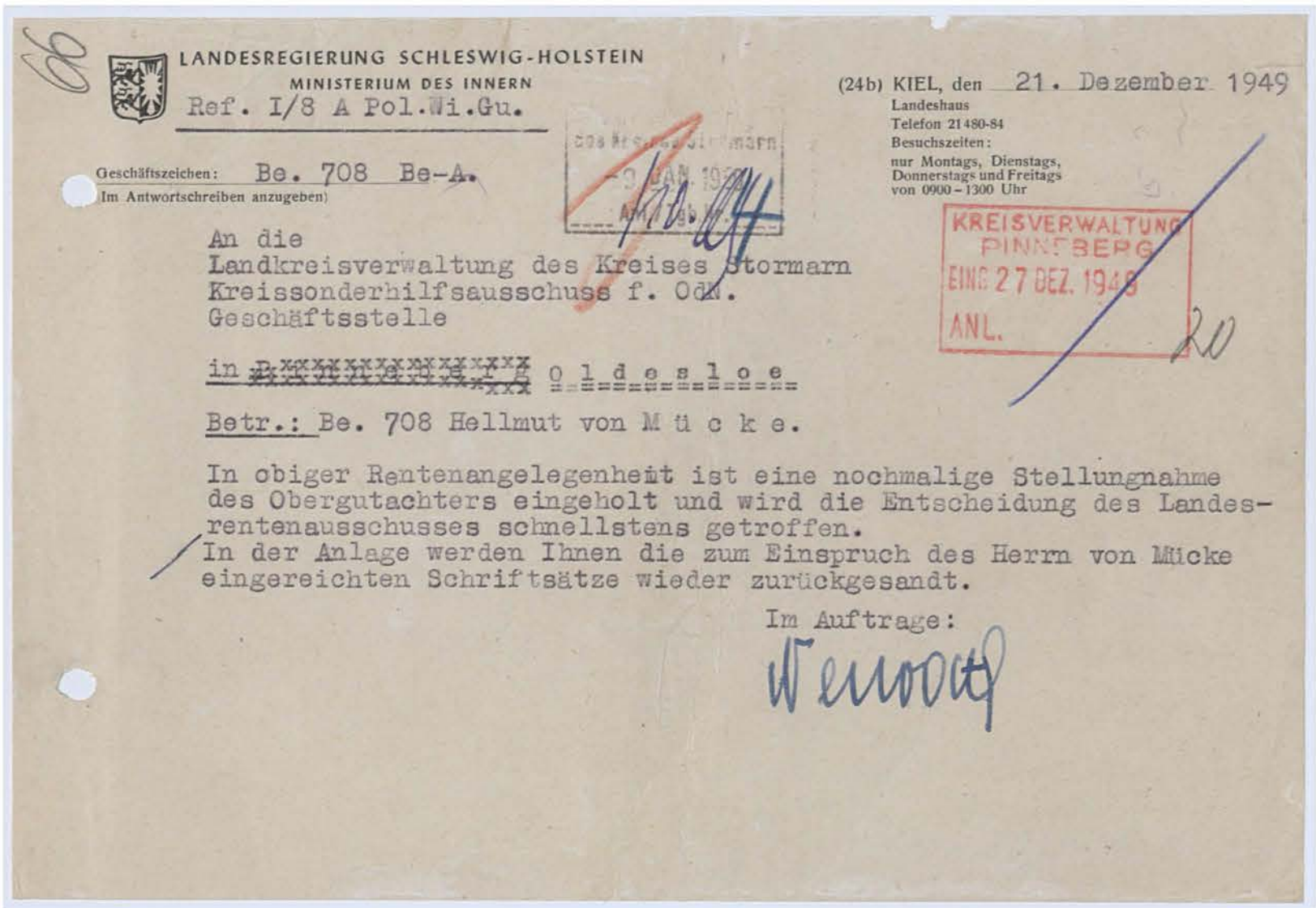
Kreisarchiv Stormarn B2





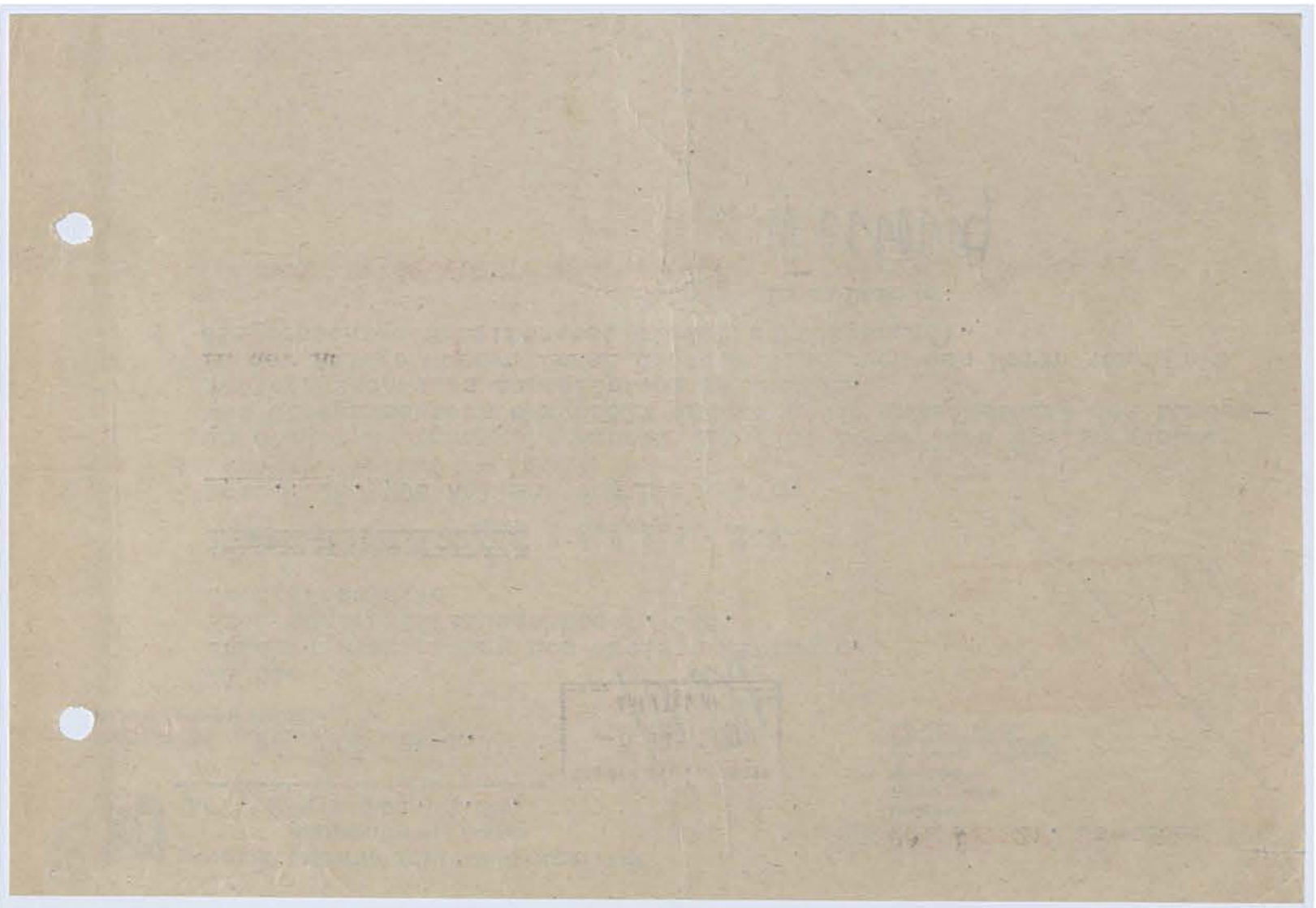
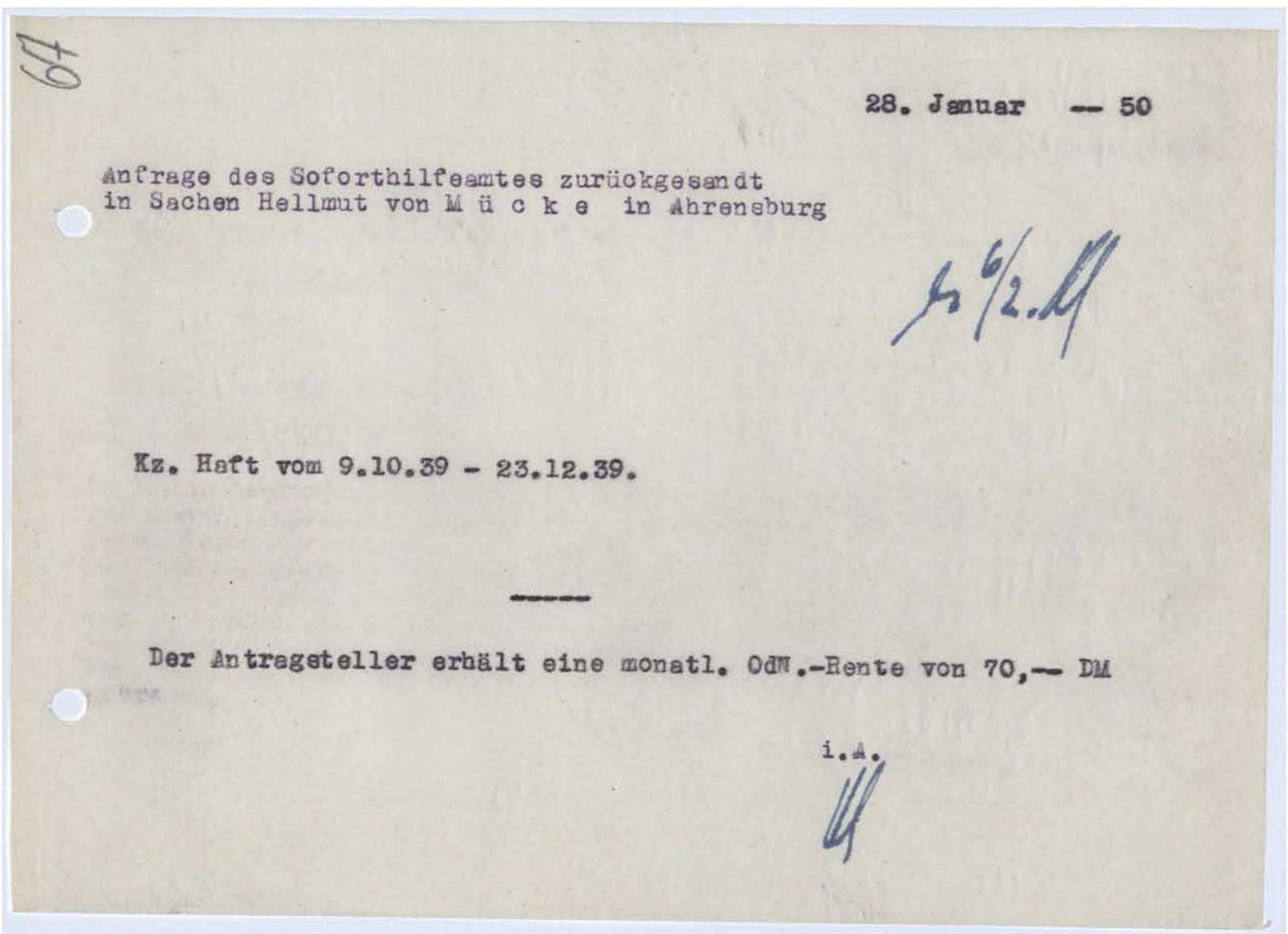
Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2

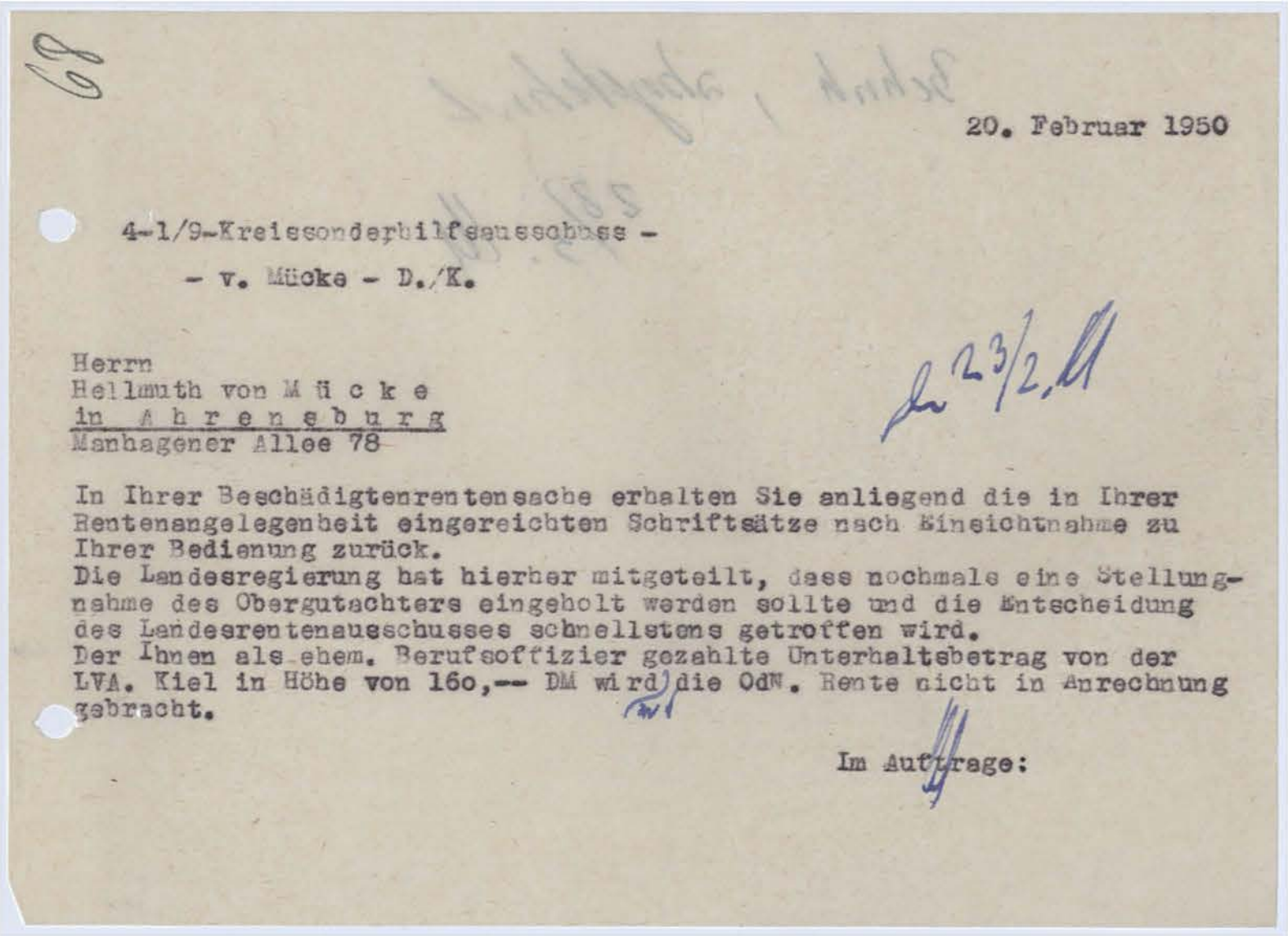
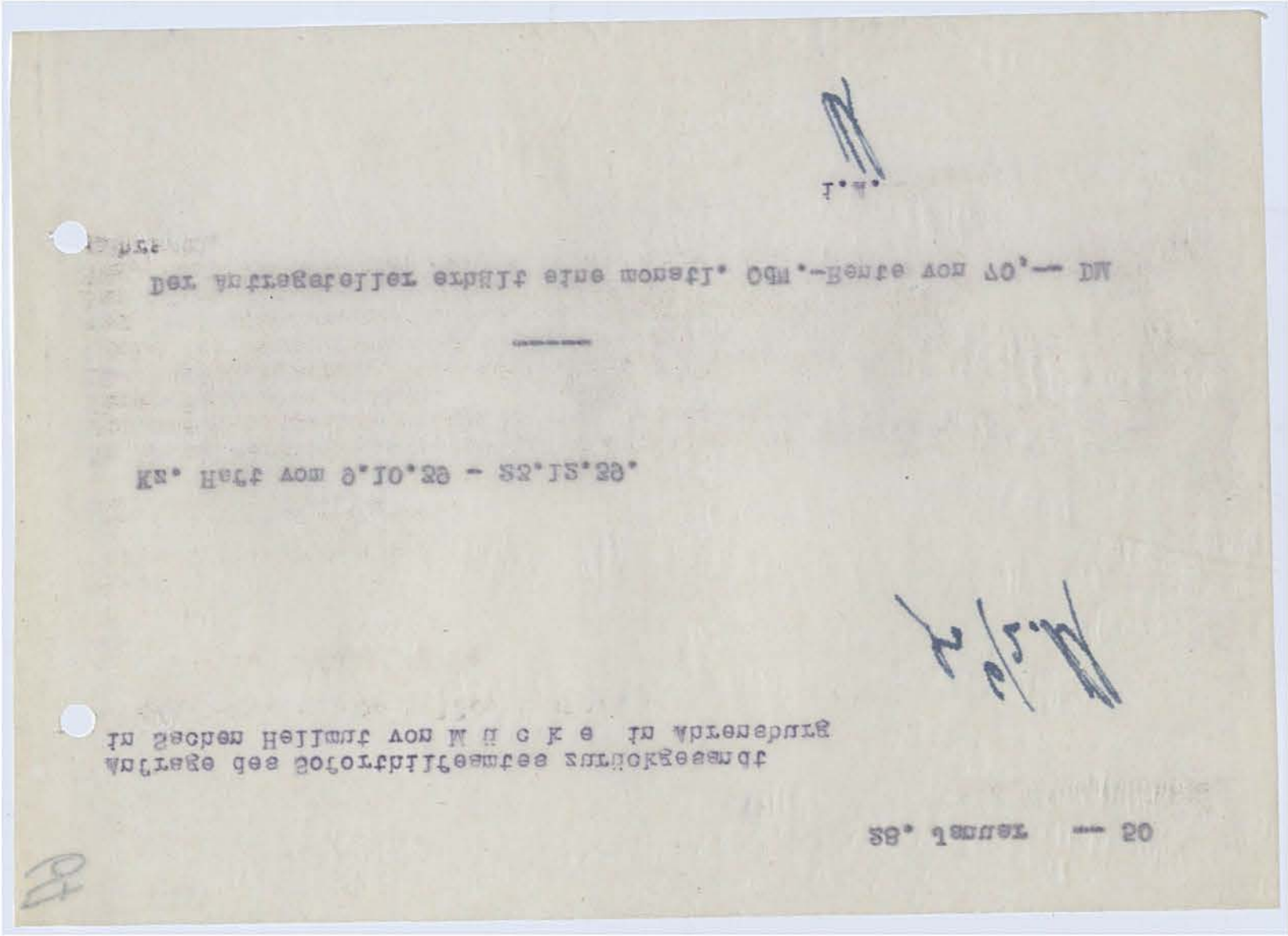


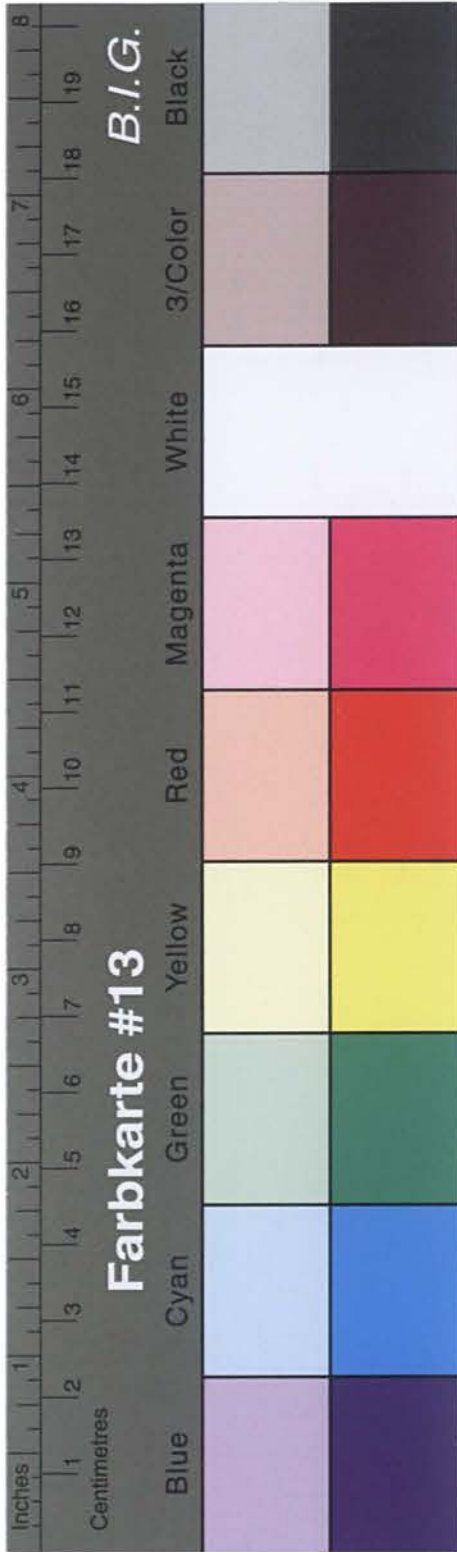


Kreisarchiv Stormarn B2

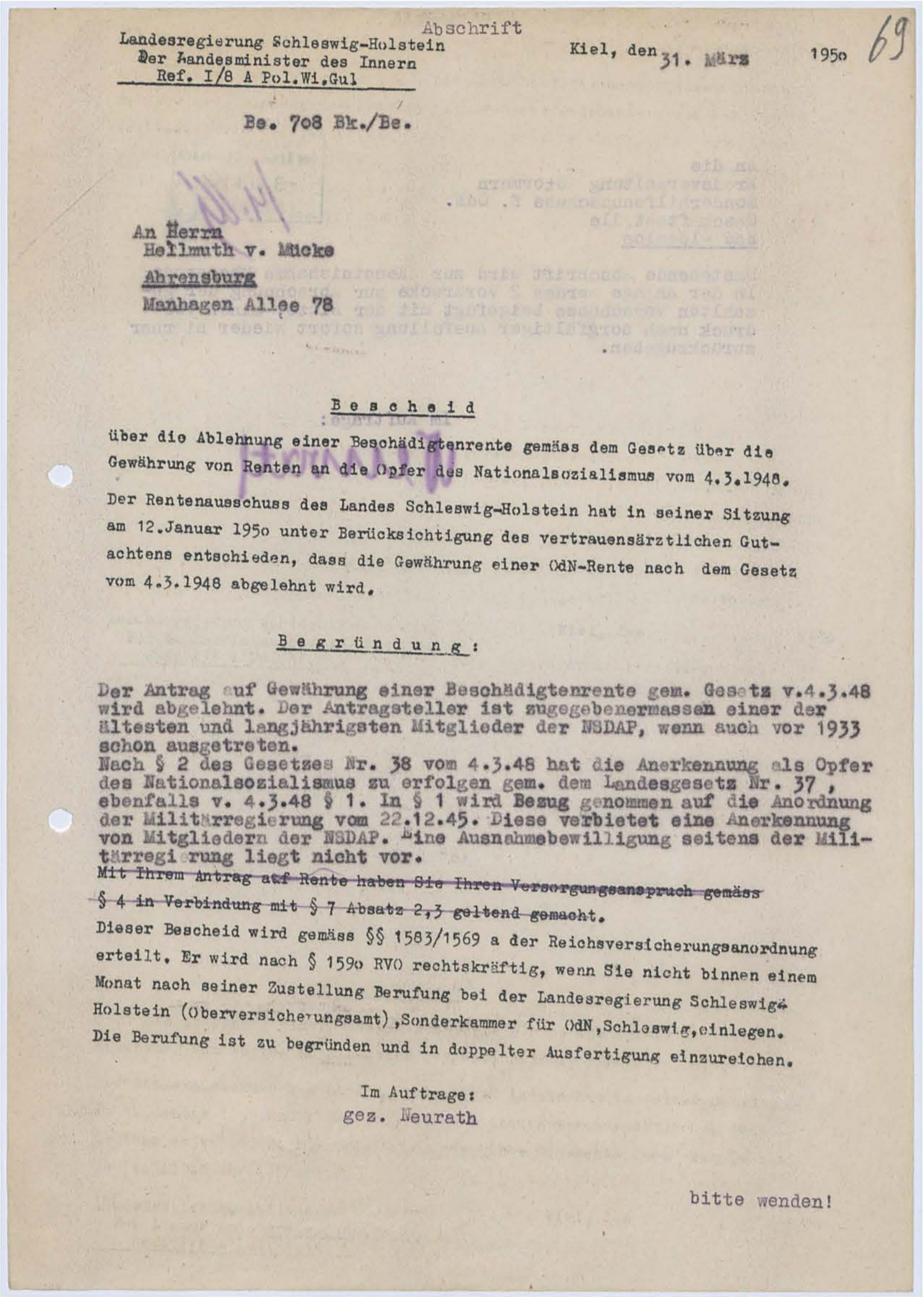
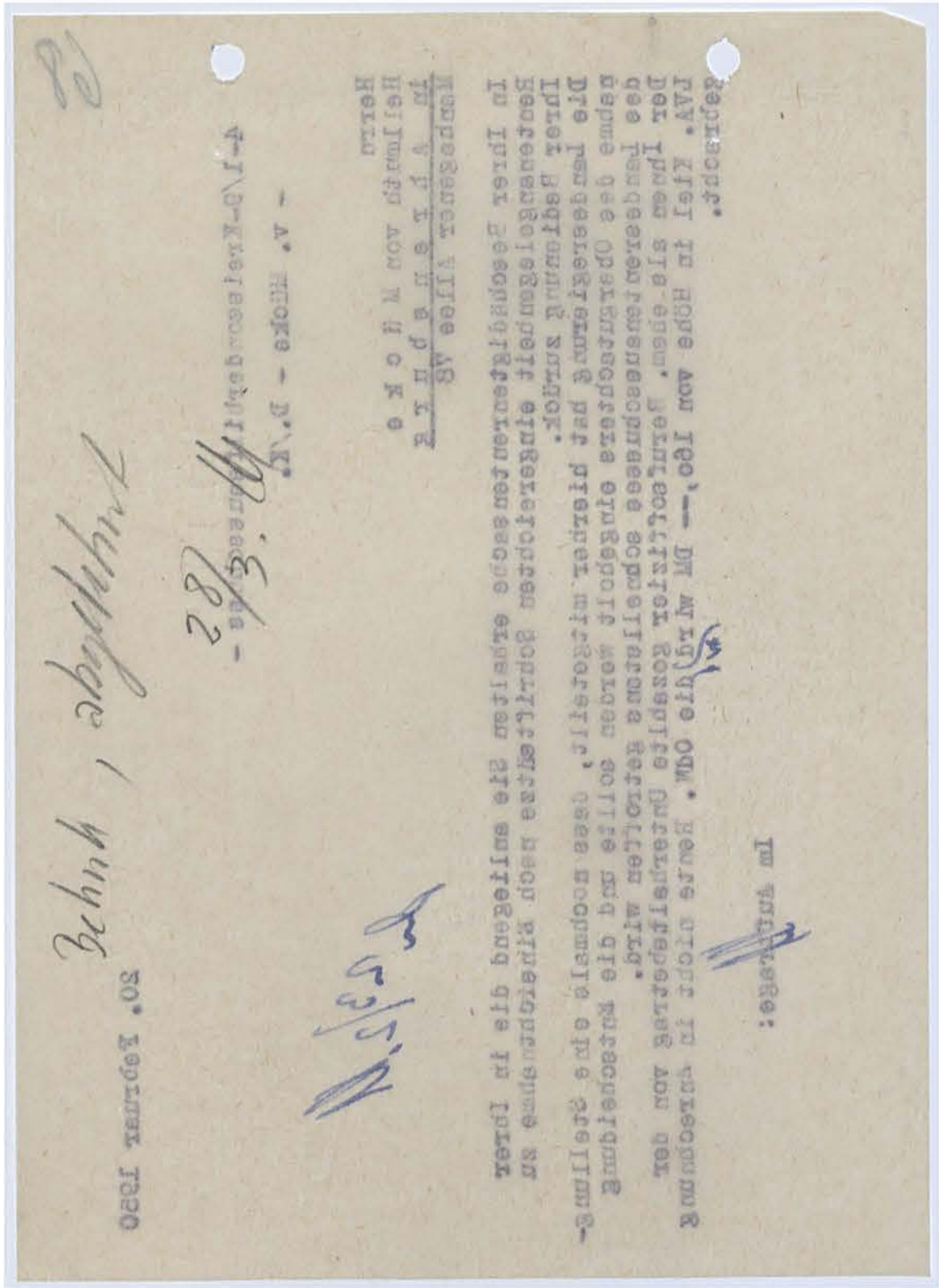


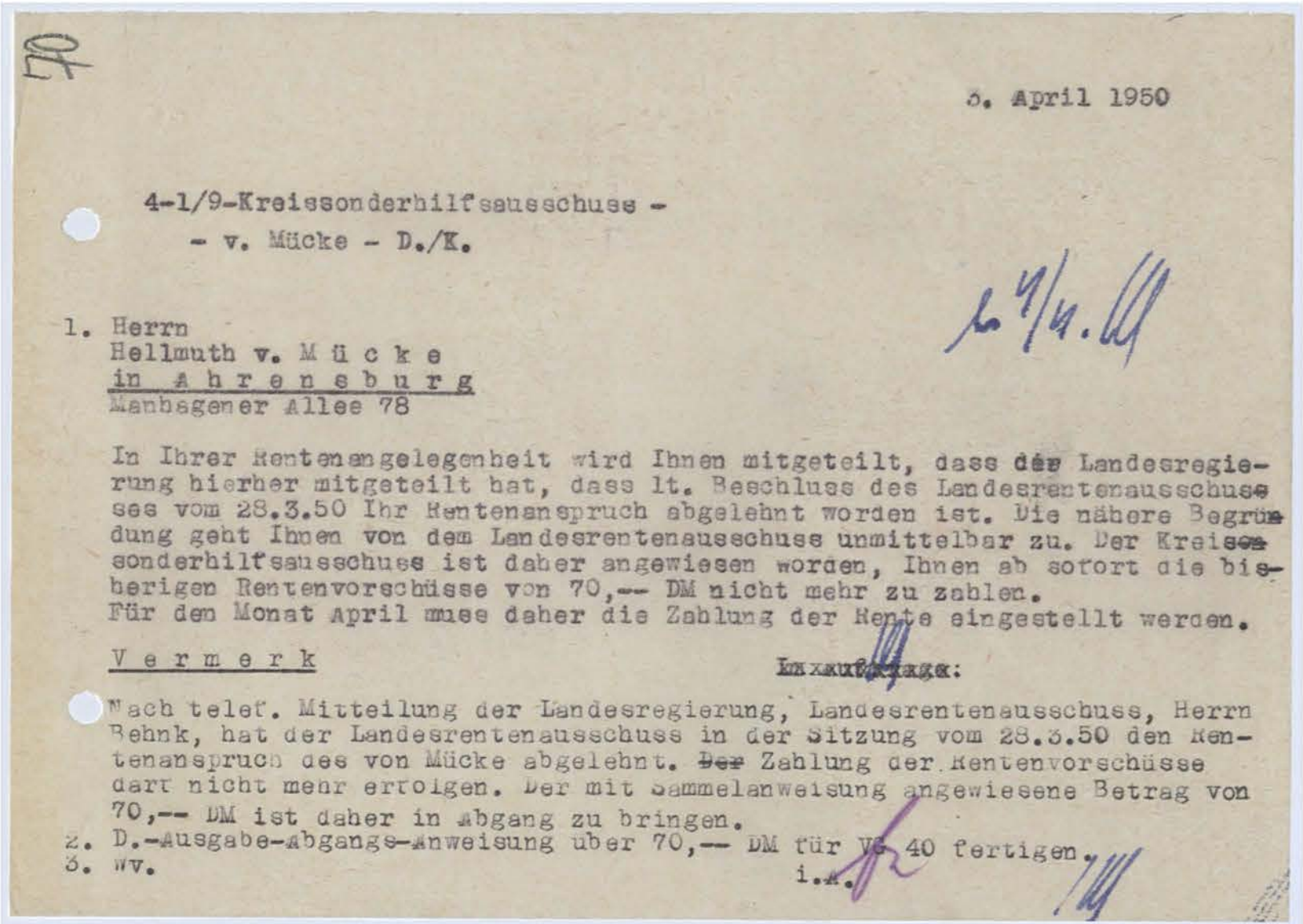
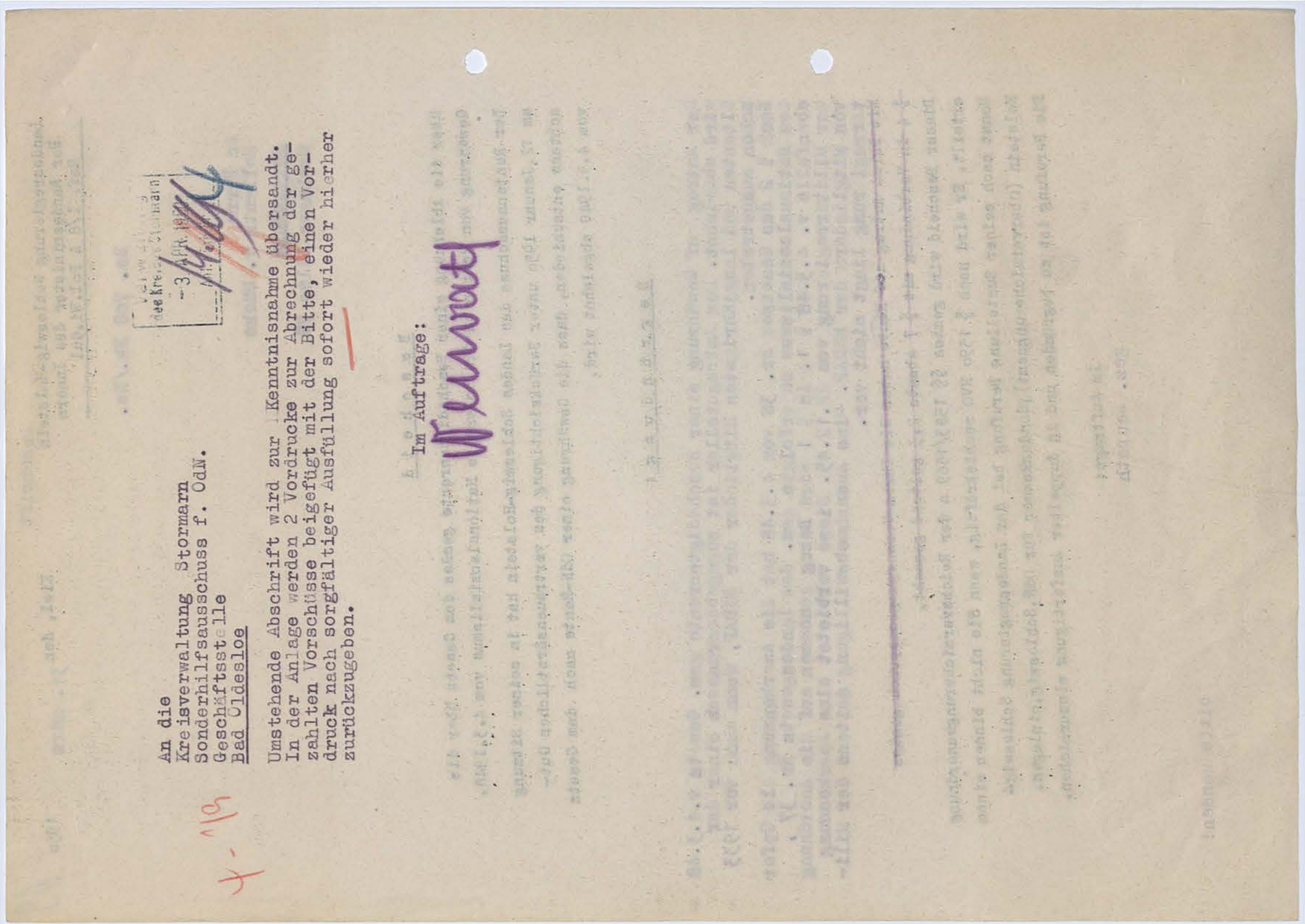
Kreisarchiv Stormarn B2

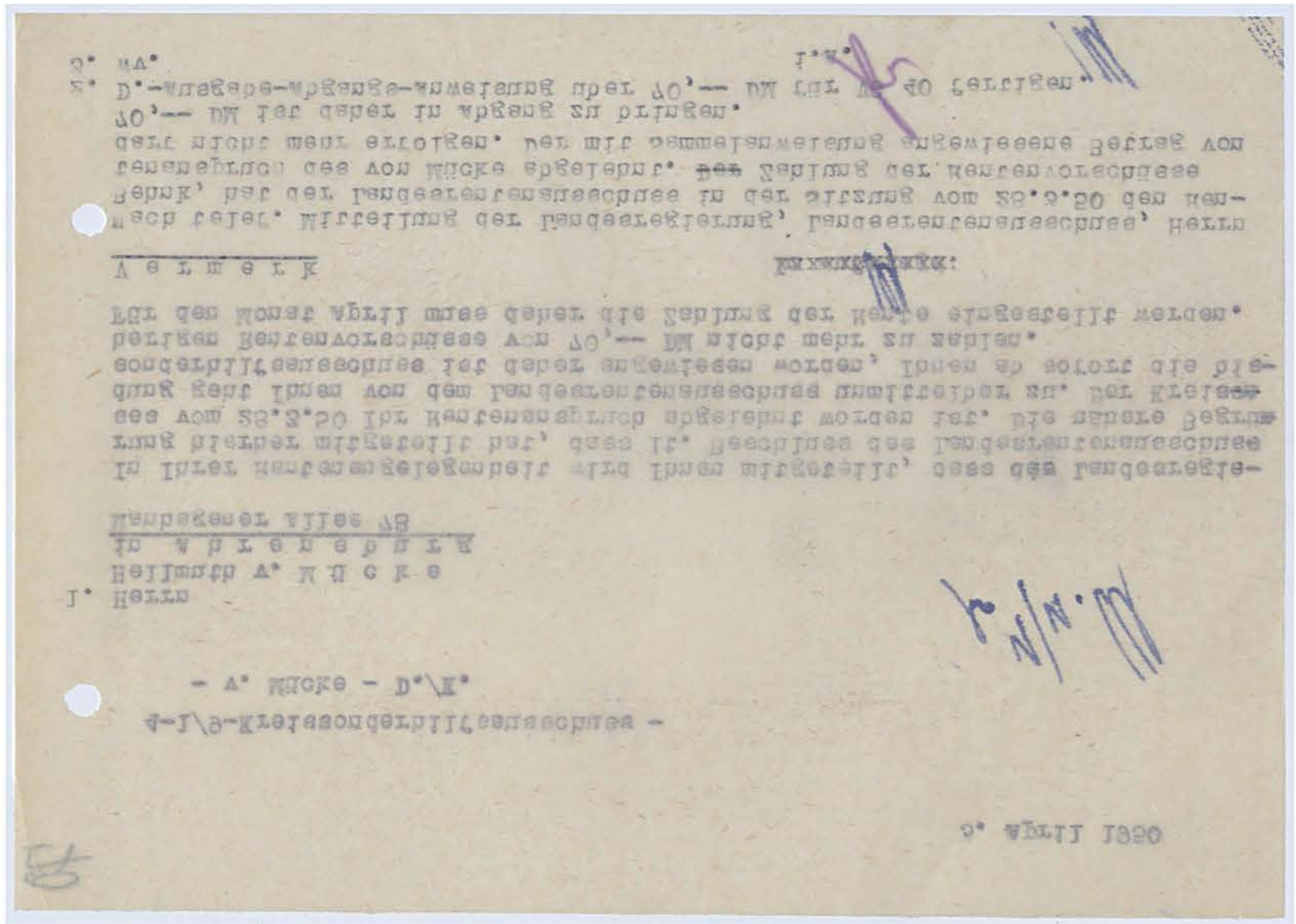
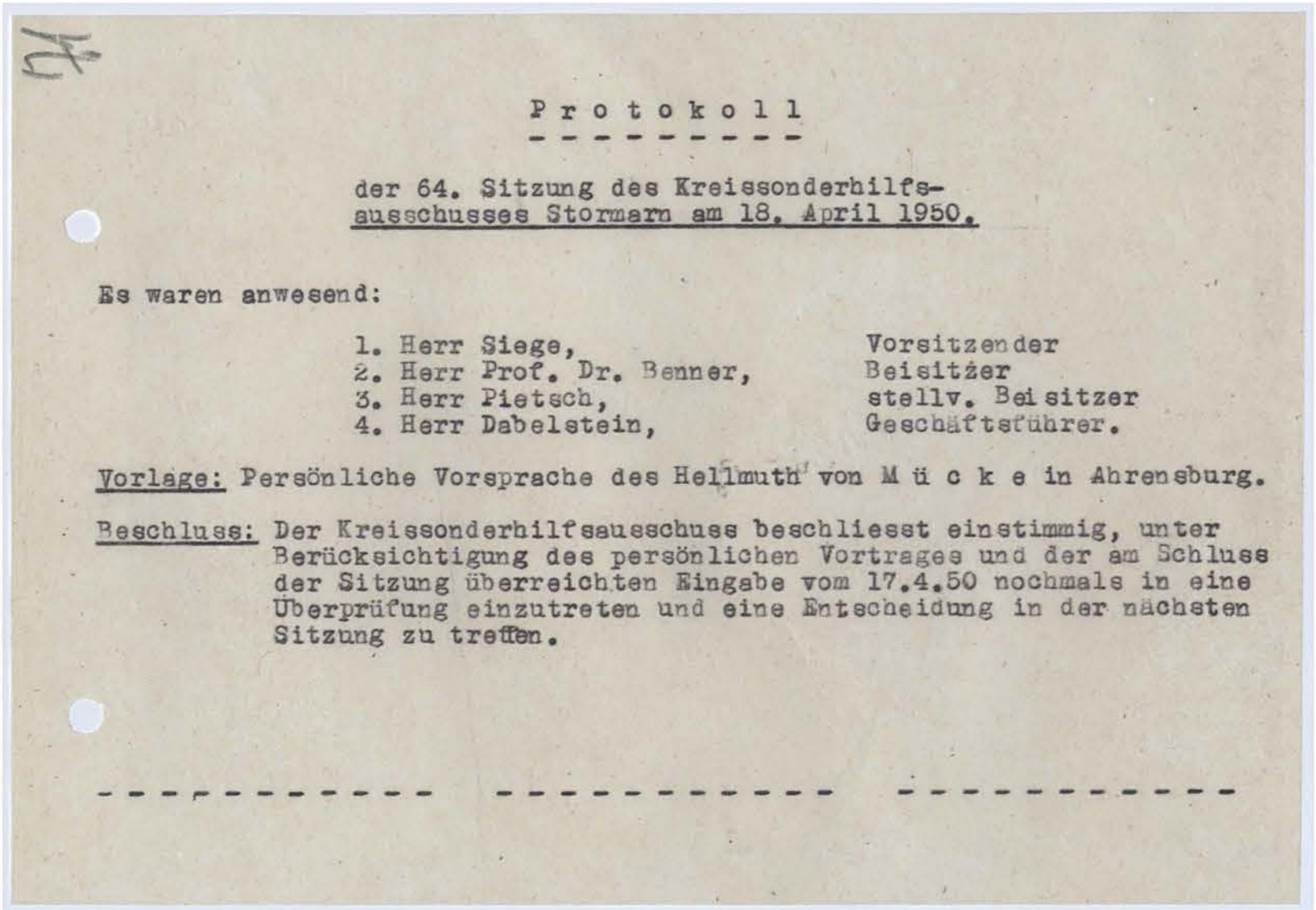




Kreisarchiv Stormarn B2







Kreisarchiv Stormarn B2



72

Abteilung 4
Kreissozial- u. Jugendamt

Bad Oldesloe, den 22. April 1950

Herrn
Kreisdirektor
Dr. Kieling

vorgelegt.

/ In der Anlage eine Eingabe des Hellmuth v. Mücke, Ahrensburg, mit der Bitte um Kenntnisnahme. Aus dieser Eingabe ist wiederum ersichtlich, mit welchen Angriffen einzelne Personen gegen die Behörden vorgehen.

Nachdem die Landesregierung hierher mitgeteilt hatte, (vergleiche anliegenden Bescheid vom 31. März) daß der Rentenausschuß den Antrag des Herrn v. Mücke auf Gewährung einer Beschädigtenrente abgelehnt hatte, ist ihm durch diesseitige Verfügung vom 3. April (siehe Anlage) mitgeteilt worden, daß die bisherigen Rentenvorschüsse nicht mehr zur Auszahlung gelangen können. Das Schreiben ist von Herrn Dabelstein unterzeichnet. Er sieht in diesem Schreiben eine öffentliche Urkunde und bezichtigt Herrn Dabelstein der Urkundenfälschung, weil er der Ansicht ist, daß die in dem Bescheid der Landesregierung angeführten Gründe durch Herrn Dabelstein im Auftrage des Kreissonderhilfsausschusses anerkannt worden sind. Er ist wohl der Meinung, daß der Kreissonderhilfsausschuß sich noch mit dieser Angelegenheit

Sitzung zu Tagesordnungspunkt 10.
Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die Teilnehmer.
Der Vorsitzende stellt die Tagesordnung vor.
Der Vorsitzende führt die Sitzung leitung.
Der Vorsitzende schließt die Sitzung ab.

Es waren anwesend:

1. Herr Vorsitzender
2. Herr Beigeordneter
3. Herr 1. Beigeordneter
4. Herr 2. Beigeordneter

Der Vorsitzende dankt für die Teilnahme und schließt die Sitzung ab.

Protokoll

Kreisarchiv Stormarn B2



53

Abteilung 4
Kreissozial- u. Jugendamt

Bad Oldesloe, den 22. April 1950

ab L.H. fn

1.) Herrn
Kreisdirektor
Dr. Kieling

vorgelegt.

/ In der Anlage eine Eingabe des Hellmuth v. Mücke, Ahrensburg, mit der Bitte um Kenntnissnahme. Aus dieser Eingabe ist wiederum ersichtlich, mit welchen Angriffen einzelne Personen gegen die Behörden vorgehen.

Nachdem die Landesregierung hierher mitgeteilt hatte, (vergleiche anliegenden Bescheid vom 31. März) daß der Rentenausschuß den Antrag des Herrn v. Mücke auf Gewährung einer Beschädigtenrente abgelehnt hatte, ist ihm durch diesseitige Verfügung vom 3. April (siehe Anlage) mitgeteilt worden, daß die bisherigen Rentenvorschüsse nicht mehr zur Auszahlung gelangen können. Das Schreiben ist von Herrn Dabelstein unterzeichnet. Er sieht in diesem Schreiben eine öffentliche Urkunde und bezichtigt Herrn Dabelstein der Urkundenfälschung, weil er der Ansicht ist, daß die in dem Bescheid der Landesregierung angeführten Gründe durch Herrn Dabelstein im Auftrage des Kreissonderhelfsausschusses anerkannt worden sind. Er ist wohl der Meinung, daß der Kreissonderhelfsausschuß sich noch mit dieser Angelegenheit

Geschäftsstelle untersteht der Kreisverwaltung.

der Kreissonderhelfsausschuß ist durch den Kreistag gewählt und die ausschusses untersteht nicht dem Kreissonderhelfsausschuß, sondern Verwaltungsangelegenheit. Die Geschäftsstelle des Kreissonderhelfsausschusses durch Herrn Dabelstein richtig durchgeführt sind, war eine reine nicht mehr zu ergreifen. Die erforderlichen Maßnahmen, welche dem der Kreissonderhelfsausschuß hatte Maßnahmen in dieser Sache vorher hätte beschaffen müssen. Dieses ist aber nicht der Fall,

Kreisarchiv Stormarn B2



ht

Verwaltung
des Kreises Stormarn
Kreisdirektor

Bad Oldesloe, den 26. April 1950.

An
den Kreissonderhilfsausschuss,
h i e r.

Betrifft: Beschwerde des Kapt. a. D. Hellmuth von M ü c k e,
Ahrensburg, Manhagenerallee 78, vom 17. 4. 50.

Ich bitte, die Beschwerde des Herrn von Mücke, Ahrensburg, vom 17. 4. 50 der Landesregierung Schleswig-Holstein- M.d.I., Ref. f. politische Wiedergutmachung zur Kenntnisnahme und Entscheidung vorzulegen. Der Sinn der etwas verworren gehaltenen Beschwerde ist ja auf jeden Fall der, dass sich der Beschwerdeführer Mücke gegen den Bescheid der Landesregierung wendet. Es müsste ihm wahrscheinlich selbst doch wohl klar sein, dass der Kreis Stormarn den Bescheid vom 31. 3. von sich aus nicht abändern kann.

Dem Beschwerdeführer ist ein entsprechender Zwischenbescheid zu erteilen.

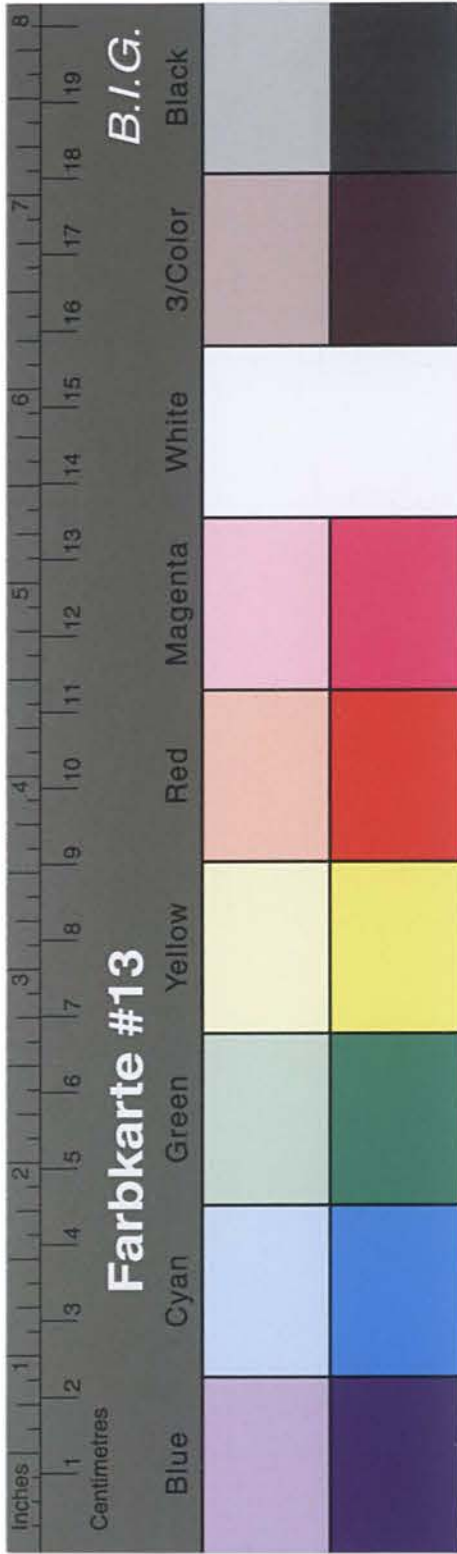
[Signature]
Kreisdirektor.

2.) Wv.

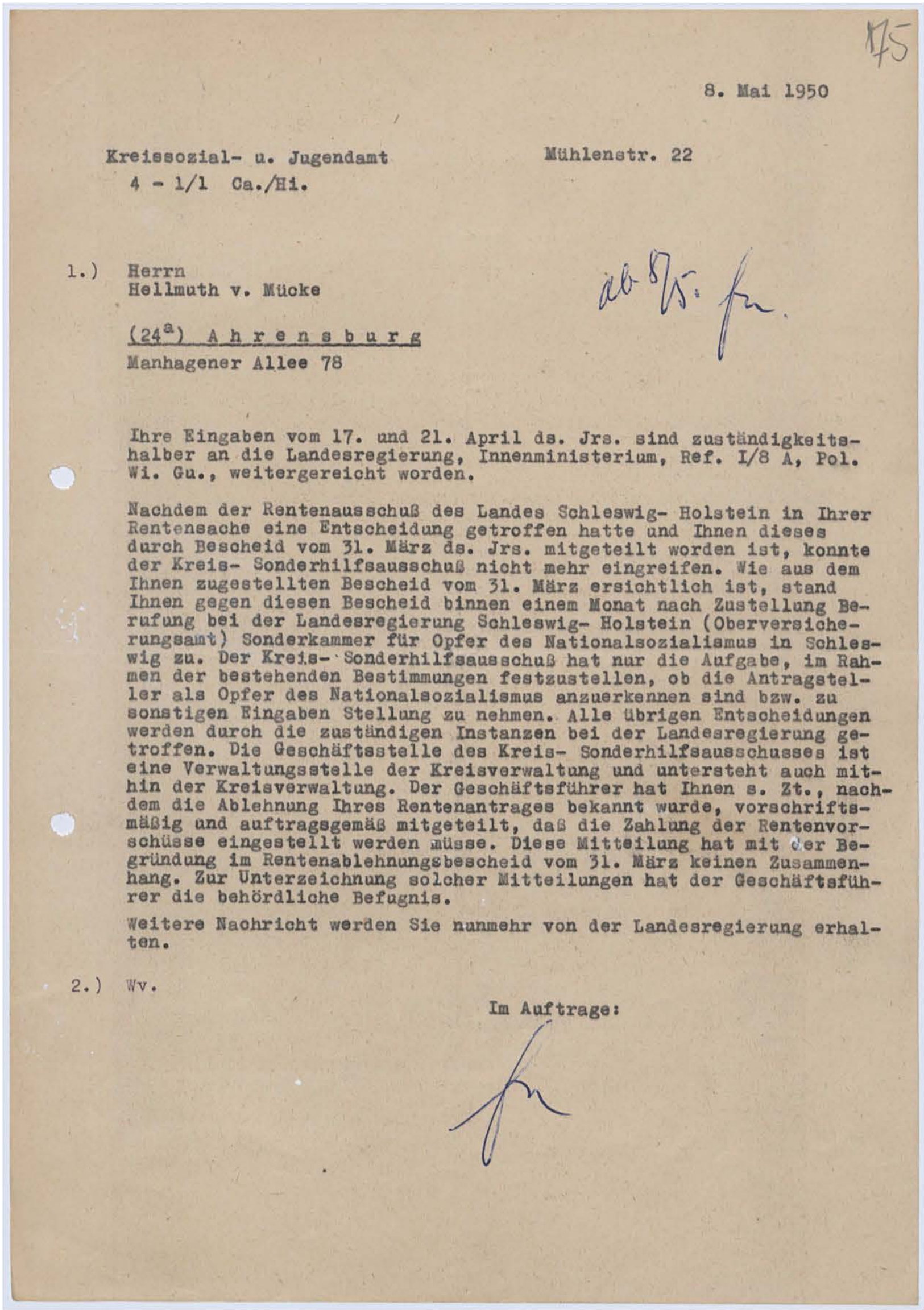
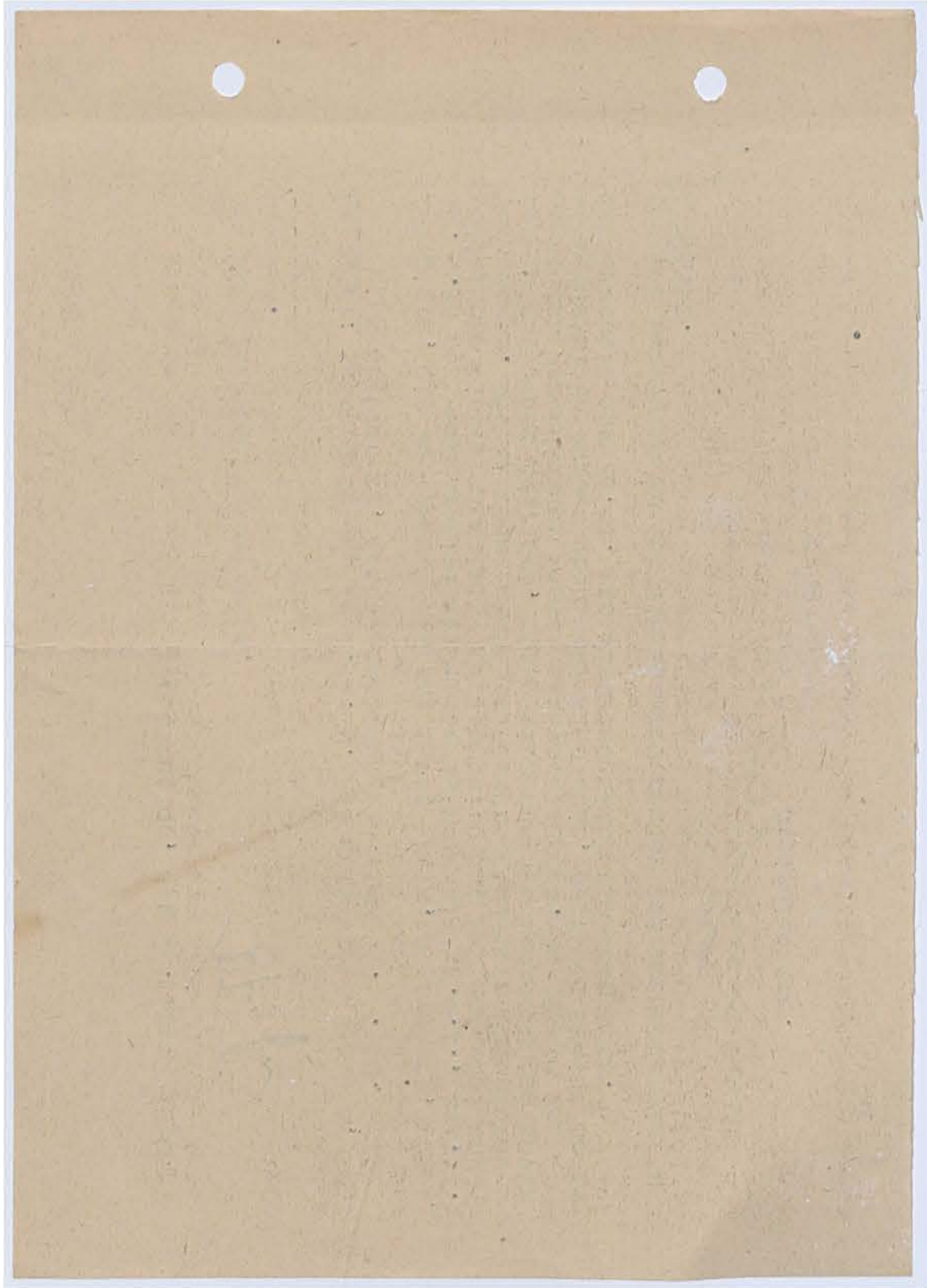
vorher hätte beschlittigen müssen. Dieses ist aber nicht der Fall, denn der Kreissonderhilfsausschuss hatte Maßnahmen in dieser Sache nicht mehr zu ergreifen. Die erforderlichen Maßnahmen, welche durch Herrn Dabelstein richtig durchgeführt sind, war eine reine Verwaltungsangelegenheit. Die Geschäftsstelle des Kreissonderhilfsausschusses untersteht nicht dem Kreissonderhilfsausschuss, sondern der Kreissonderhilfsstelle ist durch den Kreistag gewählt und die Geschäftsstelle untersteht der Kreisverwaltung.

Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2



175

8. Mai 1950

Kreissozial- u. Jugendamt
4 - 1/1 Ca./Hi.

Mühlenstr. 22

1.) Herrn
Hellmuth v. Mücke

(24^a) A h r e n s b u r g
Manhagener Allee 78

ab 8/5. fu.

Ihre Eingaben vom 17. und 21. April ds. Jrs. sind zuständigkeits-
halber an die Landesregierung, Innenministerium, Ref. I/8 A, Pol.
Wi. Gu., weitergereicht worden.

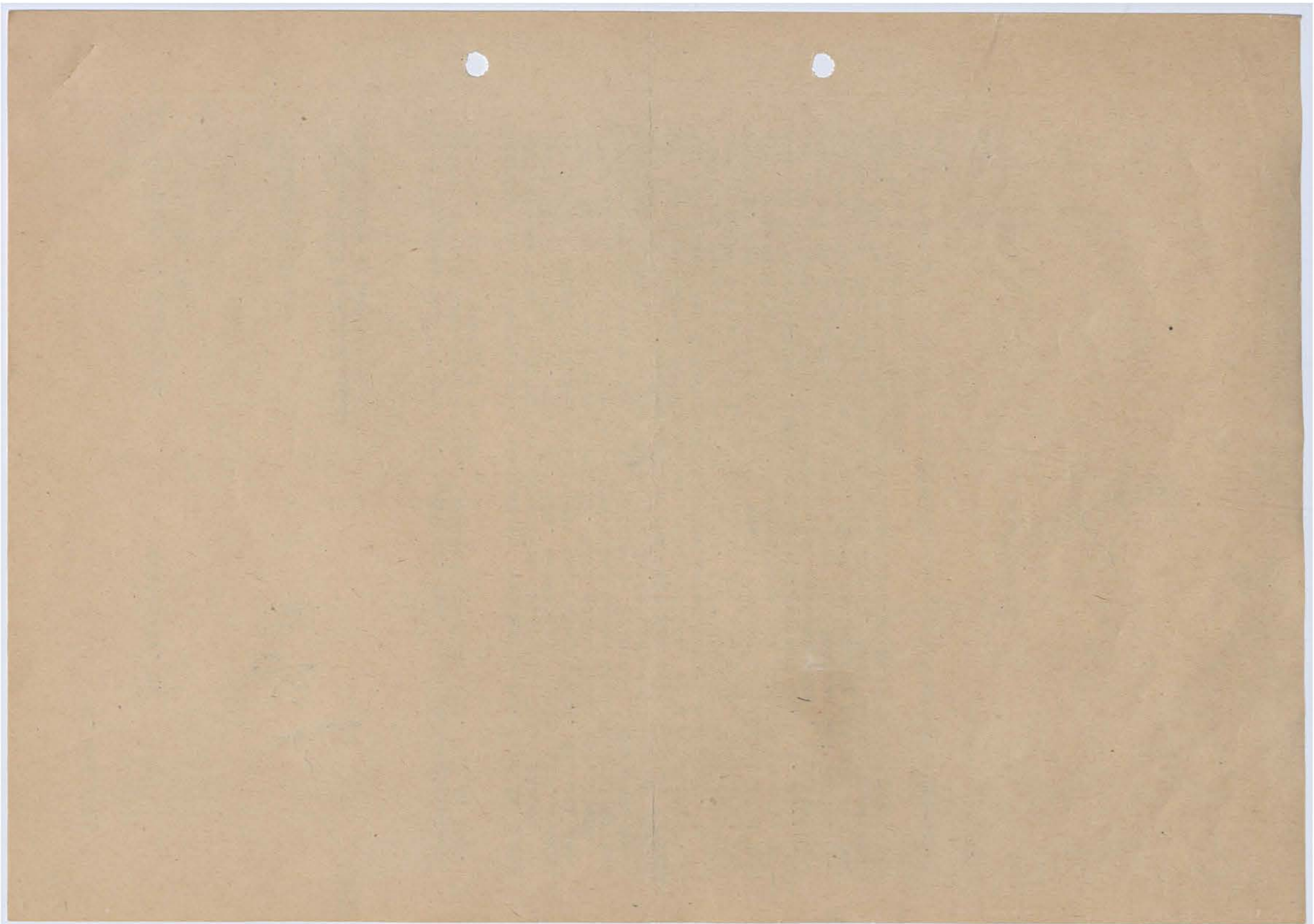
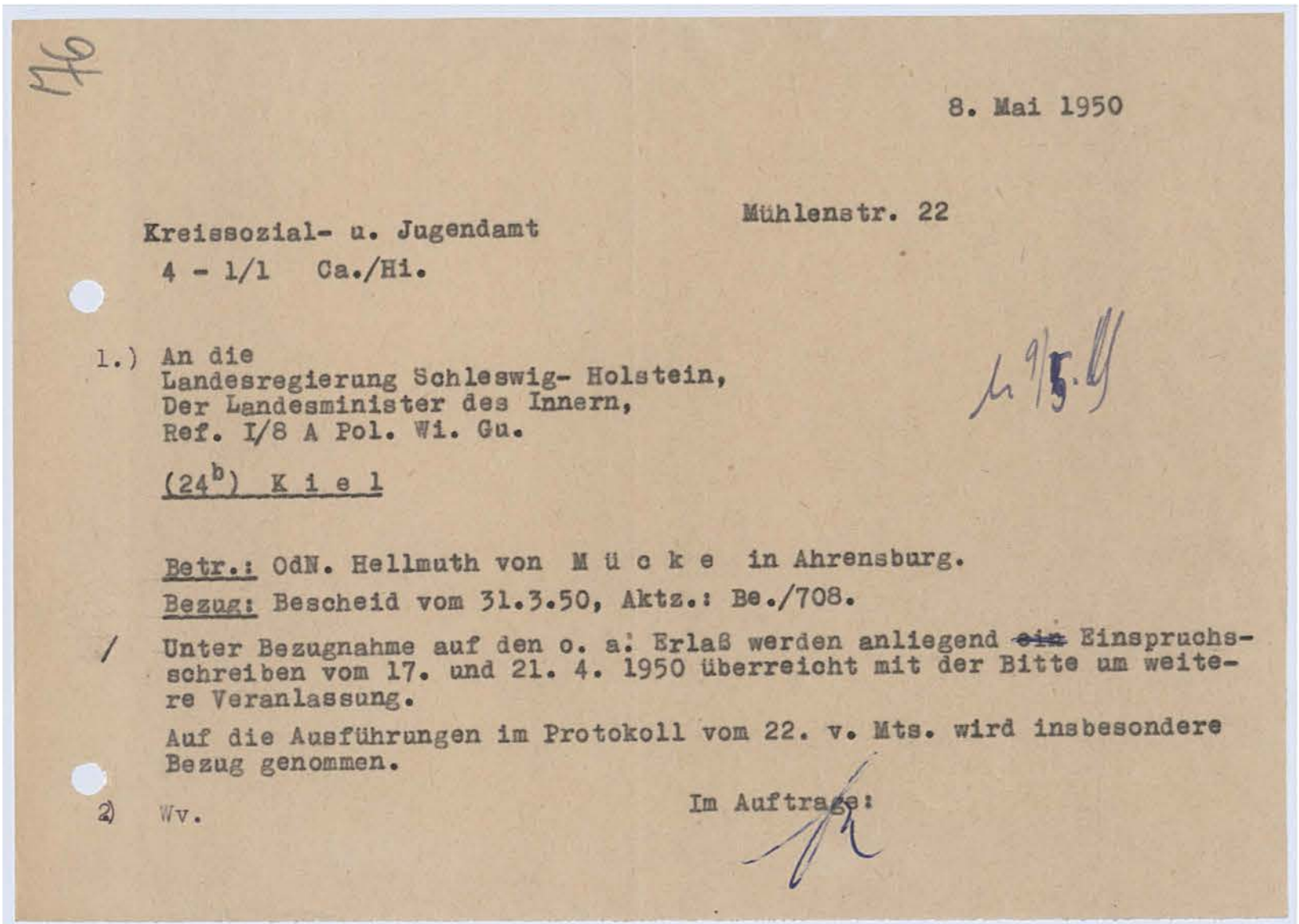
Nachdem der Rentenausschuß des Landes Schleswig- Holstein in Ihrer
Rentensache eine Entscheidung getroffen hatte und Ihnen dieses
durch Bescheid vom 31. März ds. Jrs. mitgeteilt worden ist, konnte
der Kreis- Sonderhilfsausschuß nicht mehr eingreifen. Wie aus dem
Ihnen zugestellten Bescheid vom 31. März ersichtlich ist, stand
Ihnen gegen diesen Bescheid binnen einem Monat nach Zustellung Be-
rufung bei der Landesregierung Schleswig- Holstein (Oberversiche-
rungsamt) Sonderkammer für Opfer des Nationalsozialismus in Schles-
wig zu. Der Kreis- Sonderhilfsausschuß hat nur die Aufgabe, im Rah-
men der bestehenden Bestimmungen festzustellen, ob die Antragstel-
ler als Opfer des Nationalsozialismus anzuerkennen sind bzw. zu
sonstigen Eingaben Stellung zu nehmen. Alle übrigen Entscheidungen
werden durch die zuständigen Instanzen bei der Landesregierung ge-
troffen. Die Geschäftsstelle des Kreis- Sonderhilfsausschusses ist
eine Verwaltungsstelle der Kreisverwaltung und untersteht auch mit-
hin der Kreisverwaltung. Der Geschäftsführer hat Ihnen s. Zt., nach-
dem die Ablehnung Ihres Rentenanspruches bekannt wurde, vorschrifts-
mäßig und auftragsgemäß mitgeteilt, daß die Zahlung der Rentenvor-
schüsse eingestellt werden müsse. Diese Mitteilung hat mit der Be-
gründung im Rentenablehnungsbescheid vom 31. März keinen Zusammen-
hang. Zur Unterzeichnung solcher Mitteilungen hat der Geschäftsfüh-
rer die behördliche Befugnis.

Weitere Nachricht werden Sie nunmehr von der Landesregierung erhal-
ten.

2.) Wv.

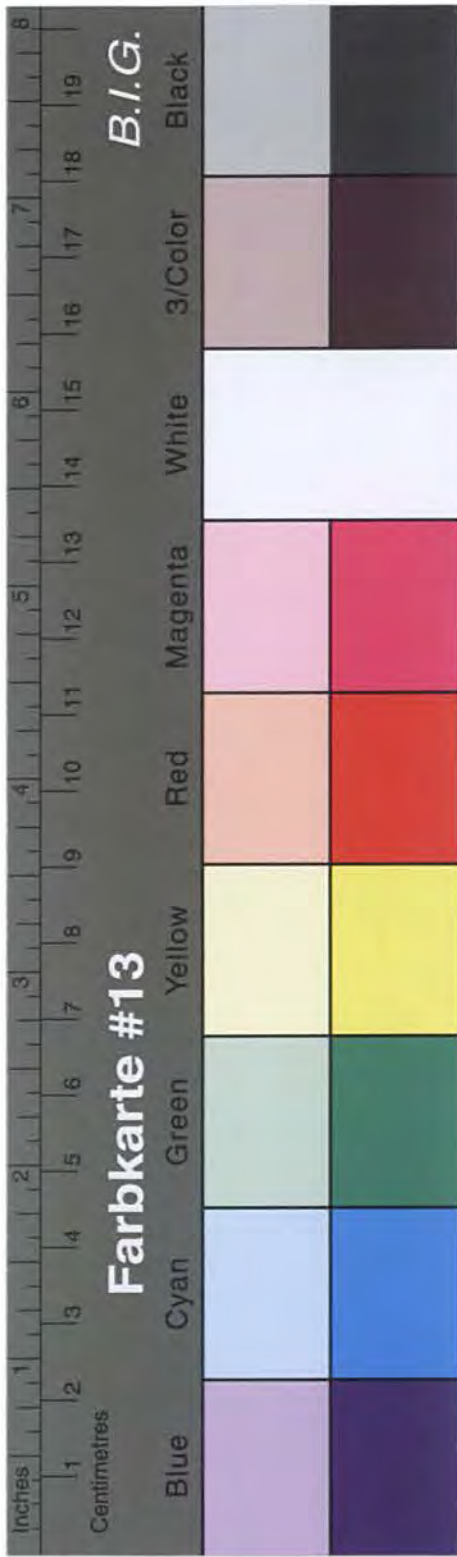
Im Auftrage:

[Signature]

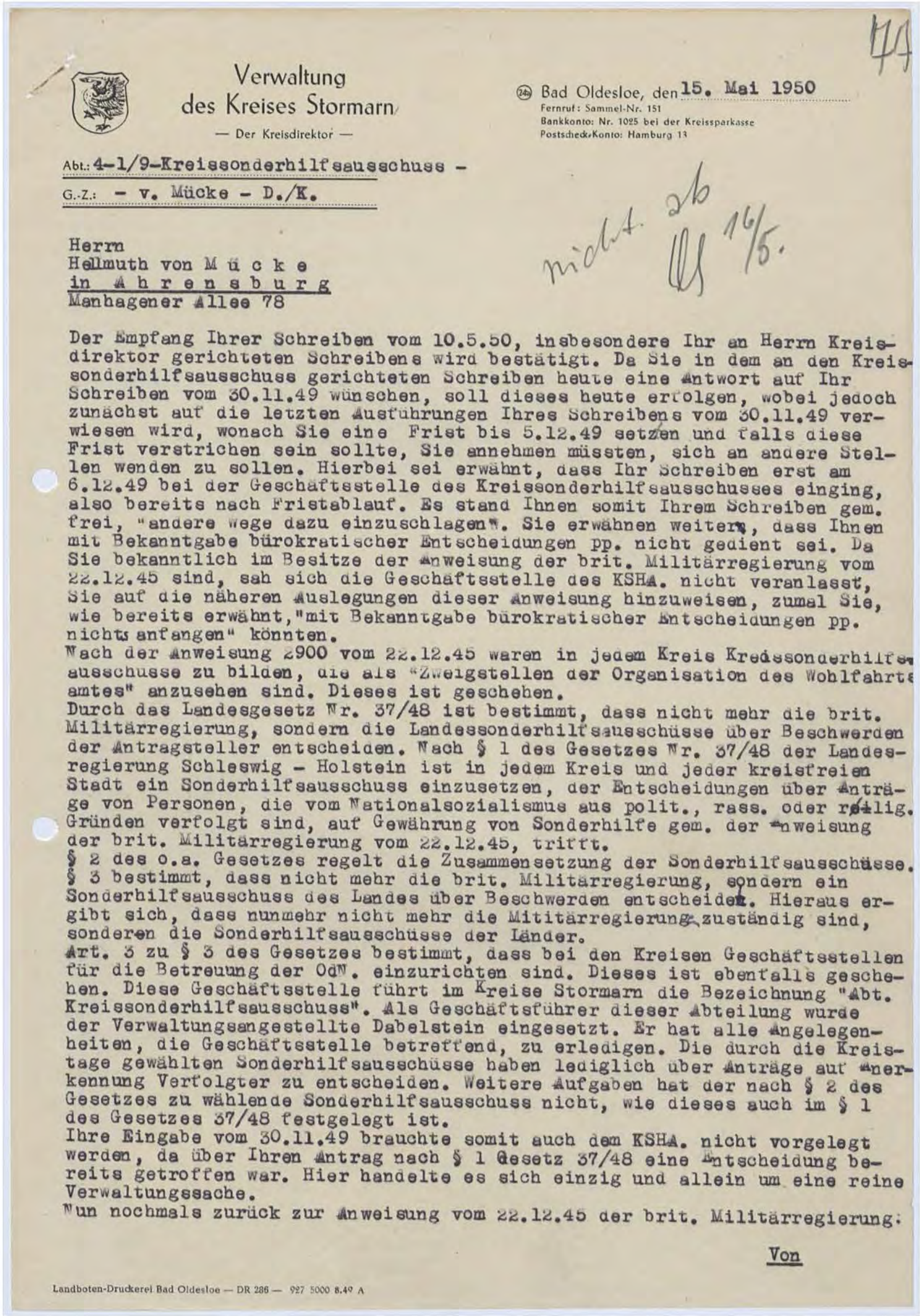
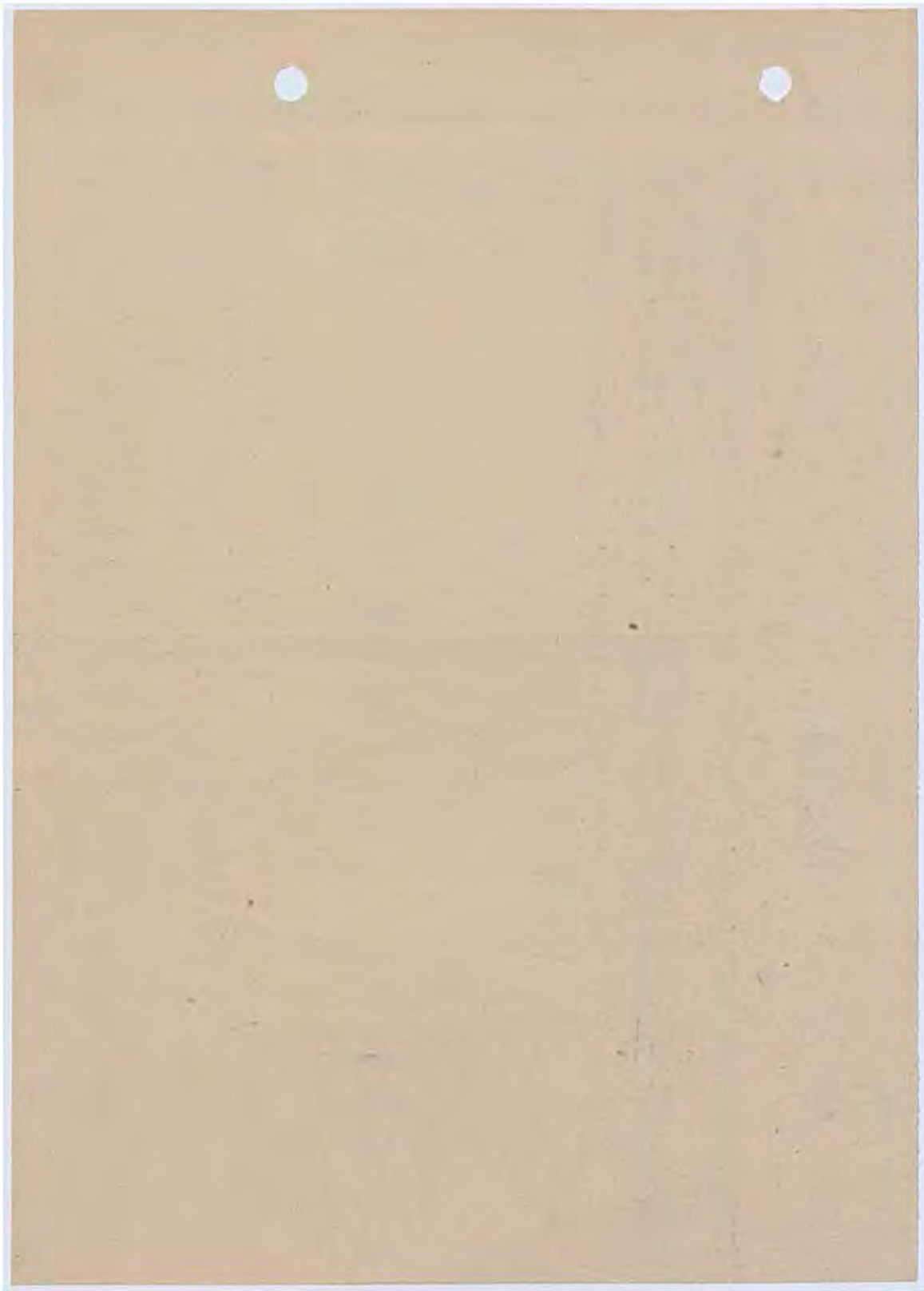


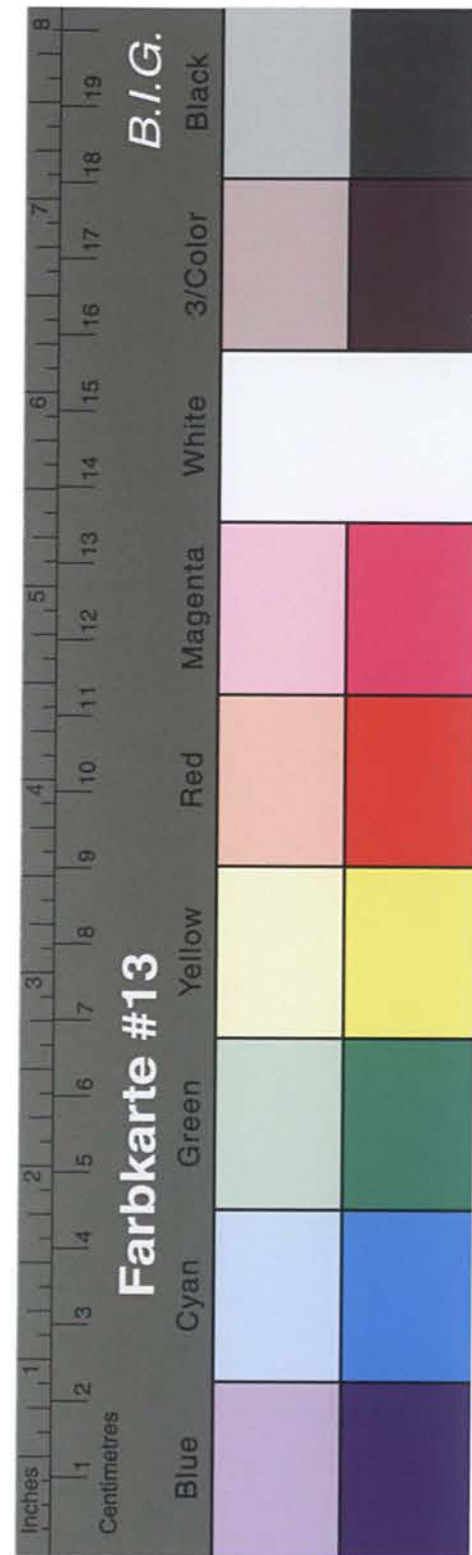
Kreisarchiv Stormarn B2



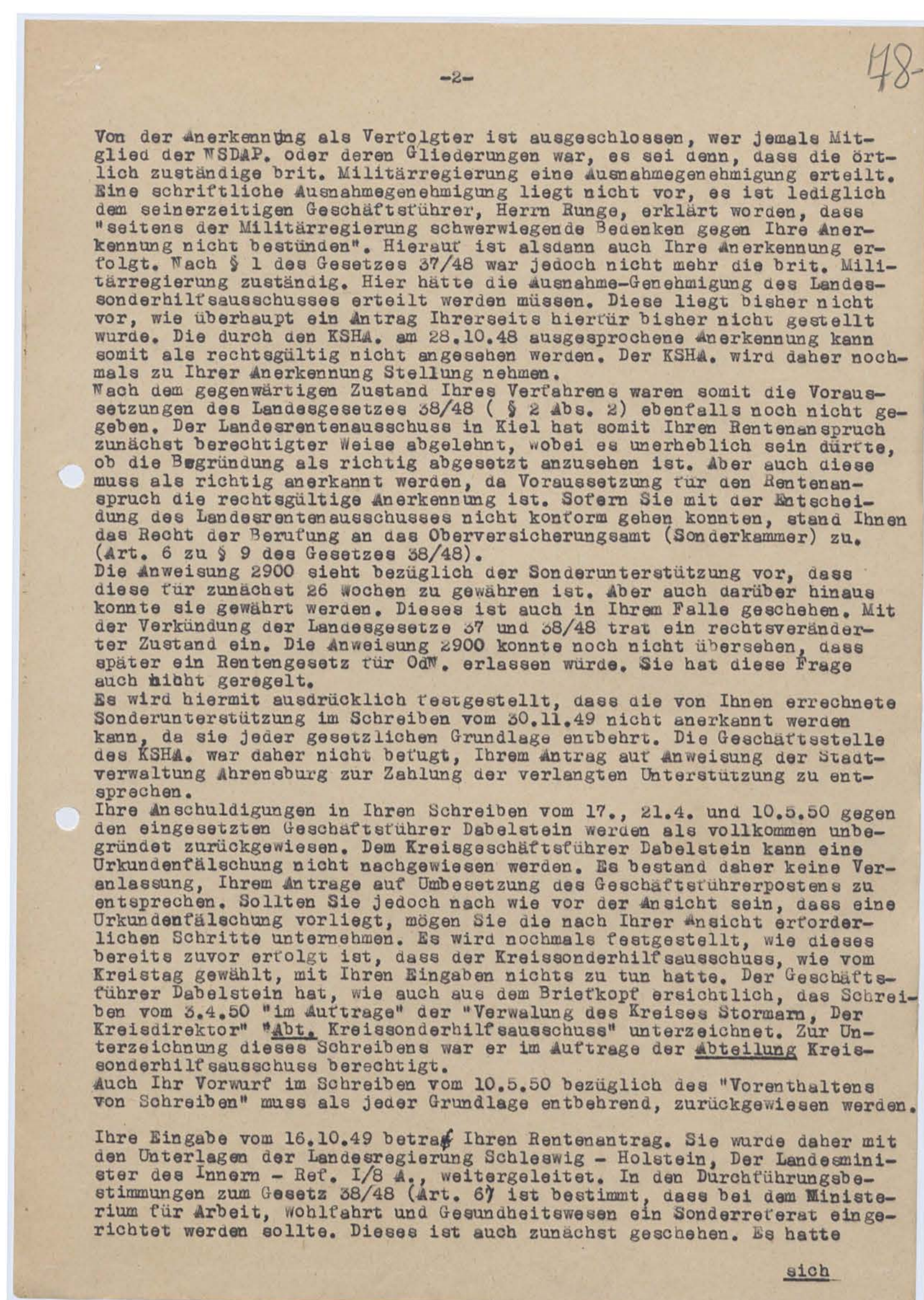
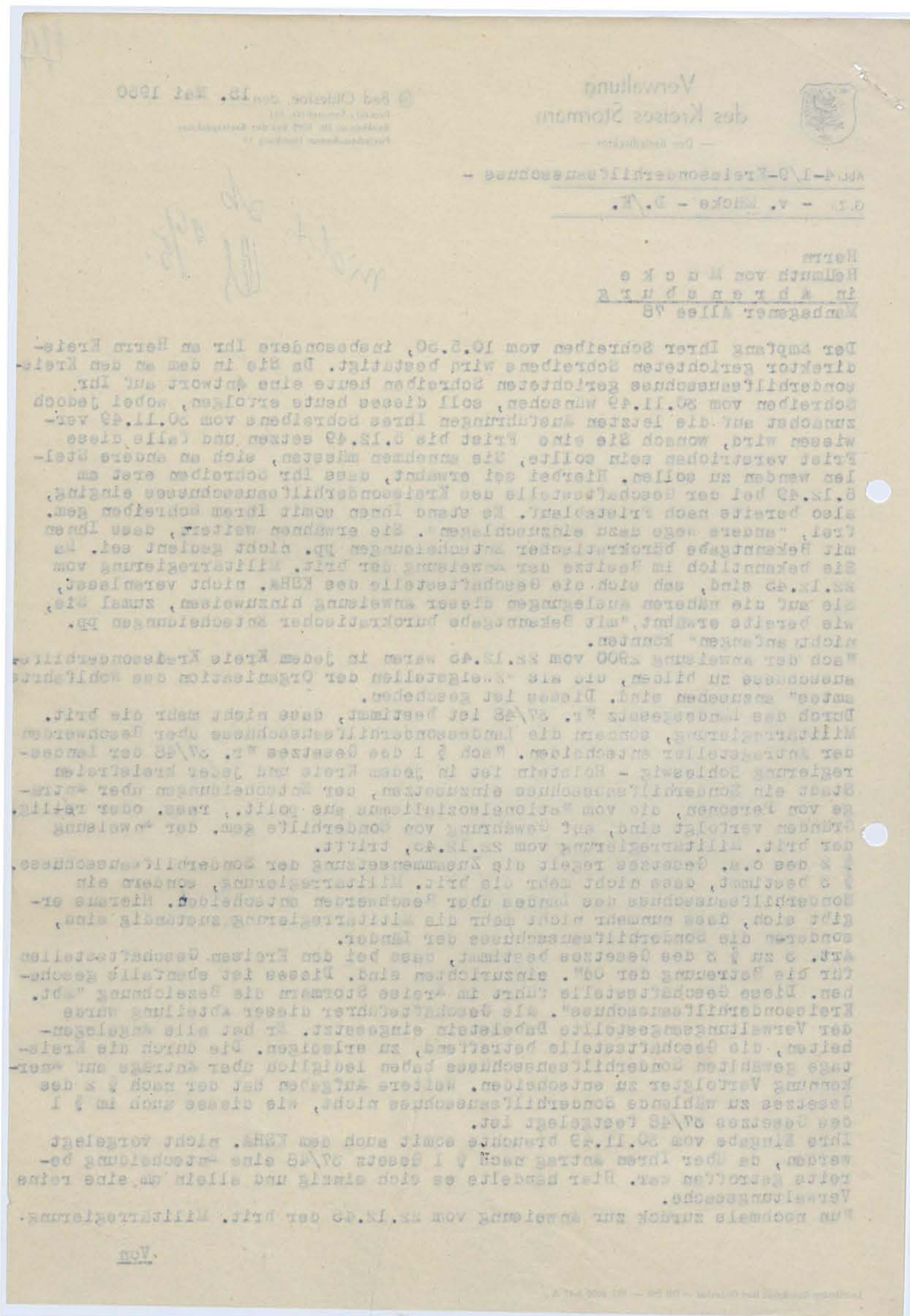


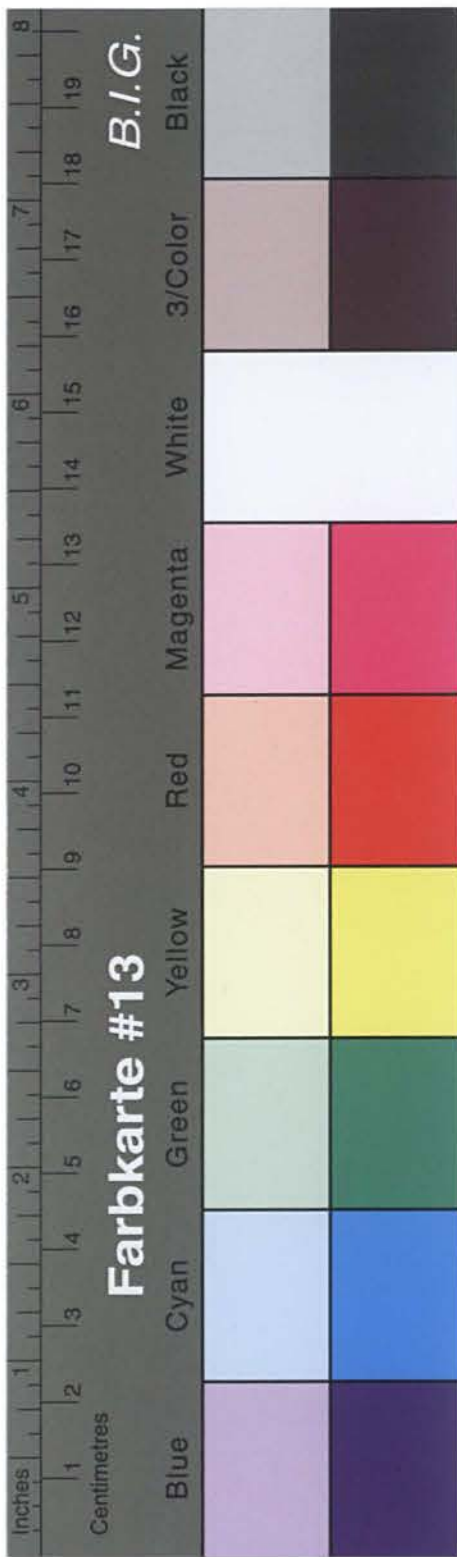
Kreisarchiv Stormarn B2



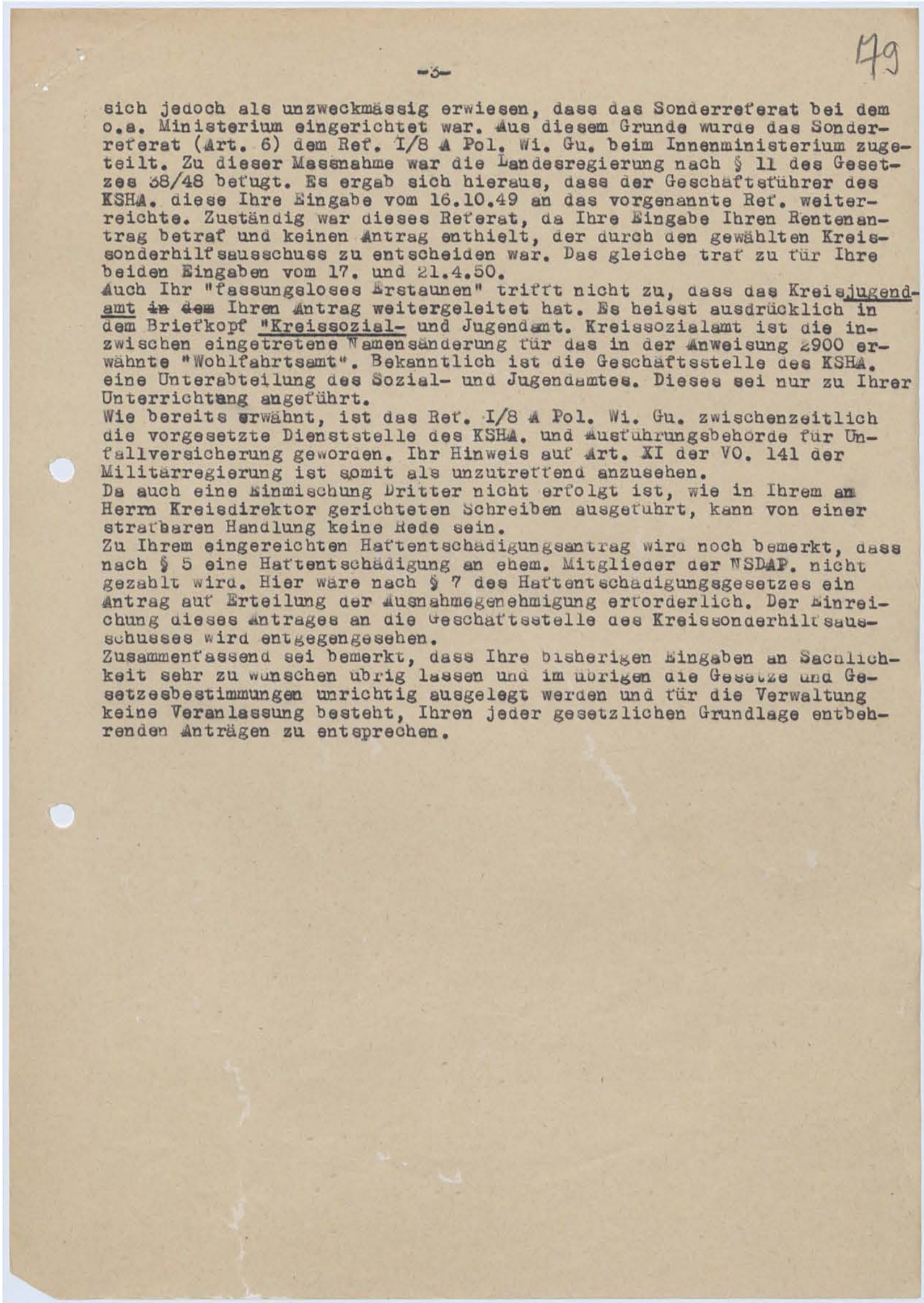
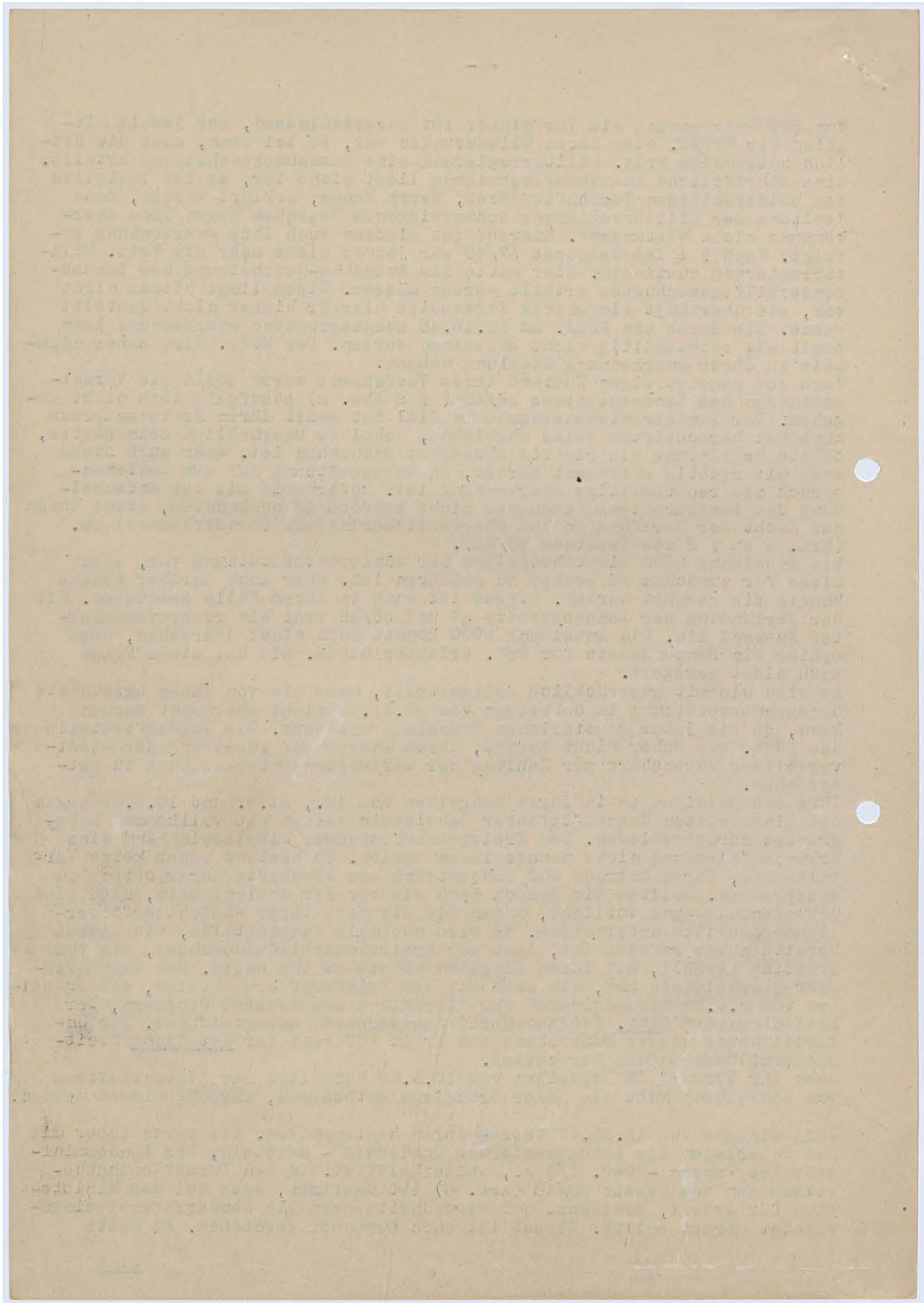


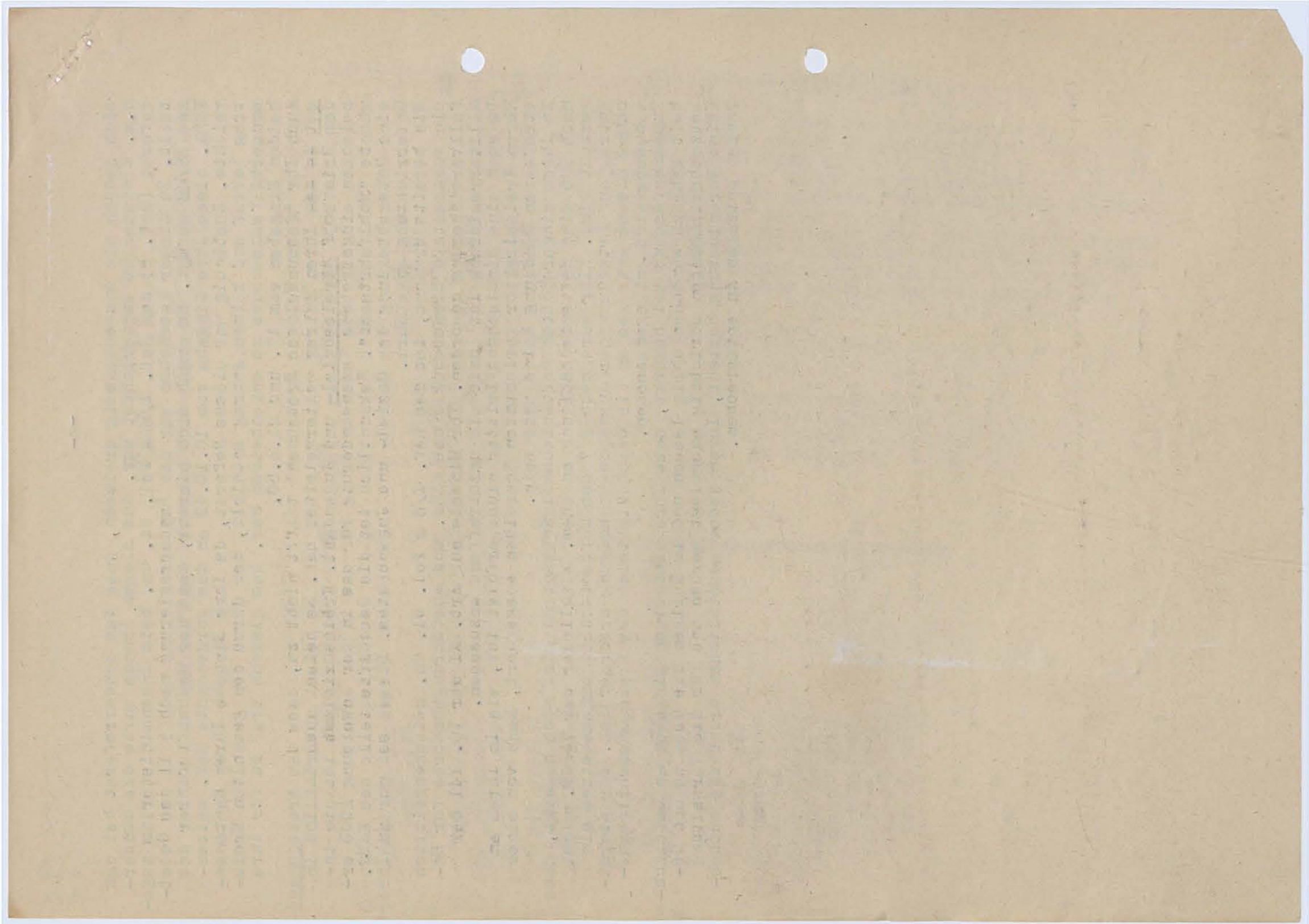
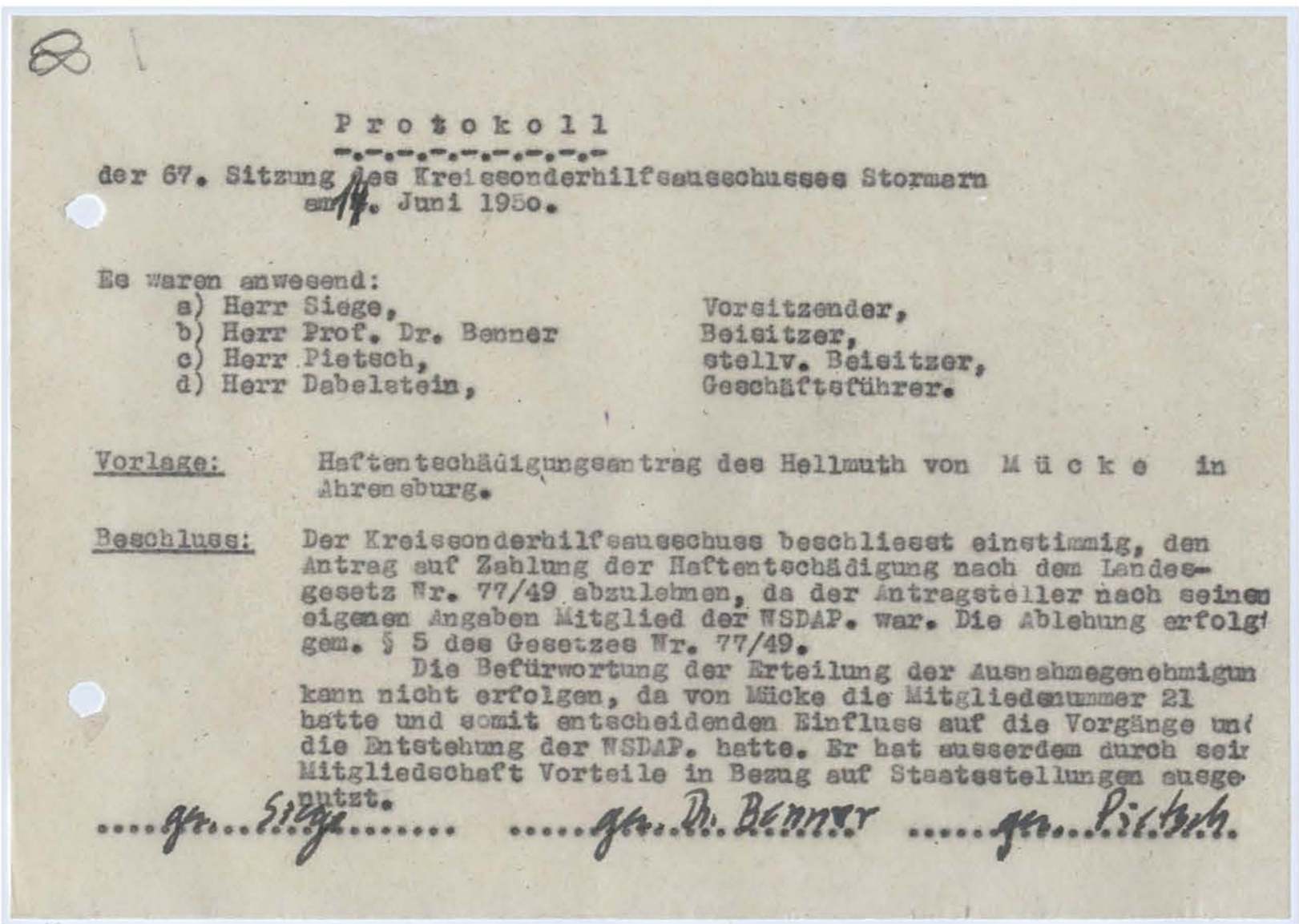
Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2

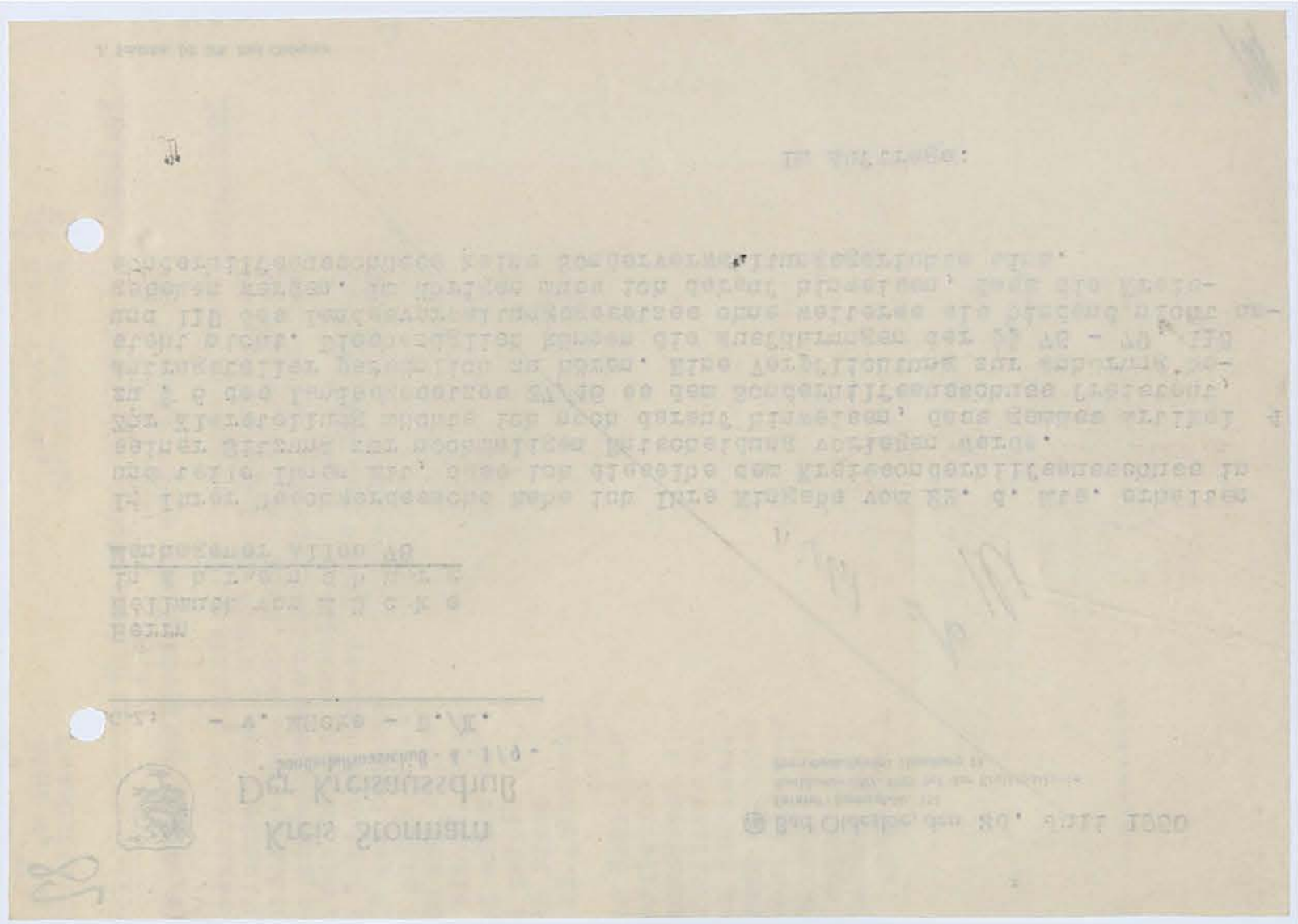
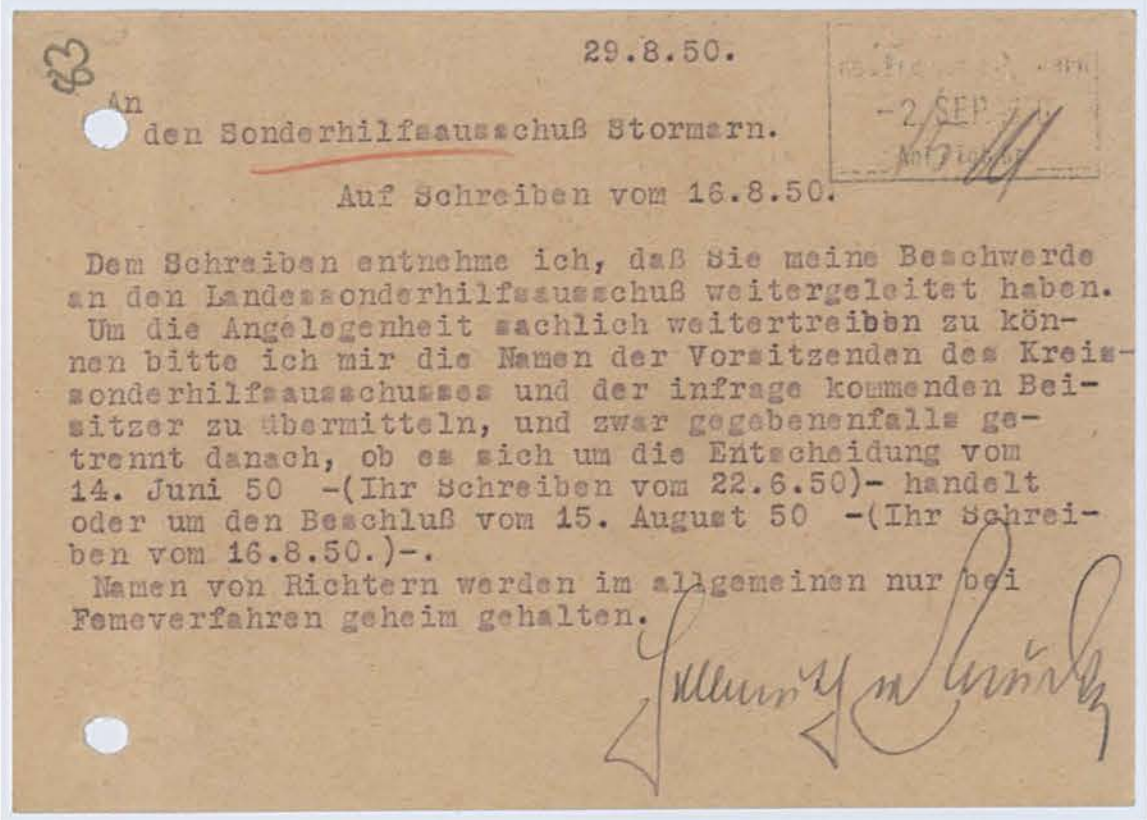




Kreisarchiv Stormarn B2



Kreisarchiv Stormarn B2



58

1/ Herrn
Hellmuth von Mücke,
Ahrensburg
Machagener Allee 78.

In Ihrer Angelegenheit bestätige ich den Empfang Ihrer Postkarte vom 29.8.1950 und teile Ihnen mit, dass die Entscheidung in Ihren Angelegenheiten durch den Kreissonderhilfsausschuss getroffen wurden. An den Sitzungen des Kreissonderhilfsausschusses nahmen teil:

1. Herr Siege als Vorsitzender
2. Herr Prof. Dr. Benner als Beisitzer und
3. Herr Pietsch, ebenfalls als Beisitzer.

Im Auftrage:

REPORT

He won't be coming.

4 } Herr Debeselatz
c } Herr Pfetsch;
p } Herr Prof. Dr. Benner
a } Herr Stöbe

Geoschäftsführer:
etwa: Beisitzer,
Beisitzer,
Vorstandsmitglieder.

Воткин

Solchen im Sinne des Landeskassenrates 24/48.
Mitte von M. H. o. K. e. in Abrechnung als ehem. Dozent. Ver-
nachlässigter Vortier auf Überdringung der Anerkennung des Heil-

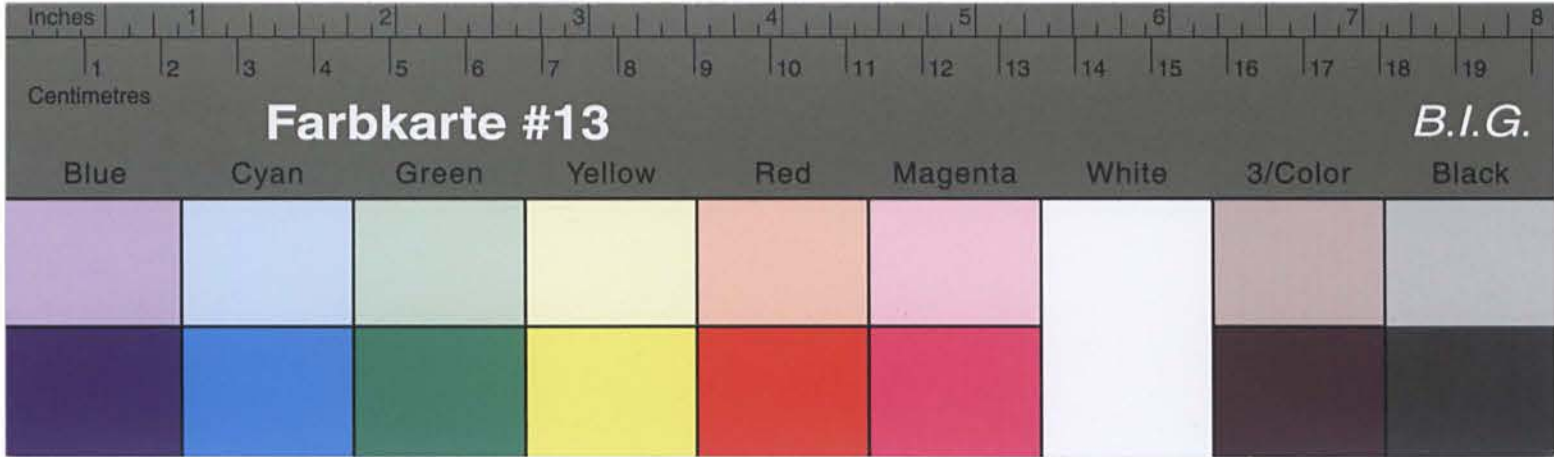
Beachtines: Der Krefecondenphiffenuechmea bechillieet heute noch noch-

Jedoch wiederum qualifizierten sich NSDAP für eine Wahlberechtigung. Im Jahre 1938 mußte er werden, was auch Reichstag. Er hat somit die Vorteile der Wahl war, wurde er aufgeführt, wieder in die NSDAP. einzutreten. Die Parteimitgliedschaft wurde, dass von Hitler jedoch kein Mitglied werden worden und zwar, aufgeführt als Kandidat der NSDAP. nach seiner eigenen Darstellung. Im Jahre 1938 ist von Hitler, der eine gewisse Anerkennung. Im Jahre 1938 ist von Hitler, St. Im Jahr nach der Übernahme der NSDAP. durch Adolf Hitler Mitglied der NSDAP. gewesen und hat die Mitgliedsnummer nach dem eigenen Angaben des Parteimitglieds ist

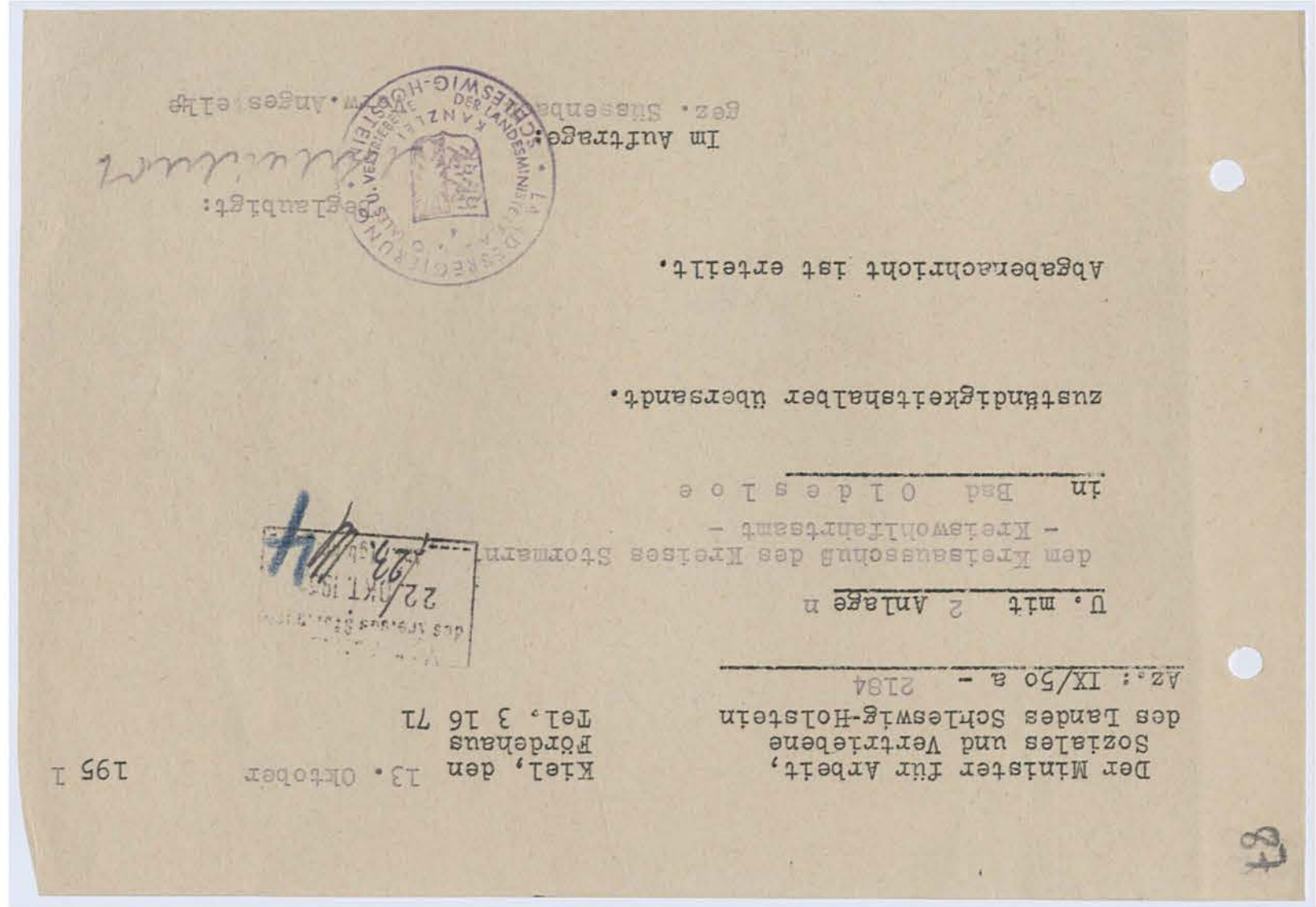
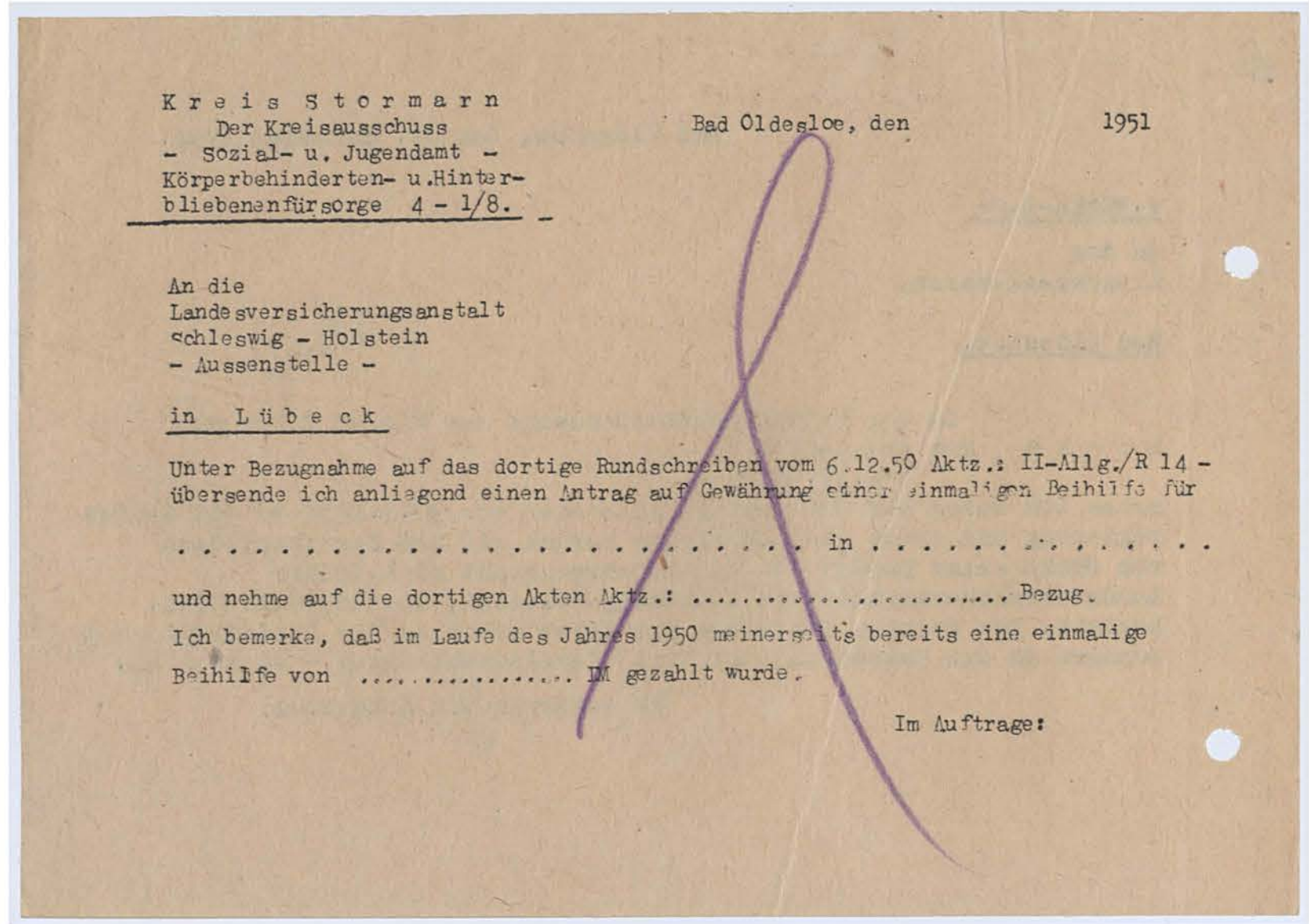
Markt festgestellt wurde, anzusetzen.
Wird erfolgt. Ihre Aufnahme hat numer., nachdem diese
wird. Die angegebenen Merkmalen sind vollständig
nicht gewertet werden. Somit diese schriftlich nicht erfüllt
eine Anerkennung bestehendes, kann die Anerkennung
Offizielle "diese keine schwerwiegenden Gründe bestehen. Gegen
als dieses dieser angenommen wurde. Der Ausdruck eines eigy.
Bist. Mitarbeiter kann als erfüllt nicht angesehen werden
können. Die weitere Festsetzung Kennzeichnung der
Mitglieder der NSDAP. nicht als erfüllt zu wertend werden
jedoch wiederum anerkannt sein.

[Handwritten signature]





Kreisarchiv Stormarn B2



88

17. November 1951

D./K.

- v. Mücke -

1/ An den
Herrn I n n e n m i n i s t e r
des Landes Schleswig - Holstein
Ref. I 16 h

g. v. M. K.

in K i e l

In der Odw.-Rentenangelegenheit Hellmuth von M ü c k e in Ahrensburg

Aktz.: Be./708

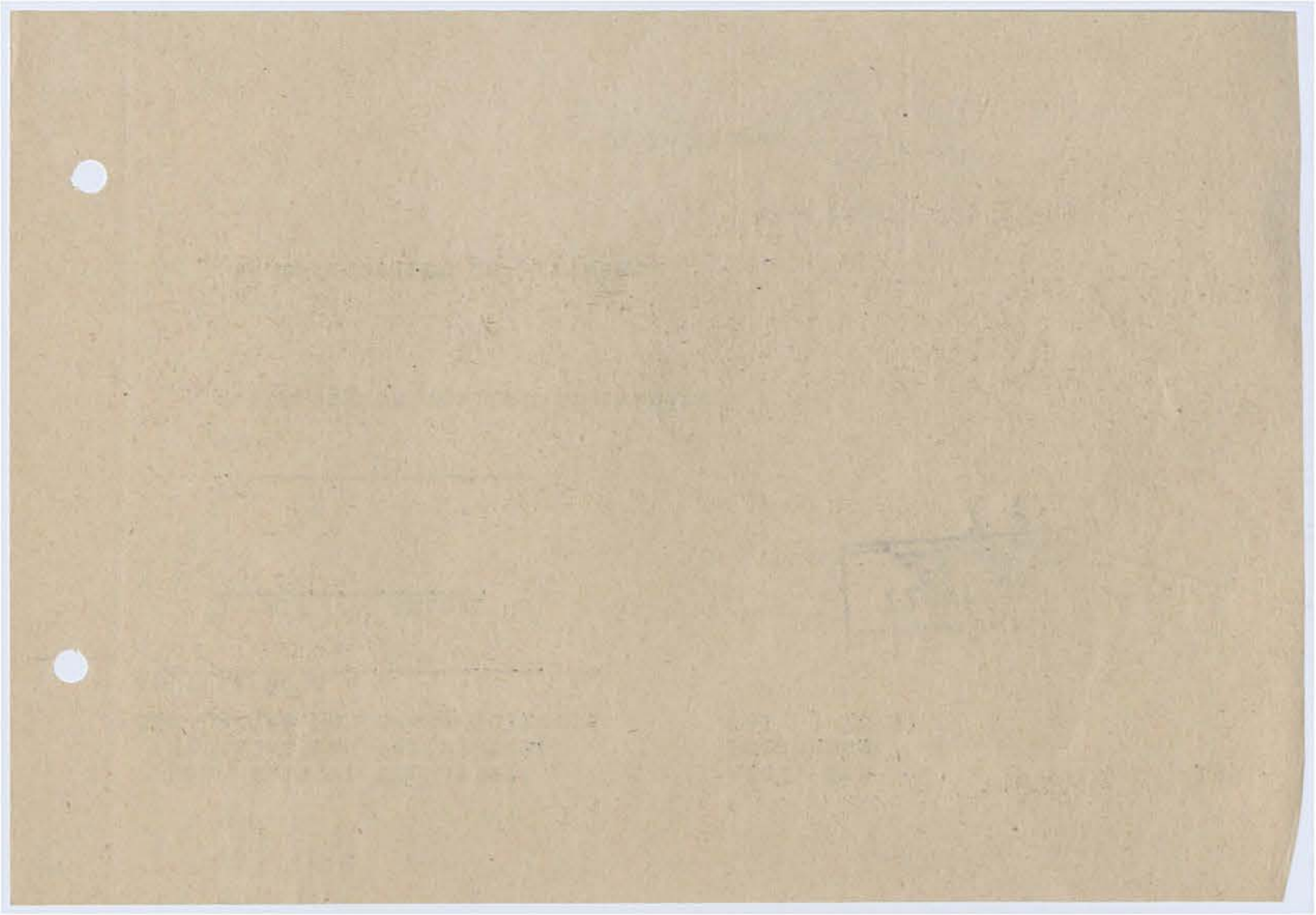
Überreiche ich anliegend unter Bezugnahme auf den Erlass vom 28.9.51
eine Abschrift der Einkommensaufstellung des Antragstellers sowie eine
Aufenthaltsbescheinigung mit der Bitte, nunmehr über den Antrag zu ent-
scheiden.

4/4.

Im Auftrage des Landrates:

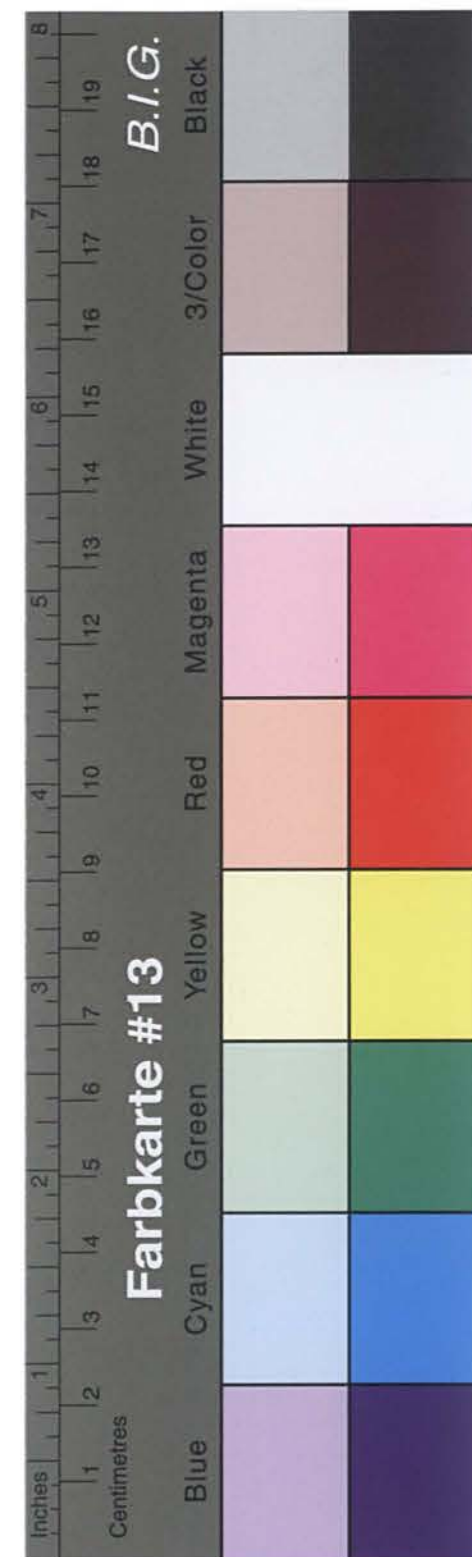
[Signature]

[Signature]

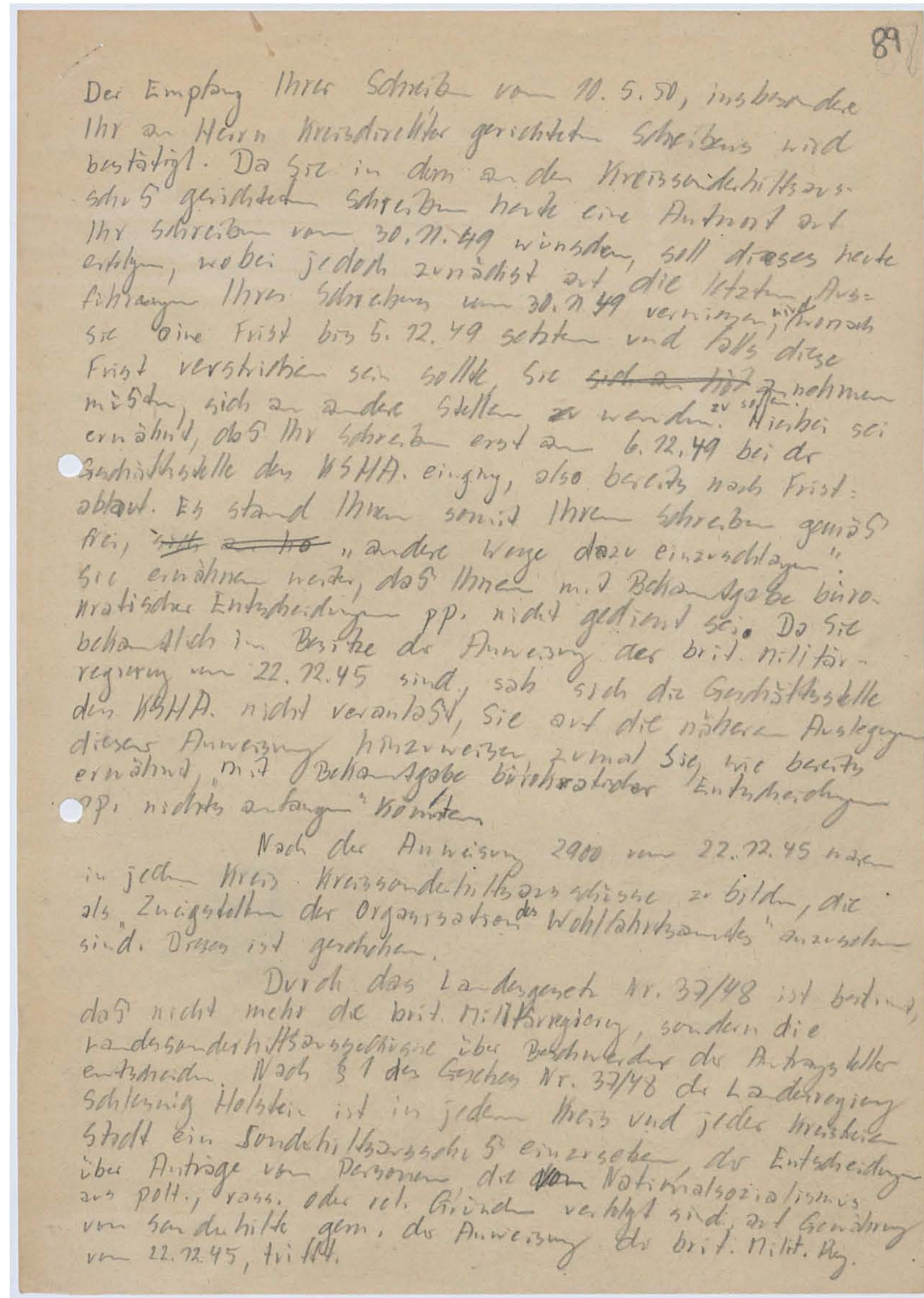
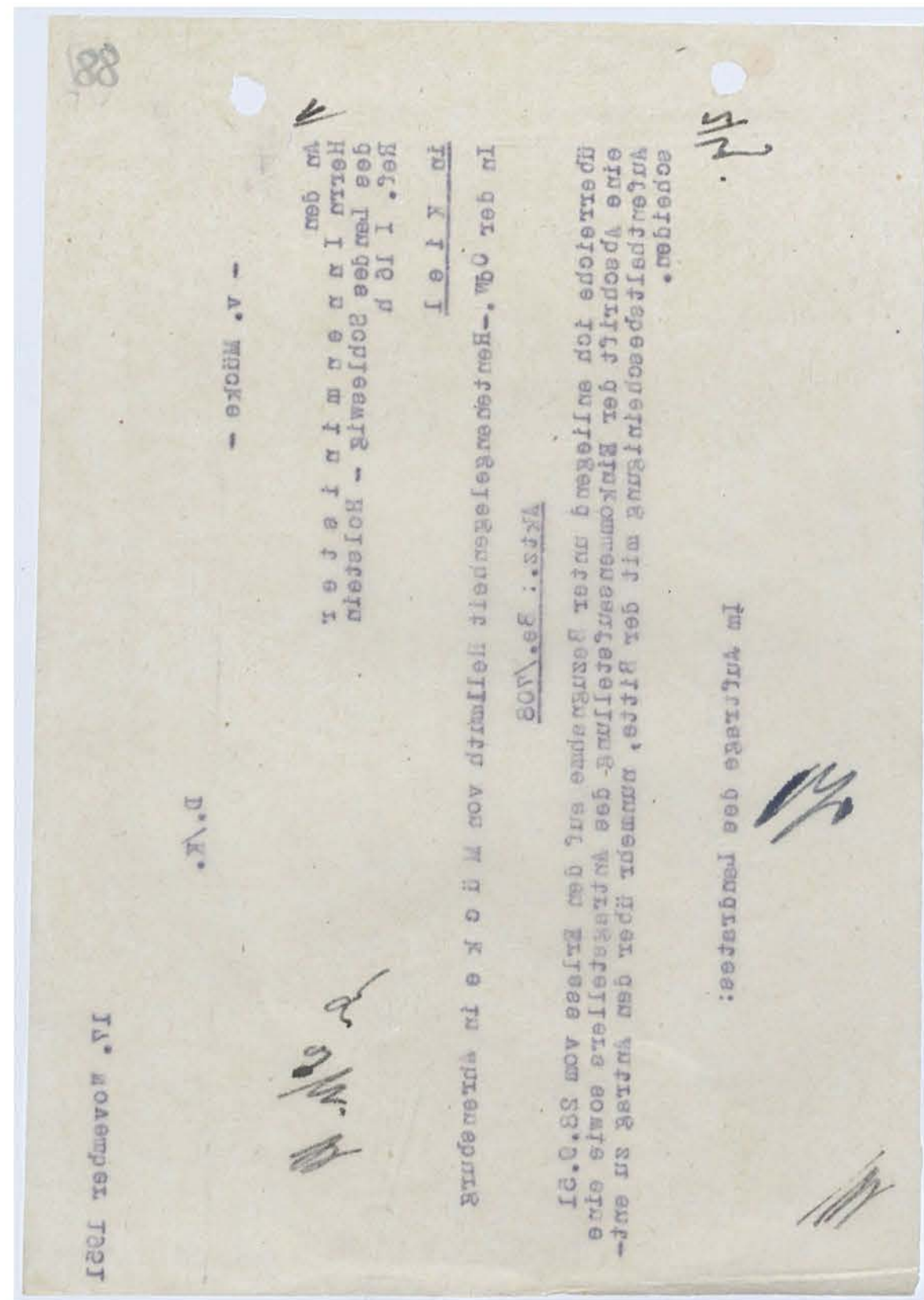


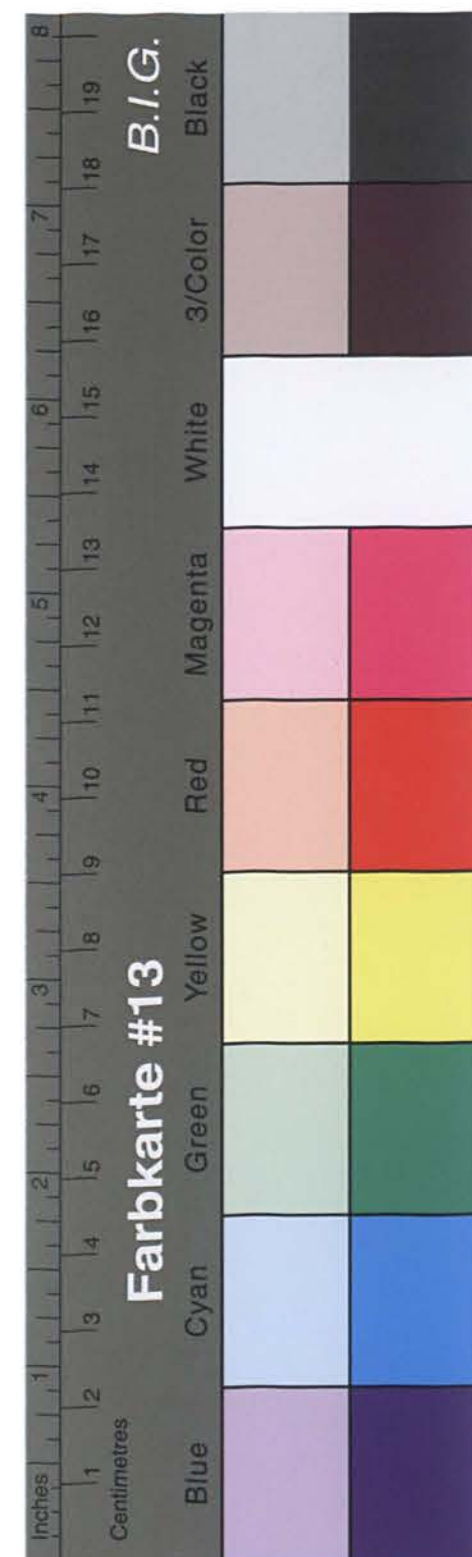
Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2

§ 2 des o. a. Gesetzes regelt die Zusammenfassung der Sachverhalte.
§ 3 bestimmt, daß nicht mehr die brit. Mil. Reg., sondern die Sachverhalte des Landes über Beschwerden entschieden. Hieraus ergibt sich, dass nunmehr nicht mehr die Mil. Reg. zuständig sind, sondern die Sachverhalte der Länder.

Art. 3 zu § 3 des Gesetzes bestimmt, daß bei den Kreisen Geschäftsstellen für die Betreuung der Odk. einzurichten sind. Dieses ist ebenfalls geschehen. Diese Geschäftsstelle führt im Kreis Stormarn die Bezeichnung „Abt. Kreisverbandshilfe“. Als Geschäftsführer dieser Abt. wurde der Verm. Angestellte Dabelstein eingesetzt. Er hat alle Angelegenheiten der Geschäftsstelle betreffend, zu erledigen. Die durch die Kreistage gewählten Sachverhalte haben lediglich über Anträge zur Anerkennung Verfolgter zu entscheiden. Welche Aufgabenhilfeverhältnisse nicht, wie dieses auch im § 7 des Gesetzes 37/48 festgelegt ist.

Ihre Eingabe vom 30. 11. 49 braucht somit auch dem KSHA nicht vorgelegt werden, da über Ihren Antrag nach § 7 Gesetz 37/48 eine Entscheidung ~~erre~~ bereits getroffen war. Hier handelte es sich einzig und allein um eine reine Verwaltungsangelegenheit.

Von nochmals zurück zur Antwort vom 22. 12. 45 der brit. Mil. Reg.:

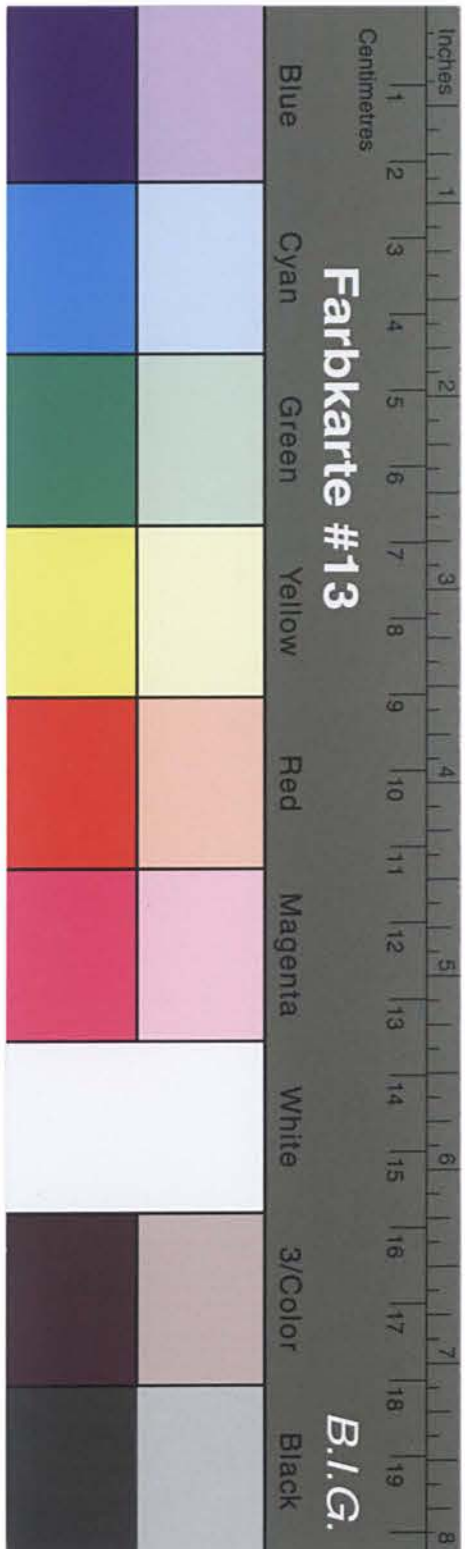
Als Vorbedingung der Anerkennung als Verfolgter sind in Anspruch genommen, wer jemals Mitglied der NSDAP oder deren Gliederungen war, es sei denn, dass die örtlich zuständige brit. Mil. Reg. eine Ausnahmegenehmigung erteilt. Eine schriftliche Ausnahmegenehmigung liegt nicht vor, es ist lediglich dem derzeitigen Geschäftsführer, Herrn Runge, erklärt worden, daß „seitens der

Es wird hiermit ausdrücklich festgestellt, daß die 90 von Ihnen errechnete Sachverhalte nicht im Schreiben vom 30. 11. 49 nicht anerkannt werden kann, da sie ~~seiner~~ jeder gesetzlichen Grundlage entbehrt. Die Geschäftsstelle des KSHA war daher nicht befugt, Ihren Antrag auf Anweisung der Stadtverwaltung Ahrensburg zur Zahlung der verlangten Unterstützung zu entsprechen.

Ihre Anschuldigungen in Ihrem Schreiben vom 17. 12. 49 und 10. 5. 50 gegen den eingesetzten Geschäftsführer Dabelstein werden als vollkommen unbegründet zurückgewiesen. Dem Kreisgeschäftsführer Dabelstein kann eine Urkundenfälschung nicht nachgewiesen werden. Es bestand daher keine Veranlassung, Ihren Antrag auf Umbesetzung des Geschäftsführerspostens zu entsprechen. Sollte Sie jedoch nach wie vor der Ansicht sein, daß eine Urkundenfälschung vorliegt, möge Sie die nach Ihrer Ansicht erforderlichen Schritte unternehmen. Es wird nochmals festgestellt, wie dieses bereits zuvor erfolgt ist, daß der Kreisverbandshilfe, wie vom Kreistag gewählt, mit Ihren Eingaben nichts zu tun hatte. Der Geschäftsführer Dabelstein hat, wie auch aus dem Briefkopf ersichtlich, ~~Herr~~ das Schreiben vom 3. 4. 50 „im Auftrag“ der Verwaltung des Kreises Stormarn, Der Kreisdirektor „Abt. Kreisverbandshilfe“ unterzeichnet. Zur Unterzeichnung dieses Schreibens war er im Auftrag des Abt. KSHA berechtigt.

Auch Ihr Vorwurf im Schreiben vom 10. 5. 50 bezüglich des „Vorbehaltens von Schreiben“ muß als jeder Grundlage entbehrend, zurückgewiesen werden.

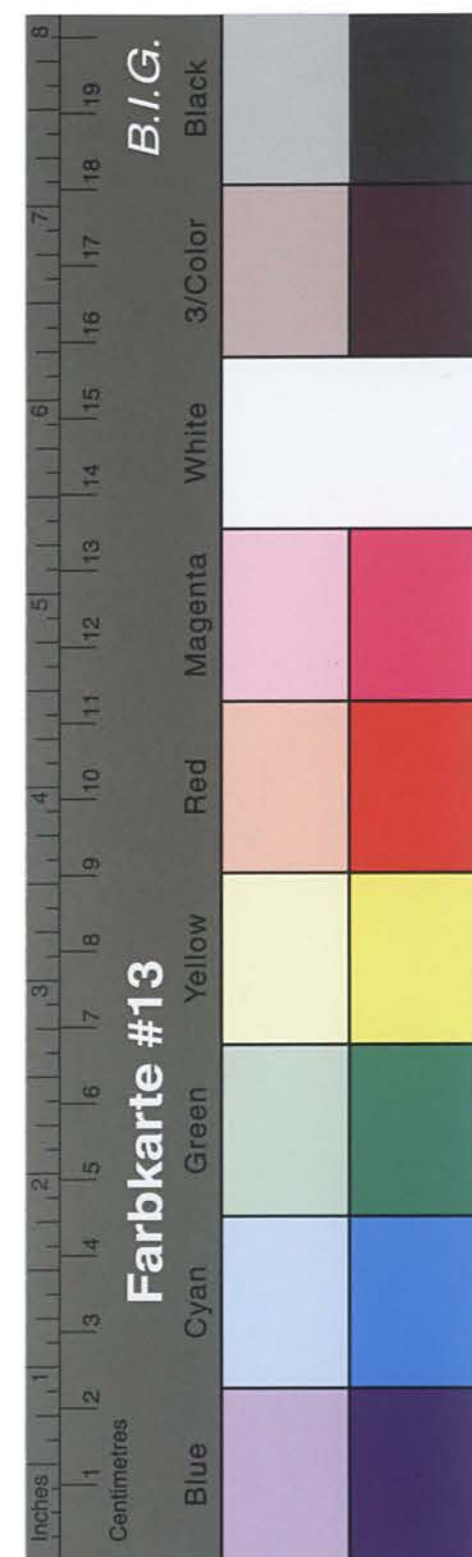
Ihre Eingabe vom 16. 10. 49 betraf Ihren Rechtsantrag. Sie wurde daher m. d. den Unterlagen der Landesregierung Schleswig-Holstein, Der Landesinnenminister - Ref. I/8 A. weitergeleitet. Wenn ~~es~~ ~~in~~ ~~den~~ ~~Durchführungsbestimmungen~~ des Gesetz 38/48 (Art. 6) bestimmt ist, dass



Kreisarchiv Stormarn B2

III
M.H. Reg. schwebende Beteiligungen Ihre
nicht beständig. Hieraus ist abzumachen
Ihre Anerkennung erfolgt. Nach § 1 des Ges. 38/48 war
jedoch nicht mehr die brit. Mit Reg. zuständig. Hier
habe die Annahme - Genehmigung des Landesherrn als
ausdrücklich erteilt werden müssen. Diese liegt bisher
nicht vor, wie überhaupt ein Akte hierüber
bisher nicht gestellt wurde. Die durch die KSH 28.10.48
angenommene Resolution ist somit als ~~unzulässig~~ ^{unwirksam}
anzusehen, da zunächst die Annahme - Genehmigung erforderlich
war. ~~Diese ausgesprochene Anerkennung kann jedoch der~~
~~gegenwärtig bestehende schwebende Zustand~~ ^{gegenwärtig bestehende} Zustand kann
jedoch beseitigt werden, wenn nachträglich die Annahme -
Genehmigung des Landesherrn ^{ausdrücklich} erteilt wird.
Nach der gegenwärtigen Zustand Ihres Verfahrens
38/48 (5 2 Abs. 2) ebenfalls noch nicht gegeben. Der
Landesherr erschrak in viel hat sein 1. Akte ausprobiert
zunächst als berechtigter Name abgelehnt, wobei es
unablässig sein dürfte, ob die Begründung als richtig
abgelehnt anzusehen ist. Aber auch diese muß als richtig
anerkannt werden, da Voraussetzung für die Anerkennung
die rechtsgültige Anerkennung ist. Sofern Sie mit der
Entscheidung des Landesherrn nicht konform gehen
wollen, steht Ihnen das Recht der Berufung an das oberste
Verwaltungsorgan (Landesherr) zu. (H.M. 6 zu § 9 des
Gesetzes 38/48)
Die Ann. 29/48 sieht bezüglich der Sanktion
unterstützt vor, daß die für zunächst 26 Wochen zu
genähren ist. Aber auch darüber hinaus, kommt sie nicht
werden. Dieses ist auch in Ihre Fallgeschichte. Mit der
Veränderung der Ladungsbe 37 und 38/48 hat eine
rechtsverändernde Zustand ein. Die Annahme 29/48 konnte
noch nicht übersehen, dass später ein Rückgang für den
erlassen wird. Sie hat diese Frage auch nicht geregelt.

III
bei dem H.M. für Akte, Wohlfahrt und Gesundheitswesen
ein Sonderrecht eingerichtet werden sollte. Dieses ist auch
zunächst geschehen. Es hatte sich jedoch als unzureichend
erwiesen, daß das Sonderrecht, bei dem o.g. Ministerium
eingeworfen war. Aus dieser Grunde wird das Sonderrecht
[H.M. 6] dem Rat. I/8 A. Pol. W.G. beim Innenministerium
zugeführt. Zu dieser Maßnahme war die Ladungsbe. nach
§ 11 des Gesetzes 38/48 betrug. Es ergab sich hieraus, daß
die Geschäftsführung der KSH 28.10.48 diese Ihre Eingabe von
16.10.48 a. das vorgenannte Rat. verweigert. Zuständig
war dieser Rat, da Ihre Eingabe Ihre Kundenantrag betraf
und keinen Antrag enthielt, der durch den Geschäftsbe
KSH 28.10.48 zu entscheiden war. Das gleiche hat zu für
Ihre beide Eingabe von 17. und 21.4.50.
Auch Ihr „fassungsverleses Extran“ 11/11
nicht zu erkennen, das das KSH 28.10.48
Ihren Antrag verweigert hat. Es heißt ausdrücklich
in dem Briefkopf „Sozial- und Jugendamt, Kreissozial-
rat ist die in der Anweisung 2000 erwähnte „Wohlfahrts-
Beauftragte ist die Geschäftsstelle der KSH 28.10.48 eine
Unterschied des Sozial- und Jugendamts. Dieses sei
nur zu Ihrer Unterstützung angeführt.
Wie bereits erwähnt, ist das Rat. I/8 A. Pol.
W.G. zunächst zeitlich die vorgeschaltete Dienststelle des
KSH 28.10.48 und der Ausführungsbefugnis für Vollstreckung
geworfen. Ihr Hinweis auf H.M. XI der VO. 4/41 der
Mit. Reg. ist somit als unzureichend anzusehen.
Da auch eine Einmischung Dritter nicht erfolgt
ist, wie in Ihrer a. Herrn Ministerium angeführt,
kann von einer schädlichen Handlung keine Rede sein.
Zusammenfassend sei bemerkt, daß Ihre
bisherige Eingabe a. Sachliche, sehr zu wünschen
ist, dass die in Ihrer der Gesetz und Gesetz
behaltung unterstützt wird und für die Veranlassung
Ihre Veranlassung besteht, Ihre jeder gesetzlichen Grundlage



Kreisarchiv Stormarn B2

entsprechenden Anträgen zu entsprechen.

F. Zu Ihrem eingereichten Haftentschädigungsantrag wird noch bemerkt, daß nach § 5 eine Haftschädigung an ehem. Mitglieder der NSDAP. nicht gezahlt wird. Hier wäre nach § 7 des Haftentschädigungsgesetzes ein Antrag auf Erteilung der Ausnahmegernehmigung erforderlich. Der Einreichung dieses Antrages an die Geschäftsstelle des KSHA wird entgegen-gesehen.

92

15. Mai 1950

4-1/9-Kreissonderhilfeausschuss -

- v. Mücke - D./K.

Herrn
Hellmuth von Mücke
in Ahrensburg
Mehlhagener Allee 78

nicht ab

Der Empfang Ihrer Schreiben vom 10.5.50, insbesondere Ihr an Herrn Kreisdirektor gerichteten Schreibens wird bestätigt. Da Sie in dem an den Kreissonderhilfeausschuss gerichteten Schreiben heute eine Antwort auf Ihr Schreiben vom 30.11.49 wünschen, soll dieses heute erfolgen, wobei jedoch zunächst auf die letzten Ausführungen Ihres Schreibens vom 30.11.49 verwiesen wird, wonach Sie eine Frist bis 5.12.49 setzen und falls diese Frist verstrichen sein sollte, Sie annehmen müssten, sich an andere Stellen wenden zu sollen. Hierbei sei erwähnt, dass Ihr Schreiben erst am 6.12.49 bei der Geschäftsstelle des Kreissonderhilfeausschusses einging, also bereits nach Fristablauf. Es stand Ihnen somit Ihrem Schreiben gem. frei, "andere Wege dazu einzuschlagen". Sie erwähnen weiter, dass Ihnen mit Bekanntgabe bürokratischer Entscheidungen pp. nicht gedient sei. Da Sie bekanntlich im Besitze der Anweisung der brit. Militärregierung vom 22.12.45 sind, sah sich die Geschäftsstelle des KSHA. nicht veranlasst, Sie auf die näheren Auslegungen dieser Anweisung hinzuweisen, zumal Sie, wie bereits erwähnt, "mit Bekanntgabe bürokratischer Entscheidungen pp. nicht anfangen" könnten.

Nach der Anweisung 2900 vom 22.12.45 waren in jedem Kreis Kreissonderhilfeausschüsse zu bilden, die als "Zweigstellen der Organisation des Wohlfahrtsamtes" anzusehen sind. Dieses ist geschehen.

Durch das Landesgesetz Nr. 37/48 ist bestimmt, dass nicht mehr die brit. Militärregierung, sondern die Landessonderhilfeausschüsse über Beschwerden der Antragsteller entscheiden. Nach § 1 des Gesetzes Nr. 37/48 der Landesregierung Schleswig - Holstein ist in jedem Kreis und jeder kreisfreien Stadt ein Sonderhilfeausschuss einzusetzen, der Entscheidungen über Anträge von Personen, die vom Nationalsozialismus aus polit., rass. oder religiö. Gründen verfolgt sind, auf Gewährung von Sonderhilfe gem. der Anweisung der brit. Militärregierung vom 22.12.45, trifft.

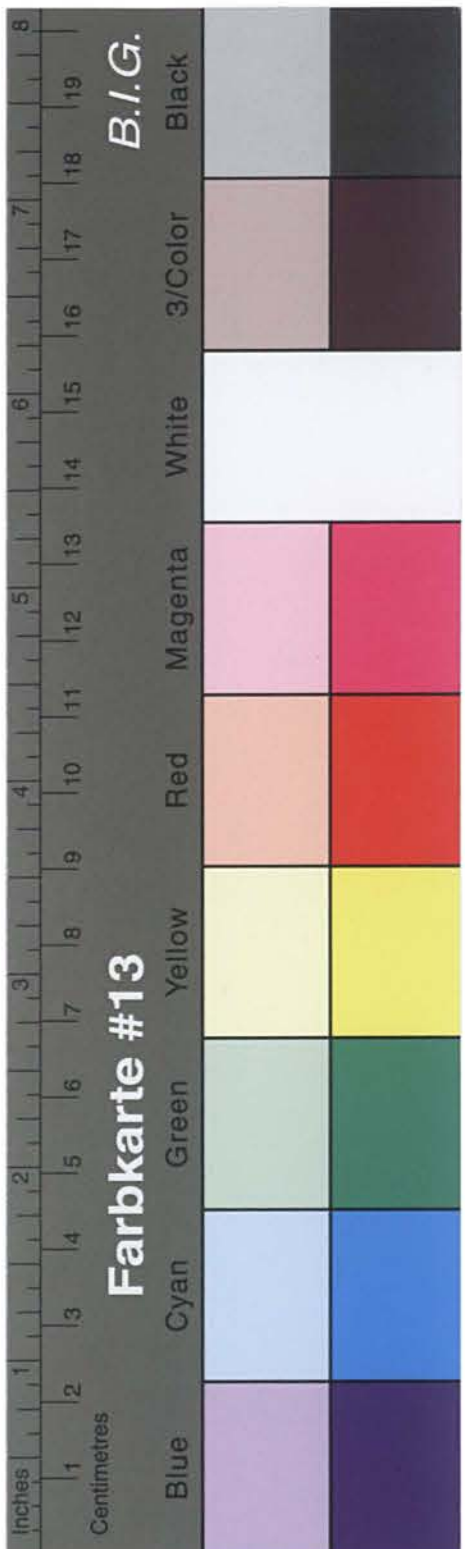
§ 2 des o.a. Gesetzes regelt die Zusammensetzung der Sonderhilfeausschüsse. § 3 bestimmt, dass nicht mehr die brit. Militärregierung, sondern ein Sonderhilfeausschuss des Landes über Beschwerden entscheidet. Hieraus ergibt sich, dass nunmehr nicht mehr die Militärregierung zuständig sind, sondern die Sonderhilfeausschüsse der Länder.

Auf. 3 zu § 3 des Gesetzes bestimmt, dass bei den Kreisen Geschäftsstellen für die Betreuung der OdM. einzurichten sind. Dieses ist ebenfalls geschehen. Diese Geschäftsstelle führt im Kreise Stormarn die Bezeichnung "Abt. Kreissonderhilfeausschuss". Als Geschäftsführer dieser Abteilung wurde der Verwaltungsangestellte Dabelstein eingesetzt. Er hat alle Angelegenheiten, die die Geschäftsstelle betreffend, zu erledigen. Die durch die Kreistage gewählten Sonderhilfeausschüsse haben lediglich über Anträge auf Anerkennung Verfolgter zu entscheiden. Weitere Aufgaben hat der nach § 2 des Gesetzes zu wählende Sonderhilfeausschuss nicht, wie dieses auch im § 1 des Gesetzes 37/48 festgelegt ist.

Ihre Eingabe vom 30.11.49 brauchte somit auch dem KSHA. nicht vorgelegt werden, da über Ihren Antrag nach § 1 Gesetz 37/48 eine Entscheidung bereits getroffen war. Hier handelte es sich einzig und allein um eine reine Verwaltungssache.

Nun nochmals zurück zur Anweisung vom 22.12.45 der brit. Militärregierung:

Von



Kreisarchiv Stormarn B2

15. Mai 1950

4-1-9-Kreisarchiv Stormarn B2

Herrn
Herrn von M. K. K.
in A. B. B. B.
Herrn von M. K. K.

Der Empfang Ihrer Schreiben vom 10.5.50, insbesondere Ihr an Herrn Kreis-
direktor gerichteten Schreiben wird bestätigt. Da Sie in dem an den Kreis-
sonderhilfsausschuss gerichteten Schreiben heute eine Antwort auf Ihr
Schreiben vom 30.11.49 wünschen, soll dieses heute erfolgen, wobei jedoch
zunächst auf die letzten Ausführungen Ihres Schreibens vom 30.11.49 ver-
wiesen wird, wonach Sie eine Frist bis 2.12.49 setzen und falls diese
Frist verstrichen sein sollte, Sie annehmen müssten, sich an andere Stel-
len wenden zu sollen. Hierbei sei erwähnt, dass Ihr Schreiben erst am
8.12.49 bei der Geschäftsstelle des Kreissonderhilfsausschusses einging,
also bereits nach Fristablauf. Es stand Ihnen somit Ihrem Schreiben gem.
Frist, "andere Wege dann einschlagen". Sie erwähnen weiter, dass Ihnen
mit bekanntgabe direktschwerer Anschuldigungen gg. nicht gedient sei. Da
Sie bekanntlich im Besitze der Anweisung der brit. Militärregierung vom
25.12.45 sind, sah sich die Geschäftsstelle des KSHA. nicht veranlaßt,
Sie auf die höheren Anordnungen dieser Anweisung hinzuweisen, zumal Sie
wie bereits erwähnt, mit bekanntgabe direktschwerer Anschuldigungen gg.
nicht anrufen "könnten".

Nach der Anweisung 2900 vom 22.12.45 waren in jedem Kreis Kreissonderhilfs-
ausschüsse zu bilden, die als "Zweigstellen der Organisation des Wohlfahrts-
amtes" bezeichnet sind. Dieses ist geschehen.

Durch das Landesgesetz Nr. 37/48 ist bestimmt, dass nicht mehr die brit.
Militärregierung, sondern der Landessonderhilfsausschuss über Beschwerden
der Antragsteller entscheiden. Nach § 1 des Gesetzes Nr. 37/48 der Landes-
regierung Schleswig - Holstein ist in jedem Kreis und jeder Kreisver-
waltung ein Sonderhilfsausschuss einzusetzen, der Entscheidungen über Anträ-
ge von Personen, die von Nationalisierungsmaßnahmen betroffen sind, über
Bücher, die von Nationalisierungsmaßnahmen betroffen sind, und Gewährung von Sonderhilfe gem. der Anweisung
des brit. Militärregiments vom 25.12.45 trifft.

§ 2 des o. a. Gesetzes regelt die Zusammensetzung der Sonderhilfsausschüsse.
§ 3 bestimmt, dass nicht mehr die brit. Militärregierung, sondern der
Sonderhilfsausschuss des Landes über Beschwerden entscheiden. Hierzu er-
gibt sich, dass nunmehr nicht mehr die Militärregierung zuständig ist,
sondern der Sonderhilfsausschuss des Landes.

Art. 3 zu § 3 des Gesetzes bestimmt, dass bei dem Kreisamts-Geschäftsstellen-
amt die Betreuung der o. a. Angelegenheiten obliegt. Dieses ist ebenfalls gesche-
hen. Diese Geschäftsstelle führt im Kreis Stormarn die Bezeichnung "Abt.
Kreisarchiv Stormarn". Als Geschäftsführer dieser Abteilung wurde
der Verwaltungsratsmitglied Dabelstein eingesetzt. Er hat alle Angelegen-
heiten, die Geschäftsstelle betreffend, zu erledigen. Da durch die Kreis-
tage gewählten Sonderhilfsausschüsse haben lediglich über Anträge auf An-
erkennung Verfolgter zu entscheiden. Weitere Aufgaben hat der nach § 3 des
Gesetzes zu wählende Sonderhilfsausschuss nicht, wie dieses auch im § 1
des Gesetzes 37/48 festgelegt ist.

Ihre Eingabe vom 30.11.49 brachte somit auch dem KSHA. nicht vorgelagt
werden, da über Ihren Antrag nach § 1 Gesetz 37/48 eine Entscheidung ge-
traffe worden war. Hier handelt es sich einzig und allein um eine reine
Verwaltungsangelegenheit.

Im nochmals zurück zur Anweisung vom 22.12.45 der brit. Militärregierung.

noy

93

-2-

Von der Anerkennung als Verfolgter ist ausgeschlossen, wer jemals Mit-
glied der NSDAP. oder deren Gliederungen war, es sei denn, dass die ört-
lich zuständige brit. Militärregierung eine Ausnahmegenehmigung erteilt.
Eine schriftliche Ausnahmegenehmigung liegt nicht vor, es ist lediglich
dem seinerzeitigen Geschäftsführer, Herrn Runge, erklärt worden, dass
"seitens der Militärregierung schwerwiegende Bedenken gegen Ihre Aner-
kennung nicht bestünden". Hierauf ist alsdann auch Ihre Anerkennung er-
folgt. Nach § 1 des Gesetzes 37/48 war jedoch nicht mehr die brit. mili-
tärregierung zuständig. Hier hätte die Ausnahme-Genehmigung des Landes-
sonderhilfsausschusses erteilt werden müssen. Diese liegt bisher nicht
vor, wie überhaupt ein Antrag Ihrerseits hierfür bisher nicht gestellt
wurde. Die durch den KSHA. am 28.10.48 ausgesprochene Anerkennung kann
somit als rechtsgültig nicht angesehen werden. Der KSHA. wird daher noch-
mals zu Ihrer Anerkennung Stellung nehmen.

Nach dem gegenwärtigen Zustand Ihres Verfahrens waren somit die Voraus-
setzungen des Landesgesetzes 38/48 (§ 2 Abs. 2) ebenfalls noch nicht ge-
geben. Der Landesrentenausschuss in Kiel hat somit Ihren Rentenanspruch
zunächst berechtigter Weise abgelehnt, wobei es unerheblich sein dürfte,
ob die Begründung als richtig abgesetzt anzusehen ist. Aber auch diese
muss als richtig anerkannt werden, da Voraussetzung für den Renten-
anspruch die rechtsgültige Anerkennung ist. Sofern Sie mit der Entschei-
dung des Landesrentenausschusses nicht konform gehen konnten, stand Ihnen
das Recht der Berufung an das Oberversicherungsamt (Sonderkammer) zu.
(Art. 6 zu § 9 des Gesetzes 38/48).

Die Anweisung 2900 sieht bezüglich der Sonderunterstützung vor, dass
diese für zunächst 26 Wochen zu gewähren ist. Aber auch darüber hinaus
konnte sie gewährt werden. Dieses ist auch in Ihrem Falle geschehen. Mit
der Verkündung der Landesgesetze 37 und 38/48 trat ein rechtsveränder-
ter Zustand ein. Die Anweisung 2900 konnte noch nicht übersehen, dass
später ein Rentengesetz für OdW. erlassen würde. Sie hat diese Frage
auch nicht geregelt.

Es wird hiermit ausdrücklich festgestellt, dass die von Ihnen errechnete
Sonderunterstützung im Schreiben vom 30.11.49 nicht anerkannt werden
kann, da sie jeder gesetzlichen Grundlage entbehrt. Die Geschäftsstelle
des KSHA. war daher nicht befugt, Ihrem Antrag auf Anweisung der Stadt-
verwaltung Ahrensburg zur Zahlung der verlangten Unterstützung zu ent-
sprechen.

Ihre Anschuldigungen in Ihren Schreiben vom 17., 21.4. und 10.5.50 gegen
den eingesetzten Geschäftsführer Dabelstein werden als vollkommen unbe-
gründet zurückgewiesen. Dem Kriegsgeschäftsführer Dabelstein kann eine
Urkundenfälschung nicht nachgewiesen werden. Es bestand daher keine Ver-
anlassung, Ihrem Antrage auf Umbesetzung des Geschäftsführerpostens zu
entsprechen. Sollten Sie jedoch nach wie vor der Ansicht sein, dass eine
Urkundenfälschung vorliegt, mögen Sie die nach Ihrer Ansicht erforder-
lichen Schritte unternehmen. Es wird nochmals festgestellt, wie dieses
bereits zuvor erfolgt ist, dass der Kreissonderhilfsausschuss, wie vom
Kreistag gewählt, mit Ihren Eingaben nichts zu tun hatte. Der Geschäfts-
führer Dabelstein hat, wie auch aus dem Briefkopf ersichtlich, das Schrei-
ben vom 3.4.50 "im Auftrage" der "Verwaltung des Kreises Stormarn, Der
Kreisdirektor" "Abt. Kreisarchiv Stormarn" unterzeichnet. Zur Un-
terzeichnung dieses Schreibens war er im Auftrage der Abteilung Kreis-
sonderhilfsausschuss berechtigt.

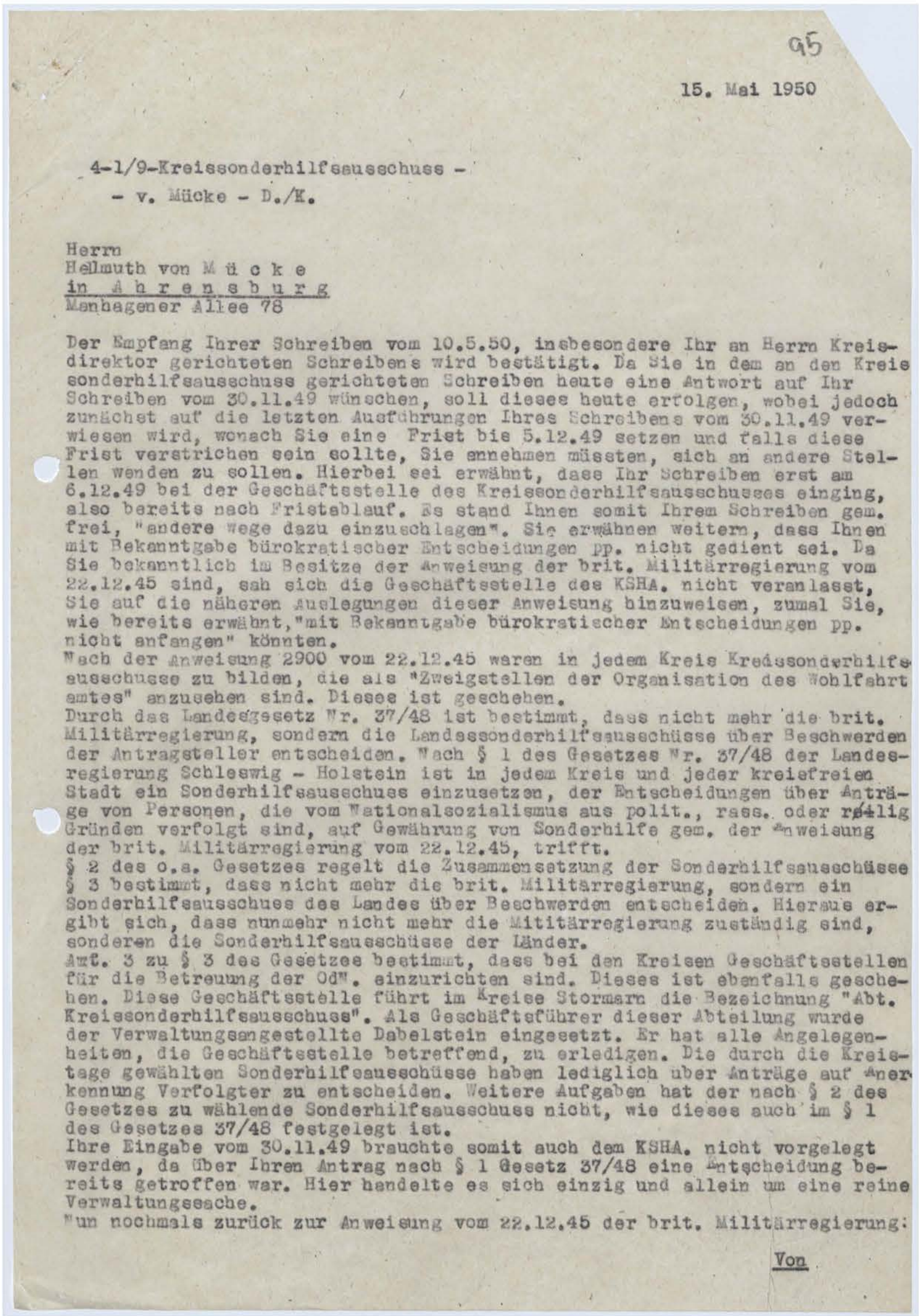
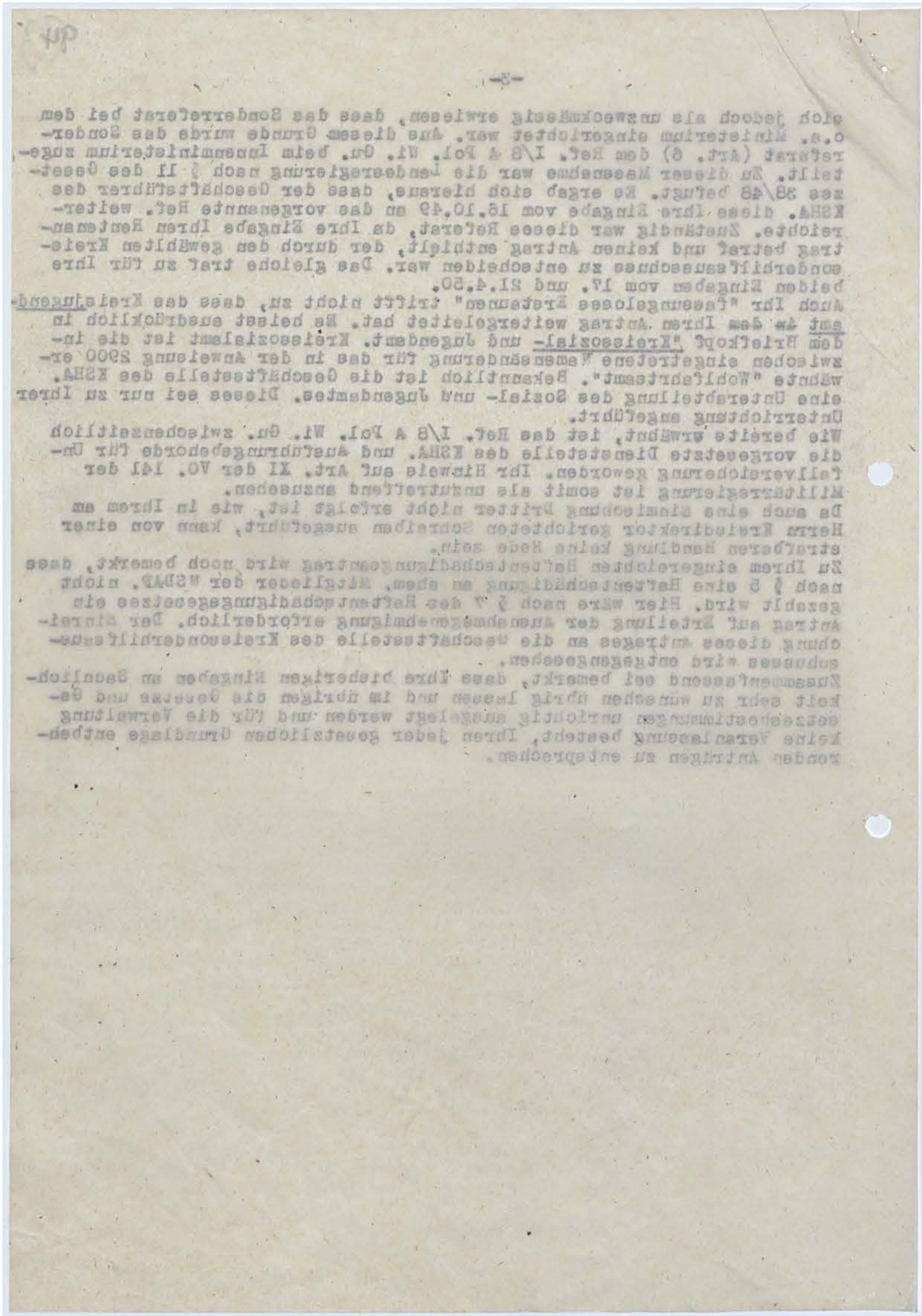
Auch Ihr Vorwurf im Schreiben vom 10.5.50 bezüglich des "Vorenthalte-
ns von Schreiben" muss als jeder Grundlage entbehrend, zurückgewiesen werden.

Ihre Eingabe vom 16.10.49 betraf Ihren Rentenanspruch. Sie wurde daher mit
den Unterlagen der Landesregierung Schleswig - Holstein, Der Landesmini-
ster des Innern - Ref. 1/8 A., weitergeleitet. In den Durchführungsbe-
stimmungen zum Gesetz 38/48 (Art. 6) ist bestimmt, dass bei dem Ministe-
rium für Arbeit, Wohlfahrt und Gesundheitswesen ein Sonderreferat einge-
richtet werden sollte. Dieses ist auch zunächst geschehen. Es hatte

sich

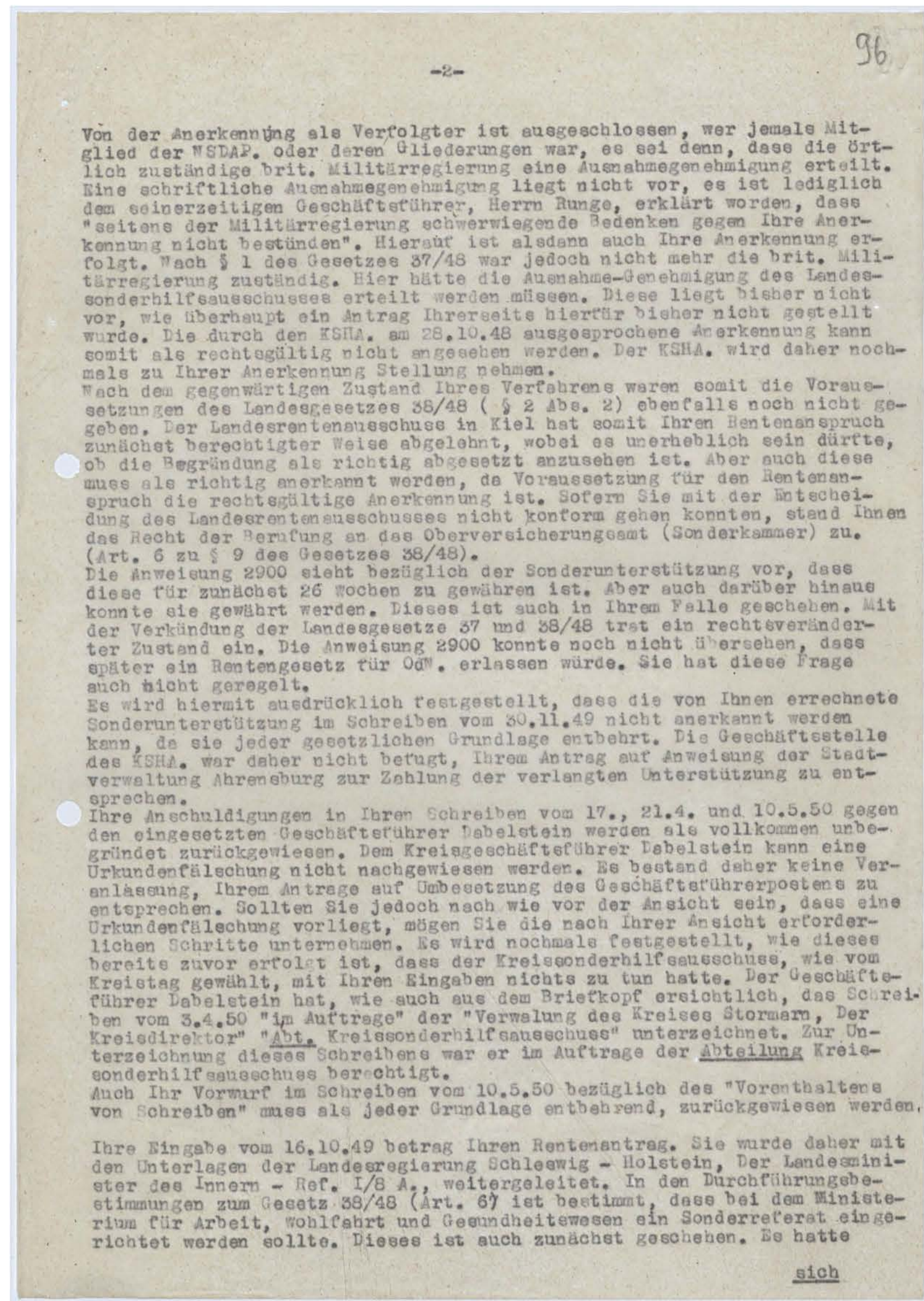
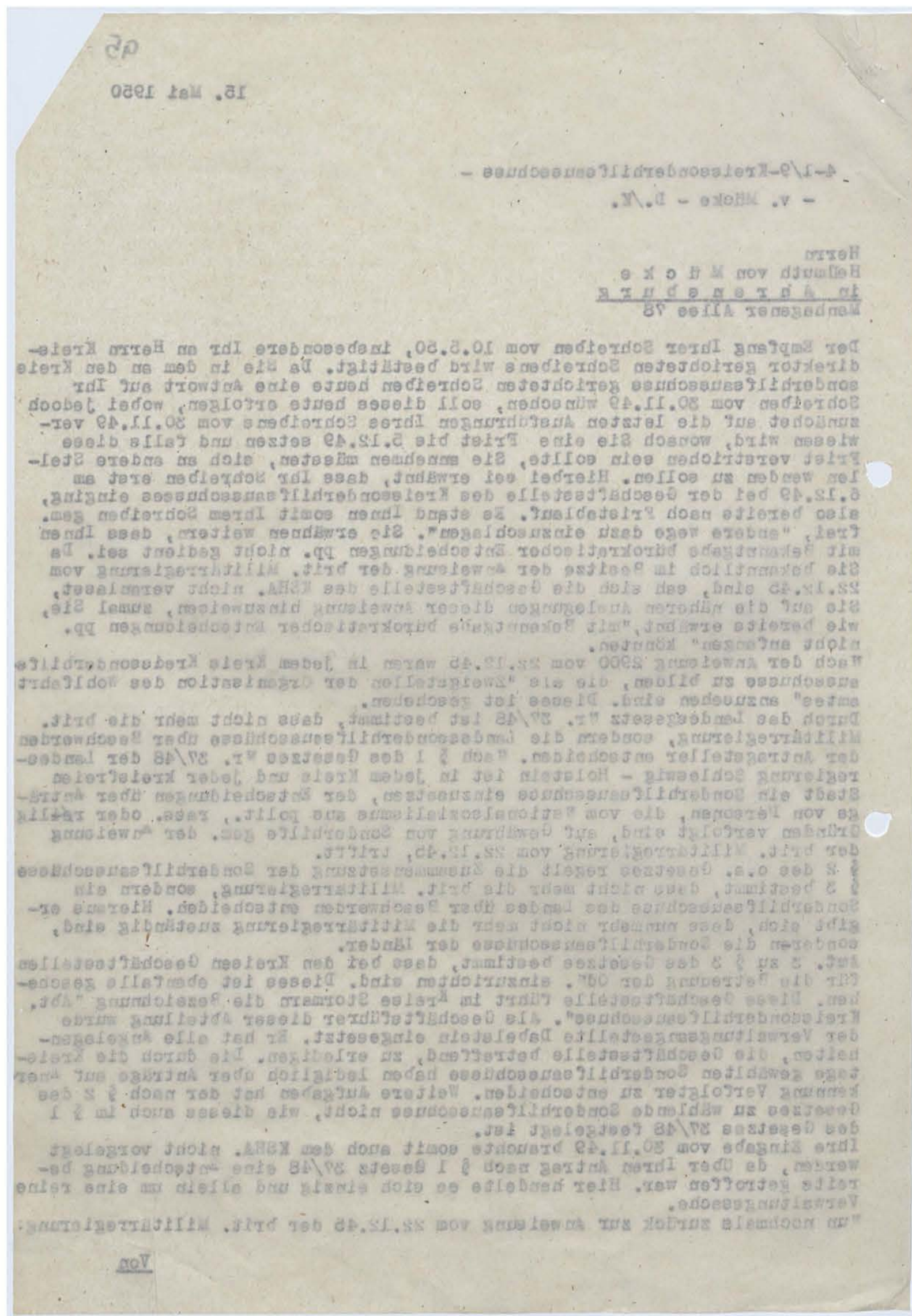


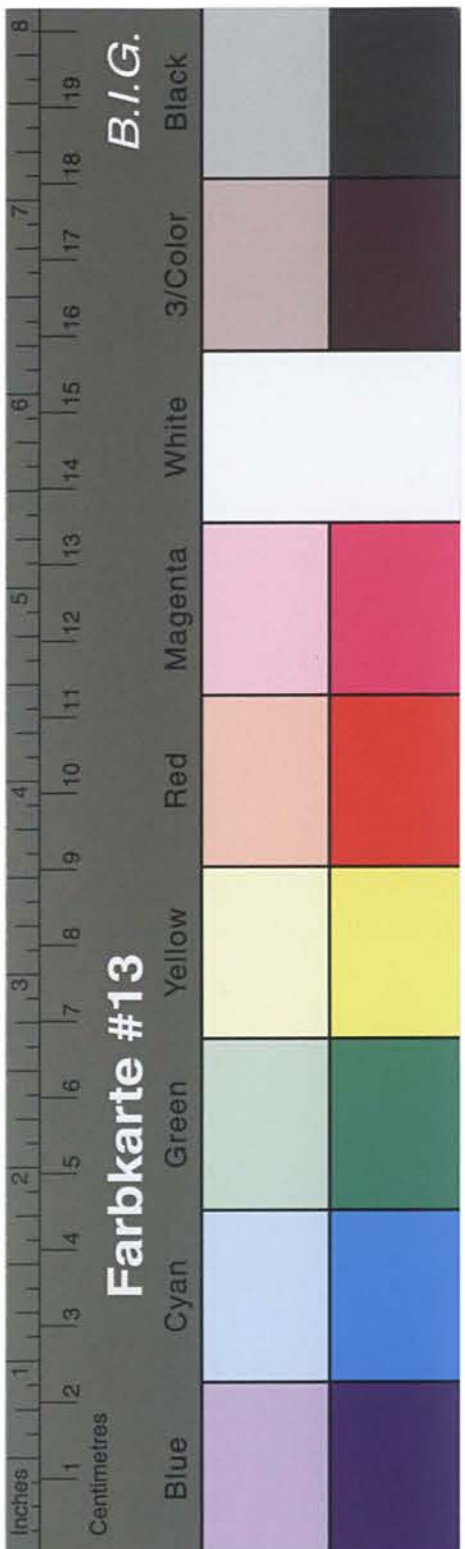
Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2





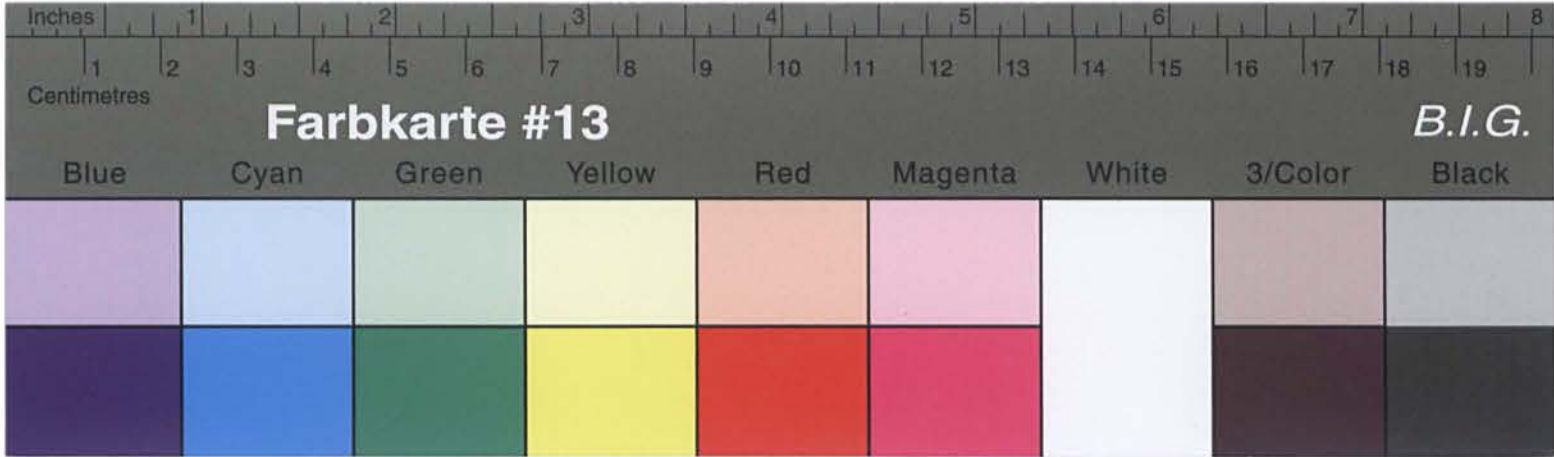
Kreisarchiv Stormarn B2

26

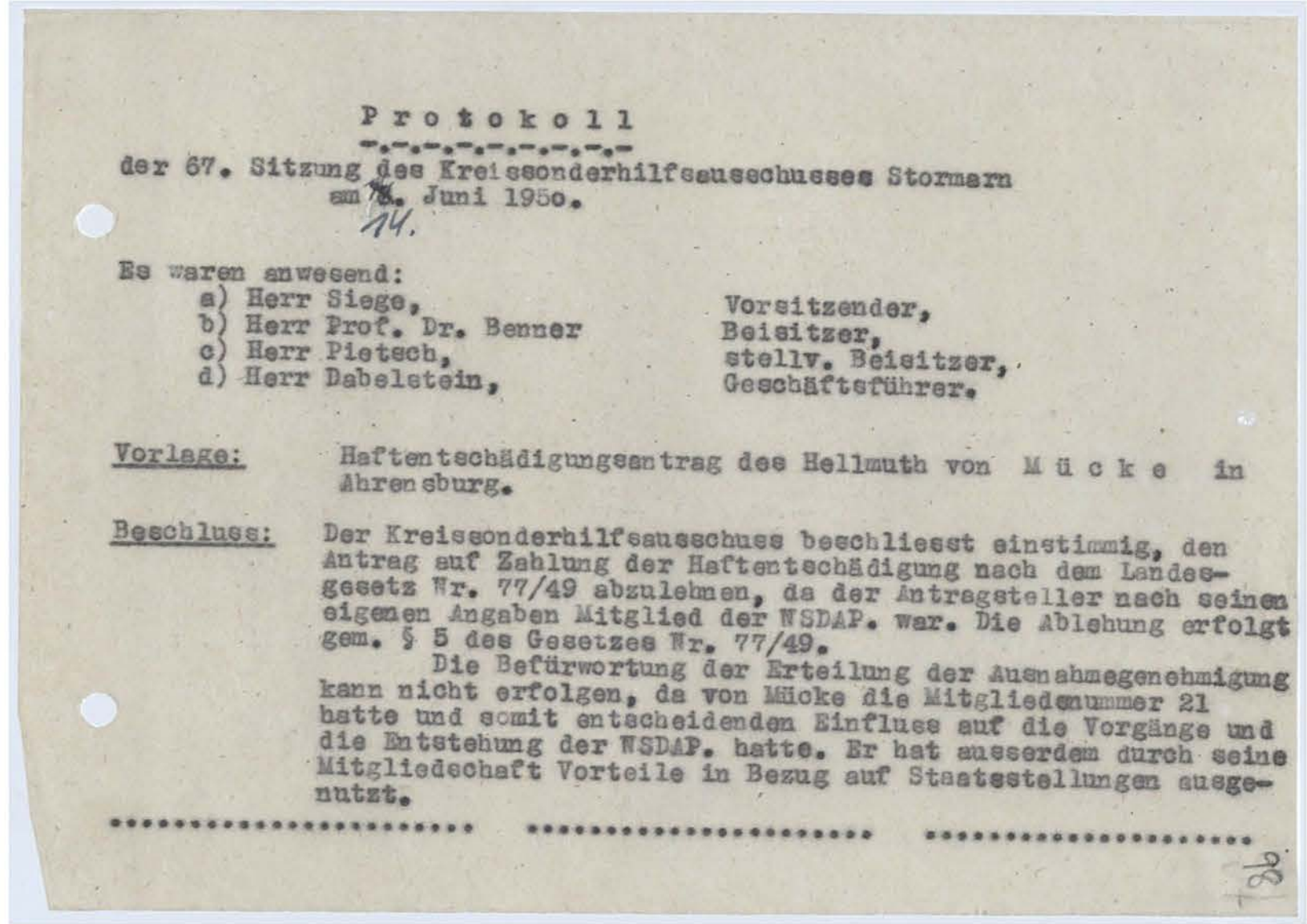
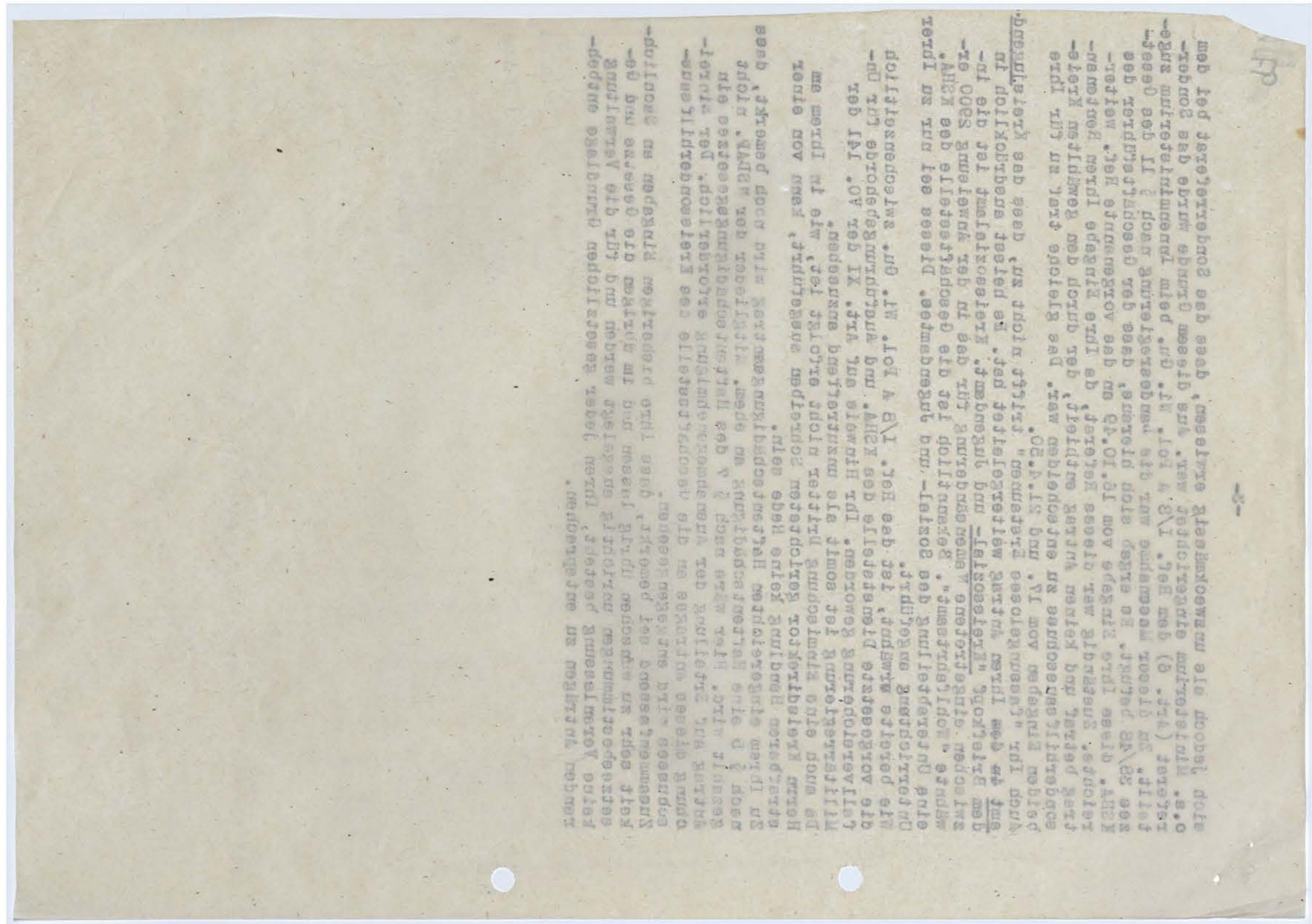
von der Anerkennung als Verfolger ist ausgeschlossen, wer jemals Mit-
glied der NSDAP, oder deren Gliederungen war, es sei denn, dass die ört-
lich zuständige brit. Militärregierung eine Ausnahmegenehmigung erteilt.
Eine schriftliche Ausnahmegenehmigung liegt nicht vor, es ist lediglich
bekannt, dass Herr Runge, Herr Runge, Herr Runge, Herr Runge, Herr Runge,
"seitens der Militärregierung schwerwiegende Bedenken gegen Ihre Aner-
kennung nicht bestanden". Hiermit ist alsdann auch Ihre Anerkennung er-
teilt. Nach § 1 des Gesetzes 38/48 war jedoch nicht mehr die brit. Mil-
itärregierung zuständig. Hier hätte die Ausnahmegenehmigung des Landes-
sonderhilfesausschusses erteilt werden müssen. Diese liegt nicht
vor, wie überhaupt ein Antrag hierzu bisher nicht gestellt
wurde. Die durch den KSHA, am 28.10.48 angesprochene Anerkennung kann
somit als rechtsgültig nicht angesehen werden. Der KSHA wird daher noch-
mals zu Ihrer Anerkennung Stellung nehmen.
Nach dem gegenwärtigen Zustand Ihres Verfahrens werden somit die Voraus-
setzungen des Landesgesetzes 38/48 (§ 2 Abs. 2) ebenfalls noch nicht ge-
geben. Der Landesregierungsmannschaft in Kiel hat somit Ihren Heftent-
schaden bei der Verhängung der Landesgesetze 38/48 und 38/48 erst ein rechtsveränd-
erndes Urteil abgewartet, wobei es unerheblich sein dürfte,
ob die Begründung als richtig abgelehnt angenommen ist. Aber auch diese
muss als richtig anerkannt werden, da Voraussetzung für den Heftent-
schaden die rechtsgültige Anerkennung ist. Sofern Sie mit der Mitteil-
ung des Landesregierungsmannschaft nicht konform gehen konnten, stand Ihnen
das Recht der "Berufung an das Oberverwaltungsamt (Sonderkammer) an."
(Art. 6 Nr. 2 des Gesetzes 38/48).
Die Anweisung 2900 steht bezüglich der Sonderunterstützung vor, dass
diese für zunächst 26 Wochen zu gewähren ist. Aber auch darüber hinaus
konnte sie gewährt werden. Dieses ist auch in Ihrem Falle geschehen. Mit
der Verhängung der Landesgesetze 38/48 und 38/48 trat ein rechtsveränd-
erndes Urteil ein. Die Anweisung 2900 konnte noch nicht gesehen, dass
später ein Rechtsgesetz für "Oa" erlassen wurde. Sie hat diese Frage
auch nicht gestellt.
Es wird hiermit ausdrücklich festgestellt, dass die von Ihnen errechnete
Sonderunterstützung im Schreiben vom 30.11.48 nicht anerkannt werden
kann, da die jeder gesetzlichen Grundlage entbehrt. Die Geschäftsstelle
des KSHA, war daher nicht befugt, Ihren Antrag zur Anweisung der Stadt-
verwaltung ohne Begründung zur Zahlung der verlangten Unterstützung zu ent-
scheiden.
Ihre Anrechnungen in Ihren Schreiben vom IV., XI.4. und 10.5.50 gegen
den eingereichten Geschäftsleiter haben keine Wirkung. Dem Kreisgeschäft-
leiter ist bekannt, dass Sie keine Ver-
ständigung mit dem Geschäftsführer des Kreisarchivs zu
erlangen, Ihren Antrag auf Umgestaltung des Geschäftsverhältnisses zu
entscheiden. Sollten Sie jedoch nach wie vor der Ansicht sein, dass eine
Umgestaltung vorliegt, müssen Sie die nach Ihrer Ansicht erforder-
lichen Schritte unternehmen. Es wird nochmals festgestellt, wie diese
bereits zuvor erfolgt ist, dass der Kreisarchivleiter, wie von
Kreisarchivleiter, mit Ihren Klagen nichts zu tun hatte. Der Geschäfts-
leiter hat, wie auch aus dem Briefkopf ersichtlich, das Be-
denken vom 3.4.50 "in Anbetracht der Verweisung des Kreises Stormarn, der
Kreisarchivleiter, "Auf Kreisarchivleiter" unterzeichnet. Der Oa-
leiter hat diese Schritte war er im Auftrag der Abteilung Kreis-
sonderhilfesausschuss beschlichtet.
Auch Ihr Vorwurf im Schreiben vom 10.5.50 bezüglich des "Vormerkals
von Schreiben" muss als jeder Grundlage entbehrend zurückgewiesen werden.
Ihre Eingabe vom 16.10.48 betraf Ihren Heftentwurf. Sie wurde daher mit
den Unterlagen der Landesregierung Schleswig - Holstein, der Landesmin-
ister des Innern - Ref. I/8 A, weitergeleitet. In den Durchführungs-
anweisungen zum Gesetz 38/48 (Art. 6) ist bestimmt, dass bei dem Mitteil-
en für Arbeit, Wohlfahrt und Gesundheitswesen ein Sonderreferat einzu-
richten ist. Dieses ist auch tatsächlich geschehen. Es hatte

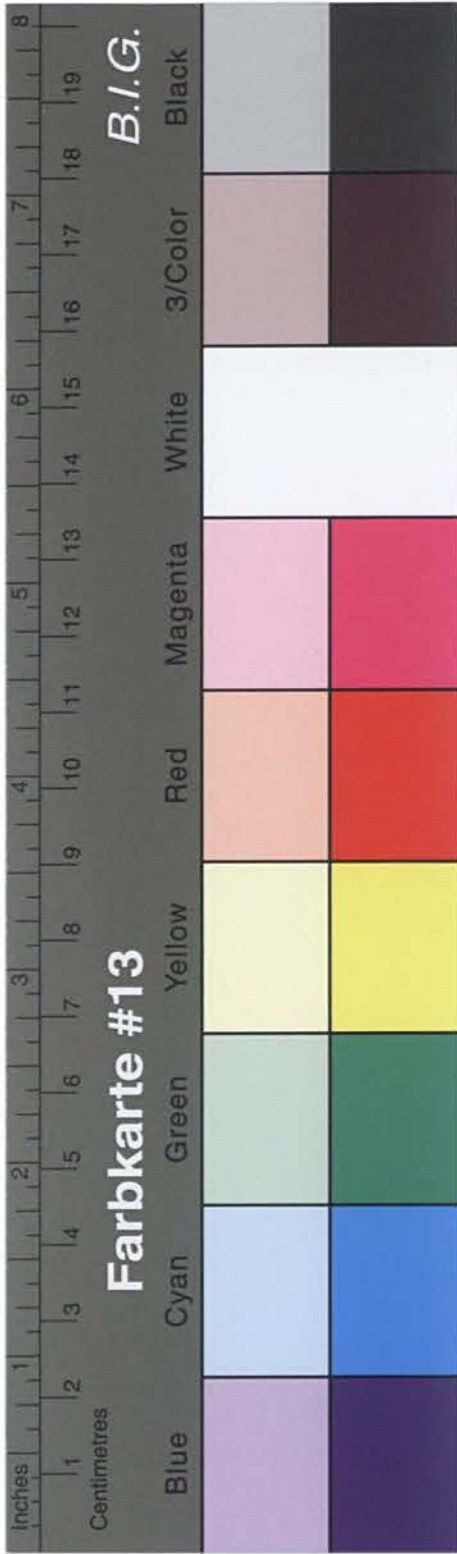
27

sich jedoch als unzweckmäßig erwiesen, dass das Sonderreferat bei dem
o.a. Ministerium eingerichtet war. Aus diesem Grunde wurde das Sonder-
referat (Art. 6) dem Ref. I/8 A Pol. Wi. Gu. beim Innenministerium zuge-
teilt. Zu dieser Massnahme war die Landesregierung nach § 11 des Geset-
zes 38/48 befugt. Es ergab sich hieraus, dass der Geschäftsführer des
KSHA, diese Ihre Eingabe vom 16.10.48 an das vorgenannte Ref. weiter-
reichte. Zuständig war dieses Referat, da Ihre Eingabe Ihren Renten-
antrag betraf und keinen Antrag enthielt, der durch den gewählten Kreis-
sonderhilfesausschuss zu entscheiden war. Das gleiche trat zu für Ihre
beiden Eingaben vom 17. und 21.4.50.
Auch Ihr "fassungsloses Erstaunen" trifft nicht zu, dass das Kreisjugend-
amt in dem Ihren Antrag weitergeleitet hat. Es heisst ausdrücklich in
dem Briefkopf "Kreissozial- und Jugendamt. Kreissozialamt ist die in-
zwischen eingetretene Namensänderung für das in der Anweisung 2900 er-
wähnte "Wohlfahrtsamt". Bekanntlich ist die Geschäftsstelle des KSHA,
eine Unterabteilung des Sozial- und Jugendamtes. Dieses sei nur zu Ihrer
Unterrichtung angeführt.
Wie bereits erwähnt, ist das Ref. I/8 A Pol. Wi. Gu. zwischenzeitlich
die vorgesetzte Dienststelle des KSHA, und Ausführungsbehörde für Un-
fallversicherung geworden. Ihr Hinweis auf Art. XI der VO. 141 der
Militärregierung ist somit als unzutreffend anzusehen.
Da auch eine Einmischung Dritter nicht erfolgt ist, wie in Ihrem am
Herrn Kreisdirektor gerichteten Schreiben ausgeführt, kann von einer
strafbaren Handlung keine Rede sein.
Zu Ihrem eingereichten Haftentschädigungsantrag wird noch bemerkt, dass
nach § 5 eine Haftentschädigung an ehem. Mitglieder der NSDAP, nicht
gezahlt wird. Hier wäre nach § 7 des Haftentschädigungsgesetzes ein
Antrag auf Erteilung der Ausnahmegenehmigung erforderlich. Der Einrei-
chung dieses Antrages an die Geschäftsstelle des Kreissonderhilfesaus-
schusses wird entgegengehalten.
Zusammenfassend sei bemerkt, dass Ihre bisherigen Eingaben an Sachlich-
keit sehr zu wünschen übrig lassen und im übrigen die Gesetze und Ge-
setzesbestimmungen unrichtig ausgelegt werden und für die Verwaltung
keine Veranlassung besteht, Ihren jeder gesetzlichen Grundlage entbeh-
renden Anträgen zu entsprechen.

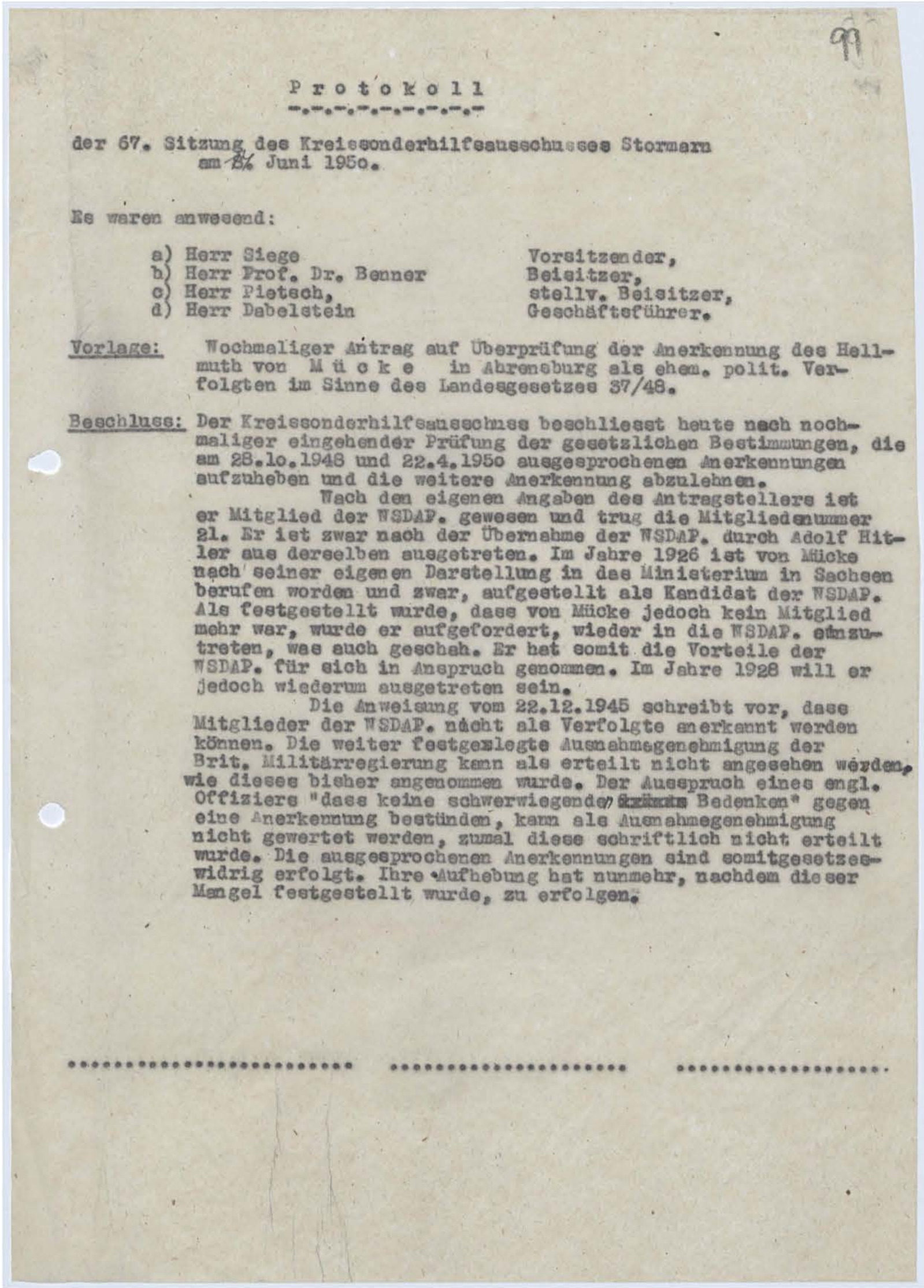
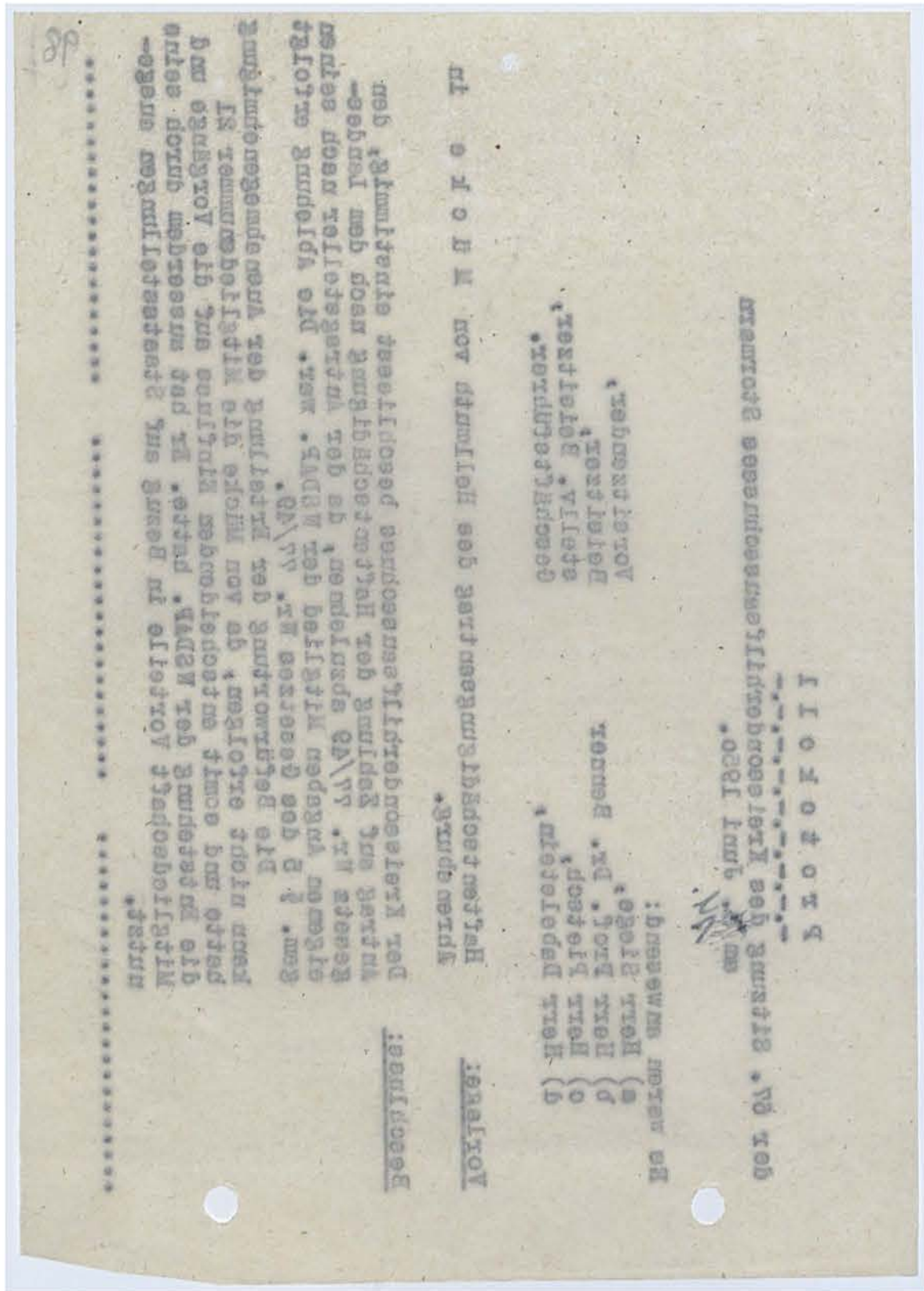


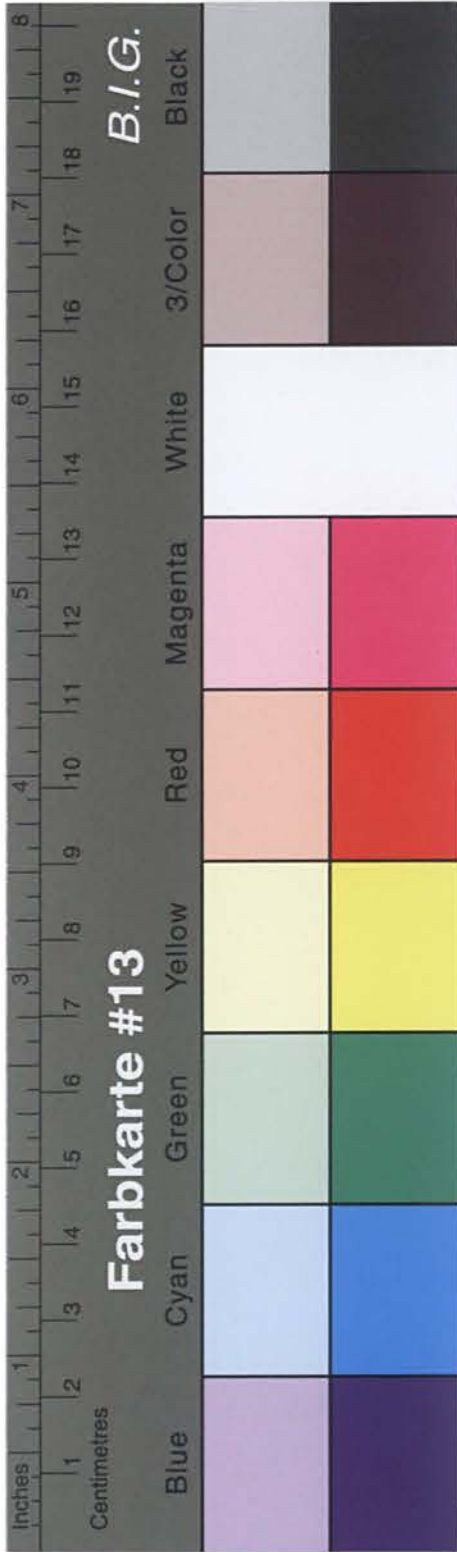
Kreisarchiv Stormarn B2



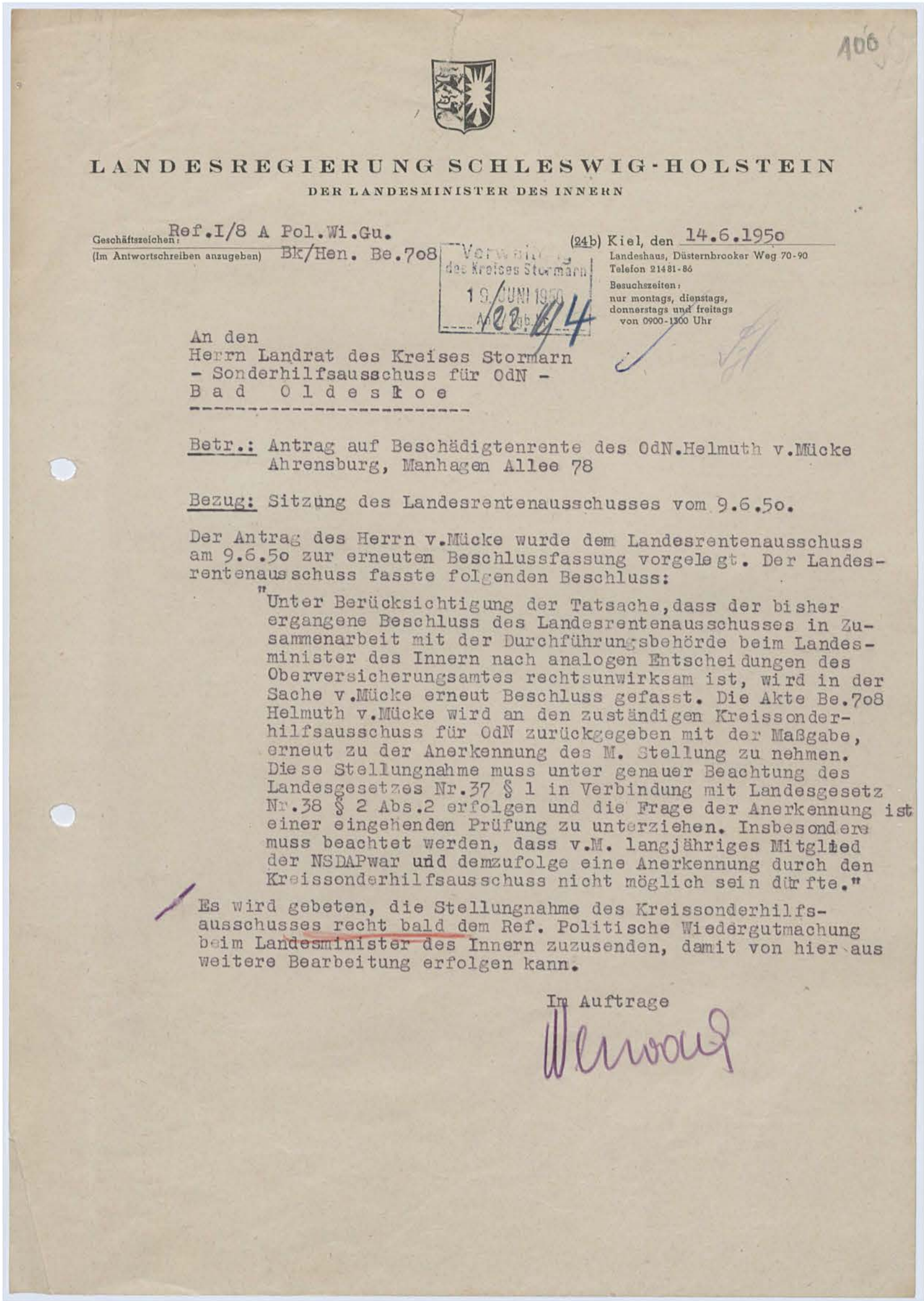
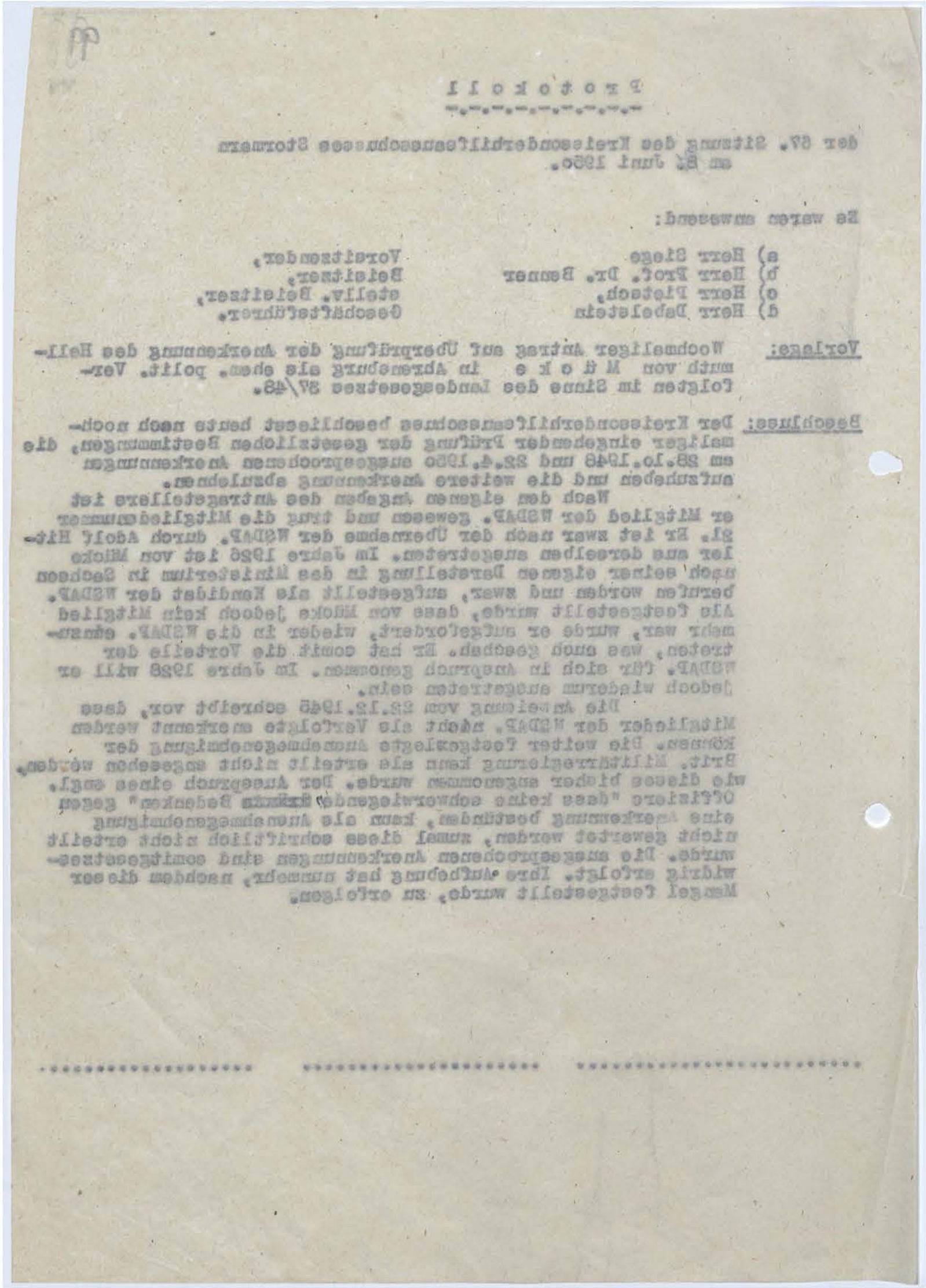


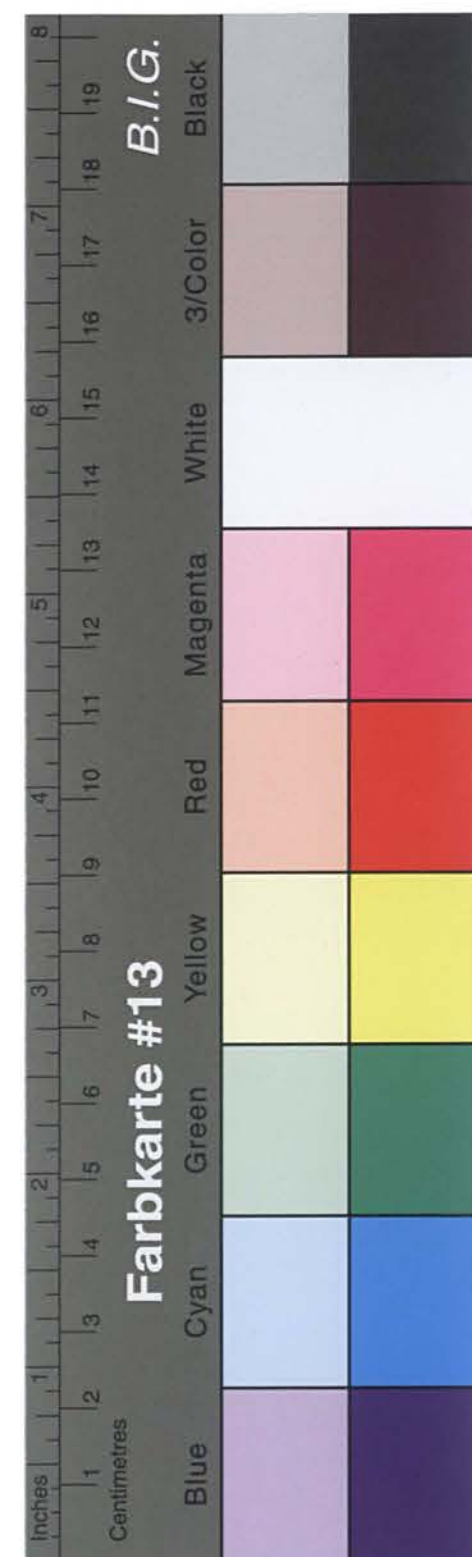
Kreisarchiv Stormarn B2



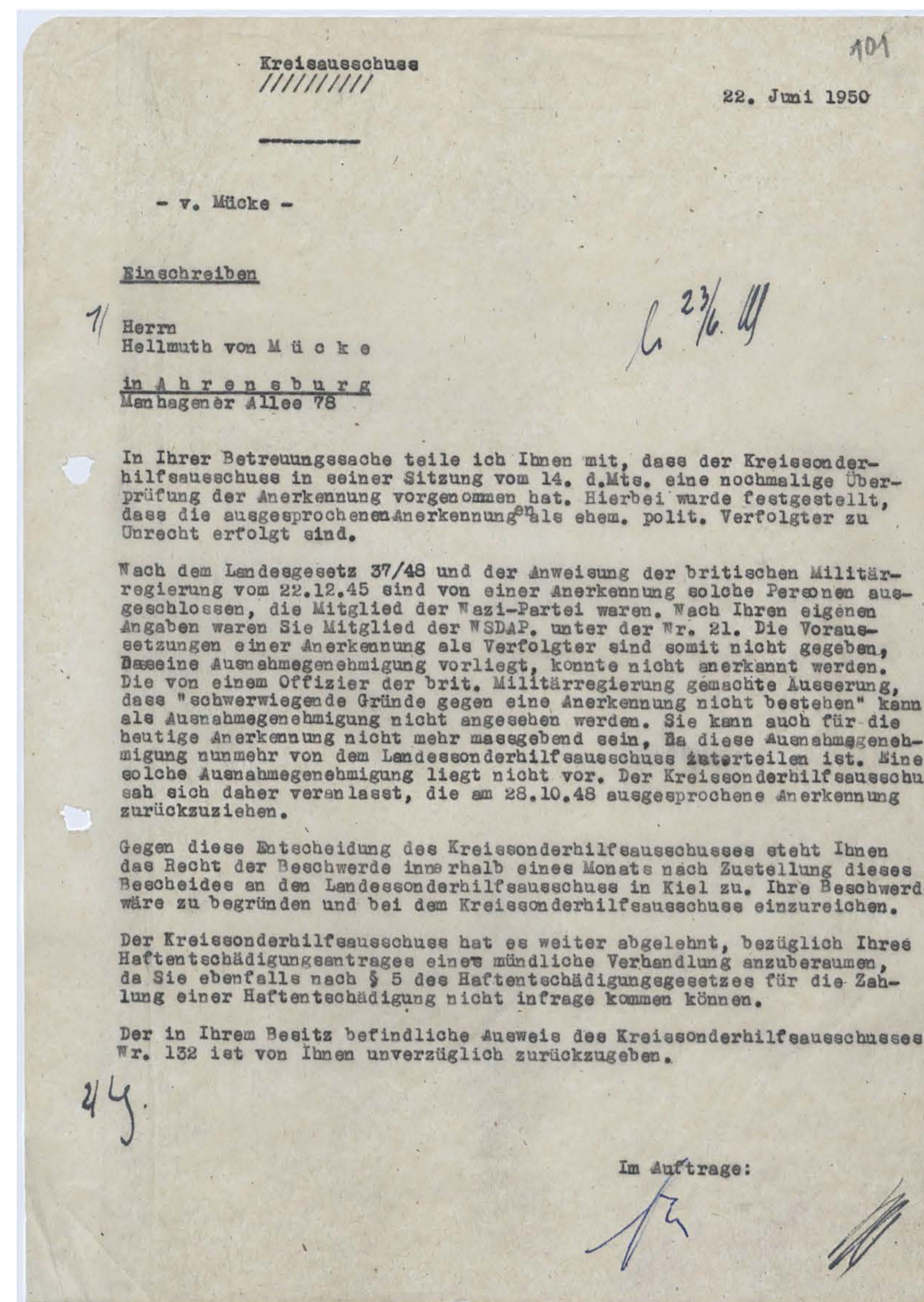
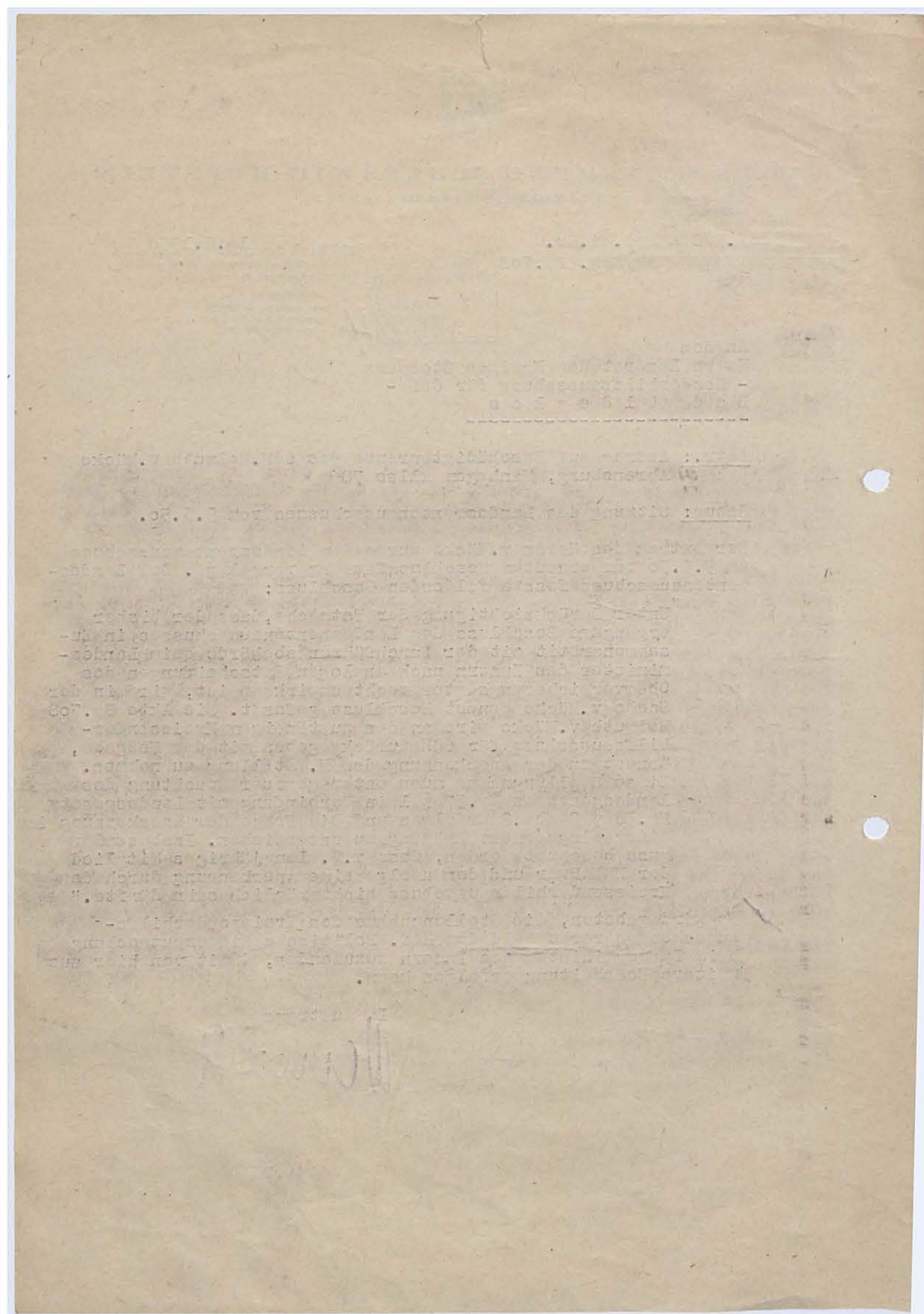


Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2



102

24. Juni 1950

- v. Mücke - D./K.

An die
Brit. Militärregierung
z.Hd. Herrn Pechmann
in B a d O l d e s l o o

In der Angelegenheit Hellmuth von M ü c k e in Ahrensburg nehme ich Bezug auf die telef. Rücksprache vom 23. d. Mts. und überreiche anliegend die Handakte. Ich nehme insbesondere auf das Protokoll der Sitzung vom 14. d. Mts. Bezug.

4/9.

Im Auftrage:-
fu

[illegible]

Kreisarchiv Stormarn B2

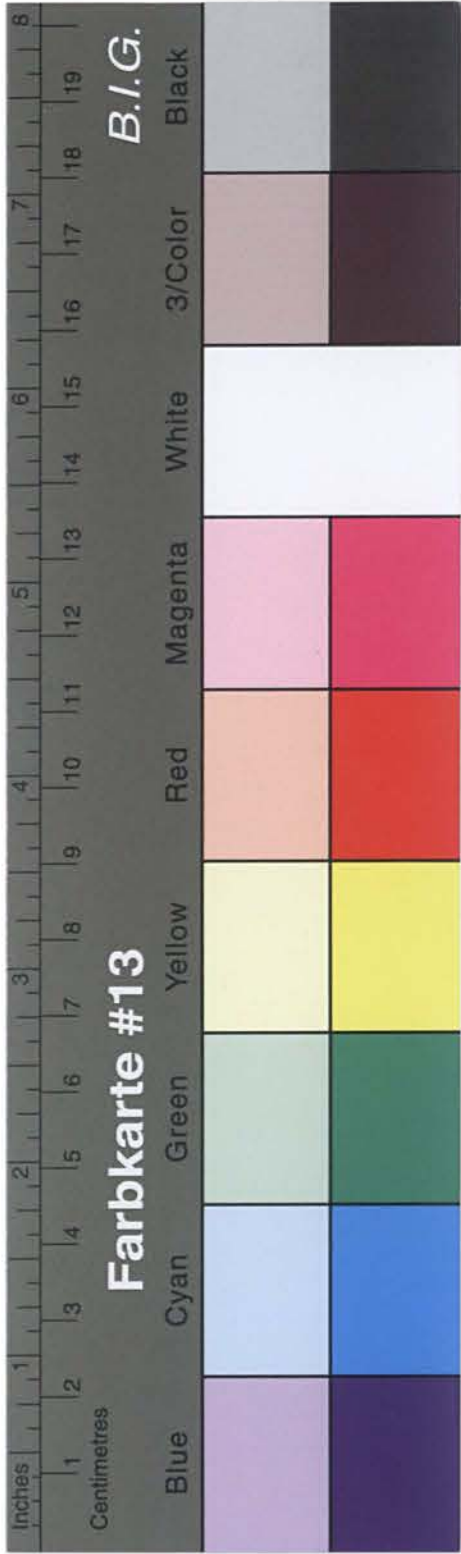


103
24. Juni 1950
- v. Mücke - D./K.
an die
Landesregierung Schleswig - Holstein
Der Landesminister des Innern
Ref. I/3 A Pol. w. Gu.
in K i e l
Brit. Militärregierung
Bad Oldesloe
27.6.50
Betrifft: Hellmuth von Mücke in Ahrensburg.
Bezug: Erlass vom 14. d. Mts. Aktz.: Bs./708.
In der Anlage überreiche ich die Handakten des Kreissonderhilfeaus-
schusses und nehme auf das Protokoll der Sitzung vom 14. d. Mts. Bezug.
Ich habe Herrn v. Mücke diesen Beschluss mit Einschreiben mitgeteilt
und ihn gleichzeitig auf die Möglichkeit der Einlegung des Rechtsmittels
innerhalb von vier Wochen hingewiesen.
Ich möchte noch erwähnen, dass v. Mücke sich inzwischen beschwerdefüh-
rend an die brit. Militärregierung in Bad Oldesloe gewandt hat.
44.
Im Auftrage: fu

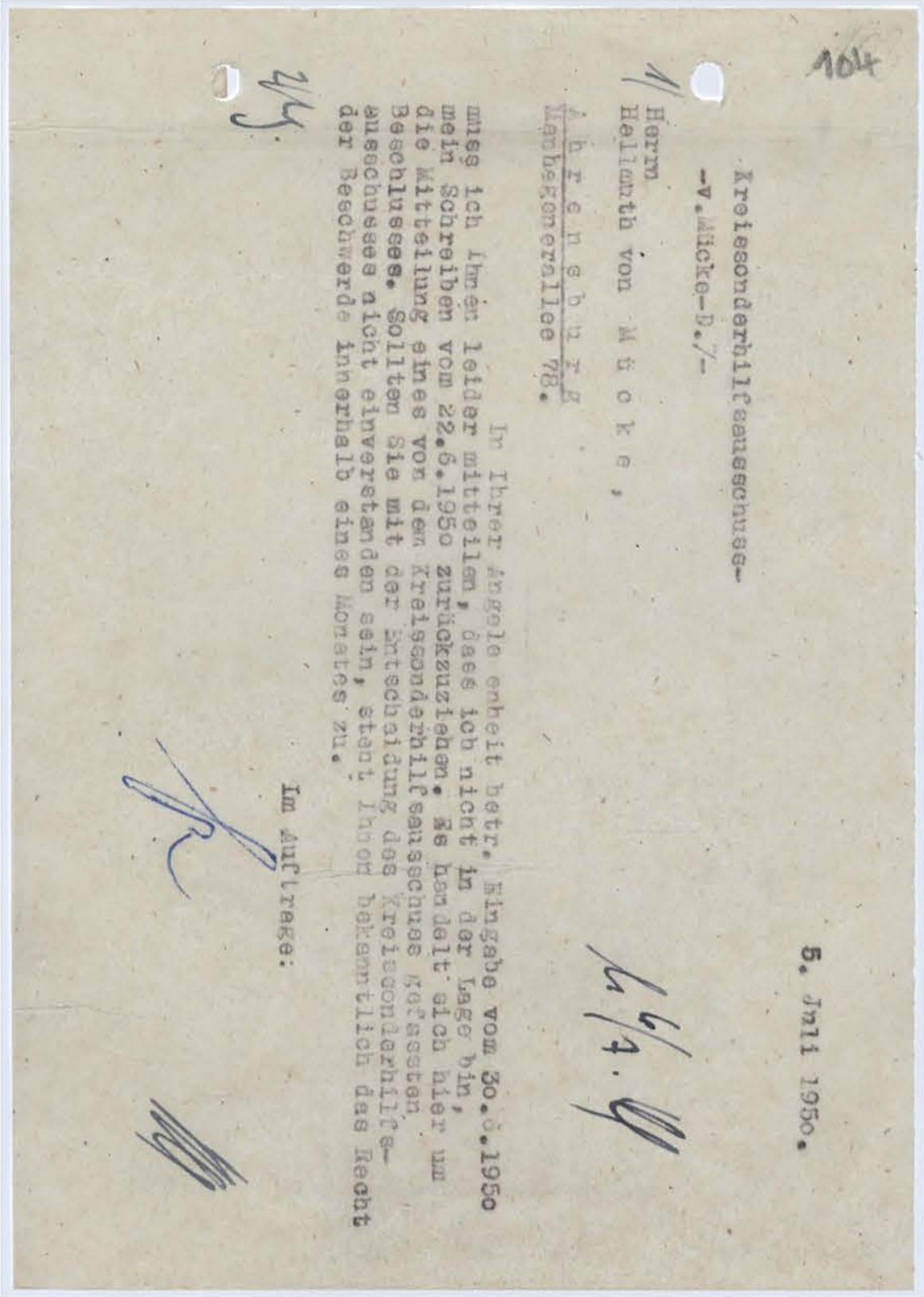
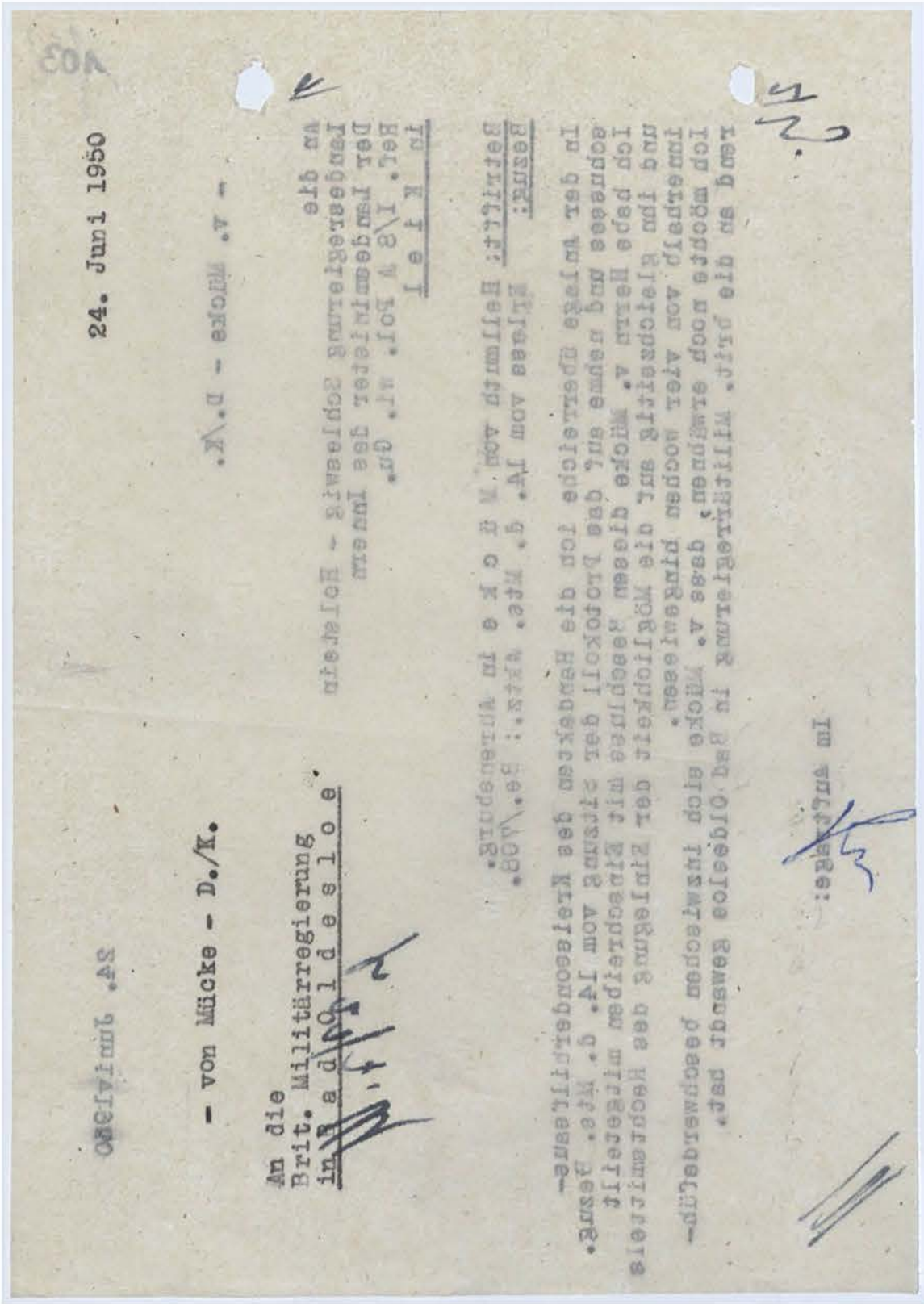
24. Juni 1950
Kreisauausschuss
des Kreises Stormarn
Sozial- u. Jugendamt
Sonderhilfeausschuss - A./K. 92
G.Z.: - von Mücke - D./K. 92
an die
Brit. Militärregierung
in Bad Oldesloe
J. Schulte, DR 286, Bad Oldesloe
Fernruf: SammelNr. 151
Bankkonto: Nr. 1025 bei der Kreissparkasse
Postcheckkonto: Hamburg 13

Kreisarchiv Stormarn B2

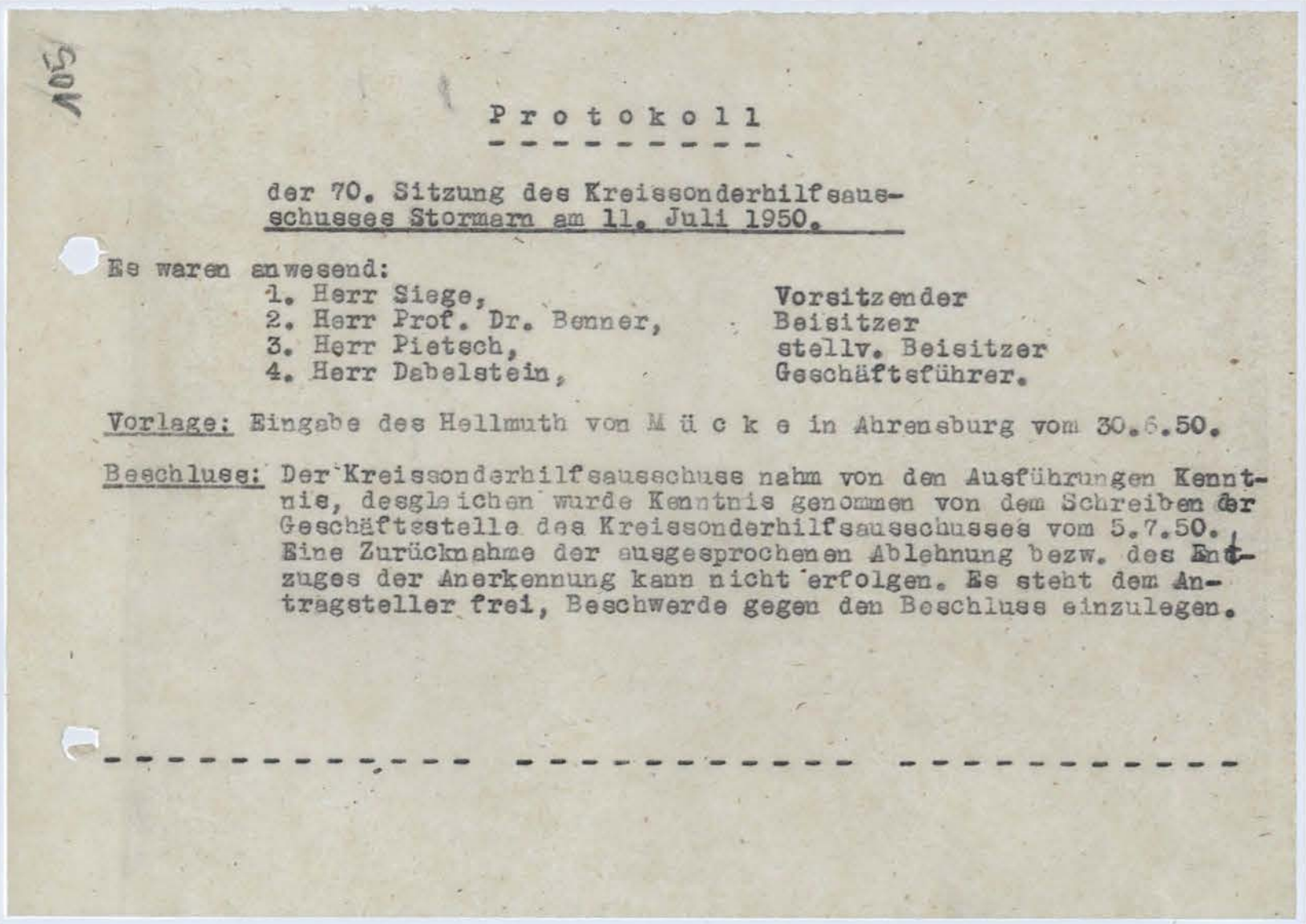
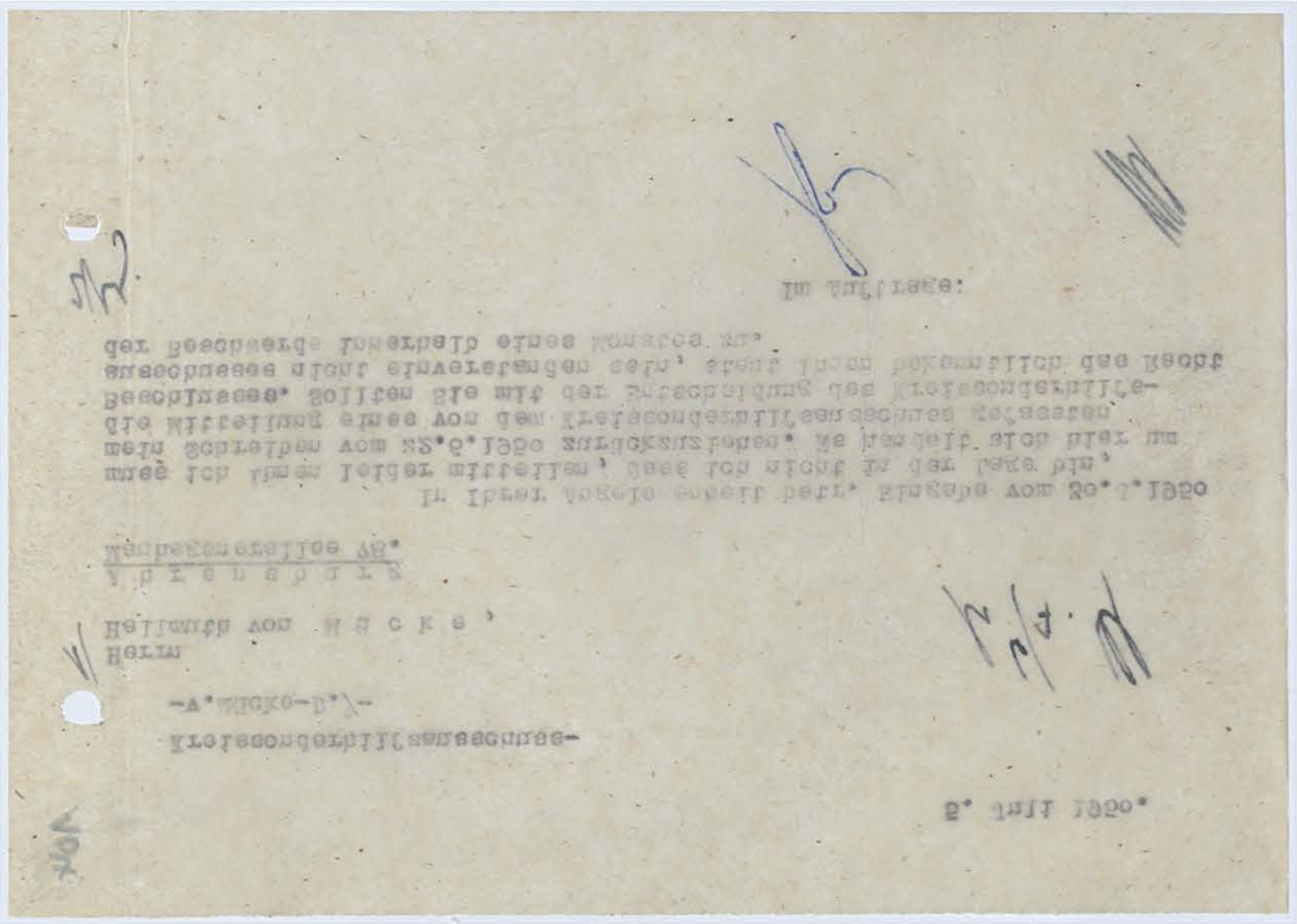




Kreisarchiv Stormarn B2



Kreisarchiv Stormarn B2



- v. Mücke - D./K.

In Ihrer Beschwerdesache habe ich Ihre Eingabe vom 22. d. Mts. erhalten und teile Ihnen mit, dass ich dieselbe dem Kreisonderhilfeausschuss in seiner Sitzung zur nochmaligen Entscheidung vorlegen werde. Zur Klarstellung möchte ich noch darauf hinweisen, dass gemäss Artikel 4 zu § 6 des Landesgesetzes 37/48 es dem Sonderhilfeausschuss freisteht, Antragsteller persönlich zu hören. Eine Verpflichtung zur Anhörung besteht nicht. Diesbezüglich können die Ausführungen der §§ 76 - 79, 115 und 119 des Landesverwaltungsgesetzes ohne weiteres als bündend nicht angesehen werden. Im übrigen muss ich darauf hinweisen, dass die Kreisonderhilfeausschüsse keine Sonderverwaltungsgerichte sind.

Im Auftrage:

[illegible]

ANMERKUNGEN: Einlage des Metallstreifen von K u c k e in Winkelsperre von 30° ± 20°

4. HELL DAREJAREJ
3. HELL BTERAR
5. HELL BLOF DR. BANNEI
1. HELL STORER

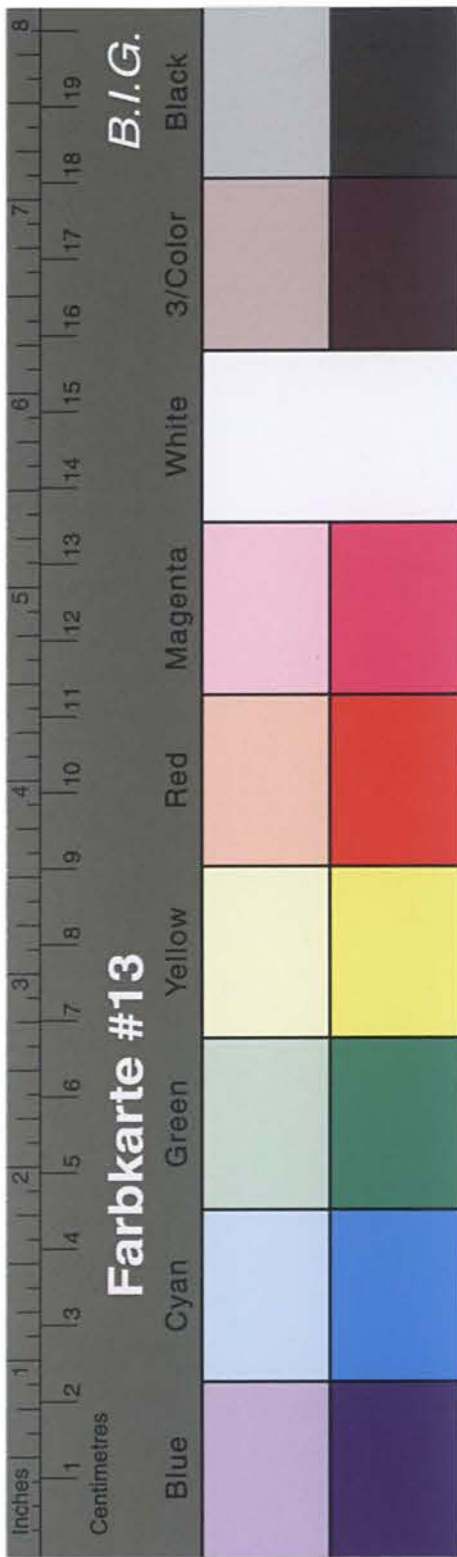
geographischer
spez. Betreff
Betreff
Anlassender

THE MELODY OF MELODY:

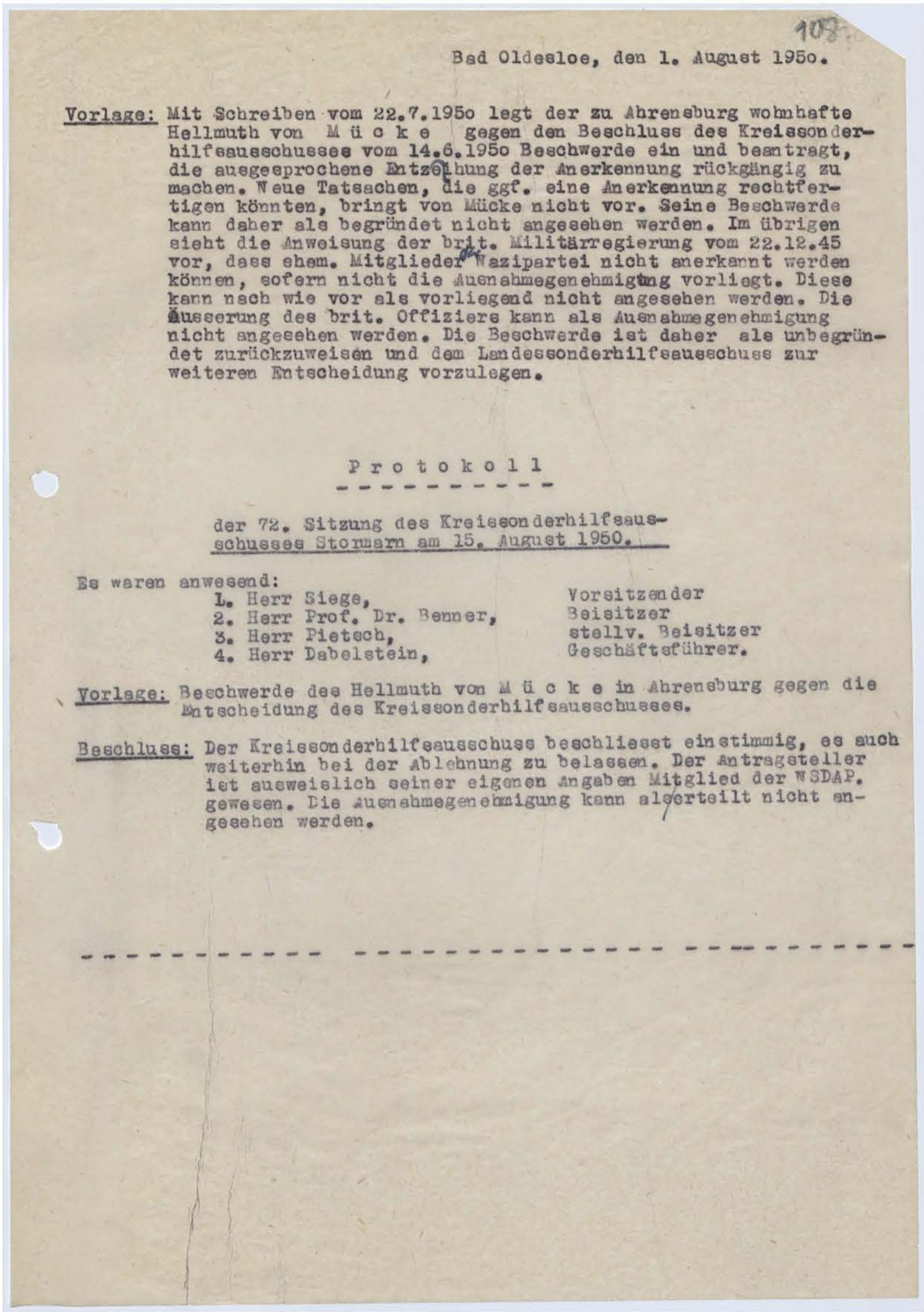
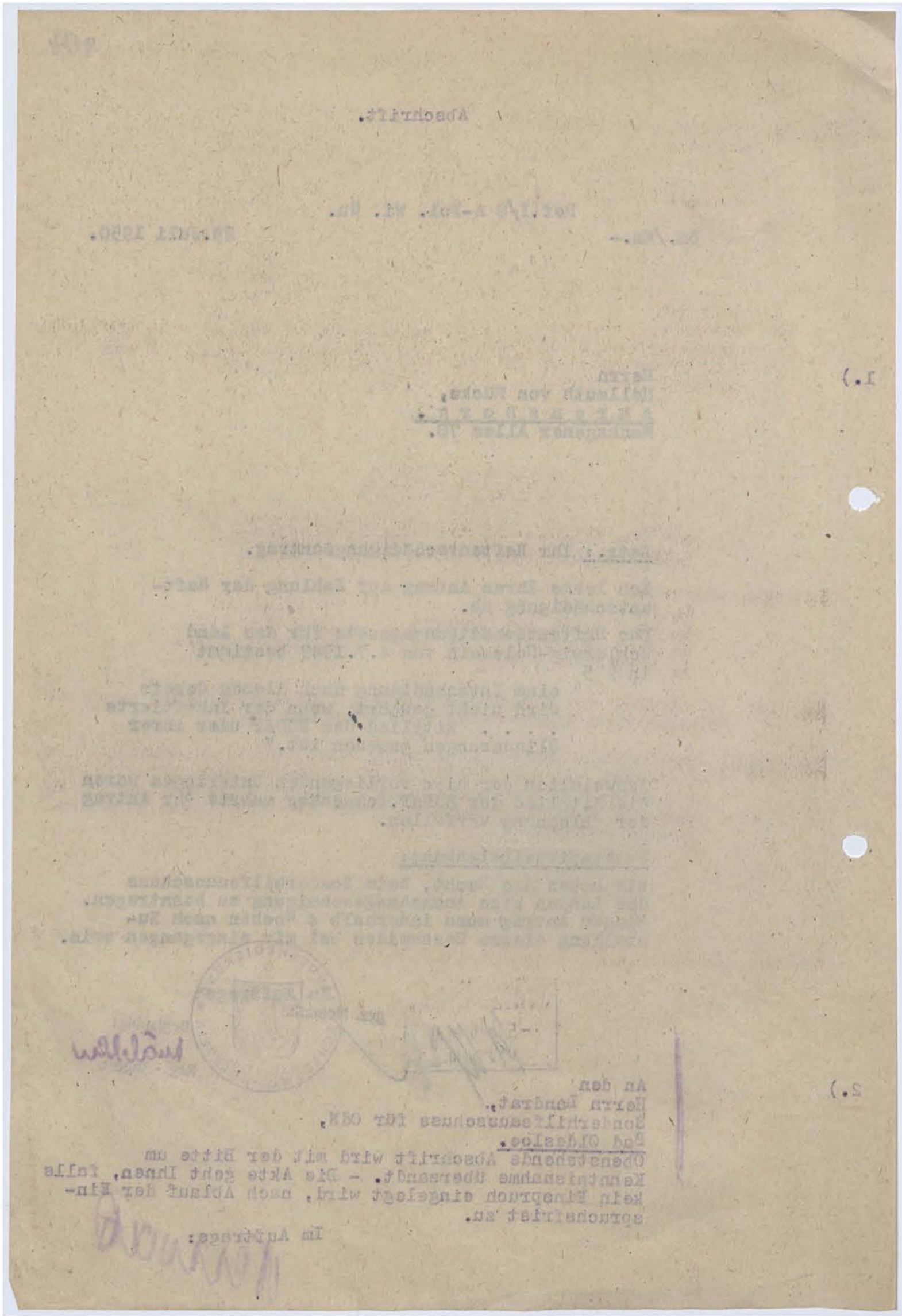
erschlossen worden am 11. April 1920
bei 40° Steigung des Kleinsandbühlens

ДОДОКОДИ





Kreisarchiv Stormarn B2



- v. Mücke - D./K.

Herrn
Hellmuth von M ü c k e

in Ahrensburg
Mänbager Allee 78

In Ihrer Betreuungsache nehme ich Bezug auf Ihre Beschwerde und teile Ihnen mit, dass der Kreissonderhilfsausschuss in seiner Sitzung vom 15. d. Mts. beschlossen hat, es bei der bereits getroffenen Entscheidung zu belassen. Ihre Beschwerde wurde daher dem Landessonderhilfsausschuss in Kiel zur weiteren Entscheidung überreicht.

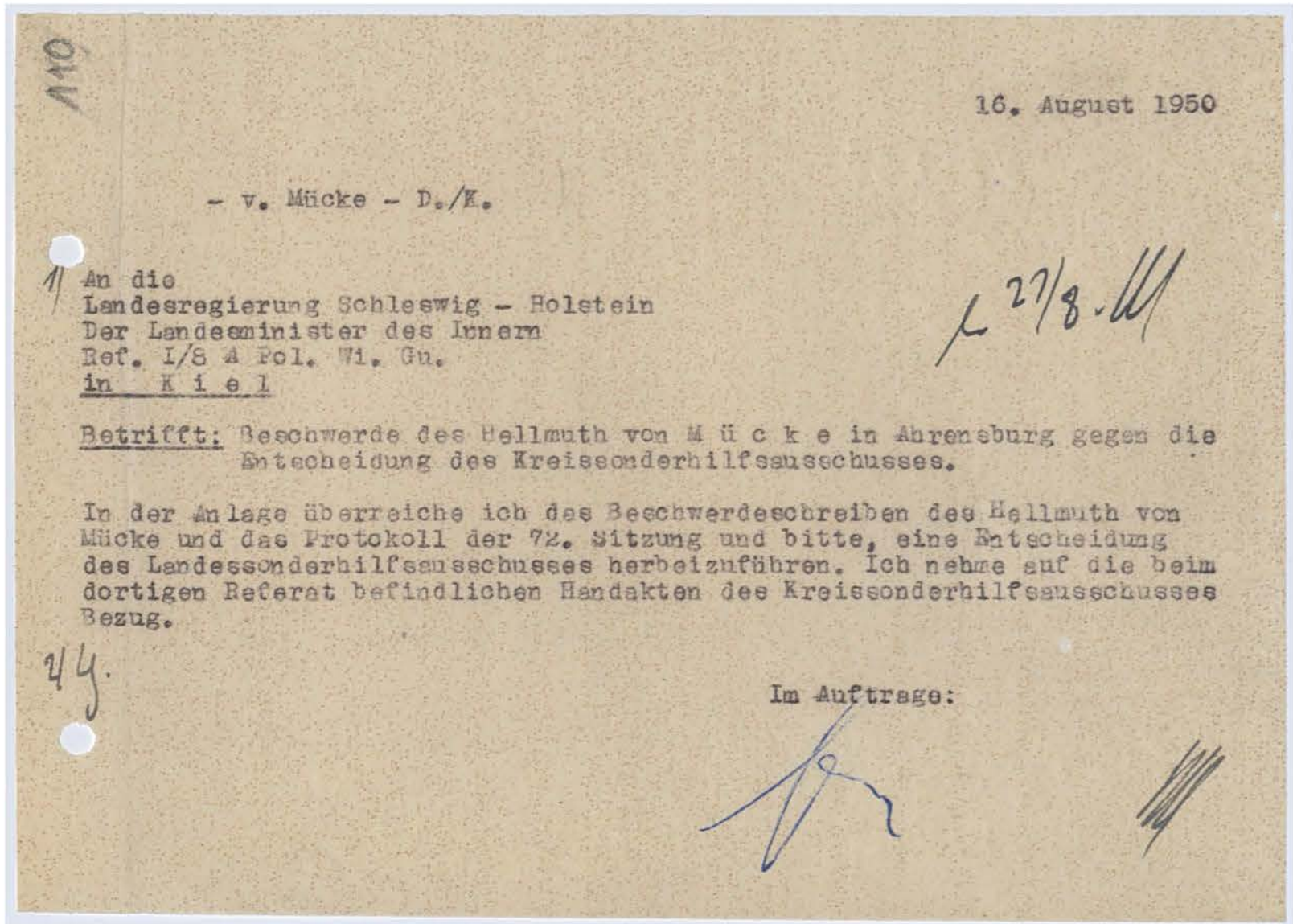
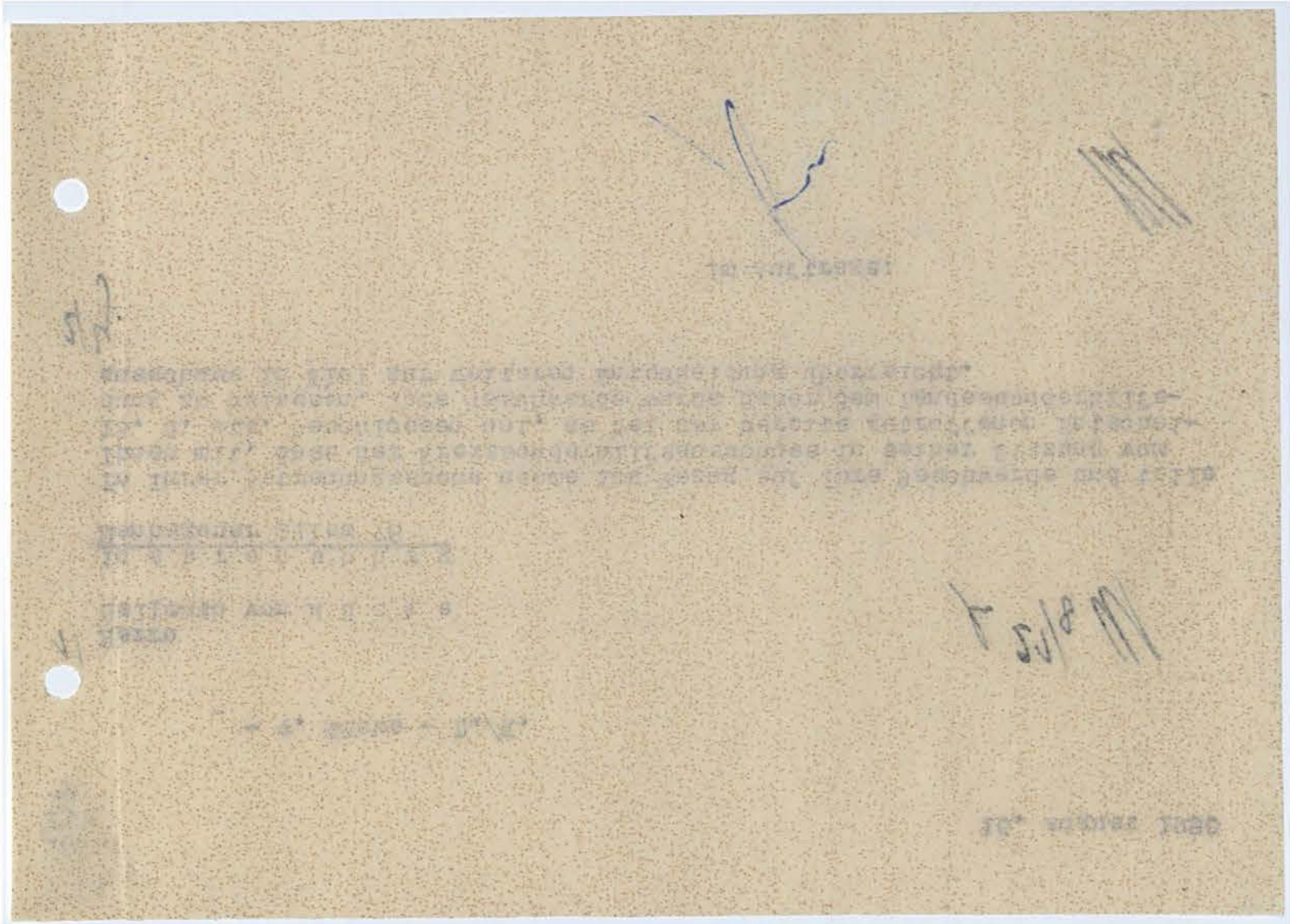
Im Auftrage:

gesehen werden.
Gewesen. Die Annahmegerichtsbefugnis kann ab sofort nicht an-
der Anwendung seiner eigenen Untersuchen Mitteln der W.D.P.
weiterhin bei der Abklärung zu belassen. Der Antragsteller
Beschwerde: Der Kreisanderpflichtenbescheinigung bescheinigt, es sind
Mitschreibung des Kreisanderpflichtenbescheinigungs.
Vorlage: Beschwerde des Heilmuth von M. G. K. e. in Widerspruch gegen die
4. Herr Dabaleforn,
3. Herr Kierisch,
2. Herr Prof. Dr. Benner,
1. Herr Siegel,
Be waren einwiegend:
geschiedenes Stornieren am 12. August 1920.
der 15. Sitzung des Kreisanderpflichten-
P r o t o k o l l

Beq Ojgeator' den 1. vnrhet 1820.



Kreisarchiv Stormarn B2



21. Oktober 195

- v. Mücke - D./K. -

An die
Landesregierung Schleswig - Holstein
Der Landesminister des Innern
Ref. I/14 - Pol.Wi.Gu. -

in K i e l

Betrifft: O^W. Hellmuth von M ü c k e in Ahrensburg,
Aktz.: Be./708.

Unter Bezugnahme auf die telef. Rücksprache vom 20.10.50 überreiche ich anliegend die Handakte, soweit sie sich noch hier befindet und bitte um weitere Bearbeitung.

Zum Beschluss vom 14.6.50 möchte ich bemerken, dass dieser Beschluss gefasst wurde, nachdem einige Tage vorher zwischen dem Geschäftsführer und dem Sachbearbeiter bei der Landesregierung eine telef. Rücksprache stattfand, in deren Verlauf dem Geschäftsführer bereits mitgeteilt wurde, dass der Landesrentenausschuss beschlossen hatte, die Sache zur nochmaligen Entscheidung an den Kreisseiderhilfesausschuss zurückzugeben.

Im Auftrage:

Kreisarchiv Stormarn B2



4-1/9 - Sonderhilfsausschuss - Bad Oldesloe, den 9. Febr. 1951

An das
Soforthilfsamt

hier

In der Unterhaltenssache Hellmuth von M ü c k e in Ahrensburg nehme ich Bezug auf meine Bescheinigung vom 28.1.50 und teile mit, dass der Kreis-sonderhilfsausschuss in seiner Sitzung vom 14.6.50 die früher ausge-sprochene Anerkennung als ehem. polit. Verfolgten zurückgezogen hat, da von Mücke nach seinen eigenen Angaben Mitglied der NSDAP. war und somit eine Anerkennung nicht infrage kommen konnte.

Im Auftrage:

Im Auftrage:

Die Bescheinigung an den Kreis-sonderhilfsausschuss zurückzugeben, dass der Kreis-sonderhilfsausschuss beschlossen hatte, die Sache zur Vorbe-merkung in deren Verlauf dem Kreis-sonderhilfsamt zurückgegeben wurde, und dem Kreis-sonderhilfsamt bei der Entscheidung eine feierl. Erklärung abgegeben wurde, nachdem er die Sache an dem Kreis-sonderhilfsamt zum Bescheid vom 14.6.50 brachte, dass dieser Bescheid Re-mission des Bescheides.

antragend die Handakte, soweit sie sich noch hier befindet und bitte um Unter Beachtung der die feierl. Erklärung vom 28.10.50 betreffende Vor-merkung.

Wkt.: Be. 108.

Beitrag: 09. Hellmuth von M ü c k e in Ahrensburg.

In Eile

Be. 1/14 - Be. 17.61 -
Der Kreis-sonderhilfsamt des inneren
Kreis-sonderhilfsamt - Notizen
in die

- A. Mücke - D. K. -

28.2.50

31. Oktober 1951

Kreisarchiv Stormarn B2



413

9. Februar 1951

- v. Mücke - D./K.

1/ An die
Landesregierung Schleswig - Holstein
Der Landesminister des Innern
Ref. I 16 - Pol. Wi. Gu. -

in Kiel

Betrifft: Beschwerde des Hellmuth von Mücke in Ahrensburg gegen
die Entscheidung des Kreiseonderhilfsausschusses.
Bezug: Mein Bericht vom 16.8.50.

Unter Bezugnahme auf meinen o.a. Bericht bitte ich um Mitteilung,
ob und ggf. welche Entscheidung über die Beschwerde getroffen wurde.

2/4.

Im Auftrage:

Im Auftrage:

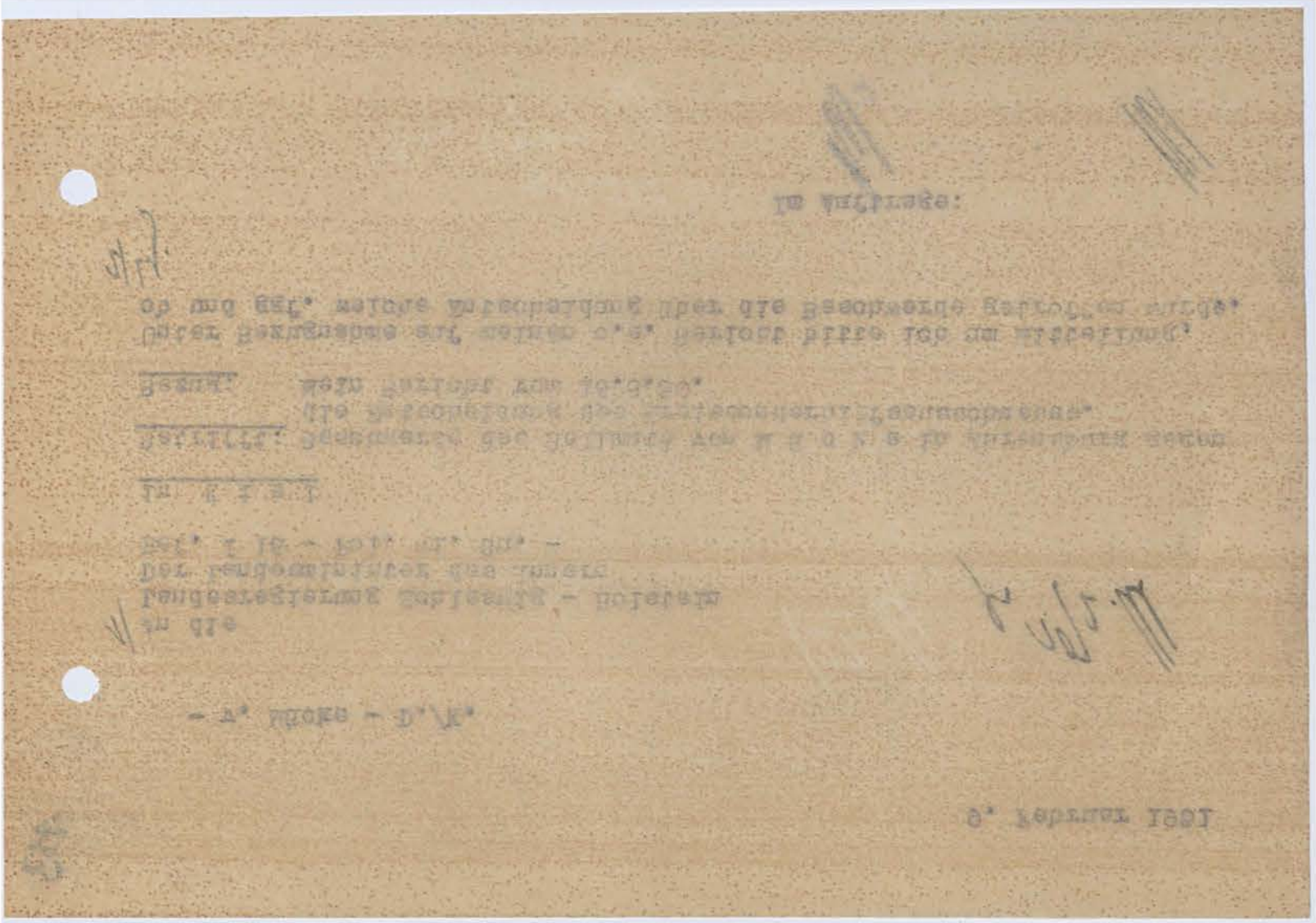
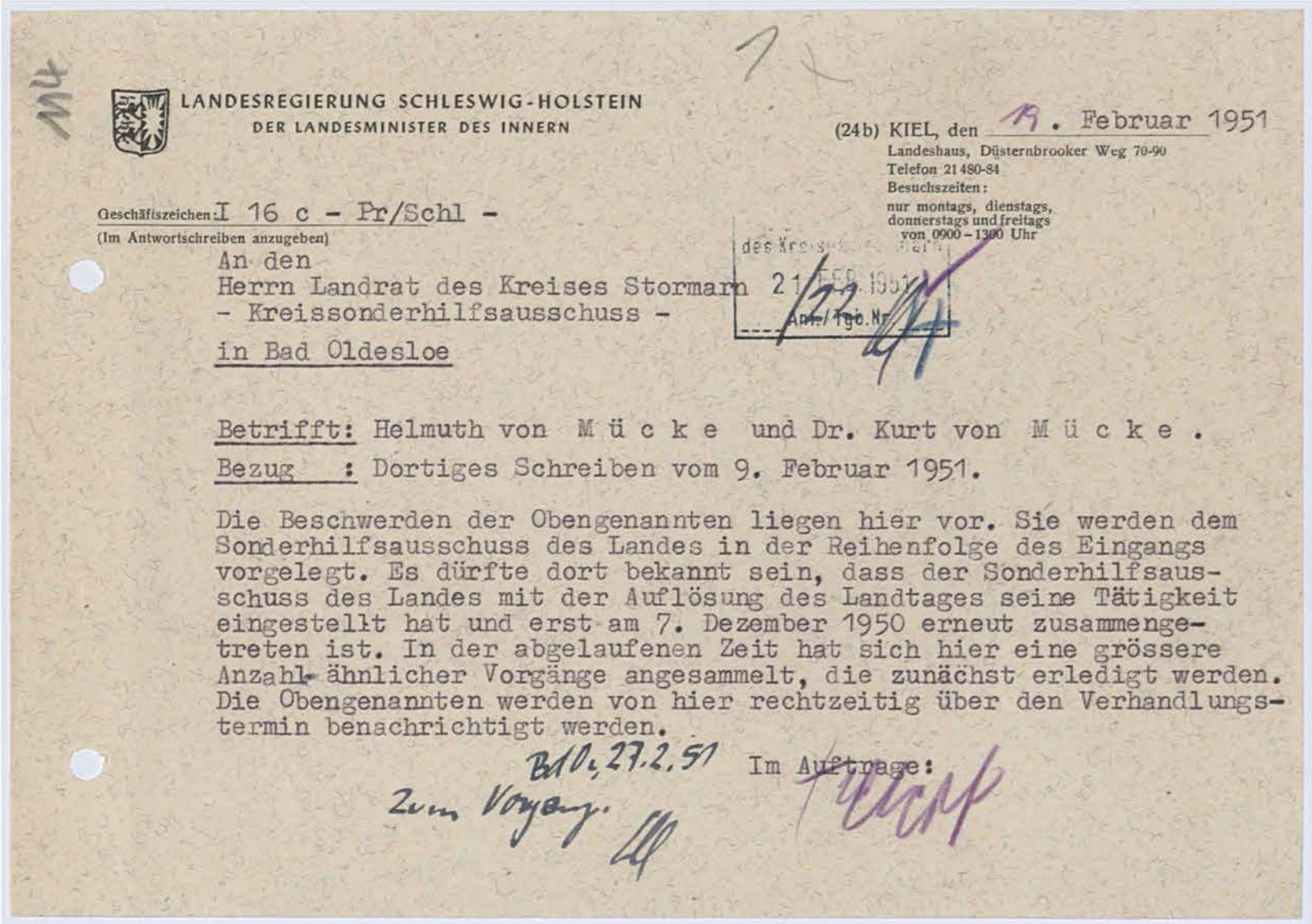
Landesregierung Schleswig - Holstein
Der Landesminister des Innern
Ref. I 16 - Pol. Wi. Gu. -

2/4.

Im Auftrage:

Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2



STADT AHRENSBURG
DER BÜRGERMEISTER
FÜRSORGEAMT
Sö.-

Ahrensburg, den 12. März 1951.

An den Kreisausschuß
des Kreises Stormarn
- Abt. 4-1/8 -
Bad O l d e s l o e.

des Kreises Stormarn
15.03.1951

Betr.ehem.polit.Häftling Hellmuth v. M ü c k e,
Ahrensburg, Manhagener Allee 78 -

An den Genannten wurden von hieraus insgesamt folgende Unterstüt-
zungsbeträge gezahlt:

vom 1.4.46 bis 30.6.48

RM 4.674,01 =

DM 467,40

vom 1.7.48 bis 31.8.49

.....

" 2.114,50

aus Kz-Mitteln:

" 2.581,90

vom 1.9.49 bis 31.10.49

-aus Sonst.H.-

"

DM 286,--

./. Überweisung von der

LVA-Außenstelle,Kiel ... "

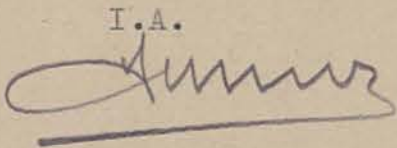
56,--

" 230,--

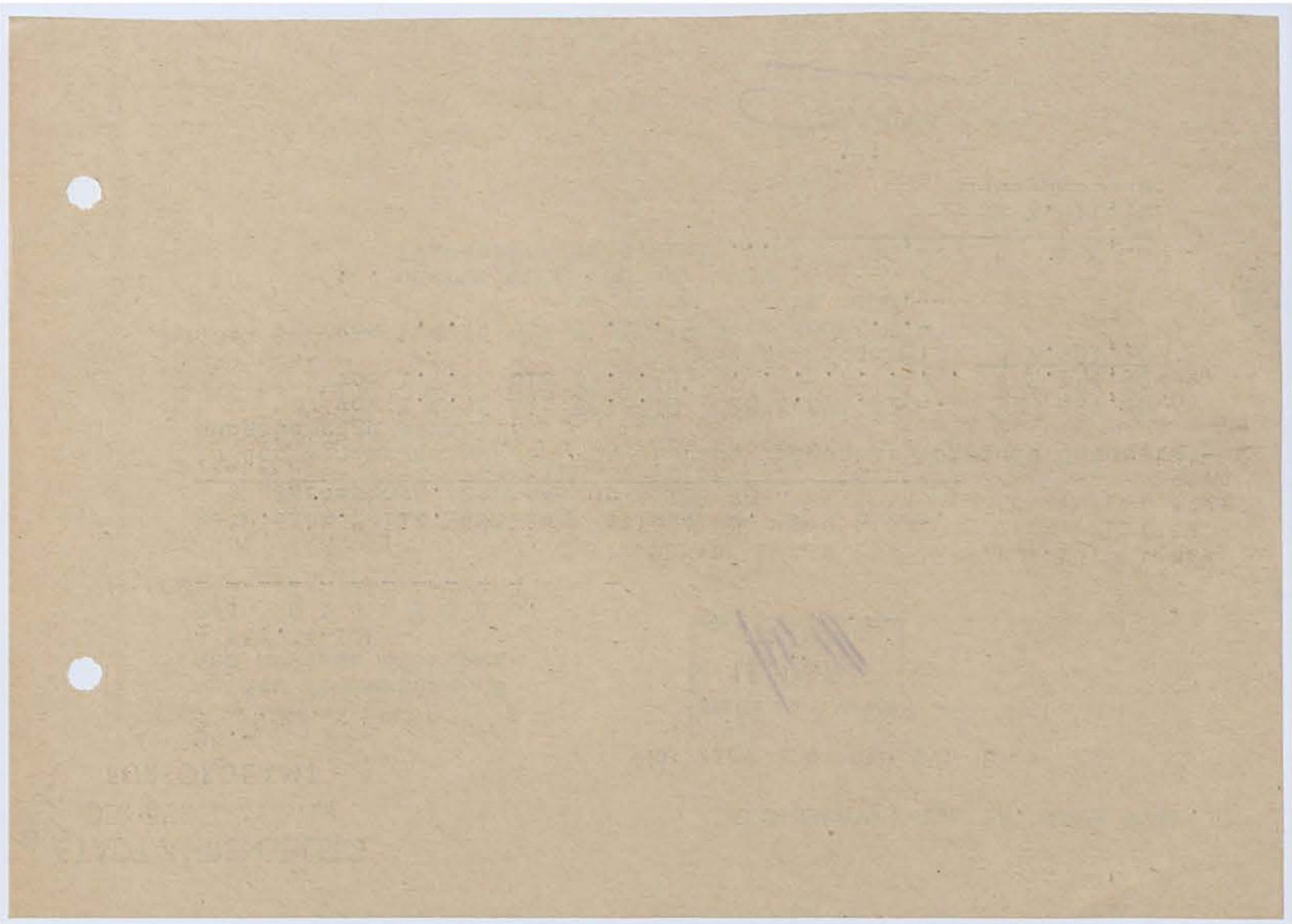
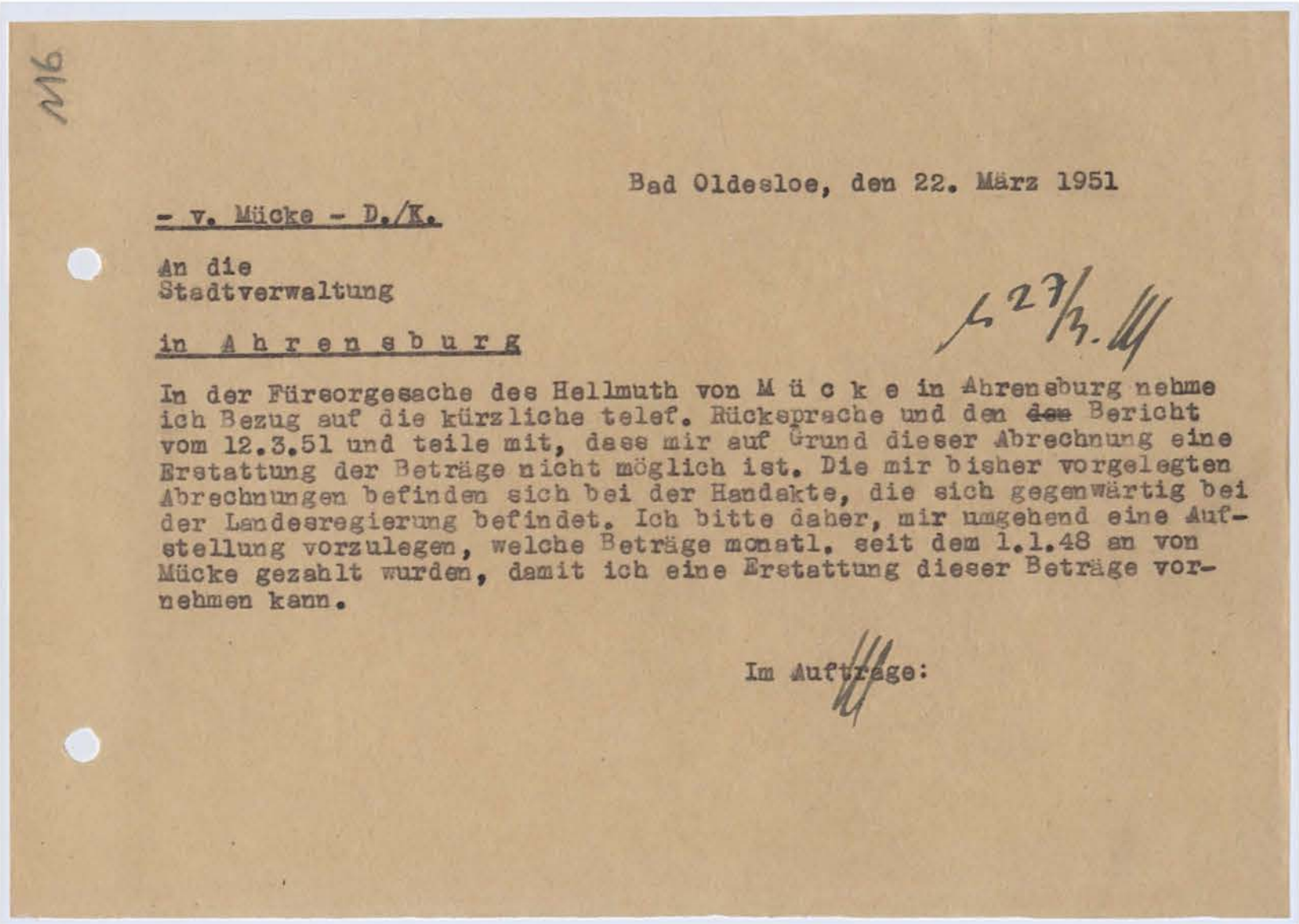
DM 2.811,90

=====

I.A.



Kreisarchiv Stormarn B2

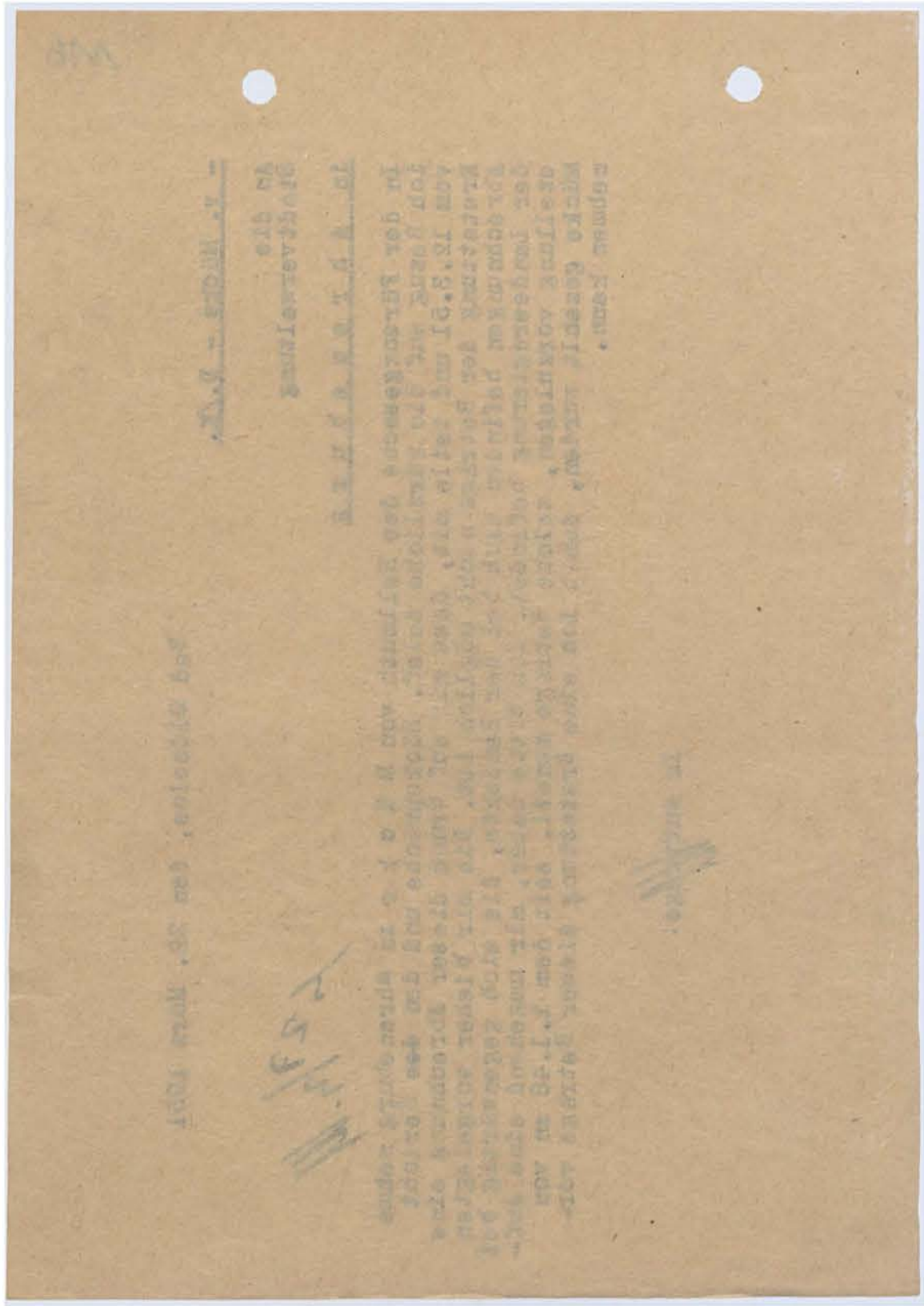


Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2



STADT AHRENSBURG
DER BURGERMEISTER
FÜRSORGEAMT

Ahrensburg, den 30. März 1951.

Sö.-

An den Kreisausschuß
des Kreises Stormarn
- Sonderhilfsausschuß -
Abt. 4-1/9 -
Bad O l d e s l o e.

Betr.: ehem.polit.Häftling Hellmuth v. M ü c k e,
Ahrensburg, Manhagener Allee 78 -
Bezug: Dort. Schrb. v. 22.3.51 - D./K.-

Seit 1.1.48 wurden von hieraus folgende Unterstützungsbeträge an
v.Mücke monatlich gezahlt:

Januar 1948	RM 184,30 ✓	
Februar "	" 184,30 ✓	
März "	" 184,50 ✓	
April "	" 184,-- ✓	
Mai "	" 184,-- ✓	
Juni "	" 184,-- ✓	
	RM 1.105,10 =	DM 110,51 ² ✓
Juli 1948	" 184,-- ✓	
August "	" 184,-- ✓	
September "	" 184,-- ✓	
Oktober "	" 134,50 ✓	
November "	" 134,50 ✓	
15.12.48 - Brennstoffbeihilfe -	" 45,-- ✓	
Dezember "	" 134,50 ✓	
Januar 1949	" 134,50 ✓	
Februar "	" 134,50 ✓	
März "	" 145,-- (davon DM 7,-f.Febr.) ✓	
April "	" 138,-- ✓	
Mai "	" 138,-- ✓	
Juni "	" 138,-- ✓	
Juli "	" 138,-- ✓	
August "	" 148,-- ✓	
September "	" 148,-- ✓	
Oktober "	" 138,-- ✓	
		DM 2.511,01 ✓

./. Überweisung von der LVA
Außenstelle Kiel für die Zeit
vom 1.9.49 bis 31.10.49 " 56,--
DM 2.455,01 ✓

Seit 1.9.49 bis 31.10.49 wurde die Unterstützung aus der Fürsorge
für "Sonstige Hilfsbedürftige" gezahlt.

2.455,07
174,43
2.340,58

179,25
14,92
99,50 ✓
174,42

I.A.
2577,02
174,42
2406,60



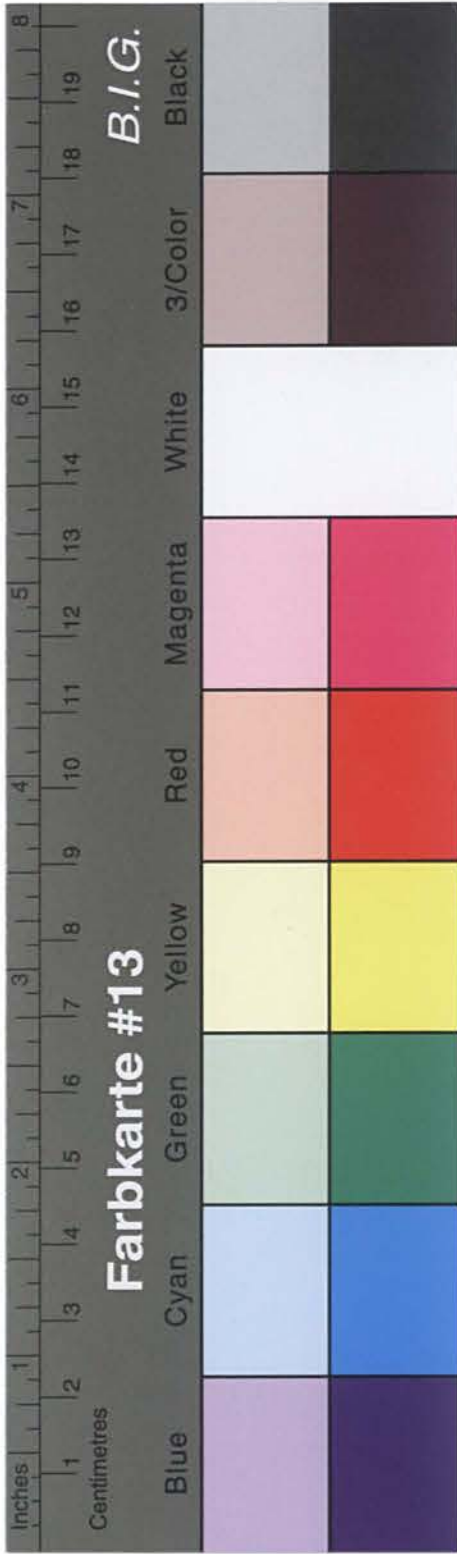
STADT AHRENSBURG
DER BÜRGERMEISTER
FÜRSORGEAMT
Sö.-

An den Kreisausschuß
des Kreises Stormarn
- Sonderhilfsausschuß -
Abt. 4-1/9 -
Bad Oldesloe.

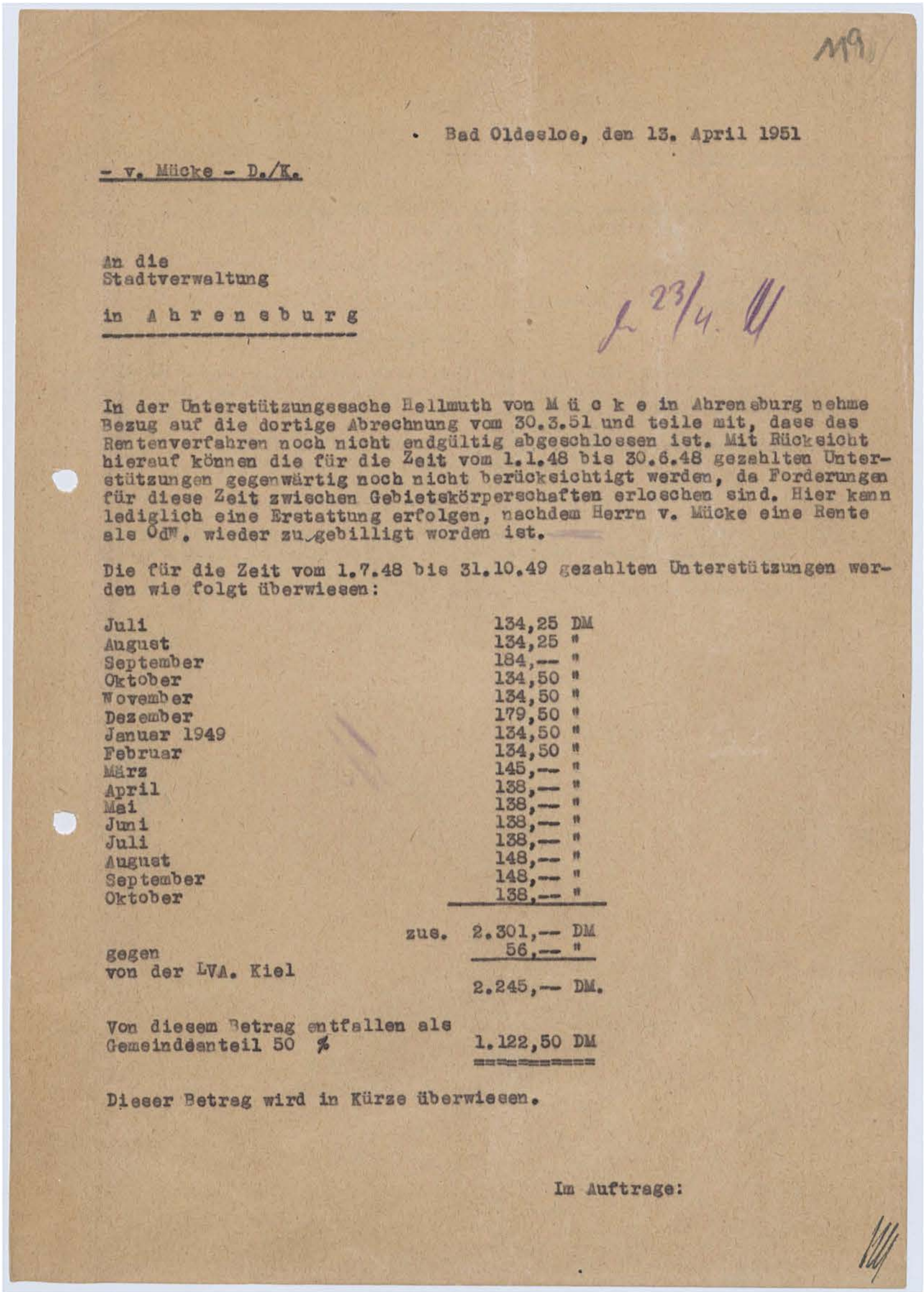
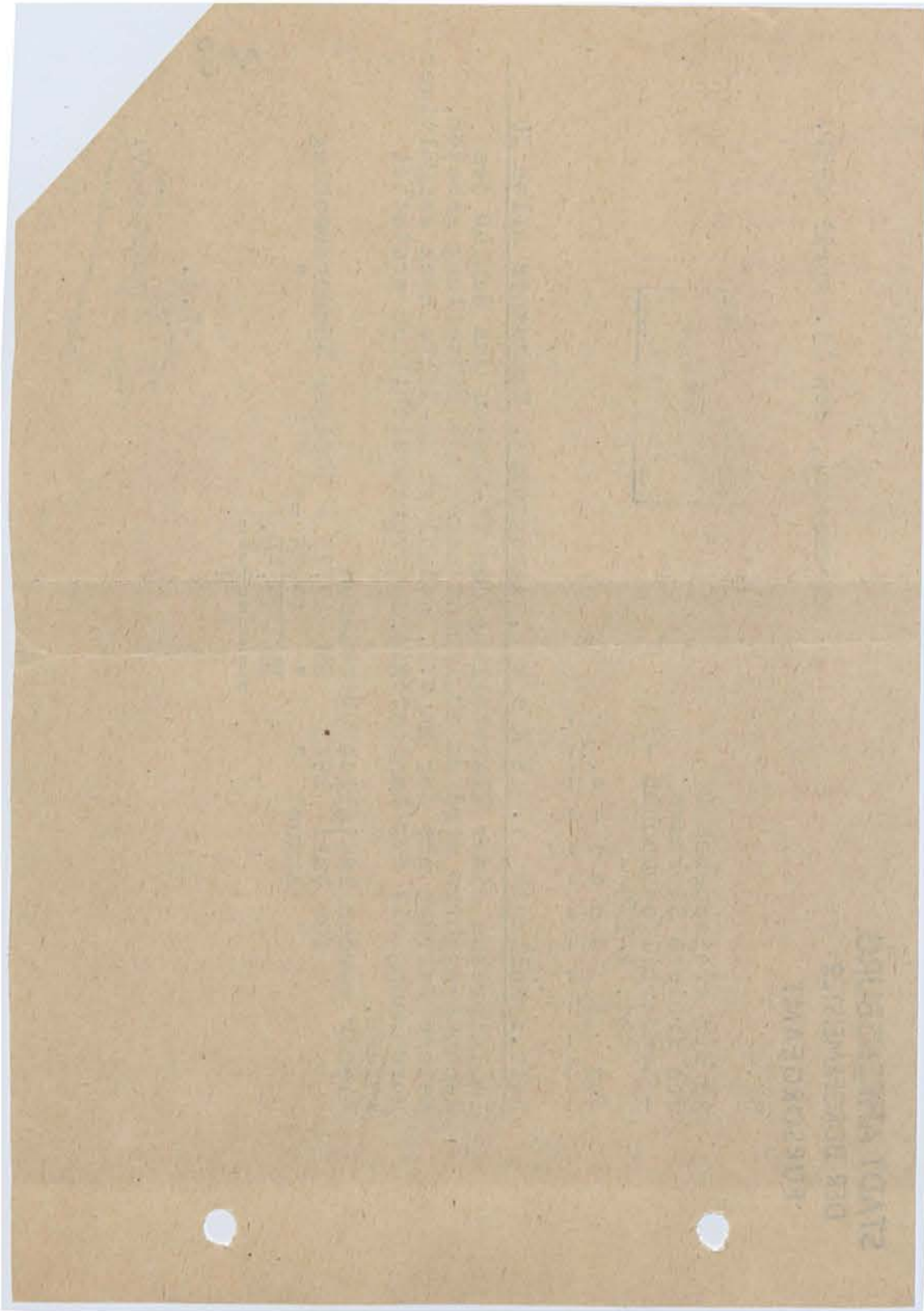
Betr.: Hellmuth v. Mücke, Ahrensburg, Manhagener Allee 78 -
Im Interesse einer Klarstellung des KZ-Kontos zum Schluß des
Rechnungsjahres wird um möglichst umgehende Mitteilung gebeten,
welche Beträge aus der an v.M. gezahlten KZ-Hilfe nach endgültiger
Abrechnung mit der Landesregierung voraussichtlich erstattet
werden.
Bisher wurden lediglich überwiesen
für Juli 1948 DM 49,75 = 50%iger Sonderzuschlag
" August " " 49,75 = " "
DM 99,50.
=====

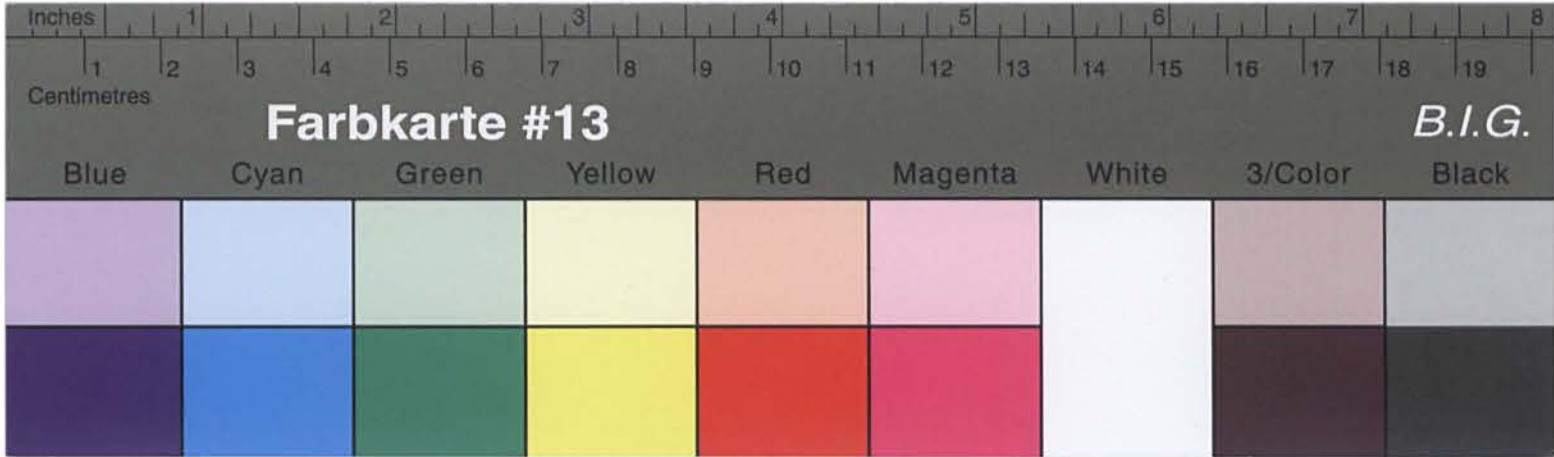
I.A.
[Signature]

2W

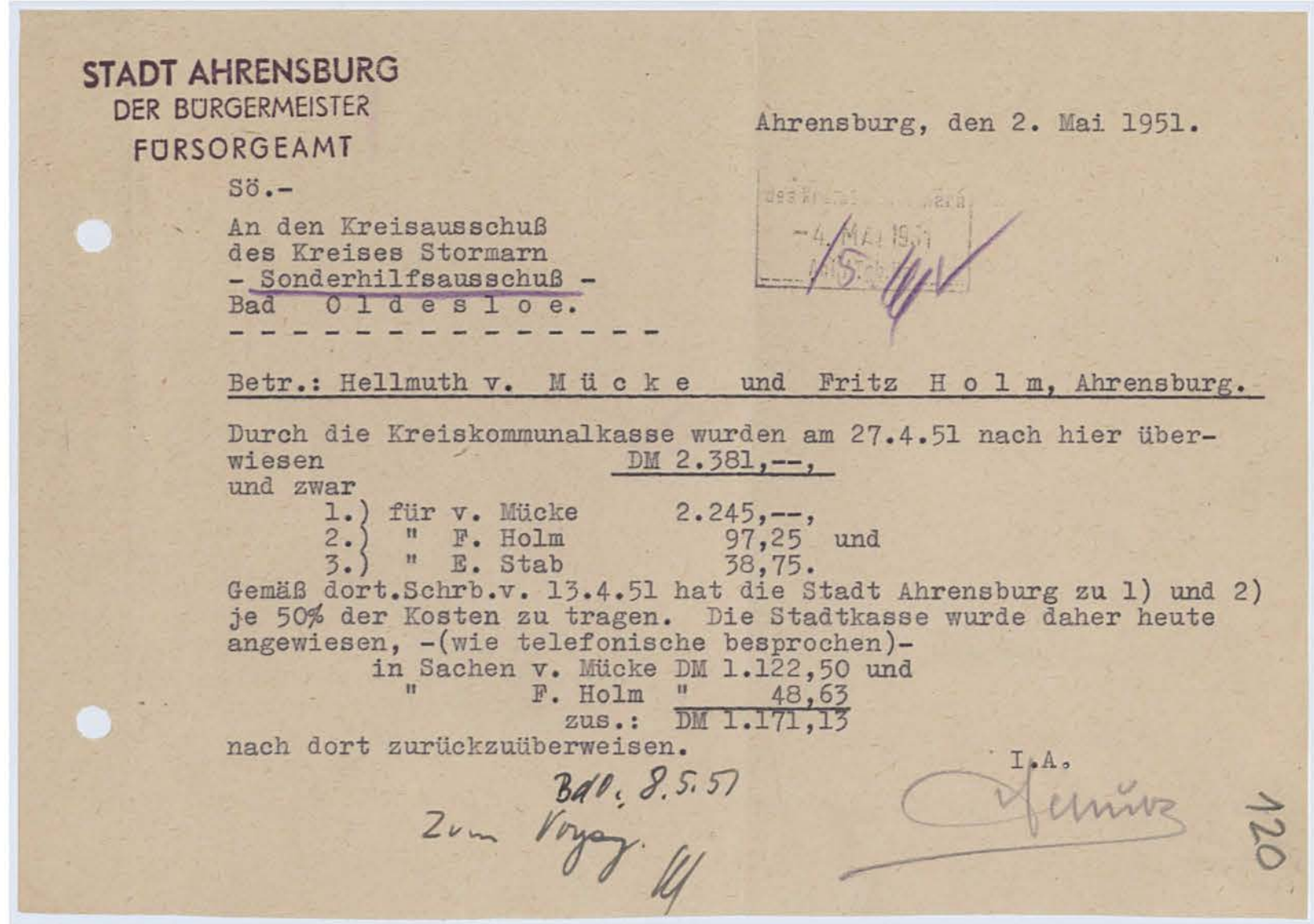
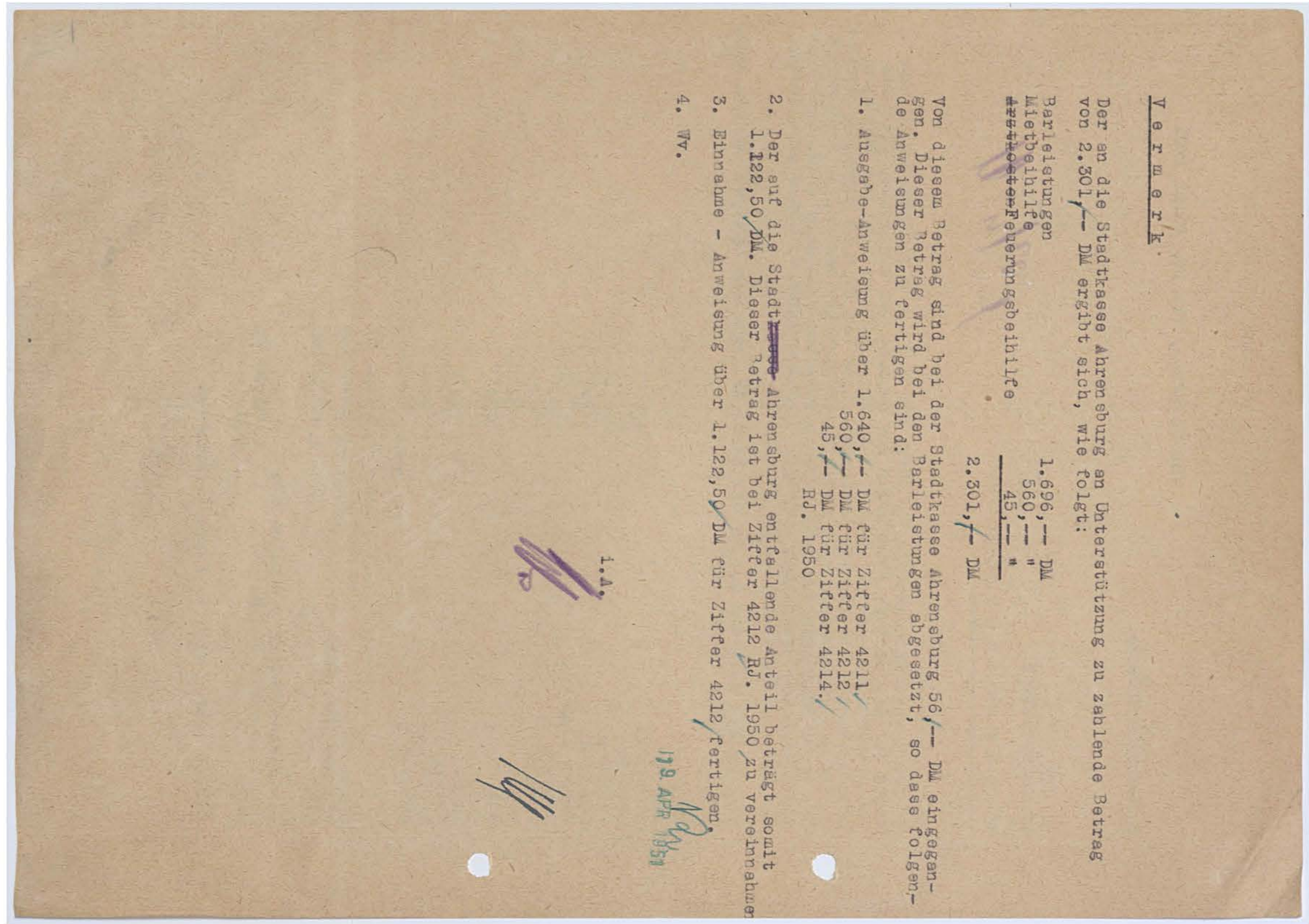


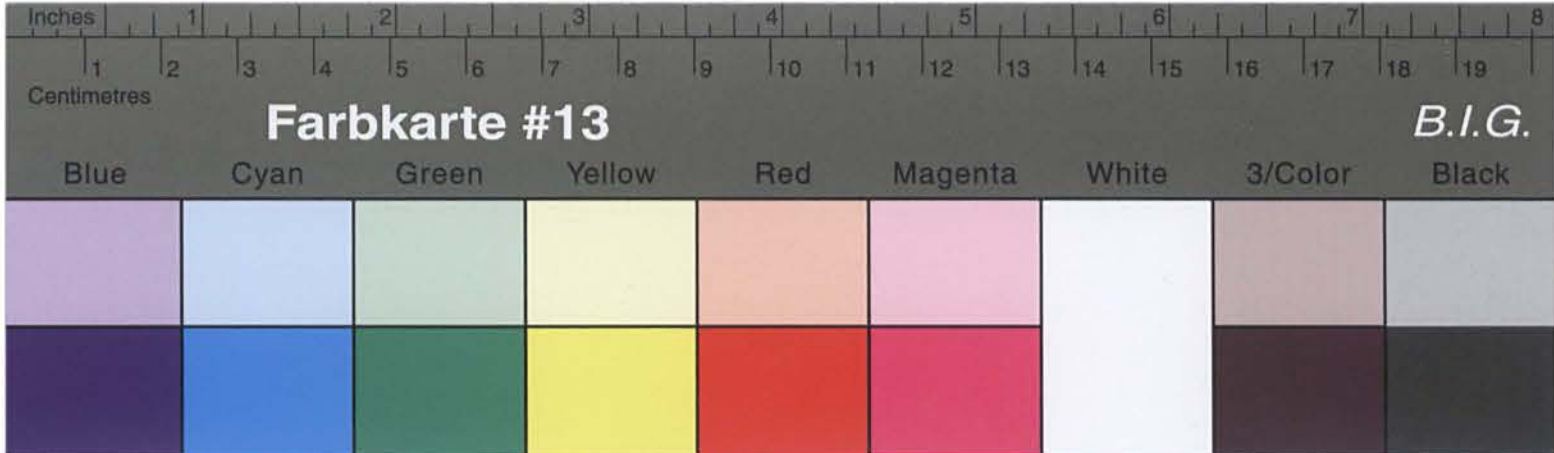
Kreisarchiv Stormarn B2



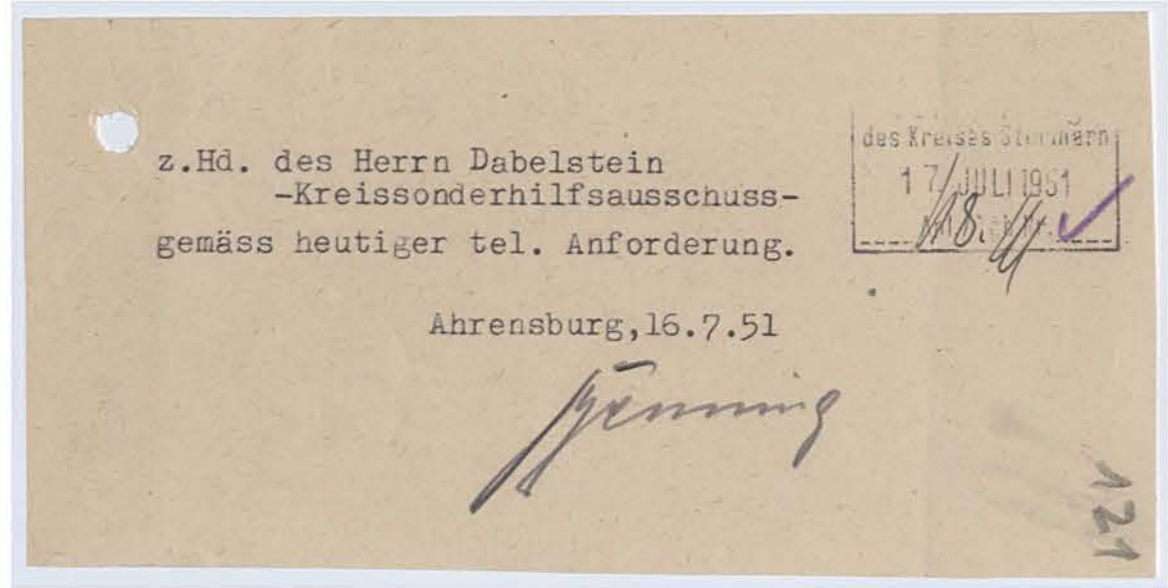
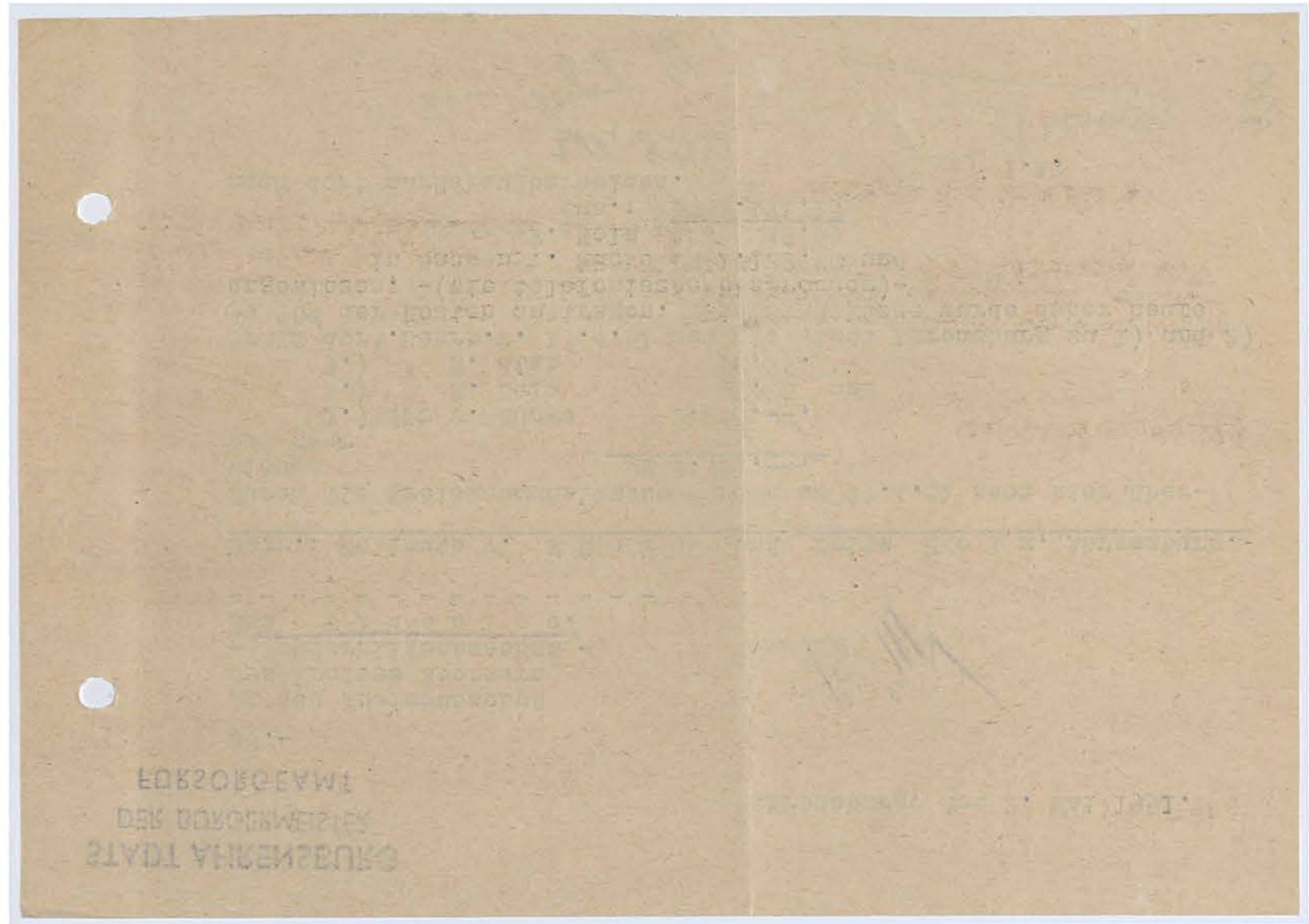


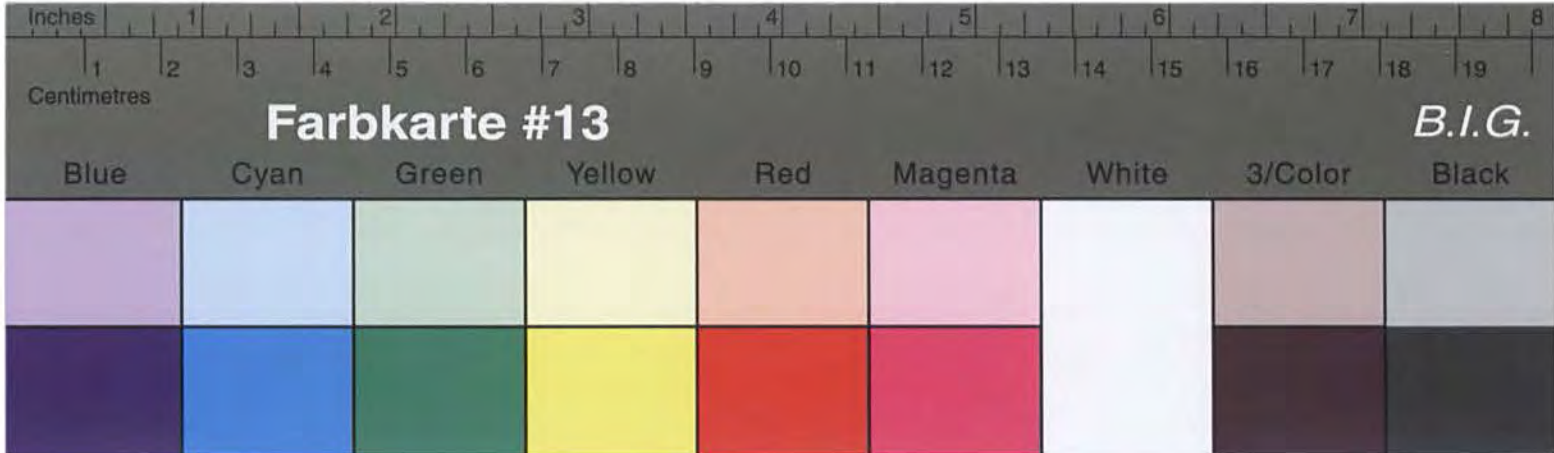
Kreisarchiv Stormarn B2



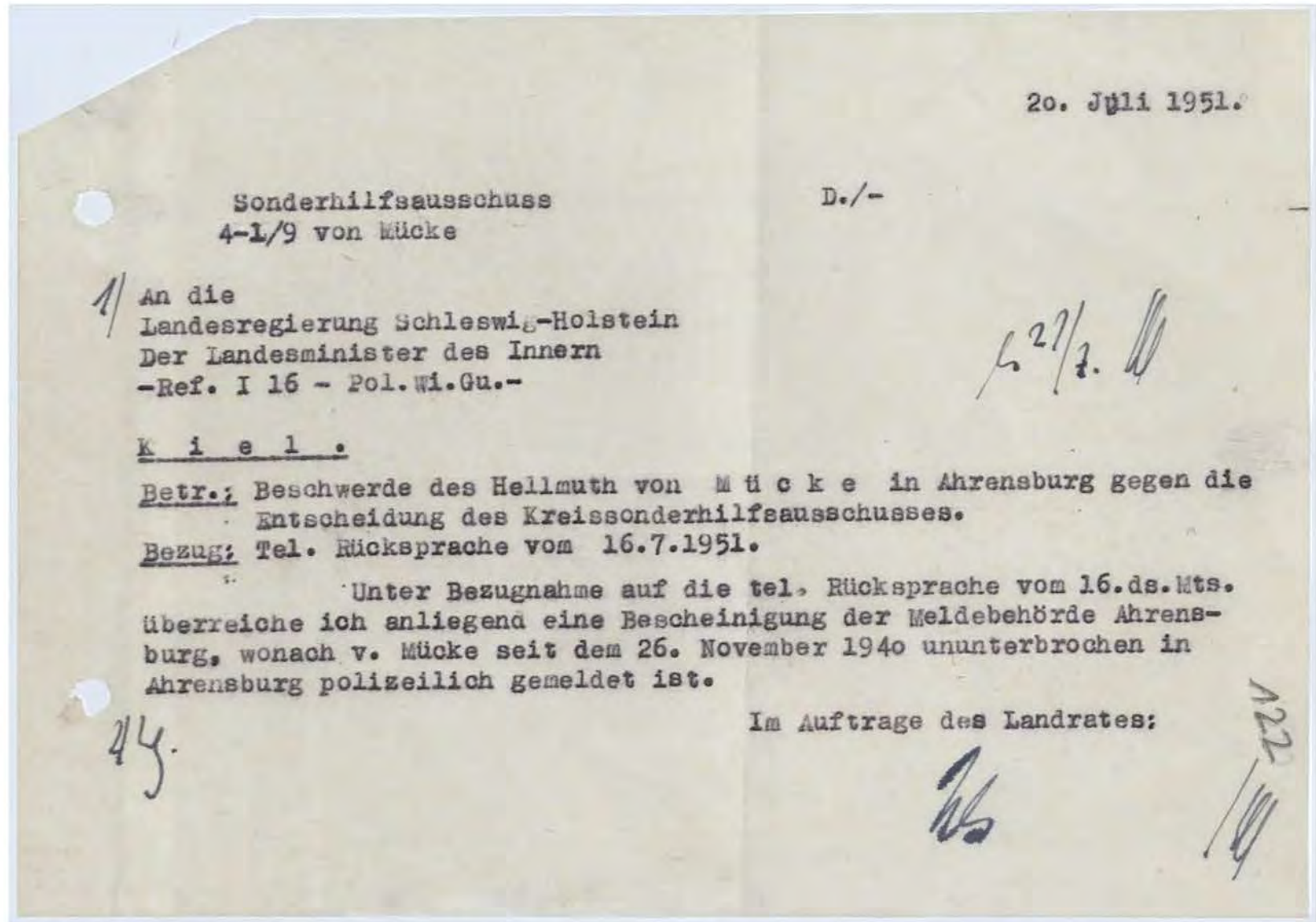
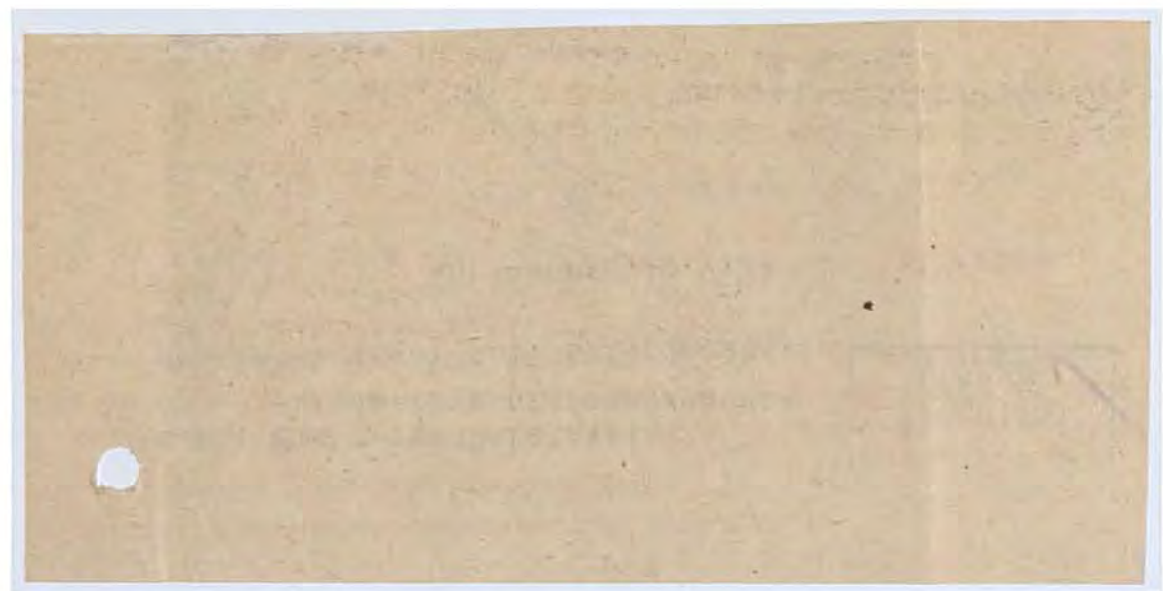


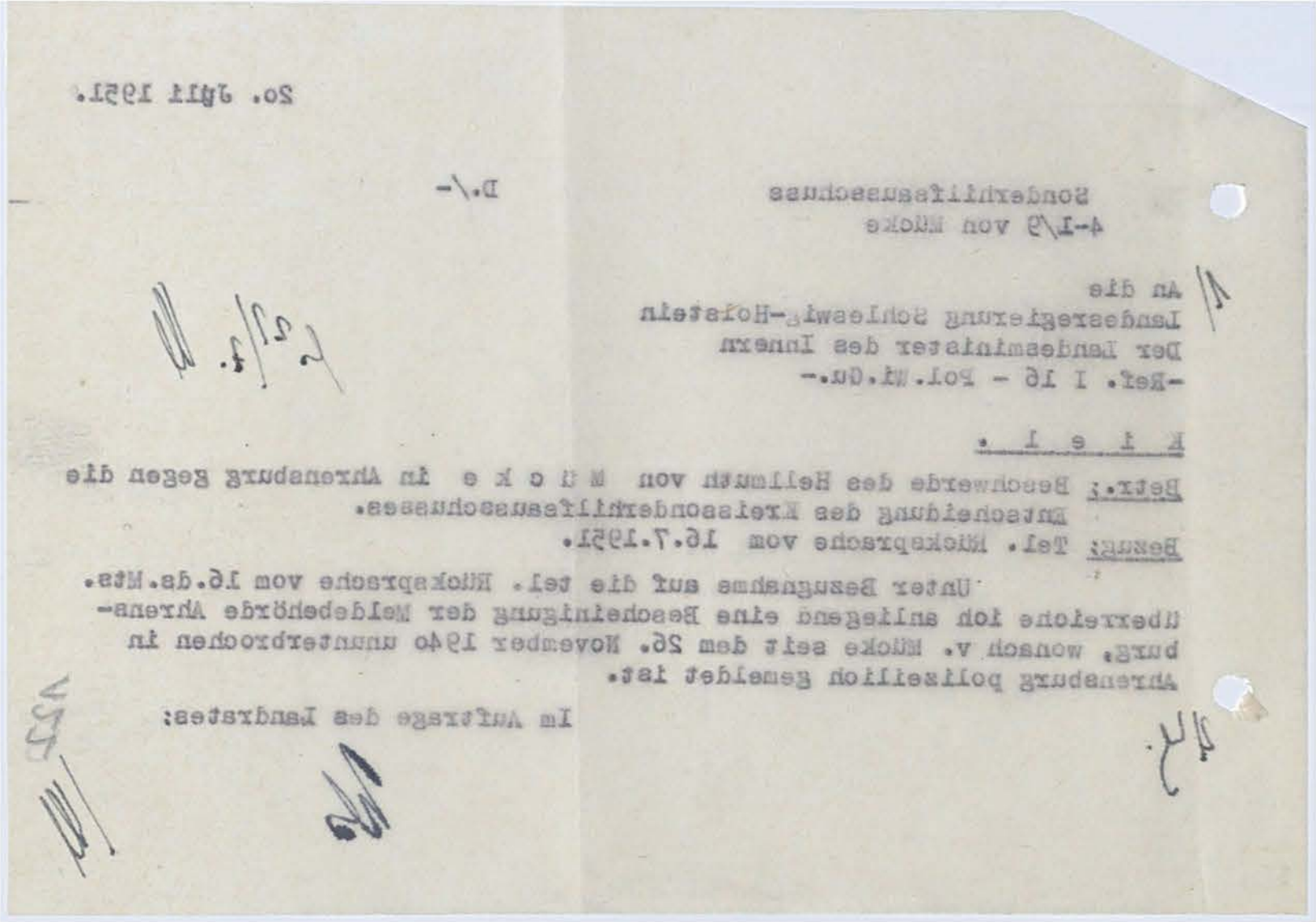
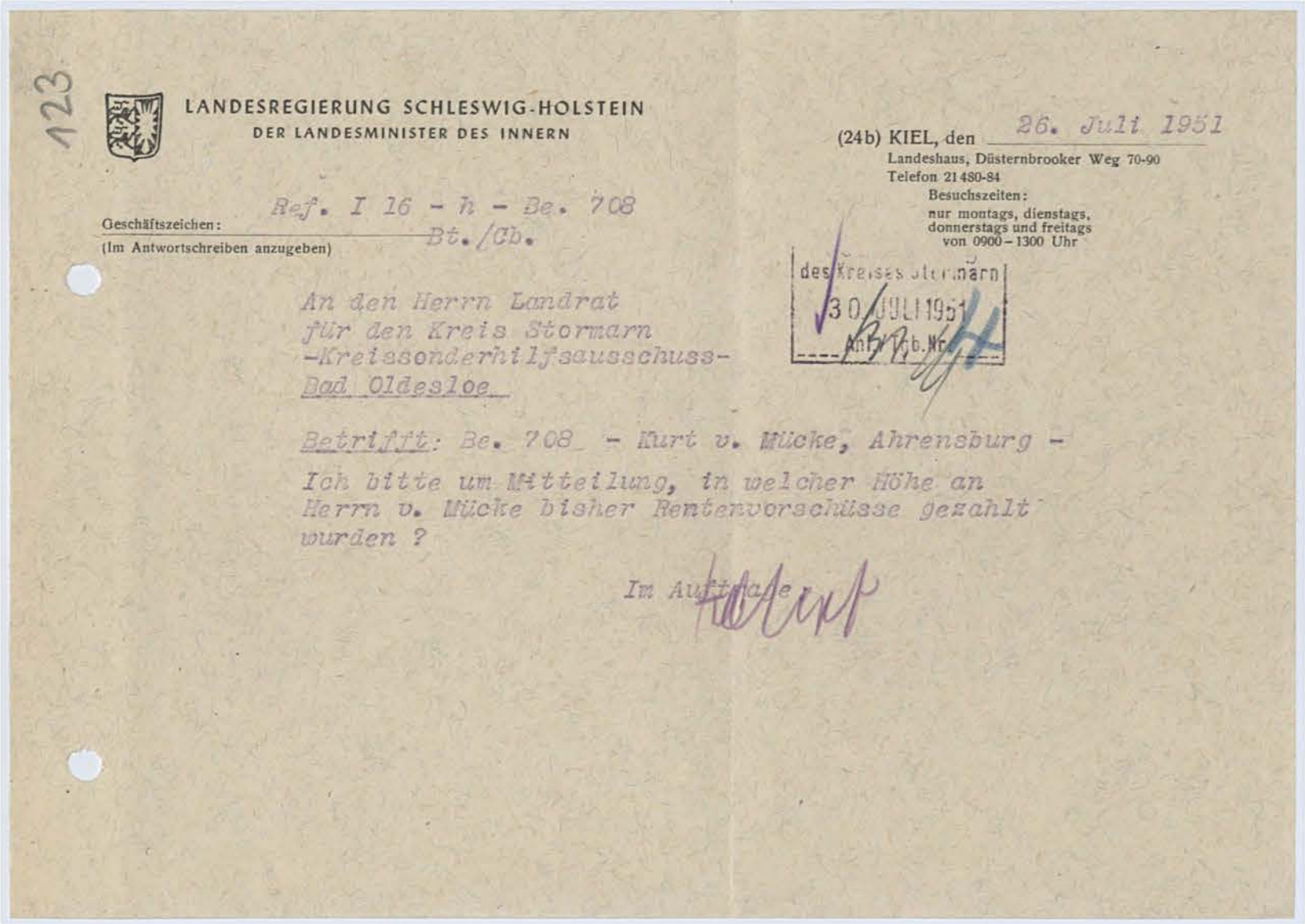
Kreisarchiv Stormarn B2





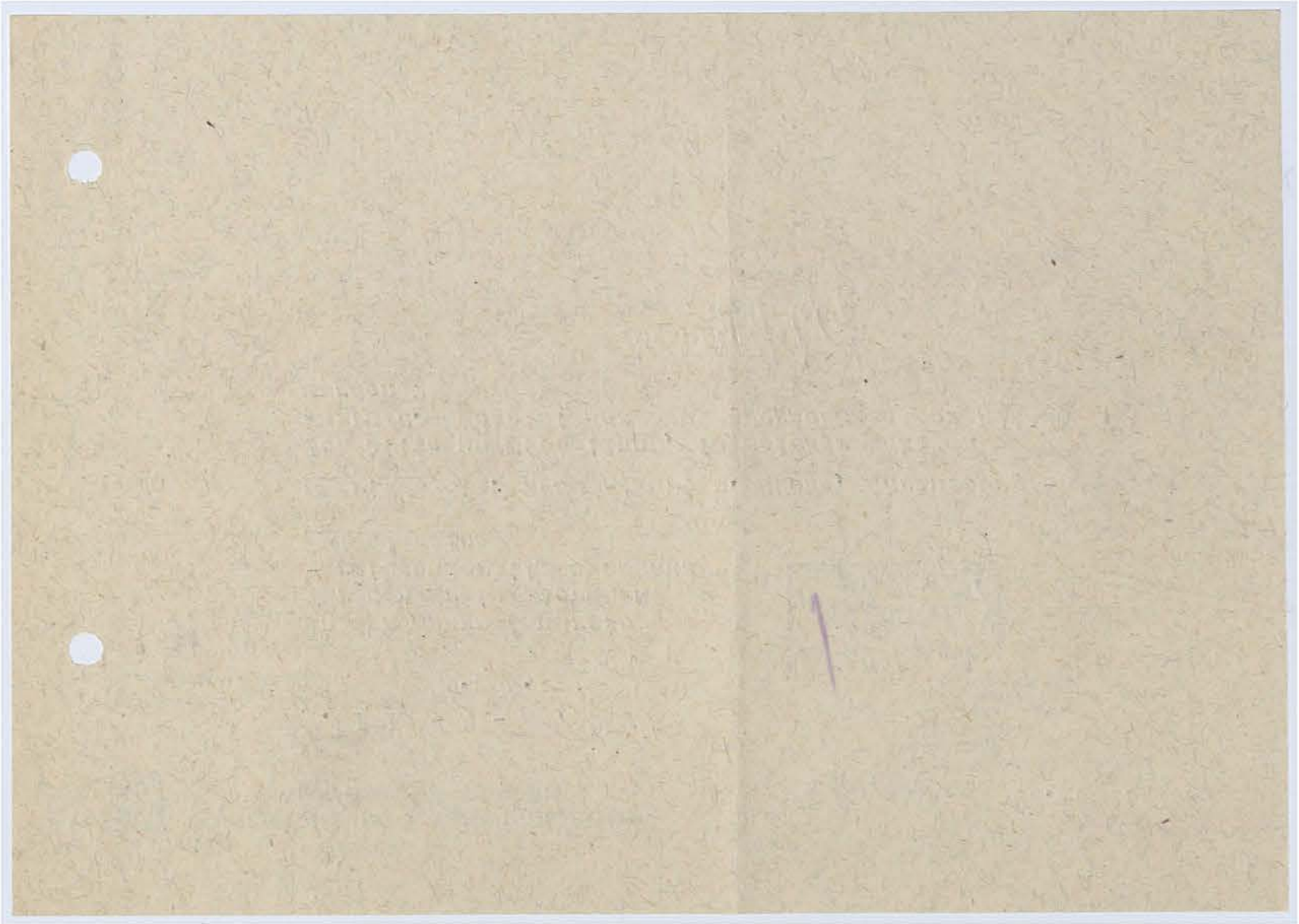
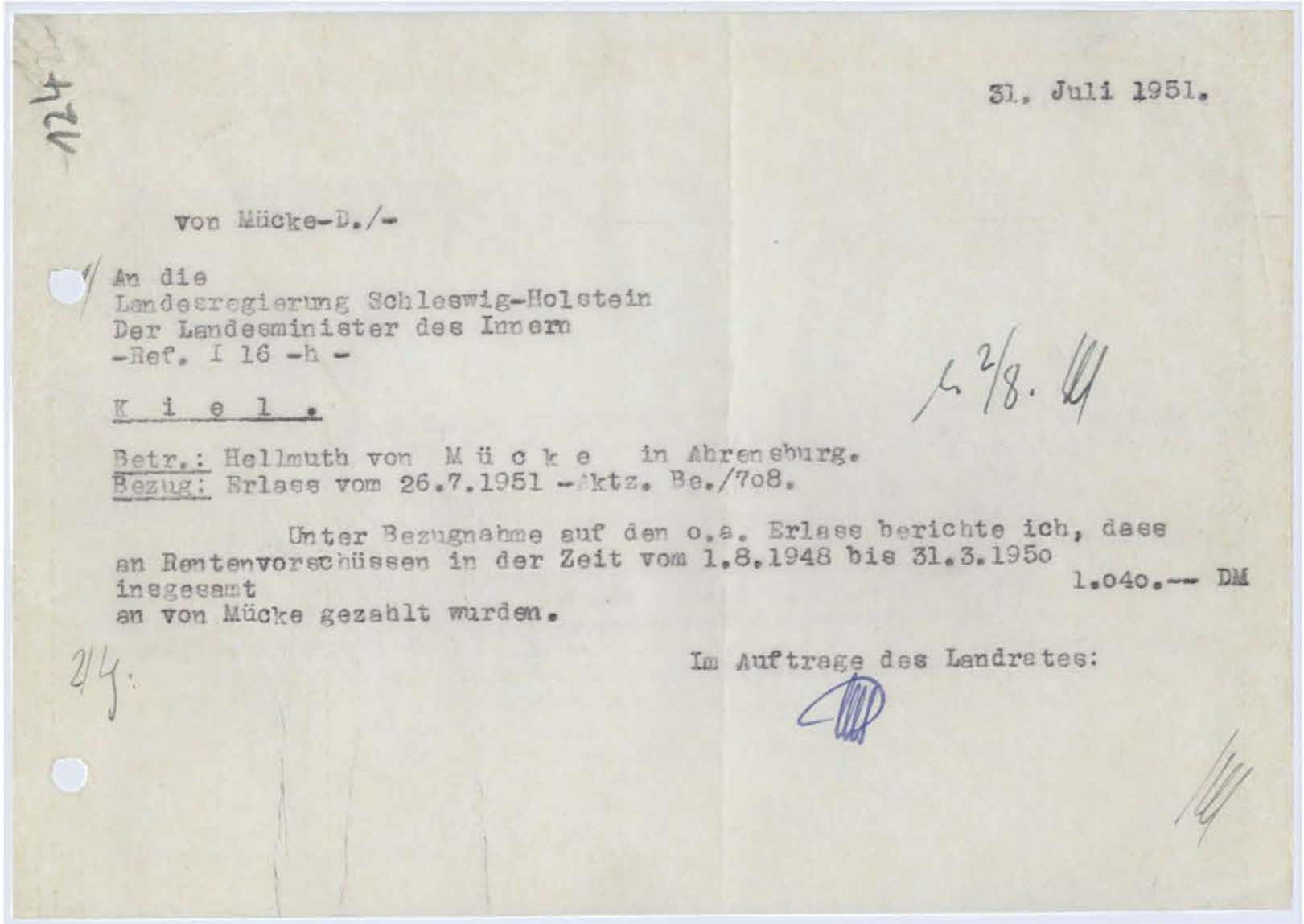
Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2



125

23. August 1951.

Sonderhilfeausschuss
4-1/9 von Mücke-D./-

1/ Herrn
Hellmuth von Mücke,
Ahrensburg
Manhagener Allee 78.

In Ihrer OdW.-Rentensache habe ich Ihr Schreiben vom 20. ds.Mts. erhalten und teile Ihnen mit, dass mir bisher die Entscheidung des Landesseonderhilfeausschusses nicht mitgeteilt wurde. Ich habe, damit über Ihren Rentenanspruch entschieden wird, Ihre Eingabe der Landesregierung Schleswig-Holstein, Der Landesminister des Innern - Ref. I 16 h - in Kiel überreicht und hoffe, dass Ihnen alsbald der Beschluss des Landesrentenausschusses zugestellt wird. Eine Wiederaufnahme der Vorschusszahlungen ist mir leider untersagt, da zunächst die Entscheidung des Landesrentenausschusses abzuwarten ist.

Im Auftrage des Landrates:

2

125

Im Auftrage des Landrates:

an von Mücke bezogen wurden.
In der Zeit vom 1.8.1951 bis 31.3.1952
unter Bezugnahme auf den o.g. Bescheid beziehe ich, dass
Bezug: Bezug vom 31.3.1951 - Ref. I 16 h -
Bezug: Hellmuth von Mücke in Ahrensburg.
K i e l
-Ref. I 16 h -
der Landesminister des Innern
Landesregierung Schleswig-Holstein
an die
von Mücke-D./-

31. Juli 1951

Kreisarchiv Stormarn B2



126

23. August 1951.

Sonderhilfsausschuss
4-1/9 von Mücke-D./-

2/ An die
Landesregierung Schleswig-Holstein
Der Landesminister des Innern
-Ref. I 16 -h-

K i e l .

Betr.: Hellmuth von M ü c k e in Ahrensburg.
Bezug: Erlasse vom 26.7.1951 -Aktz. Be./708.

Unter Bezugnahme auf den o.a. Erlasse überreiche ich anliegend eine Eingabe des von Mücke vom 20. ds.Mts. mit der Bitte um die dortige Entscheidung. Bisher ist mir nicht bekannt geworden, dass von Mücke durch den Landessonderhilfsausschuss als ehem. polit. Verfolgter anerkannt worden ist.

3/4-

Im Auftrage des Landrates:

14

5

Im Auftrage des Landrates:

die Entscheidung des Landessonderhilfsausschusses abzuwarten ist.
Nahme der Dolmetscherin ist mit jeder Unterst. der Landes-
Beschlies des Landessonderhilfsausschusses abgelehnt wird. Eine Abweisung-
Ref. I 16 -h- in Kiel, Prellerstr. 10, Postf. 1000, am 20. ds.Mts. der
Landesregierung Schleswig-Holstein, der Landessonderhilfsausschuss -
gemäß der ihm zugehenden Entscheidung wird. Ihre Eingabe der
Gang des Landessonderhilfsausschusses nicht mitgeteilt wurde. Ich habe
So. ds.Mts. erfahren und bitte Ihnen mit, dass mit dieser die Entschei-
dung im Ref. I 16 -h- -Neuentscheid. habe ich im Besonderen vom

Hellmuth von Mücke
Herrn

Hellmuth von Mücke
Herrn

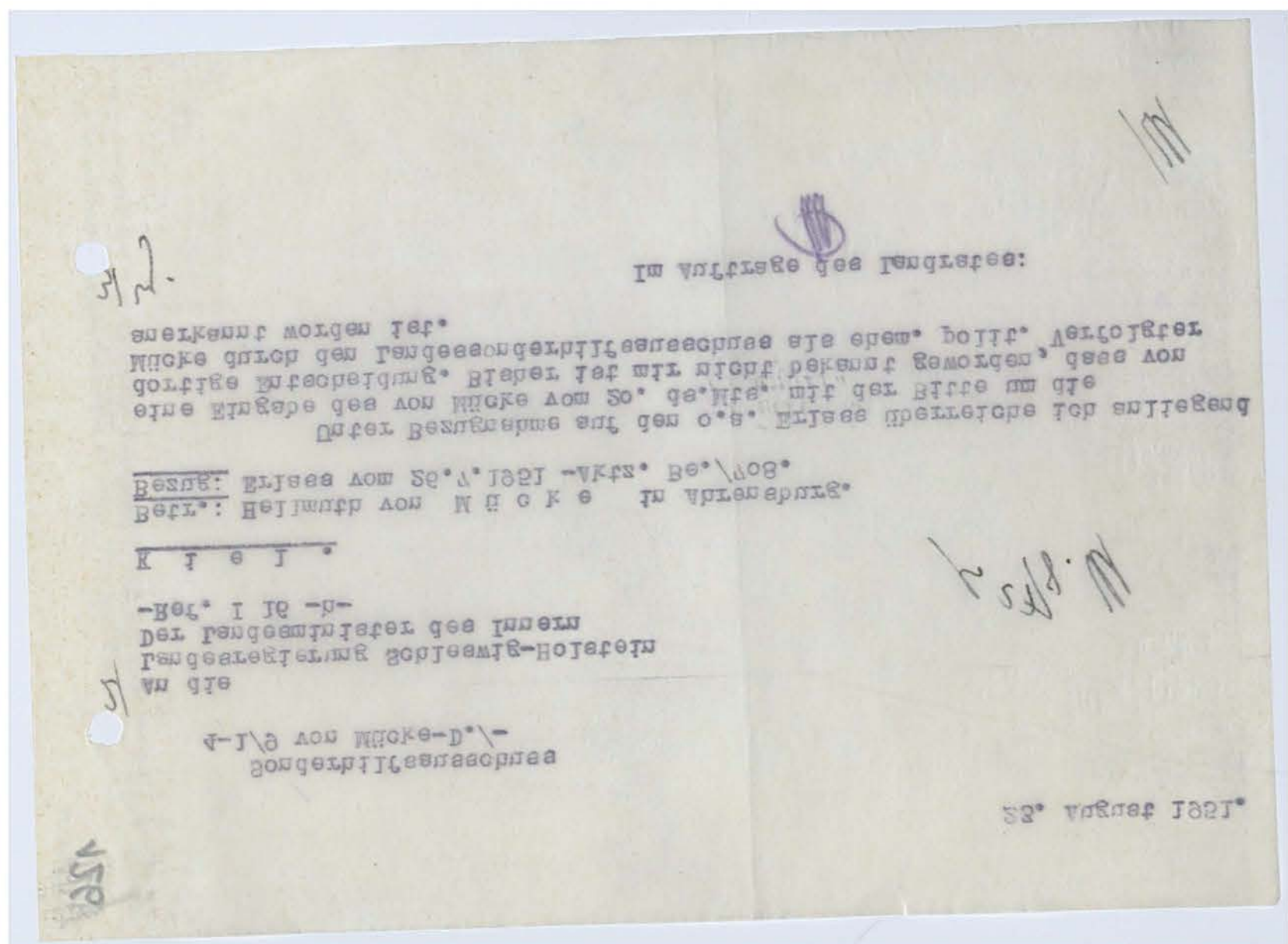
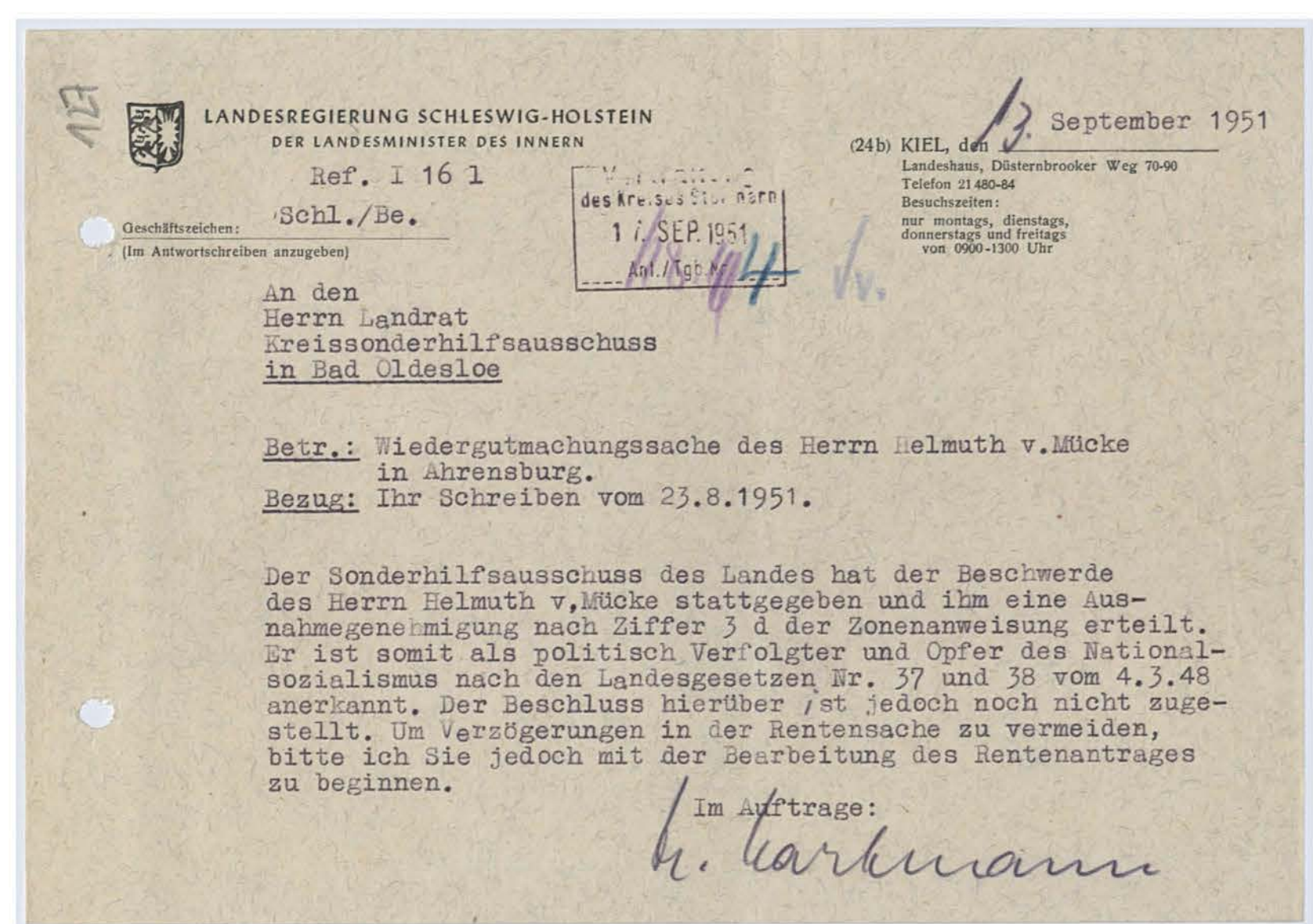
4-1/9 von Mücke-D./-
Sonderhilfsausschuss

152

23. August 1951.

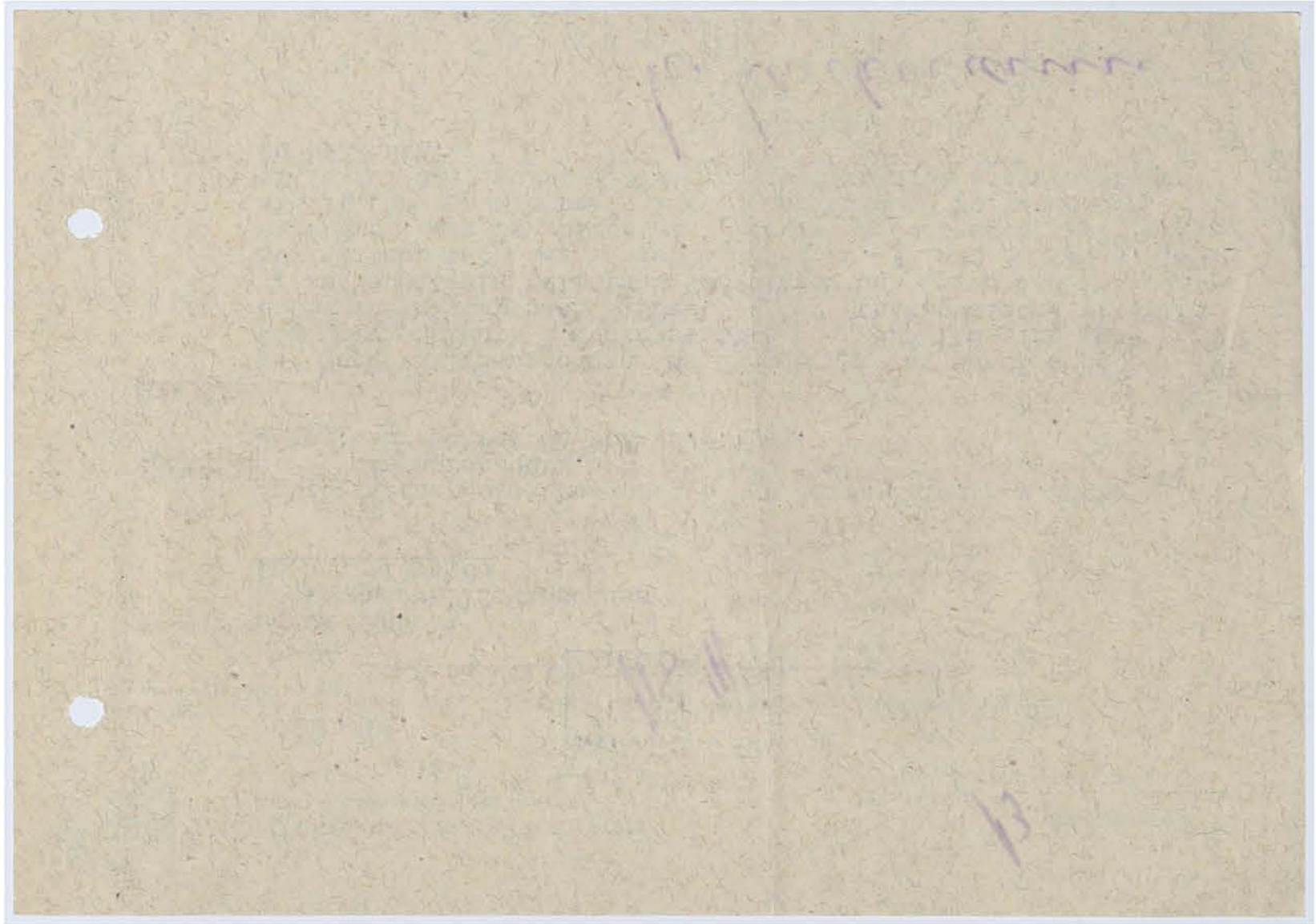
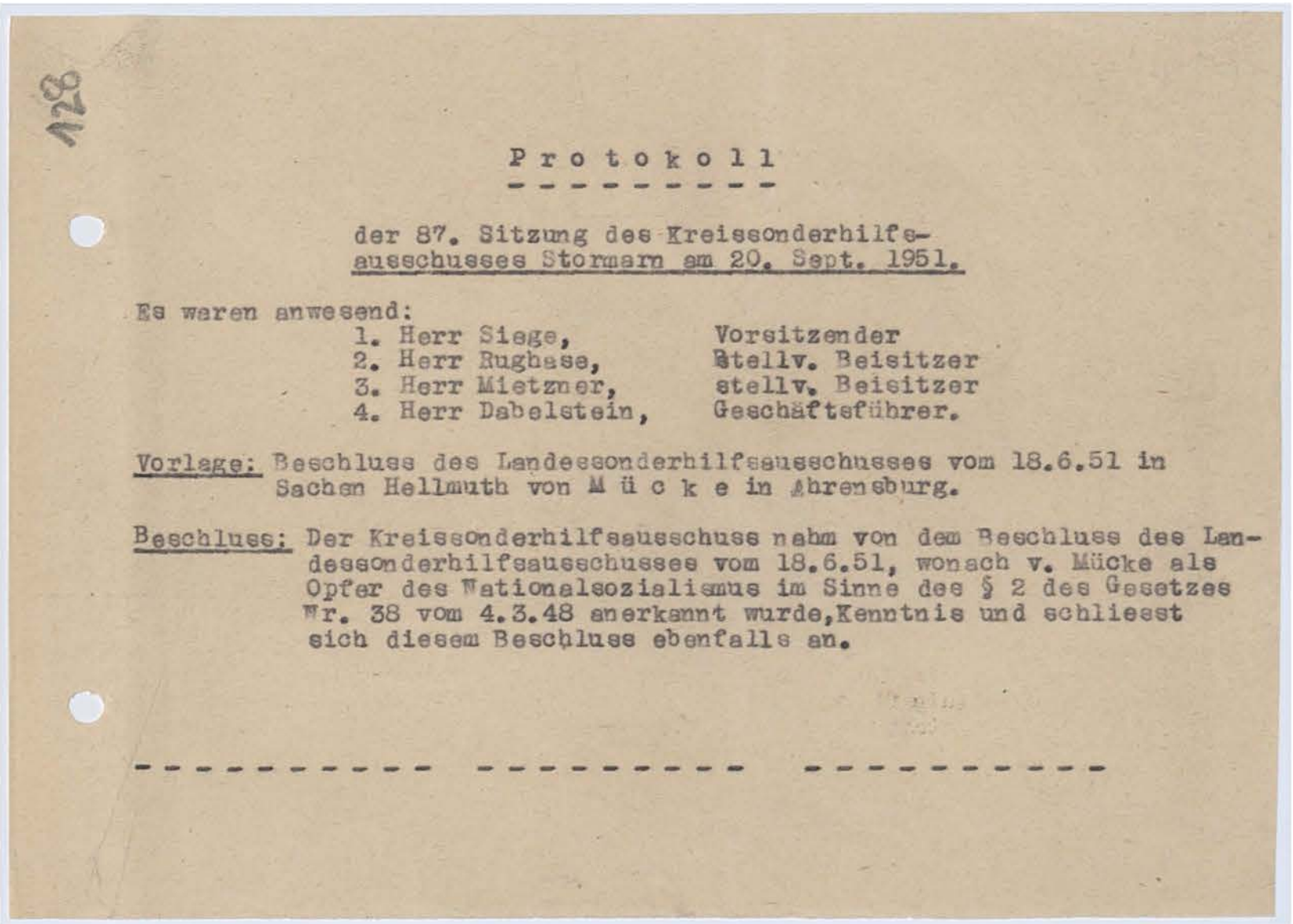
Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2



129

1/ An die
Landesregierung Schleswig-Holstein
Der Landesminister des Innern
-Ref. I 16 I -

29/9. 4

24.

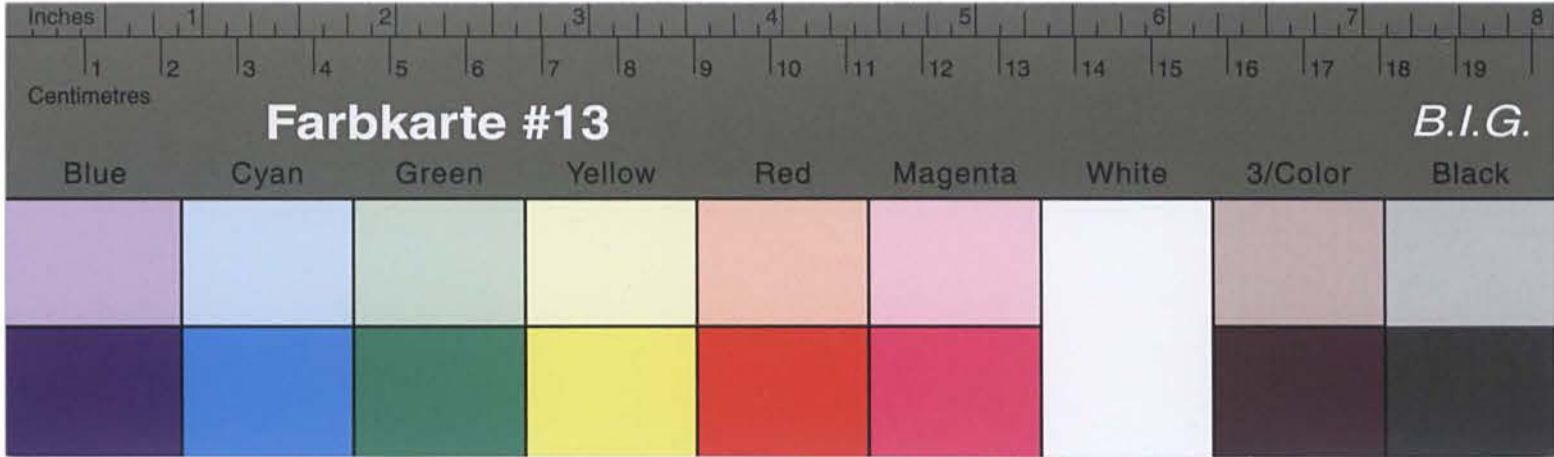
Im Auftrage des Landrates:

BdO, 10.70.57

1/ Frajebogen an v. H. L. 1770
27 y.

Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2

Kreis Stormarn
Der Kreisausschuss
Abt.: Sozial- u. Jugendamt
Amtl. Fürsorgestelle für Körper-
behinderte und Hinterbliebene.
Az.: 4 - 1/8

Bad Oldesloe, den 1951

An das
Eigen - Amt
in _____

Betr.: Mitteilung über Rentengewährung für Kb. und Kh.
Nachstehende Person erhält ab _____ eine Rente nach der Sozialversicherung
durch die Landesversicherungsanstalt, Außenstelle Lübeck Schwartauer Landstr.1

.....

Der Genannten ist von diesem Zeitpunkt ab keine Unterstützung mehr zu gewähren
bzw. falls die Rente unter dem Satz der gehobenen Fürsorge liegt, eine zusätzliche
Unterstützung gemäß Rundverfügung F 50/46 vom 29.7.1946 unter Anrechnung der
Rente mit der aufgeführten Freilassung zu gewähren, sofern eine Verweisung an
das Arbeitsamt nicht in Frage kommt.

Zahlung der laufenden Rente beginnt am

Im Auftrage:

120

Landesregierung Schleswig-Holstein
DER LANDESMINISTER DES INNERN

Geschäftszeichen:
Ref. I 16 - n - Be. 708
Bt./Cb.

An den Herrn Landrat
für den Kreis Stormarn
-Kreissonderhilfsausschuss-
Bad Oldesloe

Betr.: Be. 708 - Kurt v. Mücke, Ahrensburg

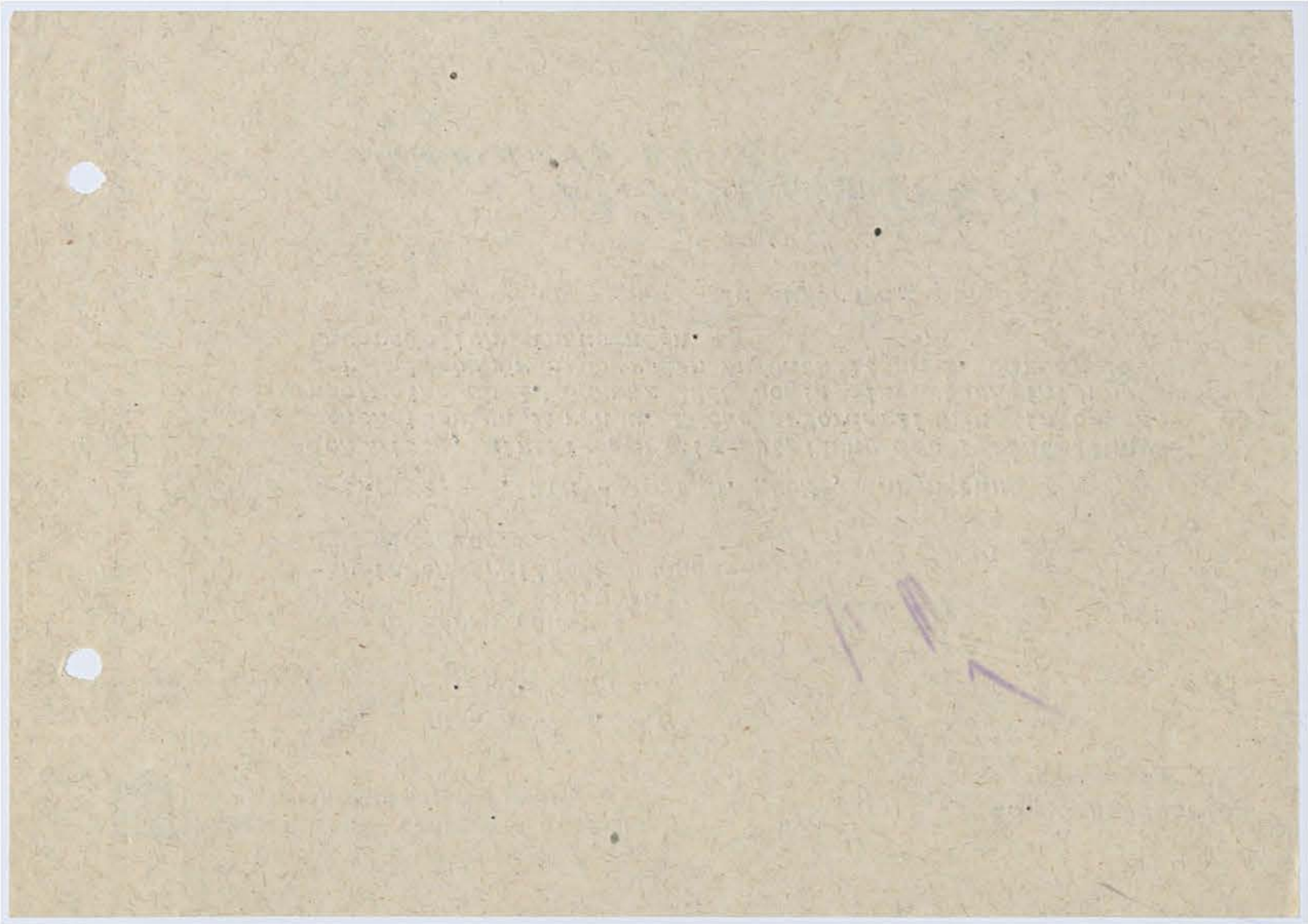
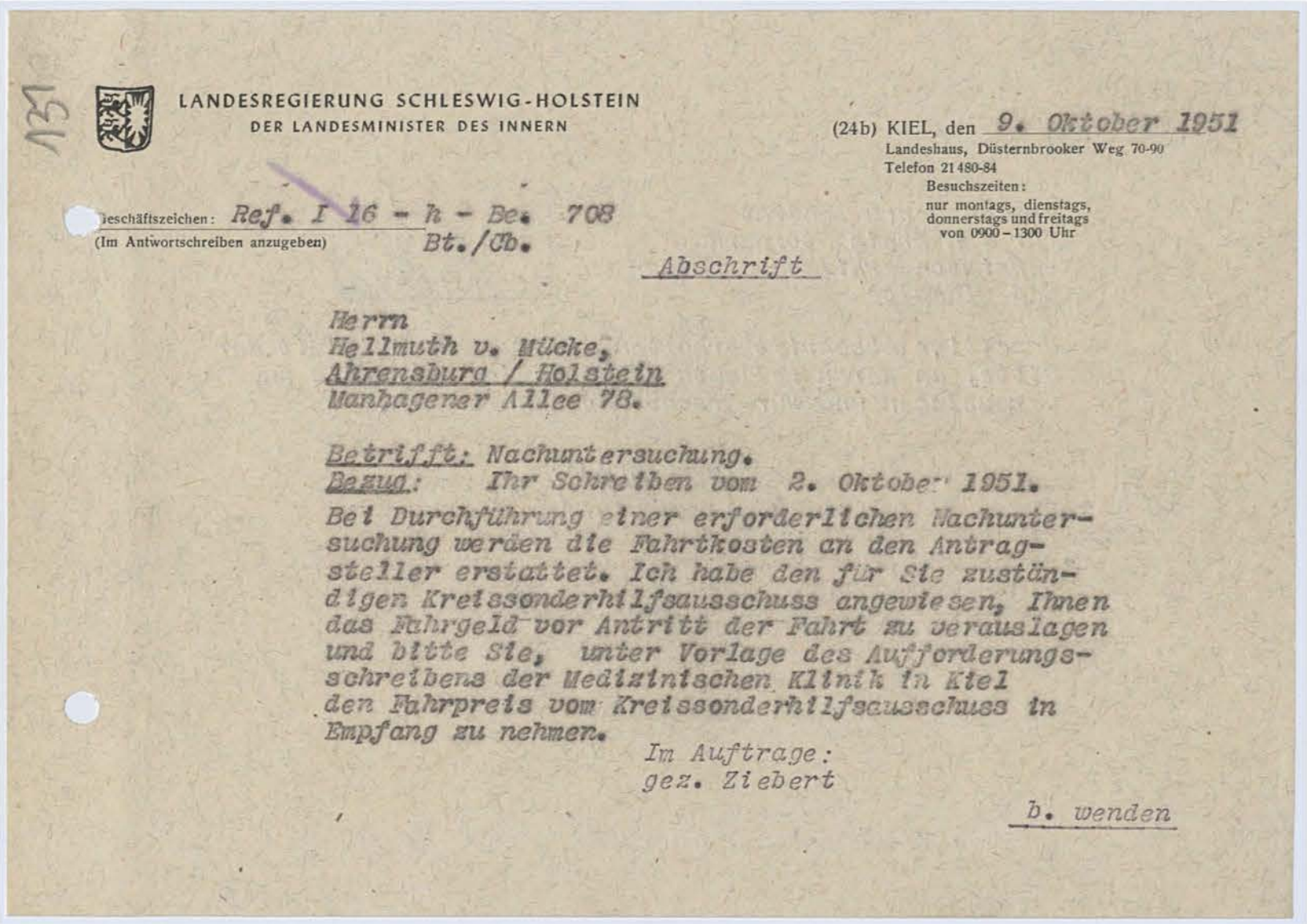
Ich bitte, mir die für die Erteilung des Feststellungs-
bescheides an Herrn v. Mücke erforderlichen Einkommens-
nachweise ab 1. Januar 1948 sowie eine Bescheinigung
der Meldebehörde über den Aufenthalt am 1. Januar 1948
unverzüglich einzusenden.

Im Auftrage:

BdO. 10.10.57
11.10.1957
11.10.1957
einzel.
24.

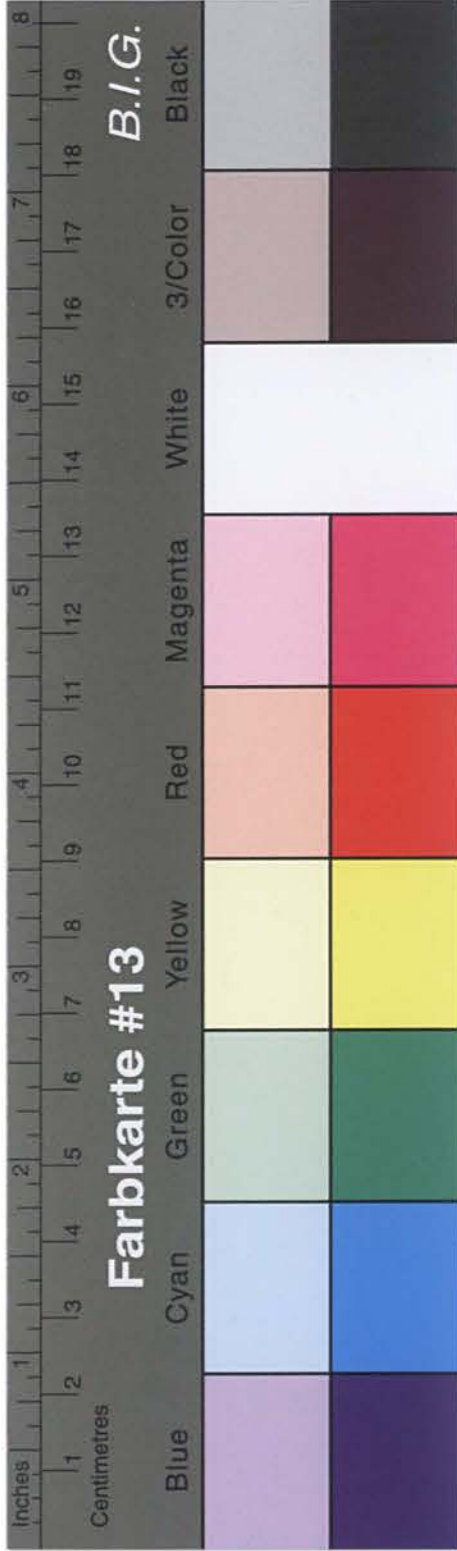
Landeshaus, Düsternbrooker Weg 70-90
Telefon 21480-84
Besuchszeiten:
auf montags, dienstags,
donnerstags und freitags
von 0900-1500 Uhr
des Kreises St.
-1. OKT. 1957-
Anl. 190.87

(24b) KIEL, den 28. September 51

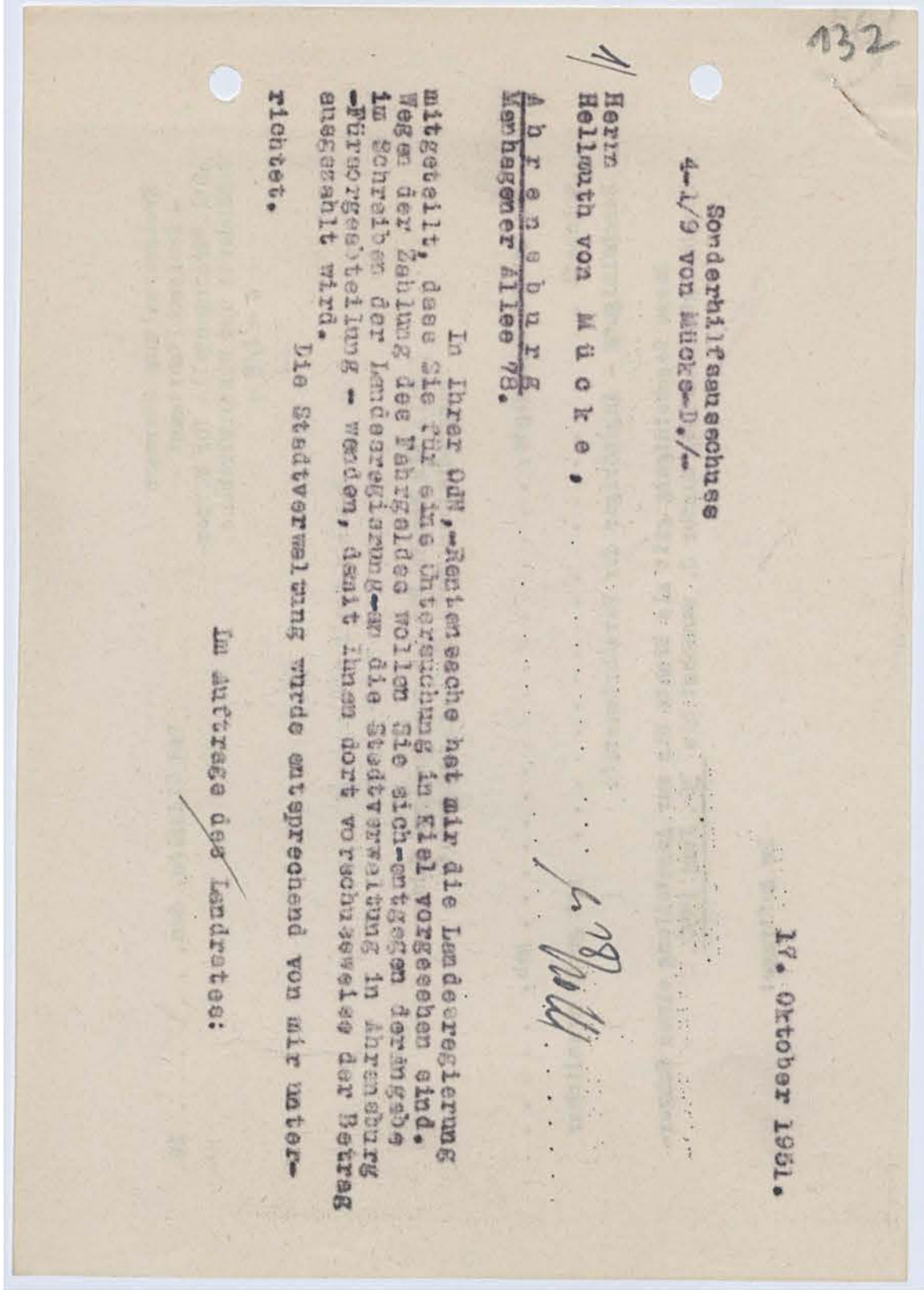
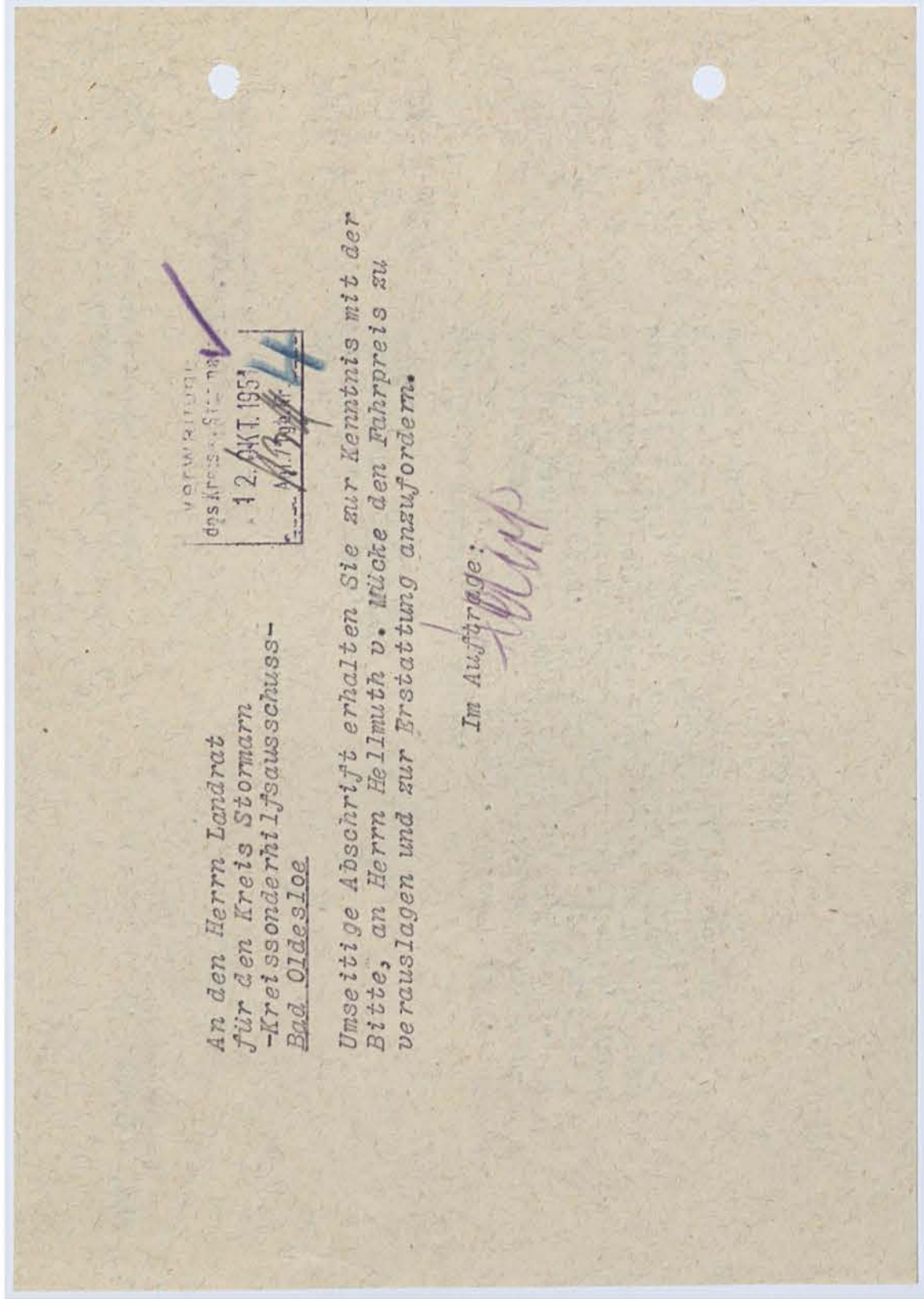


Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2



133

von Mücke-D./- Bad Oldesloe, den 17. Oktober 1951.

An die
Stadtverwaltung,
Ahrensburg.

Umstehende Abschrift übersende ich zur Kenntnisnahme.
Ich bitte, das Fahrgeld vorschussweise an Herrn von Mücke auszusahlen
und bei mir zur Erstattung wieder anzufordern.

3/4.

Im Auftrage des Landrates:

Kreisverwaltung Stormarn
- Kreiswohlfahrtsamt -
Amtl. Fürsorgestelle für Körper-
behinderte und Hinterbliebene.
- 4 - 1/8 -

Bad Oldesloe, den. 19

B e s c h e i n i g u n g

(gilt als Ersatz für den rosafarbenen Schwer-
beschädigtenausweis für Vershrtenstufe).

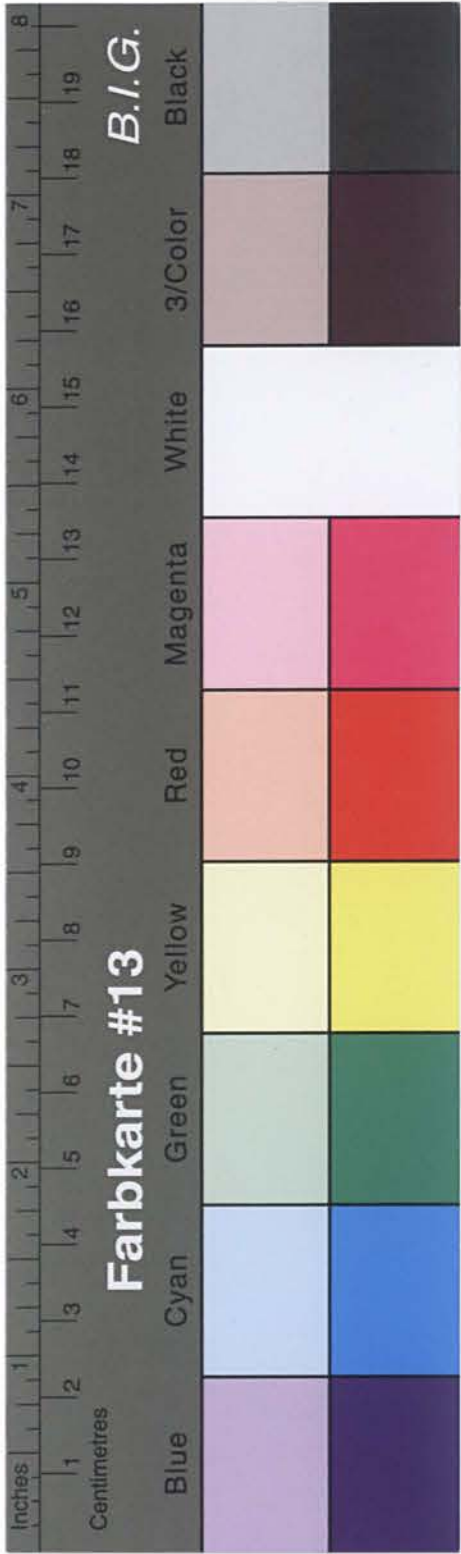
Der Schwerbeschädigte, geb.
wohnhaft ist gemäß ärztlicher
Bescheinigung - Angehöriger der Vershrtenstufe ()

Diese Bescheinigung gilt als Ersatz bis zur Ausstellung eines Schwer-
beschädigtenausweises Muster C, zunächst bis 30. Juni 1950.

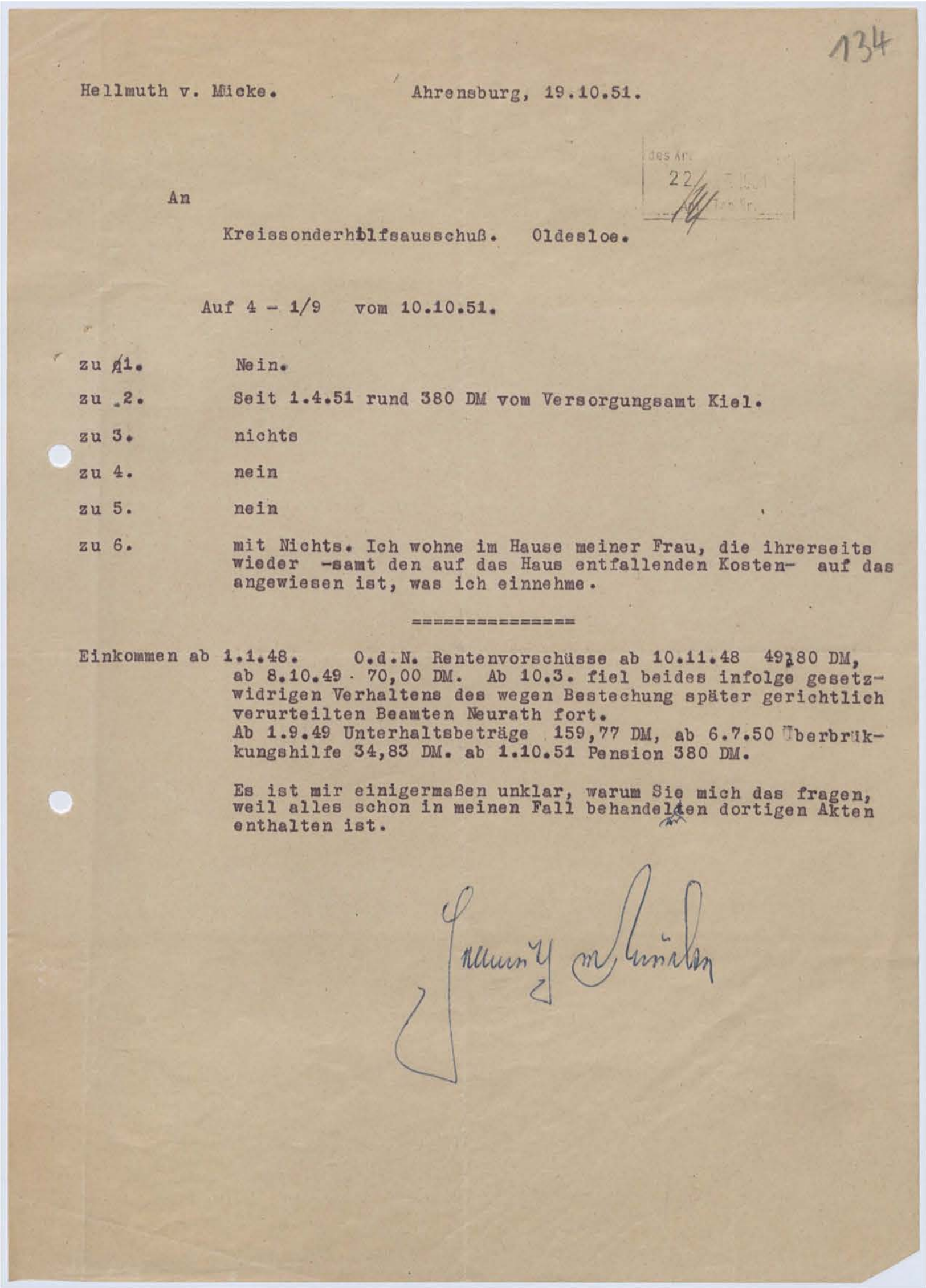
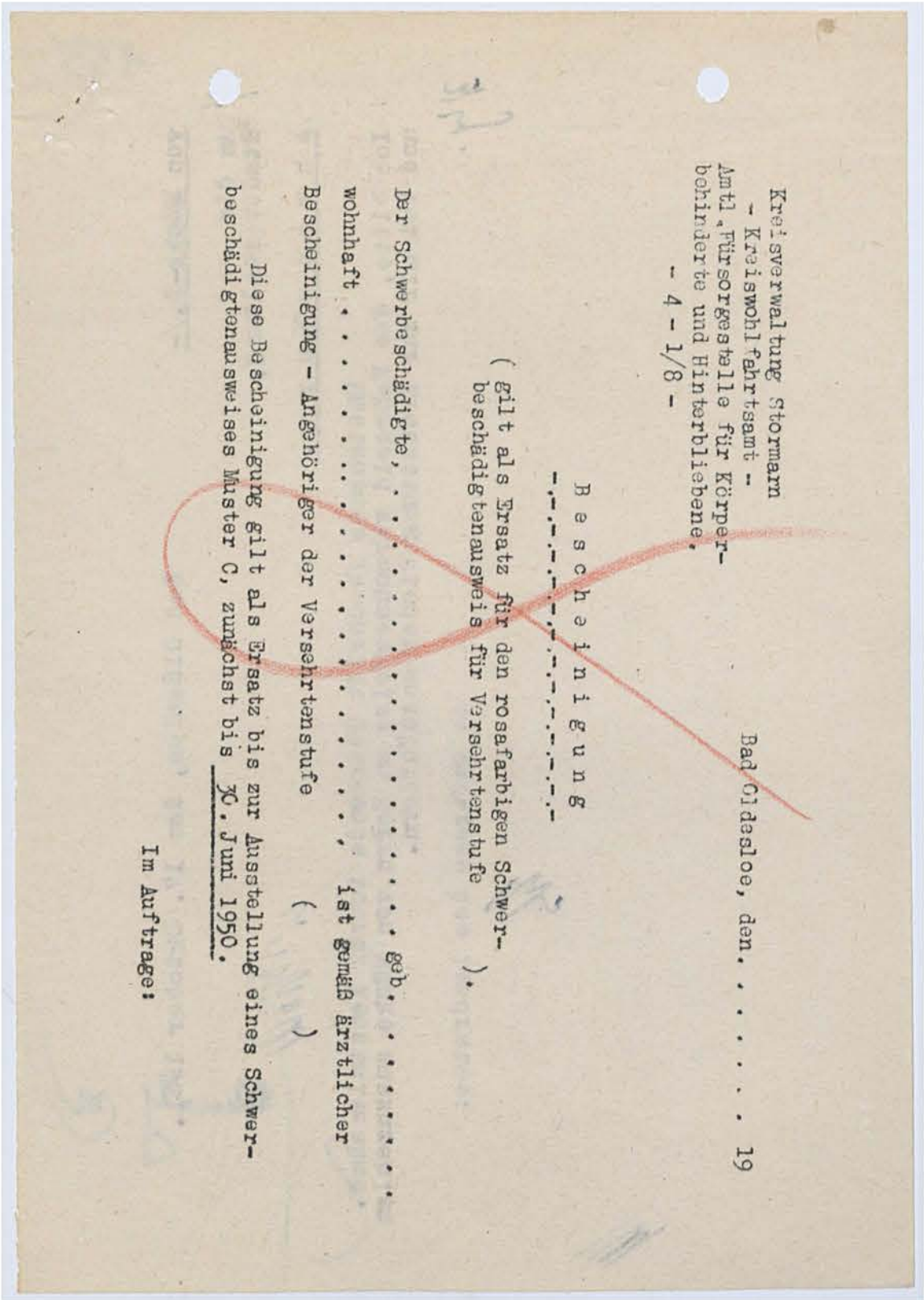
Im Auftrage:

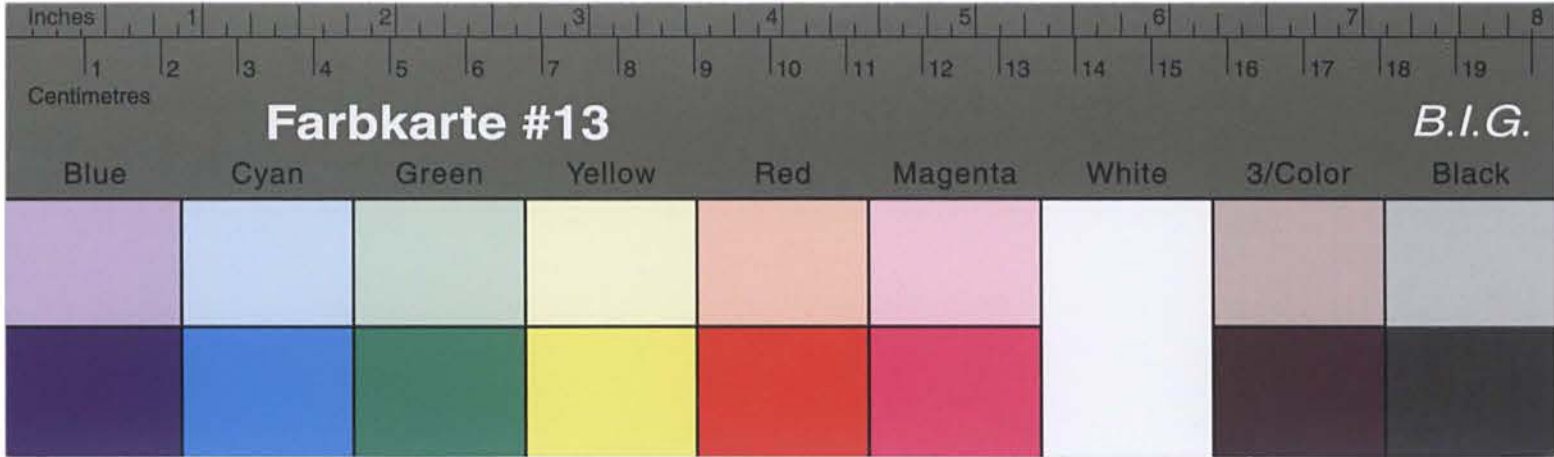
Kreisarchiv Stormarn B2



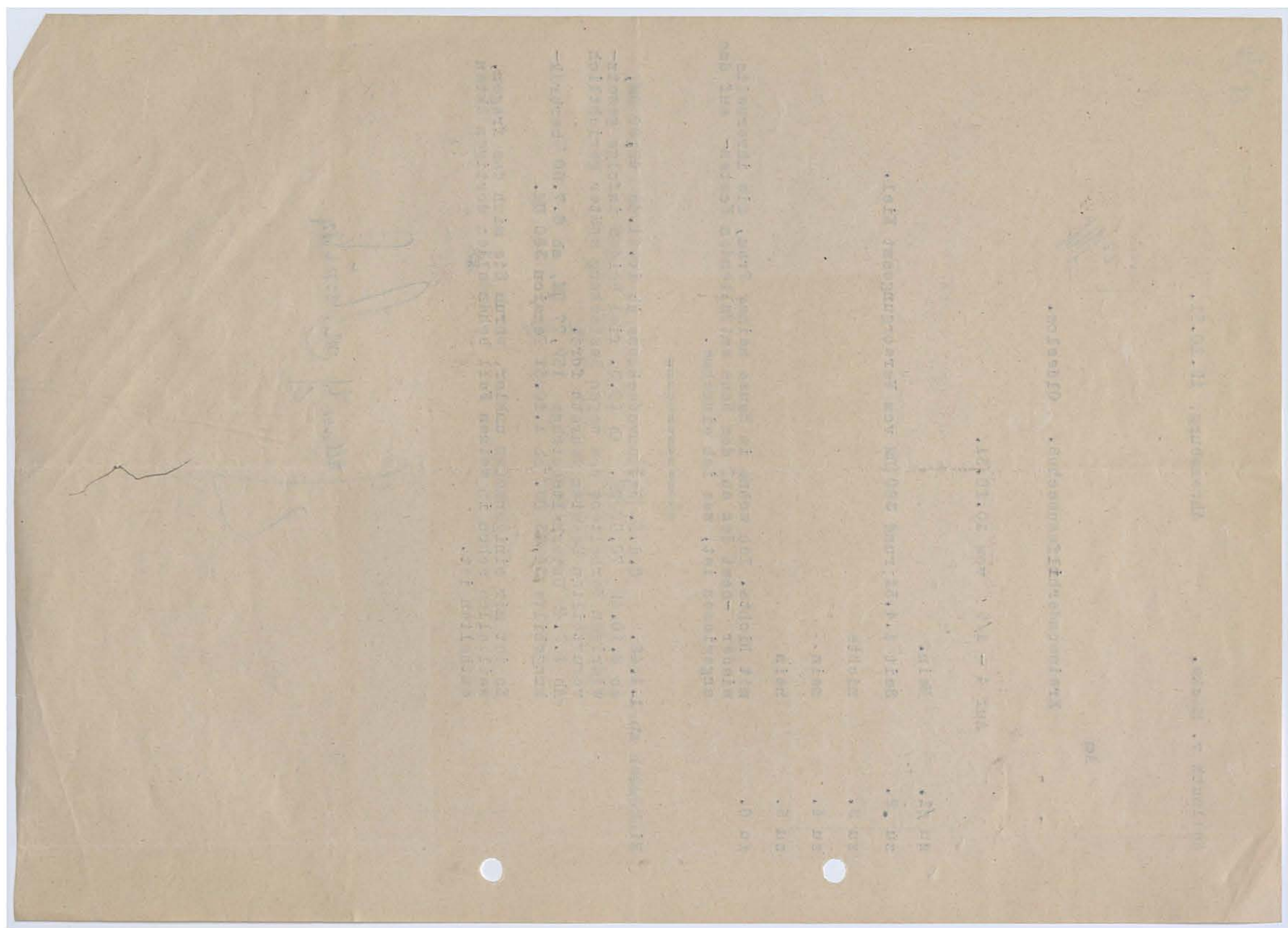


Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2



Es wird gebeten, sich an das Anlage I.
in den stehenden Fahrplan Kiel, den 10. 10. 51
zu halten, wenn Sie nach
9^h erscheinen, ist die Durchführung der Dienstreise nicht
mehr möglich. -

An Ihr Schreib.r. 8. 10. 51

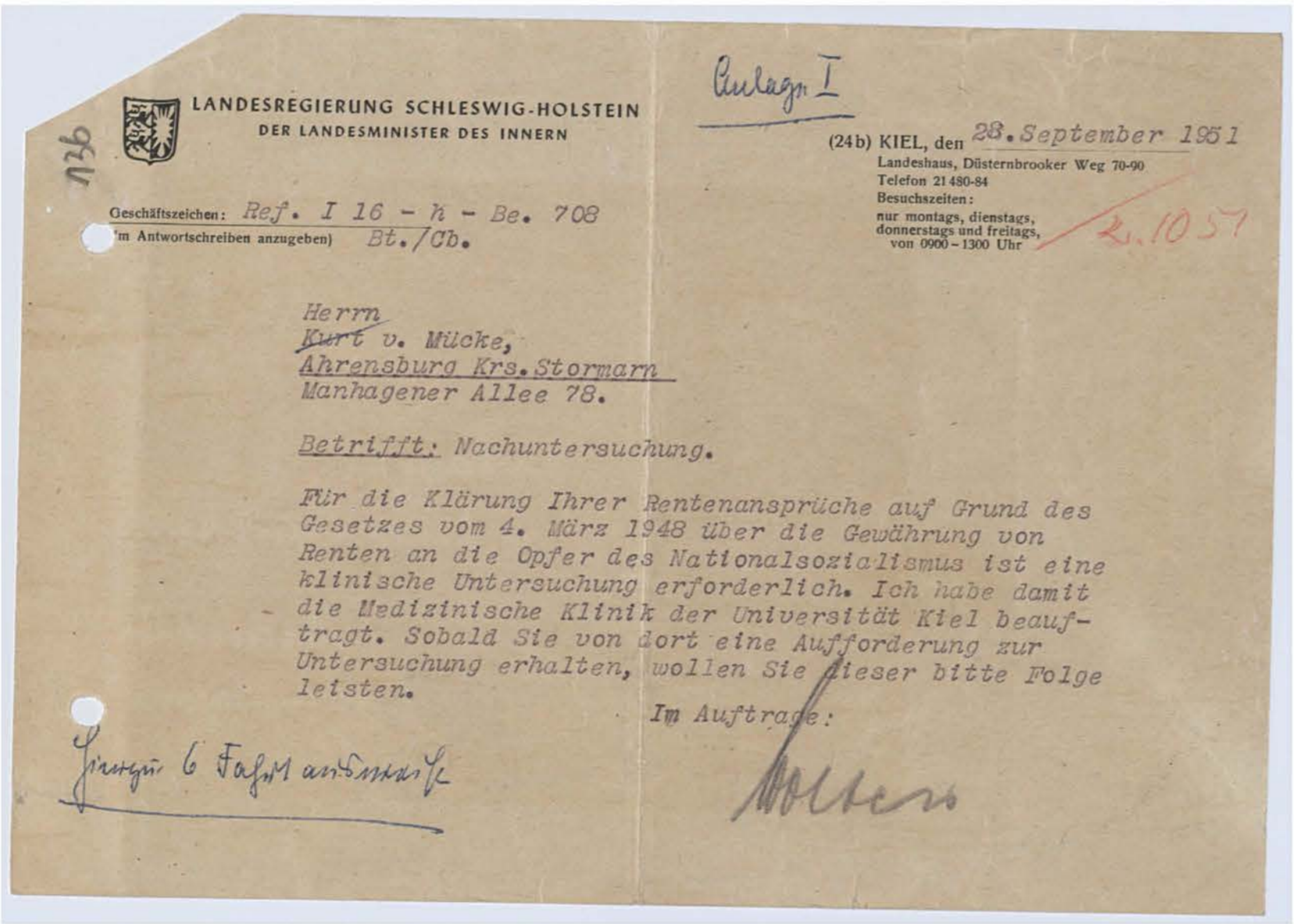
Auf Veranlassung der Landesregierung. Sekt.-/Stat.
Min. d. Innern Kiel
bitten wir Sie, sich am

Mittwoch, den 17. 10. - 8³⁰!

zu einer ambulant Begutachtung in der
Medizinischen Poliklinik, Kiel, Feldstr. 12 einzufinden, ohne gegessen, getrunken
und geraucht zu haben. Personalausweis mitbringen.

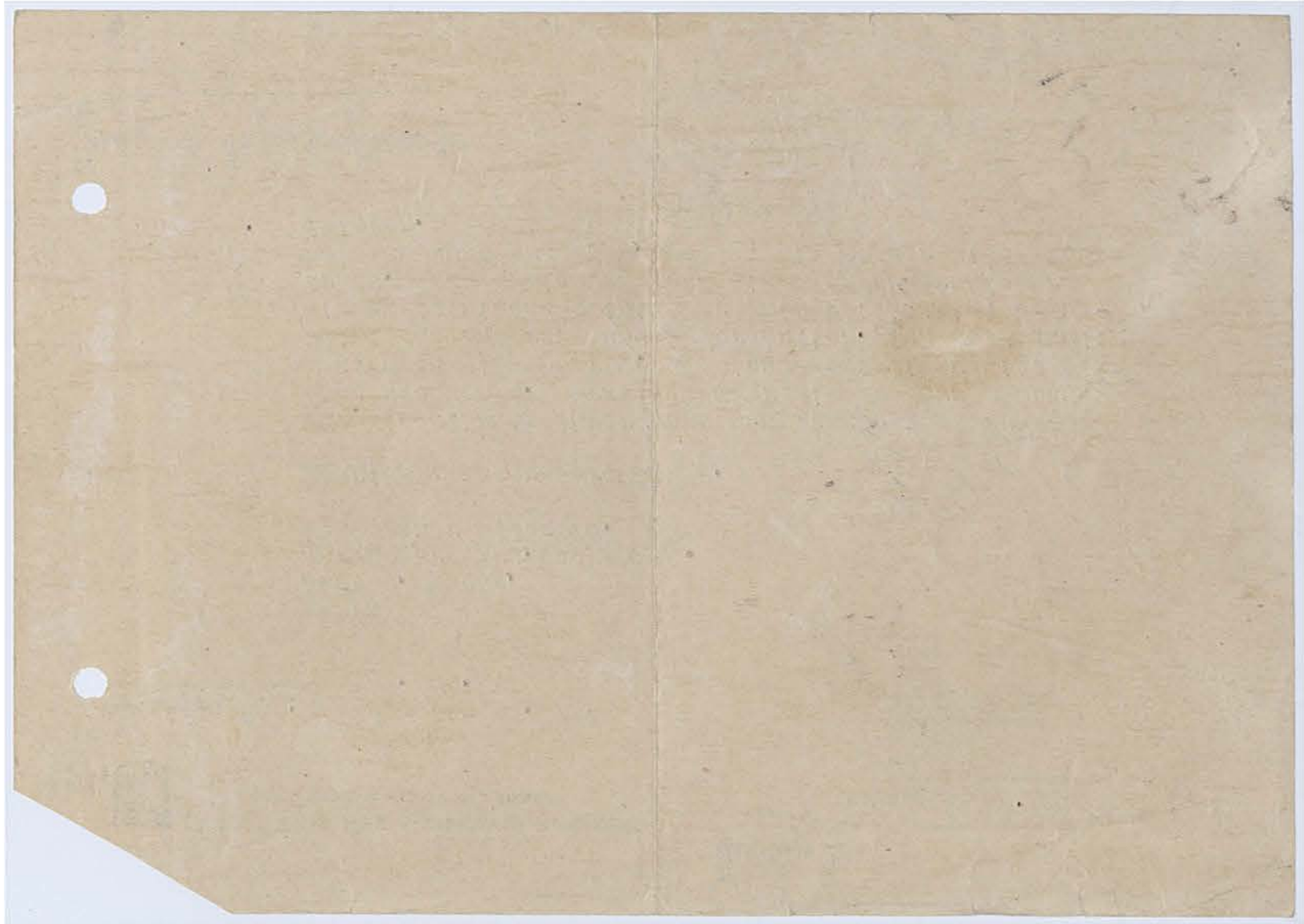
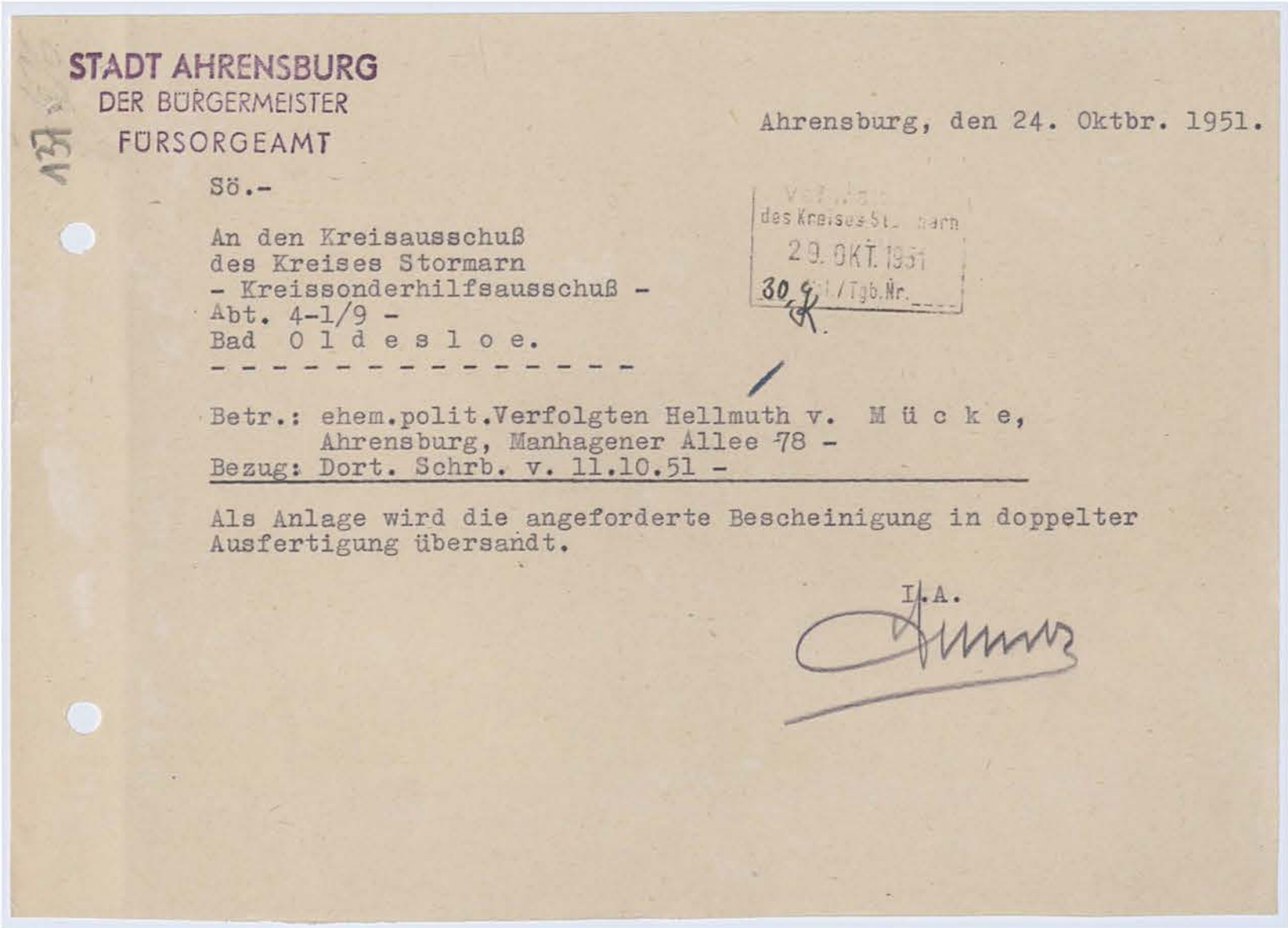
Ausrech. ab 4²²
Ha. ab. an 4⁵⁵
" ab 5²⁷ - an Kiel 8⁰²!!

Schreibzimmer
Rausch
135

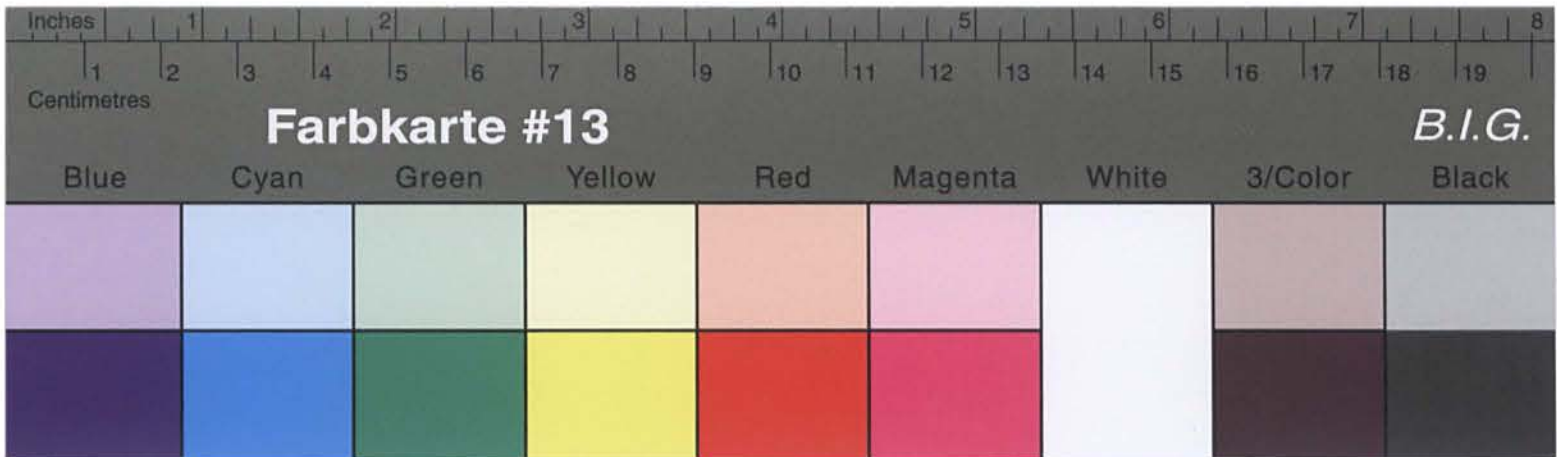


Kreisarchiv Stormarn B2

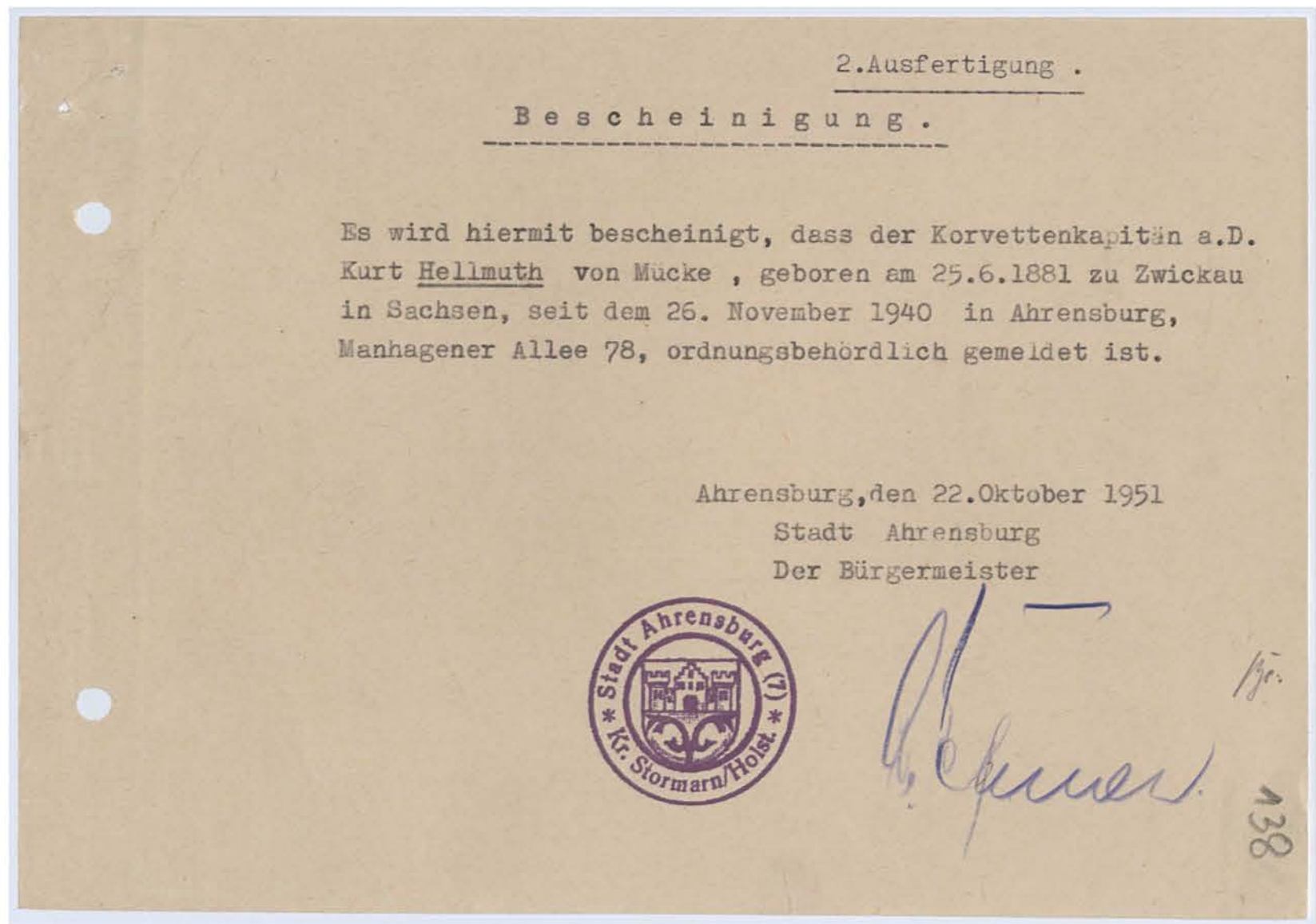
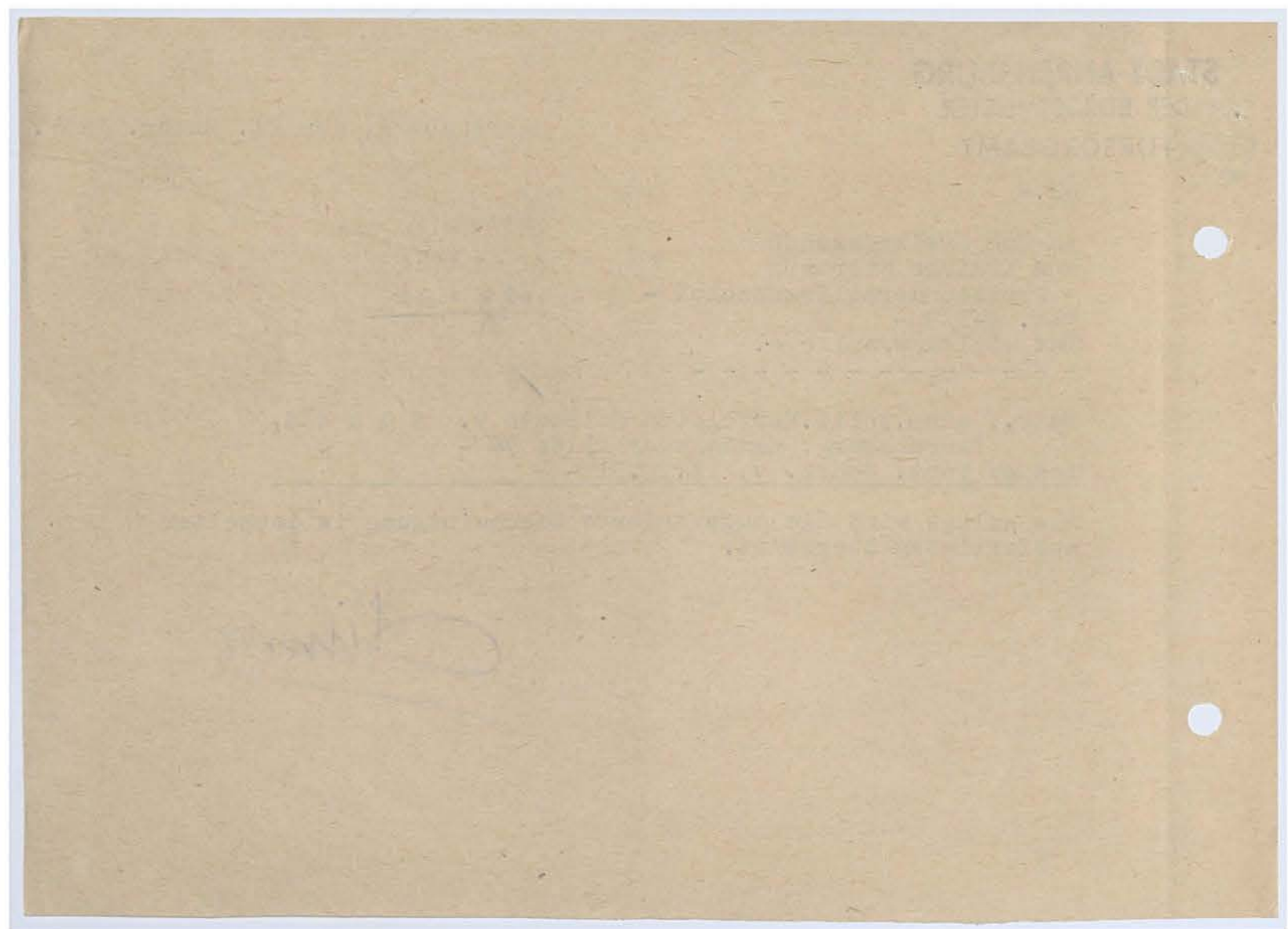


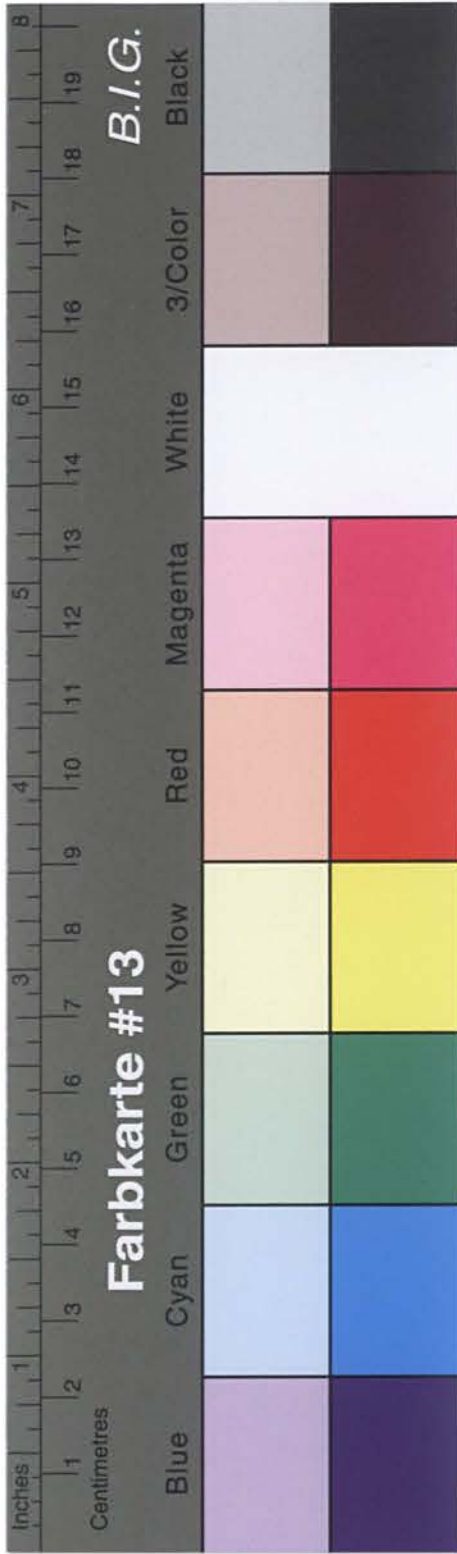


Kreisarchiv Stormarn B2

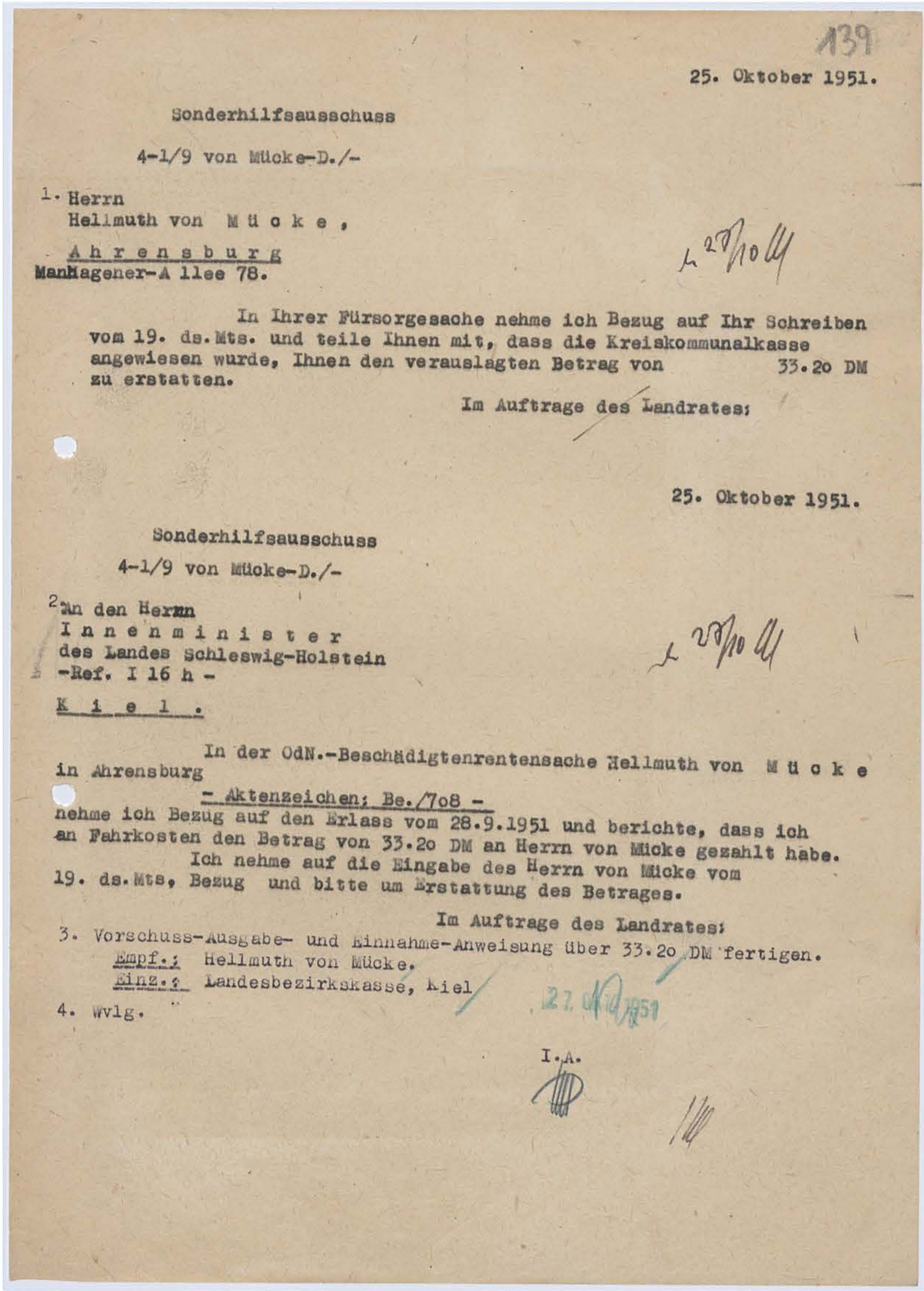
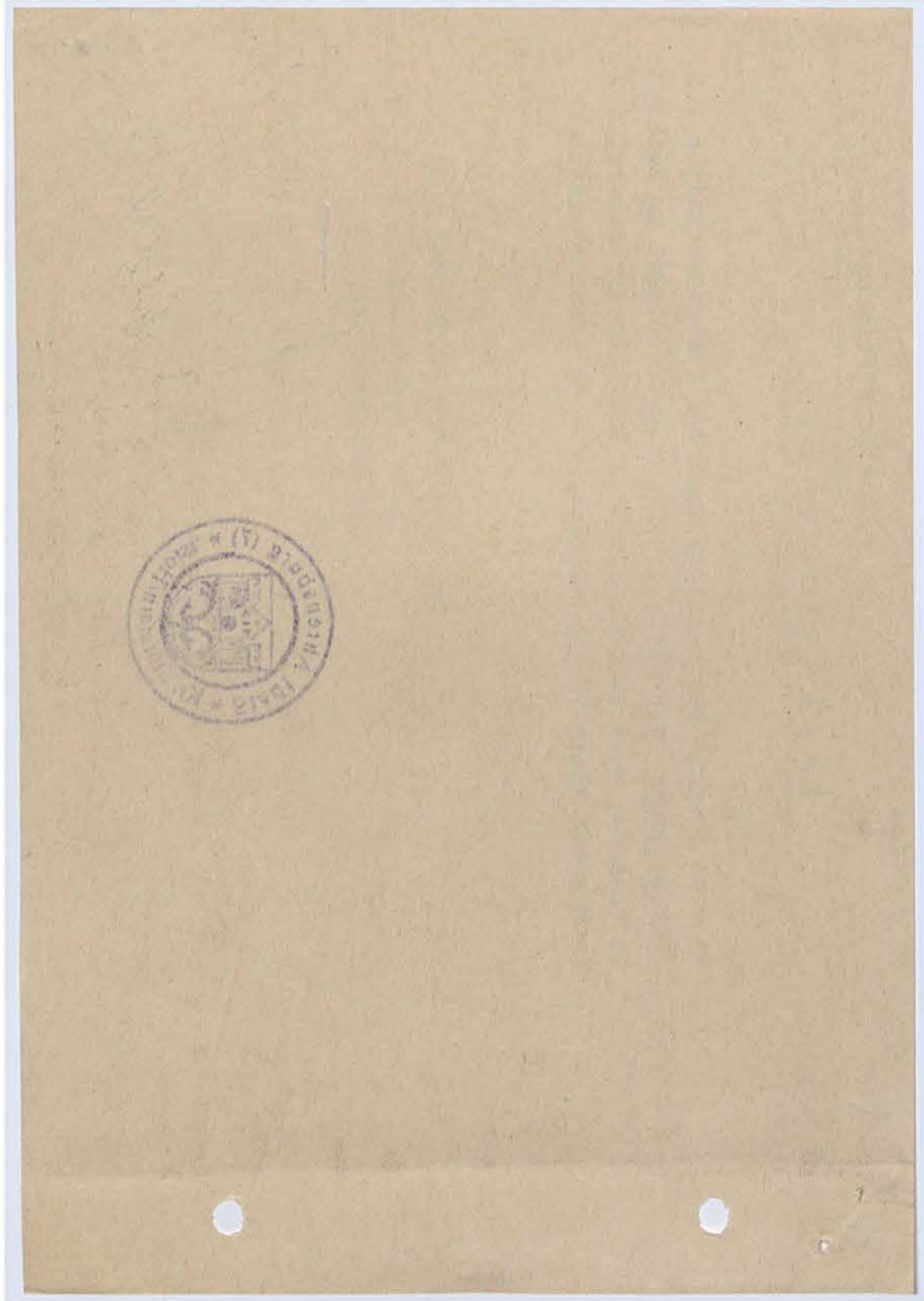


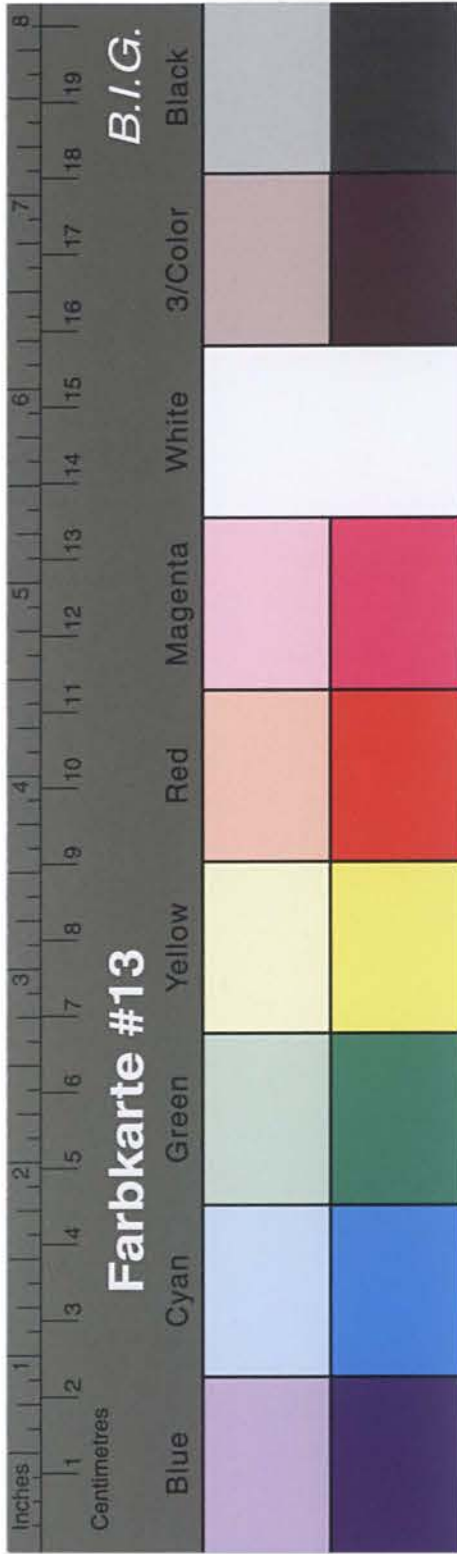
Kreisarchiv Stormarn B2



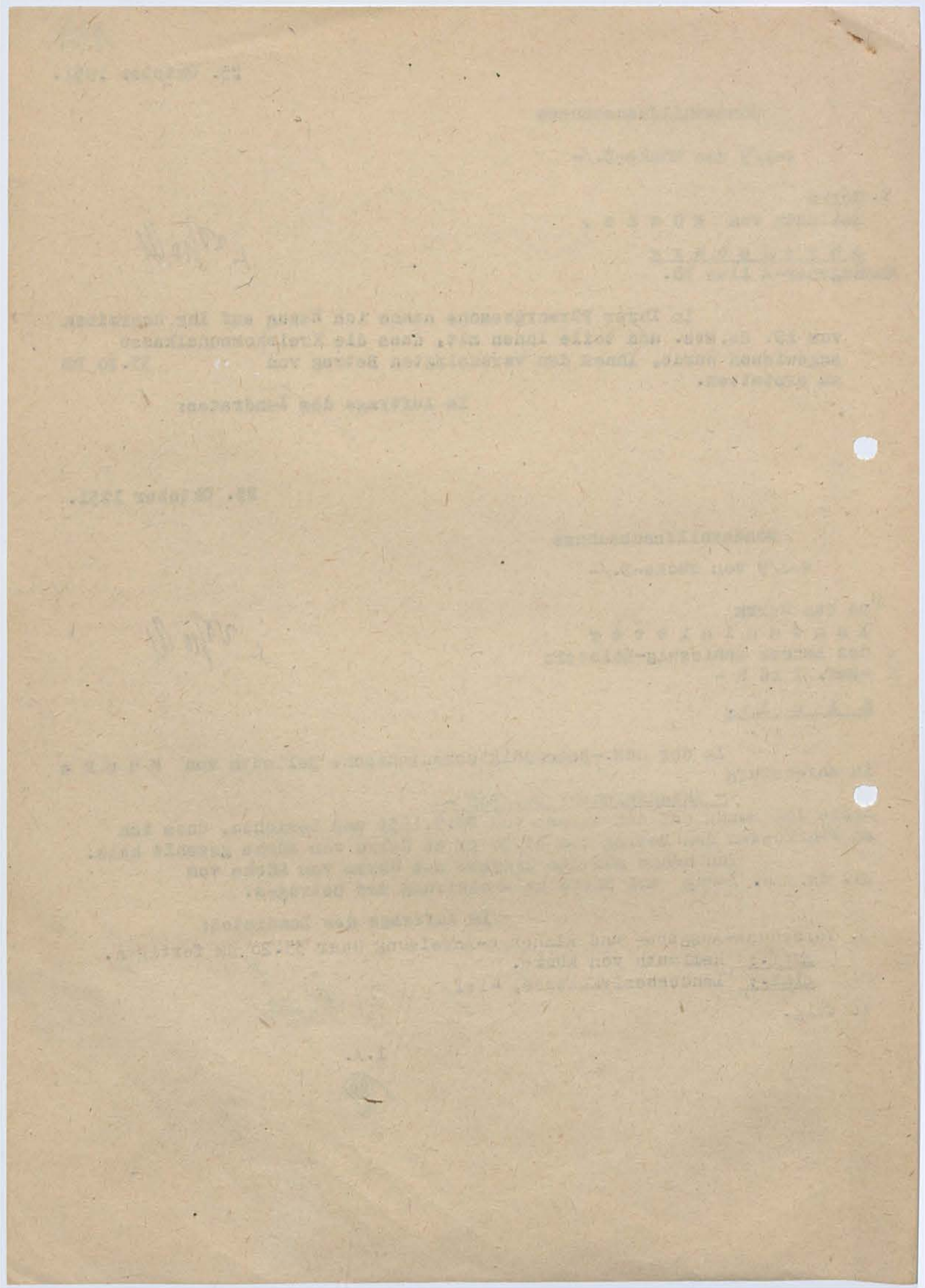


Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2



Landesregierung Schleswig-Holstein
Der Landesminister des Innern
Ref. 1/3a - Pol.Wi.Gu. -
Rentenz. 39 a | M
OdN | 708
(bei allen Eingaben Rentenz. anzugeben)

Kiel, den 21 Januar 1952

Abschrift!

Gegen Postzustellungsurkunde

An Herrn Kurt -- Helmut v. Mücke
in A h r e n s b u r g
Manhagener Allee 78

Feststellungsbescheid

über die Gewährung einer Beschädigtenrente auf Grund des Gesetzes vom 4. März 1948 und des Gesetzes vom 3. Mai 1950 über die Gewährung von Renten an die Opfer des Nationalsozialismus und deren Hinterbliebene.

Auf Ihren Antrag vom 9. November 1948 hat der Rentenausschuß des Landes in seiner Sitzung vom 11. Dezember 1951 auf Grund der vertrauensärztlichen Gutachten als Verfolgungsleiden folgende Gesundheitsstörungen bzw. Körperschäden anerkannt:

- 1) Altersbedingte degenerative Schlagaderveränderungen (Arteriosklerose) mit besonderer Beteiligung der Gehirn- u. Beingefäße.
- 2) Degenerative Veränderungen an der Hals- und Lendenwirbelsäule (Osteochondrose, Spondylitis deformans).

Der Grad Ihrer hierdurch verursachten Erwerbsminderung ist auf 30 v. H. festgesetzt worden.

Demzufolge wird Ihnen ab 1. Januar 1948 eine OdN.-Beschädigtenrente von monatlich 70,-- DM und bei einer Erwerbsminderung von 50% oder mehr Kinderzuschläge gemäß § 559 b RVO für

geb. DM
geb. DM
geb. DM
geb. DM
geb. DM

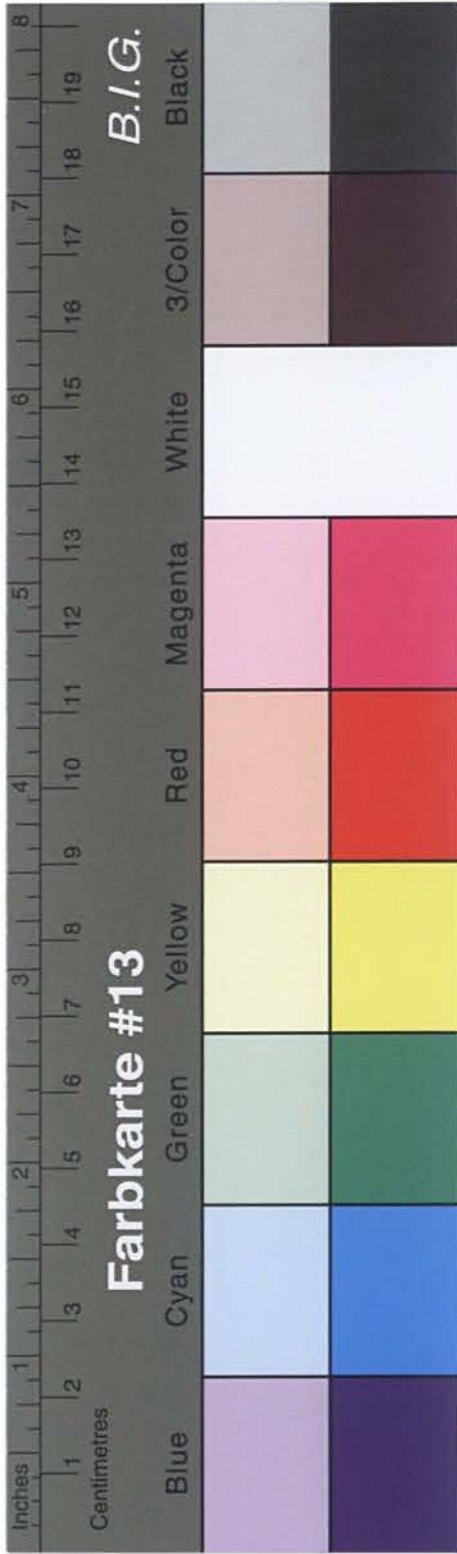
zus. 70,-- DM

in Worten: Siebzig ----- Deutsche Mark zuerkannt.

Der Kinderzuschlag wird bis zum Ablauf des 16. Lebensjahres gewährt. Nach Vollendung des 16. Lebensjahres erfolgt Weitergewährung nur bei voller Berufs- oder Schulbildung. Anträge auf Weitergewährung von Kinderzuschlag über das 25. Lebensjahr hinaus bedürfen der Genehmigung durch den Landesminister des Innern.

LD. 19000, 6. 50

Wenden!



Kreisarchiv Stormarn B2

Die Berechnung der Rente, sowie die Abrechnung für die rückliegende Zeit, geht aus der Anlage hervor, die einen Bestandteil dieses Rentenfeststellungsbescheides bildet.

Der Rentenberechnung ist der in dem Gesetz vom 4. März 1948 § 5 Abs. 2 festgesetzte Jahresverdienst von 4 200,— DM zu Grunde gelegt. Die Vollrente beträgt $\frac{2}{3}$ dieses Betrages, die Teilrente den Teil der Vollrente, der dem Grad der Erwerbsminderung entspricht (§ 559 a Abs. 1 u. 2 RVO).

Soweit wegen der in diesem Bescheid genannten Verfolgungsleiden ärztliche Behandlung erforderlich wird und die Kosten dafür nicht von einer Krankenkasse übernommen werden, übernimmt sie die Landesregierung Schleswig-Holstein, Ministerium des Innern, nach vertrauensärztlicher Stellungnahme. Die Behandlung erfolgt nach den Mindestsätzen der Preugo.

Von dieser Regelung sind ausgenommen die Behandlung von Zahnschäden und die Beschaffung von orthopädischen Hilfsmitteln. Diese müssen jeweils gesondert über den Vertrauensarzt vorher bei dem Ministerium des Innern beantragt werden.

Für die Zeit, während der sich der Beschädigte in Heilanstaltspflege befindet, fällt gemäß § 559 e RVO die Rente weg.

Gemäß § 10, Absatz 2 des Gesetzes vom 4. 3. 1948 in Verbindung mit § 1542 RVO wird Ihnen hiermit aufgegeben, sofern Sie Mitglied der Invaliden- oder Angestelltenversicherung, der Knappschaft oder eines anderen öffentlich-rechtlichen Versicherungsträgers sind, dortselbst ebenfalls Ihre Rentenansprüche auf Grund der eingangs bezeichneten Leiden geltend zu machen, sofern das nicht bereits geschehen sein sollte.

Bis zum haben Sie entweder durch eine Bescheinigung der für die Entgegennahme Ihres Antrages zuständigen Dienststelle (Gemeindeamt, Bürgermeister usw.) den Nachweis zu erbringen, daß Sie einen solchen Antrag gestellt haben, oder Sie haben zum gleichen Termin eine schriftliche Versicherung abzugeben, daß Sie in keinem Mitgliedsverhältnis zu einem öffentlich-rechtlichen Versicherungsträger stehen. Kommen Sie dieser Aufforderung in der gesetzten Frist nicht nach, dann wird ohne eine weitere Erinnerung die Zahlung der OdN.-Rente gesperrt.

Dieser Bescheid wird gemäß §§ 1583, 1569 a der Reichsversicherungsordnung erteilt. Er wird nach § 1590 RVO rechtskräftig, wenn Sie nicht binnen einem Monat, vom Tage seiner Zustellung an gerechnet, Berufung bei dem Oberversicherungsamt, Sonderkammer für OdN., Schleswig, einlegen. Die Berufung ist zu begründen und in doppelter Ausfertigung einzureichen.

Nach der bisherigen Rechtsprechung des Oberversicherungsamtes kann eine Berufung nur dann Erfolg haben, wenn sich nach den für die Unfallversicherung geltenden Richtlinien die Feststellungen des Bescheides als unzutreffend erweisen.

Im Auftrage:

gez. Wolters Verwaltung

23. JAN. 1952

An den
Herrn Landrat des Kreises Stormarn
- Kreissonderhilfsausschuss für OdN.-

Bad Oldesloe mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Im Auftrage:

Wolters

Anlage zum Renten-Feststellungsbescheid vom 21. Januar 1952

Rentenzeichen: 39a | M
OdN- | 708

Name: v. Mücke, Kurt - Helmut

Wohnort: Ahrensburg
Manhagener Allee 78

A. Berechnung

Die Berechnung der Ihnen zustehenden Rente ergibt sich wie folgt:

I. Rentenanspruch:

1. 30 %ige Beschädigtenrente - vom 1.1.48 bis a.w.

%ige Beschädigtenrente

%ige Beschädigtenrente - ab

2. Witwen-Teil-Voll-Rente

3. Elternrente

4. Kinderzuschlag - Waisenrente - für folgende Kinder:

geb.

%ige Beschädigtenrente

%ige Beschädigtenrente

%ige Beschädigtenrente

%ige Beschädigtenrente

5. Pflegezulage bis zum

6. Abziehen andere Renten gemäß Anmerkung Ziffer 1:

a)

b)

7. Abziehen andere Renten gemäß Anmerkung Ziffer 1:

a)

b)

8. Abziehen andere Renten gemäß Anmerkung Ziffer 1:

a)

b)

9. Abziehen andere Renten gemäß Anmerkung Ziffer 1:

a)

b)

10. Abziehen andere Renten gemäß Anmerkung Ziffer 1:

a)

b)

11. Abziehen andere Renten gemäß Anmerkung Ziffer 1:

a)

b)

12. Abziehen andere Renten gemäß Anmerkung Ziffer 1:

a)

b)

13. Abziehen andere Renten gemäß Anmerkung Ziffer 1:

a)

b)

14. Abziehen andere Renten gemäß Anmerkung Ziffer 1:

a)

b)

15. Abziehen andere Renten gemäß Anmerkung Ziffer 1:

a)

b)

16. Abziehen andere Renten gemäß Anmerkung Ziffer 1:

a)

b)

17. Abziehen andere Renten gemäß Anmerkung Ziffer 1:

a)

b)

18. Abziehen andere Renten gemäß Anmerkung Ziffer 1:

a)

b)

19. Abziehen andere Renten gemäß Anmerkung Ziffer 1:

a)

b)

20. Abziehen andere Renten gemäß Anmerkung Ziffer 1:

a)

b)

21. Abziehen andere Renten gemäß Anmerkung Ziffer 1:

a)

b)

22. Abziehen andere Renten gemäß Anmerkung Ziffer 1:

a)

b)

23. Abziehen andere Renten gemäß Anmerkung Ziffer 1:

a)

b)

24. Abziehen andere Renten gemäß Anmerkung Ziffer 1:

a)

b)

25. Abziehen andere Renten gemäß Anmerkung Ziffer 1:

a)

b)

26. Abziehen andere Renten gemäß Anmerkung Ziffer 1:

a)

b)

27. Abziehen andere Renten gemäß Anmerkung Ziffer 1:

a)

b)

28. Abziehen andere Renten gemäß Anmerkung Ziffer 1:

a)

b)

29. Abziehen andere Renten gemäß Anmerkung Ziffer 1:

a)

b)

30. Abziehen andere Renten gemäß Anmerkung Ziffer 1:

a)

b)

31. Abziehen andere Renten gemäß Anmerkung Ziffer 1:

a)

b)

32. Abziehen andere Renten gemäß Anmerkung Ziffer 1:

a)

b)

33. Abziehen andere Renten gemäß Anmerkung Ziffer 1:

a)

b)

34. Abziehen andere Renten gemäß Anmerkung Ziffer 1:

a)

b)

35. Abziehen andere Renten gemäß Anmerkung Ziffer 1:

a)

b)

36. Abziehen andere Renten gemäß Anmerkung Ziffer 1:

a)

b)

37. Abziehen andere Renten gemäß Anmerkung Ziffer 1:

a)

b)

38. Abziehen andere Renten gemäß Anmerkung Ziffer 1:

a)

b)

39. Abziehen andere Renten gemäß Anmerkung Ziffer 1:

a)

b)

40. Abziehen andere Renten gemäß Anmerkung Ziffer 1:

a)

b)

41. Abziehen andere Renten gemäß Anmerkung Ziffer 1:

a)

b)

42. Abziehen andere Renten gemäß Anmerkung Ziffer 1:

a)

b)

43. Abziehen andere Renten gemäß Anmerkung Ziffer 1:

a)

b)

44. Abziehen andere Renten gemäß Anmerkung Ziffer 1:

a)

b)

45. Abziehen andere Renten gemäß Anmerkung Ziffer 1:

a)

b)

46. Abziehen andere Renten gemäß Anmerkung Ziffer 1:

a)

b)

47. Abziehen andere Renten gemäß Anmerkung Ziffer 1:

a)

b)

48. Abziehen andere Renten gemäß Anmerkung Ziffer 1:

a)

b)

49. Abziehen andere Renten gemäß Anmerkung Ziffer 1:

a)

b)

50. Abziehen andere Renten gemäß Anmerkung Ziffer 1:

a)

b)

51. Abziehen andere Renten gemäß Anmerkung Ziffer 1:

a)

b)

52. Abziehen andere Renten gemäß Anmerkung Ziffer 1:

a)

b)

53. Abziehen andere Renten gemäß Anmerkung Ziffer 1:

a)

b)

54. Abziehen andere Renten gemäß Anmerkung Ziffer 1:

a)

b)

55. Abziehen andere Renten gemäß Anmerkung Ziffer 1:

a)

b)

56. Abziehen andere Renten gemäß Anmerkung Ziffer 1:

a)

b)

57. Abziehen andere Renten gemäß Anmerkung Ziffer 1:

a)

b)

58. Abziehen andere Renten gemäß Anmerkung Ziffer 1:

a)

b)

59. Abziehen andere Renten gemäß Anmerkung Ziffer 1:

a)

b)

60. Abziehen andere Renten gemäß Anmerkung Ziffer 1:

a)

b)

61. Abziehen andere Renten gemäß Anmerkung Ziffer 1:

a)

b)

62. Abziehen andere Renten gemäß Anmerkung Ziffer 1:

a)

b)

63. Abziehen andere Renten gemäß Anmerkung Ziffer 1:

a)

b)

64. Abziehen andere Renten gemäß Anmerkung Ziffer 1:

a)

b)

65. Abziehen andere Renten gemäß Anmerkung Ziffer 1:

a)

b)

66. Abziehen andere Renten gemäß Anmerkung Ziffer 1:

a)

b)

67. Abziehen andere Renten gemäß Anmerkung Ziffer 1:

a)

b)

68. Abziehen andere Renten gemäß Anmerkung Ziffer 1:

a)

b)

69. Abziehen andere Renten gemäß Anmerkung Ziffer 1:

a)

b)

70. Abziehen andere Renten gemäß Anmerkung Ziffer 1:

a)

b)

71. Abziehen andere Renten gemäß Anmerkung Ziffer 1:

a)

b)

72. Abziehen andere Renten gemäß Anmerkung Ziffer 1:

a)

b)

73. Abziehen andere Renten gemäß Anmerkung Ziffer 1:

a)

b)

74. Abziehen andere Renten gemäß Anmerkung Ziffer 1:

a)

b)

75. Abziehen andere Renten gemäß Anmerkung Ziffer 1:

a)

b)

76. Abziehen andere Renten gemäß Anmerkung Ziffer 1:

a)

b)

77. Abziehen andere Renten gemäß Anmerkung Ziffer 1:

a)

b)

78. Abziehen andere Renten gemäß Anmerkung Ziffer 1:

a)

b)

79. Abziehen andere Renten gemäß Anmerkung Ziffer 1:

a)

b)

80. Abziehen andere Renten gemäß Anmerkung Ziffer 1:

a)

b)

81. Abziehen andere Renten gemäß Anmerkung Ziffer 1:

a)

b)

82. Abziehen andere Renten gemäß Anmerkung Ziffer 1:

a)

b)

83. Abziehen andere Renten gemäß Anmerkung Ziffer 1:

a)

b)

84. Abziehen andere Renten gemäß Anmerkung Ziffer 1:

a)

b)

85. Abziehen andere Renten gemäß Anmerkung Ziffer 1:

a)

b)

86. Abziehen andere Renten gemäß Anmerkung Ziffer 1:

a)

b)

87. Abziehen andere Renten gemäß Anmerkung Ziffer 1:

a)

b)

88. Abziehen andere Renten gemäß Anmerkung Ziffer 1:

a)

b)

89. Abziehen andere Renten gemäß Anmerkung Ziffer 1:

a)

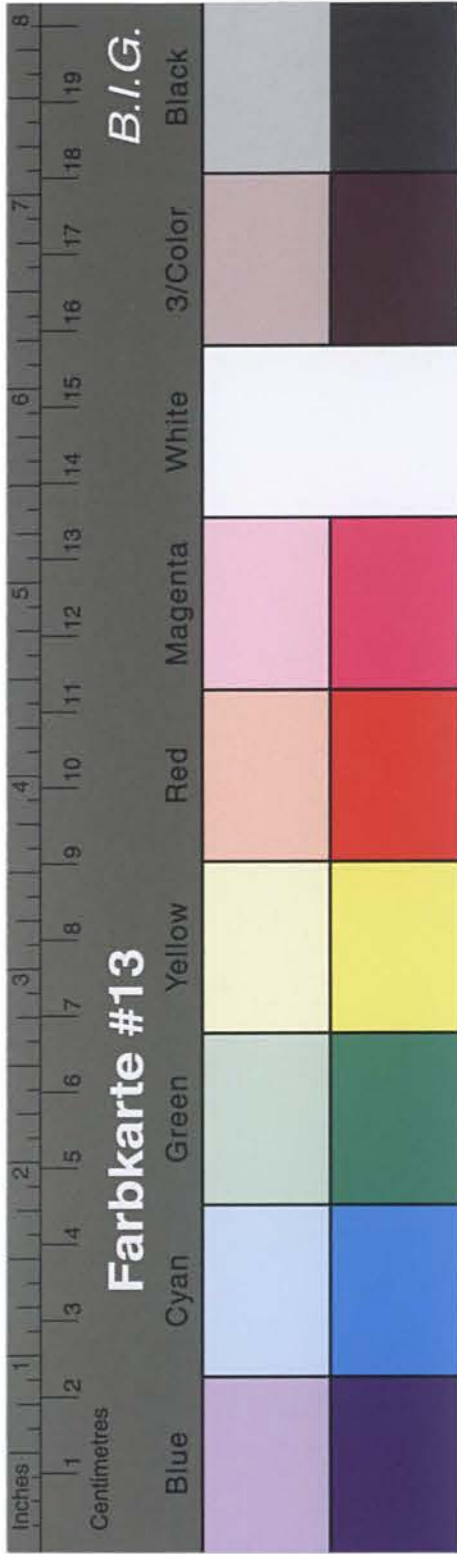
b)

90. Abziehen andere Renten gemäß Anmerkung Ziffer 1:

a)

b)

91. Abziehen andere Renten gemäß Anmerkung Ziffer 1:



Kreissarchiv Stormarn B2

Den nachzuzahlenden Betrag erhalten Sie ungehend durch Postbarscheck über-
wiesen.

Der überzahlte Betrag wird wie folgt von Ihrer laufenden OdN-Rente in Abzug gebracht werden.

Die Weiterzahlung Ihrer Rente ~~erfolgt vom~~ ruht ab 1.10.1951 ~~ab durch die~~
~~Landesbezirkskasse~~
~~(Auflagen und weitere Mitteilungen für den Rentenempfänger)~~

Festgestellt: *Schreiber*

Sachlich richtig
Im Auftrage: *Wolters*

Anmerkungen:
(Die Ziffern 4 und 5 sind besonders genau zu beachten!)

Ziffer 1 Gemäß Durchführungsverordnung vom 22. 6. 1950 sind unter Hinweis auf Paragraph 6 des Gesetzes vom 4. 3. 1948 alle Renten anzurechnen, die von anderen öffentlichen Versicherungsträgern für den gleichen Schadensfall gewährt werden.

Ziffer 2 Gemäß Renten-Gesetz vom 4. 3. 1948 (siehe Durchführungsverordnung vom 22. 6. 1950, § 1) darf das monatliche Einkommen einschl. Rente den Betrag von 350,- DM nicht übersteigen. (Bis 30. 6. 1950 beträgt diese Grenze 365,- DM). Die Gesamtrente für Hinterbliebene darf nach dem Gesetz vom 4. März 1948 1/2 des angenommenen Jahresarbeitsverdienstes von 4200,- DM, also DM 280,- mtl., nicht übersteigen.

Ziffer 3 Während eines Krankenhausaufenthaltes oder einer Heilkur im Zusammenhang mit dem OdN-Renten-leiden besteht gemäß § 559 e RVO kein Rentenanspruch.

Ziffer 4 Alle Veränderungen, die auf die Rentenzahlung Einfluß haben, wie: Einkommensverhältnisse (gem. Ziff. 2 der vorstehenden Anmerkung) Geburten, Todesfälle, Wohnungswechsel usw. sind sofort dem Landesminister des Innern - Politische Wiedergutmachung - anzuzeigen. Wenn Sie diese Mitteilungen unterlassen, kann die Zahlung der Rente eingestellt werden. Überzahlungen werden zurückgefordert.

Ziffer 5 Bei allen Eingaben ist unbedingt das oben angegebene Rentenzeichen zu vermerken.

Ziffer 6 Bei Unklarheiten über Rentenangelegenheiten zuerst Rückfrage beim zuständigen Kreissonderhilfsausschuß halten.

BdO, 24. 7. 52
1/ Empt. Best. an I/16 senden.
44.

7. Februar 1952
KIEL, den
Landeshaus, Düsterbrook Weg 70-90
Telefon 40891
Besuchszeiten:
nur montags, dienstags, donnerstags
und freitags von 09⁰⁰ - 13⁰⁰ Uhr

DER INNENMINISTER
DES LANDES SCHLESWIG-HOLSTEIN Abschrift!

Geschäftszeichen:
(Im Antwortschreiben anzugeben)

I 16e - Be 708 - Sehr/ma

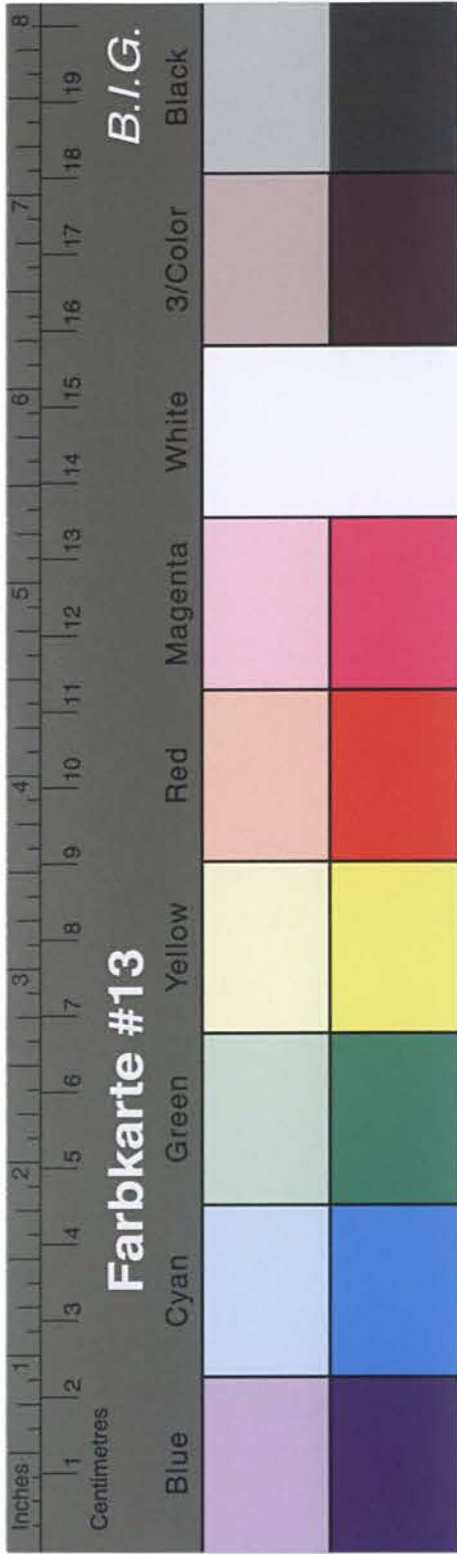
Herrn
Hellmuth von Mücke
Ahrensburg / Holst.
Mannhagener Allee 78

Betr.: Anlage zum Feststellungsbescheid vom 21.1.1952
Bezug: Ihr Schreiben vom 1.2.1952

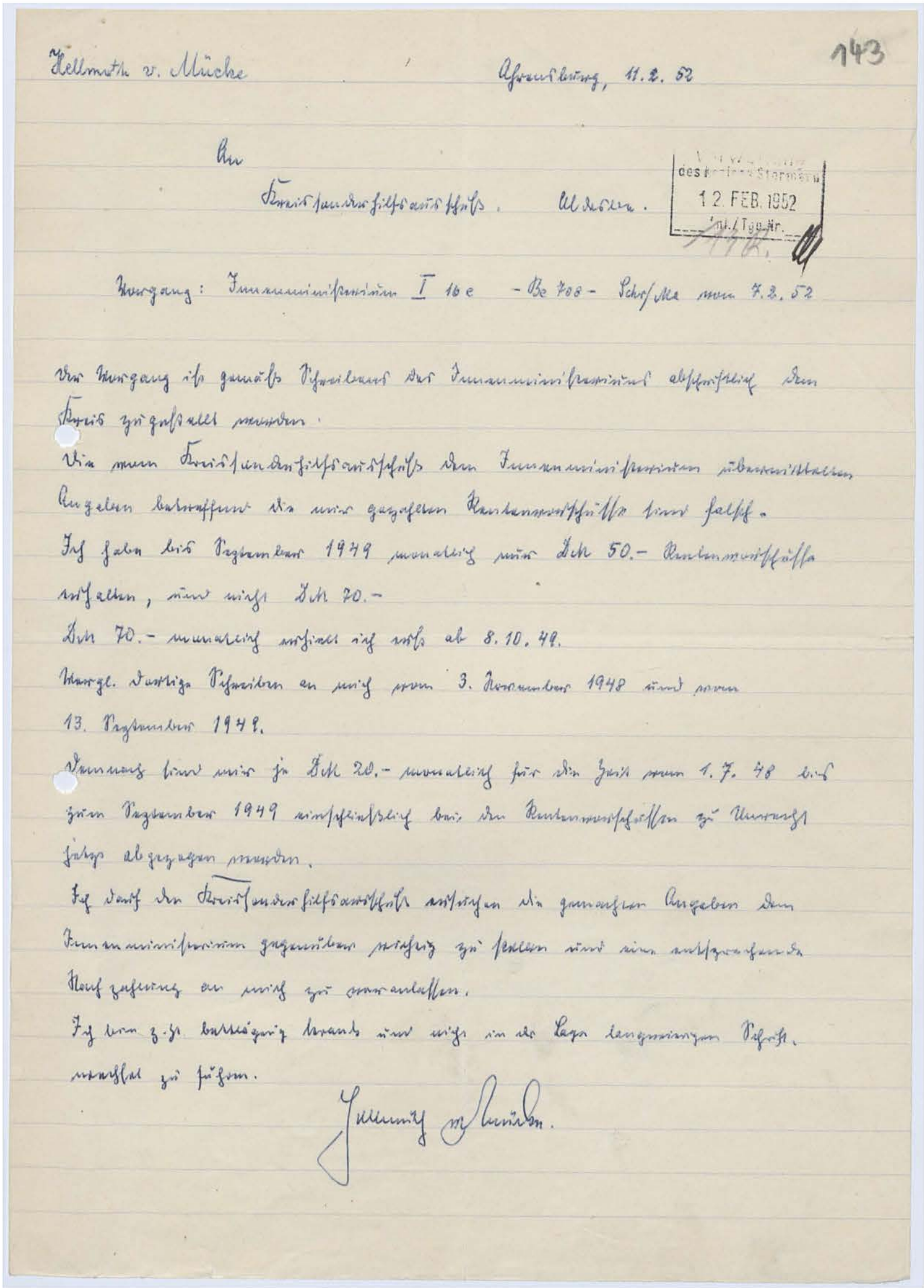
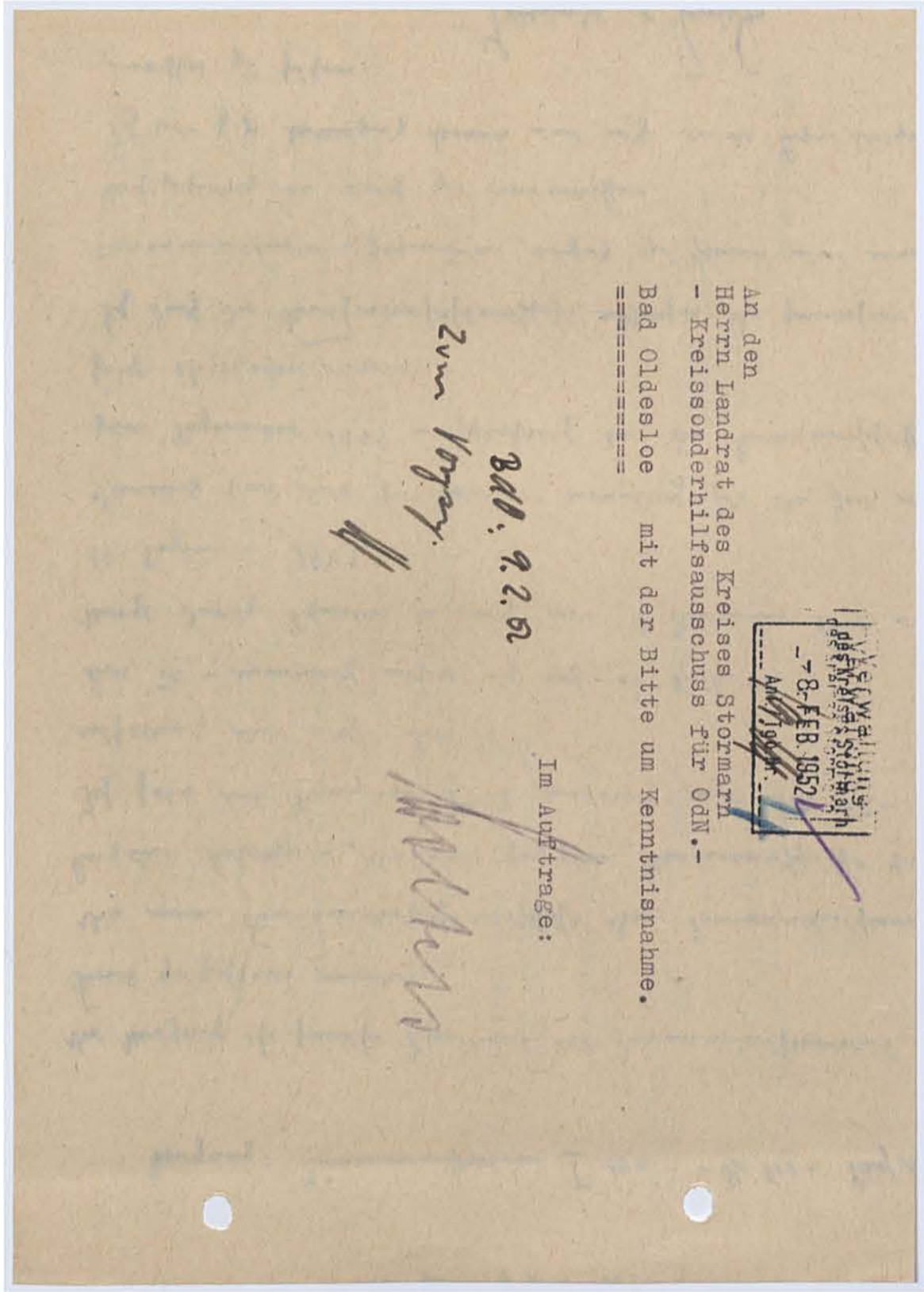
In meiner Anlage zum Feststellungsbescheid (Be- und Abrechnung) vom 21.1.52 habe ich unter Abschnitt B Ziffer II Rückerstattungen Rentenvorschüsse in Höhe von 1.040,- DM von Ihrem Rentenanspruch in Abzug gebracht. Dieses entspricht dem Schreiben des Kreissonderhilfsausschusses über die an Sie gezahlten Renten vorschüsse vom 31.7.1950. Meine Berechnung der Ansprüche der Rentenempfänger stützt sich auf die Angaben, die mir vom Kreissonderhilfsausschuß hergegeben werden. Ich muss Sie daher bitten, diese Unstimmigkeit mit Ihrem zuständigen Kreis-sonderhilfsausschuß zu klären und mir hierüber Mitteilung zu machen. Der Kreis erhält eine Abschrift dieses Schreibens.

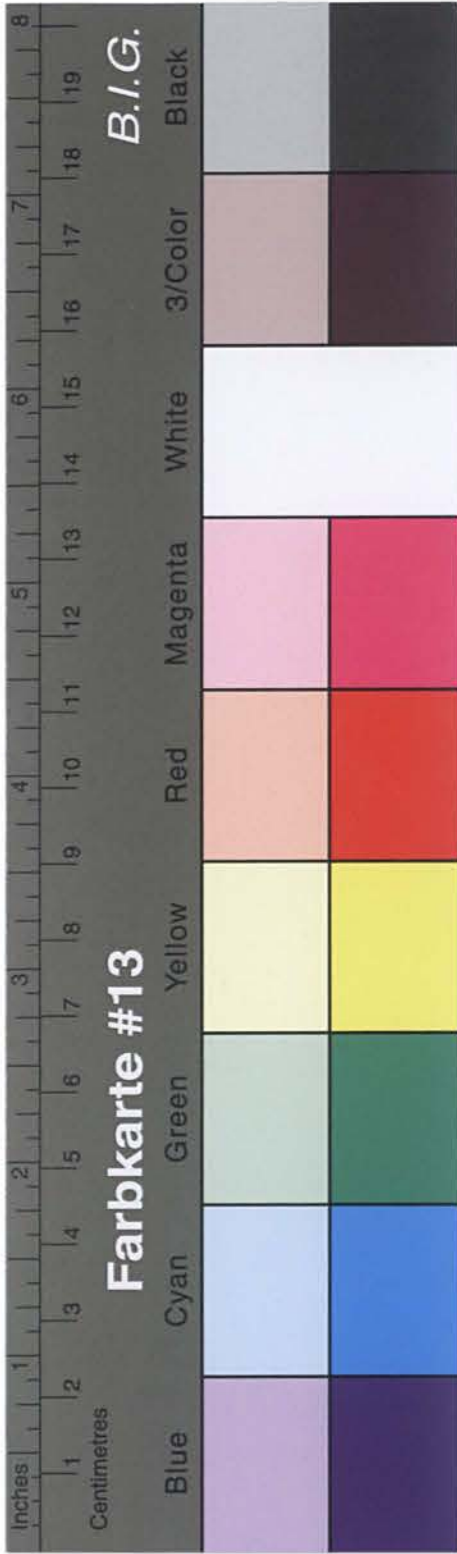
Im Auftrage:
gez. Wolters
b.w.

142

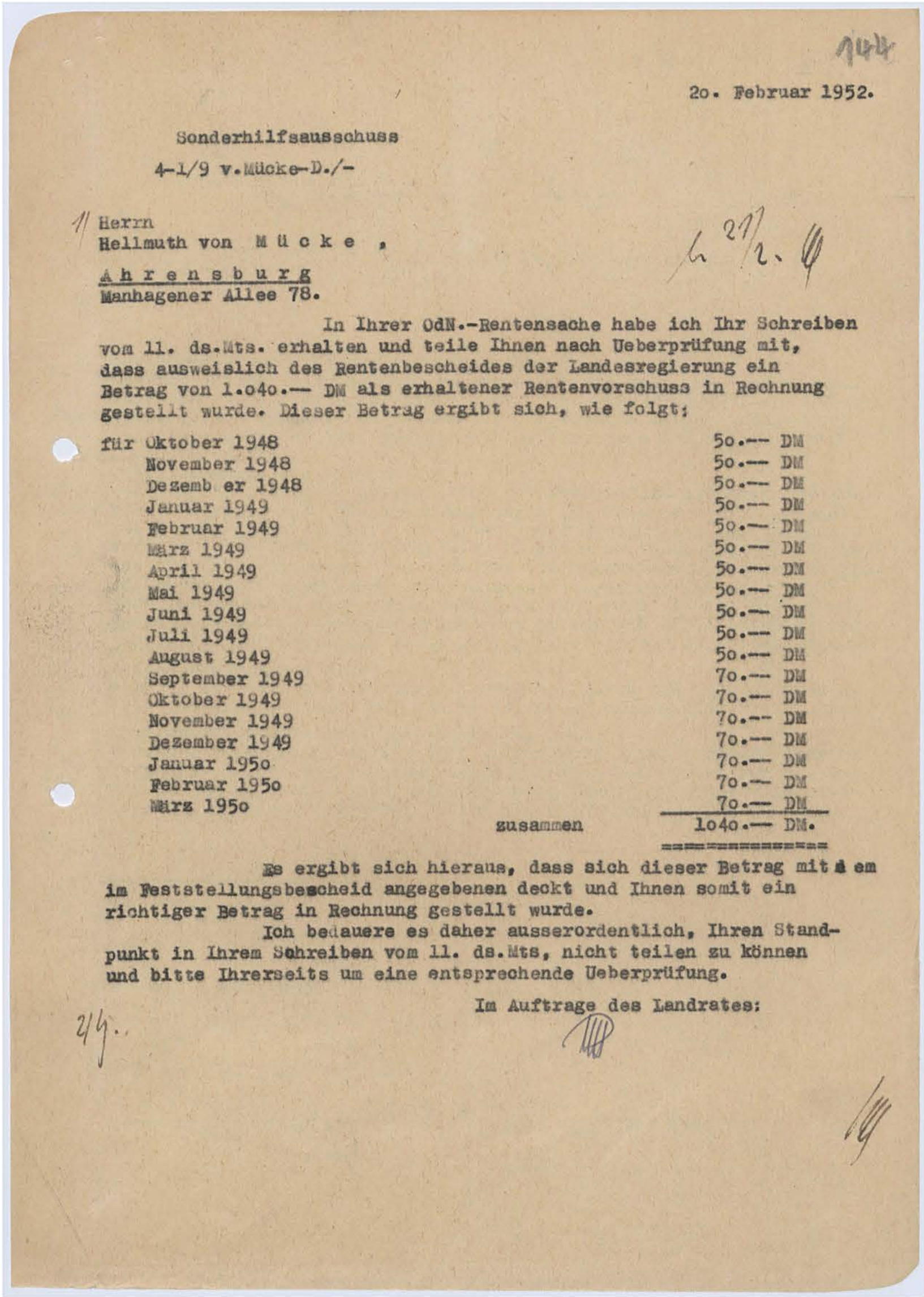
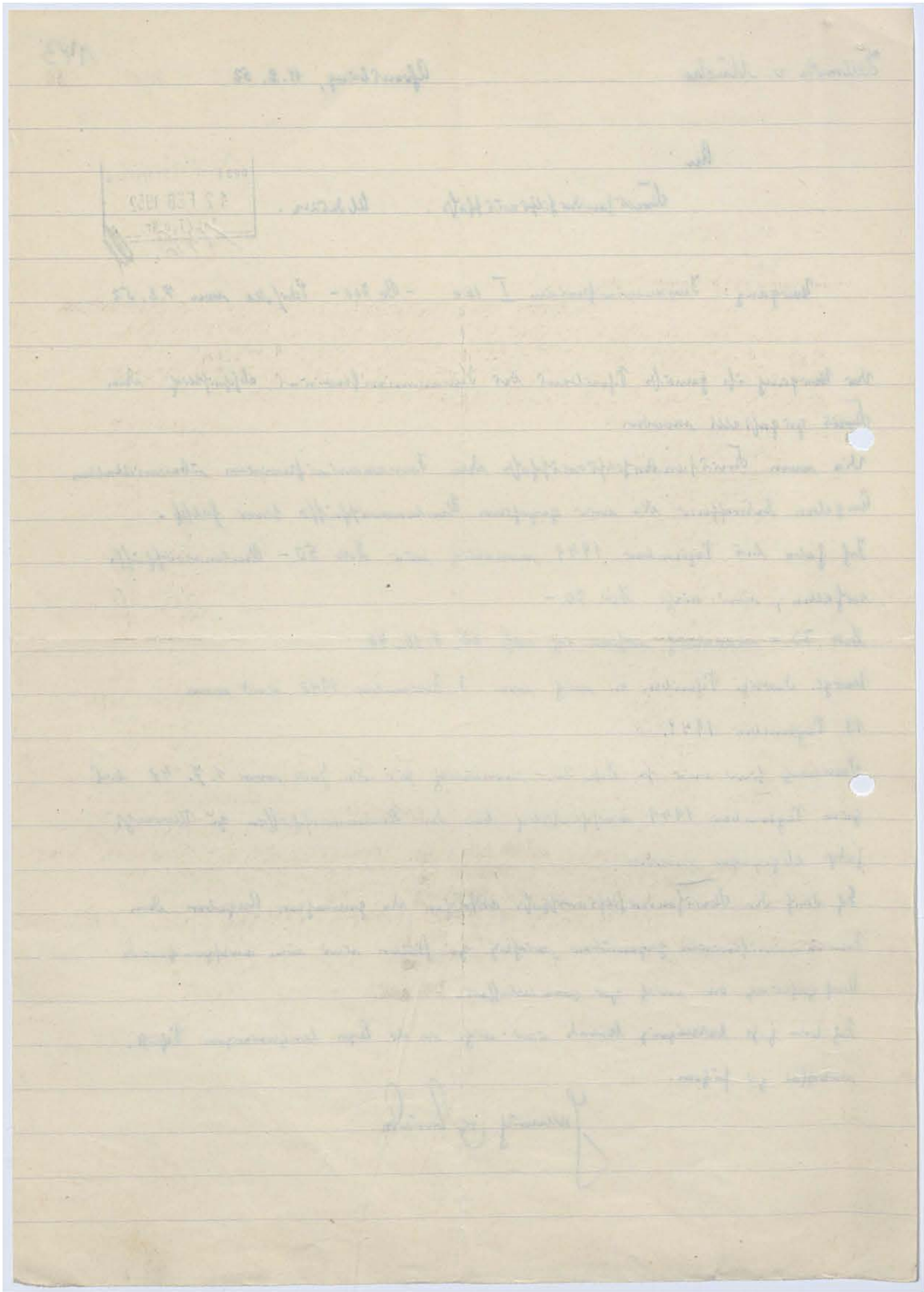


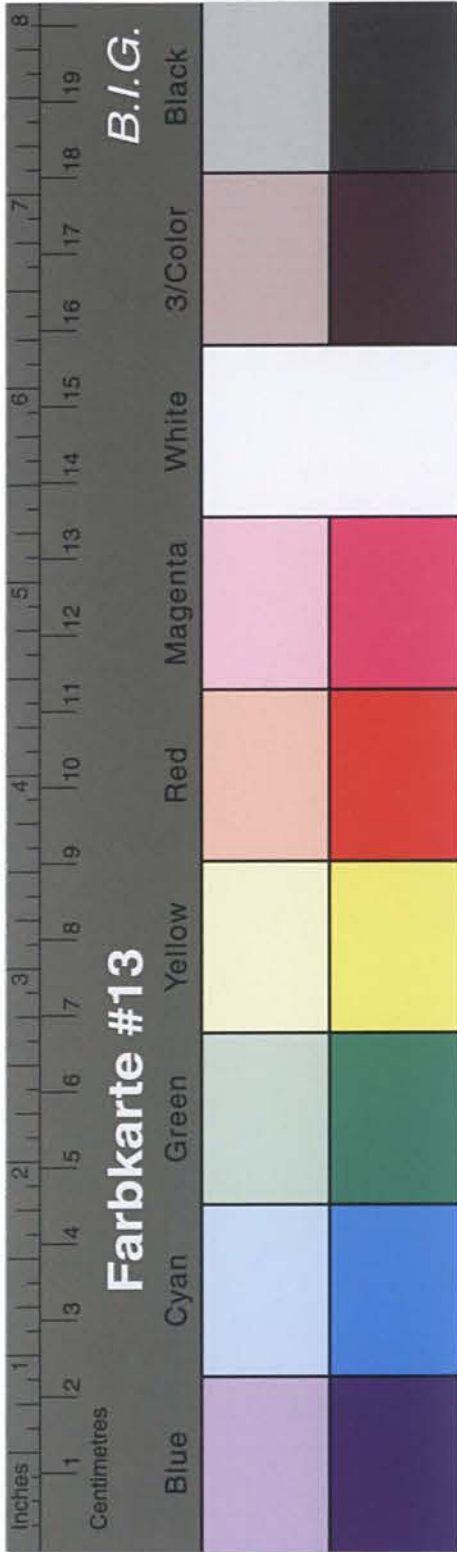
Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2

Im Auftrage des Landrates:

Ich bitte heute um Ihre Mitteilung, ob sich Ihre wirtschaftlichen Verhältnisse geändert haben und ggf. in welcher Weise. Sollte eine Änderung Ihrer Einkommensverhältnisse nicht eingetreten sein, so ist ebenfalls eine kurze Mitteilung erforderlich, damit ich der Landesregierung gegenüber entsprechend berichten kann.

Ich bitte Sie, mir daher unverzüglich mitzuteilen, ob und ggf. welche Renten Ihnen z.Zt. gewährt werden und in welcher Höhe. Diese Mitteilung ist erforderlich, damit geprüft werden kann, ob die Od.N.-Rente auf Grund dieses Rentenbescheides geändert werden muß. Für den Fall, daß Sie es unterlassen, die Änderung Ihrer Einkommensverhältnisse mitzuteilen, wird die Vermutung gezogen, wenn Sie rechtzeitig die Änderung Ihrer Rente gekürzt wird. Hierdurch entstehen oft unvermeidliche Härten.

Aus gegebener Veranlassung möchte ich auch heute wieder darauf hinweisen, daß auch die Rentenerhöhungen auf Grund des Rentenzulagegesetzes mitzuteilen sind.

In Ihrer Rentenantragsgenheit nehme ich Bezug auf den Ihnen von der Landesregierung erteilten Feststellungsbescheid und mache Sie heute nochmals auf die Bestimmungen gemäß Ziffer 5 der Anlage zum Rentenbescheid aufmerksam, wonach jede Veränderung Ihres Einkommens unverzüglich der Landesregierung anzuzeigen ist.

Bern / Frau / Fräulein

Sonderhilfsausschuss - 4 - 1/9 -

Bad Oldesloe, den 1951

145

Hellmuth v. Mücke (24a) Ahrensburg/Holst., den 1. März 1952
Manhagener Allee 78

An
Kreisausschuß des
Kreises Stormarn
-Sonderhilfsausschuß -

Verwaltung
des Kreises Stormarn
-4. MRZ 1952
15

Auf Schreiben vom 20. 2. 52 - G.Z. 4-1 /9 v. Mücke -D./ -

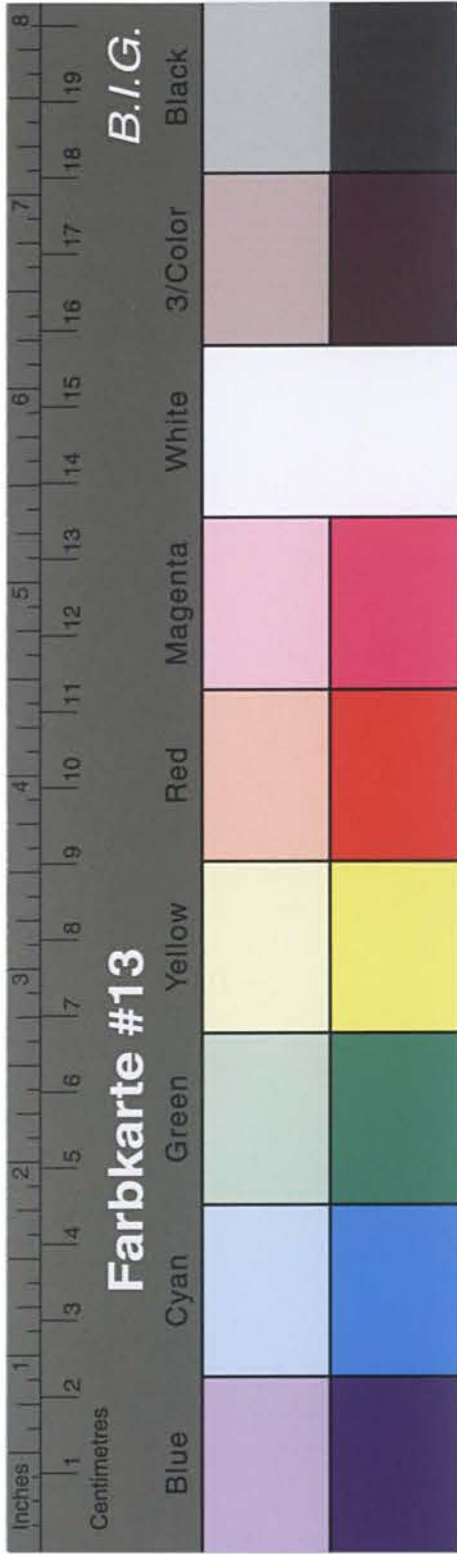
Mit der freundlicherweise übersandten Zusammenstellung gehe ich insofern nicht einig, als die in meinen Händen befindlichen Belege erst an einem späteren Datum beginnen. Es mag sein, daß eine Zeitlang der Rentenvorschuß nicht durch Post überwiesen wurde, sondern vom Fürsorgeamt Ahrensburg abgeholt werden mußten. Ich wäre deswegen dankbar, wenn ich entsprechende Mitteilung bekäme, um alsdann hier nachfragen zu können.

Da der Rentenbescheid aus Kiel zu einer Zeit ankam, als ich bettlägerig krank war, ist mir insofern ein Fehler unterlaufen, als ich glaubte, aus dem Kieler Schreiben entnehmen zu müssen, daß mit einem Dauerbetrag von DM 70,- monatlich gerechnet worden wäre. Der Wortlaut des Vordrucks ist geeignet, diesen Irrtum zu erwecken. Durch Ihr Schreiben habe ich gesehen, daß ich in dieser Hinsicht mich geirrt habe und nur noch z.Zt. mir unklar ist, von welchem Datum an die Zahlungen erfolgt sind.

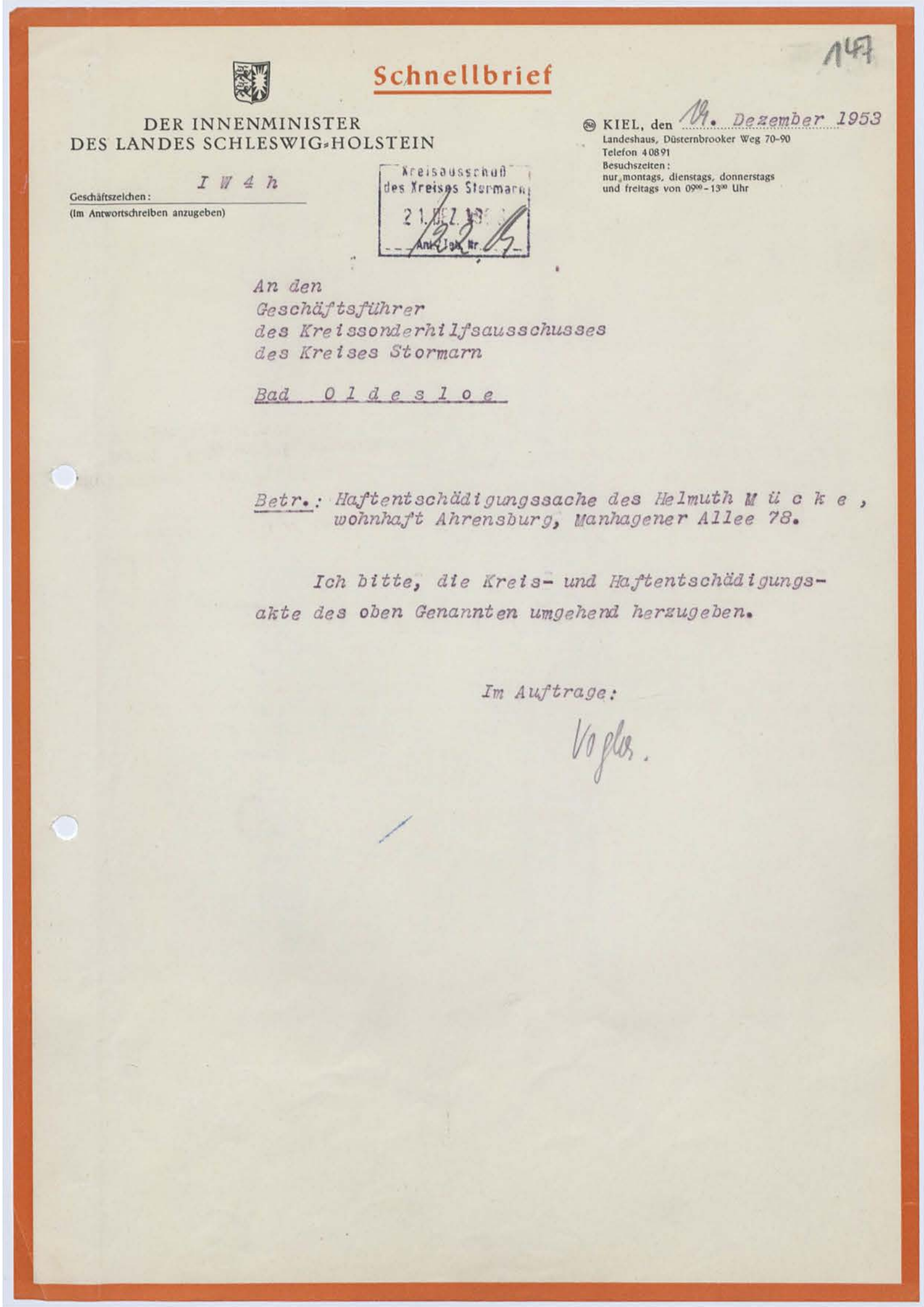
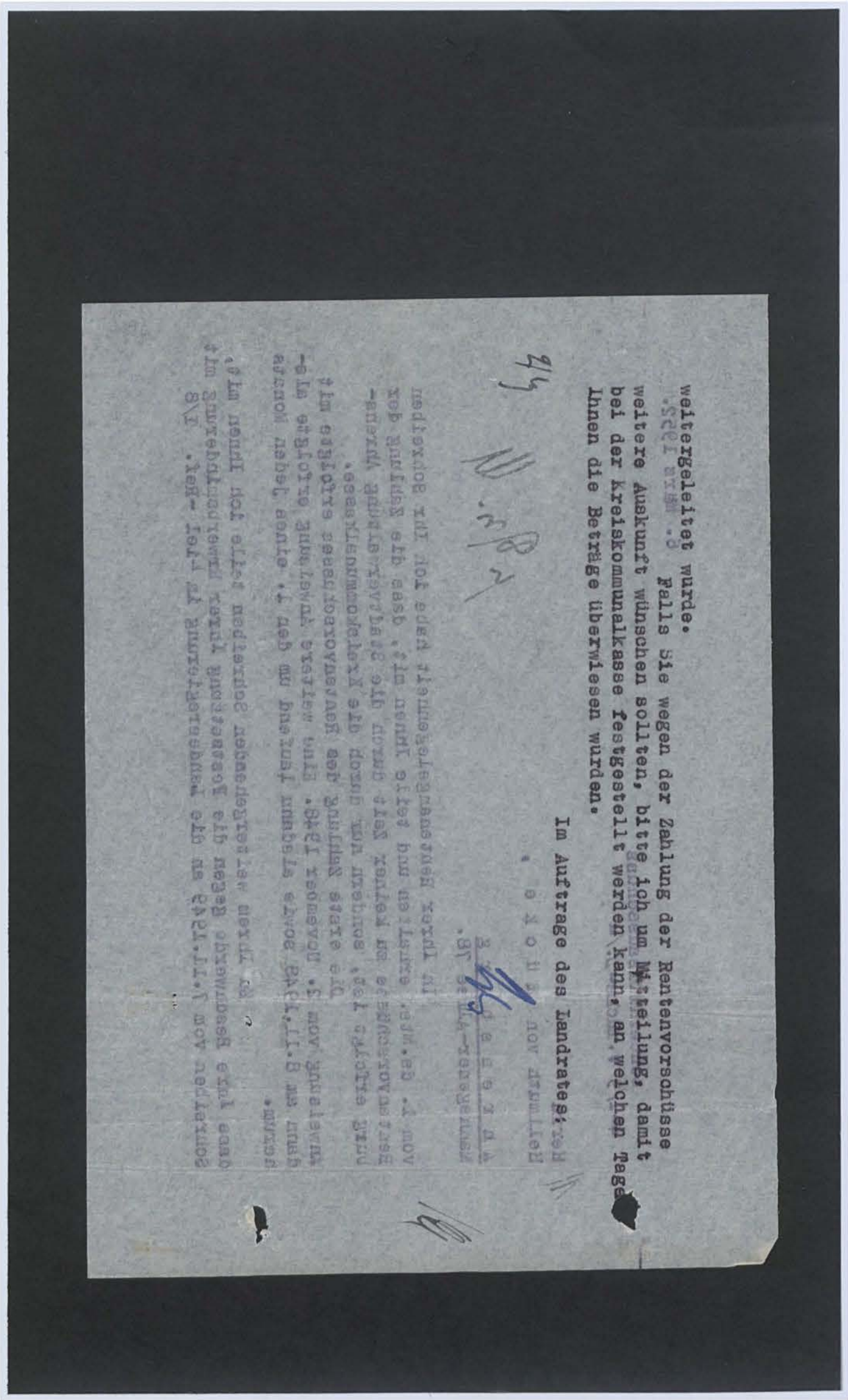
Darf ich bei dieser Gelegenheit um Mit-teilung bitten, was aus meinem Schreiben an Sie vom 16. 10. 1949 geworden ist, enthaltend meinen Einspruch gegen die Anrechnung der Erwerbsminderung. Vorgang dazu ist Ihr Schreiben vom 13. 9. 1949 an mich. wo befinden sich die Akten?

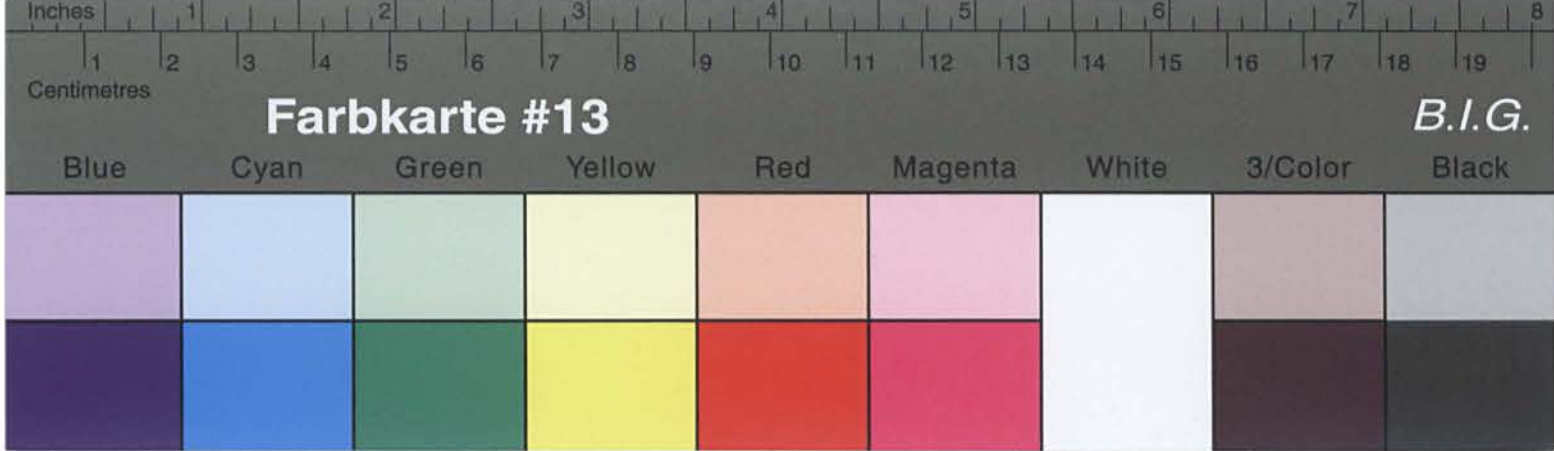
7.11.49
an Kiel

Heinrich Mücke

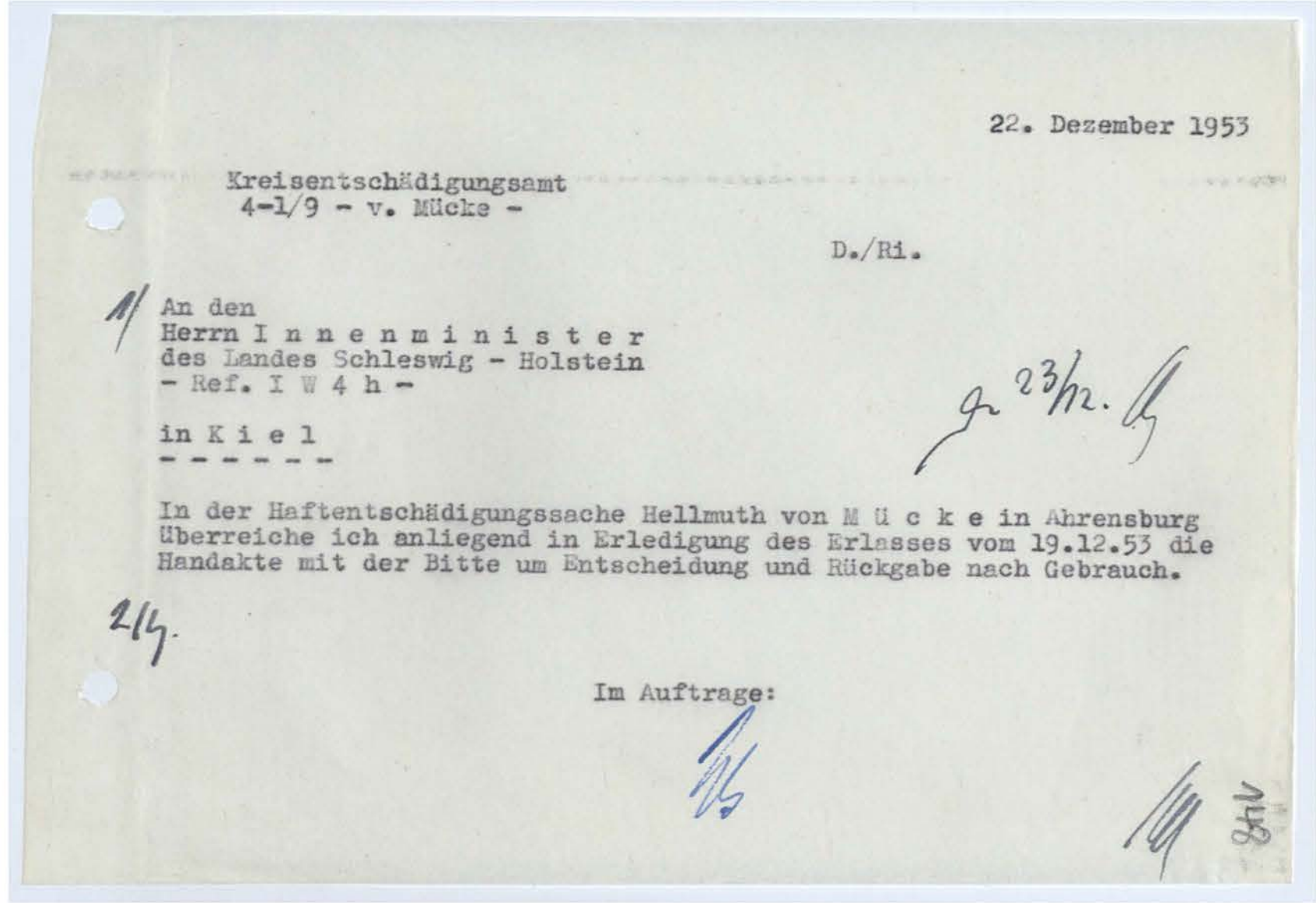
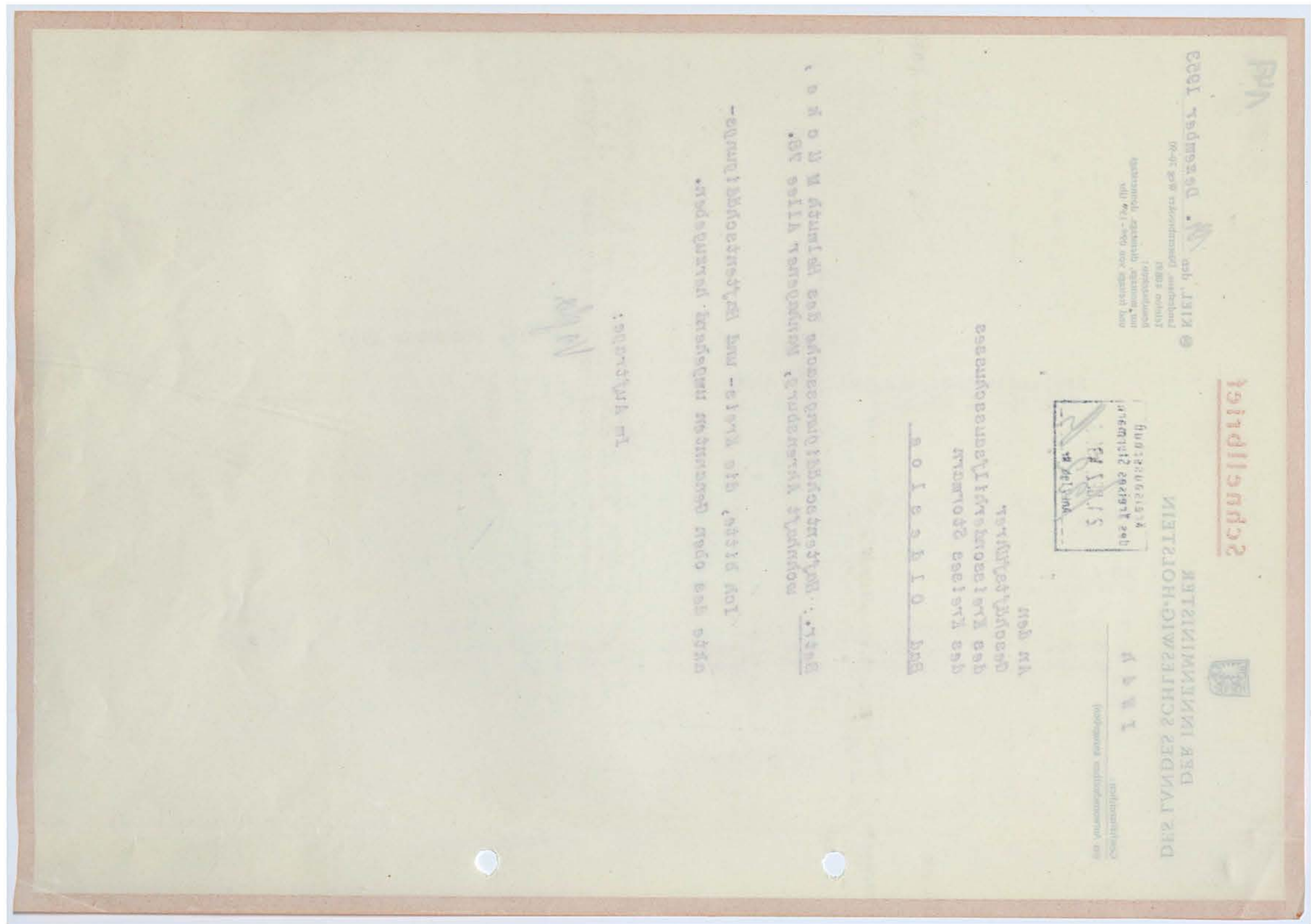


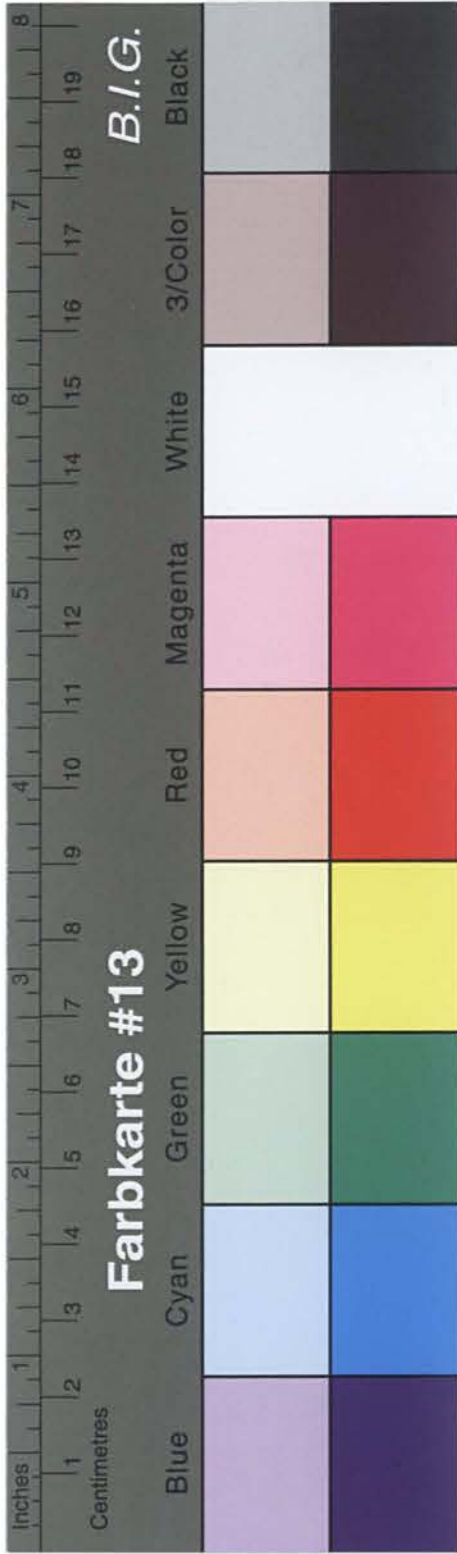
Kreisarchiv Stormarn B2



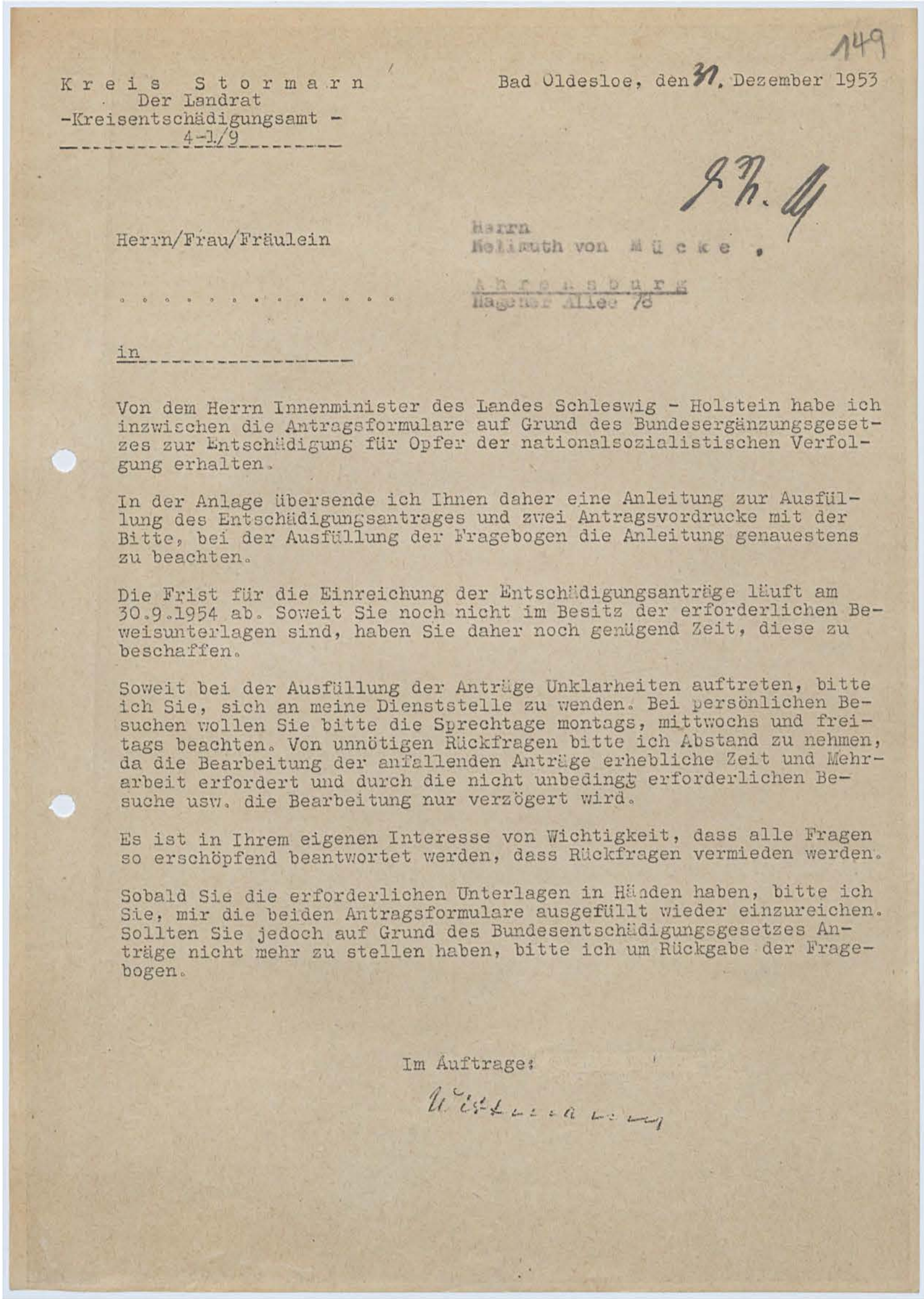
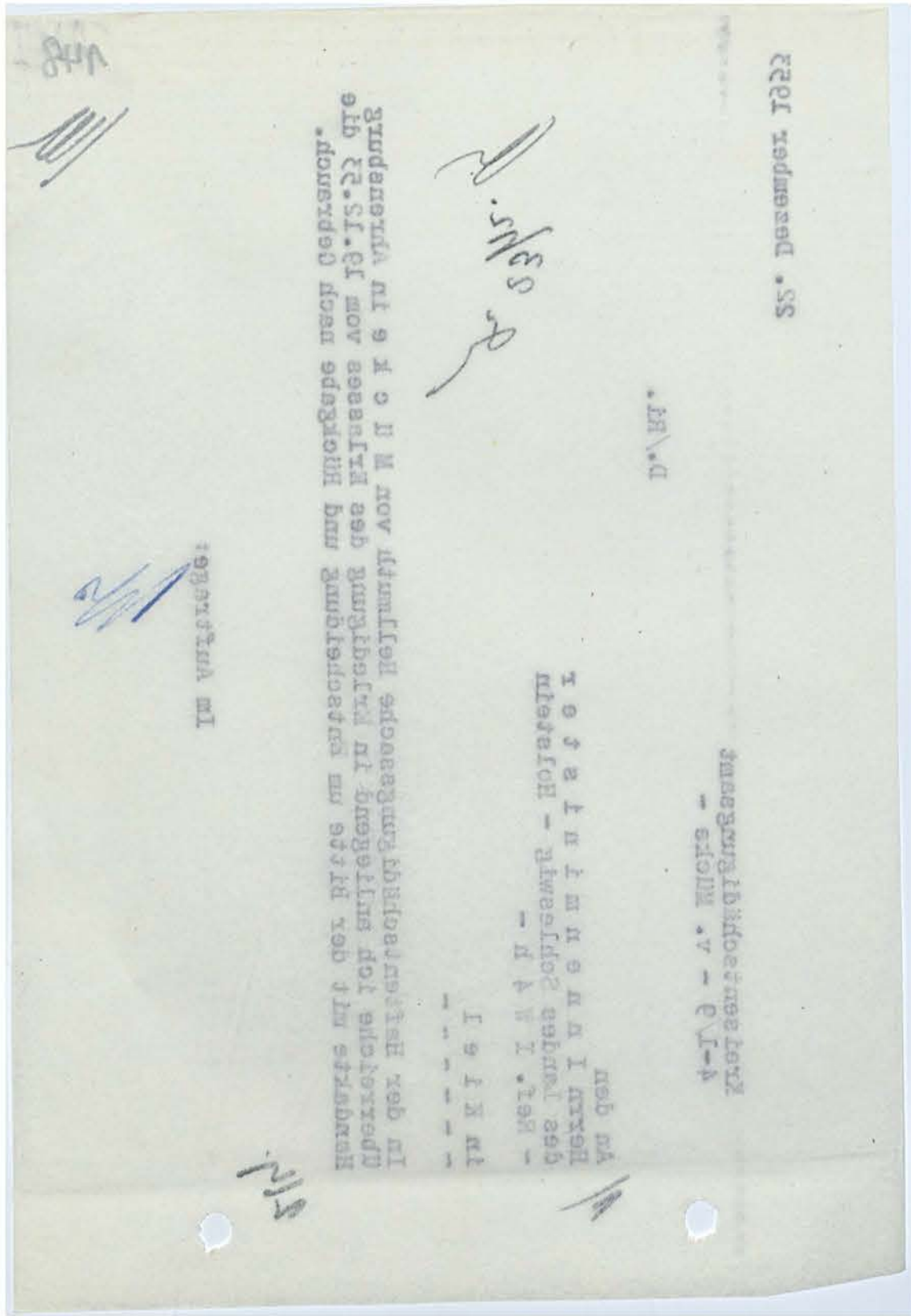


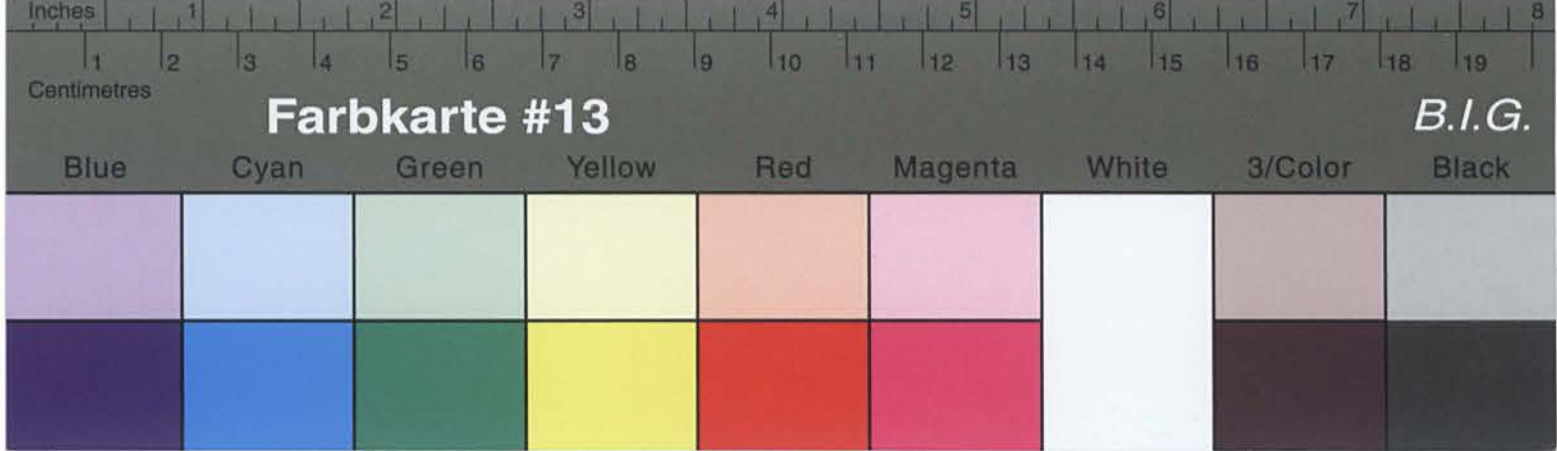
Kreisarchiv Stormarn B2



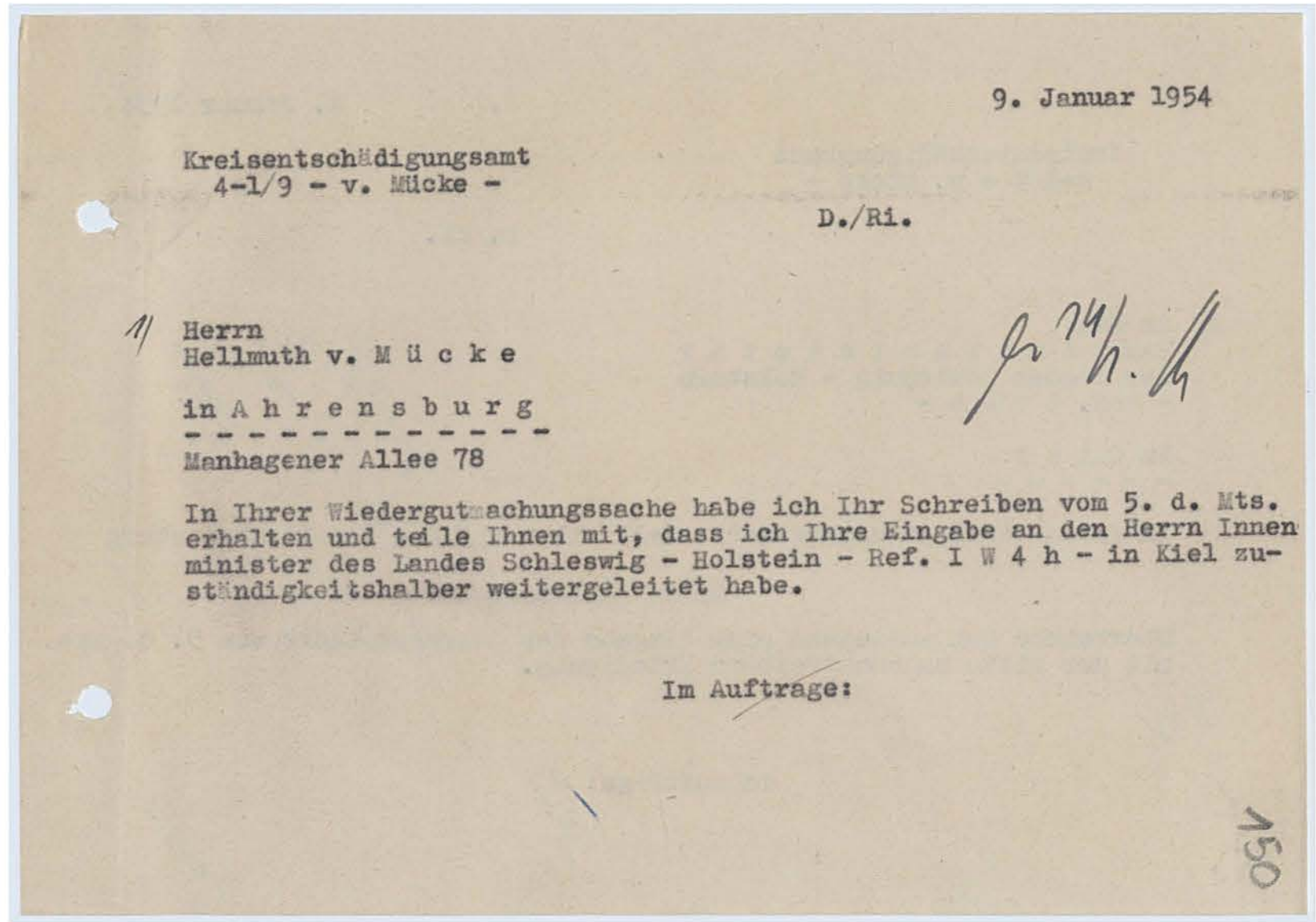
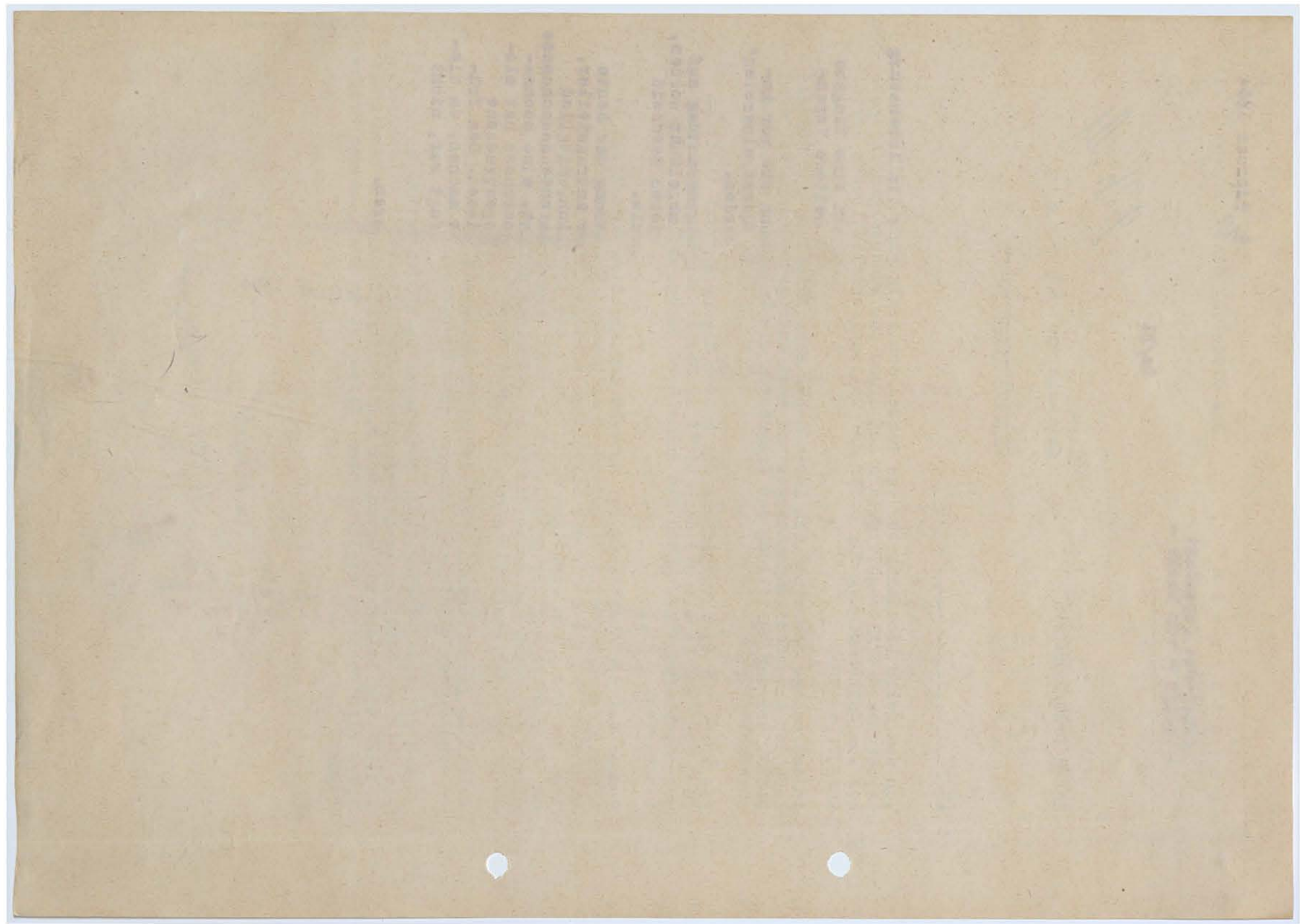


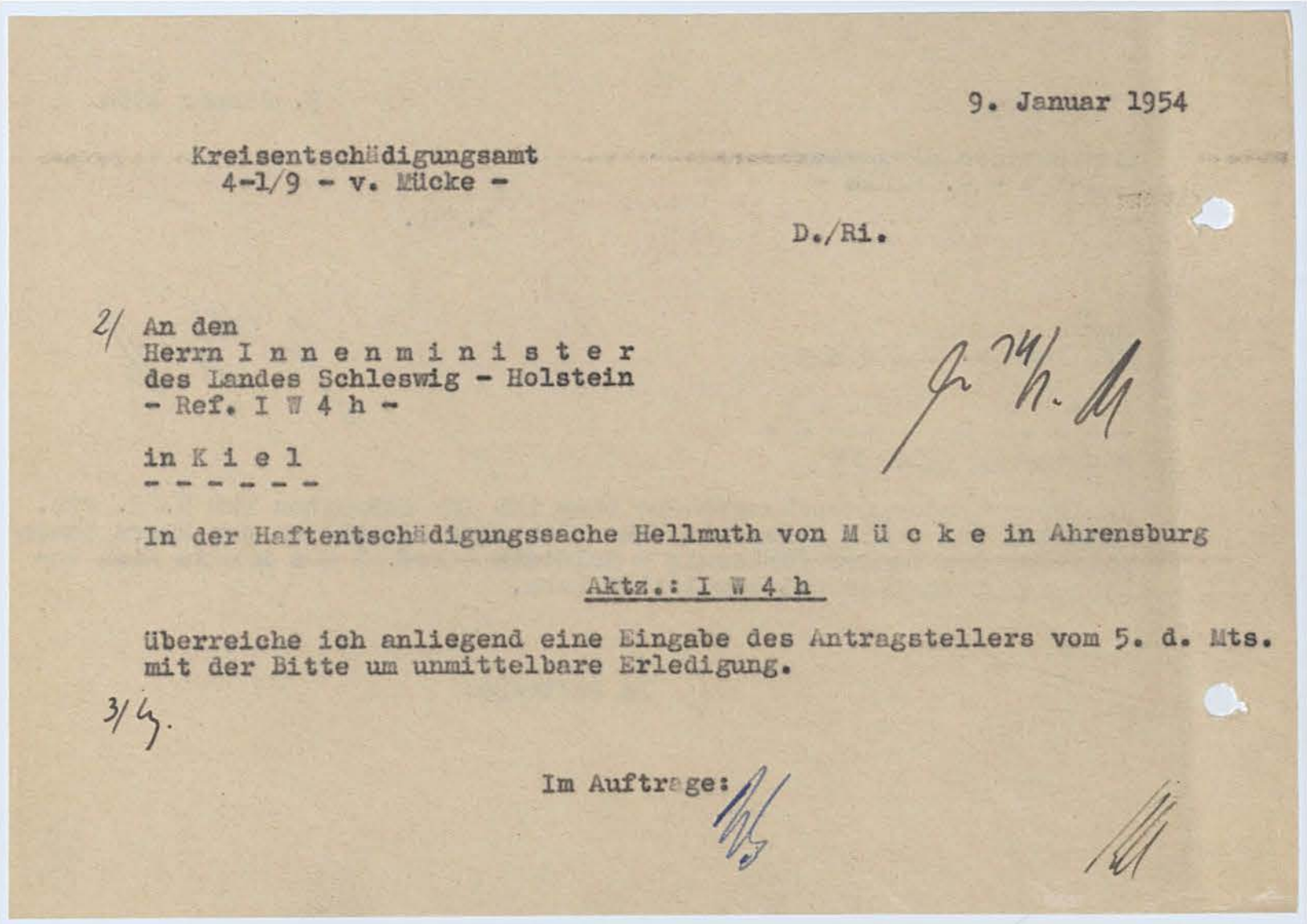
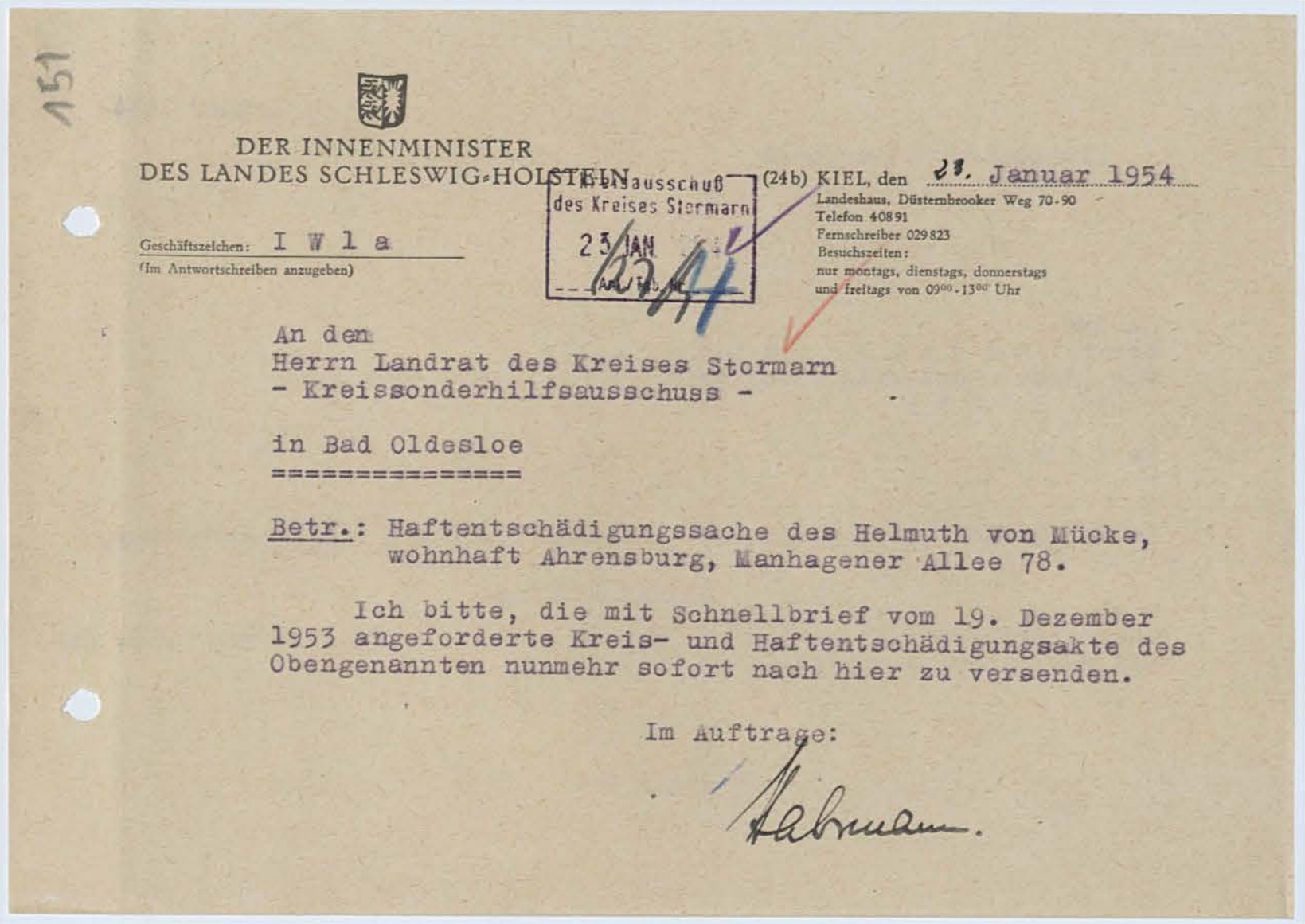
Kreisarchiv Stormarn B2





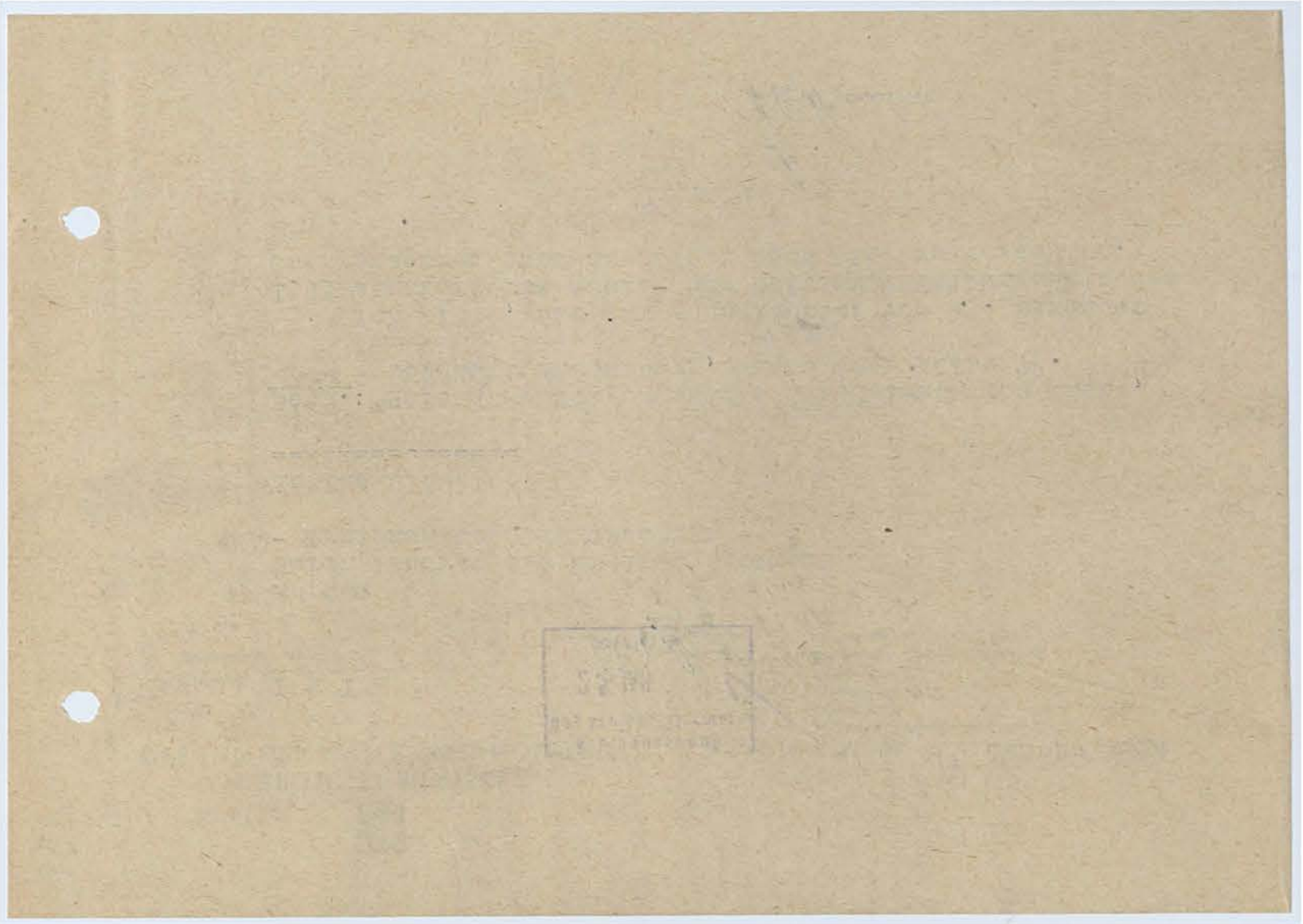
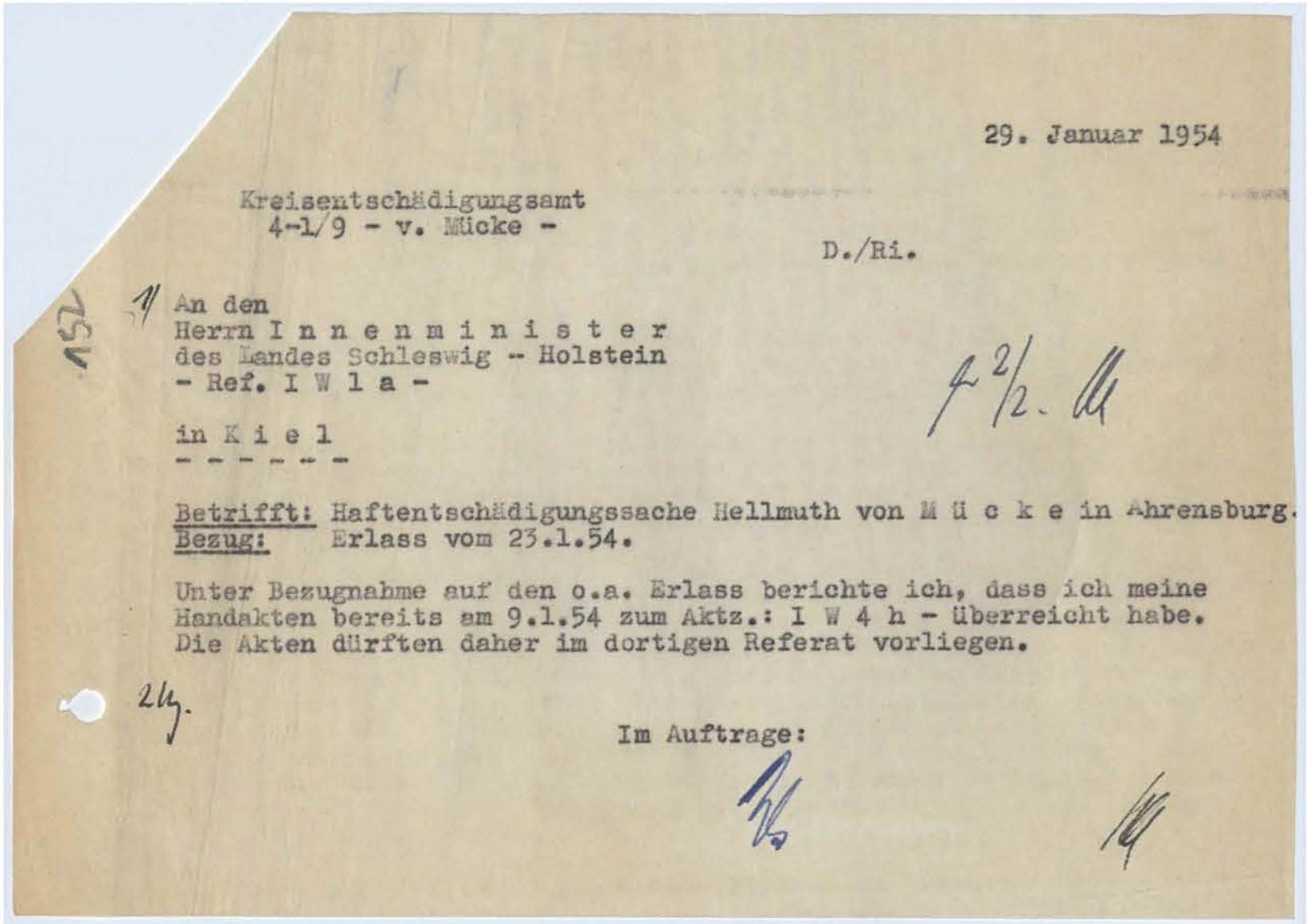
Kreisarchiv Stormarn B2





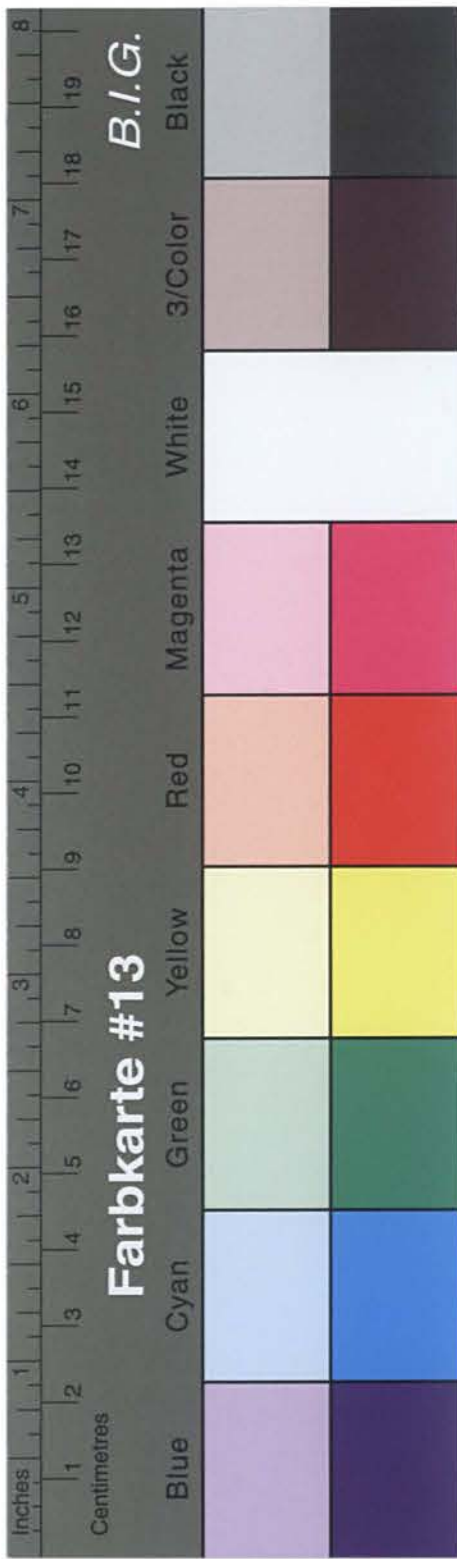
Kreisarchiv Stormarn B2



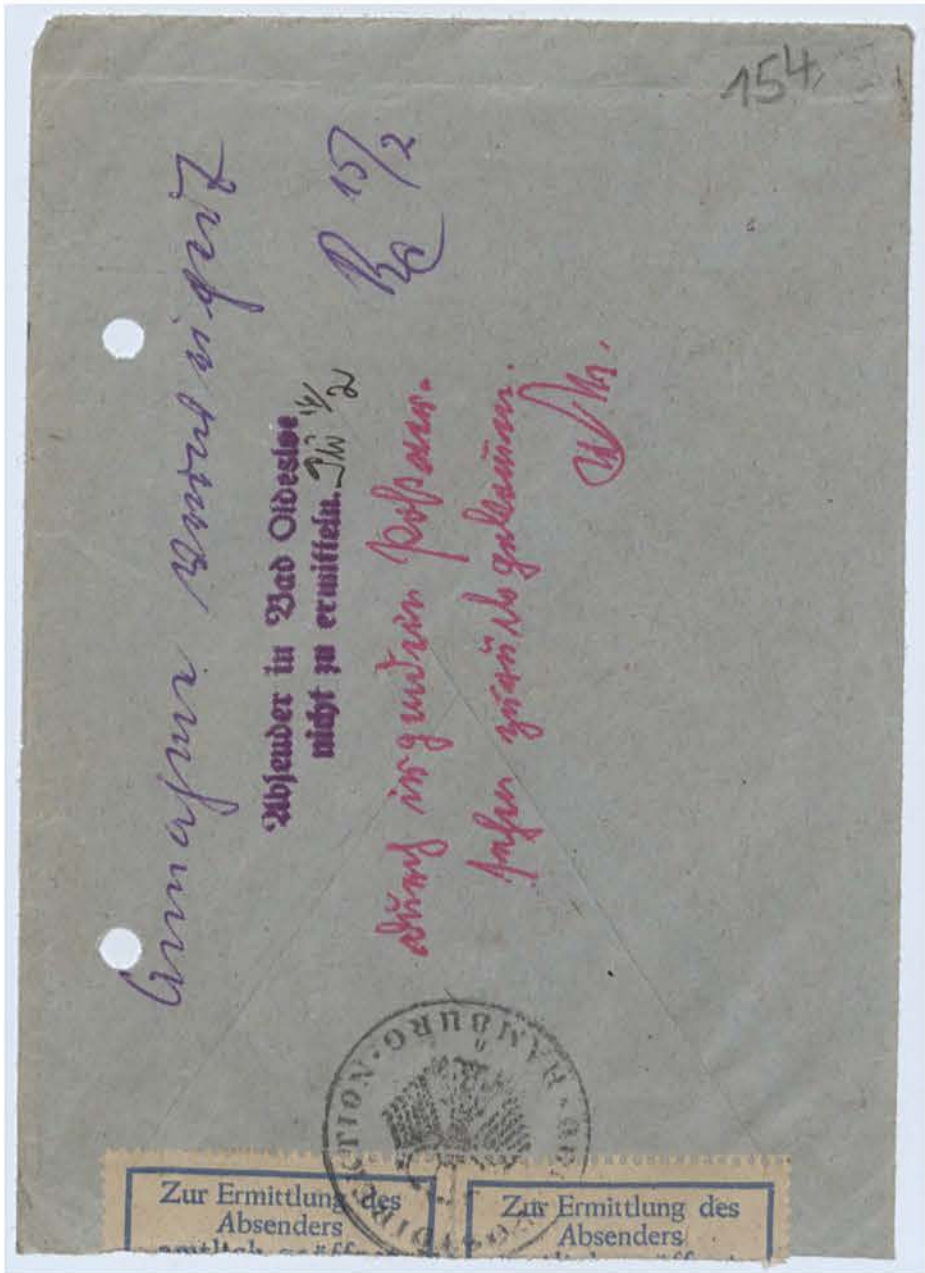
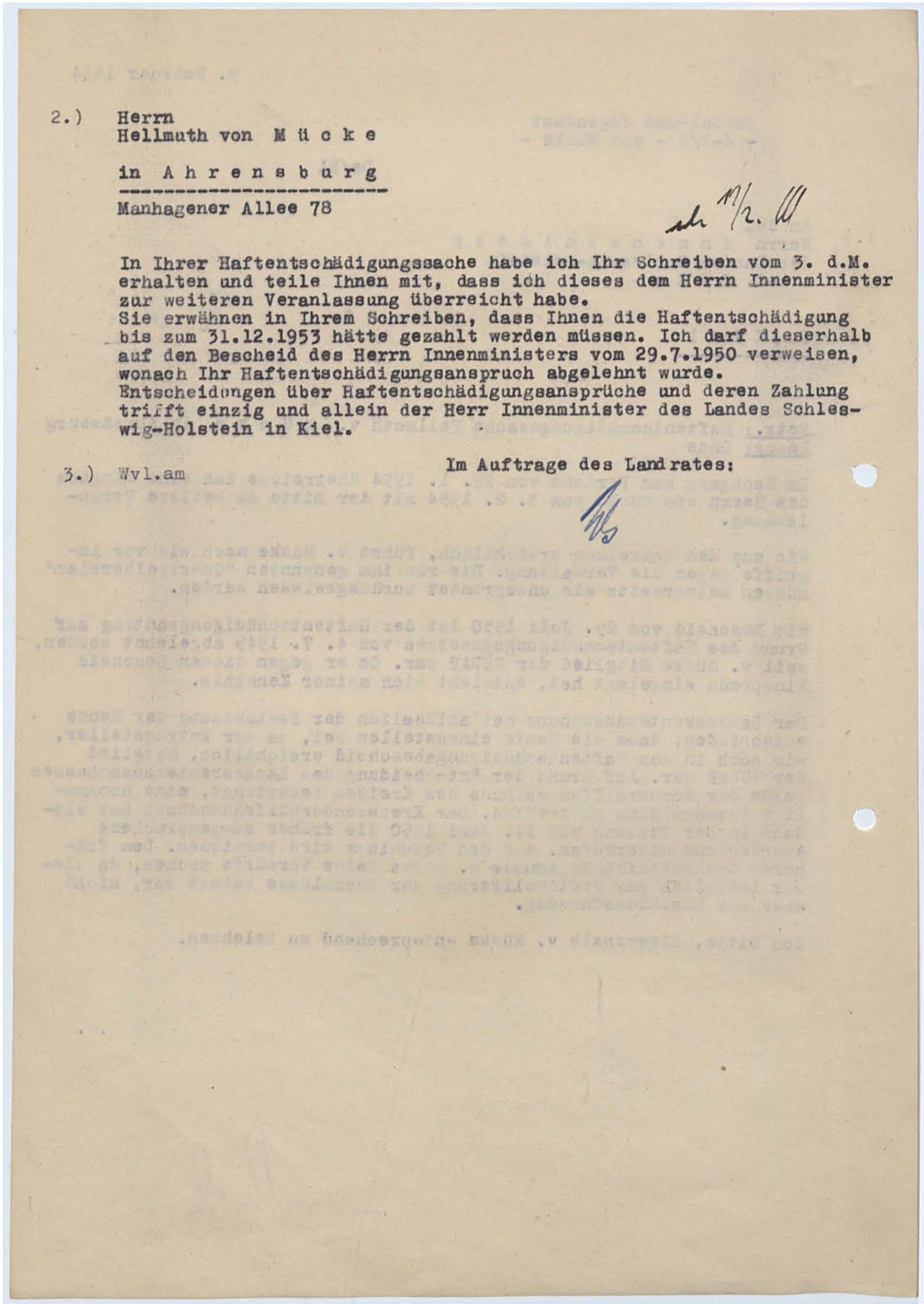


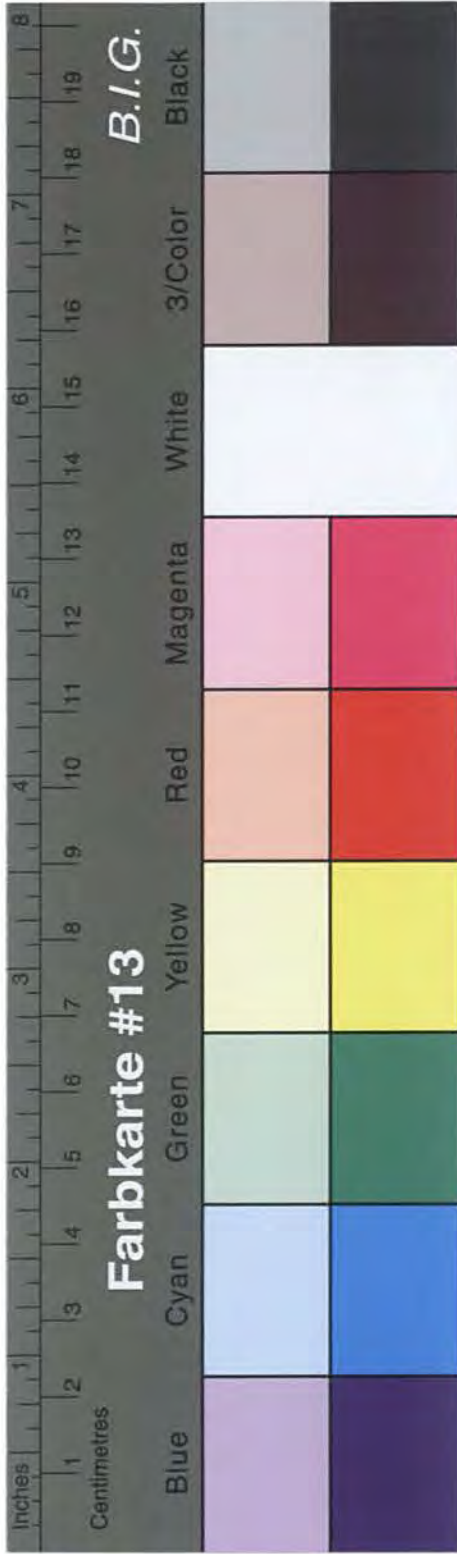
Kreisarchiv Stormarn B2



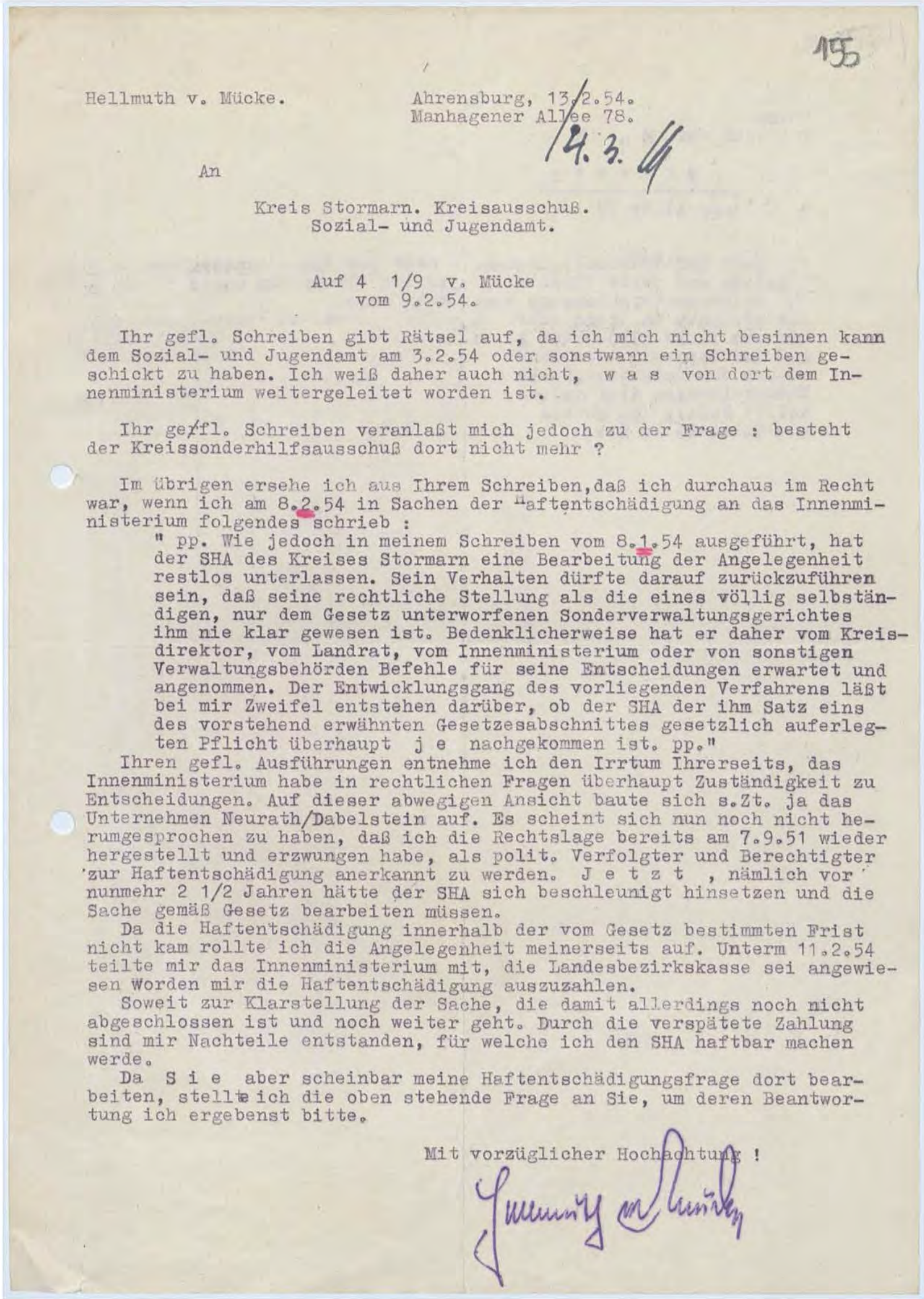


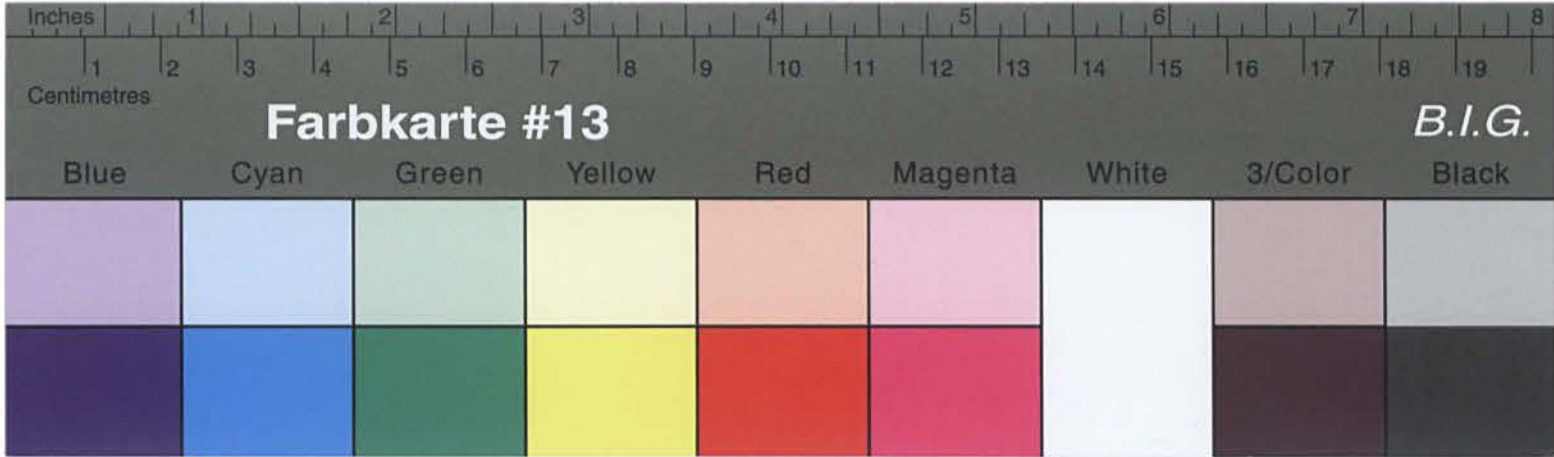
Kreisarchiv Stormarn B2



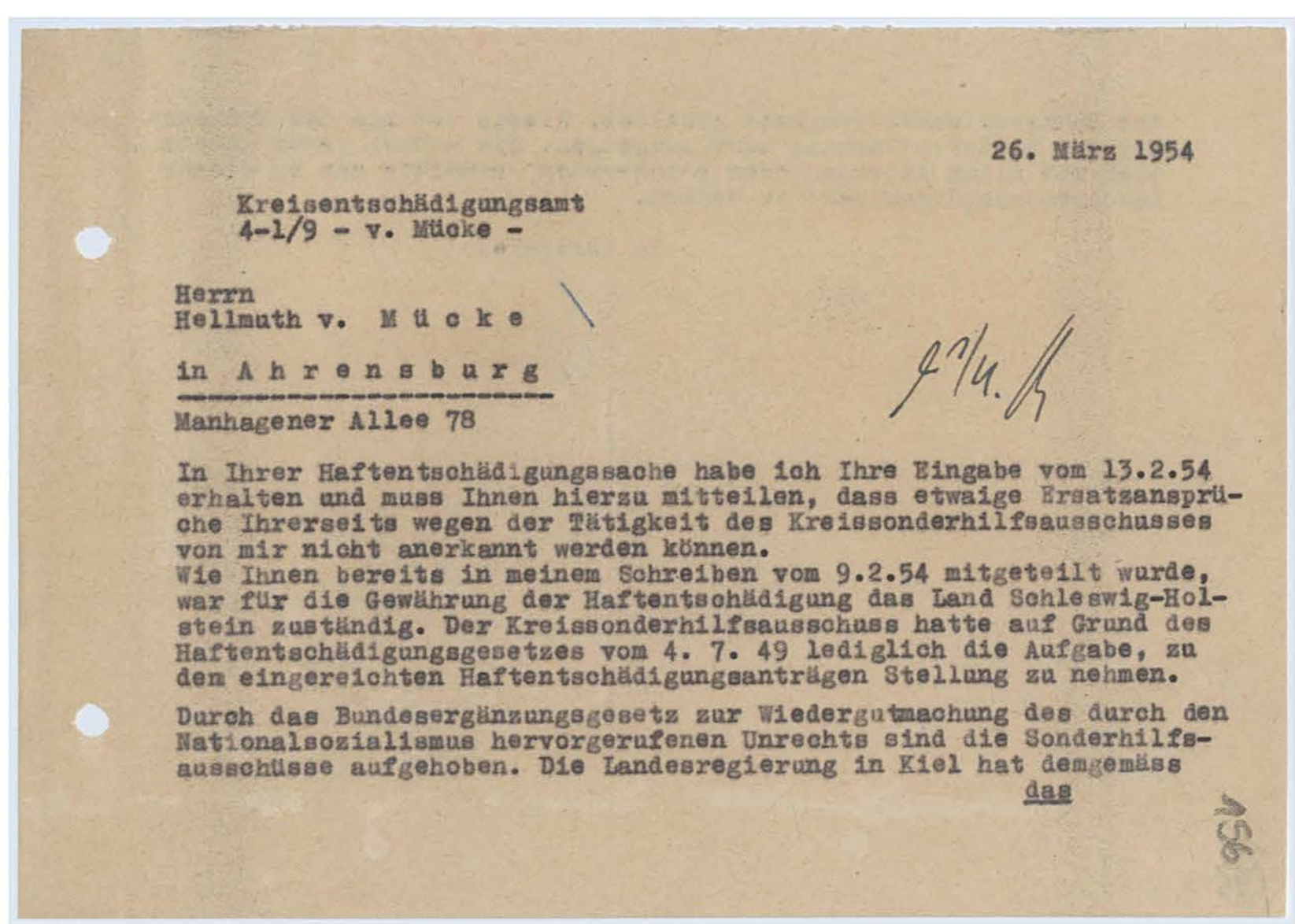
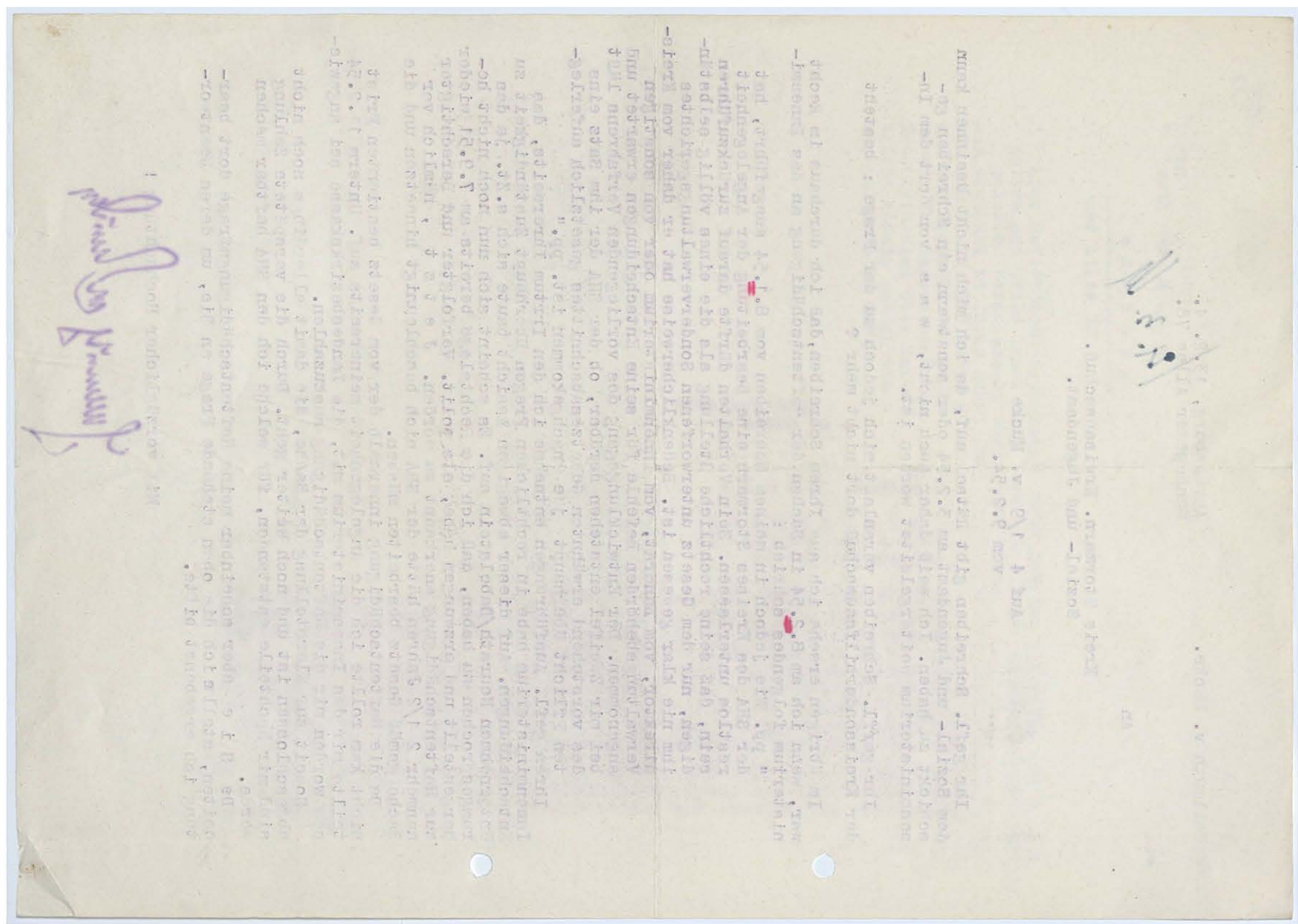


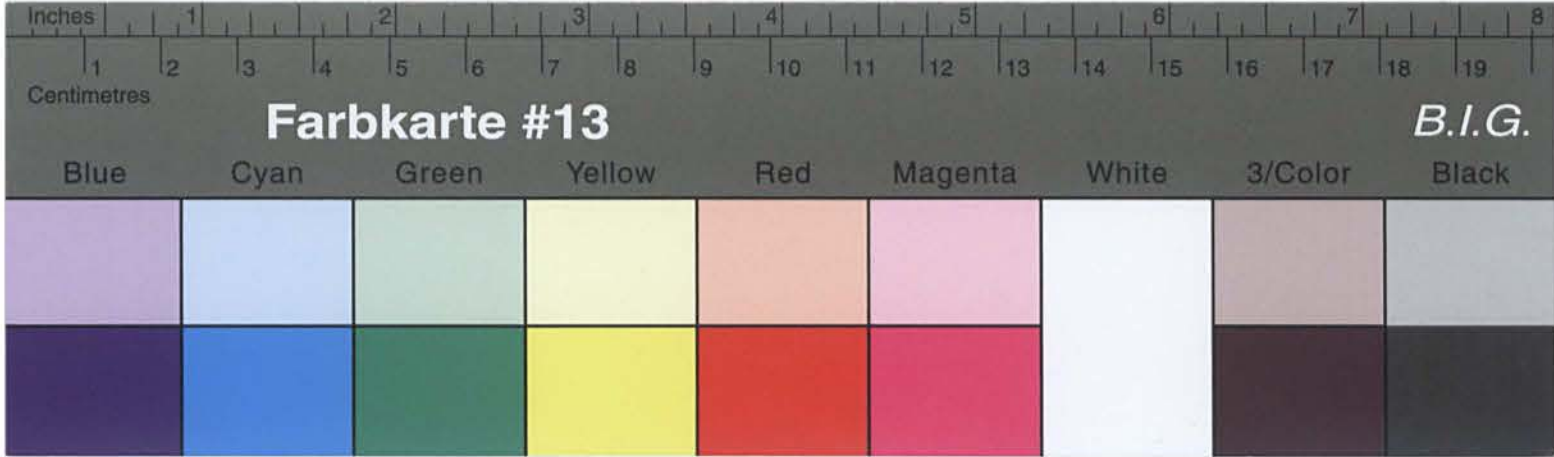
Kreisarchiv Stormarn B2



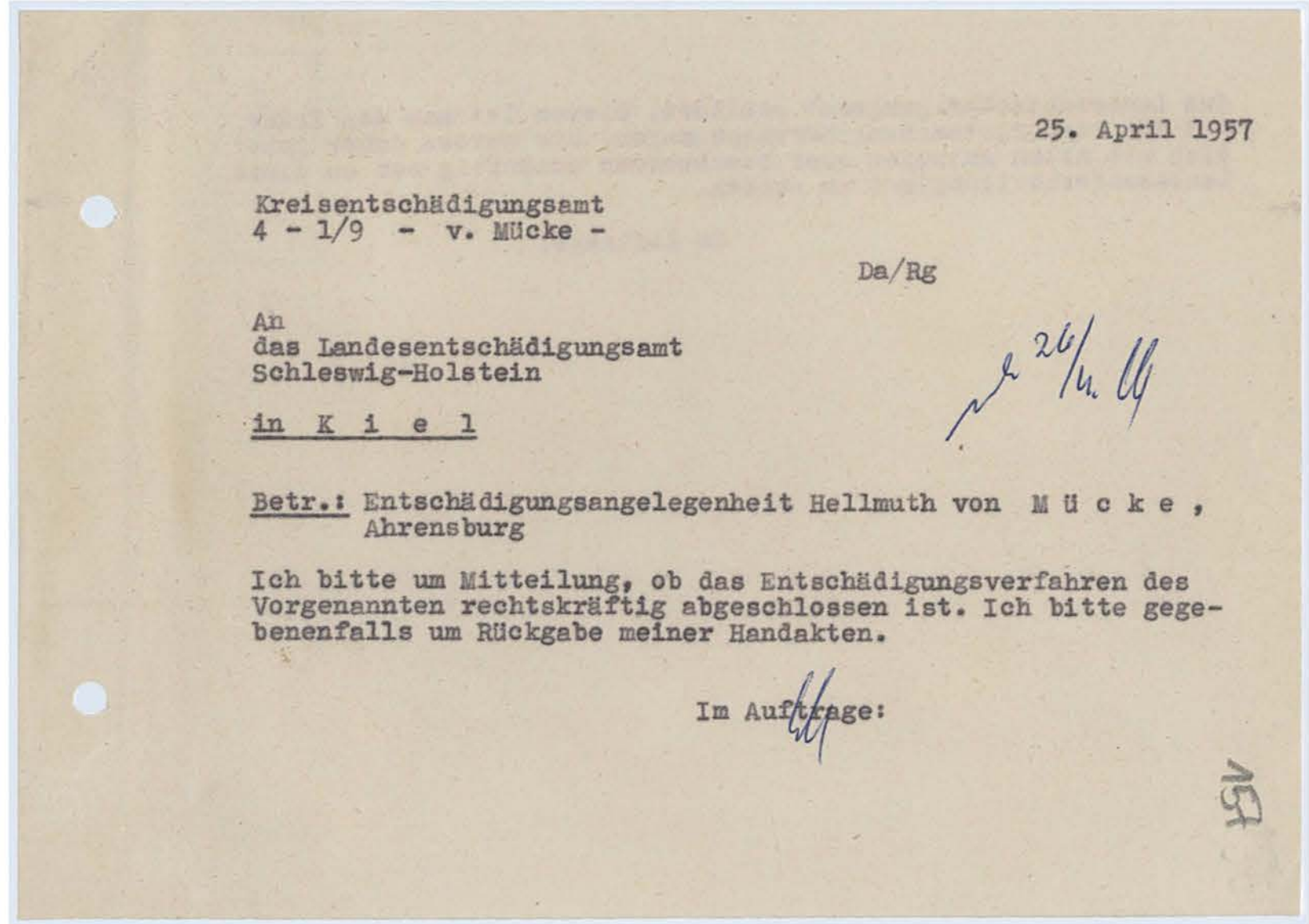
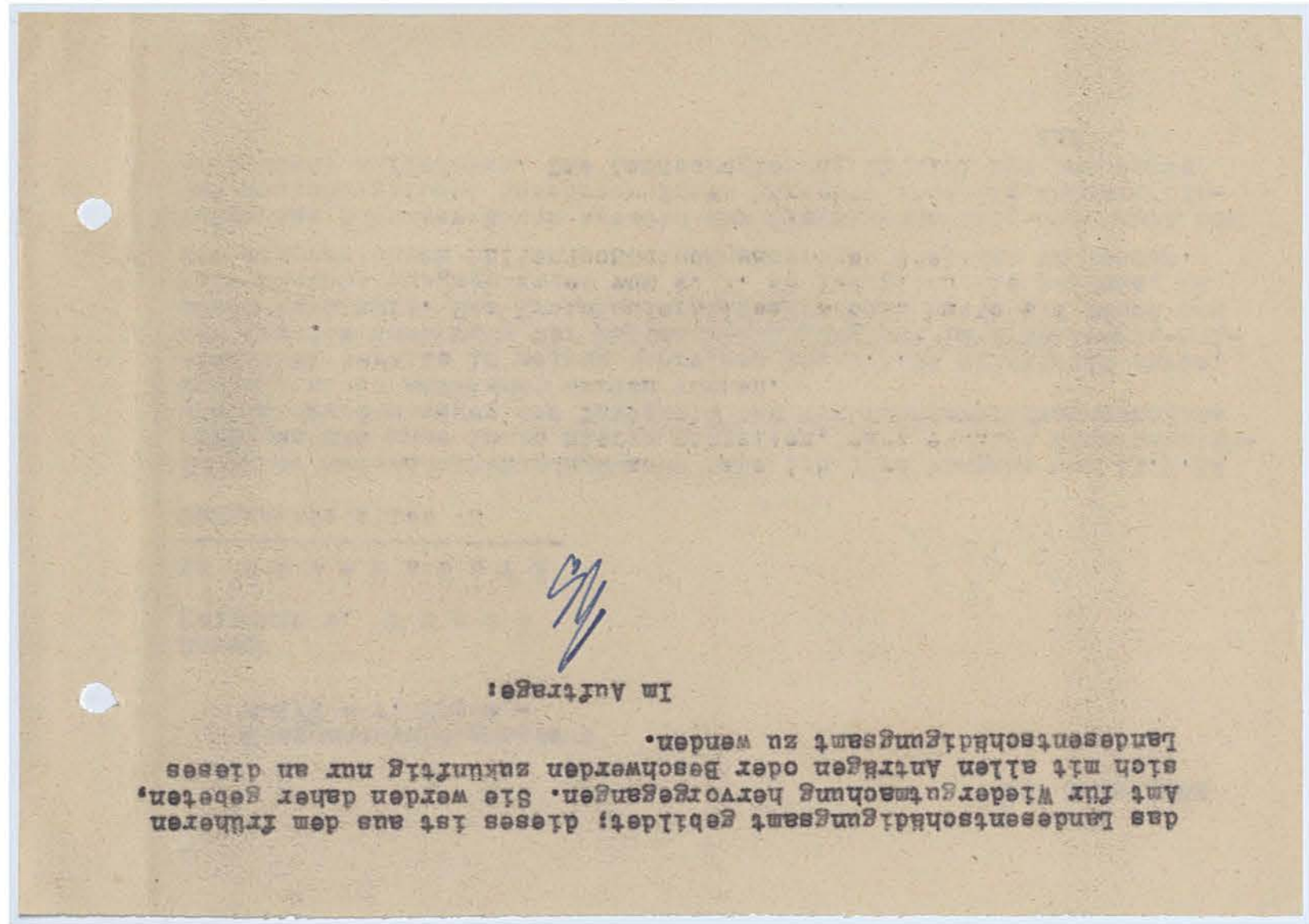


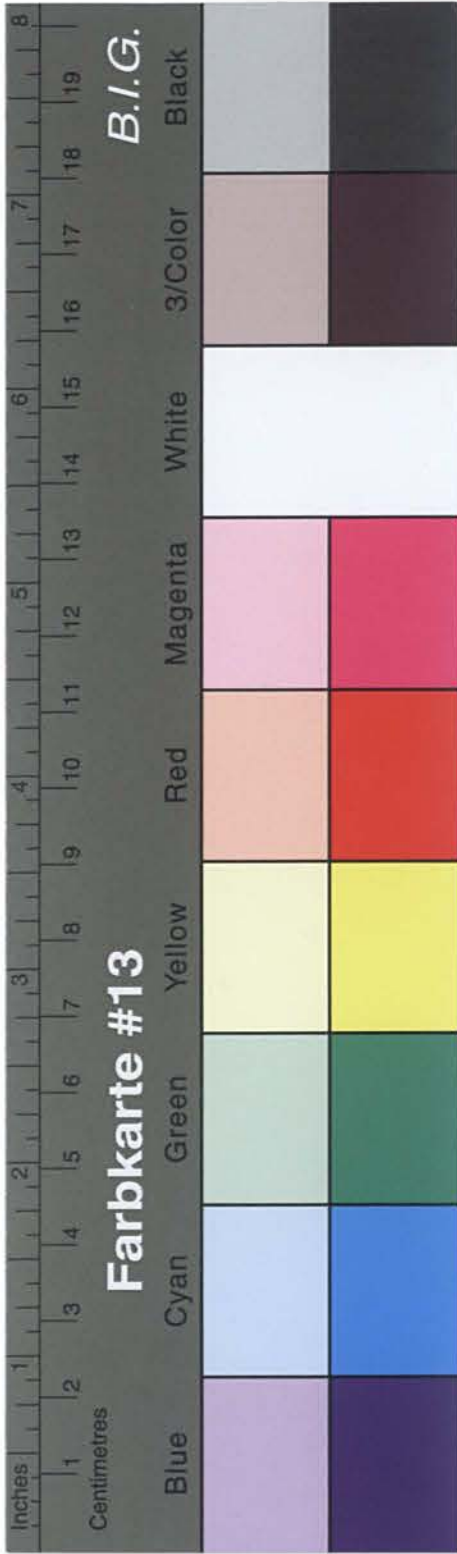
Kreisarchiv Stormarn B2



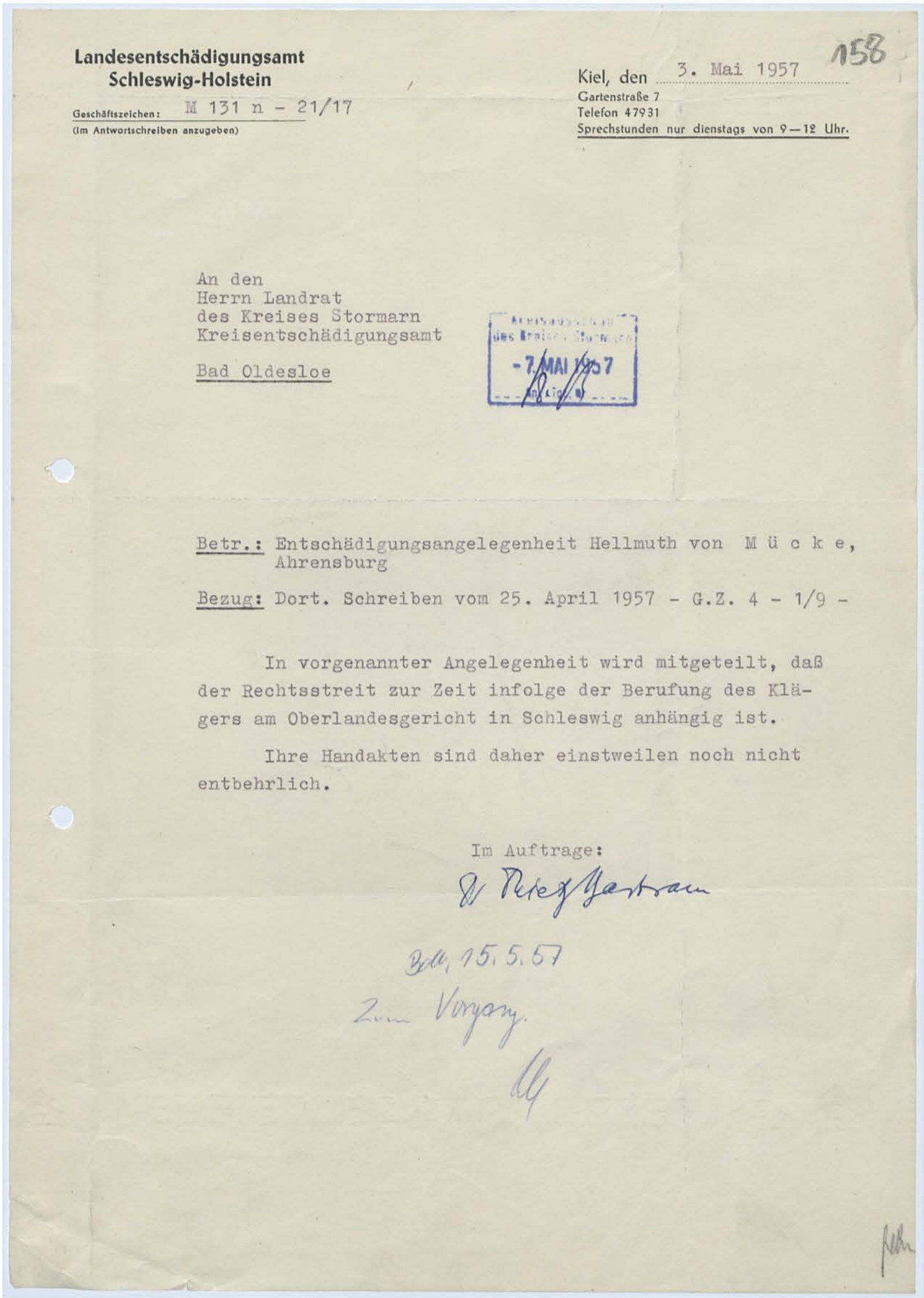


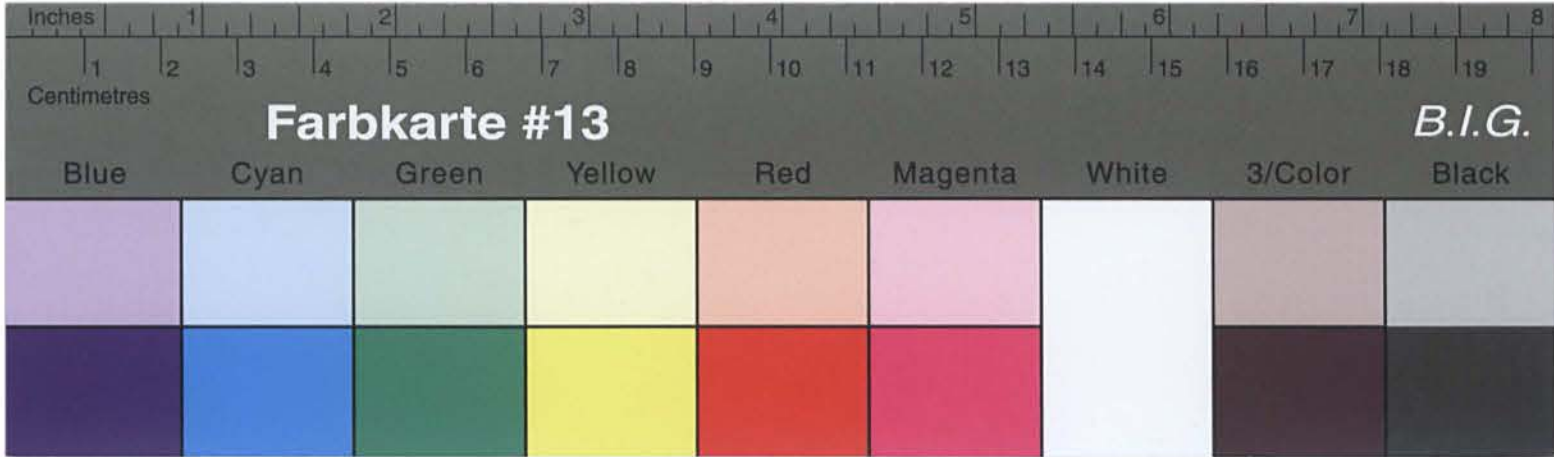
Kreisarchiv Stormarn B2



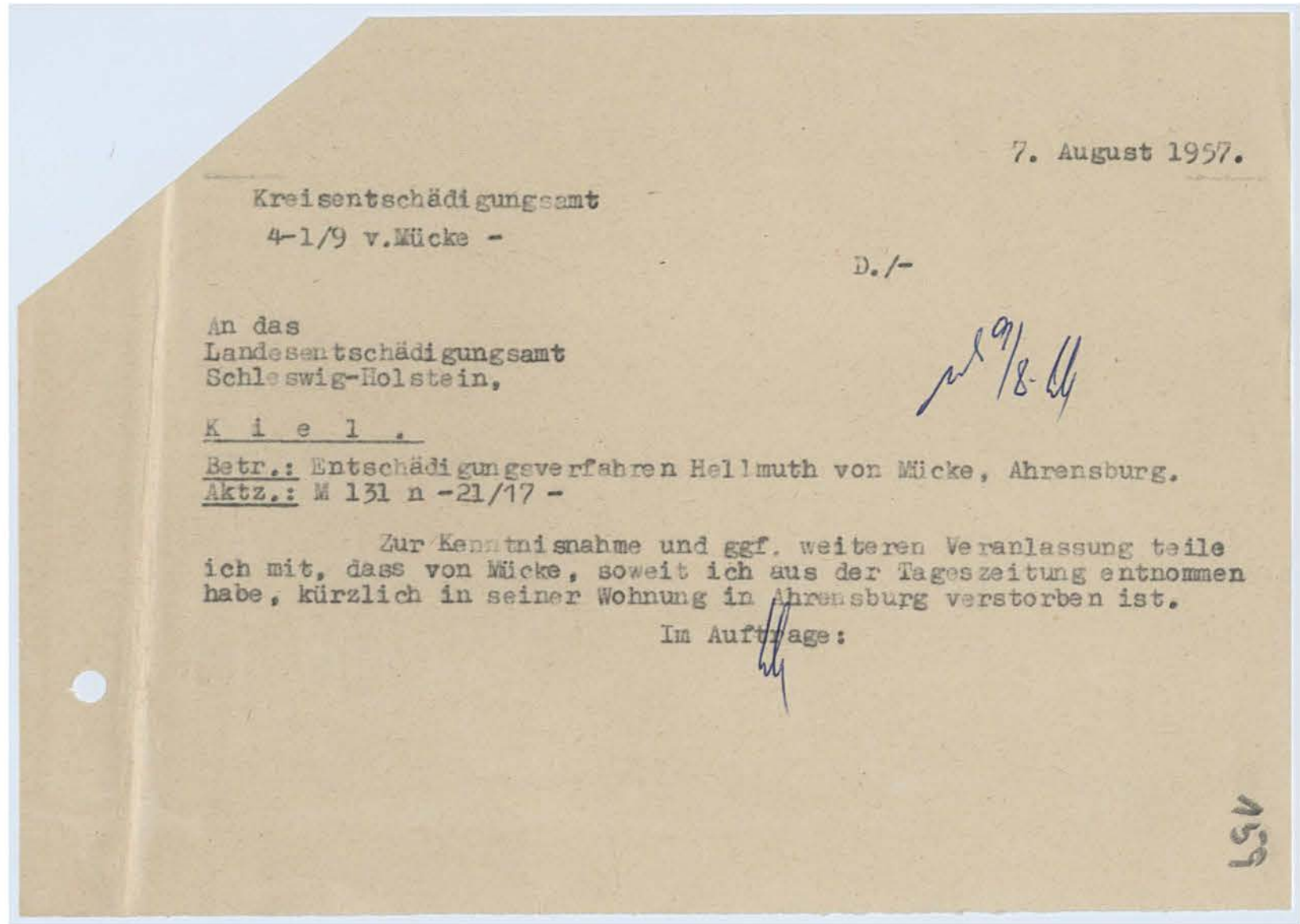
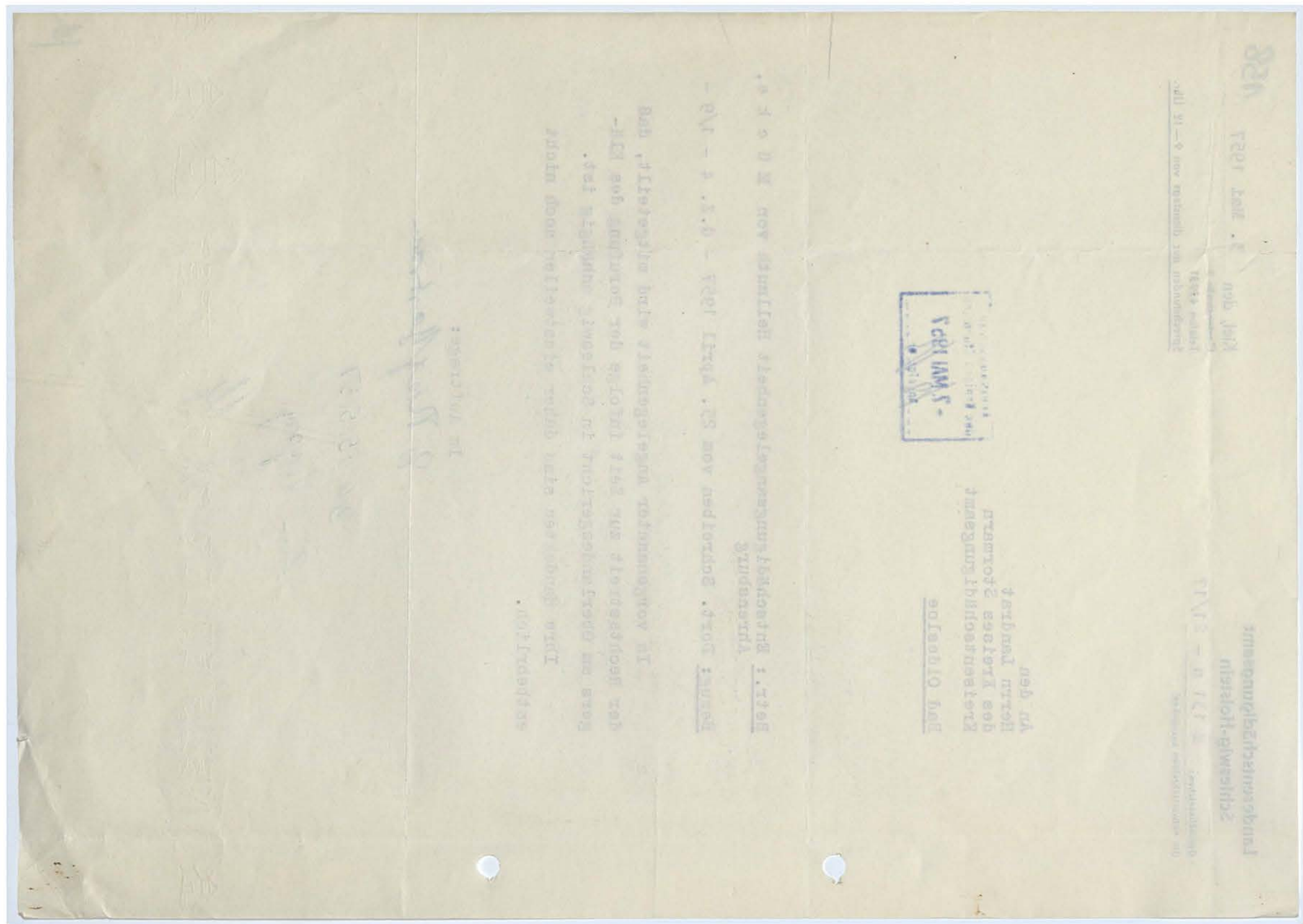


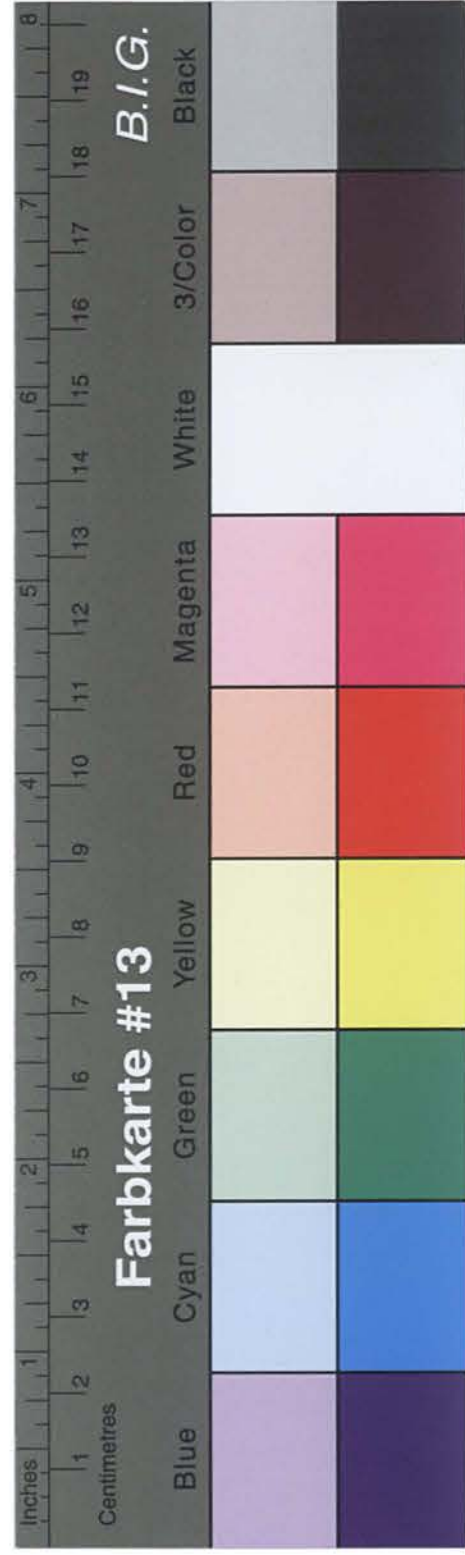
Kreisarchiv Stormarn B2



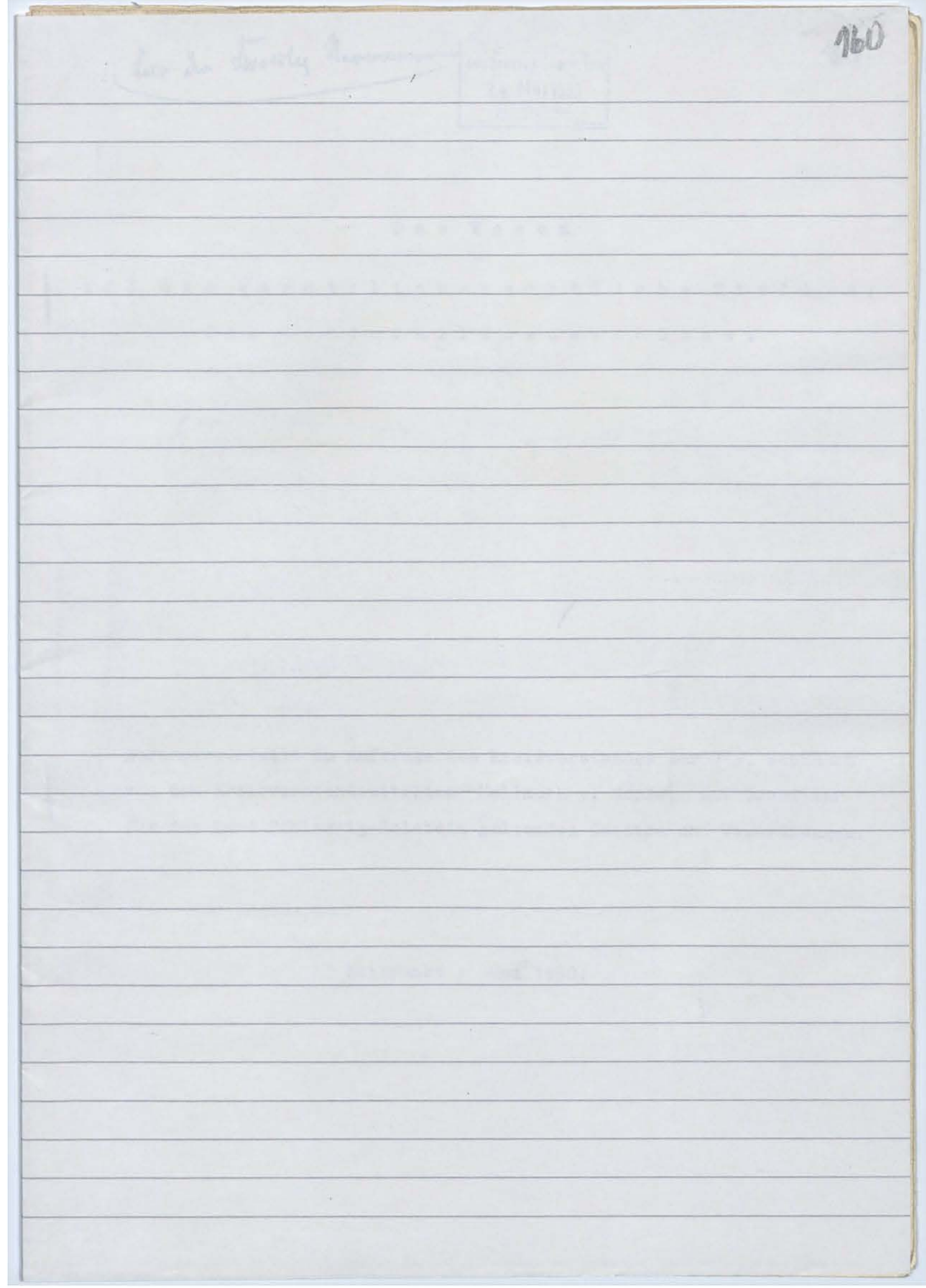


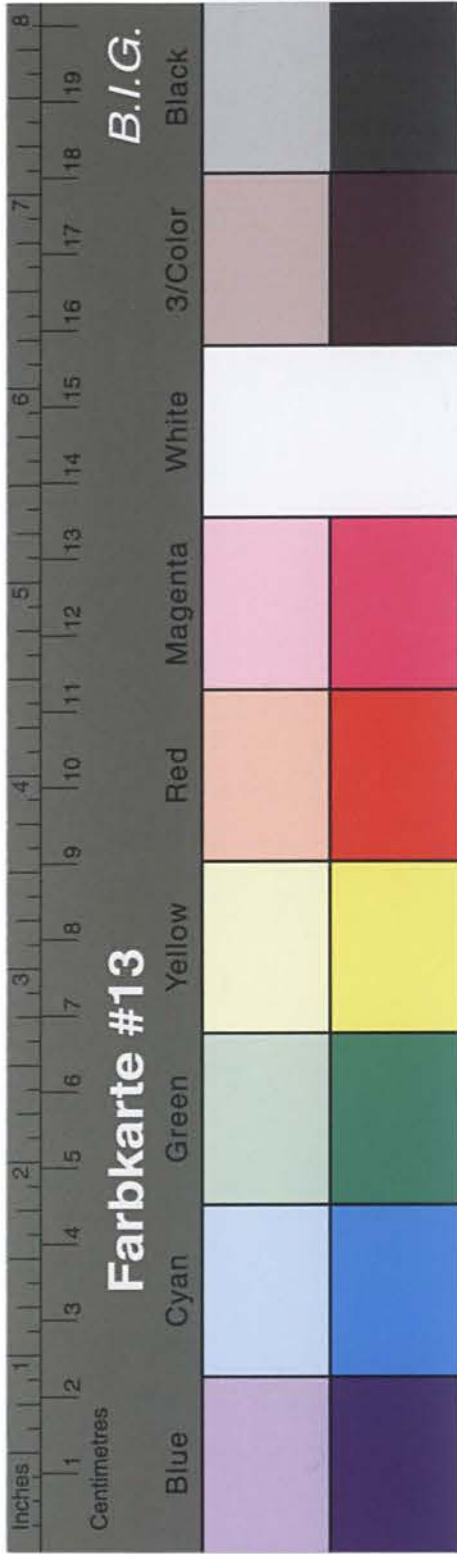
Kreisarchiv Stormarn B2



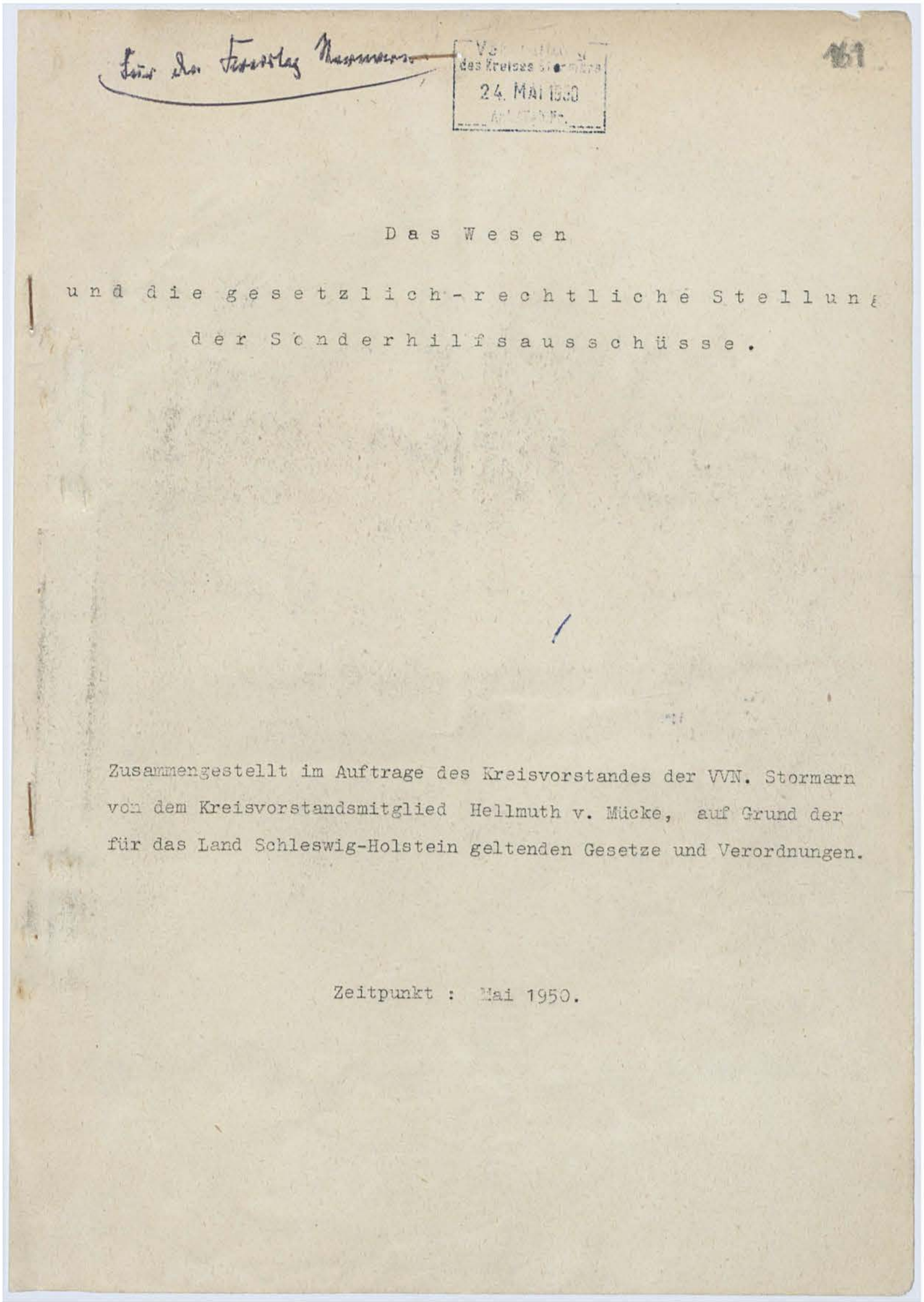
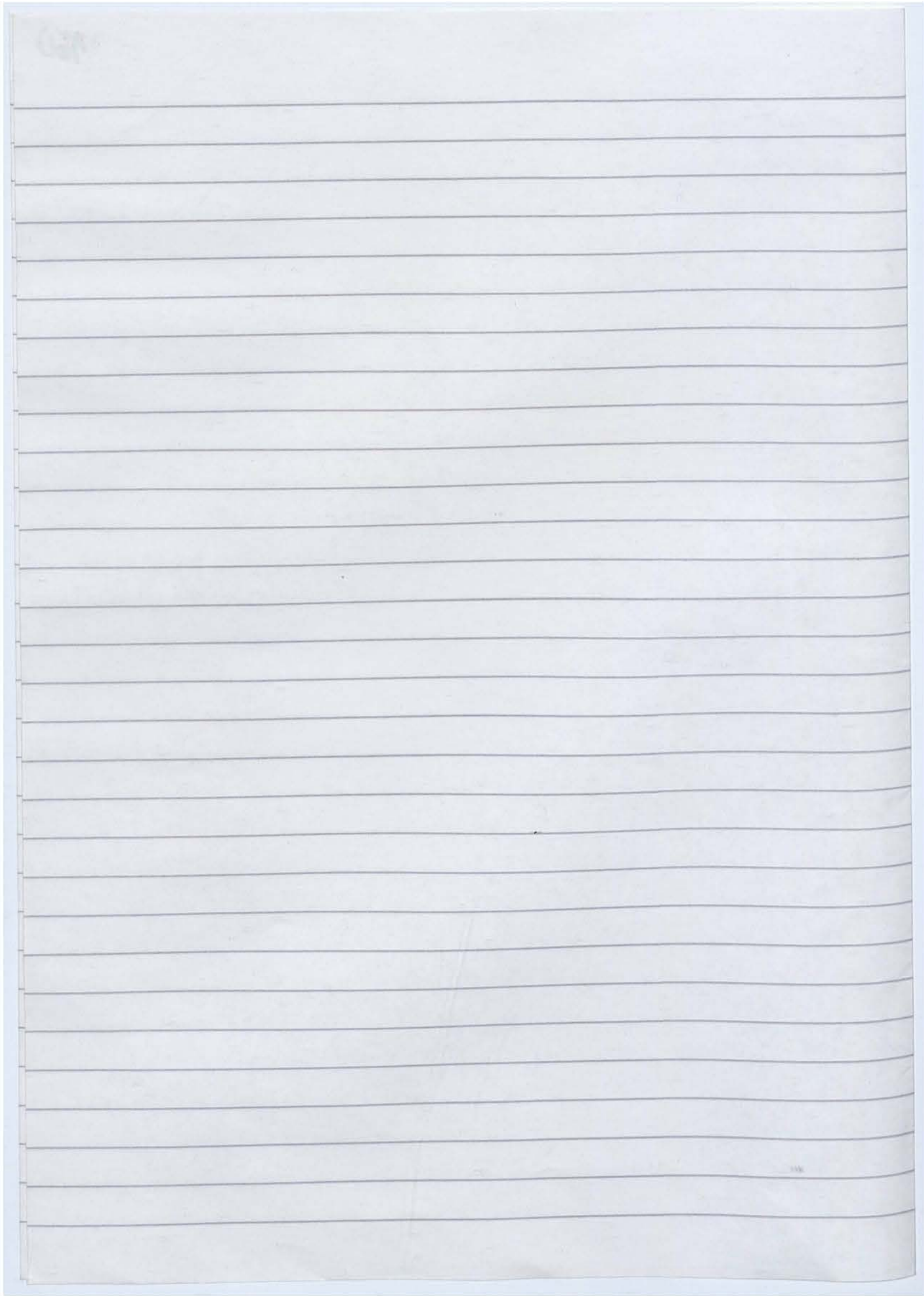


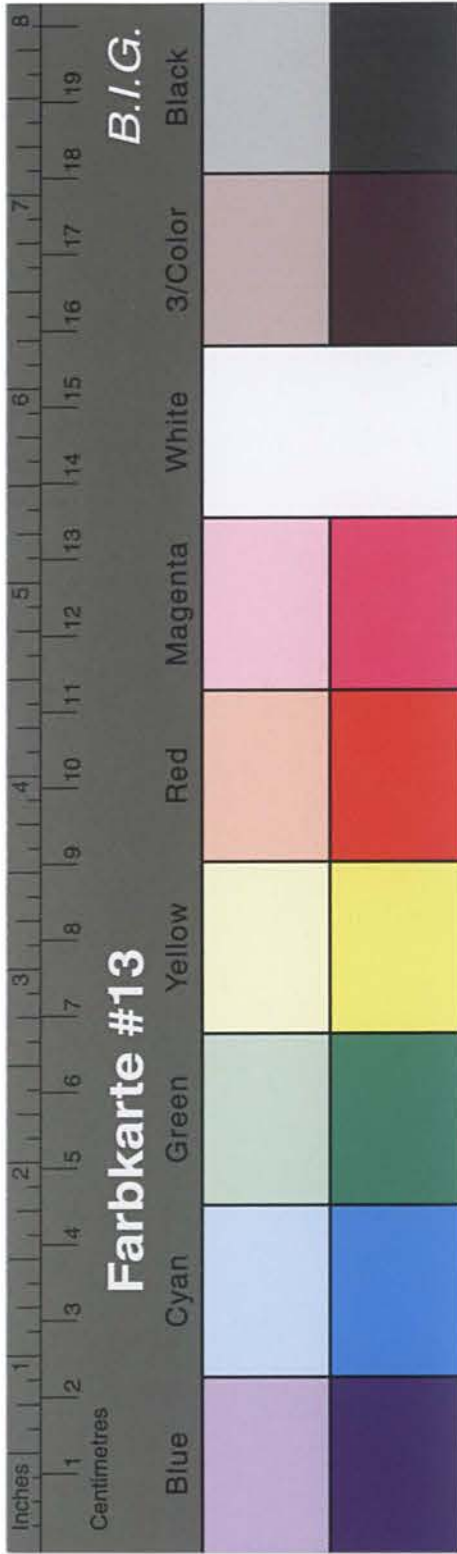
Kreisarchiv Stormarn B2



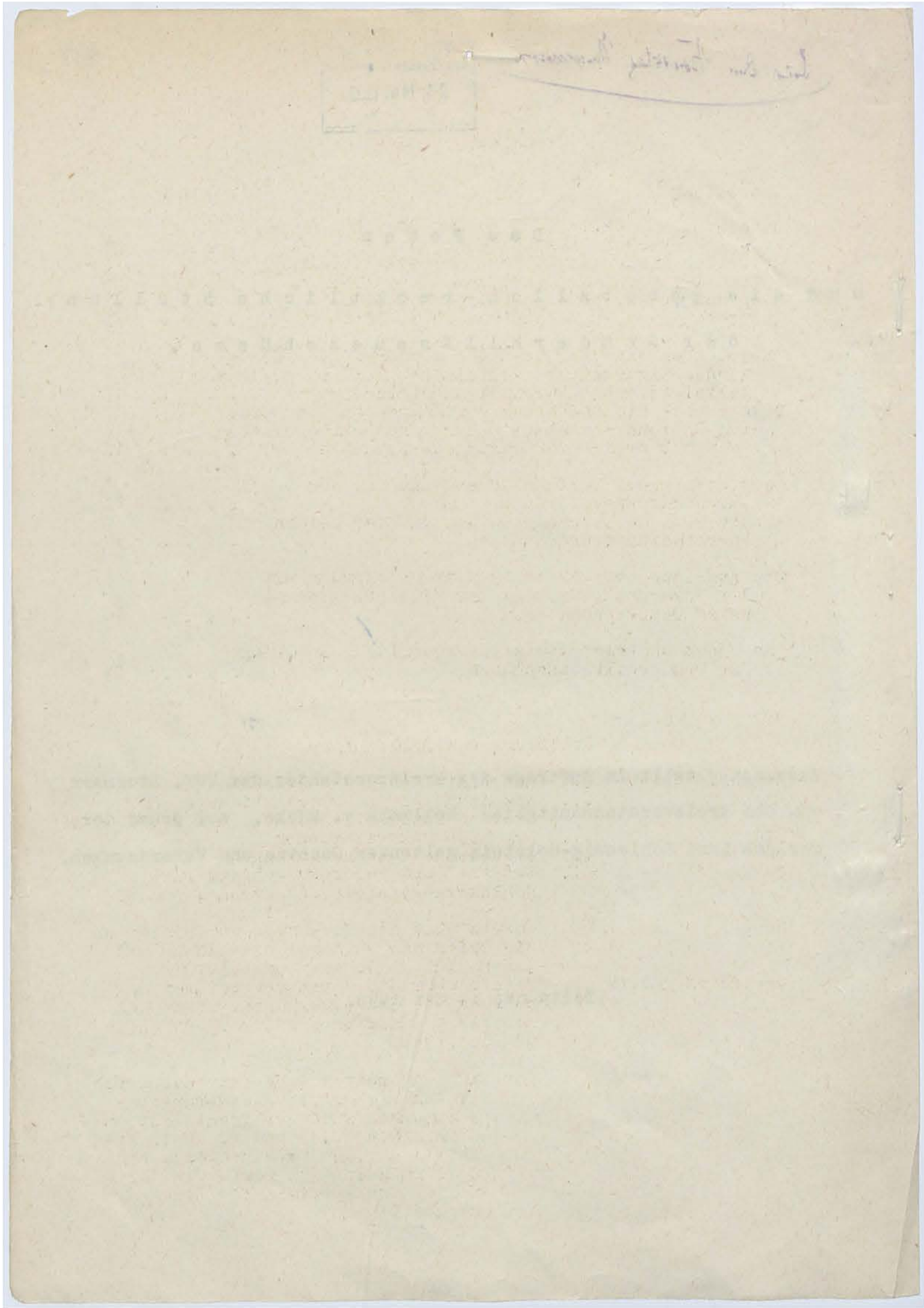


Kreisarchiv Stormarn B2

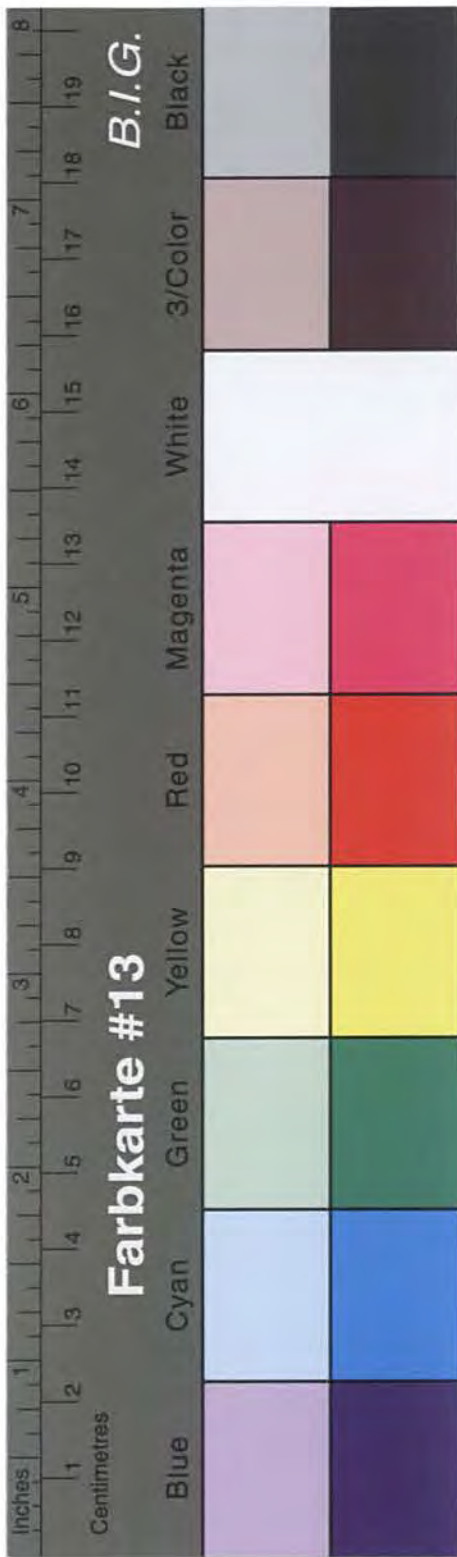




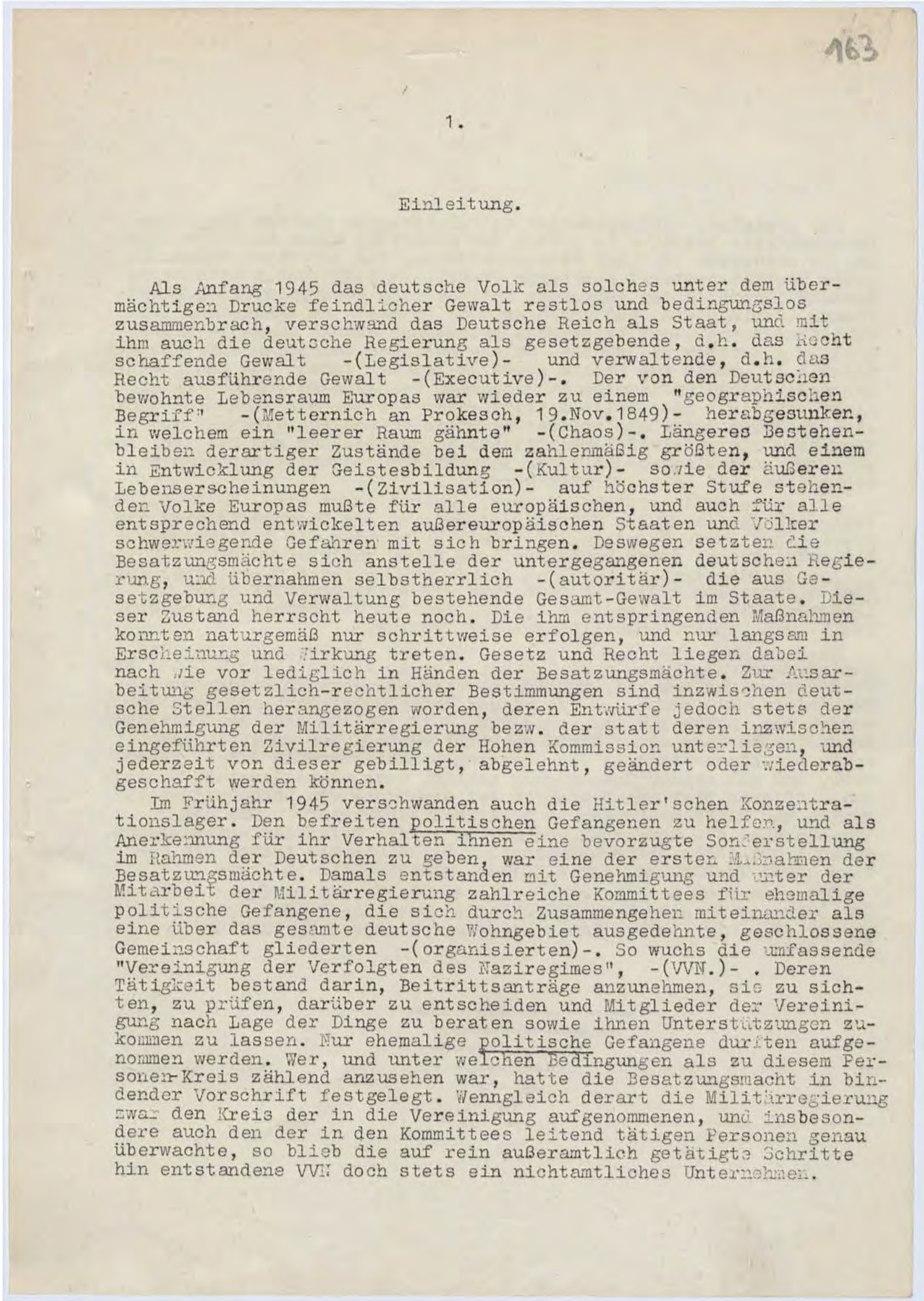
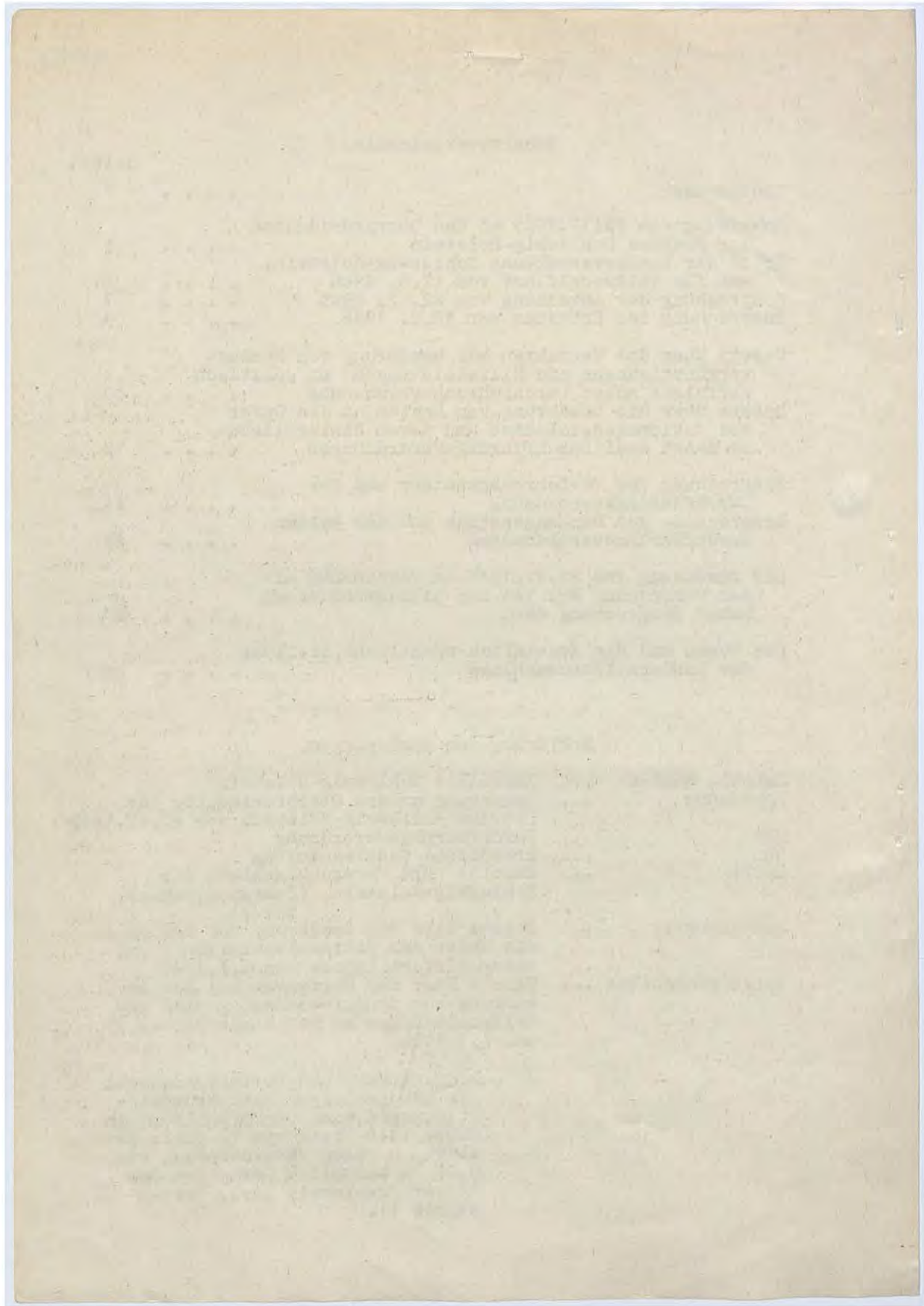
Kreisarchiv Stormarn B2

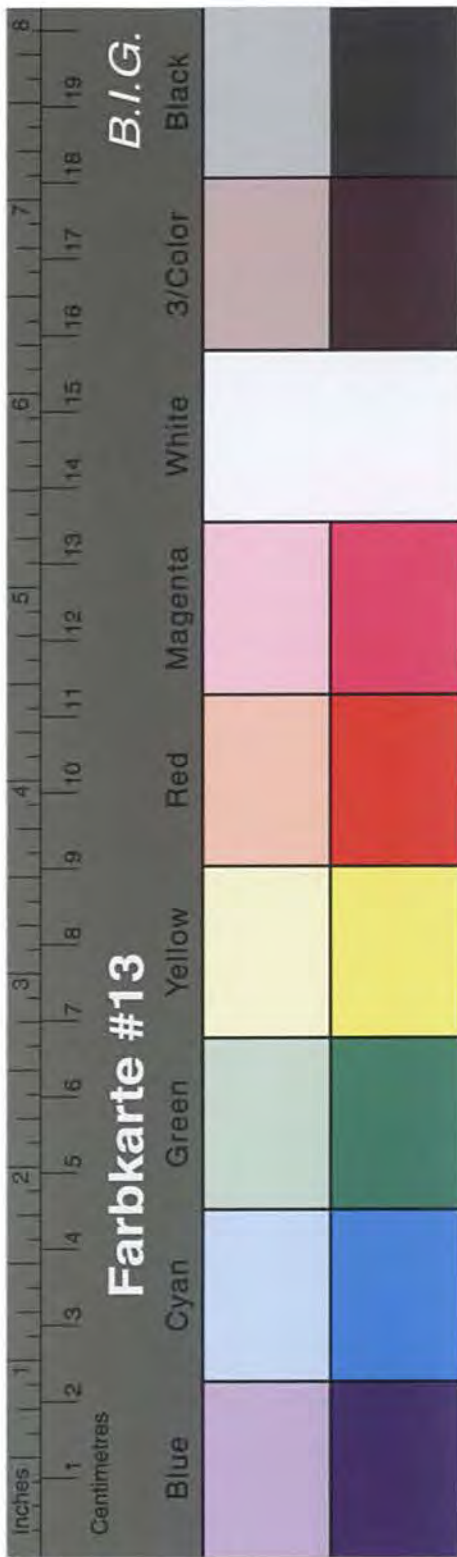


Inhaltsverzeichnis.		Seite
Einleitung	1
Anweisung vom 22.12.1945 an den Oberpräsidenten der Provinz Schleswig-Holstein	3
Erlaß der Landesverwaltung Schleswig-Holstein, Amt für Volkswohlfahrt vom 12.8. 1946	6
Besprechung der Anweisung vom 22.12. 1945	7
Besprechung des Erlasses von 12.8. 1946	9
Gesetz über das Verfahren bei Gewährung von Sonder- vergünstigungen und Hilfsleistungen an politisch Verfolgte nebst Durchführungsverordnung	10
Gesetz über die Gewährung von Renten an die Opfer des Nationalsozialismus und deren Hinterbliebe- ne nebst zwei Durchführungsverordnungen	12
Besprechung des Verfahrensgesetzes und der Durchführungsverordnung	14
Besprechung des Rentengesetzes und der beiden Durchführungsverordnungen	19
Die Anweisung vom 22.12.1945 in Verbindung mit der Verordnung Nr. 141 der Militärregierung nebst Besprechung dazu	20
Das Wesen und die gesetzlich-rechtliche Stellung der Sonderhilfsausschüsse	23
- - - - -		
Erklärung von Abkürzungen.		
Amtsbl. Schl-H	...	Amtsblatt Schleswig-Holstein
Anweisung	...	Anweisung an den Oberpräsidenten der Provinz Schleswig-Holstein vom 22.12.1945
DVO	...	Durchführungsverordnung
GS	...	Preußische Gesetzsammlung
GVOBl	...	Gesetz- und Verordnungsblatt für Schleswig-Holstein. (Jahrgang, Nummer, Seite)
Rentengesetz	...	Gesetz über die Gewährung von Renten an die Opfer des Nationalsozialismus und deren Hinterbliebene vom 4.3.1948
Verfahrensgesetz	...	Gesetz über das Verfahren bei der Ge- währung von Sondervergünstigungen und Hilfsleistungen an politisch Verfolgte vom 4.3.1948
Anm. Rentengesetz und Verfahrensgesetz mit dazugehörigen Ausführungsbe- stimmungen sind veröffentlicht im GVOBl 1948 Nr.10 vom 1. Juni. Er- hältlich gegen Vereinsendung von 0,25 DM zuzüglich Porto von der Kieler Druckerei, Kiel, Berg- straße 11.		



Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2

2.

Zur Erzielung wirkungsvoller Hilfsleistungen für den genannten Personenkreis bedurfte es jedoch der Schaffung einer amtlichen Stelle. Es entsprach billigem Rechtsempfinden, den jahrelang außerhalb jedes Rechtes gestellt gewesenen ehemaligen politischen Gefangenen nunmehr innerhalb des geltenden Rechtes eine Vorzugsstellung einzuräumen, dahingehend, daß ihnen an den "Statt" zu stellenden Entschädigungsansprüchen bevorzugte Behandlung zuteil wurde gegenüber ähnlich gearteten Ansprüchen, welche Personen anbringen konnten, die niemals außerhalb des Rechtes gestellt gewesen waren. Von den ehemaligen politischen Gefangenen zu erhebende Forderungen durften daher nicht von einer Amtsstelle mitbearbeitet werden, die auch über ähnlich geartete Ansprüche anderer Personen entschied. Vielmehr mußte dazu eine mit gesetzlich-rechtlicher Sonderstellung und mit ganz besonderen gesetzlich-rechtlichen Befugnissen ausgestattete Sonderbehörde neu ins Leben gerufen werden.

Der erste dahin zielende Schritt geschah durch eine, am 22.12.1945 ergangene Anweisung der Militärregierung an den Oberpräsidenten der Provinz Schleswig-Holstein. Hierdurch entstanden die Kreissonderhilfsausschüsse, deren Sonderstellung genau umrissen wurde.

Als Ausführungsbestimmung zu dieser vom Obersten Gesetzgeber verfügten Anweisung erging am 12.8.1946 ein entsprechender Erlaß der Landesverwaltung Schleswig-Holstein, Amt für Volkswohlfahrt an die Stadt- und Landkreisverwaltungen der Provinz.

Nachdem dann im Laufe der politischen Weiterentwicklung die Landesverwaltung durch eine Landesregierung ersetzt, ein Landtag als Volksvertretung gewählt, und den meisten der vor dem Zusammenbruch bestandenen deutschen Gesetze wieder Rechtsgültigkeit zugesprochen worden war, mußte die Anweisung vom 22.12.1945 in ein, den deutschen Rechtsformen angepaßtes Kleid gebracht werden. Das geschah durch zwei, mit Einverständnis des Obersten Gesetzgebers in Arbeit genommene, und mit seiner Genehmigung amtlich verkündete Gesetze, nämlich das "Gesetz über das Verfahren bei Gewährung von Sondervergünstigungen und Hilfsleistungen an politisch Verfolgte" und das "Gesetz über die Gewährung von Renten an die Opfer des Nationalsozialismus und deren Hinterbliebene". Beide Gesetze traten mit dem Tage ihrer Verkündung, dem 4.3.1948, gleichzeitig in Kraft.

Die genannten Gesetze machen die am 22.12.1945 verfügte Anweisung des Obersten Gesetzgebers keinesfalls überflüssig oder heben sie etwa gar auf, sie sind vielmehr beide auf dieser aufgebaut und nur deren Folge.

=====

164

3.

(Im Auszuge)

R e s t r i c t e d .

Nur für den Dienstgebrauch.

312 (P) Det Mil Gov
I A & C Branch
PH Section
- 312/PH/1147/36 -

Appendix "A" 22 Dec 45
to HQ/2900/Sec (Zon/PI (45)20)

Anweisung an den Oberpräsidenten der Provinz Schleswig-Holstein.
Hilfsleistungen für frühere Häftlinge der Konzentrationslager.

Gegenständliches.

1. Gegenstand dieser Anweisung ist die Gewährung besonderer Vergünstigungen und Hilfsleistungen für gewisse Gruppen früherer Häftlinge der Nationalsozialistischen Konzentrationslager und für gewisse andere Personen, die in Deutschland Unterdrückung erlitten haben. Zweck dieses Planes ist nicht nur, aus Gründen der Menschlichkeit demjenigen zu helfen, der gelitten hat, sondern auch der deutschen Öffentlichkeit vor Augen zu führen, daß demjenigen, der als Gegner des Nationalsozialismus gelitten hat, angemessene Anerkennung gezollt wird.

Bereich dieser Anweisung.

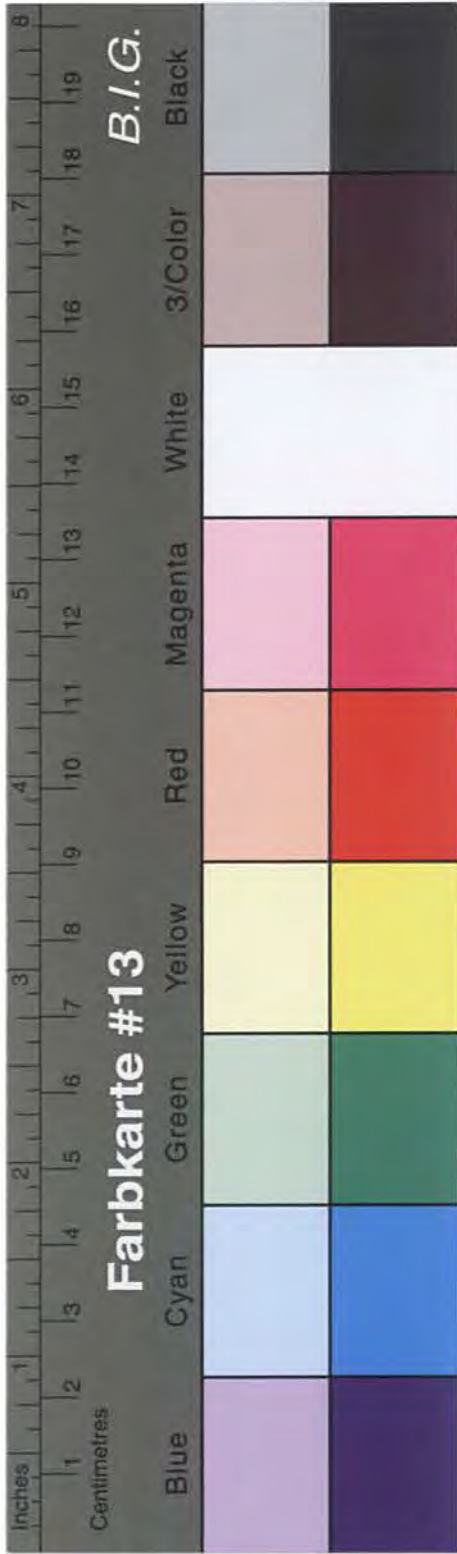
2. Durch diese Anweisung wird folgendes festgelegt
 - a) Der Personenkreis, der zum Genuss dieser Vergünstigungen berechtigt wird sowie das Verfahren zwecks Erlangung und das Verfahren zwecks Bereitstellung dieser Vergünstigungen.
 - b) Der Verwaltungsapparat zur Durchführung des Planes.

Zu Sonderhilfe berechnigte Personen.

3. (folgen Angaben)

Wiederholte Berechnigung zu Sonderhilfe.

4. Wer zum Bezug von Sonderhilfe berechnigt war, seitdem jedoch wegen Zuteilung einer Arbeitsstelle irgendwelcher Ansprüche verlustig ging - falls er seine Arbeitsstelle verliert - innerhalb von 14 Tagen nach deren Verlust erneut einen Antrag auf Sonderhilfsleistungen stellen. Dies kann jedoch nur dann geschehen, wenn der Verlust der Arbeitsstelle auf Ursachen zurückzuführen ist, die unmittelbar damit in Zusammenhang stehen, daß er früher in einem Konzentrationslager war.



Verfahren zwecks Bereitstellung von Sonderhilfe.

5. a) Kreissonderhilfsausschüsse.

In sämtlichen Kreisen Ihrer Provinz ist durch die Bürgermeister bzw. die Landräte der Kreise jeweils ein Ausschuß zu bilden, der die Bezeichnung "Kreissonderhilfsausschuß" erhält (z.B. "Kreis-sonderhilfsausschuß Hamburg" im Falle von Hamburg). Die Militärregierung wird die Einsetzung dieser Ausschüsse durch die Bürgermeister bzw. Landräte sicherstellen und wird ebenso dafür Sorge tragen, daß die Mitglieder für die Militärregierung annehmbar sind. Diese Ausschüsse müssen aus folgenden Mitgliedern bestehen

- Eine Person aus Juristenkreisen;
- Eine Person aus der allgemeinen Öffentlichkeit;
- Eine Person, die früher Haftling in einem Konzentrationslager war.

In Kreisen, in denen ein solcher früherer Haftling eines Konzentrationslagers für diesen Ausschuß nicht verfügbar ist, muß das dritte Mitglied eine Person sein, die aktiver Gegner des Nationalsozialismus war oder durch ihn gelitten hat, oder aber ein Mitglied des Kreisausschusses. Diese Ausschüsse sind als Zweigstellen der Organisation des Wohlfahrtsamtes anzusehen. Ein Beamter des letzteren ist als Schriftführer zu bestellen und er ist für die Gleichordnung der Arbeiten des Ausschusses verantwortlich. Die Mitglieder erhalten für die Zeit, die sie in Sitzungen verbringen, keine Bezahlung. Hingegen sind ihnen ihre Reiseunkosten und Auslagen aus öffentlichen Mitteln zu vergüten. Sie sind befugt, Personen, die zur Erlangung sachverständiger Meinungen notwendig sind (z.B. Ärzte) zur Mitarbeit heranzuziehen.

- b) Anträge. (folgen Angaben)
- c) Richtigkeitsnachweis. (folgen Angaben)
- d) Berufungsrecht.

Der Antragsteller hat das Recht, innerhalb von 14 Tagen nach Empfang eines ungünstigen Bescheids bei der örtlichen Militärregierungsbehörde Berufung gegen die Entscheidung einzulegen. Die Militärregierung kann nach ihrem Ermessen einschreiten, ebenso kann sie Entscheidungen des Ausschusses für nichtig erklären, ohne daß Berufung eingelegt worden ist.

- e) Falsche Angaben. (werden gegebenenfalls bestraft)

Zu gewährende Hilfsleistungen.

6. Folgende Hilfsleistungen und Vergünstigungen sind zu gewähren :

(folgen Angaben betreffs Ernährung, vorzugsweise Zuteilung einer Wohnung und von Arbeit, sowie finanzielle Hilfsleistungen.)

Dauer der Sonderhilfsleistungen.

- 7. (folgen Angaben allgemeiner Art, und daraufhin nachstehende Sonderbestimmung, betreffend die aus dem Richtsatz der gehobenen Fürsorge + 50% Zuschlag + Miete bestehende finanzielle Hilfsleistung)

Erfolgreichen Antragstellern, die körperliche oder geistige Schäden dauernder oder vorübergehender Art erlitten haben, die ihre Arbeitsunfähigkeit zur Folge haben, sind die in Unterabsatz (i), Buchstabe d), Abschnitt 6, erwähnten Sondervergünstigungen für unbegrenzte Zeitdauer zu gewähren. Derartige Fälle sind jedoch einer alljährlichen Nachprüfung zu unterziehen.

Zahlenmäßige Nachweise und Meldungen.

- 8. Die Kreissonderhilfsausschüsse haben durch Vermittlung der Wohlfahrtsämter monatliche Nachweise zu erstatten. Als Stichtag gilt der letzte Tag eines jeden Monats. Diese Nachweise müssen folgende Angaben enthalten : Anzahl der eingelaufenen Anträge; Anzahl der Personen, die Unterredung erwarten; Anzahl der Personen, denen die einzelnen Arten von Hilfsleistungen zugebilligt wurden. Diese Angaben sind meinem Hauptquartier zu melden. Für die Meldungen sind Formulare lt. Anlage zu benutzen.

Durchführung.

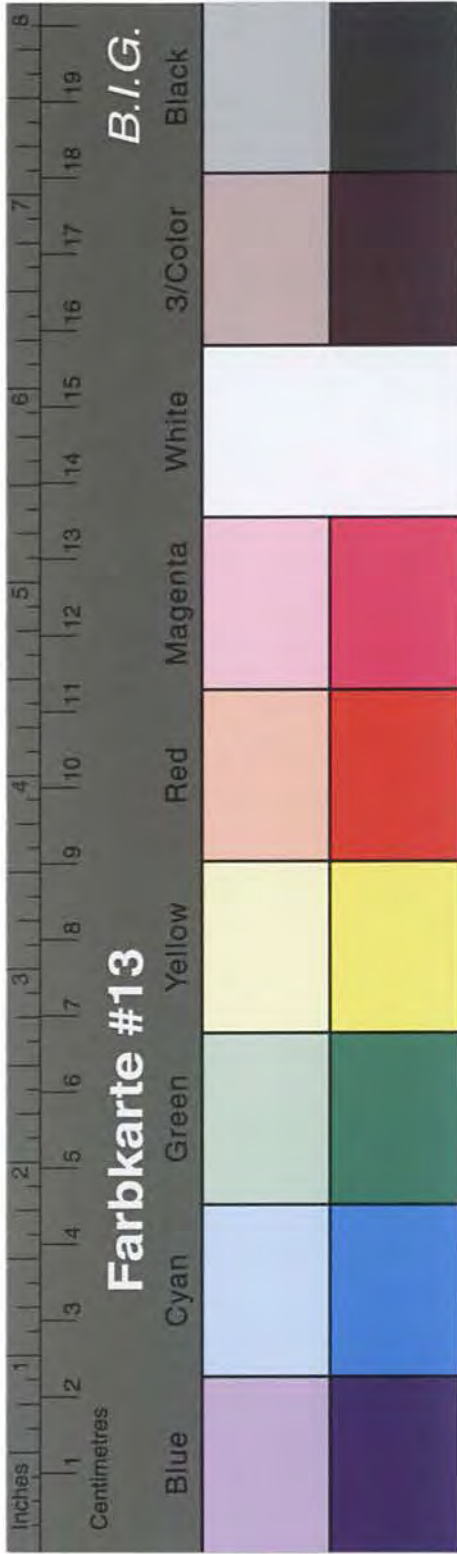
- 9. Die Verantwortung für die Herausgabe von Anordnungen an sämtliche deutsche Behörden, die in Ihrer Provinz für die Einsetzung dieser Kreis-Sonderhilfsausschüsse in Betracht kommen, ist Ihnen auferlegt. Für die wirksame und ordnungsgemäße Durchführung dieses Planes sind Sie persönlich verantwortlich.

Veröffentlichung.

- 10. Bevor ich hierzu Genehmigung erteilt habe, darf der Öffentlichkeit keinerlei Mitteilung über diesen Plan gemacht werden. Meine Genehmigung zur Veröffentlichung wird erfolgen, sobald die Kreis-Sonderhilfsausschüsse gebildet sind.

gez. Unterschrift
Brig
Comd 312 (P) Det Mil Gov

Kiel
Tele 31401 Ext 19
IPM/



Kreisarchiv Stormarn B2

6.

(Im Auszuge)

Landesverwaltung
Schleswig-Holstein
Amt für Volkswohlfahrt
Soz. 14 - Ni/Fi

Kiel, den 12.8.1946.

An die
Stadt- und Landkreisverwaltungen
der Provinz Schleswig-Holstein

Betrifft : Finanzielle Sonderhilfsleistungen für ehemalige poli-
tische Gefangene, Verfolgte und Geschädigte.

Zur einheitlichen Regelung der finanziellen Sonderhilfs-
leistungen für anerkannte ehem. polit. Gefangene, Verfolgte und
Geschädigte wird folgendes angeordnet :

(Folgen Ausführungen gemäß der "Anweisung")

Die Prüfung der finanziellen Verhältnisse des Antragstellers ist von
dem Kreissonderhilfsausschuß oder dem von ihm Beauftragten vorzu-
nehmen. Grundlage für die Anerkennung wirtschaftlicher Bedürftigkeit
ist, daß der Antragsteller als monatliches Existenzminimum eine
Summe aus anderen Einkommensquellen zur Verfügung hat, die den Be-
trag der finanziellen Sonderhilfsleistungen (Richtsatz der gehobenen
Fürsorge + 50% Zuschlag + Miete) nicht übersteigt.

gez. Sigel
Oberpräsident.

gez. G o e t s c h
Landesdirektor.

=====
=====
==
=

Anm. Das gequälte Amtsdeutsch wird verständlicher, wenn man hinter
dem Worte "Existenzminimum" das Wort "n u r" ergänzt.

7.

Besprechung der "Anweisung".

Ziffer 1. Gegenständliches.

bringt Allgemeines.

Ziffer 2. Bereich dieser Anweisung.

bringt Allgemeines.

Ziffer 3. Zu Sonderhilfe berechnigte Personen.

führt sowohl denjenigen Personenkreis an, welcher Son-
derhilfe erhalten soll, als auch denjenigen, welcher
trotz stattgefundener Verfolgung für eine Unterstützung
nicht in Betracht kommt.

Ziffer 4. Wiederholte Berechnigung zu Sonderhilfe.

stellt fest, daß beim Vorliegen bestimmter Umstände An-
tragsteller, die Sonderhilfe bereits erhalten hatten,
nochmalige Gewährung derselben beantragen können.

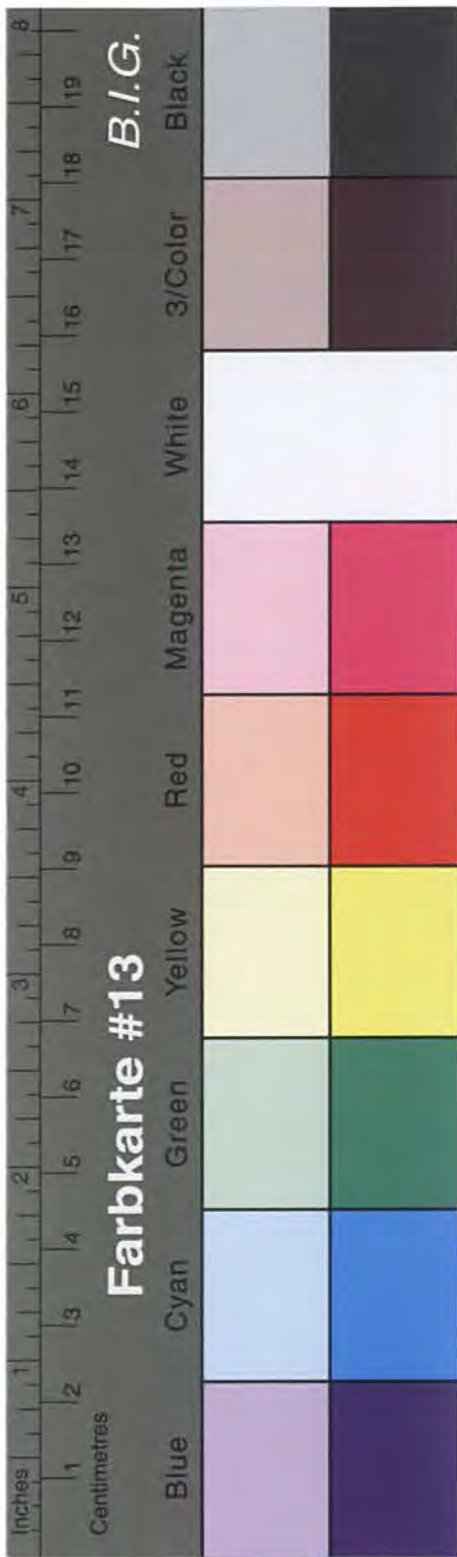
Ziffer 5.

- a) Setzt fest, daß in allen Kreisen durch die Bürgermeister
bezw. die Landräte ein "Kreissonderhilfsausschuß" zu
bilden ist, regelt, aus wievielen Personen ein solcher
bestehen soll, und welchen persönlichen Bedingungen die
Ausschußmitglieder entsprechen müssen.

Setzt fest, daß die Kreissonderhilfsausschüsse als Zweig-
stellen der Organisation des Wohlfahrtsamtes anzusehen
sind, daß den Mitgliedern der Ausschüsse Reiseunkosten
und Auslagen aus öffentlichen Mitteln -(also vom Kreis-
wohlfahrtsamt)- zu ersetzen sind, und daß der Ausschuß
berechtigt ist, Dritte, deren sachverständige Meinungen
benötigt werden, zur Mitarbeit heranzuziehen.

Setzt fest, daß für den Bürobetrieb des Kreissonderhilfs-
ausschusses ein Beamter des Wohlfahrtsamtes als Schrift-
führer zu bestellen ist, und macht letzteren dafür ver-
antwortlich, daß alle Schreiben usw. des Kreissonder-
hilfsausschusses von denjenigen Behörden, an die sie ge-
richtet sind, als gleichgeordnet angesehen und behandelt
werden.

- b) Regelt das, bei Stellung von Anträgen an die Kreissonder-
hilfsausschüsse einzuhaltende Verfahren.
- c) Regelt das zur Nachprüfung des Richtigseins der von den
Antragstellern vorgebrachten Angaben einzuhaltende Ver-
fahren.



Kreisarchiv Stormarn B2

8.

- d) Regelt das Berufungsrecht der Antragsteller gegen die vom Kreissonderhilfsausschuß gefällte Entscheidung.

Daraus, daß diese Berufung unmittelbar bei der, die endgültige Entscheidung fällenden Militärregierung einzulegen ist, geht hervor :

Den Kreissonderhilfsausschüssen ist durch den Obersten Gesetzgeber eine aus dem Rahmen des allgemein Gültigen herausgehobene Sonderstellung verliehen worden. Sie sind zwar als Zweigstellen der Organisation des Wohlfahrtsamtes anzusehen -Ziffer 5,a-, doch bezieht sich dies nur auf die Kennzeichnung ihrer Tätigkeit und auf die Bezeichnung derjenigen Stelle, welcher die Rechnungslegung über die durch Arbeiten der Kreissonderhilfsausschüsse entstandenen, von der öffentlichen Hand zu tragenden Kosten obliegt. In ihrer Tätigkeit selbst unterstehen die Kreissonderhilfsausschüsse ausschließlich dem Obersten Gesetzgeber. Bei ihrer Tätigkeit bestimmen sie durch ihre Entscheidungen, welche Kosten die öffentliche Hand aufzubringen hat. Durch ihre unmittelbare Unterstellung unter den Obersten Gesetzgeber gleicht ihre Stellung derjenigen eines selbstständig arbeitenden Ministeriums.

- e) Setzt fest, daß in den Anträgen gemachte wissentlich falsche Angaben strafbar sind.

Ziffer 6. Zu gewährende Hilfsleistungen.

setzt Ausmaß und Art der verschiedenen Hilfsleistungen und Vergünstigungen fest und das dabei einzuschlagende Verfahren.

Ziffer 7. Dauer der Sonderhilfsleistungen.

setzt die Dauer der verschiedenen Hilfsleistungen und Vergünstigungen fest und das dabei einzuschlagende Verfahren.

Ziffer 8. Zahlenmäßige Nachweise und Meldungen.

setzt das einzuschlagende Verfahren fest, um der Militärregierung -und zwar derem Hauptquartier- eine genaue Nachprüfung des von den Kreissonderhilfsausschüssen Veranlaßten zu ermöglichen.

Ziffer 9. Durchführung.

macht den Oberpräsidenten -jetzt also entsprechend den Ministerpräsidenten- für alle in der Sache an deutsche Behörden zu gebenden Anordnungen, sowie für eine wirksame und ordnungsgemäße Durchführung des Planes persönlich verantwortlich.

9.

Ziffer 10. Veröffentlichung.

setzt fest, wann der Plan der Öffentlichkeit bekannt werden darf.

=====
=====
==

Besprechung des Erlasses der Landesverwaltung vom 12.8.46.

Der Erlaß verfolgt lediglich Erzielung einer "einheitlichen Regelung der finanziellen Sonderhilfsleistungen für anerkannte ehem. polit. Gefangene, Verfolgte und Geschädigte." Vom Kreissonderhilfsausschuß selbst wird dabei nur im Schlußsatz gesprochen. Gemäß der Anweisung des Obersten Gesetzgebers Ziffer 6 und Ziffer 7 sind gewisse Nachprüfungen der finanziellen Verhältnisse der Antragsteller vorzunehmen. Der Erlaß der Landesverwaltung macht nun die in Frage kommenden deutschen Behörden darauf aufmerksam, daß der den ehem. polit. Gefangenen verliehenen Sonderstellung wegen diese Nachprüfungen dem Kreissonderhilfsausschuß obliegen, und nicht den gewöhnlichen Verwaltungsbehörden.

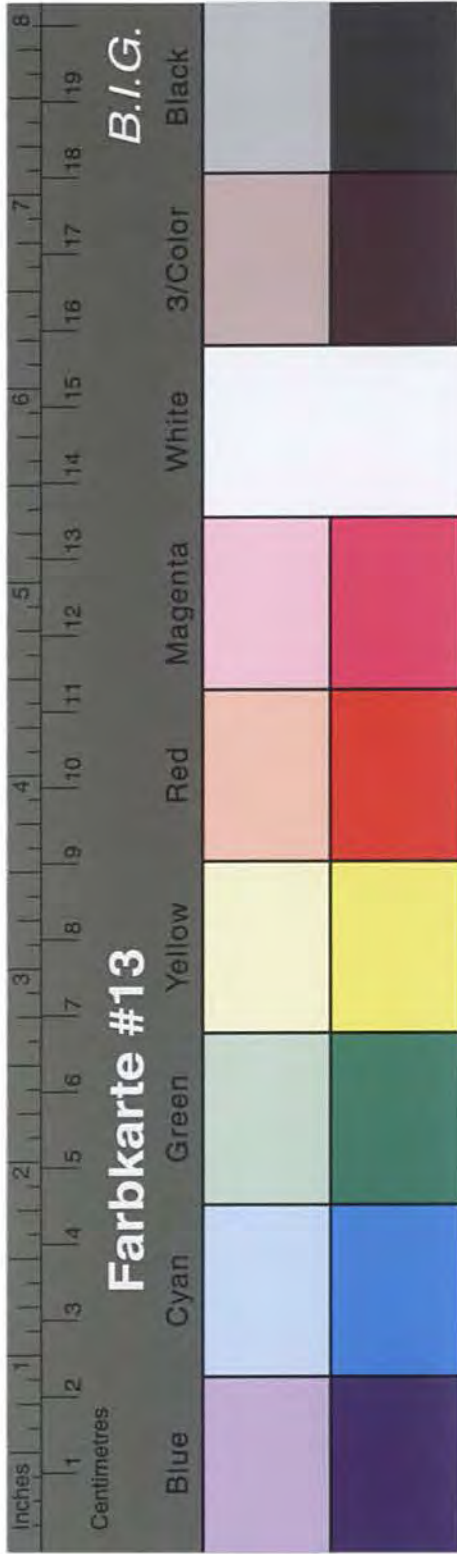
Leider vergißt jedoch der Erlaß den deutschen Behörden eine, die finanziellen Hilfsleistungen betreffende Anordnung des Obersten Gesetzgebers bekannt zu geben. In dessen Anweisung Ziffer 6 d) steht der Satz : "Auf seinem -(des Antragstellers)- Wunsch hin ist ihm die Gesamtunterstützung auf anderem Wege als dem seiner persönlichen Vorsprache zuzustellen."

Das Verschweigen dieser Verfügung hat manchen gehbehinderten oder wetteranfälligen ehem. polit. Gefangenen in die schwierige Lage gebracht, überflüssige Wege bei schlechtem Wetter ausführen und in der großen Menge zusammengekommener Fürsorgeempfänger auf Kosten seiner Gesundheit zwecklos warten zu müssen.

Mit ihrer Unterlassung hat die Landesverwaltung gegen den Befehl der Militärregierung gehandelt, und unbefugt den ehem. polit. Gefangenen eins der ihnen zustehenden Sonderrechte vorenthalten.

Der Erlaß der Landesverwaltung ist weiter nichts als eine an deutsche Behörden gegebene Ausführungsbestimmung zu gewissen Punkten der vom Obersten Gesetzgeber verfügten Anweisung. Die in letzterer festgelegte gesetzlich-rechtliche Stellung der Kreissonderhilfsausschüsse wird durch den Erlaß in keiner Weise berührt.

=====
=====
==



Kreisarchiv Stormarn B2

10.

Das Verfahrensgesetz.

37/1948 Gesetz
über das Verfahren bei Gewährung von Sonder-
vergünstigungen und Hilfsleistungen an poli-
tisch Verfolgte.

Vom 4. März 1948.

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit ver-
kündet wird :

§ 1.

Für die Entscheidung über Anträge von Personen, die vom National-
sozialismus aus politischen, rassischen oder religiösen Gründen ver-
folgt sind, auf Gewährung von Sonderhilfe gemäß der Anweisung der
britischen Militärregierung vom 22.12.1945 -312 PH 1147/36- und
über Anerkennung von Personen als Opfer des Nationalsozialismus ist
in jedem Kreis und jeder kreisfreien Stadt ein Sonderhilfsausschuß
einzusetzen.

§ 2.

(1) Die Sonderhilfsausschüsse bestehen aus einem Vorsitzenden und
zwei Beisitzern, die vom Kreistage bzw. der Stadtvertretung für die
Wahlperiode zu wählen sind. Der Vorsitzende soll in Rechtssachen er-
fahren sein. Einer der Beisitzer soll den Kreisen der Opfer des Na-
tionalsozialismus angehören.

(2) Der Vorsitzende und die Beisitzer dürfen weder Mitglieder der
NSDAP noch ihrer Gliederungen gewesen sein. Sie dürfen auch keine
Aufnahmeanträge gestellt haben.

(3) Die Vorsitzenden bedürfen der Bestätigung durch den Landes-
minister des Innern.

(4) Die Vorsitzenden und die Beisitzer der Sonderhilfsausschüsse
können durch die Kreis- bzw. Stadtvertretung abberufen werden.

§ 3.

Gegen die Entscheidung des Sonderhilfsausschusses kann der Antrag-
steller innerhalb eines Monats nach Zustellung der Entscheidung das
Rechtsmittel der Beschwerde einlegen. Die Beschwerde ist bei dem Son-
derhilfsausschuß einzureichen, der sie unverzüglich mit seiner Stel-
lungnahme an den Sonderhilfsausschuß des Landes (§ 4) weiterzuleiten
hat, sofern er der Beschwerde nicht stattgeben will.

§ 4.

Über die Beschwerde entscheidet ein beim Ministerium des Innern
einzurichtender Sonderhilfsausschuß des Landes.

§ 5.

Der Sonderhilfsausschuß des Landes besteht aus einem Vorsitzenden
und zwei Beisitzern, die vom Landtag für die Wahlperiode zu wählen
sind. Der Vorsitzende soll in Rechtssachen erfahren sein. Einer der
Beisitzer soll den Kreisen der Opfer des Nationalsozialismus ange-
hören.

11.

§ 6.

(1) Die Sonderhilfsausschüsse entscheiden bei Anwesenheit aller
Mitglieder mit Stimmenmehrheit.

(2) Das Verfahren richtet sich nach den Bestimmungen der §§ 76
bis 79, 115 und 119 des Landesverwaltungsgesetzes vom 30.7.1883
(GS. S.195).

(3) Kosten werden nicht erhoben.

§ 7.

Der Landesminister des Innern wird ermächtigt, im Einvernehmen
mit dem Landesminister für Finanzen, die zur Ausführung dieses Ge-
setzes erforderlichen Bestimmungen zu erlassen.

§ 8.

Das Gesetz tritt mit dem Tage seiner Verkündung in Kraft.

Kiel, den 4. März 1948

Der Ministerpräsident
gez. Lüdemann

Der Landesminister des Innern
gez. Käber

Durchführungsverordnung
zum Verfahrensgesetz

Artikel 1. nebensächlich

Artikel 2. nebensächlich

Artikel 3. nebensächlich

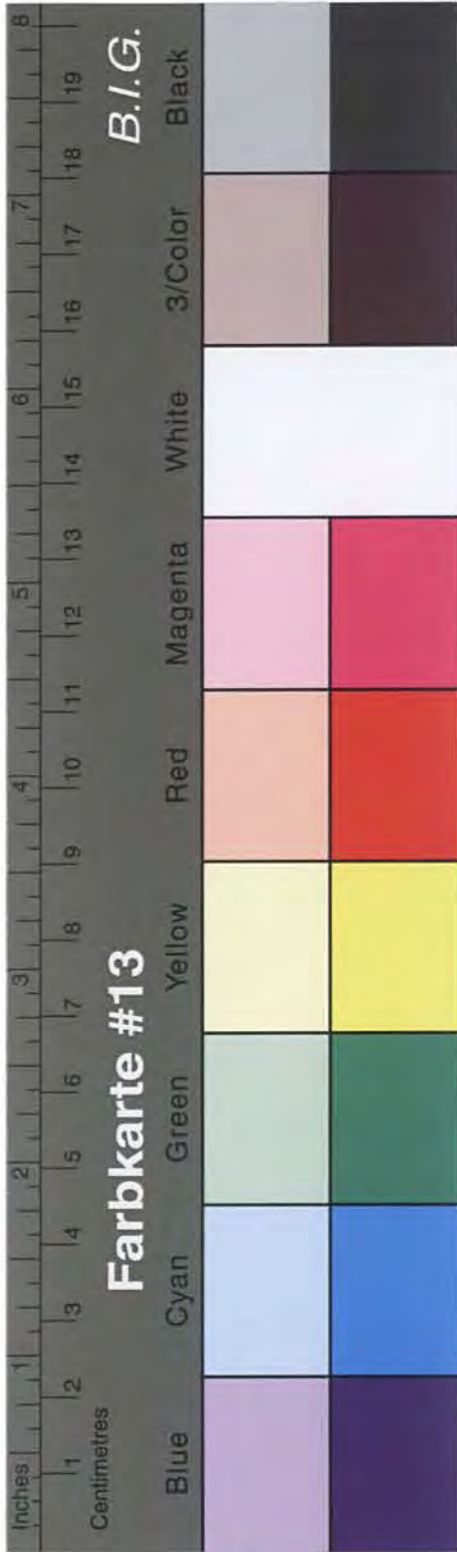
Artikel 4. Zu § 6 des Gesetzes.
Jeder Antragsteller hat das Recht, persönlich von dem
zuständigen Sonderhilfsausschuß gehört zu werden. Auch
sollen die vom Antragsteller benannten Zeugen und son-
stigen Auskunftspersonen tunlichst vor dem Ausschuß ge-
hört werden.

Artikel 5. nebensächlich

Artikel 6. nebensächlich

Kiel, den 15. Mai 1948

Der Landesminister des Innern
gez. Käber.



Kreisarchiv Stormarn B2

12.

Das Rentengesetz.

38/1948

Gesetz
über die Gewährung von Renten an die Opfer des
Nationalsozialismus und deren Hinterbliebene.

Vom 4. März 1948.

(Im Auszug)

§ 1.

(1) Den Opfern des Nationalsozialismus und deren Hinterbliebenen werden als erste Maßnahme einer Wiedergutmachung Renten nach Maßgabe dieses Gesetzes gewährt.

(2) Anspruch auf Zahlung einer Rente hat, wer nicht in der Lage ist, seinen angemessenen Unterhalt zu bestreiten.

§ 2.

(1) Als Opfer des Nationalsozialismus gilt, wer im In- und Ausland wegen seines Glaubens, seiner Rasse, seiner politischen Betätigung, seines Widerstandes gegen den Nationalsozialismus oder wegen Nichtanerkennung seiner Lehre oder wegen sogenannter politischer Unzuverlässigkeit verfolgt, insbesondere in ein Konzentrationslager, ein Zuchthaus, ein Gefängnis oder eine ähnliche Anstalt gebracht oder in eine Strafkompagnie oder zu einer Zwangsarbeit in eine Formation anderer Art eingereiht worden ist.

(2) Die Voraussetzungen des Abs. 1 müssen durch eine Bescheinigung des auf Grund des Gesetzes über das Verfahren bei Gewährung von Sondervergünstigungen und Hilfsleistungen an die Opfer des Nationalsozialismus (GVOBl. Schl.-H. S. 73) gebildeten Sonderhilfsausschusses nachgewiesen werden.

usw.

§ 9.

(1) Die Feststellung der Leistungen erfolgt durch die Ausführungsbehörde für Unfallversicherung (Sonderabteilung für die Opfer des Nationalsozialismus).

(2) Das Verfahren wird nur auf Antrag eingeleitet.
usw.

Erste Durchführungsverordnung zum Rentengesetz. (Im Auszug)

Artikel 1. Zu § 1 des Gesetzes.

(2) Der zuständige Sonderhilfsausschuß hat die wirtschaftlichen Verhältnisse der Rentenempfänger alle drei Jahre nachzuprüfen.

Artikel 2. Zu § 2 des Gesetzes.

Die Bescheinigung darf vom Sonderhilfsausschuß nur auf Grund einer erneuten Prüfung des Falles ausgestellt werden. Es genügt nicht, daß der Sonderhilfsausschuß eine frühere Bescheinigung erneuert.

169
13.

Artikel 6. Zu § 9 des Gesetzes.

(1) Bei dem Ministerium für Arbeit, Wohlfahrt und Gesundheitswesen - Ausführungsbehörde für Unfallversicherung- wird mit sofortiger Wirkung ein Sonderreferat für die Versorgung der Opfer des Nationalsozialismus und deren Hinterbliebene eingerichtet. Der Landesminister für Arbeit, Wohlfahrt und Gesundheitswesen regelt Aufbau und Umfang des Referats und erläßt die erforderlichen Verwaltungsvorschriften.

(2) Für die ärztliche Begutachtung der Versorgungsempfänger sind besondere Vertrauensärzte zu bestellen, die der Landesminister für Arbeit, Wohlfahrt und Gesundheitswesen im Einvernehmen mit dem Landesminister des Innern bestimmt.

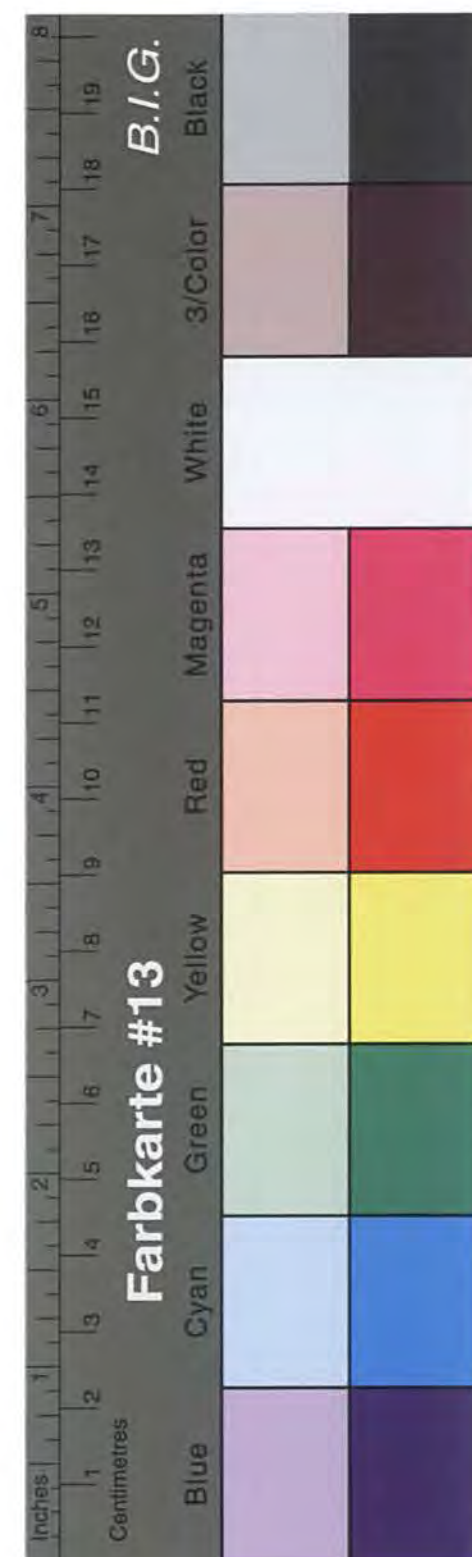
(3) Der Antrag auf Feststellung von Leistungen nach dem Gesetz über die Gewährung von Renten an die Opfer des Nationalsozialismus und deren Hinterbliebene vom 4. März 1948 ist schriftlich oder zur Niederschrift bei dem für den Wohnsitz des Antragstellers zuständigen Sonderhilfsausschuß zu stellen und durch die Kreisverwaltung an die Ausführungsbehörde zu leiten. Bei Weiterleitung des Antrages ist zu berichten, welche geldlichen Zuwendungen der Antragsteller im Hinblick auf die zu gewährende Rente nach dem 1. Januar 1948 erhalten hat.

(4) Der Antrag muß Grund, Art und Dauer der Verfolgung sowie Art, Ursache und Zeitpunkt des eingetretenen Schadens enthalten. Die Beweismittel sind beizufügen.

usw.

Zweite Durchführungsverordnung zum Rentengesetz.

Nebensächlich.



Kreisarchiv Stormarn B2

14.

Besprechung des Verfahrensgesetzes.

- § 1. Erwähnt als Grundlage des Gesetzes die "Anweisung". Damit ist gegeben, daß diese noch gilt, und - wie im Schlußsatz der Einleitung gesagt - daß das Gesetz die am 22.12.1945 verfügte Anweisung des Obersten Gesetzgebers keinesfalls überflüssig macht oder sie etwa gar aufhebt, es vielmehr auf dieser aufgebaut und nur deren Folge ist."
- § 2. Stellt fest, daß der Vorsitzende und die Beisitzer des Kreis-sonderhilfsausschusses vom Kreistag bzw. von der Stadtvertretung zu wählen sind.

Hiermit ist für die politisch Verfolgten eine bedenkliche Verschlechterung der Verhältnisse gegen früher eingetreten. Bisher wurden die Mitglieder der Kreissonderhilfsausschüsse durch die Landräte und Bürgermeister gewählt - "Anweisung" Ziffer 5, a - jedoch die Militärregierung "trug Sorge, daß die Mitglieder annehmbar sind." Damals hatte also die, den politischen Opfern des Nationalsozialismus rechtlich wohlwollend gegenüber stehende Militärregierung die Entscheidung darüber, ob die durch die Landräte oder Bürgermeister Gewählten für das Amt einer Wahrnehmung der Belange politisch Verfolgter annehmbar waren, d.h. ob ihre persönliche Eignung und Einstellung dem Sinn und dem Zweck des vom Obersten Gesetzgeber erstrebten Zieles gerecht wurden. Andernfalls wurde der Gewählte abgelehnt. Dieser Rückhalt ist nunmehr in Fortfall gekommen. Wie in der Besprechung der "Anweisung" unter Ziffer 5, d ausgeführt ist, haben die Mitglieder der Sonderhilfsausschüsse eine Sonderstellung inne, und sie haben die Rechte der ebenfalls "mit einer aus dem Rahmen des allgemein Gültigen herausgehobenen Sonderstellung" bedachten politisch Verfolgten zu vertreten. Sie werden jedoch jetzt von Stellen ausgesucht und gewählt, die nach gewöhnlichen, allgemein gültigen, rein parteipolitisch eingestellten Gesichtspunkten arbeiten, und die verwaltungsmäßig dagegen eingestellt sein müssen, Gelder verfügbar zu machen für irgendwelche Rechte der gänzlich außerhalb jedes parteipolitischen Betriebes stehenden politisch Verfolgten. Die genannten Stellen werden infolgedessen dahin streben, für die Sonderhilfsausschüsse nur solche Personen auszusuchen, die ihren parteipolitisch gefärbten Verwaltungsbestrebungen ein ihren Wünschen genügendes Entgegenkommen an den Tag zu legen bereit sind.

Stellt fest, daß die Vorsitzenden der Kreissonderhilfsausschüsse der Bestätigung durch den Minister des Innern bedürfen.

Diese Bestimmung muß Befremden erregen. Gemäß "Anweisung" Ziffer 5, a sollen die Kreissonderhilfsausschüsse als Zweigstellen der Organisation des Wohlfahrtsamtes angesehen werden. Vergl. dazu auch Besprechung der "Anweisung" Ziffer 5, d. Es würde daher dem Wesen der "Anweisung" und den Absichten des

15.

Obersten Gesetzgebers wohl mehr entsprochen haben, wenn der Minister für Arbeit, Wohlfahrt und Gesundheitswesen - dem es nach der ersten Durchführungsverordnung zum Rentengesetz, Artikel 6, Abs. 1 ja schon obliegt, Verwaltungsvorschriften für das bei seinem Ministerium gebildete Sonderreferat für die Versorgung der Opfer des Nationalsozialismus zu erlassen - die Stelle wäre, welcher es auch zusteht, die Vorsitzenden der Kreissonderhilfsausschüsse zu bestätigen. Im Gegensatz zum Innenministerium kann das Wohlfahrtsministerium als eine parteipolitisch neutrale Behörde angesehen werden. In der Tatsache, daß das Bestätigungsrecht dem Minister des Innern zugebilligt worden ist, muß eine weitere bedenklich schwere Verschlechterung der Verhältnisse gegen früher für die politisch Verfolgten erblickt werden.

Stellt fest, daß sämtliche Mitglieder der Kreissonderhilfsausschüsse durch die Kreis- bzw. Stadtvertretung abberufen werden können.

Auch diese Bestimmung bedeutet für die politisch Verfolgten eine weitere, bedenkliche Verschlechterung der Verhältnisse gegen früher. Denn damit kann jedes, pflichtgemäß die Belange der Opfer des Nationalsozialismus gerecht vertretende Mitglied der Kreissonderhilfsausschüsse von seinem Posten abberufen werden, sobald ein parteipolitisch ausgerichtetes, auf Sparen zielendes Denken der Kreisverwaltung es als für sich zweckmäßig hält.

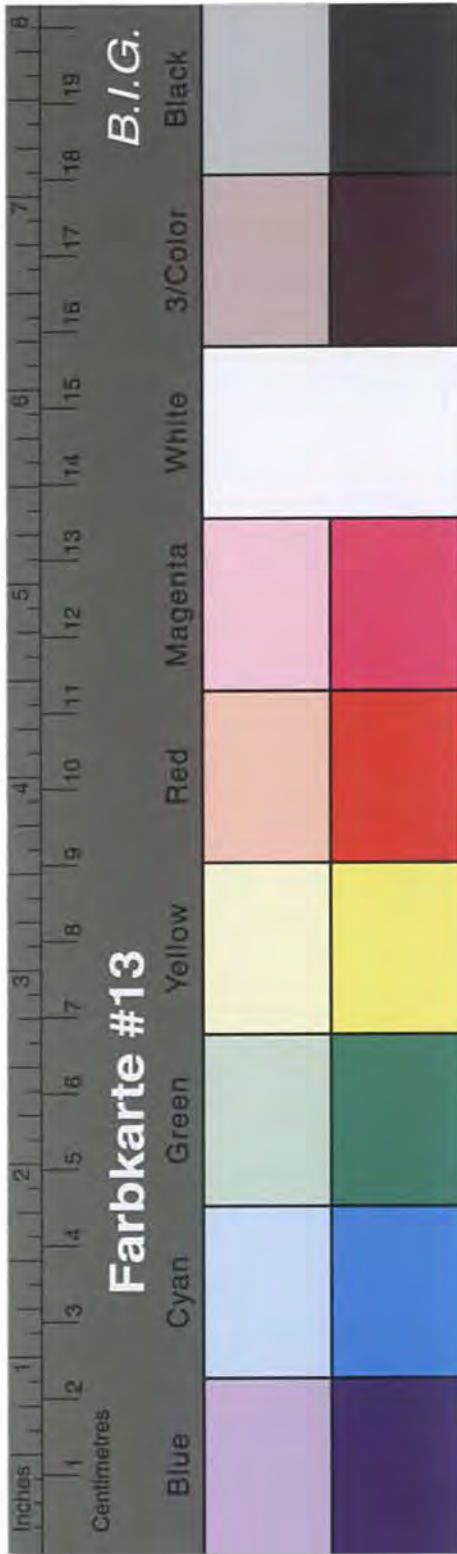
Im übrigen sei nebenbei vermerkt: es scheint, das Verfahrensgesetz ist etwas übereilt beschlossen, und deswegen nicht genügend durchdacht worden. Wenn nämlich ein Mitglied des Kreissonderhilfsausschusses auf vorstehende Art abberufen werden sollte, so kann es gesetzlich dagegen vorgehen. Dabei käme eine rechtliche Groteske zustande, bei der die Katze sich selbst in den Schwanz beißt. Der Abberufene würde nämlich das zuständige Verwaltungsgericht anzurufen haben, und - wie nachstehend noch ausgeführt wird - ist dieses der Kreissonderhilfsausschuß selbst.

- § 3. Stellt fest, daß ein Sonderhilfsausschuß des Landes als Berufungsstelle für Beschwerden gegen Entscheidungen von Kreis-sonderhilfsausschüssen neu gebildet worden ist.
- § 4. Stellt fest, daß der Sonderhilfsausschuß des Landes über bei ihm eingehende Beschwerden von Antragstellern entscheidet.

Das Gesetz vermeidet bewußt, diese Entscheidung als eine höchstrichterliche und endgültige hinzustellen. In dieser Hinsicht gilt immer noch "Anweisung" Ziffer 5, d, wonach eine endgültige Entscheidung nach wie vor beim Obersten Gesetzgeber, also bei der Militärregierung, bzw. jetzt der britischen Zivilregierung, liegt.

- § 5. Stellt fest, daß der Sonderhilfsausschuß des Landes vom Landtag gewählt wird.

Hier gilt sinngemäß das vorstehend unter zu § 2 Gesagte. Die Vorsitzenden des vom Landtag gewählten Sonderhilfsausschusses bedürfen selbstredend einer ministeriellen Bestätigung nicht.



Kreisarchiv Stormarn B2

§ 6. Stellt fest, daß das von allen Sonderhilfsausschüssen bei ihren Entscheidungen zu beobachtende Verfahren sich richtet nach den Bestimmungen der §§ 76 bis 79, 115 und 119 des Landesverwaltungsgesetzes vom 30.7.1883.

Diese Bestimmungen des alten, nur für den Staat Preußen geltenden Gesetzes, folgen nachstehend, wobei Unterstreichungen für Punkte, die hier besonders wichtig sind, vorgenommen wurden. Teilweise erfolgt nur kurze Inhaltsangabe.

§ 76. "Das Gericht ist befugt - geeigneten Falles schon vor Anberaumung der mündlichen Verhandlung- Untersuchungen an Ort und Stelle zu veranlassen, Zeugen und Sachverständige zu laden und eidlich zu vernehmen, überhaupt den angetretenen oder nach dem Ermessen des Gerichts erforderlichen Beweis in vollem Umfange zu erheben."

§ 77. "Das Gericht kann die Beweiserhebung durch eines seiner Mitglieder oder erforderlichen Falles durch eine zu dem Ende zu ersuchende sonstige Behörde bewirken lassen. Es kann verordnen, daß die Beweiserhebung in der mündlichen Verhandlung stattfinden soll. Die Beweisverhandlungen sind unter Zuziehung eines vereidigten oder von der betreffenden Behörde durch Handschlag zu verpflichtenden Protokollführers aufzunehmen; die Parteien sind zu denselben zu laden."

§ 78. "Hinsichtlich der Verpflichtung sich als Zeuge oder Sachverständiger vernehmen zu lassen, sowie hinsichtlich der im Falle des Ungehorsams zu verhängenden Strafen kommen die Bestimmungen der bürgerlichen Prozeßgesetze mit dem Maßstabe zur Anwendung, daß im Falle des Ungehorsams die zu erkennende Geldbuße den Betrag von 150 M. nicht übersteigen darf. Gegen die eine Strafe oder die Nichtverpflichtung des Zeugen oder Sachverständigen aussprechende Entscheidung steht dem Beteiligten innerhalb 2 Wochen die Beschwerde an das im Instanzenzuge zunächst vorgesetzte Gericht, gegen die in zweiter Instanz ergangene Entscheidung des Bezirksausschusses die weitere Beschwerde an das Oberverwaltungsgericht zu."

§ 79. "Das Gericht hat nach seiner freien, aus dem Inbegriffe der Verhandlungen und Beweise geschöpften Überzeugung zu entscheiden. Beim Ausbleiben der betreffenden Partei oder in Ermangelung einer Erklärung derselben können die von der Gegenpartei vorgebrachten Tatsachen für zugestanden erachtet werden. Die Entscheidungen dürfen nur die zum Streitverfahren vorgeladenen Parteien und die in demselben erhobenen Ansprüche betreffen."

§ 115. Verbiethet richterliche Tätigkeit in Sachen Verwandter.

§ 119. Besagt, daß für das Verfahren bei der in öffentlicher Sitzung zu erfolgenden mündlichen Verhandlung die §§ 68, 71, 72, 73 und 75 des erwähnten Landesverwaltungsgesetzes gelten. Diese besagen wie folgt :

§ 68. "Hat dagegen auch nur eine Partei die Anberaumung der mündlichen Verhandlung gefordert oder erachtet das Gericht eine solche für erforderlich, so werden die Parteien zur mündlichen Verhandlung unter der Verwarnung geladen, daß beim Ausbleiben nach Lage der Verhandlungen werde entschieden werden." Das persönliche Erscheinen einer Partei kann angeordnet werden. Die Parteien können unaufgefordert vor dem Termin Erklärungen einreichen. Duplikate derselben sind der Gegenpartei zuzustellen.

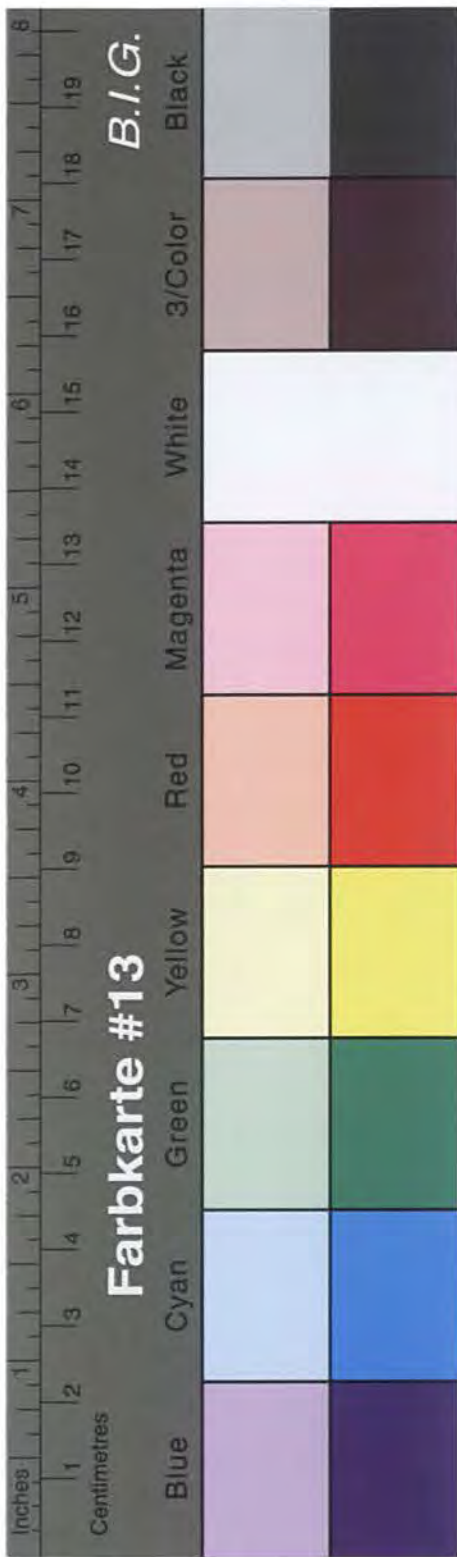
§ 71. Behandelt das Verfahren bei einer mündlichen Verhandlung.

§ 72. "Die mündliche Verhandlung erfolgt in öffentlicher Sitzung des Gerichtes." Die Öffentlichkeit kann gegebenenfalls ausgeschlossen werden. Zuhörer und ebenso Parteien, Zeugen, Sachverständige falls diese ungehorsam sind, können entfernt werden. "Gegen die bei der Verhandlung beteiligten Personen wird sodann in gleicher Weise verfahren, wie wenn sie sich freiwillig entfernt hätten."

§ 73. Nebensächlich.

§ 75. "Die mündliche Verhandlung erfolgt unter Zuziehung eines vereidigten Protokollführers. Das Protokoll muß die wesentlichen Hergänge der Verhandlung enthalten. Dasselbe wird von dem Vorsitzenden und dem Protokollführer unterzeichnet."

Allen Sonderhilfsausschüssen steht demgemäß auf Grund vorstehend angeführter gesetzlicher Bestimmungen folgendes zu : Sie können Untersuchungen an Ort und Stelle veranlassen, Zeugen und Sachverständige dazu laden sowie eidlich vernehmen, und völlig nach eigenem Ermessen Beweis erheben. Sie können erforderlichen Falles durch entsprechendes Ersuchen eine Beweiserhebung durch jede sonstige Behörde bewirken lassen, z.B. durch Polizei, Bürgermeister, Amtsärzte, Fürsorgestellen, Arbeitsämter, Wohnungsämter, Finanzämter, ferner durch Beschlußbehörden wie Kreistage usw., durch Gerichte wie ordentliche oder Verwaltungsgerichte sowie Gerichte der freiwilligen Gerichtsbarkeit, durch Rentenausschüsse, Ausführungsbehörden für Unfallversicherung, Sonderreferate für die Versorgung der Opfer des Nationalsozialismus und deren Hinterbliebene usw.usw. Soweit sie solchen Behörden nicht übergeordnet sind -wie es z.B. bei Kreis-sonderhilfsausschüssen gegenüber den betreffenden Kreistagen der Fall ist- sind sie ihnen allen gemäß "Anweisung" Ziffer 5,a gleichgeordnet. Sie können Zeugen oder Sachverständige, welche einer ergangenen Ladung nicht nachkommen, mit Geldstrafe belegen. Sie können in öffentlicher Sitzung mündliche Verhandlungen führen, und dabei nach eigenem Ermessen die Öffentlichkeit ganz oder teilweise ausschließen, Zuhörer entfernen und ebenso auch Parteien, Zeugen, Sachverständige, falls diese ungehorsam sind. Sie fällen nach eigener, freier Überzeugung in einem Verwaltungsstreitverfahren ihre Entscheidung, und legen diese in einer, von einem vereidigten Protokollführer aufgestellten, und von diesem sowie vom Vorsitzenden zu unterschreibenden Niederschrift fest.



Kreisarchiv Stormarn B2

18.

Alle Sonderhilfsausschüsse sind demnach "Verwaltungsgerichte".
Die dem Antragsteller als politisch Verfolgtem gegenüberstehende Gegenpartei ist der "Staat", der sich ja vertreten lassen kann.

Das Landesverwaltungsgesetz vom 30.7.1883 benutzt naturgemäß die für das damalige Preußen geltenden Ausdrücke und Begriffe. Es spricht im § 1 von Kreisen, Regierungsbezirken und Provinzen, und im § 7 von der zur Entscheidung im Verwaltungsstreitverfahren bestehenden Verwaltungsgerichtbarkeit, dargestellt durch Kreis- und Bezirksverwaltungsgerichte, Bezirksausschüsse als Bezirksverwaltungsgerichte, und durch ein Oberverwaltungsgericht, das sowohl im Beschwerde- als auch im Klageverfahren höchststrichterlich endgültig entscheidet.

Auf heutige Verhältnisse übertragen heißt das :

Die Kreis- und Sonderhilfsausschüsse sind Sonderverwaltungsgerichte.
Der Sonderhilfsausschuß des Landes ist das Sonderlandesverwaltungsgericht.

Da die "Provinz" Schleswig-Holstein jetzt anstelle des "Staates" Preußen getreten ist, kann es kein Oberverwaltungsgericht im Sinne des infrage stehenden Gesetzes geben, und an dessen Stelle steht der Oberste Gesetzgeber, der höchststrichterlich endgültig entscheidet.

Besprechung der Durchführungsverordnung zum Verfahrensgesetz.

Die Durchführungsverordnung bringt nichts, was die hier in Frage stehenden Punkte, nämlich das Wesen und die gesetzlich-rechtliche Stellung der Sonderhilfsausschüsse, berühren könnte.

Artikel 4 der Durchführungsverordnung ist überflüssig, da die Rechte der Antragsteller in § 77 des Landesverwaltungsgesetzes vom 30.7.1883 bereits eingehend geregelt sind. Eine Änderung dieser gesetzlichen Bestimmungen durch den Artikel 4 liegt nicht vor, und wäre auf dem Wege einer Durchführungsverordnung rechtlich auch unmöglich.

19.

Besprechung des Rentengesetzes
und der beiden dazugehörigen Durchführungsverordnungen.

Das Rentengesetz erwähnt die Kreis- und Sonderhilfsausschüsse nur nebensächlich in § 2, Abs. 2, und den Sonderhilfsausschuß des Landes überhaupt nicht. Eine Besprechung des Gesetzes erübrigt sich daher.

Von den Durchführungsverordnungen, die Gesetzeskraft ja nicht besitzen, werden Sonderhilfsausschüsse bei der Ersten DVO in Artikel 1, Abs. 2, in Artikel 2, sowie in Artikel 6, Abs. 3 und Abs. 4 erwähnt, bei der Zweiten DVO nur nebensächlich in Artikel 2.

Besprechung der Zweiten DVO erübrigt sich.

Zur Ersten DVO wäre jedoch zu sagen :

1) zu Artikel 1, Abs. 2.

nichts zu bemerken.

2) zu Artikel 2.

Hier wird Neuaufrollung und Nachprüfung einer bereits rechtskräftig gewordenen Entscheidung eines Kreis- und Sonderhilfsausschusses, d.h. also eines Verwaltungsgerichtes, angeordnet. Möge man eine solche Nachprüfung in Einzelfällen vielleicht auch als zweckmäßig einschätzen : auf dem Wege einer Durchführungsverordnung kann keine rechtskräftig gewordene Gerichtsentscheidung aufgehoben oder nochmals geprüft werden. Ein solcher Schritt ist rechtlich unhaltbar.

3) zu Artikel 6, Abs. 3.

nichts zu bemerken.

4) zu Artikel 6, Abs. 4.

Hiergegen müssen die schwersten rechtlichen Bedenken geltend gemacht werden. Denn diese Anordnungen können dahin führen - und haben bereits dahin geführt - daß rechtskräftig gewordene Entscheidungen von Sonderhilfsausschüssen, also von Verwaltungsgerichten, durch eine Verwaltungsbehörde, die dazu weder befugt noch in der Lage ist, nachgeprüft und für ungültig erklärt werden. Damit wird von der genannten Verwaltungsbehörde nicht nur das Rentengesetz selbst aufgehoben und außer Kraft gesetzt - nämlich § 2, Abs. 2 dieses Gesetzes - sondern auch noch die Kreis- und Sonderhilfsausschüsse einfach beseitigt. Eine derartige Zuwiderhandlung gegen den Willen des Obersten Gesetzgebers und gegen dessen Gesetze ist eine rechtliche Unmöglichkeit.



Kreisarchiv Stormarn B2

20.

Die Anweisung vom 22.12.45 in Verbindung mit der Verordnung Nr.141 der Militärregierung und Besprechung dazu.

Sowohl von Einzelpersonen als auch von Behörden, deren verwaltungsmäßigen Denken die aus dem Rahmen des allgemein Gültigen herausgehobene, den politisch Verfolgten durch den Obersten Gesetzgeber verliehene Sonderstellung nicht liegt, und die infolgedessen dahin streben, die Rechte der Sonderhilfsausschüsse möglichst zu beschneiden, wird jetzt häufig mit zwei Behauptungen gearbeitet, dahingehend, die Sonderstellung der Sonderhilfsausschüsse sei erloschen, weil die Anweisung vom 22.12.45 durch das Verfahrensgesetz und durch das Rentengesetz hinfällig geworden und aufgehoben wäre, und weil durch die, gewisse Änderungen des Verfahrens in Beschlüssachen bringende Verordnung Nr. 141 der Militärregierung nunmehr alle infrage kommenden Verwaltungsangelegenheiten ausschließlich in deutsche Hände übergegangen seien.

Beide Behauptungen entbehren jeder Grundlage.

Der Oberste Gesetzgeber regiert nach wie vor durch Anweisungen und Verordnungen. Seine Verfügungen besitzen Gesetzeskraft, und bleiben solange gültig, bis er selbst sie aufhebt. Soweit festgestellt werden konnte, ist ein derartiger Fall bisher nur ein einziges Mal eingetreten, und zwar im GVOBl Nr. 12 vom 3.4.1950, wo unter der Überschrift

Alliierte Hohe Kommission für Deutschland
Britische Kontrollzone
Land Schleswig-Holstein

der Landeskommissar eine britische Verordnung ausdrücklich aufhebt.

Die Anweisung vom 22.12.45 ist nie aufgehoben worden, und sie kann nach Lage der Dinge auch gar nicht aufgehoben werden, weil sie die Grundlage des Verfahrensgesetzes und des Rentengesetzes bildet. Bei ihrem Fehlen hätten beide Gesetze ganz anders abgefaßt werden müssen, denn ohne die "Anweisung" sind sie in ihrer heutigen Fassung unverständlich und gegenstandslos.

Die "Anweisung" gilt also nach wie vor, und sie ist eine zum Verständnis des Wesens der Sonderhilfsausschüsse unentbehrliche Grundlage.

Die am 1.4.1948 in Kraft getretene Verordnung Nr. 141 der Militärregierung in Deutschland -Britisches Kontrollgebiet- hat mit den Sonderhilfsausschüssen gar nichts zu tun.

Der Oberste Gesetzgeber führt einleitend darin aus, seiner Ansicht nach sei das in Deutschland übliche Verfahren in Beschlüssachen rechtlich bedenklich, und an und für sich müßten wohl besser alle diese Angelegenheiten durch Verwaltungsgerichte bearbeitet werden. Andererseits sei eine Entlastung der vorhandenen Verwaltungsgerichte von verwaltungsmäßigen Aufgaben nach Lage der Dinge heute unumgänglich. Deshalb solle zunächst ein Mittelweg eingeschlagen werden, und die in der Hitlerzeit teilweise abgeschafften Beschlußbehörden sollten wieder erstehen.

Demgemäß verfügte der Oberste Gesetzgeber in Artikel VIII seiner,

21.

im Amtsblatt Schleswig-Holstein 1948, Seite 161 erschienenen Verordnung wie folgt : (im Auszuge)

Artikel VIII.

- (1) "Vorbehaltlich der Vorschrift des Artikels VII Abs.1 werden Angelegenheiten, die nach den z.Zt. geltenden Vorschriften von den Verwaltungsgerichten im Beschlußverfahren zu erledigen sind, von dem in Abs.3 bezeichneten Stichtag ab durch die Vertretungen der von den Landesregierungen zu bestimmenden Selbstverwaltungskörperschaften entschieden."
- (2) Hier wird ausgeführt, daß Gaststättengesetz, Milchgesetz, Gesetz betreffend Speisewirtschaften und Gesetz betreffend Versteigerungsgewerbe, deren Angelegenheiten bisher im Verwaltungsstreitverfahren abzuwickeln waren, in Zukunft ebenfalls unter die Bestimmungen des ersten Absatzes fallen sollen.
- (3) Hier wird als Stichtag von dem ab die in Abs.1 erwähnten Selbstverwaltungskörperschaften in Erscheinung treten sollten, der 15.4.1948 angesetzt, mit dem Hinzufügen, daß es den einzelnen Landesregierungen gestattet sei, diesen Stichtag für sich auf einen späteren, aber vor dem 16.6.1948 liegenden Zeitpunkt zu verschieben.

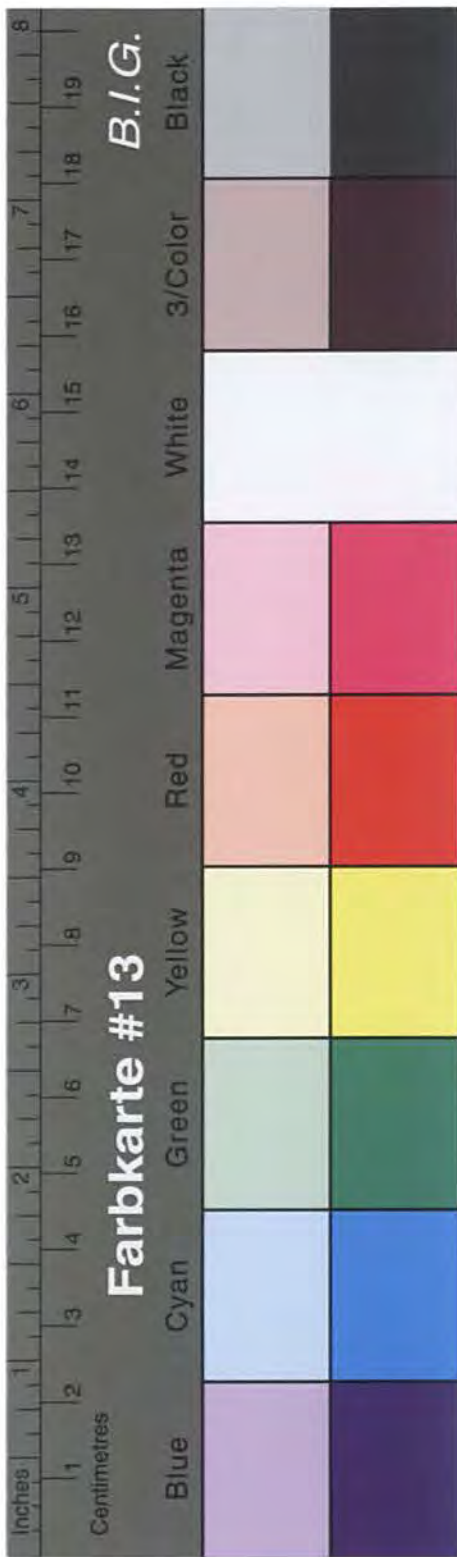
Diese Verordnung des Obersten Gesetzgebers zeitigte zunächst auf deutscher Seite am 20.4.1948 die Verordnung über den Termin für die Überleitung der Beschlüssachen, durch welche der Eintrittspunkt des Stichtages für Schleswig-Holstein so weit wie irgend möglich hinausgeschoben wurde, nämlich bis zum 15.6.1948, d.h. bis auf den letzten Tag vor dem 16.6.1948, der äußersten vom Obersten Gesetzgeber gezogenen Grenze.

Diese Zeitpunktfestlegung ist hier sachlich völlig gleichgültig und gegenstandslos.

Dann folgte das, im GVOBl Nr. 16 vom 20.7.1948 abgedruckte Gesetz 46/1948, durch welches entsprechend der Verordnung Nr. 141 der Militärregierung bestimmte Beschlußbehörden wieder erstanden. Dies Gesetz besagt wie folgt : (im Auszuge)

- § 1. "Die durch das Gesetz vom 15.12.1933 beseitigten Beschlußbehörden werden wieder eingerichtet" usw.
- § 2. "Beschlußbehörden sind im Rahmen der bisherigen Zuständigkeitsvorschriften die Kreistage bzw. die Stadtvertretungen der kreisfreien Städte." usw.
- § 2. "Gegen Entscheidungen der Beschlußbehörden ist die Klage beim Landesverwaltungsgericht gegeben."

Durch das Gesetz 46/1948 wurden demnach lediglich die in der Hitlerzeit als Beschlußbehörden beseitigten Kreistage und Stadtvertretungen der kreisfreien Städte wieder eingeführt, und die in Artikel VIII, Abs.2 der Verordnung Nr. 141 erwähnten Fragen bestimmungsgemäß erledigt.



Kreisarchiv Stormarn B2

22.

Das ganze Gesetz berührt die Sonderhilfsausschüsse doch überhaupt nicht. Diese sind vom Obersten Gesetzgeber eingeführte Selbstverwaltungskörperschaften, unterstehen als solche den Landesregierungen nicht, und sind demgemäß im Gesetz 46/1948 auch gar nicht erwähnt. Sie haben nur über Belange politisch Verfolgter zu befinden. Ihre Zuständigkeit ist also auf einen engen Sonderkreis beschränkt. Sie sind keine Beschlußbehörden. Für zu fallende Entscheidungen ist ihnen vielmehr gesetzlich -vergl. Verfahrensgesetz § 6 Abs.2 und die Besprechung dazu- die Form des Verwaltungsstreitverfahrens bindend vorgeschrieben. Sie sind demnach Sonderverwaltungsgerichte.

Verwaltungsgerichte jeder Art sind im Verwaltungsstreitverfahren völlig selbständig und keinerlei Verwaltungsbehörde irgendwie unterstellt. Sie sind, wie es ja auch aus § 8 des Gesetzes 46/1948 klar hervorgeht, allgemein doch gerade dazu da, um über Entscheidungen von Beschlußbehörden zu befinden.

Wenn nun Einzelpersonen und Behörden, denen die aus dem Rahmen des allgemein Gültigen herausgehobene Sonderstellung der Sonderhilfsausschüsse nicht liegt, und die deswegen deren Rechte einzuziehen bestrebt sind, die Behauptung aufstellen, alle Verwaltungsangelegenheiten seien durch die Verordnung Nr. 141 der Militärregierung ausschließlich in deutsche Hände gelegt, so haben sie augenscheinlich vergessen, die Schlußvorschriften der genannten Verordnung zu lesen. Dort heißt es :

Schlußvorschriften.

Artikel X.

Die Militärregierung behält sich vor

- 1) durch Ausführungsbestimmungen zu dieser Verordnung vorübergehend für einzelne Gruppen von Sachen den Verwaltungsrechtsweg auszuschließen.
- 2) in sonstiger Weise Bestimmungen über die Zusammensetzung, die Zuständigkeit und das Verfahren von Verwaltungsgerichten zu treffen.

Artikel XI.

Bis auf weiteres haben die Verwaltungsgerichte alle Sachen, in denen sich Zweifel über die Auslegung dieser Verordnung in einem wesentlichen Punkt ergeben oder in denen die Anwendung dieser Verordnung zu einem Kompetenzkonflikt führt, der Militärregierung zu unterbreiten.

Demgemäß haben Sonderhilfsausschüsse, deren Selbständigkeit als Verwaltungsgerichte durch Maßnahmen von Verwaltungsbehörden eingeengt werden sollte, sofort der Militärregierung zu berichten.

23.

Das Wesen und die gesetzlich-rechtliche Stellung der Sonderhilfsausschüsse.

Sonderhilfsausschüsse sind ihrem Wesen nach Selbstverwaltungskörperschaften, die durch eine Willenshandlung des Obersten Gesetzgebers geschaffen wurden zur Erledigung der Aufgabe, alle, aus der Tatsache des Verfolgtgewesenseins entstandenen oder noch entstehenden Belange ehemaliger politisch Verfolgter zu vertreten.

Die gesetzlich-rechtliche Stellung der Sonderhilfsausschüsse ist diejenige von Sonderverwaltungsgerichten im Verwaltungsstreitverfahren.

Gegliedert sind die Sonderhilfsausschüsse in Kreissonderhilfsausschüsse und einen Sonderhilfsausschuß des Landes.

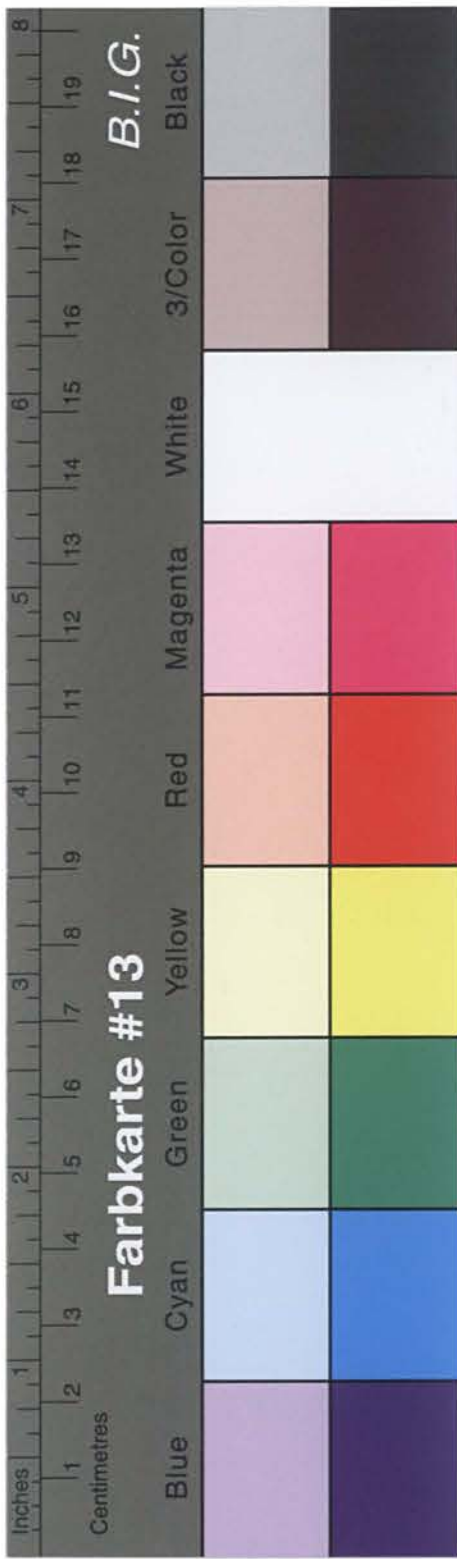
Bei jedem Kreis und bei jeder kreisfreien Stadt besteht neben dem gewöhnlichen Verwaltungsgericht ein Kreissonderhilfsausschuß als Sonderverwaltungsgericht des Kreises bzw. der kreisfreien Stadt.

Beschwerde gegen Entscheidungen von Kreissonderhilfsausschüssen als Sonderverwaltungsgerichten werden vom Sonderhilfsausschuß des Landes als Sonderverwaltungsgericht des Landes entschieden.

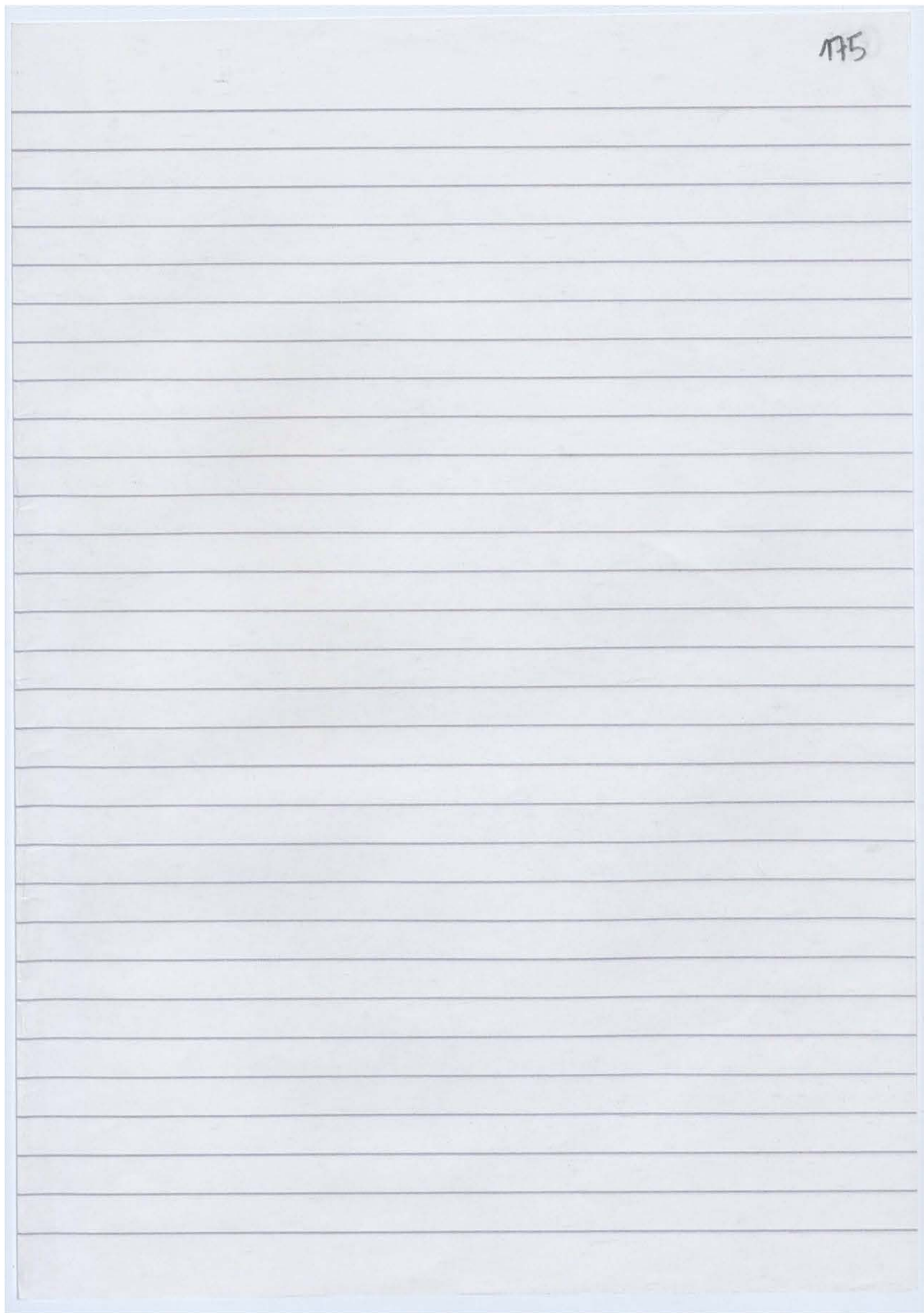
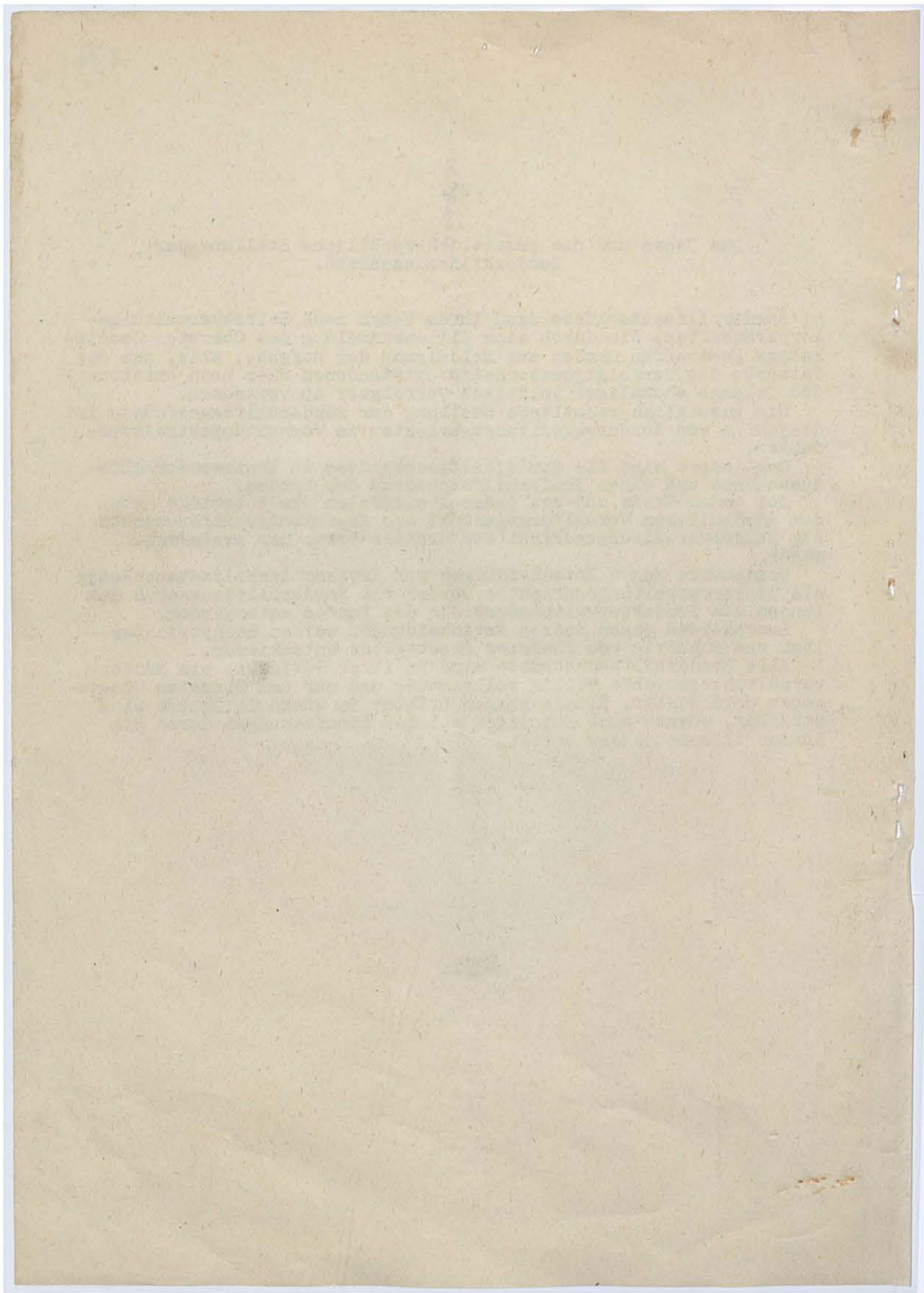
Beschwerden gegen dessen Entscheidungen werden höchststrichterlich und endgültig vom Obersten Gesetzgeber entschieden.

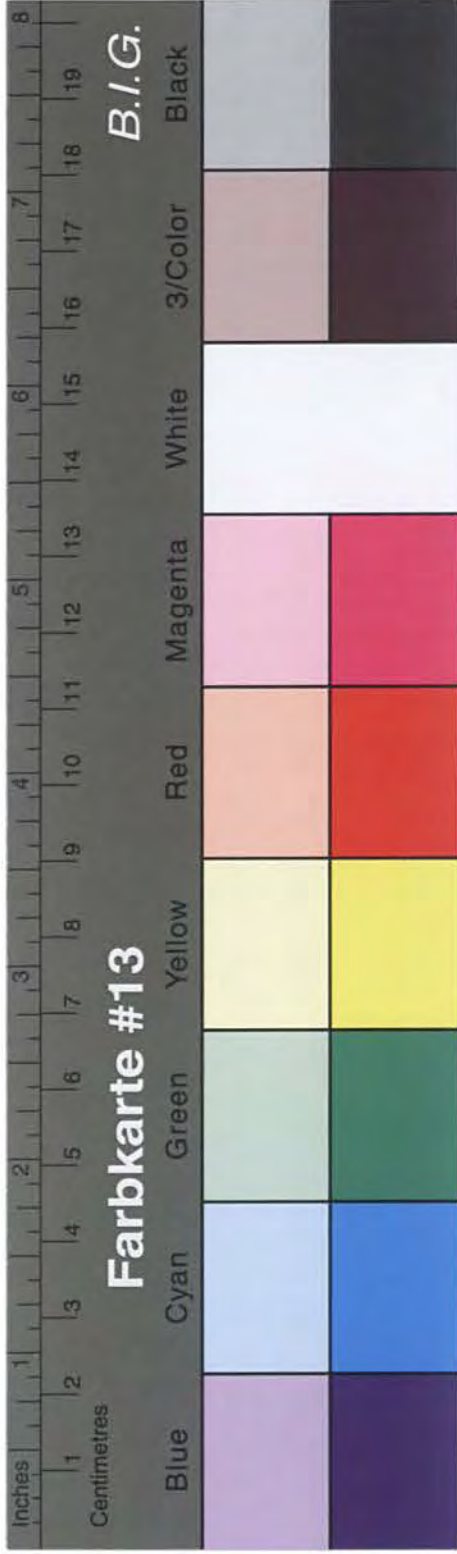
Alle Sonderhilfsausschüsse sind in ihrer Tätigkeit als Sonderverwaltungsgerichte völlig selbständig und nur dem Obersten Gesetzgeber unterstellt. Einmischungen Dritter in diese Tätigkeit sind strafbar, ebenso auch Duldungen solcher Einmischungen durch die Sonderhilfsausschüsse selbst.

Ende.



Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2

